

**HESSISCHER LANDTAG**

22. 11. 2000

56. Sitzung

Wiesbaden, den 22. November 2000

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	3703	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i>	3820
<i>Entgegengenommen</i>	3703	Evelin Schönhut-Keil	3750
Präsident Klaus Peter Möller	3703, 3833	Aloys Zumbrägel	3754
5. a) Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001) und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften		Petra Fuhrmann	3756
- Drucks. 15/2034 zu Drucks. 15/1543 -	3703	Dorothea Henzler	3758
<i>In zweiter Lesung angenommen;</i> <i>dem Haushaltsausschuss zurücküberwiesen</i> ..	3832	Ministerin Marlies Mosiek-Urbahn	3760
Hierzu:		Vizepräsidentin Veronika Winterstein	3762
Änderungsantrag		Einzelplan 03	
der Fraktionen der CDU und der F.D.P.		Rolf Karwecki	3763
- Drucks. 15/2059 -	3831	Armin Klein	3764
<i>Angenommen</i>	3831	Tarek Al-Wazir	3767
b) Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2001		Jörg-Uwe Hahn	3769
- Drucks. 15/2035 zu Drucks. 15/1544 -	3703	Minister Volker Bouffier	3772
<i>In zweiter Lesung angenommen;</i> <i>dem Haushaltsausschuss zurücküberwiesen</i> ..	3832	Vizepräsidentin Veronika Winterstein	3776
Uwe Brückmann	3703	Einzelplan 04	
Stefan Grüttner	3832	Priska Hinz	3776
Dorothea Henzler	3832	Hans-Jürgen Irmer	3778
Präsident Klaus Peter Möller	3832	Lothar Quanz	3781
Einzelplan 01		Dorothea Henzler	3784
Präsident Klaus Peter Möller	3703	Ministerin Karin Wolff	3787
Einzelplan 02		Präsident Klaus Peter Möller	3789
Armin Clauss	3703, 3727, 3728	Einzelplan 15	
Ministerpräsident Roland Koch	3713, 3727	Michael Siebel	3789
Tarek Al-Wazir	3725	Nicola Beer	3791
Jörg-Uwe Hahn	3733	Frank-Peter Kaufmann	3793
Norbert Kartmann	3744	Traudl Herrhausen	3794
Rupert von Plottnitz	3745	Ministerin Ruth Wagner	3795
Präsident Klaus Peter Möller	3750	Präsident Klaus Peter Möller	3798
Einzelpläne 08 und 16		Einzelplan 05	
52. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Abbau der Arbeitslosigkeit von Schwerbehinderten		Eva Kühne-Hörmann	3798
- Drucks. 15/1739 zu Drucks. 15/1577 -	3750	Bernhard Bender	3798
		Nicola Beer	3800
		Rupert von Plottnitz	3801
		Alfons Gerling	3803
		Vizepräsidentin Veronika Winterstein	3804
		Einzelpläne 06, 14, 17 und 18	
		42. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Verwendung der Steuermehreinnahmen 2000 und zusätzlicher Personalkosteneinsparungen	
		- Drucks. 15/2004 -	3804
		<i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i>	3831

	Seite		Seite
43. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Verwendung möglicher Steuermehreinnahmen im Jahre 2001		Gerold Reichenbach	3813
- Drucks. 15/2005 -	3804	Michael Denzin	3814
<i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i>	3831	Barbara Weitzel	3817
Eberhard Fischer (Hohenroda)	3804	Clemens Reif	3818, 3821
Roland von Hunnius	3805	Bernd Riege	3820
Alexander Müller	3807, 3812	Alexander Müller	3821
Uwe Brückmann	3809	Minister Dieter Posch	3822
Minister Karlheinz Weimar	3811	Präsident Klaus Peter Möller	3824
Vizepräsidentin Veronika Winterstein	3813	<i>siehe auch Anlage</i>	3835
Einzelpläne 07 und 19		Einzelplan 09	
20. Antrag der Fraktion der SPD betreffend Landesprogramm "Einfache Stadterneuerung"		Sieghard Pawlik	3824
- Drucks. 15/1646 -	3813	Frank Gotthardt	3826
<i>Dem Innenausschuss überwiesen</i>	3831	Ursula Hammann	3827
41. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Durchführung einer Anhörung zur Zukunft der Hessischen Landesbank und des öffentlich-rechtlichen Sparkassensektors		Heinrich Heidel	3829
- Drucks. 15/2003 -	3813	Christel Hoffmann	3830
<i>Dem Haushaltsausschuss (federführend) und dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr (beteiligt) überwiesen</i>	3823	Minister Wilhelm Dietzel	3831
		Präsident Klaus Peter Möller	3831
		53. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen	
		- Drucks. 15/1725 -	3832
		<i>Beschlussempfehlungen angenommen; ausgenommen Petition Nr. 2819/15</i>	
		<i>(dem Petitionsausschuss zurücküberwiesen)</i>	3832
		Andrea Ypsilanti	3832
		Präsident Klaus Peter Möller	3832

Im Präsidium:

Präsident Klaus Peter Möller
Vizepräsidentin Veronika Winterstein

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei Jochen Riebel
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar
Minister der Justiz Dr. Christean Wagner
Kultusministerin Karin Wolff
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Ruth Wagner
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch
Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten Wilhelm Dietzel
Sozialministerin Marlies Mosiek-Urbahn
Staatssekretär Dirk Metz
MinDirig von Hoerschelmann
Staatssekretär Bernd Abeln
Staatssekretär Herbert Landau
Staatssekretär Dr. Hartmut Müller-Kinet
Staatssekretär Frank E. Portz
MinDirig Dr. Kurth
MinDirig Mayer
Staatssekretär Karl-Winfried Seif

Abwesende Abgeordnete:

Dieter Nolte

(Beginn: 9.04 Uhr)

Präsident Klaus Peter Möller:

Ich eröffne die heutige 56. Plenarsitzung des Landesparlamentes, begrüße alle, die uns zuhören wollen, müssen, sehr herzlich und stelle fest, dass das Haus beschlussfähig ist.

Erledigt haben wir gestern die Punkte 1 bis 4.

Wir tagen heute vereinbarungsgemäß bis zur Erledigung von Tagesordnungspunkt 5 a und b, d. h. bis zur Erledigung der zweiten Lesung des Haushaltsgesetzes 2001 und des Finanzausgleichsgesetzes 2001. Wir haben uns darauf verständigt, ohne Mittagspause durchzutagen.

Wir beginnen gleich mit dem Haushalt und werden entsprechend der Aufstellung der Einzelpläne für die Etatberatung 2001, die der Tagesordnung als Anlage beigelegt ist, verfahren. Nach Beratung der einzelnen Pläne wollen wir am Schluss des heutigen Tages über alle Einzelpläne und über die Gesetzentwürfe und sonstigen Anträge, die mit in die Lesung eingepackt werden, gemeinsam abstimmen - d. h. natürlich nacheinander -, aber alles am Schluss der Beratung, sodass die zweite Lesung dann erledigt ist.

Ich rufe also jetzt **Tagesordnungspunkt 5** auf:

a) Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001) und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften - Drucks. 15/2034 zu Drucks. 15/1543 -

b) Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2001 - Drucks. 15/2035 zu Drucks. 15/1544 -

Berichtersteller ist in beiden Fällen Herr Abg. Brückmann. Der Berichterstatter hat das Wort.

Uwe Brückmann, Berichterstatter:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2001 und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften vorzutragen.

Es lagen dem Ausschuss Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Änderungsanträge der Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. sowie Änderungsanträge von CDU und F.D.P. vor.

Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf unter Berücksichtigung der vorliegenden Änderungsanträge in zweiter Lesung anzunehmen. Der Haushaltsausschuss empfiehlt Ihnen weiterhin, die vorliegenden Beschlüsse zu fassen.

Der Gesetzentwurf war dem Haushaltsausschuss in der 50. Plenarsitzung am 20. September 2000 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden. Die Änderungsanträge wurden dem Haushaltsausschuss je nach Eingang vom Präsidenten überwiesen.

Die Berichterstatterinnen und Berichterstatter haben in der Zeit vom 20. September bis zum 25. Oktober 2000 die kursorischen Lesungen der Einzelpläne durchgeführt.

Der Haushaltsausschuss hat die Kommunalen Spitzenverbände und den Landeswohlfahrtsverband Hessen in seiner Sitzung am 25. Oktober 2000 angehört.

Der Unterausschuss Staatshaushaltsrechnung und Stellenpläne hat sich in seiner Sitzung am 15. November 2000 mit den Stellenplänen und den dazu eingegangenen Änderungsanträgen befasst und dem Haushaltsausschuss eine Beschlussempfehlung vorgeschlagen.

In seiner Sitzung am 15. November 2000 hat dann der Haushaltsausschuss den Gesetzentwurf, die Einzelpläne und die Änderungsanträge hierzu behandelt - die entsprechenden Anträge liegen Ihnen ja vor - und anschließend mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die eben wiedergegebenen Beschlussempfehlungen gefasst.

Herr Präsident, wenn Sie erlauben, dann darf ich gleichzeitig die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushaltsausschusses zum Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Finanzausgleichsgesetz 2001 vortragen. Da lag eben das Gesetz vor und ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD.

Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf unverändert in zweiter Lesung anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Haushaltsausschuss in der 50. Plenarsitzung am 20. September 2000 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden. Der Änderungsantrag wurde dem Haushaltsausschuss am 14. November 2000 vom Präsidenten überwiesen.

Der Haushaltsausschuss hat auch hierzu in seiner Sitzung am 25. Oktober 2000 die Kommunalen Spitzenverbände und den Landeswohlfahrtsverband Hessen angehört.

In seiner Sitzung am 15. November 2000 hat er den Gesetzentwurf besprochen, den Änderungsantrag mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt und mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die bereits dargestellte Beschlussempfehlung getroffen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Ich danke dem Berichterstatter für die Berichterstattung zu beiden Punkten.

Ich muss noch folgende Formalitäten erledigen. Sie können der Tagesordnung entnehmen, dass die Tagesordnungspunkte 42 und 43 mit dem Einzelplan 06 in Verbindung mit Einzelplan 14, 17 und 18 aufgerufen werden, die Tagesordnungspunkte 20 und 41 mit Einzelplan 07 und 19 und schließlich Tagesordnungspunkt 52 mit Einzelplan 08. Die Abstimmung habe ich geklärt.

Ich rufe jetzt den

Einzelplan 01 - Hessischer Landtag -

auf. Es wurde vereinbart, dass dazu keine Aussprache stattfindet. - Diese Vereinbarung wird eingehalten. Damit ist das für heute erledigt.

Ich rufe jetzt

Einzelplan 02 - Hessischer Ministerpräsident -

auf. Zu diesem Einzelplan wurde eine Redezeit von 60 Minuten je Fraktion vereinbart. Das Wort hat vereinbarungsgemäß

gemäß der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Herr Kollege Clauss.

Armin Clauss (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!
Die Beratung des Landeshaushalts 2001 - -

(Clemens Reif (CDU): Jetzt bin ich aber fertig!
Wieso redet Herr Bökel nicht? - Zurufe von der SPD
und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh! - Gegenruf
des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Kümmern Sie sich um die Polizei im Lahn-Dill-Kreis!)

- Sie sehen, Herr Reif kann es nicht lassen. Auch deswegen haben wir keine normalen landespolitischen Rahmenbedingungen. - Die Beratung des Landeshaushalts findet nicht unter normalen landespolitischen Rahmenbedingungen statt.

(Clemens Reif (CDU): Da bleibt Ihnen die Spucke weg!)

Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren, es ist nicht normal, dass eine Regierung im Amt ist, die, wie wir in der Zwischenzeit wissen, mit einem schmutzigen Thema

(Zurufe von der CDU: Oh!)

und, wie wir in der Zwischenzeit auch wissen, mit dem Einsatz von schmutzigem Schwarz- und Schmiergeld ins Amt gekommen ist.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der Koalition, Sie können noch so sehr darüber hinweggehen. Tatsache ist, dass Sie über Fremdenfeindlichkeit - -

(Unruhe bei der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen, meine Herren, ich weiß nicht, was alle so erregt. Eigentlich sollte man dem Redner zuhören, uneigentlich auch.

Armin Clauss (SPD):

Tatsache ist, dass der Ministerpräsident über eine fremdenfeindliche Kampagne ins Amt gekommen ist. Herr Ministerpräsident, Sie können darüber auch nicht dadurch hinwegtäuschen, dass Sie gestern mit dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Herrn Spiegel, ein Gespräch geführt haben. Ich bin dankbar, dass Herr Spiegel bei seiner Position geblieben ist, weil da etwas klargestellt wird im Lande.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In wenigen Tagen - das möchte ich gerne in Erinnerung rufen -, am 30. November, jährt sich der Tag, an dem unser parlamentarischer Geschäftsführer Manfred Schaub Ihnen, Herr Ministerpräsident, einen Brief geschrieben hat. In diesem Schreiben hat er Ihnen damals 21 Fragen vorgelegt und Auskunft darüber begehrt, ob mit den Finanzen der hessischen CDU alles in Ordnung sei.

(Günter Rudolph (SPD): Bestens!)

Mit Schreiben vom 1. Dezember haben Sie, Herr Ministerpräsident, damals Ihren Generalsekretär Müller antworten

lassen, den Sie auch als Glücksfall Ihrer Aufklärungsaktivitäten bezeichnet haben. Herr Ministerpräsident, Sie haben - das war der Beginn von Lügen und Täuschungen - unsere Fragen damals als propagandistisch zurückgewiesen.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es! - Petra Fuhrmann (SPD): Das ist unglaublich!)

Das war der klägliche Versuch, von Anfang an die Aufklärung zu blockieren. Dies war der Beginn der Aufarbeitung des größten Finanz- und Schmiergeldskandals der CDU, nicht nur in der Geschichte des Landes Hessen, sondern der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Rahmen der vermeintlichen Aufklärung, in der Sie, Herr Ministerpräsident, sich selbst zum brutalstmöglichen Aufklärer ernannt haben, haben Sie die Öffentlichkeit, die Journalisten und das Parlament mehrfach belogen. Ich weiß, meine Damen und Herren von der Regierungsfraktion, Sie hören das nicht gerne.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das kann ich verstehen!)

Ein Ministerpräsident, der die Öffentlichkeit, das Parlament und die Journalisten mehrfach belogen hat, ist eine Schande für unser Land.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selbst die stellvertretende Ministerpräsidentin, Frau Wagner, hat dies nicht nur auf ihrem Parteitag, sondern auch in der Öffentlichkeit mehrfach zum Ausdruck gebracht und bestätigt.

In der Zwischenzeit wissen wir, dass die hessische CDU sich als politischer Kampfverband versteht - das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen - und über zwei Jahrzehnte ein Spenden- und Finanzierungssystem aufgebaut hat, das eklatant nicht nur gegen die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Landes Hessen

(Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Quatsch!)

- die Tatsache, dass Sie "Quatsch" dazwischenrufen, ist der Beweis dafür, dass Sie nicht das Mindeste gelernt haben, Herr Kollege -,

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sondern auch gegen das Parteiengesetz und die einschlägigen Steuergesetze verstößt.

(Norbert Kartmann (CDU): Das ist ein Unterschied!)

Herr Ministerpräsident, mit krimineller Energie haben Ihre Partei und Sie ein System der Finanzierung aufgebaut, das bis in die jüngste Zeit auch unter Ihrer Verantwortung als Landesvorsitzender und mit Ihrer Beteiligung schlicht funktioniert hat, ein System, das keineswegs, wie Sie es immer darzustellen versuchen, geheimbündlerischer Natur war, sondern von dem viele wussten und profitierten. Nur über dieses System sind Sie in das Amt des Ministerpräsidenten gekommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses vermeintlich geheimbündlerische System hat nicht nur die Finanzen der Landes-CDU, sondern auch die CDU-Landtagsfraktion und insbesondere auch den Kreisverband

der CDU in Frankfurt umfasst. In der Zwischenzeit wissen wir - so weit sind die Untersuchungsausschüsse gekommen -, dass Sie, Herr Ministerpräsident, aber auch die Oberbürgermeisterin in Frankfurt Ihren Wahlsieg nur dem Einsatz von Schwarz- und Schmiergeld verdanken.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die zwei Untersuchungsausschüsse im Deutschen Bundestag in Berlin und hier im Hessischen Landtag versuchen, Licht in das Dunkel des Skandals zu bringen. Das Verwerfliche an diesem gesamten Skandal ist aber, dass die beiden Untersuchungsausschüsse durch Sie, Herr Ministerpräsident, und Ihre Verhaltensweise als Vorsitzender des CDU-Landesverbandes, aber auch insbesondere durch den Justizminister Wagner und damit durch die gesamte Landesregierung systematisch in der Arbeit blockiert werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das glaubt er auch noch!)

Meine Damen und Herren, es ist nicht normal, es ist einmalig, dass das nach unserer Verfassung vorgesehene Wahlprüfungsgericht Ihnen, Herr Ministerpräsident, bescheinigt hat, dass die Finanzierung des Wahlkampfes sittenwidrig war und gegen Art. 78 unserer Verfassung verstoßen hat. Nicht nur die Arbeit der Untersuchungsausschüsse in Berlin und Wiesbaden wird durch Sie, Herr Ministerpräsident, und Ihre Regierung torpediert, auch die Arbeit des Wahlprüfungsgerichts.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU))

Es ist wirklich ein Skandal, dass diesem Wahlprüfungsgericht bis heute noch nicht einmal die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsakten zum Schwarzgeldskandal zur Verfügung gestellt wurden.

(Günter Rudolph (SPD): Unerhört!)

Es ist ein Skandal, dass einem Organ unserer Verfassung nicht einmal die Unterlagen für seine Arbeit zur Verfügung gestellt werden.

(Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Das ist doch gar kein Gericht!)

Meine Damen und Herren, obwohl die Verfassung des Landes 50 Jahre in diesem Punkt nicht hinterfragt wurde, ist die Landesregierung nicht davor zurückgeschreckt, nach Karlsruhe zu gehen, um das ganze Wahlprüfungsgericht infrage zu stellen, ja, den Versuch zu unternehmen, es auszuhebeln. Ich hoffe, dass das Bundesverfassungsgericht in der öffentlichen Verhandlung am 5. Dezember zu dem Ergebnis kommt, zu dem der Staatsgerichtshof schon mehrfach gekommen ist, nämlich dass das Wahlprüfungsgericht verfassungskonform ist, und damit auch dieser Weg, den Sie als Fluchtweg zu gehen versucht haben, geschlossen wird.

Herr Ministerpräsident, Sie und Ihre Regierung sowie die Sie tragenden Fraktionen haben aufgrund der bisherigen Erkenntnisse im Spenden- und Finanzierungsskandal jegliche Legitimation verloren. Das ist das nicht Normale, in dem wir uns zurzeit befinden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie haben als Landesvorsitzender der Landes-CDU in mehrfacher Hinsicht gegen die geltenden Gesetze und unsere Verfassung verstoßen. Durch Ihre Verhaltensweise haben Sie mit dazu beigetragen, dass das,

was wir Parteien- und Politikverdrossenheit nennen, immer weiter um sich greift.

(Zuruf des Abg. Michael Denzin (F.D.P.))

Durch Ihr Verhalten ist der Begriff der politischen Verantwortung gefährdet. Es besteht die Gefahr, dass dieser Begriff in der Bedeutungslosigkeit versinkt. Herr Ministerpräsident, Ihr Verhalten ist deswegen so schwerwiegend, weil Sie die Maßstäbe der politischen Glaubwürdigkeit und des politischen Anstands in einer Art und Weise verschoben haben, die in unserer Gesellschaft in der Zwischenzeit leider Schule gemacht hat. Das schadet unserer Demokratie insgesamt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, es ist in höchstem Maße moralisch verwerflich, dass Sie die CDU - -

(Traudl Herrhausen (CDU): Jetzt reicht es aber!)

- Ich kann mir vorstellen, dass es Ihnen reicht. Sie können es nämlich nicht mehr hören. Aber die Wahrheit muss bei dieser Auseinandersetzung in der zentralen Debatte in diesem Hause gesagt werden.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Kollegin, Sie müssen sich schon anhören, dass es eben in höchstem Maße verwerflich ist,

(Zuruf von der CDU: Thema verfehlt!)

dass die CDU für die Rückführung von Beträgen in Millionen-DM-Höhe von ihren Schwarzgeldkonten in der Schweiz und Liechtenstein Vermächtnisse von Juden konstruierte, die es niemals gegeben hat. Es ist eine Schande für unser Land, dass so etwas im Namen der CDU und, Herr Ministerpräsident, unter Ihrer Mitverantwortung überhaupt möglich war.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie haben im Wahlkampf großspurig angekündigt, dass Sie jeden noch so kleinen Regelverstoß juristisch ahnden wollen.

(Zurufe von der SPD: Das gilt nur bei den anderen!)

Herr Ministerpräsident, schlimmer als Sie kann man nicht gegen die selbst gesetzten Regeln verstoßen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, durch Ihr Verhalten tragen Sie mit dazu bei, dass in der Zwischenzeit in unserer Gesellschaft Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung und ein Verstoß gegen die Verkehrsvorschriften als gesellschaftsfähig angesehen werden. Das ist das Verhängnis dabei. Man sieht dies als Kavaliärsdelikt an. Warum ist das denn so? Wenn man an der Spitze einen Ministerpräsidenten hat, der gegen alle Regeln verstößt, muss man schon fragen, warum sich die Bürgerinnen und Bürger an die Regeln halten sollen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich frage mich deshalb, wie Sie denn eigentlich noch vor eine Schulklasse treten wollen, wie Sie vor eine Besuchergruppe des Landtags treten wollen und wie Sie denen die Regeln der Verfassung darlegen wollen, da Sie doch selbst permanent gegen sie verstoßen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe gesagt: Die Haushaltsberatungen finden nicht unter normalen Rahmenbedingungen statt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist nicht normal,

(Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Es wird immer langweiliger!)

dass wir es zurzeit auch mit dem Tatbestand des Geheimnisverrats in der engsten Umgebung des Ministerpräsidenten zu tun haben.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört! - Gerhard Bökel (SPD): Das passt aber!)

Es ist nicht normal, dass bei einer Landesregierung das Bundeskriminalamt und die Staatsanwaltschaft hinsichtlich Geheimnisverrats ermitteln - Herr Ministerpräsident, diese Ermittlungen geschehen also in Ihrem unmittelbaren Umfeld -, weil ein Gutachten bewusst an einen Journalisten weitergegeben worden ist, das sich mit der Bewertung der Frage beschäftigt, ob man den Gang nach Karlsruhe für ein Verbot der NPD antreten sollte. Herr Ministerpräsident, ich sage Ihnen deshalb: Ihre Regierung taumelt zurzeit von Skandal zu Skandal.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen deshalb: Sie könnten dem Land Hessen und der Demokratie einen großen Dienst erweisen, wenn Sie den Weg zu Neuwahlen frei machen würden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, im Gegensatz zu den landespolitischen Rahmenbedingungen kann man feststellen, dass es bei den wirtschafts- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen des Bundes ausgesprochen optimistische Lagebeurteilungen gibt.

(Lachen des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Die wirtschaftswissenschaftlichen Institute der Bundesrepublik Deutschland kommen in ihrem jüngsten Bericht zur Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft zu dem Ergebnis - das hat sich im Herbstgutachten des Jahres 2000 niedergeschlagen -, dass die allgemeine Lage und die Einschätzung der wirtschaftlichen Situation positiv zu beurteilen sind. Darüber hinaus kommen sie zu einem optimistischen Bild auch für das Jahr 2001. Das sind also die Rahmenbedingungen, über die wir im Zusammenhang mit dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2001 reden. Die Institute bestätigen, dass sich der Aufschwung der Wirtschaft fortsetzen wird und mehr und mehr auch den Arbeitsmarkt umfassen wird. Das Herbstgutachten stellt unter anderem fest, dass im Zuge der immer noch kräftigen Konjunktur die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen Ende 2000 bei 3,8 Millionen liegen wird und bis Ende 2001 auf 3,49 Millionen zurückgehen wird. Ich meine, das ist eine erfreuliche, eine gute Nachricht. Damit wird auch die Voraussage bestätigt, die Bundeskanzler Schröder zu Beginn seiner Regierungserklärung gemacht hat, nämlich die, dass die Arbeitslosigkeit bis zum Jahre 2002 auf 3,5 Millionen Personen gesenkt werden kann. Das ist eine gute Nachricht.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Ministerpräsident, das, was Sie der Öffentlichkeit oftmals versuchen zu vermitteln, dies sei ausschließlich auf die zurückgehende Zahl der Bewerberinnen und Bewerber am Arbeitsmarkt zurückzuführen, stimmt nicht. Richtig ist, dass in den letzten Jahren die Zahl der Erwerbstätigen in

der Bundesrepublik Deutschland erfreulicherweise kontinuierlich angestiegen ist. Auch für das Jahr 2000 wird erneut ein Zuwachs von ca. 400.000 Arbeitsplätzen prognostiziert. Die Wirtschaftsforscher sagen also die Fortsetzung des wirtschaftlichen Aufschwungs voraus. Herr Ministerpräsident, im Gegensatz zu Ihrer Beurteilung heißen sie die Reformpolitik der Bundesregierung für gut. Sie kommen auch zu dem Ergebnis, dass die Ökosteuer nicht abgeschafft werden solle. Herr Ministerpräsident, das macht deutlich, dass Ihre Kampagne, die Sie in den letzten Wochen anzetteln versucht haben, auf keinem soliden Fundament steht. Deshalb ist Ihre Kampagne auch gescheitert.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Wirtschaftswissenschaftler fordern, die Ökosteuer weiterzuentwickeln. Nach meinem Dafürhalten ist das der richtige Ansatz. Deshalb sind die Vorschläge diskussionswürdig, die dort gemacht worden sind. Es ist eine Schande, dass Sie eine Kampagne vom Zaun gebrochen haben, bei der Sie erneut versuchen, durch das Spielen mit den Ängsten der Menschen Sympathie zu gewinnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eines der größten volkswirtschaftlichen Probleme besteht nach wie vor darin, dass wir es mit zu hohen Lohnnebenkosten zu tun haben. Deshalb müssen wir uns weiterhin ernsthaft bemühen, die Lohnnebenkosten zu senken, um damit auch von dieser Seite her die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und den Produktionsstandort Bundesrepublik Deutschland zu stärken. Die Ökosteuer leistet dazu einen Beitrag. Das wissen in der Zwischenzeit auch die hessischen Unternehmerinnen und Unternehmer. Nicht nur die deutschen Wirtschaftsforscher, sondern auch der Internationale Währungsfonds und die OECD würdigen das und gehen von einer Fortsetzung des wirtschaftlichen Aufschwungs in Deutschland aus. Der IWF prognostiziert in seinem jüngsten Deutschlandbericht, dass wir es auch in den nächsten Jahren mit einem Wachstum von 3% zu tun haben werden. Vielleicht konnten Sie heute schon die Frühnachrichten hören.

(Norbert Kartmann (CDU): Herr Naumann ist zurückgetreten!)

- Herr Kollege, ich weiß, dass Ihnen das nicht passt. Wenn Sie die Frühnachrichten hören konnten, konnten Sie mitbekommen, dass der Chef-Volkswirt der Deutschen Bank, Herr Walter, heute verkündet hat, dass auch die Deutsche Bank für die nächsten Jahre von einem Wirtschaftswachstum von 3% ausgeht. Er hat bescheinigt, dass für die Wirtschaft die Rahmenbedingungen positiv sind, die die Regierung Schröder gesetzt hat, und wir deshalb mit sehr viel Optimismus in die Zukunft sehen können.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - Zuruf von der CDU: Errare humanum est!)

Unter anderem wird im Report des IWF festgestellt, dass die Steuerreform einen entscheidenden Anteil daran hat und dass der Reformstau aufgelöst wird, der sich nach 16 Jahren der Regierung Kohl in eklatanter Weise gezeigt hat. Die niedrigen Steuersätze hätten Signalfunktion, insbesondere auch auf ausländische Investoren.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Lassen Sie mich ganz offen sagen, auch wenn es Ihnen nicht passt und Sie zu Zwischenrufen veranlasst: Wir Sozi-

aldemokraten in Hessen sind ein bisschen stolz darauf, dass die Rahmenbedingungen, die Steuerreform, von einem mit durchgesetzt wurden, der einer von uns ist, nämlich unser früherer Ministerpräsident und heutiger Finanzminister Hans Eichel.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Koch, gegen Ihren Widerstand und gegen den Widerstand im Bundesrat war es durch die Hartnäckigkeit und durch die Beharrlichkeit von Hans Eichel möglich, diese Rahmenbedingungen zu setzen und damit einen wirklich guten Beitrag für unser Land zu leisten.

(Norbert Kartmann (CDU): Eingekauft hat er sie!)

- Herr Kollege, hören Sie einmal zu: "eingekauft"? - Wenn Ihre Seite so billig einzukaufen ist, dann ist das Ihr Problem.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann Ihnen offen sagen: Wenn man Ihre Widerstände dadurch überwinden kann, dass man ein paar Millionen hingibt und Sie dann Ihre sämtlichen vermeintlichen Prinzipien aufgeben, dann kann das nicht weit her sein. Dann ist das nicht sehr solide, und das merken die Menschen inzwischen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Auch die Reformpläne von Walter Riester - und auch hier sind wir stolz, dass das einer ist, der aus Hessen kommt - werden mit dazu beitragen, dass die Rahmenbedingungen geschaffen und das größte gesellschaftliche Problem, das wir zurzeit haben, nämlich wie künftig die Altersversorgung sichergestellt werden kann, gelöst wird.

Herr Ministerpräsident, jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, an dem Sie in diesem Punkt auch nicht mehr nur kritisieren können. Jetzt liegt der konkrete Gesetzentwurf im Deutschen Bundestag. Jetzt kommt es darauf an, zu zeigen und zu sagen, wie man sich konkret zu diesem Gesetzentwurf verhält. Denn dies ist nicht nur für die Rentnerinnen und Rentner wichtig, sondern mit diesem Gesetzentwurf wird der Pakt der Generationen neu geschmiedet, nämlich wie man das Problem löst, dass auch den zukünftigen Generationen die Möglichkeit eröffnet wird, mit den dann zur Verfügung stehenden Ressourcen sich solidarisch mit der älteren Generation auseinander zu setzen und ihren Beitrag zu leisten - gleichzeitig aber auch für ihr Leben eine Perspektive zu eröffnen. Das ist eine Gratwanderung, die nicht leicht ist. In diesem Gesetzentwurf ist sie nach meinem Dafürhalten geglückt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, deswegen wird es darauf ankommen, wie Sie sich auch zu diesem Punkt im Bundesrat verhalten. Es kommt nicht von ungefähr, dass auch der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Herr Stihl, am 24. Oktober in der Zeitung "Die Welt" feststellte, dass der Standort Deutschland heute attraktiver als vor zwei Jahren ist. Das kann man mit Fug und Recht sagen, aber leider kann man das nicht zum Standort Hessen sagen,

(Zurufe der Abg. Gerhard Bökel (SPD) und Clemens Reif (CDU))

dessen Regierung nach wie vor den Standort schädigt, weil sie nach wie vor versucht, mit fremdenfeindlichen Parolen durchs Land zu ziehen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Steuerentlastung im Jahre 2001 beträgt für die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland 45 Milliarden DM, also eine Größenordnung, die den gesamten hessischen Landeshaushalt übertrifft. Mit dieser Steuerentlastung werden die Rahmenbedingungen gesetzt. Es werden nicht nur die Privateinkommen höher sein und damit die Konsumnachfrage ankurbeln, sondern es werden auch die Rahmenbedingungen für neue Investitionen gesetzt. Über die Stärkung der Binnenkaufkraft und über zusätzliche Investitionen wird es in unserem Lande einen zusätzlichen Auftrieb geben.

Wir wissen, dass die zusätzlichen Belastungen nicht zuletzt durch die weltweit gestiegenen Energiepreise nach Berechnungen des Ifo-Instituts ca. 25 Milliarden DM betragen. Also ist die Steuerentlastung höher als die zusätzliche Belastung, und auch da versuchen Sie, Herr Ministerpräsident, der Öffentlichkeit immer etwas anderes zu suggerieren. Nach wie vor haben wir also die erfreuliche Situation, dass sich die Rahmenbedingungen über die Steuerreform positiv auswirken.

Meine Damen und Herren, im Gegensatz zu der Finanzpolitik der Bundesregierung, über die ich eben ein bisschen gesprochen habe, steht die Situation hier im Lande. Denn nach wie vor, Herr Ministerpräsident, können Sie den Haushalt für das Jahr 2001 nur dadurch ausgleichen, dass Sie mit dem Ausverkauf des Tafelsilbers des Landes Hessen fortfahren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie verwenden die Einnahmen, die Sie erzielen, nicht in der Weise, wie das Hans Eichel mit den Erlösen der Lizenzverkäufe getan hat - nämlich ausschließlich zum Abbau von Schulden. Es ist richtig und wichtig, dass die Schulden abgebaut werden, damit der Staat überhaupt wieder Handlungsspielräume erhält. Allein die 5 Milliarden DM Handlungsspielraum, die durch den Schuldenabbau von 100 Milliarden DM eröffnet wurden, schaffen die Möglichkeit für zusätzliche Investitionen im Bereich der Bildung und der Verkehrsinfrastruktur. Als Land Hessen werden wir auch von dieser Politik profitieren.

Die Doppelstrategie, die ich bei Ihnen vermisse und die Hans Eichel fährt - nämlich auf der einen Seite die notwendige Konsolidierung vorzunehmen, um damit auf der anderen Seite Handlungsspielraum zu gewinnen -, ist der richtige Weg. Herr Finanzminister, bei Ihnen finden wir leider das Gegenteil.

(Zuruf von der SPD: Der ist nicht da! - Karl-Heinz Dörrie (SPD): Das ist eine Stilfrage!)

Wir können darauf hinweisen, dass dieses positive wirtschaftspolitische Klima, das Klima für Wachstum und Beschäftigung, die Sozialpartner veranlasst hat - auch darüber hat Herr Walter von der Deutschen Bank heute Vormittag gesprochen -, vernünftige Rahmenbedingungen für die Tarifverträge zu setzen. Dieses positive Klima muss sich auch bei dem Haushalt niederschlagen, den wir heute hier beraten. Diese Rahmenbedingungen kommen auch der Landesregierung und dem Landeshaushalt zugute.

Wenn man sich den Haushalt allerdings ein bisschen kritischer ansieht, dann gelangt man zu der Schlussfolgerung, dass die Landesregierung die Chancen, die ihr durch die positiven Rahmenbedingungen der Bundespolitik geliefert werden, keineswegs nutzt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Gegenteil, Herr Ministerpräsident, die Finanzpolitik, die Ihre Regierung betreibt, ist im höchsten Maße unsolide. Sie ist gekennzeichnet von der Erkenntnis, dass Sie ohnehin nicht lange in Regierungsverantwortung sind.

(Zurufe von der SPD)

Wenn man sich den Haushalt ein bisschen anschaut, dann kann man den Eindruck gewinnen, Sie handeln nach dem Motto: Uns ist alles egal, nach uns die Sintflut. Wir werden ohnehin nicht lange in der Verantwortung bleiben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie den Haushalt ein bisschen näher analysieren, dann werden Sie bei kritischer Betrachtung zu dem Ergebnis kommen, dass Sie nicht nur mit Ihren Spenden und mit den Mitgliedsbeiträgen in Ihrer Partei nicht ordnungsgemäß umgehen können. Wer dies nicht kann, der kann auch mit dem ihm anvertrauten Geld der Steuerzahler nicht ordnungsgemäß umgehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Minister Karlheinz Weimar betritt den Saal. Zurufe von der SPD: Oh!)

Ich will das nur in einigen Punkten begründen und im Einzelnen darstellen. Meine Kollegen werden das dann in der Debatte der jeweiligen Einzelpläne vertiefen und weiter nachweisen.

Ich habe gesagt, der Ausverkauf des Vermögens des Landes Hessen geht weiter. Herr Ministerpräsident, damit setzen Sie die falsche Politik der Regierung Wallmann/Kanther fort.

(Gerhard Bökel (SPD): Immer in der Tradition von Kanther!)

In Ihrer Koalitionsvereinbarung und in Ihrer Regierungserklärung haben Sie vollmundig niedergeschrieben: Alle Erlöse, die Sie beim Verkauf erzielen, sollen wieder neuem Vermögen zugeführt werden. - Auch hier ist Ihre Regierungserklärung und Ihre Koalitionsvereinbarung Makulatur. Auch hier wird deutlich, dass Ihnen niemand mehr glaubt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nehmen Sie den Verkauf der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft Hessen, der früheren Neuen Heimat. Als Oppositionsführer haben Sie damals diesen Kauf sehr bekämpft. Wenn das damals durch Hans Krollmann und die Regierung nicht vollzogen worden wäre, dann würden Sie heute im Hinblick auf das, was Sie politisch tun, ganz böse dastehen.

Dieser Verkauf bringt Ihnen einen Erlös von 930 Millionen DM. Diese 930 Millionen DM, Herr Ministerpräsident, sind die Grundlage dessen, was Sie zurzeit politisch überhaupt an Handlungsspielraum haben. Sie verwenden davon 600 Millionen DM, um 10% der Anteile an der Hessischen Landesbank zurückzukaufen. Hierzu heißt es in Ihrer Koalitionsvereinbarung und in Ihrer Regierungserklärung: Eine Beteiligung an der Landesbank findet nicht statt. - Also auch hier Makulatur und auch hier die Glaubwürdigkeit auf null.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, die restlichen 300 Millionen DM dieses Verkaufserlöses überführen Sie in ein Zukunftsprogramm Hessen, also nicht Vermögen gegen Vermögen. Wenn man sich dieses Zukunftsprogramm ein bisschen näher ansieht - soweit man überhaupt die Konturen erkennen kann -, stellt man fest, dass das, was Sie dort vornehmen, und die Gelder, die Sie dafür ausgeben, in hohem Maße zweifelhaft sind.

Aus dem weiteren Verkauf von Immobilien des Landes Erlösen Sie weitere 300 Millionen DM. Der Haushaltsausschuss hat - wenn ich es richtig sehe - gestern in seiner Sitzung erneut einem großen Teil von Verkäufen zugestimmt. Aber diese Verkäufe gehen nicht - wie Sie propagieren - in Vermögen gegen Vermögen, sondern Sie müssen diese Verkäufe vornehmen, um überhaupt Ihren Haushalt auszugleichen, weil Sie ein strukturelles Defizit von 1 Milliarde DM haben.

Aus dem Verkauf der damaligen Helaba-Anteile stehen jetzt, im Jahr 2001, 50% zur Verfügung. Der damalige Verkaufserlös betrug 560 Millionen DM für 50% der Anteile. Heute müssen Sie für 10% der Anteile 600 Millionen DM aufwenden.

(Zurufe von der SPD)

Wenn es noch eines Nachweises bedurft hätte, dass Konservative nicht mit Geld umgehen können, dann braucht man nur diese paar Fakten vorzulegen.

(Beifall bei der SPD)

Dies ist nur Scheinkapital, Herr Finanzminister, in einer Höhe von 265 Millionen DM. Das brauchen Sie ebenfalls, um den Haushalt auszugleichen. Darüber hinaus - um die Deckungslücke, die Sie strukturell haben, von über 1 Milliarde DM auszugleichen - müssen Sie Rücklagen in einer Größenordnung von 470 Millionen DM auflösen.

Diese strukturelle Lücke von 1 Milliarde DM müssen Sie ausgleichen. Nur so kommen Sie überhaupt an die Grenze, dass Sie den Haushalt verfassungskonform fahren können. Ja, Sie müssen sogar den Kommunen noch 100 Millionen DM im Finanzausgleich abnehmen, damit Sie überhaupt an die Verfassungsgrenze herankommen.

(Beifall bei der SPD)

Wie Sie diese strukturelle Lücke in den nächsten Jahren ausgleichen wollen, das bleibt Ihr Geheimnis und ist mir schleierhaft.

Deswegen sage ich Ihnen, Herr Ministerpräsident und Herr Finanzminister, Ihre mittelfristige Finanzplanung liest sich wie ein Märchenbuch. Sie ist schlicht Makulatur. Sie geht davon aus, dass sich diese 1 Milliarde DM, die Sie heute im Haushalt 2000 durch Verkäufe der GWH, durch Verkäufe von Immobilien, durch die Auflösung der 470 Millionen DM Rücklagen haben, im nächsten Jahr in Luft auflösen. Deswegen sage ich Ihnen: Ich will mich mit Ihrer mittelfristigen Finanzplanung überhaupt nicht länger auseinander setzen. Sie ist schlicht ein Märchenbuch und Makulatur.

Die Kürzung im Einzelplan 17 um 100 Millionen DM macht deutlich, dass der Haushalt 2001 auch im höchsten Maße kommunalfeindlich ist. Sie haben bereits mit dem laufenden Haushalt 2000 den Kommunen 100 Millionen DM für die Last der Kinderbetreuungskosten abgenommen. Sie haben damit die Kommunen allein gelassen. Im nächsten Jahr kürzen Sie die Verbundmasse weiterhin um 100 Millionen DM, d.h. hochgerechnet in vier Jahren einer Le-

gislaturperiode nehmen Sie den Kommunen 800 Millionen DM ab - ein Skandal. Kommunalfeindlichkeit wird deutlich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und dies vor dem Hintergrund der Diskussion, dass Sie das Konnexitätsprinzip einführen wollen. Es sind nicht nur sozialdemokratische Bürgermeister und Landräte, die sich dagegen wehren. Es sind in der Zwischenzeit auch die CDU und deren kommunalpolitische Seite, insbesondere der Oberbürgermeister von Kassel, die Ihnen das ins Stammbuch geschrieben haben.

Deswegen sage ich Ihnen: Sie lassen die Kommunen mit ihren Problemen allein. Der Haushalt ist nicht nur von dieser Seite her kommunalfeindlich, sondern Sie haben in der Zwischenzeit unter dem Schlagwort "Kommunalinteressenmodell" in zwei Bereichen, nämlich im kommunalen Straßenbau und im Bereich des Brandschutzes, eine fragwürdige Entwicklung eingeleitet, dass Sie über ein Jahrzehnt hinaus den hessischen Landeshaushalt belasten, dass Sie auch folgende Landtage mit dieser Frage belasten, weil Sie große Verpflichtungsermächtigungen einstellen, die Kommunen jetzt entsprechende Bewilligungsbescheide bekommen, aber kein Geld, die Kommunen das zwischenfinanzieren müssen und dadurch zusätzliche Lasten auf sich nehmen müssen. Erkennbar ist, dass die Kommunen das Problem haben, nur reiche Kommunen sich das leisten können und die armen Kommunen mit ihren Problemen allein gelassen werden. Das macht deutlich, dass auch in diesem Punkt in den Haushalt nichts anderes als Luft hineingepumpt wird und am Landtag vorbei auch für nächsten Legislaturperioden zusätzliche Belastungen vorgenommen werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will mich dem Personalkostenbereich zuwenden. Herr Finanzminister und Herr Ministerpräsident, Sie sind großspurig mit der Ankündigung angetreten, den größten Brocken des Landeshaushalts in Angriff zu nehmen und ihn drastisch abzusenken. Das Gegenteil ist der Fall.

Auch hier wird durch eine geschickte Darstellung der tatsächliche Tatbestand verschleiert. Es ist Tatsache, dass wir ab dem Jahr 2001 die Universitäten nicht im Personalhaushalt des Landes haben, sondern die Universitäten anders ausgewiesen werden. Das allein ist die Voraussetzung dafür, dass der Personalkostenanteil um 5,7 % abgesenkt wird. Wenn Sie zu dem jetzigen Personalkostenanteil, den Sie ausgewiesen haben, den der Universitäten addieren, kommen Sie zu dem Schluss, dass es Ihnen nicht gelungen ist, den Personalkostenanteil abzusenken.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ganz im Gegenteil, der Personalkostenanteil steigt noch um 2,7 %.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, Sie schränken den Handlungsspielraum für andere politische Aktivitäten, insbesondere die Investitionen, drastisch ein.

Das größte Problem, das wir haben - und zwar nicht nur im Landeshaushalt, sondern bei allen öffentlichen Haushalten -, ist nach wie vor die unzureichende Vorsorge für die

Altersversorgung der Beamten. Um nur eine Zahl zu nennen, die Sie übrigens auch in der mittelfristigen Finanzplanung nachlesen können: Die Zahl der Versorgungsempfänger wird von derzeit rund 47.000 - hören Sie genau zu: von 47.000 - auf etwa 82.000 bis zum Jahr 2020 angestiegen sein. Der von Ihnen vorgeschlagene Pensionsfonds, Herr Finanzminister, wird die Problematik keinesfalls lösen und wird auch dem Thema nicht gerecht.

(Zuruf von der CDU)

- Ich kann den Zuruf gut verstehen. Aber objektiv müssen Sie doch sagen: Die Rahmenbedingungen, die Sie mit der Kohl-Regierung in den letzten 16 Jahren gesetzt haben, waren nicht so, dass die Länder in der Lage gewesen wären, entsprechende Rückstellungen zu machen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt haben wir die Rahmenbedingungen. Durch die Rahmenbedingungen, die die Regierung Schröder setzt, haben Sie zusätzliche Finanzspielräume, trotz der Steuerreform. Das ist die neue Chance, die jetzt gegeben ist, die Sie nach meinem Dafürhalten nicht nutzen.

Deshalb ist es dringend notwendig, dass jetzt von den zusätzlichen Mitteln, die zur Verfügung stehen, Rücklagen gebildet werden. Ich denke, dass das, was Prof. Rürup zu Ihrem Vorschlag gesagt hat, mehr als berechtigt ist. Wenn die Rücklagen und der Fonds nicht entsprechend abgesichert sind, werden sie das Schicksal erleiden, wie das in den zurückliegenden Jahren ebenfalls der Fall war. Sobald man wieder im Landeshaushalt Probleme hat, wird auf diese Fonds zurückgegriffen. Deswegen halte ich das für einen ganz wichtigen Punkt.

Ich will einen weiteren Gesichtspunkt ansprechen. Durch die schrittweise Zurückführung der Grundwasserabgabe verschärfen Sie die finanzwirtschaftliche Situation in den nächsten Jahren noch zusätzlich. Die Anhörung zu diesem Komplex in der vergangenen Woche hat deutlich gemacht, dass durch die Erhebung der Grundwasserabgabe der Verbrauch an Grundwasser drastisch zurückgegangen ist - ein erfreulicher Vorgang. Das heißt, das Lenkungsziel wurde erreicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben dieses ökologische Ziel besser erreicht als alle anderen Länder. Aus diesem Grunde halten wir die Abschaffung der Grundwasserabgabe für falsch.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Abschaffung der Grundwasserabgabe wird insbesondere dazu beitragen, dass in den Sektoren, in denen diese Mittel eingesetzt waren, nämlich im Bereich der mittelständischen Betriebe, Anschlussaufträge fehlen. Wenn die Anschlussaufträge fehlen, dann gibt es keine Beschäftigung mehr. Dann müssen Menschen entlassen werden. Das heißt, Sie vernichten durch die Abschaffung der Grundwasserabgabe Ausbildungs- und Arbeitsplätze in den mittelständischen Betrieben. Wenn Sie sich einmal mit Vertretern von Unternehmen unterhalten, dann werden die Ihnen das ganz deutlich vorrechnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Richtig wäre es gewesen, die Verwendung und den Verwendungszweck der Grundwasserabgabe zu überprüfen.

Wir Sozialdemokraten haben immer die Position vertreten, dass die Grundwasserabgabe vor allen Dingen für die Verbesserungen von Abwasseranlagen eingesetzt werden soll. Gerade in diesem Sektor haben wir in den Kommunen - insbesondere in den kleinen Gemeinden, die bisher nicht in der Lage waren, alle Haushalte an die Abwassernetze anzuschließen - einen riesigen Investitionsbedarf. Dort hätten wir riesige Aufträge zu vergeben, nicht nur für den Tiefbau, sondern auch für den technischen Bereich. Wenn man den Einsatz der Abgabe im Hinblick auf ihren Verwendungszweck verändert hätte, wären davon zusätzliche Impulse für unser Land ausgegangen. Das Gegenteil davon machen Sie.

(Beifall bei der SPD)

Herr Finanzminister, Sie nehmen im investiven Bereich sogar Kürzungen vor. Ich möchte nur zwei Sektoren erwähnen, nämlich den Sektor der Alten und den Krankenhaussektor. Durch die Kürzungen, die Sie jetzt bei den Investitionen im Sektor Altenpolitik vornehmen, verstoßen Sie nach meinem Dafürhalten gegen ein Bundesgesetz, das damals Norbert Blüm eingebracht und das der Bundestag verabschiedet hat. Hinter der Verabschiedung des Pflegeversicherungsgesetzes stand nämlich die politische Absicht, dass die Mittel, die die Kommunen durch die Entlastung in der Sozialhilfe einsparen, nicht dafür verwendet werden, Landeshaushalte zu entlasten, sondern dass diese Mittel verwendet werden, um die dringend notwendige Infrastruktur im Bereich der Betreuung alter Menschen und im Bereich der Pflege- und Altenheime zu verbessern. Dort gibt es einen riesigen Investitionsbedarf. Wenn Sie in Altenpflegeheime gehen, die in den Sechzigerjahren erbaut wurden, dann sehen Sie, dass diese teilweise menschenunwürdig sind, weil dort noch nicht einmal eine Nasszelle zur Verfügung steht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb wäre es richtig gewesen, die Mittel für ein 600-Millionen-DM-Investitionsprogramm für die Bauwirtschaft zur Verfügung zu halten, insbesondere für die Sicherung eines menschenwürdigen Lebens der alten Menschen, die in solchen Einrichtungen leben und die zukünftig in solchen Einrichtungen leben müssen. Das heißt, Sie tun etwas, was nach meinem Dafürhalten nicht zu verantworten ist.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

- Ja, innerhalb des KFA. Die Zweckbindung haben Sie aufgehoben. Wenn Sie den Kommunen 100 Millionen DM abnehmen, weil Sie die Schlüsselmasse nicht absenken wollen, brauchen Sie natürlich bei den Zweckbindungen entsprechende Absenkungen. Das ist doch gar keine Frage.

(Beifall bei der SPD)

Muss ich Ihnen das erklären? Sie haben dazwischengerufen: Im KFA. - Ja, Sie haben im KFA derartige Manipulationen vorgenommen, dass dieses nicht mehr möglich ist.

(Ministerpräsident Roland Koch: Sie haben vom Staatshaushalt und vom KFA gesprochen!)

- Ich bitte um Nachsicht. Herr Ministerpräsident, mit solchen Zwischenrufen beweisen Sie erneut, dass Sie von den kommunalen Finanzen und von dem schwierigen kommunalen Finanzausgleich null Ahnung haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann ist es kein Wunder, dass es möglich ist, dass solche Manipulationen vorgenommen werden.

Ich will zum nächsten Punkt kommen. Jeder von uns weiß - die Sozialministerin hat vor wenigen Tagen darüber geredet -, dass wir einen riesigen Investitionsbedarf im Bereich der Krankenhäuser haben.

(Zurufe von der CDU)

Der Landkreistag hat vor wenigen Tagen beschlossen, dass einige Hundert Millionen DM zusätzlich aufgewendet werden sollen, um den Investitionsstau im Krankenhausbereich abzubauen. Das Gegenteil wird zurzeit vorgenommen. Damit Sie wieder das Programm Stadterneuerung im KFA zweckbinden können, wollen Sie jetzt durch einen Antrag der beiden Koalitionsfraktionen den Mittelansatz für die Krankenhausinvestitionen nicht nur nicht erhöhen, sondern um 10 Millionen DM kürzen. Das ist eine Tatsache. Das heißt, in einem zweiten ganz wichtigen Investitionsbereich nehmen Sie Kürzungen vor, obwohl es dringend notwendig wäre, gerade im Krankensektor zusätzliche Investitionen zu machen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind nur zwei Beispiele, aber diese zwei Beispiele machen deutlich, dass der investive Anteil im Landeshaushalt 2001 der niedrigste ist, den es je in einem Landeshaushalt gab. Herr Ministerpräsident, auch das haben Sie nicht verstanden. Beim Anteil der Investitionen nehmen Sie die 600 Millionen DM für den Kauf von Anteilen an der Landesbank dazu. Das ist aber doch wirklich keine Investition, die sich draußen nachfragemäßig niederschlägt. Wenn Sie diese 600 Millionen DM aus den Investitionen herausrechnen, dann werden Sie feststellen, dass der Investitionsanteil 9,7% beträgt. Das ist der niedrigste Anteil, den es je in einem Landeshaushalt gab.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist gut, Herr Ministerpräsident, dass Sie sich von Ihrem Finanzminister jetzt entsprechend Nachhilfe geben lassen. Besser wäre es gewesen, wenn Sie bereits am Kabinettschisch bei der Verabschiedung des Haushalts auf diesen Tatbestand hingewiesen hätten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wegen der Tatsache, dass wir es mit dem niedrigsten Anteil an Investitionen zu tun haben, klagt die hessische Wirtschaft bereits darüber, dass keine Anschlussaufträge da sind. Das gilt nicht nur für die Bauwirtschaft. Auch auf diesem Weg tragen Sie mit dazu bei, dass in Hessen Arbeits- und Ausbildungsplätze vernichtet werden - im Gegensatz zu dem, was durch die Rahmenbedingungen des Bundes an Möglichkeiten gesetzt wurde.

(Beifall bei der SPD)

Sie versuchen, ein ominöses "Zukunftsprogramm" auf den Weg zu bringen und wollen mit diesem ominösen Programm über die zentralen Schwachstellen Ihres Haushaltes hinwegtäuschen. Ich sage Ihnen, Herr Ministerpräsident: Mit diesem "Zukunftsprogramm" wird es Ihnen nicht gelingen, die strukturellen Probleme in Ihrem Haushalt zu kaschieren.

Ich will einen weiteren Punkt aufgreifen. Seit dem Regierungswechsel in Berlin, und insbesondere seit Hans Eichel Finanzminister ist, haben wir es bei den zwei wichtigsten Terminen des Jahres, nämlich dem Mai- und dem November-Termin - da werden jeweils Steuerschätzungen vorge-

nommen - Gott sei Dank mit erfreulichen Terminen zu tun. Jeder, der im Bereich des Haushalts zu Hause ist, weiß, was das in den letzten Jahren für Horrortermin waren, weil nämlich Bundesfinanzminister Waigel und der damalige Bundeswirtschaftsminister mit Zahlen operiert haben, die nie real waren und jeweils korrigiert werden mussten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Gerhard Bökel (SPD): Das waren Traumata!)

Jetzt haben wir die erfreuliche Situation, dass sich die jeweiligen Steuerschätzungstermine positiv darstellen. Seit der Vorlage des Bundeshaushalts 2001 gibt es eine neue Steuerschätzung, und zwar nicht nur für das Jahr 2000, sondern auch für das Jahr 2001. Der Arbeitskreis Steuerschätzung hat auf seiner 116. Sitzung die Steuereinnahmen für das Jahr 2000 und für das Jahr 2001 auf der Grundlage aktueller gesamtwirtschaftlicher Daten neu überprüft. Die Steuerschätzer stellen erfreulicherweise fest, dass sich der Wirtschaftsaufschwung in Deutschland in einem positiven weltwirtschaftlichen Umfeld entsprechend verbessert hat und nicht zuletzt die umfassende Steuerreform die Rahmenbedingungen nachhaltig verbessert und gefördert hat. Deshalb zeichnet sich für das laufende Jahr 2000 eine Mehreinnahme der öffentlichen Haushalte von insgesamt 9,5 Milliarden DM ab. Davon entfallen auf den Bund 4,4 Milliarden DM. Der Rest entfällt auf die Länder.

Hierfür sind in erster Linie hohe Gewinnausschüttungen der Unternehmen verantwortlich, in zweiter Linie aber auch die Körperschaftsteuer, die sich sehr erfreulich entwickelt hat und die sich sehr günstig niederschlägt.

Der dritte Punkt - das ist nach meinem Dafürhalten der erfreulichste -: Durch die Tatsache, dass wieder mehr Menschen beschäftigt sind, wird auch wieder mehr Lohnsteuer bezahlt.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Lohnsteuer ist ein wesentlicher Beitrag, dass es auch im Jahr 2000 Steuermehreinnahmen gibt.

Die Steuerschätzer kommen für das Jahr 2001 zu dem Ergebnis, dass wir im Gesamtstaat Mehreinnahmen von insgesamt 5,3 Milliarden DM haben werden. Davon entfallen auf den Bund 3,9 Milliarden DM. Der Rest entfällt auf die Länder.

Herr Finanzminister, diese Steuerschätzung ist vom November. Wir wissen, dass, wenn die Steuerschätzung auf Bundesebene vorgenommen wurde, das Land Baden-Württemberg die Berechnung im Hinblick auf die regionale Zuweisung vornimmt. Wir fordern Sie auf, dem Parlament gegenüber noch im Verlauf der Finanzberatung offen zu legen, wie das Land Hessen an diesen zusätzlichen Einnahmen im Jahr 2000 und im Jahr 2001 beteiligt ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist wichtig, weil wir nicht wollen, dass diese Mittel zusätzlich ausgegeben werden, sondern wir wollen, dass die zusätzlichen Steuereinnahmen im laufenden Haushalt und die zusätzlichen Steuereinnahmen in dem Haushalt, den wir jetzt beraten, im Jahre 2001 verwandt werden, um die Schulden des Landes abzutragen, um die Handlungsspielräume zu bekommen, die Hans Eichel in der Zwischenzeit auf der Bundesebene zurückgewonnen hat.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir fordern also, dass diese Mittel im Jahre 2001 ausschließlich dafür verwandt werden, die Nettoneuverschuldung zurückzuführen.

Ich will ein paar Bemerkungen zum Länderfinanzausgleich machen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Entwicklung des Länderfinanzausgleichs - da stimmen wir auch über Parteigrenzen hinweg überein - gestaltet sich nach wie vor dramatisch. Sie ist für das Land Hessen auf Dauer nicht hinzunehmen. Die Zahlungsverpflichtung des Landes beeinträchtigt in hohem Maße die landespolitischen Gestaltungsmöglichkeiten. Der Gesamtbeitrag Hessens zum Länderfinanzausgleich wird mit dem Haushalt 2001 - wie jetzt bereits beim laufenden Haushalt - erneut die 5-Milliarden-DM-Grenze übersteigen.

In den vergangenen zehn Jahren - um nur eine Zahl zu nennen - hat das Land Hessen rund 25,4 Milliarden DM in den Länderfinanzausgleich eingezahlt. Dies ist auf die überdurchschnittliche Wirtschafts- und Finanzkraft des Landes zurückzuführen. Herr Ministerpräsident, lassen Sie mich ganz offen sagen: Dies ist nicht erst auf die Tatsache, dass Sie seit eineinhalb Jahren im Amt sind, zurückzuführen, sondern das Land Hessen war schon vorher ein blühendes, wirtschaftsstarkes Land.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Auch in diesem Punkt versuchen Sie, der Öffentlichkeit immer wieder etwas anderes vorzugaukeln. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die enorme Belastung Hessens wird noch deutlicher, wenn man sich den Pro-Kopf-Betrag einmal ansieht, den wir im Vergleich zu anderen Ländern in den Topf zahlen müssen. Wir haben 1999 pro Bürger unseres Landes 785 DM eingezahlt, also doppelt so viel, wie das nächststarke Zahlerland, nämlich Hamburg, das pro Kopf auf 391 DM kommt. Gemessen an den Zahlungen Bayerns, das pro Kopf 262 DM leistet, können wir feststellen, dass jeder hessische Bürger dreimal so viel wie ein Bürger Bayerns zahlen muss. Das ist ein Ausweis für die Leistungsstärke unseres Landes.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, alleine diese Zahlen zeigen, dass unser Länderfinanzausgleich dringend überarbeitungsbedürftig ist. Es waren Hans Eichel und Karl Starzacher sowie die damalige Regierung, die 1999 beim Bundesverfassungsgericht eine Klage eingereicht haben. Herr Ministerpräsident, damals haben Sie als Oppositionsführer von Hans Eichel immer gefordert, er solle sich der Klage Bayerns und Baden-Württembergs anschließen.

(Zurufe der Abg. Gerhard Bökel (SPD) und Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wenn er das gemacht hätte, dann hätte Karlsruhe nicht so entschieden, wie es entschieden hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Norbert Kartmann (CDU): Selbstüberschätzung! - Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Lieber Herr Kollege Finanzminister, wenn Sie auch das nicht verstanden haben, dann lassen Sie es sich noch einmal erklären. Die tragenden Sätze der Entscheidung, warum der Länderfinanzausgleich neu geordnet werden muss, sind aus der Begründung der Klage des Landes Hessen übernommen worden und nicht auf das zurückzuführen, was Sie damals gefordert haben, nämlich dass wir uns Bayern und Baden-Württemberg anschließen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Gerhard Bökel (SPD): Das weiß er auch ganz genau!)

Deswegen ist es notwendig - insoweit stimmen wir wieder überein -, dass der Länderfinanzausgleich künftig transparenter gestaltet wird. Die Maßstäbe müssen transparenter sein. Deswegen denke ich, dass es gut ist, dass diese Entscheidung so getroffen wurde. Wir als Sozialdemokraten unterstützen also nachhaltig die Landesregierung bei der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs, damit künftig das Land Hessen besser dasteht. Denn diese Entwicklung kann so nicht weitergehen. Um es populär auszudrücken: Ich kann eine Kuh nicht auf Dauer melken, wenn ich sie jährlich über den Länderfinanzausgleich schlachte.

Nirgends wird dies deutlicher als im Rhein-Main-Gebiet. Teilweise können wir im Rhein-Main-Gebiet die Investitionen nicht mehr vornehmen, die dringend notwendig sind, um den Motor Rhein-Main-Gebiet zu erhalten, um weiterhin im Kommunalen Finanzausgleich einen solidarischen Ausgleich innerhalb des Landes herbeizuführen, aber auch den Beitrag im Länderfinanzausgleich zu leisten, der in der Solidarität der Länder notwendig ist und der auf Dauer garantiert, dass das Land Hessen in der Lage bleibt, diese Solidarität zu erbringen. Deswegen ist es notwendig, dass dies gemacht wird.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, eine der wichtigsten Investitionsentscheidungen der nächsten Jahre ist der Ausbau des Frankfurter Flughafens. Ich möchte dazu heute nicht vertieft reden. Aber: Die Debatte gestern hat wieder deutlich gemacht, dass Sie diesen Ausbau durch die Haltung der Landesregierung in höchstem Maße gefährden. Es kann nicht angehen, dass das Ergebnis der Mediation auch durch einen Beschluss, der mit großer Mehrheit vom Landtag getragen wird, zur Ausbaugrundlage gemacht wird, aber gleichzeitig in dem zentralen Planungswerk, nämlich dem Landesentwicklungsplan, keinen Niederschlag findet, wie wir gestern in der Debatte gesehen haben. Das erhöht die Unglaubwürdigkeit dieser Regierung. Wir aber brauchen dringend Glaubwürdigkeit, damit der Ausbau des Rhein-Main-Flughafens gelingt.

(Beifall bei der SPD)

Die Arbeitsteilung kann nicht gut gehen. Herr Ministerpräsident, ich habe gestern Abend beim Binding-Forum wieder erlebt, dass Sie sagen: "Jawohl, es kommt zum Nachtflugverbot", Ihnen als Ministerpräsident aber gleichzeitig Ihr Verkehrsminister widerspricht. Auch Herr Hahn hat gestern Abend deutlich gemacht, dass Sie überhaupt keine Chancen sehen, dies entsprechend durchzusetzen. Ich sage Ihnen: Wenn Sie in diesem Punkt der Bevölkerung Hessens auch weiterhin nicht die Wahrheit sagen - Ihr Problem ist, dass Ihnen niemand mehr abnimmt, was Sie sagen -, dann wird der Ausbau nicht gelingen.

(Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Das ist die zentrale Entscheidung für die weitere wirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Entwicklung unseres Landes.

(Beifall bei der SPD)

Die Einzelanträge, die wir für die Bereiche Sozialpolitik, Umweltpolitik, Bildungspolitik, insbesondere aber auch Wissenschaftspolitik gestellt haben, haben wir unter das Motto: "Brücke zur Zukunft" gestellt. Wir wollen damit

deutlich machen, dass die jetzige Generation die Voraussetzung schaffen muss, damit die Nachfolgeneration auch die Chance hat, die Brücke zur Zukunft zu beschreiten. Meine Kolleginnen und Kollegen werden bei der Beratung der Einzelpläne im Einzelnen noch darauf eingehen.

Einen Punkt möchte ich noch aufgreifen. Herr Ministerpräsident, zu Beginn der Legislaturperiode haben Sie den Begriff Bürgergesellschaft sehr stark strapaziert. Sie haben damit versucht zu suggerieren, dass Sie bei Beteiligungsprozessen künftig alle entsprechend einbeziehen wollen. Sie haben propagiert, es werde mehr Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte geben. Was wir gerade in den letzten zwei Wochen im Hinblick auf drei Gesetze erlebt haben - ich nenne die Mediengesetze, ich nenne das Gesetz zur Neuordnung im Bereich des Umlandes Frankfurt, ich nenne das Gesetz zur Neuordnung der Forst- und Landwirtschaftsverwaltung -,

(Gerhard Bökel (SPD): Bürgerbeteiligung!)

als sich Bürgerinnen und Bürger wirklich beteiligen wollten, spottet durch die Art und Weise, wie Sie mit diesen Anhörungsergebnissen umgegangen sind, jeder Beschreibung dessen, was Sie als Bürgergesellschaft propagiert haben.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Ich habe mich nach den Anhörungen, als ich die Veröffentlichungen der Landesregierung und der beiden Koalitionsfraktionen gelesen habe, jeweils gefragt: In welcher Veranstaltung warst du denn eigentlich selber?

(Zuruf und Beifall bei der SPD)

Wenn die Abgeordneten von CDU und F.D.P. nur noch selektiv wahrnehmen, was in ihr Vorurteilsbild passt, und sonst nichts anderes, wissen Sie, zu was das führt? - Wir bekommen niemanden mehr ernsthaft in eine Anhörung, weil die Menschen sagen: Die Zeit, die wir dem Parlament zur Verfügung stellen, ist vergebens.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist nur ein Mosaiksteinchen des Gesamtbildes, das Sie zurzeit abliefern, das auch hier die Widersprüche zwischen dem verdeutlicht, was Sie nach außen sagen, und dem, was im Einzelnen vorgetragen und behandelt wird. Es ist schon ein Skandal, dass die Fachausschüsse überhaupt nicht mehr in der Lage sind, die Ergebnisse zu beraten. Es ist ein Skandal, dass die Ergebnisse noch nicht einmal in den Fraktionen erörtert werden können, da Sie schlicht mit Ihrer Mehrheit sagen: Mehrheit ist Mehrheit, wir ziehen das durch. - In der Zwischenzeit ist das eine Gesetzgebung, die so verschudert ist, dass man am Ende sagen muss: Warum kommen dann überhaupt noch Bürgerinnen und Bürger zu einer Anhörung? - Deswegen sage ich Ihnen: Hören Sie auf mit einer solchen Entwicklung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aufgrund der Tatsache, dass durch die veränderten bundespolitischen Rahmenbedingungen die Steuerquellen wieder sprudeln, war es Ihnen im Bildungsbereich möglich, zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen. Wir begrüßen dies. Kollege Lothar Quanz wird nachher bei der Diskussion um den Einzelplan 04 aber deutlich machen, dass die Schul- und Bildungspolitik, die Sie in der Zwischenzeit eingeleitet haben, einer weitgehend rückwärts gewandten Ideologie entspringt.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Clauss, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Armin Clauss (SPD):

Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

(Norbert Kartmann (CDU): Das ist auch gut so!)

Mittelpunkt Ihrer Bildungspolitik ist, nicht zu fördern, sondern auszulesen. Eine solche Bildungspolitik kann von uns nicht mitgetragen werden.

(Norbert Kartmann (CDU): Ihre Rede ist von vorgestern!)

Wenn man sich die Einzelpläne einmal ein bisschen näher ansieht, kommt man zu dem Ergebnis, dass die Umwelt- und die Sozialpolitik in der Zwischenzeit zur Restgröße verkümmern. Sie sind der Steinbruch zur Finanzierung in anderen Bereichen - eine Schande für unser Land.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Präsident, deswegen komme ich zum Schluss und sage: Der Haushalt 2001, den wir heute in zweiter Lesung beraten, ist unsolide finanziert, und die Sozial- und die Umweltpolitik verkommen zur Restgröße. Der Haushalt ist kommunalfreundlich.

(Frank Lortz (CDU): Na, na, na!)

Der Haushalt leistet im Bereich der Investitionen keinerlei Impulse für die weitere wirtschaftliche Entwicklung.

(Frank Lortz (CDU): Blödsinn!)

Es wird Sie daher nicht wundern, dass wir diesen Haushalt ablehnen.

(Norbert Kartmann (CDU): Das wundert nicht!)

Herr Ministerpräsident, das Beste wäre aber, und sie könnten unserem Land den größten Dienst erweisen, wenn Sie Konsequenzen aus dem Skandal ziehen würden, der zurzeit unsere Rahmenbedingungen für Landespolitik ausmacht, nämlich zurücktreten und den Weg für Neuwahlen frei machen, weil Ihre Regierung keinerlei Legitimation mehr hat. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Koch.

Roland Koch, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will zunächst sagen: Herr Kollege Clauss, natürlich ist mir der Fraktionsvorsitzende der größten Oppositionsfraktion lieb und wert. Aber ich gebe zu, ich hätte schon gedacht, nachdem Sie in den letzten Wochen so schwierige Überlegungen hatten, Herr Kollege Bökel fährt heute Morgen einen Angriff und sagt, was er will.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P. - Norbert Kartmann (CDU): Der wird erst aufgebaut! - Armin Clauss (SPD): Der wird Ihnen noch rechtzeitig Dampf machen!)

Ich bin überhaupt nicht dagegen. Es bleibt ja unser Geschäft, wenn es Herausforderungen gibt und einen Herausforderer, wenn auch nur einen auf Zeit. Ich weiß, dass das nicht einfach ist, wenn man als Herausforderer für ungewöhnliche Ereignisse bestimmt wird.

(Manfred Schaub (SPD): Auf Zeit stehen Sie!)

Wenn dann die Wahlen regulär anstehen, wird noch einmal neu gewählt. Verehrter Herr Kollege Bökel, was nicht geht, ist, dass Sie mir hier sozusagen das alte Schlachttross des letzten Jahrhunderts vorbeischieben und feixend in der Bank liegen. So wird Oppositionsarbeit hier wirklich nichts wert.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der F.D.P.)

Das sieht man an der rückwärts gewandten Rede, die er gehalten hat, dass Sie immer noch in tiefer Trauer darüber sind, dass Sie jetzt nicht mehr regieren, dass Sie sogar CDU und F.D.P. im Parlament als Opposition ansprechen. Das zeigt Ihr Denken, es ist aber nicht so.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dorothea Henzler (F.D.P.))

Dieses Land wird jetzt von CDU und F.D.P. gestaltet,

(Zuruf von der SPD: Das ist doch gar nicht wahr!)

weil das die Wähler in dieser Republik gewollt haben.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P. - Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, deshalb werden Sie sich damit auseinander setzen müssen, so laut und nachhaltig Sie darüber reden, dass wir in dieser Debatte darüber sprechen, was in den zwei Haushaltsjahren, die wir zu verantworten haben, geschehen ist und was im kommenden Haushaltsjahr, über das wir im Parlament sprechen, geschieht. Ich will Ihnen doch einmal in Erinnerung zurückrufen, wie wir die Regierungsarbeit begonnen haben. In der Präambel der Koalitionsvereinbarung von CDU und F.D.P heißt es:

Acht Jahre rot-grüner Regierung waren gekennzeichnet von mangelnder Entschlossenheit und Weitsicht in nahezu allen wichtigen Feldern der Politik, vor allem bei der Ausbildung der jungen Generation, der wirksamen Bekämpfung der Kriminalität, der Entwicklung neuer Technologien und der Schaffung einer modernen Verkehrsinfrastruktur. Die Wähler Hessens haben sich mit der Abwahl von Rot-Grün für eine andere Politik entschieden.

...

Wir machen Hessen zum Bildungsland. Unterrichtsgarantie, Verbesserung der Qualität der Ausbildung, moderne, selbstständige Hochschulen und Spitzenforschung sind unser Ziel.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben gesagt:

Wir machen Hessen zum Land der modernen Arbeitsplätze. Die Ansiedlung von Zukunftsunternehmen, die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die bessere Verkehrserschließung Nord- und Mittel Hessens und die Erhaltung der überragenden Bedeutung des Flughafens Frankfurt sind unser Ziel.

Und wir haben gesagt:

Wir machen Hessen zu einem Land mit mehr Sicherheit. Die Verringerung der Straftaten, schnellere Bestrafung der Täter und bessere Arbeitsbedingungen für Polizei und Justiz sind unser Ziel.

Meine Damen und Herren, was Sie doch am meisten ärgert, ist - das hat man an der letzten Rede wieder gemerkt -, dass im Augenblick, wenn Sie etwa Ihre Bundestagsabge-

ordneten irgendwo als SPD-Leute zu Gast haben, die ununterbrochen Pirouetten drehen müssen, um zu erklären, warum sie ziemlich genau das Gegenteil von dem machen, was in ihrem Wahlprogramm steht, von Gesundheit über Rente bis zu vielen anderen Fragen. Wir können genau erklären, dass wir das machen, was wir den Bürgerinnen und Bürgern versprochen haben,

(Beifall bei der CDU - Armin Clauss (SPD): Unsinn, was Sie reden! - Manfred Schaub (SPD): Blödsinn!)

und zwar - Herr Kollege Clauss - in einer sehr berechenbaren Weise, z. B. berechenbar in der Frage der Finanzen. In welchen Verhältnissen ist denn Kollege Karlheinz Weimar am Anfang gewesen? Wir haben doch Haushalte von Ihnen Jahr für Jahr im hessischen Parlament gehabt,

(Armin Clauss (SPD): Warum denn? Das habe ich Ihnen doch versucht zu erklären!)

bei denen Sie am Anfang des Jahres dargelegt haben, wie die Nettoneuverschuldung sein sollte und dass Sie nur knapp unterhalb der Verfassungsgrenze ist. Am Ende des Jahres hatten Sie jeweils einen verfassungswidrigen Haushalt im Jahresabschluss.

(Gerhard Bökel (SPD): Sie haben allein 1,6 Milliarden DM in diesem Jahr aus Berlin mehr!)

Das gibt es bei uns nicht mehr. Das ist ein Stück von Berechenbarkeit.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dorothea Henzler (F.D.P.))

Wir entwickeln die Zahlen in diesem Haushaltsplan genau so, wie wir sie am Ende auch realisieren können. Wir werden Ihnen mit dem Haushaltsabschluss des Jahres 2000 - das steht heute schon fest - nach dem Haushaltsplan 1999 zum zweiten Mal einen Abschluss vorlegen, der an all den Punkten, an denen das Parlament die Eckpunkte beschlossen hat, diese Ziele einhält.

Herr Kollege Clauss, wir machen es sogar so, dass am Ende, etwa bei dem Ziel Personalkosteneinsparung, die Regierung diese Ziele eher übererfüllt als untererfüllt. Wir sind berechenbar und planbar in den finanziellen Verhältnissen. Darauf bauen wir auf. Das ist ein Unterschied zu früher. Auf den sind wir stolz. Das wollen wir auch in der Zukunft fortsetzen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Da werden alle Versuche des Hin- und Herrechnens, wie Sie es eben gemacht haben, nichts helfen. Ich will das in einer Nebenbemerkung sagen: Was ich schon etwas dreist finde, ist die Debatte über die Finanzierung von Altenheimen und Krankenhäusern.

Verehrter Herr Kollege Clauss, Sie - damit meine ich Sie in Person, denn Sie verstehen ja etwas von der Sache - haben während der rot-grünen Regierungszeit zugelassen, dass die gesamte Finanzierung der Altenheime in ihrer Grundstruktur in den Kommunalen Finanzausgleich gegeben wurde, obwohl Sie selbst Papiere veröffentlicht hatten, in denen stand, dass die Finanzierung ein Teil des originären Staatshaushaltes ist.

(Armin Clauss (SPD): Das stimmt überhaupt nicht! Weisen Sie einmal nach, wo das steht! Sie lügen jetzt schon wieder!)

Sie haben damit entschieden, dass das zu 100% zulasten der Kommunen ging. Wir sagen dagegen: Wir geben den

Kommunen das Geld, damit sie es in eigener Verantwortung so einsetzen, wie sie es brauchen - wenn man ihnen diese Aufgabe schon gibt. Aber Sie stellen sich jetzt hier Krokodilstränen weinend hin und sagen, wir würden bei der Altenheimplanung etwas über den Kommunalen Finanzausgleich machen. Wir erhöhen die Mittel, indem wir die Kreditfinanzierung verdoppeln. Wir senken sie nicht. Wir setzen das fort, was Sie angefangen haben, und brauchen uns deshalb nicht von Ihnen in einer solchen Art und Weise moralisch angreifen zu lassen, wenn es um die Finanzierung von Altenheimen geht.

(Beifall bei der CDU)

Was die Krankenhausfinanzierung angeht, so teile ich Ihr Bestreben und Ihren Willen, dafür Geld einzusetzen.

(Armin Clauss (SPD): Sie kürzen nur!)

- Herr Kollege Clauss, wenn Sie wissen, was die Kommunalen Spitzenverbände in der Anhörung gesagt haben - Sie nehmen Anhörungen doch so wichtig -, werden Sie feststellen, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt 160 Millionen DM aus diesem Titel der Finanzierung von Krankenhäusern nicht abgerufen worden sind, weil noch nicht investiert worden ist.

(Armin Clauss (SPD): Auch das stimmt nicht! Der Landkreistag hat etwas anderes gesagt! Die Investitionen sind gebilligt!)

Deshalb machen wir es im nächsten Jahr so, dass nicht weiterhin Geld in einen Sparstrumpf gesteckt wird, den wir auch später noch schaffen können, sondern dass die Gemeinden bei der einfachen Stadterneuerung die Chance haben, mit einer Mark drei bis vier Mark auszulösen, sodass ein Investitionsprogramm von 40 Millionen DM entsteht, das wirklich abgerufen wird, ohne dass irgendeinem Krankenhaus irgendeine Möglichkeit zu Zukunftsinvestitionen genommen wird.

(Beifall bei der CDU - Armin Clauss (SPD): Auch das stimmt nicht, was Sie da erzählen! Das beweist, dass Sie überhaupt nichts davon verstehen!)

- Das können Sie sich sparen. Herr Kollege Clauss, immer wenn jemand anderer Meinung ist als Sie, versteht er nichts davon. Wenn einer die ganze Zeit auf der Autobahn fährt und sich über Hunderte von entgegenkommenden Autos wundert, darf er nicht denken, alle anderen seien Geisterfahrer. Das ist eine Basis, auf der Sie nicht weiterkommen.

(Beifall bei der CDU - Armin Clauss (SPD): Die Beträge sind gebilligt! Die sind gebunden!)

Wenn wir zu dem zurückkommen, was wir in der Landespolitik an Dingen zu verantworten und zu gestalten haben, dann will ich schon sagen: Herr Abg. Clauss, am meisten hat mich heute Morgen an Ihrer Rede erstaunt, dass Sie es fertig bringen, über Bildung und Ausbildung nur nach Ablauf Ihrer ordentlichen Redezeit überhaupt ein Wort zu verlieren.

(Norbert Kartmann (CDU): Er hat ja nichts zu sagen!)

Meine Damen und Herren, wenn es in der Verantwortung der Landespolitik in diesen Jahren beim Einfügen in den Wettbewerb der Länder und beim Ausnutzen der Möglichkeiten, die uns unser Haushalt bereitstellt, einen Punkt gibt, in dem wir mehr Gestaltungsrechte haben als in jedem anderen, aber in dem wir auch mehr Gestaltungspflichten haben als in jedem anderen, dann ist es die Bildung und Aus-

bildung unserer Kinder, Jugendlichen und Studenten. Herr Clauss, dafür haben Sie kein Wort übrig gehabt.

(Beifall bei der CDU)

Das hat ja auch seinen Grund. Sie sind doch in dieser Frage inzwischen sprachlos, weil Sie zugeben müssen, dass wir das verwirklichen, was wir angekündigt haben und von dem Sie gesagt haben, das gehe nicht. Sie haben uns während des Wahlkampfes vorgeworfen, das sei alles unmöglich und utopisch. Der Bildungshaushalt könne sich nicht anders verhalten als andere Haushalte. Herr Holzapfel hat dazu Erklärungen abgegeben: Er müsse eben Lehrerstellen abbauen, weil alle anderen Haushalte auch Stellen abbauen. - Wir haben bewiesen, dass das nicht wahr ist. Wir senken die Nettoneuverschuldung und erhöhen die Bildungsausgaben.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ein Programm, das die Betroffenen und Beteiligten natürlich längst bemerkt haben. Wir werden in diesen vier Jahren der Regierungsverantwortung 1,2 Milliarden DM mehr für Bildung ausgeben, um z.B. die Aufgaben der Unterrichtsgarantie und der Verbesserung des Forschungs- und Hochschulstandorts Hessen zu bewältigen.

Das ist eine gewaltige Herausforderung. Das ist eine Anstrengung im Haushalt, die uns in der Prioritätensetzung in anderen Bereichen einschränkt - das haben wir klar und offen gesagt - und die es uns nicht leicht macht, Haushaltsstrukturzahlen etwa beim Personalbestand herunterzufahren, weil wir zeitgleich mit dem Personalabbau in anderen Teilen der Verwaltung einen Personalaufbau in den Schulen brauchen.

Meine Damen und Herren, wenn die Kultusministerin in diesen Tagen festgestellt hat, dass wir von den rund 100.000 Stunden Unterrichtsausfall, die wir vorgefunden haben, in den ersten 18 Monaten unserer Regierungszeit rund 70.000 beseitigt haben, dann ist das die beste Investition in die Zukunft der jungen Menschen in diesem Lande, die wir überhaupt machen können. Wir sind stolz darauf, dass sie uns so gelungen ist.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb sage ich Ihnen, dass wir das Versprechen der Unterrichtsgarantie erfüllen werden. Wir haben in den ersten 18 Monaten weit mehr davon erfüllt, als man bei vernünftiger Betrachtung einer Vierjahresplanung ursprünglich hätte annehmen können.

Wir sind heute auf einmal mit dem gegenteiligen Problem konfrontiert. Wir lassen jetzt nicht mehr wie Sie Lehrerinnen und Lehrer vor der Tür stehen, sondern wir suchen jetzt in der ganzen Bundesrepublik Deutschland Lehrer und Lehrerinnen. Wir werden in den nächsten Tagen wieder öffentlich darlegen, dass das Bildungsland Hessen Lehrer aus der ganzen Bundesrepublik sucht, weil wir die Ressourcen haben, sie einzustellen und sie unseren Kindern und Jugendlichen zur Verfügung zu stellen. Das ist eine gute Bildungspolitik für die nächste Generation.

(Beifall bei der CDU)

Zwei Jahre sind ein solch langer Zeitraum, dass man über Ihre Vergangenheit nicht mehr reden muss.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): 18 Monate!)

Ganz vergessen kann man sie ja nun doch noch nicht. Wie war denn die Situation etwa bei der Einstellung von Referendaren? Da hatten wir in der Lehrerausbildung junge

Menschen mit dem ersten Staatsexamen, und Sie haben ein Einstellungssystem für Referendare geschaffen, das bedeutet hat, dass manche eineinhalb Jahre lang warten mussten, bevor sie überhaupt einen Platz in der weiteren Ausbildung bekommen haben. Das sind die Lehrer, die wir in diesen Tagen zum Einstellungstermin dieses Schuljahres und des nächsten Halbjahres dringend gebraucht hätten. Sie haben in Hessen ein Programm "Sozialhilfe statt Arbeit für Lehramtskandidaten" entworfen. Jetzt stellen wir alle Referendare ein und sorgen dafür, dass sie schnell in die Schulen und zu den Schülern kommen.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich geht es dabei nicht nur um die Unterrichtsversorgung mit Lehrern, obwohl sie zunächst einmal der zentrale Teil ist. Es bleibt dabei: Eine ausgefallene Schulstunde kann ich nicht optimieren. Ich muss sie erst einmal erteilen.

(Michael Denzin (F.D.P.): Sehr gut!)

Aber Schule und schulisches Leben müssen sich darüber hinaus noch verändern. Was haben Sie im Hinblick auf Betreuungsangebote in Hessen gemacht? Sie haben sich ein formidables und umfangreiches Betreuungsmodell ausgedacht und es an weniger als 200 Schulen in Hessen implementiert. Sie haben gesagt, wie toll Sie seien, indem Sie eine Halbtagsgrundschule mit festen Betreuungszeiten einführen. Aber Sie konnten die Frage nicht beantworten, wie dafür gesorgt werden kann, dass möglichst alle Eltern und alle Kinder in der Fläche - auf dem Land und in den Städten - ein Betreuungsangebot zur Verfügung haben. Dafür hatten Sie kein Geld.

(Norbert Kartmann (CDU): So ist das!)

Sie hatten in Ihrer Planung auch überhaupt nicht die Absicht, das zu ändern. Sie wussten, dass Sie daran verelenden würden, mit so wenigen Lehrern, wie Sie eingestellt hatten, auch noch ein lehrerbezogenes Betreuungsmodell an den Schulen einzurichten. Das haben wir geändert. Wir haben gesagt: Es hat keinen Sinn, Eltern, Lehrern und Kindern etwas zu versprechen, was im Einzelfall - schön auf den Tisch gelegt - prima aussieht, aber in der Realität den meisten Eltern nur als Ikone vorausgetragen werden kann. Realistischerweise werden nur wenige Eltern das als tatsächliche Leistung vom Staat erhalten können.

Wir haben in kurzer Zeit ein Modell gemacht, nach dem in inzwischen nahezu allen hessischen Grundschulen ein Betreuungsangebot mit verlässlichen Betreuungszeiten außerhalb des Kernunterrichts für Eltern, die dies wünschen, besteht. Wir haben das in Kooperation mit den Landkreisen hinbekommen - übrigens auch mit den sozialdemokratisch und grün regierten. In dem Zusammenhang haben wir inzwischen eine ausgesprochen friedliche Landschaft.

Meine Damen und Herren, ich sehe, dass das "Darmstädter Echo", das gelegentlich die Politik der Landesregierung kritisch begleitet, sagt:

Am 85% der Grundschulen werden die Kinder künftig in der unterrichtsfreien Zeit beschäftigt und beaufsichtigt im überschaubaren Rahmen der so genannten verlässlichen Halbtagschule. Das ist Wolffs Verdienst. Gepflügter Boden ist eine gesunde Basis. Er sollte jetzt nur nicht von Meckerern vergiftet werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, schönen Gruß an Sie.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir über die Lehrerversorgung und die Betreuung gesprochen haben, dann müssen wir auch über die Qualität des Unterrichts sprechen. Das gehört dazu. In der Tat verändern wir die Ansprüche an die Qualität des Unterrichts dahin gehend, dass Leistungserfordernisse und -merkmale in der Schule sichtbar gezeigt und auch gemessen werden.

Das war für Sie in den letzten Jahren nicht wichtig. Deshalb verändert sich dort in der Schule etwas - nicht von heute auf morgen, nicht in dem Stil, in dem Sie gerne Polemik machen, von wegen neuer Paukschule. Nein, wir wissen, dass Kreativität, Initiative, Teamfähigkeit für die Generation von Schülerinnen und Schülern, die jetzt die Schule verlassen, wichtig sein werden. Aber das alles hilft ihnen nichts, wenn sie im Wettbewerb mit Schülerinnen und Schülern aus anderen Bundesländern oder aus dem Rest der Welt - und mit denen stehen sie heute im Wettbewerb in einer vernetzten Welt - nicht die gleichen Basisqualifikationen mitbringen, mit denen sie in diesen Wettbewerb eintreten können.

Meine Damen und Herren, ich habe einmal zusammenstellen lassen, was an den hessischen Fachhochschulen und Hochschulen an zusätzlichen Mittelaufwendungen jedes Jahr notwendig ist, um in den ersten Semestern der Ingenieurwissenschaften, der Betriebswirtschaft und der Volkswirtschaft und in einigen anderen Bereichen Zusatzkurse durchzuführen, damit das Mathematikwissen der Absolventen unserer Schulen auf eine Basis gebracht wird, damit in der Universität ein wettbewerbsgleicher Unterricht für alle Studenten, die dort aus allen Bundesländern versammelt sind, eingeführt werden kann. Da kommen ein gutes Dutzend Millionen DM zusammen, allein bei uns im Bundesland Hessen. Ich sage Ihnen dazu ganz klar: Eine Schulpolitik darf das nicht zulassen. Wir müssen Standards schaffen, damit die Studierfähigkeit mit dem Abitur vollständig hergestellt ist.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das Gleiche gilt für die berufliche Praxis. Ich will nicht dauernd mit Handwerksmeistern und Vertretern der Industrie- und Handelskammern darüber diskutieren müssen, was sie an Zusatzstunden erarbeiten müssen, um denen, die sie als Auszubildende in den Betrieb aufnehmen, in den Fragen von Rechtschreibung, von Grundkenntnissen der Mathematik und von anderem Basiswissen so viel zu geben, dass sie die Berufsschule so überstehen, dass sie mit dem fachlichen Abschluss zusammen ihren Gesellenbrief bekommen. Es ist unsere Verpflichtung, über Leistungsstandards sicherzustellen, dass neben Kreativität, Initiative und Teamgeist eben auch das notwendige Basiswissen in Hessen fest vorhanden ist. Daran müssen wir arbeiten, und dazu haben wir uns auf den Weg gemacht - spät, aber so früh wir konnten, und jetzt, so schnell wir können, meine Damen und Herren, denn auch das gehört zu der Verpflichtung gegenüber den Schülerinnen und Schülern.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wenn in diesen Tagen der Mathematikwettbewerb in Hessen geschrieben wird, dann ist er zum ersten Mal aufgrund der Anordnung der Kultusministerin für alle Teilnehmer verbindlich. Wir haben schon immer prima Leistungen im Mathematikwettbewerb gehabt. Die werden wir auch jetzt wieder haben, aber wir werden jetzt eben auch die Leistungen der Schulen miteinander vergleichen. Wir werden uns am Ende dieses Mathematikwettbewerbs anschauen, wie die durchschnittliche Leistung der Schulen gleicher Art im Verhältnis zueinander ist. Wir werden das in diesem

Jahr den Schulen mitteilen. Aber ich füge hinzu, ich halte es für richtig, dass dies ab dem nächsten Jahr auch der Schulgemeinde und damit der Schulöffentlichkeit mitgeteilt wird. Denn die Schülerinnen und Schüler haben einen Anspruch darauf, zu wissen, wenn sie sich anschließend etwa beim Sparkassen- und Giroverband, an einer Universität oder bei der Kraftfahrzeuginnung um eine Stelle bewerben und dort einen Mathematikteil ausfüllen müssen, ob sie die gleichen Qualitätsvoraussetzungen auf dem Wege ihrer Ausbildung gehabt haben, sodass es nicht nur an ihrer Kreativität, ihrer Leistungsfähigkeit, ihrer Reaktionsgeschwindigkeit liegt, ob sie den Test bestehen oder nicht; ob es nicht etwa daran liegt, ob sie in der A-Schule oder in der B-Schule waren. Wir sind verantwortlich für gleiche Qualitätsstandards. Ich gebe zu, ich will auch, dass die Schulen darum ringen: Wie stellen wir sicher, dass wir zu den Besseren gehören, wie sorgen wir für internes Qualitätsmanagement? Das ist die einzige Chance, wie die Leistungsfähigkeit an den Schulen wirklich verbessert werden kann. Wir haben uns auf den Weg gemacht, dies in unserem Bundesland zu erreichen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Dieser Weg muss sich in unsere Hochschulen fortsetzen, und zwar nicht nur deshalb, weil wir die bestmögliche studentische Ausbildung brauchen, um mitten in der Bundesrepublik Deutschland den Menschen, die hier Arbeit suchen und die in Zukunft in diesem Land auch ihre Position behalten wollen, Qualität zu bieten. Wir müssen es auch deshalb tun, weil die Hochschulen immer mehr zu einem der wichtigen Standortvorteile in einer so wissensgetriebenen Forschungslandschaft werden, wie sie uns in Zukunft begegnen wird.

Wir haben im Lande Hessen einen Vorteil, der, wenn wir ihn gut nutzen, uns gegenüber nahezu allen anderen Vergleichsregionen Europas und schon gar der Bundesrepublik Deutschland privilegiert. Wer in der Rhein-Main-Region seinen Sitz hat, der kann in der Regel innerhalb von einer Stunde sieben akademische Hochschulen und, wenn ich richtig gezählt habe, zwölf Fachhochschulen erreichen. Dies gibt es in keiner anderen Region, in einer solchen Dichte von Möglichkeiten auszuwählen, mit welchem Forschungspartner ich kooperiere, Doktoranden zu platzieren und zu nutzen und in den Fachhochschulen Technologieprojekte gemeinsam zwischen Wirtschaft und den jeweiligen Absolventen und Professoren zu entwickeln.

Diese beiden Elemente - die Qualität der Hochschulen zu stärken, um die Ausbildung zu verbessern, aber zugleich die Qualität der Hochschulen deshalb zu stärken, weil sie ein entscheidender Faktor dafür sind, ob wir z. B. im Bereich von Internet, Telekommunikation und all dem, was an moderner Technologie im Augenblick entsteht, weltweit führend sein können oder nicht - bringen uns dazu, diese Qualität von Hochschulen zu einem genauso wichtigen Faktor zu machen, wie es die Qualität von Schule und Ausbildung im primären und sekundären Bereichs ist.

Meine Damen und Herren, wenn wir heute sehen, dass von den Fachhochschulstudenten, die in das erste Semester kommen, in Informationstechnologiestudiengängen gut 25% aller, die dieses Studium in der Bundesrepublik Deutschland beginnen, dies an einer hessischen Fachhochschule tun, dann ist das eine der besten Sicherungsmaßnahmen für den Standort und eine der besten Möglichkeiten für junge Menschen, in diesem Land einen zukunftsfähigen Beruf zu haben. Denn wir wissen, dass wir im Durchschnitt

7% aller Studenten haben, aber bei der Informationstechnologie an den akademischen Hochschulen immerhin 12%. Dies zeigt, dass wir auch dort einen Vorsprung haben. Wir wollen ihn weiter stärken. Wir haben 25 Millionen DM für die kommenden Jahre ausgewiesen, alleine für die Informationstechnologie. Meine Damen und Herren, 25 Millionen DM in Hessen, das ist genauso viel, wie die Bundesregierung mit ihrem grandiosen 50-Millionen-DM-Programm für ganz Deutschland bezahlt. Sie gibt nämlich bloß 50% davon, aber sie nennt es doppelt so viel. Wir machen allein in Hessen so viel, wie die Bundesregierung für die ganze Bundesrepublik zur Verfügung stellt. Das ist eine Frage, wie man mit Geld und Haushalt in diesen schwierigen Zeiten umgeht.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Deshalb sind wir sicher, dass wir mit dem Hochschulgesetz, das der Hessische Landtag dankenswerterweise verabschiedet hat, einen richtigen Weg gehen, weil die Hochschulen sehr viel stärker in Eigenverantwortung ihren Platz suchen können, der zwischen Qualität in Forschung und Lehre und der Fähigkeit liegen muss, sich mit dem, was an Universitäten an geistigem Produkt entsteht, auch in der realen wirtschaftlichen Welt zu präsentieren. Ich will noch einmal ausdrücklich sagen: Wir wollen von den Hochschulen beides. Wir brauchen Forschung und Lehre, aber wir brauchen auch die anwendungsnahen Transfers, weil wir wissen, dass Großunternehmen, die Milliardenbeträge in eigene Forschung, in eigenes Personal stecken, heute seltener sind als früher und mittelständische Unternehmen eher darauf angewiesen sind, in Kooperation mit vorhandenen Forschungseinrichtungen und vorhandenen wissenschaftlichen Kapazitäten etwas zu leisten.

Wenn heute noch mancher Professor fragt, ob es denn wirklich so gemeint sei, dass er mit seiner Hochschule zusammen eine GmbH gründen kann zur Verwertung der Patente, die er anmelden will, ob es denn so gemeint sei, dass wir auch wollen, dass er als Professor für die ersten Jahre mit einem seiner Doktoranden in den Aufsichtsrat geht, wenn er eine GmbH gründet, um sie zu begleiten und die Produkte auf den Markt zu bringen, dann sagen wir Ja. Wenn er auch vor zehn Jahren noch die Lebenserfahrung gemacht hat, dass da insbesondere die Frage ungenehmigter Nebentätigkeiten geprüft worden ist, dann ist es heute eine Notwendigkeit für Professoren, auch die Fähigkeit zu haben, über die Mauern einer Universität oder Fachschule hinauszugehen, um ihre Leistungen tatsächlich wirksam werden zu lassen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Deshalb sind wir sicher, dass wir dieses Ziel der Koalitionsvereinbarung erreichen: Wir machen Hessen zum Bildungsland, bieten eine Unterrichtsgarantie, eine Verbesserung der Qualität der Ausbildung, moderne selbstständige Hochschulen und Spitzenforschung. Dies ist unser Ziel, dem wir auf diesem Weg in den ersten 18 Monaten der Regierungstätigkeit so deutlich und klar nachgekommen sind. Daraus ist zweierlei gefolgt: Erstens, jeder Bürger in diesem Land weiß es, und zweitens, Sie trauen sich nicht einmal mehr, dieses Thema im Hessischen Landtag anzusprechen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Sie haben übrigens interessanterweise auch nichts zur inneren Sicherheit gesagt.

(Inge Velte (CDU): Ja, so ist es!)

Es ist schon beachtlich, wie weit man an den Themen, die die Bürger des Landes betreffen, vorbeireden kann, Herr Kollege Clauss, Punkt für Punkt und Thema für Thema.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb wird diese Frage natürlich auch beantwortet. Wir haben doch die Zeitungsmeldungen und die Erklärungen von vorher und nachher. Wie war es, als Herr Kollege Bökel versucht hat, mit sachlichen Argumenten etwa bei den Thema Schleierfahndung seinen grünen Koalitionspartner zu überzeugen?

(Armin Clauss (SPD): Wie war das, als wir die Voraussetzungen für die zweigeteilte Polizeiaufbahn geschaffen haben?)

Am Ende musste er kleinlaut einräumen, dass er das in der Koalition nicht erreichen kann. So stark war der Herausforderer ja, dass er in der früheren rot-grünen Koalition nicht zu den Tonangebenden gehört hat. Sonst wäre eine andere Politik gemacht worden als die, die es dann in Wirklichkeit gab.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir haben es gemacht. Wir haben jetzt wieder den gleichen Standard wie in Thüringen, wie in Baden-Württemberg, wie in Bayern. Wir sind kein privilegiertes Land mehr für Straftäter, weil wir die gleichen Möglichkeiten haben, sie zu verfolgen, wie das in anderen Ländern der Fall ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie können doch nur noch kleinlaut am Rande kommentieren, wenn dann in der Schleierfahndung die ersten Erfolge in der ersten Bilanz kommen, wenn 76 Ermittlungsverfahren, 9 Verhaftungen von per Haftbefehl Gesuchten, 53 vorläufige Festnahmen und 169 Beschlagnahmungen von Diebesgut, Waffen und anderem an einem Tag, in wenigen Stunden stattfinden. Da müssen Sie doch sprachlos werden. Sie haben das den Hessen vorenthalten. Mit Ihnen gäbe es das nicht, aber jetzt ist es Wirklichkeit in diesem Bundesland Hessen. Darauf sind wir stolz, und damit sind wir zufrieden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Der Innenminister hat in dieser Zeit von 18 Monaten in allen wesentlichen Punkten, die wir den Bürgerinnen und Bürgern in der Koalitionsvereinbarung zugesagt haben, durch Gesetzgebung die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Polizei bessere Arbeitsbedingungen in unserem Land hat. Dazu gehört das ganze Konzept von Reorganisation der Polizei, das wir im Landtag zurzeit noch beraten, über die Möglichkeit der Wachpolizei, um Polizeibeamte, die eine akademische Ausbildung haben, von Wachdiensten zu befreien und zur Verbrechensbekämpfung einsetzen zu können, bis zum freiwilligen Polizeidienst in den drei Bereichen, in denen wir den Modellversuch unter dem Gesichtspunkt versuchen, Ansprechbarkeit von Leuten, die für die Polizei stehen, sicherzustellen und das Gefühl für Sicherheit bei den Menschen in unserem Lande zu erhöhen. Außerdem haben wir, auch wenn Sie darüber schimpfen - das sollen Sie auch; denn da ist unser Meinungsunterschied wirklich heftig -, im Bereich der hessischen Justiz gesagt, dass wir mit Hessenprivilegien für Straftäter aufhören. Wenn jetzt 36% weniger Hafturlaub zu - -

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber weitaus mehr Ausbrüche! Sagen Sie einmal die Zahlen! Weltmeister bei den Ausbrüchen!)

- Herr Kollege, da sind Sie in den letzten Monaten auch sehr leise geworden. Niemand hat behauptet, dass durch

den schlichten Amtsantritt eines Ministers Ihre verschlechterten Verhältnisse in Ordnung gebracht werden können. Niemand hat das behauptet.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber der Minister Wagner hat sich auf den Weg gemacht, Stück für Stück drei Vorhaben umzusetzen: erstens die Beamtinnen und Beamten zu unterstützen, wo sie die Unterstützung der Führung brauchen, um Verhältnisse in Justizvollzugsanstalten aufrechtzuerhalten, mit denen sie umgehen können. Ich will hier nicht die ganzen plattitudinären Kaleidoskope vortragen. Aber das beginnt mit der Frage, wo die Handys sind. Das endet bei ganz banalen Dingen, dass der Rauschgiftkonsum in einem Gefängnis durch Urinproben regelmäßig kontrolliert wird, damit alle Beteiligten wissen: Wir lassen uns in Gefängnissen nicht auf der Nase herumtanzen. Das ist eine der Veränderungen, die vorgenommen worden sind.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Frage von Herrn Müller zu?

Roland Koch, Ministerpräsident:

Ich schlage vor, ich rede jetzt durch. Sie haben nachher auch eine Stunde Redezeit. Denn wenn man es einmal zulässt, heißt es dann bei der nächsten Frage, ich hätte keine Lust dazu.

(Zuruf des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die zweite Frage war für ihn: Schaffe ich es, organisatorische Voraussetzungen für die Verantwortlichen in den Justizvollzugsanstalten zu schaffen, nach denen sie sich zu richten haben? Hier reden wir über Missbrauchstatbestände, wir reden über Haft erleichterungen und Freigang. Es geht darum, dafür zu sorgen, dass in Hessen vergleichbare Verhältnisse zu anderen Bundesländern eintreten.

Deshalb sage ich Ihnen: Ja, wir bekennen uns dazu, dass wir an diesen Stellen Verschärfungen genau so vorgenommen haben, wie wir es angekündigt haben. Wir sind auch sehr sicher, dass wir auf diesem Weg - nicht nur im Bereich der Polizei, sondern auch im Bereich der Justiz - zu den Erfolgen kommen werden, die wir am Anfang der Regierungstätigkeit genannt haben. Wir machen Hessen zu einem Land mit mehr Sicherheit, mit einer verringerten Zahl der Straftaten und einer schnelleren Bestrafung der Täter. Das sollten wir auch nicht vergessen: 3,5% schnelle Strafverfahren haben Sie gehabt. Wir sind inzwischen bei 10% der Strafverfahren. Wenn Sie die großen Gerichte nehmen, bei denen Sie schon angefangen hatten - bei den anderen mussten wir es erst einführen -, dann sind wir schon bei über 15%.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind mit Siebenmeilenstiefeln auf dem Weg zu den richtigen Zielen, und zwar weil wir sie wollen und weil die Beamtinnen und Beamten das mit uns zusammen machen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Potemkinsche Dörfer!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der dritte große Komplex, über den wir in diesem Land miteinander reden

und streiten müssen, ist die Wirtschaftspolitik. Ich komme im Verlauf auf die bundespolitischen Erwägungen des Oppositionsführers zurück, aber zunächst einmal geht es natürlich um unsere Verhältnisse.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Des amtierenden Oppositionsführers!)

- Ich habe jetzt beschlossen, Herr Abg. Hahn, Herrn Clauss so lange als Oppositionsführer zu bezeichnen, bis irgendeine Struktur in der SPD erkennbar ist, dass auch jemand anders der Herausforderer sein könnte.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich weiß ja, wie es in Parteien zugeht.

(Gerhard Bökel (SPD): Bei uns geht es anders zu als bei Ihnen! - Armin Clauss (SPD): Hochmut kommt vor dem Fall!)

Stellen Sie sich einmal vor, Sie hätten auf Ihrem so genannten Hessengipfel beschlossen: Erstens. Bökel ist der richtige Mann. Zweitens. Deshalb wird er Parteivorsitzender. Drittens. Das gilt für die nächsten fünf Jahre. - Dann haben Sie eine Vorstellung über das, was Sie wirklich beschlossen haben.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Dass man angesichts eines solch ungemachten Vertrauensvorschlusses seitens der Basis nicht ganz leicht atmet, Herr Bökel, das verstehen wir. Aber Sie mögen auch verstehen: So, wie Sie mit uns umgehen, brauchen wir die Tatsache nicht zu verschweigen.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich will die Zahlen festhalten: Wir haben uns im Hessischen Landtag in den letzten Jahren der rot-grünen Regierung häufig über die Jugendarbeitslosigkeit gestritten. Ich habe Sie gefragt, warum wir es hier nicht schaffen, wenigstens bei der jeweiligen Steigerung der Zahlen für Ausbildungs- und Arbeitsplätze junger Menschen auf den Zahlen des Bundesdurchschnitts zu sein.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt bin ich gespannt!)

Warum sind wir ausgerechnet da schlechter? Warum haben wir eine Situation, in der Unternehmen offensichtlich in ihrer Mentalität, der Bereitschaft zuzulegen in Hessen gegenüber anderen Ländern ein Stück zurückliegen?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was tut die Hessische Landesregierung?)

Jetzt wollen wir festhalten, dass beim Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit das Land Hessen inzwischen an der Spitze in Deutschland steht.

(Armin Clauss (SPD): Aber warum denn? Das hat das große Bundesprogramm gemacht!)

Hier betrug der Rückgang im letzten Jahr 15,5%, und dies angesichts der Tatsache, dass wir das Land sind, das am drittschlechtesten von allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland mit dem Bundesprogramm versorgt worden ist.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

An Ihrem Programm liegt es nicht. Es liegt an unseren Zahlen.

(Armin Clauss (SPD): Natürlich liegt es auch am Bundesprogramm!)

Deshalb war der Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit in Hessen in diesem Jahr fast doppelt so hoch wie im Durchschnitt aller westdeutschen Bundesländer, nämlich 7,9% bei denen und 15,5% bei uns. Das ist ein ordentliches Ergebnis.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Armin Clauss (SPD): Warum denn?)

Dazu haben Industrie- und Handelskammern und Handwerkserschaft Erstaunliches beigetragen. Wir haben zuletzt - -

(Armin Clauss (SPD): Sie streichen alle Programme und schmücken sich dann mit den fremden Federn des Bundes!)

- Herr Kollege, ich sage es Ihnen noch einmal: Die Zahlen, die dort entstanden sind, sind nicht getrieben durch staatliche Bundesprogramme, sondern sie sind dadurch getrieben, dass die hessische Wirtschaft wesentlich optimistischer ist und mehr ausbildet als in der Vergangenheit. Das brauchen wir nicht unter den Scheffel zu stellen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Armin Clauss (SPD): Aber warum denn? - Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Trotz Mosiek-Urbahn!)

Aber es trifft nicht nur die Jugendarbeitslosigkeit, es trifft auch den allgemeinen Arbeitsmarkt. Auch dort werden Sie es zum Ende des Jahres, wenn die Zahlen für das ganze Jahr feststehen, noch eindrucksvoller sehen. Aber schon im Juli gab es 3,6% mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte als ein Jahr zuvor. Das ist ein Plus von knapp 80.000 neuen Arbeitsplätzen.

Meine Damen und Herren, inzwischen ist es so: Beim prozentualen Anstieg der Zahl neuer Arbeitsplätze - Sie wissen, da waren wir auf Platz fünf oder sechs in der Vergangenheit - haben wir inzwischen 3,6%. Nur noch Bayern liegt mit 3,8% Anstieg vor uns, was eine beachtliche, respektable Leistung unseres Wettbewerbers ist. Aber den schlagen wir auch noch. Wir sind auf dem Weg an die Spitze bei diesen Zahlen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich möchte eine letzte Zahl nennen. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit betrug im Oktober 2000 in Hessen 12,5%. Damit lag Hessen nach Baden-Württemberg und Bayern an dritter Stelle aller Bundesländer. Es lag immerhin deutlich über dem Durchschnitt. Ich vergleiche dabei immer nur die westdeutschen Länder miteinander. Wir lagen bei 9,6%. Das heißt, es ist sehr sichtbar, dass wir mit der Politik, wie wir sie im Bundesland Hessen betreiben, auf dem richtigen Weg sind. Wir gewinnen das Vertrauen der Unternehmen und der Wirtschaft dieses Landes zurück. Sie hatten es in den letzten Jahren nicht mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Clauss, wenn Sie auf dem Unternehmertag gewesen sein sollten, dann haben Sie das gespürt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

- Frau Kollegin Fuhrmann, Sie sollten Ihr Weltbild nicht mit dem eines durchschnittlichen Menschen dieses Landes vergleichen. Da bestehen ein paar Unterschiede. Denn Sie sind nur noch auf den Kampf mit uns fixiert und nehmen deshalb die Realität ein bisschen weniger wahr. Das ist Ihr

gutes Recht. Aber bitte glauben Sie nicht, die Mehrheit der Menschen dieses Landes würde so reden, wie es Herr Clauss hier heute Morgen getan hat.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Petra Fuhrmann (SPD): Aber ja!)

Warum wird die wirtschaftliche Entwicklung von vielen Vertretern von Unternehmen unseres Landes heute so anders eingeschätzt? Ich bin fest davon überzeugt, dass das vor allem an der Veränderung der politischen Debatte hinsichtlich der Frage unserer Verkehrsinfrastruktur liegt. Denn wir müssen einräumen - das sagen wir als Landespolitiker auch sehr klar -, dass wir Arbeitsplätze nicht in großem Maße werden subventionieren können. Erstens haben wir dafür kein Geld. Zweitens befinden wir uns im Vergleich innerhalb Europas in einer geographischen Lage, die so gestaltet ist, dass wir das bei großen Teilen unseres Landes nicht dürfen, in denen sich viele Arbeitsplätze befinden. Vieles von dem, was es zwischen Berlin, dem Ruhrgebiet und in weiten Teilen Bayerns an Handgeld für die Ansiedlung von Industrieunternehmen oder Unternehmen gibt, ist dort mit dem europäischen Recht der Ansiedlungsbeihilfe vereinbar. Dies ist es im weit gestreckten Rhein-Main-Gebiet nicht. Gott sei Dank haben wir es geschafft, mit Gießen und Wetzlar zwei schmale Sprengel dort hineinzubringen, um die Chancen Mittelhessens damit zu verbessern.

In vielen Bereichen ist das nicht so. Das muss aber kein Nachteil sein. Bei den modernen Kommunikationsunternehmen erkennen wir z.B. Folgendes. Es gibt Unternehmen, die nicht mehr auf die 50.000 DM Startkapital angewiesen sind. Dieses Startkapital ist für viele wichtig, die anfangen und bei denen Unternehmen mit mehreren Tausend Beschäftigten herauskommen können. Es gibt aber auch diejenigen, die jetzt hinzukommen, bei denen Fragen wichtig sind wie z.B.: Wo ist der Verkehrsknotenpunkt, wo ist der Einwahlnoten in das Internet, wie komme ich von einem Punkt in die Vereinigten Staaten oder nach Asien, oder wo soll ich hin, damit ich meine Geschäftskunden mit einem möglichst geringen Zeitverlust erreichen kann? Dies sind Unternehmen, die sich sehr häufig eben auch ohne die Möglichkeit einer Subvention für einen Standort entscheiden.

Der Ansiedlung von vielen Hunderten von Unternehmen etwa aus der IT-Branche im erweiterten Rhein-Main-Gebiet liegt die Tatsache zugrunde, dass inzwischen die Hälfte aller Systemberater der großen Unternehmen, die sich mit der Gestaltung der Software beschäftigen, hier im Rhein-Main-Gebiet ihre Beschäftigung haben. Das ist darauf zurückzuführen, dass durch die Infrastruktur die Randbedingungen stimmen. Das hat etwas mit Bildung zu tun. Darüber habe ich vorhin gesprochen. Das hat z.B. konkret etwas mit den Studiengängen für Informationstechnologie zu tun. Das hat aber auch etwas mit der Verkehrsinfrastruktur zu tun. Dies gilt für alle Teile Hessens.

Wahrscheinlich sind die noch wichtigeren psychologischen Botschaften in der Verkehrspolitik durch diese Landesregierung in den ersten 18 Monaten in der nordhessischen Region gegeben worden. Mit Dieter Posch kann jemand durch Nordhessen gehen und dort in wenigen Tagen eine Regionalkonferenz machen, der sagen kann: Wir reden nicht nur, Händchen haltend, mit euch und sagen, es wird schon irgendwann gut werden, sondern wir schaffen durch den schnellen Bau der Straßen, die Förderung für den Flughafen Kassel-Calden und den damit verbundenen Aufbau des dortigen Luftverkehrs die Voraussetzungen dafür, dass

ihr selbstbewusst sagen könnt, es gibt dort keine Standortnachteile hinsichtlich der Infrastruktur gegenüber einer anderen Region in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir befinden uns da in einer Aufholjagd. Gott sei Dank befinden wir uns in dieser Aufholjagd, an der viele Bürgerinnen und Bürger der Region Nordhessens und viele Vertreter der Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammern und vieler einzelner Unternehmen teilnehmen und mitmachen. Sie sind bereit, Geld in die Hand zu nehmen und zu sagen: Wir wollen das Ziel erreichen, dass dort die Arbeitslosigkeit nennenswert sinkt. - Sie nehmen jetzt selbst Geld in die Hand, weil sie sehen, dass sie eine Regierung als Partner haben, die bereit ist, auch viel Geld in die Hand zu nehmen, und sich mit viel Zeit und Reputation engagiert, um das zu erreichen.

(Manfred Schaub (SPD): Stelle um Stelle wurde dort oben abgebaut!)

Die Entscheidung, den Landesforst nach Kassel nehmen zu wollen, ist ein weiterer Beweis dafür,

(Manfred Schaub (SPD): Vorher erst zehn Sachen dichtmachen und dann eine aufmachen!)

dass wir es als Arbeitgeber auch so machen, dass trotz Personalabbaus die Zahl des in Nordhessen arbeitenden Personals sogar noch steigt. Das ist die Summe unserer Leistung für diese Region.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P. - Manfred Schaub (SPD): Erst werden zehn Sachen zugemacht, bevor eine aufgemacht wird!)

Deshalb wird sich die wirtschaftliche Entwicklung in dieser Region in Zukunft beschleunigen können. Dazu leisten wir bei der Infrastruktur einen Beitrag. Aktuell will ich Folgendes sagen. Wir freuen uns unheimlich darüber, dass der Transrapid in Kassel eine neue Chance erhält. Das ist dort für die Schaffung eines industriellen Kerns wichtig. Aber das hängt an dem seidenen Faden der Verhandlungen mit China, weil Sie mit Ihrer rot-grünen Koalition unfähig waren, ein solch wichtiges Industrieprojekt in Deutschland zu implementieren. Gott sei Dank kommt das jetzt.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P. - Manfred Schaub (SPD): Selbst keinen Handschlag dafür gemacht!)

Das ist ein klassisches Projekt, das in Kassel trotz Rot-Grün kommen wird und nicht wegen Rot-Grün, obwohl ein Kasseler in der Bundesregierung sitzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Genauso wie dieses Signal für Nordhessen wichtig ist, ist es das auch für Frankfurt und den Flughafen. Ich mache es jetzt genauso wie Herr Kollege Clauss. Wir brauchen diese Debatte nicht alle Tage vollkommen neu zu führen. Nur möchte ich Ihnen wiederum sagen, dass Sie sich irgendwann entscheiden müssen, ob Sie dafür oder dagegen sind.

(Armin Clauss (SPD): Wir haben uns entschieden!)

Zu sagen: "Ich bin im Prinzip dafür, aber alles, was dafür gemacht wird, sind Dinge, gegen die ich bin", ist eine Haltung, die kein Bürger verstehen wird. Damit werden Sie in der öffentlichen Debatte nicht zurechtkommen. Die Randbedingungen sind so, dass wir in allen wesentlichen Punkten übereinstimmen könnten. Mit Ihrer klammheimlichen Hoffnung, dass das Nachtflugverbot nicht kommen wird,

damit Sie die Regierung beschimpfen können, werden Sie keinen Erfolg haben.

(Armin Clauss (SPD): Das ist unanständig, was Sie machen!)

Wir werden unseren Weg konsequent gehen. Wir werden den Bürgern sagen, dass es ein Geben und Nehmen ist. Wir wissen, was wir in der Region an Belastung haben. Wir brauchen aber diesen Flughafen. Wir wissen deshalb auch, was wir an Verpflichtungen gegenüber diesen Menschen haben. Wir müssen sie ernst nehmen und ihre Belastungen respektieren. Genau das wird unser Weg sein.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich bin sehr froh darüber, dass es uns in den letzten Wochen gelungen ist, dass die Diskussion in der Region sehr ruhig und gelassen verlief, obwohl es eine Fokussierung auf einen bestimmten Standort gegeben hat und sich durch die Entscheidung des Aufsichtsrates und den Beschluss des Hessischen Landtags die Position verfestigt hat, dass das gebaut werden wird. Wir haben dafür zu sorgen, dass das sachliche Gespräch nicht in eine emotionale Auseinandersetzung ausartet. Wir haben sogar erreicht, dass sich die Zahl der Zustimmenden in der Region für den Ausbau des Flughafens erhöht hat und nicht gesunken ist. Das ist eine unglaubliche Leistung. Das kann man feststellen, wenn man dies mit anderen Großprojekten vergleicht. Herr Kollege Clauss, ich bin heute davon überzeugt, dass die Entscheidung richtig war, wie sie die Hessische Landesregierung, aber auch die Koalitionsparteien getroffen haben. Wir haben den Menschen klar und präzise gesagt, was wir wollen. Wir haben ihnen gesagt, dass wir bauen wollen, wo wir bauen wollen und mit welchen Rücksichtnahmen sie rechnen können und müssen. Genau dieser Weg wird sich auszahlen. Den werden wir die nächsten Jahre bis zur Realisierung dieses Projektes auch weiterhin gehen.

(Beifall bei der CDU)

Dass wir in den drei Bereichen Bildung, innere Sicherheit und Wirtschaft die Ziele realisieren, die wir den Bürgern versprochen haben, ist die Voraussetzung dafür, dass die Bürger dieser Politik vertrauen und wir die Realisierung dieser Ziele erreichen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ausgerechnet Vertrauen!)

Ich bin mir sicher, dass wir das Vertrauen heute haben und zu jedem Zeitpunkt haben werden, zu dem das geprüft wird. Meine Damen und Herren, dazu gehört auch, zu sagen: Wir haben uns auf diese drei zentralen Bereiche mit unseren Versprechen festgelegt. Das lösen wir ein. Im Übrigen haben wir gesagt, dass wir dafür zu sorgen haben, dass es in vielen anderen Teilen eine ordentliche und zukunfts-gewandte Landespolitik gibt. Das umfasst eine viel größere Zahl von Facetten. Sie können natürlich an einem Tag nicht alle angesprochen werden, und zwar weder vom Oppositionsführer - er hat davon fast keine genannt - noch von mir. Aber einige will ich denn doch in diesem Zusammenhang noch nennen.

Lassen Sie mich bei der Zukunftsoffensive anfangen. Verehrter Herr Kollege Clauss, die Debatte über den Einstieg oder den Wiedereinstieg in die Hessische Landesbank ist keine einfache, auch für diese Regierung. Das hat Wirtschaftsminister Dieter Posch, als er diese Debatte öffentlich und in der Regierungskoalition begonnen hat, deutlich gesagt. Ich verhehle nicht, uns wäre es viel lieber - und vielleicht ist diese Bemerkung nach der Diskussion der letzten drei Wochen aktueller als jemals zuvor - -

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das war wieder ein großer Erfolg!)

- Zu dem, was die Westdeutsche Landesbank veranstaltet hat, kann ich nichts.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Aber was Sie mit Herrn Vetter vorhatten!)

- Dazu habe ich nichts Negatives zu sagen, Herr Kollege Müller, das ist ein prima Mann, und ich bin bereit, das jederzeit auch im Hessischen Landtag zu sagen.

Aber über die Frage, ob denn die Eigentümer der Landesbanken Private oder der Staat sind, kann man mit Fug und Recht weiter diskutieren. Bei der Westdeutschen Landesbank passiert es gerade, dass diejenigen, die am festesten von allen anderen verlangt haben, um kein Jota von alten Dogmen abzuweichen, jetzt als Erste die Flucht ergreifen; aber lassen wir das beiseite.

Unserer Regierungsentscheidung, die in den Jahren 1987, 1988 getroffen wurde, ist keine Regierung in der Bundesrepublik gefolgt. Jetzt ist es müßig, um der Geschichte willen zu diskutieren, aber ich kann Ihnen das nicht verwehren. Sie können sagen, ich hätte das damals nicht tun sollen. Die Frage aber, die sich mein Amtsvorgänger Eichel und ich stellen mussten und die wir unterschiedlich beantwortet haben, ist: Was machen wir in der konkreten Situation? - Darauf aber muss ich schon Wert legen: Herr Kollege Posch, Karlheinz Weimar und ich, wir haben in den Gesprächen eine Situation vorgefunden,

(Armin Clauss (SPD): Sie haben zu Beginn Ihrer Regierung in der Regierungserklärung etwas anderes gesagt!)

in der diese Vorgänger-Landesregierung sehenden Augen dabei war, hinzunehmen, dass 49% der Anteile der Landesbank Hessen-Thüringen durch die in Mehrheitsbesitz der Bayerischen Staatsregierung befindliche Bayerische Landesbank aufgekauft wird,

(Armin Clauss (SPD): Das stimmt nicht, wie Sie wissen!)

mit der Folge, dass der bayerische Finanzminister im Kreditausschuss der Helaba gesessen hätte

(Armin Clauss (SPD): Sie sagen schon wieder die Unwahrheit!)

und wir keine Ahnung gehabt hätten, was in Bayern passiert. Das wollten wir verhindern, das gebe ich zu, weil das mit Wettbewerb nichts zu tun hat.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Armin Clauss (SPD): Sie sagen schon wieder die Unwahrheit! Sie sind ein skrupulöser Kerl!)

- Herr Kollege Clauss, das ist nun sehr zeitungsbekannt. Das war die Preisverhandlungsbedingung meiner Gespräche mit dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen.

(Armin Clauss (SPD): Aber Sie wissen, dass es nicht so ist!)

Mir sind die Kaufpreise von 49% vorgehalten worden. Dann wurde dies bei dem Versuch, diese Landesregierung zu besänftigen - und das sind Posch, Koch, Weimar -, auf 25% abgesenkt,

(Armin Clauss (SPD): Und wer war noch dabei?)

und dann haben wir es auch nicht gemacht.

(Armin Clauss (SPD): Und wer war noch dabei?)

- Herr Kollege Clauss, jetzt weiß ich, was Sie wollen.

(Armin Clauss (SPD): Na, na, na, Sie sollen hier die Wahrheit sagen!)

- Das ist kein Problem. Als Sie Opposition in Hessen waren, haben Sie diesen Weg der Hessischen Landesregierung mit unterstützt.

(Armin Clauss (SPD): Auch vorher!)

Als Sie aber an der Regierung waren, waren Sie nicht bereit, in die Hessische Landesbank einzutreten,

(Armin Clauss (SPD): Sie sagen schon wieder die Unwahrheit!)

um den bayerischen Anteil zu vermeiden. Das ist die Entscheidung, die wir anders getroffen haben. Mir ist wichtig, dass es am Wirtschaftsstandort Hessen vergleichbare Wettbewerbsbedingungen mit München und mit Düsseldorf gibt.

(Armin Clauss (SPD): Sie sagen schon wieder die Unwahrheit!)

Die aber gibt es nur, wenn die Hessen mit den Thüringern zusammen genauso über sich selbst bestimmen können wie die Bayern und wie die Kollegen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Armin Clauss (SPD): Das ist die Unwahrheit, das wissen Sie!)

Das ist aktenkundig. Sie können hier weiter toben, Herr Kollege Clauss, aber das ändert die Geschichte nicht.

(Armin Clauss (SPD): Nein, aber Sie sagen nicht die Wahrheit! Das ist unser Problem!)

Die zweite Frage, die im Zusammenhang mit der Zukunftsoffensive zu stellen ist - -

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
War das alles zur Helaba?)

- Zur Helaba?

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Haben Sie zur Helaba nicht mehr zu sagen, bei diesen großen Problemen?)

- Ich führe heute eine Debatte über den Haushalt und über unsere Schwerpunkte.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Über den Haushalt habe ich noch nichts gehört!)

Wir können gerne eine Debatte über die Zukunft der öffentlich-rechtlichen Banken führen. Mit den Entscheidungen, die wir getroffen haben, ist die Landesbank Hessen-Thüringen dafür gut gerüstet. Punkt. Das andere können wir mit einiger Gelassenheit betrachten.

Aber die Zukunftsoffensive enthält mehr, und zwar deshalb, Herr Kollege Clauss, weil wir auch dort im Wettbewerb stehen, im Wettbewerb mit anderen Bundesländern, die durch Kapitalumschichtungen größere Möglichkeiten haben, Mittel für Zukunftsinvestitionen bereitzustellen. Das müssen wir uns nicht gegenseitig vorhalten, denn dazu können wir alle nichts. Dass die Energieversorgung Baden-Württemberg ein Staatsbetrieb, das Land Hessen aber an Energieversorgung nie beteiligt war, das ist ein Tatbestand, der viele Milliarden kostet. Gut.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Und was war mit den Veba-Aktien?)

Das bedeutet, 4,1 Milliarden DM, die jetzt durch eine Veräußerung von 25% von EnBW erzielt werden, gehen in Fachhochschulen, Universitäten und in die Verkabelung von Universitäten, in neue Forschungsbereiche, ohne kreditfinanziert werden zu müssen.

(Armin Clauss (SPD): Wer hat die Veba-Aktien damals verschleudert?)

Deshalb ist etwa die Kollegin Ruth Wagner im Hochschulbereich auf schmalere Mittel angewiesen.

(Armin Clauss (SPD): Wer hat die Veba-Aktien damals verschleudert?)

Die Frage, die wir stellen, lautet: Wäre es wirklich richtig, dabei auf null zu gehen? Was ist das denn für ein Ratsschlag, die GWH nicht zu veräußern? Dann reden Sie immer noch über Nettoneuverschuldung und - mit Recht - über Investitionsquote. Das bedeutet doch, dass ich ein Zukunftsprogramm für die Hochschulen, für Kultur, ein Investitionsprogramm für die Wirtschaftsförderung in Hessen nicht machen kann, obwohl andere so etwas machen.

Wir werden jetzt bei den Wohnungen dafür sorgen, dass sie mit der Landesbank Hessen-Thüringen einen Eigentümer finden, der kein Jota an den Mieterschutzbedingungen ändert, die zurzeit bestehen, der uns aber die Möglichkeit gibt, Zukunftsinvestitionen für dieses Land zu machen, bei denen wir sonst gegenüber anderen Bundesländern zurückfallen würden. Dazu können Sie ruhig einmal Ja sagen, meine Damen und Herren, und nicht am Ende den Kritiker spielen und daneben stehen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Aber neben der Zukunftsoffensive werden die Bürgerinnen und Bürger am 18. März eine weitere wichtige Veränderung erleben. Wir werden Bürgerbeteiligung so machen - zehn Jahre, nachdem die Direktwahl für Landräte, Bürgermeister und Oberbürgermeister eingeführt worden ist -, dass wir jetzt den Bürgerinnen und Bürgern sagen: Ihr müsst nicht mehr machen, als eine Partei zu wählen - aber ihr habt jetzt das Recht, in den Listen der Parteien und zwischen den Parteien eine Auswahl für eure Vertreter in den Städten und Landkreisen zu treffen. Mit der Ausnahme des Flächenlandes Nordrhein-Westfalen - und ich glaube, es ist außerhalb der Stadtstaaten noch ein weiteres Bundesland - ist das inzwischen in den anderen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland Standard.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, warum glaubt die hessische Opposition in Gestalt der SPD - die GRÜNEN waren da auf unserer Seite, und wir müssen damit leben, dass wir mit ihnen da eine Übereinstimmung haben,

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das können wir!)

und das können wir auch; es gibt genug Streit zwischen uns, also keine Gefahr von Annäherung - als eine der Letzten in der Bundesrepublik, dass es so sein müsse, dass man den Bürgern nicht das Recht geben könne, zu kumulieren und zu panaschieren, sondern dass dann die hessischen Parlamente in Schwierigkeiten kommen werden? Nein, meine Damen und Herren, die Kommunalparlamente werden in Zukunft lebhafter werden. Die Bürger haben mehr Chancen, sich zu beteiligen.

(Zurufe der Abg. Petra Fuhrmann, Gerhard Bökel und Norbert Schmitt (SPD))

Wir werden uns in unseren Parteien mehr anstrengen müssen, das ist wohl auch wahr. Aber es ist so, dass die Qualität der Kommunalpolitik in Bayern, Baden-Württemberg,

Thüringen und Rheinland-Pfalz nicht schlechter ist als in Hessen. Ich finde es schlimm, dass Sie sich nicht trauen, sich einem solchen Wahlsystem offensiv zu stellen.

(Beifall bei der CDU)

Am Ende müssen Sie ja doch mitmachen. Insofern könnten Sie auch die Bürgerinnen und Bürger dabei in einer positiven Weise begleiten. Wer die Kommunalwahl des 18. März unter dem Gesichtspunkt von Kumulieren und Panaschieren zu einer Angstwahl vor rechten Parteien macht - ja, meine Damen und Herren, dann kämpfen wir einmal schön gemeinsam darum, dass die aus den Parlamenten draußen bleiben. Wir haben die Kraft dazu.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Wir werden es erreichen, wenn wir es vernünftig machen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Norbert Schmitt (SPD): Ihr macht ja Geschäfte mit denen!)

Aber Sie haben teilweise doch gar kein Interesse daran. Sie wollen in der Diskussion um die rechtsradikalen Parteien doch lieber die CDU beschimpfen und sie in die Nähe dieser Parteien rücken, als sie gemeinsam mit uns entschlossen zu bekämpfen. Da liegt doch Ihr wirkliches Problem in der Debatte zwischen Parteien, die wir zurzeit in unserem Lande haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn wir Wirtschaft, Arbeit und Umwelt miteinander verbinden und vereinen wollen, dann haben wir auch die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass aus Wirtschaft und Umweltschutz kein Gegensatz wird. Deshalb haben wir beim Umweltministerium endlich die Umweltallianz gegründet und auf den Weg gebracht.

(Ursula Hamann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ohne Inhalte!)

Das heißt, jetzt gibt es wie in anderen Bundesländern schon länger endlich auch in Hessen eine Partnerschaft zwischen Unternehmen und Staat unter dem Gesichtspunkt einer besseren Qualität des Umweltschutzes, aber ohne viele staatliche bürokratische Kontrollmechanismen, die am Ende kaum noch zu überblicken sind. Unternehmen müssen wissen, dass sie Umweltschutz bringen müssen. Aber sie können auch wissen, dass wir ihnen vertrauen und ihnen eine Chance geben, es nach ihrer Art zu tun. Wir strafen dann, wenn sie die Regeln verletzen, aber wir motivieren und unterstützen sie in ihrer täglichen Arbeit, anstatt sie zu behindern. - Das ist die Botschaft der Umweltallianz. Die gibt es jetzt in diesem Bundesland Hessen, und das ist gut und richtig so.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Herr Kollege Clauss, richtig ist auch: Ja, wir haben die Grundwasserabgabe abgeschafft, oder wir schaffen sie ab - genau so, wie wir es den Bürgerinnen und Bürgern vorher versprochen haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, die Rede von Herrn Kollegen Clauss war an dieser Stelle verräterisch. Das ist so wie der derzeitige Entwurf des SPD-Parteiprogramms, der in der Bundespolitik diskutiert wird. Es ist doch noch immer das alte Wünschen des staatlichen Steuerns, wo immer man nur kann: Erst mal das Geld zu mir, dann gebe ich schon richtig aus, dann werden wir es so verteilen, wie es für die Gesellschaft gerecht ist.

Herr Kollege Clauss, das ist die Botschaft des Schlachtroses aus dem letzten Jahrhundert. Das gibt es im 21. Jahrhundert so nicht mehr. Wir müssen den Bürgern selbst das Geld geben. Die müssen eigenverantwortlich damit umgehen. Wir müssen die Staatsquote senken. Wir dürfen sie nicht erhöhen. Sonst werden wir in der Welt im Wettbewerb nicht mithalten können. Wir schaffen eine Steuer ab, meine Damen und Herren. Das ist die Botschaft daraus.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Hätten Sie einmal die Kraft, so mutig zu sein in der Diskussion, die jetzt über die Ökosteuer geführt wird. Sie werden dahin kommen. Sie lassen sich bis zum 18. und 25. März ein paar Nackenschläge geben. Dann werden Sie im Präsidium darüber reden. Aber Sie werden bis dahin eine Menge kaputt gemacht haben. Nehmen wir ein ganz konkretes Beispiel - jenseits der Pendler -, was mit den Gärtnereibetrieben, die Unter-Glas-Gärtnerei betreiben, in diesem Land passiert. Das sind 1.400 Betriebe.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Wo ist da die Ökosteuer?)

Die zahlen im Augenblick aufgrund des höheren Energiepreises fast 60 Pfennig mehr als den Betrag, den sie im letzten Jahr hatten. Davon sind 70% des Gesamtbetrags staatlich definierte Preisanteile. Deshalb haben wir eine Mitverantwortung. Der Staat soll bei Energiepreisen Einfluss haben; darüber streiten wir nicht. Ein Energiepreis, der von 70% staatlichen Steuern und Abgaben beeinflusst ist, liegt hauptsächlich in der Verantwortung des Staates und nicht von irgendwelchen Ölscheichs.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
70%, Sie haben Ahnung von der Sache, mein lieber Mann!)

Wenn er zu 70% bei den Ölscheichs liegt, dann haben die auch 70% der Einnahmen. Wenn der Staat 70% der Einnahmen hat, kann er nicht dauernd mit dem Finger auf die Ölscheichs zeigen, sondern er hat Verantwortung für das, was hier im eigenen Land passiert.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir müssen mit einer riesigen Kraftanstrengung, die wir zurzeit versuchen, es schaffen, dass wir diesen Unternehmen eine Überbrückungshilfe geben, und zwar zur Überbrückung, dass nicht eine Situation entsteht, wie sie noch eineinhalb Jahre ist: dass es in den Niederlanden ein Gesetz gibt, das den Energiepreis deckelt und die Weihnachtssterne, die dort gezogen worden sind, zu zwei Dritteln des Preises hier verkauft werden können, nur aus dem Grund der unterschiedlichen Energiepreise, in den Niederlanden staatlich gedeckelt und in der Bundesrepublik Deutschland staatlich getrieben. Das macht möglicherweise einige Hundert Betriebe und einige Tausend Arbeitsplätze in diesem Lande in den nächsten Wochen kaputt. Das ist Ihre Politik mit der Ökosteuer, mit der Sie umgehen und mit der Sie Wirtschaftspolitik in diesem Lande betreiben.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe den Zynismus eines Herrn Trittin: "Sollen die Leute halt weniger Auto fahren" längst abgehakt. Dazu wird sich jeder Bürger eine eigene Meinung bilden, ob er den ganzen Tag rund um das Dorf fährt, weil er so gerne im Auto sitzt, oder ob er vielleicht im Wesentlichen Auto fährt, weil er seine entfernter wohnende Familie, seine Angehörigen besuchen will, zum Arbeitsplatz fahren muss, einkaufen fahren muss oder die Kinder zur Schule fährt und zurück. Das werden sie sich sehr genau überlegen, was

ihnen da in Rechnung gestellt wird, und sie werden sich ihr Urteil bilden.

Aber am konkreten Beispiel bei den Gärtnereibetrieben gesagt: Sie vernichten sehenden Auges und kalt lächelnd mit Ihrer Politik, die Sie bei der Ökosteuer machen, Arbeitsplätze und Unternehmen in diesem Lande. Dafür werden Sie die Verantwortung zu tragen haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine Unverschämtheit!)

Lassen Sie mich als weiteren Punkt nur darauf hinweisen: Wir haben in Hessen eine wichtige Basis unserer Arbeit als Landesregierung in dem Engagement für eine aktive Bürgergesellschaft, für eine Struktur, in der freiwilliges Engagement wichtig wird und wo der Staat - so, wie beim Verkehr mit der Infrastruktur - nicht mehr tun kann, aber genau das tun will und soll, nämlich die Rahmenbedingungen zu schaffen.

Deshalb ist die Ehrenamtskampagne der Hessischen Landesregierung in diesem Jahr wichtig. Ich bin dankbar dafür, wie viele Bürgerinnen und Bürger sich daran beteiligen. Aber es geht nicht nur um das Ehrenamt in dieser Form. Es geht auch darum, freiwillige Formen von Beteiligung, aber auch Chancen, sich nach den eigenen Vorstellungen zu entfalten, zu fördern. In diesen Bereich gehört letzten Endes auch ein großer Teil von Familienpolitik.

Wir sind - leider Gottes - nicht in der Situation, in der ein Land wie Rheinland-Pfalz ist, in einer Zeit, als die Ressourcen noch anders verteilt waren und die Beteiligten entscheiden konnten, dass mit dem Landeskindergartengesetz ein großer Teil des Finanzaufwandes für Kindergärten durch Landesfinanzen gedeckt wird. Das hat Heiner Geißler damals in Rheinland-Pfalz gemacht. Das war zu einer Zeit, in der die Verteilungskorridore zur Verfügung standen. Das ist heute nicht so. Wir brauchen das ganze Geld für Lehrer und Ausbildung. Wir können diese Umsteuerung nicht gleichzeitig machen. Hätten Sie es damals mit gemacht, wären wir heute in einer anderen Situation. Aber das ist vertiefte Geschichtsschreibung. Nur, in dieser Situation muss man mit den schmalen Mitteln, die man hat, dafür sorgen, dass jetzt die richtigen Impulse gesetzt werden. Die richtigen Impulse, die gesetzt werden, sind die, die Familienfreundlichkeit in diesem Bundesland weiter zu verbessern.

(Zurufe von der SPD)

und zwar für freie Träger und für Kommunen. Deshalb wird das Programm bei der Sozialministerin in diesem Haushalt deutlich aufgestockt. Es ist nur ein Signal. Ich hätte auch lieber 100 Millionen DM als 10 Millionen DM dafür, meine Damen und Herren. Aber wir haben nicht 100 Millionen DM dafür.

(Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ach, hören Sie doch auf damit. - Wir hätten nicht einmal diese Beträge, wenn wir nicht dafür sorgen würden, dass in anderen Bereichen noch Einsparungen möglich sind. Um das wenigstens im Protokoll mit einem Satz festzustellen: Wir sorgen dafür, dass im Finanzausgleich in den Jahren, in denen Gewinne und Verluste entstehen, erstmals fair mit den Kommunen abgerechnet wird. Es war eine Leistung von Herrn Starzacher, immer ein paar Hundert Millionen DM, die den Kommunen gehört hatten, noch ein Jahr voraus mitzutragen.

(Armin Clauss (SPD): Entweder erzählen Sie sich, oder aber Sie sagen die Unwahrheit!)

Wir rechnen klar ab. Wir geben den Kommunen das, was ihnen zusteht. Sie bekommen jedes Jahr mehr Geld als im Vorjahr. Ihr Haushaltsanteil wächst, während der des allgemeinen Haushalts sinkt.

(Armin Clauss (SPD): Sie sagen schon wieder die Unwahrheit!)

- Ach, Herr Kollege Clauss, ergötzen Sie sich selbst an Ihren Begriffen. - Wir haben in den vergangenen Jahren die Entwicklung, dass der Anteil von Landespolitik und Geld dafür - im Vergleich zu dem, was wir in den kommunalen Finanzausgleich geben - Jahr für Jahr sinkt und der kommunale Anteil Jahr für Jahr steigt. Das waren zu Zeiten, die bei Ihnen begannen, 54% für das Land und 46% für die Landkreise und Kommunen. Jetzt sind wir inzwischen bei unterhalb 52% und 48%.

Wir sagen das, und wir reden mit den Kommunen auch offen darüber. Wenn wir unsere Leistungen erbringen sollen, können wir nicht gleichzeitig Steuerreform, die Wahrnehmung der Landesaufgaben und ein völlig ungleichmäßiges Wachstum der Einnahmen auf Landes- und Kommunalebene haben. Deshalb haben wir gesagt: In dieser Zeit teilen wir uns auch die Lasten der Steuerreform. Wir wollen sie gemeinsam, und wir teilen uns für eine begrenzte Zeit auch die Lasten. Daher kommen auch die 100 Millionen DM. Ich finde in jedem Gespräch mit einzelnen Kommunalpolitikern daran keine ernsthafte Kritik. Sie wissen genauso gut wie wir, dass es eine faire Rechnung ist, die wir aufgemacht haben und die dauerhaft nicht benachteiligt, sondern die dafür sorgt, dass wir mit einer angemessenen Finanzierungsquote auch durch die Städte und Gemeinden unterstützt werden. Aber dazu gehört eben auch, Unterstützung für Familienpolitik an der richtigen Stelle zu geben. Dazu gehört, die Leistung für Integrationsarbeit zu machen und zu verstärken, so, wie wir das jetzt im Haushalt der Frau Sozialministerin tun. Dazu gehört übrigens - wenn ich das aktuell sagen darf - eine entschlossene Haltung in der Frage der Gesundheit, in der Frage, wie wir etwa auch in Europa mit dem Thema BSE umgehen.

(Zuruf von der SPD)

Da spielt Frau Mosek-Urbahn eine hervorragende Rolle, für die wir hier ausdrücklich und öffentlich danken wollen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ausgerechnet!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Ministerpräsident, nur ein Hinweis: Die vereinbarte Redezeit ist um vier Minuten überschritten.

Roland Koch, Ministerpräsident:

Lassen Sie mich zum Schluss folgende Hinweise geben. Wir werden als Hessische Landesregierung auch in den nächsten Jahren unsere Konzentration darauf richten, dass wir unsere Landespolitik ordentlich machen, dass wir Punkt für Punkt abarbeiten, was wir Bürgerinnen und Bürgern versprochen haben, weil wir sicher sind, dass auf der Basis einer soliden Bilanz Vertrauen geschaffen und erhalten werden kann. Wir werden dabei natürlich alle Debatten über die Bundespolitik munter weiter führen, wie es hier im Hessischen Landtag üblich war. Genau deshalb rede ich heute nicht über die Bundespolitik, über alle Fragen der

Renten-, Steuer- und Gesundheitspolitik, die uns weiter befassen werden. Es wird das wachsame Auge dieser Hessischen Landesregierung auch in Zukunft geben.

Einen Hinweis, Herr Kollege Clauss, möchte ich noch geben, den Sie vielleicht nach der Lageberatung noch hören könnten, den ich mir nicht ganz ersparen kann. Jetzt wird auf der einen Seite mit ein paar Krokodilstränen die Frage von Frühpensionierung mit diskutiert, weil Leute früher in Pension gehen, weil es ein Gesetz gibt, nach dem sie im nächsten Jahr weniger Pension bekämen als in diesem Jahr.

Gleichzeitig lässt er den Hessen Riester eine Rentenreform vorlegen, die ab dem Jahre 2011 durch einen irrsinnigen Faktor dazu führt, dass jeder, der ein Jahr länger arbeitet, dafür durch einen Rentenabschlag bestraft wird. Er tut das in einer Zeit, in der jeder weiß, dass es nach 2010 Menschen geben wird, die unbedingt länger arbeiten müssen. Dazu sage ich: Solange Sie bei einem solchen Unfug bleiben, brauchen Sie über die Zustimmung zu einer solchen Rentenreform jedenfalls mit mir nicht zu diskutieren.

(Beifall bei der CDU)

In allen Diskussionen bleibt auch klar: Die Christlich Demokratische Union hat kein einfaches Jahr in der hessischen Landespolitik hinter sich. Sozialdemokraten und GRÜNE haben aber aus meiner Sicht den Fehler gemacht, dass sie jegliche Sacharbeit eingestellt haben, um sich nur noch mit unseren Problemen zu beschäftigen.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist nach meiner Einschätzung auch der Grund für Ihre zunehmende Verbissenheit und Verbitterung. Sie wissen nämlich genau, dass, wenn Sie damit nicht zu einem Erfolg kommen, statt Programmatik nur noch eine gähnende Leere bei den Fraktionen von SPD und GRÜNEN im Hessischen Landtag übrig bleibt.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wissen, dass Sie dann gegen eine Regierung stehen, die ganz ruhig und gelassen das tut, was sie den Bürgerinnen und Bürgern vorher gesagt hat. Ich akzeptiere - ich muss es akzeptieren, aber ich verstehe es auch, denn ich war lange genug in der Opposition -, dass Sie versuchen, aus Schwierigkeiten anderer Honig zu saugen, solange Sie das irgendwie können.

(Armin Clauss (SPD): Sie verharmlosen Skandale zu "Schwierigkeiten"! - Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe gelesen, dass in dem "Deutschlandtrend" von "DM", der für die ARD und für die "Frankfurter Rundschau" erhoben wird, unter 20 politischen Themen - von Arbeitslosigkeit bis Rente, von Umweltschutz bis Bildung, von Euro bis Haushaltslage, Wohnen und Verkehr - die Frage der Parteienfinanzierung bezüglich ihrer Wichtigkeit inzwischen mit 0% bewertet wird. Das ist übrigens eine Zahl, die in der ARD gemeldet worden ist, aber auf der Sonderseite der "Frankfurter Rundschau" bei den vielen sonstigen Informationen keinen Platz gefunden hat. Dafür muss man vielleicht Verständnis haben.

(Heiterkeit bei der CDU und der F.D.P.)

Sie haben sich dafür entschieden, alles auf diese Karte zu setzen.

(Armin Clauss (SPD): Das stimmt überhaupt nicht!)

Es bleibt kein Zweifel: Wir haben Anfang des Jahres große Probleme gehabt. Es bleibt kein Zweifel: Wir haben Hausaufgaben zu machen, um Vertrauen zurückzugewinnen. Aber es bleibt auch kein Zweifel daran, dass diese Landesregierung von CDU und F.D.P. die ganzen Monate Tag für Tag ihre Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit, ihren Handlungs- und Entscheidungswillen behalten hat. Sie hat Punkt für Punkt, Stück für Stück das gemacht, was wir den Bürgerinnen und Bürgern am 7. Februar 1999 versprochen haben, Wirklichkeit im Lande Hessen werden zu lassen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus den Worten von damals sind inzwischen Taten geworden. Das ist die Botschaft, die wir aus dieser Regierungsbilanz heute ziehen können. Darüber sind wir froh. Darauf sind wir stolz, und das ist die Motivation, im kommenden Jahr genauso entschlossen daran weiterzuarbeiten.

Sie müssen sich entscheiden: Wollen Sie in dem Wettbewerb um Sacharbeit und um Kreativität mitmachen, oder wollen Sie schimpfend in der Ecke stehen bleiben? - Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Lachen und Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Den Oppositionsfraktionen stehen neun Minuten zusätzliche Redezeit zur Verfügung.

Das Wort hat der Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Kollege Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich habe wesentliche Teile Ihrer Rede jetzt schon zum dritten oder vierten Mal gehört, das erste Mal bei dem Verband freier Berufe, das zweite Mal auf dem Unternehmertag, jetzt hier im Landtag. Es würde der Landespolitik gut tun, wenn Sie, statt Satzbaustein an Satzbaustein aneinander zu reihen, mit denen potemkinsche Dörfer aufgebaut werden, einmal ein Wort über die Realität der Politik dieser Landesregierung verloren hätten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Ministerpräsident, wenn man allerdings sagt, dass die Opposition die Sacharbeit eingestellt habe, dann würde ein einziger Blick auf die Tagesordnung jeder Plenarsitzung das Gegenteil beweisen. Nur: In der Öffentlichkeit kommt angesichts der Ungeheuerlichkeit Ihrer sonstigen Skandale von dieser Sachpolitik leider nichts mehr rüber.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Deshalb wollen wir uns jetzt einmal mit dem von der Landesregierung vorgelegten Haushalt 2001, der von Ihnen und der Koalition als so solide bezeichnet worden ist, näher beschäftigen. Ich beginne deshalb heute mit einem Blick hinter die Fassade der vom Ministerpräsidenten aufgebauten potemkinschen Dörfer, indem ich mir die Zahlen des von Ihnen vorgelegten Landeshaushalts einmal näher anschau.

Wer sich diesen Haushalt genau betrachtet, der stellt fest, dass er weder inhaltlich noch formal solide ist. Er enthält

vielmehr eine Reihe von Taschenspielertricks und Fehlleistungen in den verschiedenen Ressorts, die bereits nach leichtem Kratzen an der Fassade sichtbar werden.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das war jetzt keine Worthülse?)

Herr Ministerpräsident und Herr Kollege Hahn, Ihr Selbstlob, dass die geringste Nettoneuverschuldung seit dem Jahre 1980 realisiert werden konnte, zeigt dieses Tricksen und Täuschen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben in den Haushalt eine Nettoneuverschuldung von 1,3 Milliarden DM eingestellt. Sie wollen damit, Ihren eigenen Worten zufolge, Ihre Konsolidierungsbemühungen belegen. Sie verschweigen dabei geflissentlich, dass Sie diesen Betrag nur erzielen können, indem Sie Mittel aus der Ausgleichsrücklage des Jahres 2000, die aufgrund der soliden Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung mit zusätzlichen Steuereinnahmen in Höhe von 470 Millionen DM gefüllt werden kann, zum Ausgleich nutzen wollen. Sie verschweigen, dass unser Pech, als wir hier noch die Mehrheit gestellt haben, "Theo" hieß und dass Ihr Glück "Hans" heißt. So sieht die Realität aus, was die Finanzpolitik dieser Landesregierung angeht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das Verbraten der jetzt frei werdenden Genussscheine aus dem Helaba-Verkauf von 1989 in Höhe von 265 Millionen DM gehört ebenfalls zur Operation Kaschieren wie auch der Verkauf von landeseigenen Immobilien im Wert von rund 300 Millionen DM. Sie verfrühstücken in einem einzigen Jahr 600 Millionen DM an Landesvermögen - und das unwiederbringlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

In der Pressekonferenz zur Vorstellung des Haushalts am 22. August hat der Finanzminister stolz verkündet, dass die maximal zulässige Verschuldung des Landes im Jahre 2001 bei knapp 2 Milliarden DM liege, die Neuverschuldung mit 1,3 Milliarden DM also komfortabel von dieser Grenze entfernt sei. Auch hier gilt: Ein Blick hinter die Kulissen, ein leichtes Kratzen an der Fassade entzaubert umgehend das Gesagte. Die Kreditgrenze ist durch den Wiedereinstieg des Landes bei der Helaba in Höhe von 600 Millionen DM - den wir nach wie vor für das Verlustgeschäft des Jahrhunderts halten - künstlich heraufgesetzt worden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Ministerpräsident, im Übrigen: Wir haben ja schon immer vermutet, dass der Wiedereinstieg des Landes bei der Helaba vor allem dazu dienen soll, Roland Koch das Gefühl zu geben, dass er jetzt endlich mit den anderen großen Hunden pinkeln gehen kann, und vor allem zur Personalpolitik in den Gremien der Bank genutzt werden soll. Herr Ministerpräsident, Ihre brutalstmöglichen Personalpläne haben bei der Helaba genauso wenig wie bei den Sparkassen funktioniert. Das hat sich gestern gezeigt, genau an dem Tag, an dem das Kabinett den Wiedereinstieg endgültig beschlossen hat. Einen schlechteren Start kann es eigentlich nicht geben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die echte Grenze für die Nettokreditaufnahme liegt bei nur noch 1,4 Milliarden DM. Um den Haushalt nicht bis auf

den letzten Knopf ausreizen zu müssen, haben Sie zu dem zweifelhaften Instrument einer Zwangsabgabe der kommunalen Familie aus dem KFA gegriffen, mit der Sie schlicht und einfach den Kommunen 100 Millionen DM entziehen.

Im Übrigen: Die Spitzenverbände haben ausgerechnet, dass durch die 100 Millionen DM jährlich bei der Kinderbetreuung, die Sie den Kommunen entziehen, durch die 100 Millionen DM, die Sie den Kommunen aus der Verbundmasse klauen, und durch Kürzungen bei Volkshochschulen und anderen das Land den Kommunen allein in dieser Legislaturperiode ca. 800 Millionen DM entzieht. Das wollen heute CDU und F.D.P. beschließen, die immer mit der lauten Forderung nach mehr Kommunalfreundlichkeit durch die Lande gezogen sind. Die Schamesröte soll Ihnen allen im Kommunalwahlkampf ins Gesicht steigen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Was dabei jedoch in diesem Haushalt weiter leidet, sind die Investitionen des Landes. Sieht man einmal von der Vermögensumschichtung durch den Helaba-Kauf ab - Kollege Clauss hat es schon angesprochen -, kommen wir nur noch auf eine Investitionsquote von 9,7 statt der ausgewiesenen 11,4%.

Wenn man sich die Haushaltsreden aus Oppositionstagen nochmals näher vor Augen führt, in denen Sie, Herr Koch und Herr Weimar, immer die zu geringe Investitionsquote des Landes beklagt haben, dann sollte Ihnen noch nachträglich die Nase länger werden.

Einen Unterschied zu den Verhältnissen, die Sie früher immer kritisiert haben, gibt es allerdings. Ihnen stehen nach Länderfinanzausgleich im kommenden Jahr mindestens 1,2 bis 1,3 Milliarden DM mehr Steuereinnahmen zur Verfügung als der letzten von uns gestellten Landesregierung im Jahre 1998.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Trotz dieser erheblich besseren Finanzausstattung haben Sie es geschafft, dass Ihnen im Rechenwerk des Haushalts das Wasser bis Unterkante Oberlippe steht und Sie alle Tricks nutzen müssen, damit es Ihnen nicht auch noch in die Nasenlöcher schwappt. Ausweislich Ihrer Planungen wollen Sie daran auch so schnell nichts ändern.

Der Bund legt für das Jahr 2006 unter rot-grüner Verantwortung in der mittelfristigen Finanzplanung erstmals wieder einen Haushalt ohne Neuverschuldung vor. Sie dagegen erfinden eine Möglichkeit nach der anderen, wie Geld, das heute ausgegeben wird, erst morgen und übermorgen wieder bezahlt werden muss. Ob beim Straßenbau oder beim Brandschutz: Die Kommunen sollen vorfinanzieren und bekommen einen Scheck in die Hand, auf dem das Einlösedatum 2008 steht. Am regulären Ende der Legislaturperiode 2003 wären wir bei 50 Milliarden DM Schulden. Sie verfrühstücken das Geld kommender Landesregierungen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Trotzdem gibt es in Ihrem Haushalt Luftbuchungen und Investitions- und Ausgabeentscheidungen, wo unserer Meinung nach das Geld an der falschen Stelle ausgegeben wird. Deswegen haben wir in unseren Haushaltsanträgen nicht nur gesagt, an welchen Stellen wir mehr ausgeben wollen; wir haben auch gesagt, wo wir mehr einnehmen bzw. weniger ausgeben wollen. Die Halbierung der Grund-

wasserabgabe beispielsweise ist ein Fehler, den wir korrigieren wollen und mit deren Einnahmen wir nachhaltige Umweltpolitik betreiben wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Neu- und Umbau des so genannten Weißen Hauses als Sitz der Staatskanzlei und die Schaffung neuer Stellen dort wären vielleicht im Repräsentationsinteresse des Hessischen Ministerpräsidenten - der ja nicht immer Roland Koch heißen muss -, sind aber angesichts dringenden Bedarfs an anderen Stellen momentan verzichtbar. Der Neubau einer Justizvollzugsanstalt ist dringend nötig. Wenn aber das Justizministerium selbst sagt, dass die Baukosten höchstens 150 Millionen DM betragen, dann stellt sich die Frage, warum in diesem Haushalt noch immer insgesamt 205 Millionen DM eingestellt sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die in diesem Jahr zu erwartenden Steuermehreinnahmen - dank solider Politik auf Bundesebene - können dazu dienen, zusätzliche Ausgaben im Jahre 2001 zu finanzieren und trotzdem die Nettoneuverschuldung zu senken. Die zu erwartenden Steuermehreinnahmen im Jahre 2001 können dazu dienen, den Kommunen das ihnen vorenthaltene Geld aus dem KFA zurückzugeben.

Herr Ministerpräsident, wenn es einer kleinen Oppositionsfraktion gelingt, im Haushaltsentwurf der Regierungsfractionen und der Regierung insgesamt fast 1 Milliarde DM umzuschichten, dann ist damit die Leistung Ihres Finanzministers schon hinreichend bewertet. Wenn Sie allerdings in Ihrer Haushaltsrede zu Umwelt- und Sozialpolitik nichts anderes erwähnen als die Senkung der Jugendarbeitslosigkeit, die auf ein Bundesprogramm zurückgeht, und eine Umweltallianz, die ohne jegliche Inhalte ist, dann zeigt das, was für Sie keine Rolle mehr spielt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen lohnt es sich auch jenseits der Finanzpolitik, den Blick auf jedes einzelne Ministerium zu richten und die Politik dieser Landesregierung sowie die Handlungen der einzelnen Ministerinnen und Minister zu bewerten. Denn obwohl diese Landesregierung wie auch die Mehrheit im Landtag nach außen vor allem aus Roland Koch zu bestehen scheint, hat sich dieser Roland Koch doch eine Riege von Ministerinnen und Ministern ausgesucht, die er wohl für fähig hielt. Herr Ministerpräsident, meine erste Feststellung: Sie haben diese Minister nach dem Motto "Du sollst keine Götter neben dir dulden" ausgewählt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Immerhin hat das dazu geführt, dass Sie noch im Amt sind. Würde es in Ihrem Kabinett oder in den Regierungsfractionen auch nur ansatzweise jemanden geben, der sich selbst und den dann auch noch andere für fähig hielten, Ministerpräsident oder Ministerpräsidentin zu werden, dann würden Sie heute nicht mehr auf der Regierungsbank sitzen. - Gut für Sie, leider schlecht für das Land Hessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Beginnen wir einmal bei der Sozialministerin. Meine Damen und Herren, diese Regierung wäre nicht im Amt, wenn die CDU nicht durch eine Unterschriftenaktion, die auf die niedersten Instinkte setzte, die politische Stimmung vor der Landtagswahl gedreht hätte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wie wir inzwischen wissen, sind genau diese Tausende Großflächenplakate, auf denen das "Nein zur doppelten Staatsbürgerschaft" stand, genau diese wahlentscheidende Kampagne, mit Schwarzgeld bezahlt worden - ein Umstand, der durchaus dazu führen könnte, dass wir heute den letzten schwarz-gelben Landeshaushalt beraten.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist schon interessant!)

Außer dem "Nein zur doppelten Staatsbürgerschaft" stand auch, sozusagen zur Tarnung, ein "Ja zur Integration" auf Ihren Plakaten. Also mussten Sie nach der Wahl in diesem Bereich etwas tun.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, möchten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Clauss zulassen?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gern!)

Armin Clauss (SPD):

Herr Kollege Al-Wazir, halten Sie es für angemessen, dass bei der Haushaltsdebatte weder der Finanzminister noch sein Staatssekretär anwesend ist?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Petra Fuhrmann (SPD): Das ist unglaublich! - Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Clauss, ich kann dazu sagen: "Ist der Ruf erst ruiniert, regiert es sich völlig ungeniert." - Ich bin der Meinung, etwas anderes passt auf diese Landesregierung nicht mehr.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Auf diesen mit Schwarzgeld bezahlten Großflächenplakaten stand ein "Ja zur Integration". Deswegen mussten Sie in diesem Bereich etwas tun. Die Sozialministerin wurde beauftragt, dies zu einem Schwerpunkt der Politik dieser Landesregierung zu machen.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das darf nur nichts kosten! - Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Meine Damen und Herren, es dauerte ein Jahr, bis eine Ansammlung von Banalitäten als Integrationskonzept der Hessischen Landesregierung vorgestellt wurde. Bei der konstituierenden Sitzung des von Ihnen so groß angekündigten, angeblich wegweisenden und republikweit einmaligen Integrationsbeirates wussten einige Teilnehmer selbst nicht so genau, warum sie eigentlich in dieses Gremium berufen wurden. Wir können heute feststellen: Bisheriges reales Ergebnis ist leider null.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, letzten Freitag hatten Sie gemeinsam mit mir das Vergnügen, der vierten Sitzung des Integrationsbeirates beizuwohnen, und sind einmal leibhaftig Zeuge geworden, wie Ihre Sozialministerin in diesem Integrationsbeirat arbeitet.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Arbeitet?)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie nicht zufällig anwesend gewesen wären, dann hätte Ihre famose Sozialministerin es allen Ernstes durchgesetzt, dass sich dieser Integrationsbeirat im Jahr 2001 exakt dreimal trifft - dreimal in einem ganzen Jahr, und das in einem selbst ernannten Schwerpunktbereich der Politik dieser Regierung.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Peinlich! - Ministerpräsident Roland Koch: Sie wissen, dass das unfair ist! Sie wissen, dass das eine Sauerei ist! - Zuruf der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Ministerpräsident, dass die Idee für eine Kampagne zur Integration nicht aus der Staatskanzlei oder aus dem Sozialministerium, sondern von der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen kommt, der Sie gerade den Status des Landesausländerbeirates wegnehmen wollen, sagt eigentlich schon alles.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wie sieht es weiter im Bereich der Sozialministerin aus?

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, Herr Ministerpräsident möchte gerne eine Zwischenfrage stellen. Erlauben Sie das?

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Im Moment der Abg. Koch.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er darf das gerne, wenn er mit seiner Persönlichkeitspaltung klargekommen ist!)

Roland Koch (CDU):

Herr Kollege Al-Wazir, würden Sie zustimmen, dass in dem Beirat, aus dem Sie jetzt - obwohl da andere Regeln gelten - zitiert haben, ein Wunsch durch Beschluss des Beirates zustande gekommen war, nur dreimal oder maximal viermal im Jahr zu tagen, und die Ministerin diesem Wunsch nachgekommen ist; dass ich deshalb nicht die Ministerin gebeten habe, etwas zu tun, sondern den Beirat gebeten habe, seine Entscheidung zu ändern, und er daraufhin bereit war, das zu tun, und deshalb Ihre Darstellung, ich hätte der Ministerin etwas sagen müssen, einfach falsch ist, dazu aus einer nicht öffentlichen Sitzung zitiert und deshalb nicht sehr fair?

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hat doch gar kein Konzept! - Norbert Kartmann (CDU): Fairness habe ich nicht erwartet!)

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Abg. Koch, als Antwort: Würden Sie mir denn im Gegenzug zustimmen, dass Politik auch Führung bedeutet

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

und dass gerade in den Bereichen, die die Schwerpunkte einer Landespolitik und einer Landesregierung sind, deswegen vielleicht auch die Sozialministerin einmal ein Stück

vorangehen sollte? Das kann man nach einem Jahr Arbeit dieses Integrationsbeirates dieser Landesregierung und dieser Sozialministerin leider in dem Bereich nicht nachsagen.

Machen wir weiter bei der Sozialministerin. Sie haben vorhin die Bekämpfung der Rinderseuche BSE genannt. Eigeninitiative der Sozialministerin? Fehlanzeige.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Ministerpräsident, meine Fraktion hat schon im Dezember 1999 Schnelltests auch in Hessen angeregt. Was ist passiert? Nichts. Mitte Oktober dieses Jahres haben wir erneut beantragt, dass auch gesunde Schlachtrinder getestet werden sollen. Reaktion des Ministeriums? Keine.

Erst nachdem in den letzten Wochen die öffentliche Debatte begann, kündigte die Ministerin an, dass die Tests an verendeten Tieren, statt wie zwingend ab 01.01.2001 vorgeschrieben, am 20. November 2000 beginnen sollen. Fünf Wochen früher zu sein, als man ohnehin sein muss - das reicht nicht, Frau Ministerin. Es reicht auch nicht, sich in einen Odenwälder Schlachthof neben ein Rinderhirn zu stellen, nett zu lächeln und freiwillige Initiativen vor Metzger zu begrüßen. Sie müssen handeln und Ihrer Verantwortung gerecht werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Weiter in der Sozialpolitik. Sie haben die bisher geförderten Bereiche im zweiten Arbeitsmarkt faktisch zerschlagen.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

Die als Ersatz gepriesenen Kombilohnmodelle gibt es in der Realität nicht. Oder wollen Sie etwa landesweit zwölf Arbeitsverträge als Meilenstein bezeichnen?

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre peinlich!)

Der vor der Wahl und in den Koalitionsverhandlungen immer so gerühmte und für wichtig erachtete Sozialvertrag mit den Kirchen? Gescheitert, Beerdigung zweiter Klasse. - Antworten auf die dringenden Strukturfragen im Krankenhauswesen in Hessen? Fehlanzeige. - Wo sollen die 80 Mitarbeiter aus dem aufzulösenden Landesjugendamt hin? Keiner weiß es.

(Ministerpräsident Roland Koch (CDU): Was?)

Hat die Jugendministerin wenigstens den Versuch einer Antwort auf zunehmenden Rechtsextremismus unter Jugendlichen? Ja, sie schließt die Jugendbildungsstätten. - Herr Ministerpräsident, das ist die Realität dieser Landesregierung und nicht Ihre potemkinschen Dörfer.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dass die F.D.P. mit Sozialpolitik nicht viel am Hut hat, wundert einen nicht. Dass aber die CDU diesem völligen Fehlen eines Gestaltungsanspruches in der Sozialpolitik tatenlos zuschaut, das wundert denn doch, wenn ich mich z. B. an Reden und Handeln unseres ehemaligen Kollegen Gerald Weiß erinnere.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

Meine Damen und Herren, wir wollen im Bereich des Sozialministeriums ein Programm "Hinsehen statt weg-

schauen" auflegen, um in der Jugendarbeit dem Rechtsextremismus und der Gewaltbereitschaft entgegenzuwirken. Wir wollen nicht nur dauernd davon reden, dass junge Familien unterstützt werden sollen, sondern wir wollen zusätzliche 15.000 Plätze vor allem in Tagesmuttermodellen und freien Initiativen für die Betreuung von unter dreijährigen Kindern fördern, damit Mütter endlich Kinder und Karriere besser vereinbaren können.

(Stefan Grüttner (CDU): Nur rechnen können Sie nicht!)

Wir wollen endlich konkrete Integrationsmaßnahmen fördern, damit in diesem Bereich nicht nur geredet wird, sondern endlich etwas geschieht. Wir wollen den Veterinärämtern das Geld zur Verfügung stellen, um endlich präventive BSE-Tests machen zu können. Kurz gesagt: Wir wollen, dass wieder verantwortliche und gestaltende Jugend-, Sozial- und Verbraucherschutzpolitik in Hessen gemacht wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Machen wir weiter mit dem Umweltminister, und fangen wir dort damit an, wozu Herr Dietzel wie die Jungfrau zum Kinde kam, bei der Atomaufsicht.

(Gerhard Bökel (SPD): Komm, hör auf! Es ist kaum einer da!)

Herr Ministerpräsident, zuerst einmal: Bei einem Ministerium, das Sie - - Ich weiß nicht: Wo ist er denn?

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Abgeordnete der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN zeigen auf den telefonierenden Abg. Stefan Grüttner (CDU).)

- Herr Grüttner telefoniert schon wieder, um ein paar Abgeordnete seiner Fraktion herbeizuholen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Zuruf des Abg. Stefan Grüttner (CDU))

Dass ich das noch einmal erleben darf, dass die GRÜNEN im Landtag stärker sind als die CDU.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Gerhard Bökel (SPD): Das gibt es nicht!)

Machen wir weiter bei der Atomaufsicht.

(Petra Fuhrmann (SPD): In der Haushaltsgeneraldebatte ist das ganze Kabinett abwesend! - Gerhard Bökel (SPD): Immerhin sind drei Abgeordnete von da drüben anwesend!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Al-Wazir, Herr Kollege Clauss möchte Ihnen wieder eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie die zu?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Armin Clauss (SPD):

Herr Kollege Al-Wazir, ich habe Sie vorhin gefragt, ob Sie es für vertretbar halten, dass der Finanzminister und sein Staatssekretär nicht teilnehmen.

(Norbert Kartmann (CDU): Der Staatssekretär ist da!)

Halten Sie es für vertretbar, dass hier ganze Ressorts überhaupt nicht vertreten sind, weder Minister noch Staats-

sekretär? Halten Sie es für angemessen, dass wir jetzt die Veranstaltung unterbrechen, bis sich die Landesregierung gezeitigt, der Würde des Hauses bei Haushaltsberatungen entsprechend anwesend zu sein?

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Bevor Sie antworten, möchte ich nur sagen, dass der Ministerpräsident sofort wieder kommt.

(Armin Clauss (SPD): Er hat doch einen Staatssekretär!)

- Ich habe von den anderen auch nicht gesprochen. Das wollte ich der Korrektheit halber sagen.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, Herr Kollege Clauss, ich halte das nicht für angemessen, aber ich werde mich nicht davon abbringen lassen, die Alternativen zur Sachpolitik dieser Regierung hier vorzustellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wenn die Regierung der Meinung ist, dass sie das nicht zu hören nötig hat, dann spricht das für sich. - Ein Ministerium, das einen Ministerpräsidenten am 19. Oktober - wir waren bei der Atomaufsicht - in das Atomkraftwerk Biblis fahren lässt, dort in höchsten Tönen die Sicherheit des Kraftwerks loben lässt und dann den Ministerpräsidenten nicht über vorhandene Risse in einem hoch sensiblen Bereich informiert, obwohl es von diesen schon seit Tagen Kenntnis hat, ein solches Ministerium und dessen Minister sollten vom Ministerpräsidenten einmal in einem ernsthaften Gespräch genommen werden.

Meine Damen und Herren, aber die Tatsache, dass die Öffentlichkeit erst elf Tage später informiert wurde und dann auch noch in einer Art und Weise, die grob verharmlosend war - oder, Herr Kollege Kartmann, wie würden Sie dann die Formulierung "ein Riss mit zwei Unterbrechungen" bewerten, mit der man davon ablenken will, dass man in einem hoch sensiblen Bereich drei Risse hat? -, diese Tatsache macht misstrauisch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ein Umweltminister, der auch jetzt noch den Atomkonsens und damit den Atomausstieg ablehnt, der derart abwiegelnd gravierende Sicherheitsprobleme mitteilt, setzt sich dem Verdacht aus, nicht oberster Wächter über die Sicherheit der hessischen Bürgerinnen und Bürger zu sein, sondern Filialleiter von RWE in Wiesbaden. Und das darf nicht sein.

Nach fast zwei Jahren Irrweg, der dem Umweltminister den Spitznamen Kettensägen-Wilhelm eingebracht hat, ist Herr Dietzel jetzt im Kellerwald zu der Einsicht gekommen, dass in diesem einzigartigen Gebiet keine Bäume mehr gefällt werden dürfen. Durch die bereits stattgefundenen Baumfällaktionen hat der für Umwelt und Naturschutz zuständige Minister

(Minister Karlheinz Weimar betritt den Plenarsaal.)

- grüße Sie Gott, Herr Finanzminister - allerdings vorher mutwillig die einzigartige Chance auf einen Nationalpark Kellerwald und damit ein wesentliches Entwicklungspotenzial der nordhessischen Region aufs Spiel gesetzt. Ich frage Sie: Mit welchem Recht wollen eigentlich wir im Norden

dieser Erde den armen Völkern Südamerikas die Rodung des Tropenwaldes ausreden, wenn es in einem der reichsten Bundesländer eines der reichsten Staaten der Welt nicht gelingt, ein vergleichsweise winziges Gebiet aus der Nutzung zu nehmen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Nein, diese Landesregierung betreibt keine Umweltpolitik mehr, die diesen Namen verdient. Wer es schafft, die Klimaschutz- und Energiesparprogramme in so kurzer Zeit von 47 Millionen auf 17 Millionen DM zu verringern, den interessiert das Thema schlechthin nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die steigenden Ölpreise dann auch noch fälschlicherweise der Ökosteuer anzulasten, das können Sie gerade noch. Aber die einzig sinnvolle Konsequenz aus steigenden Ölpreisen, Klimakatastrophen und perspektivischer Rohölknappheit zu ziehen, nämlich Energie zu sparen, da versagen Sie auf der ganzen Linie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Gerade in dieser Woche sitzen in Den Haag die Umweltminister aus aller Welt über der Frage zusammen, wie die stattfindende Klimaveränderung, die selbst von Ihnen niemand mehr bestreiten kann, wenigstens gebremst werden kann. In Wiesbaden sagt der zuständige Minister: "Interessiert mich nicht. Darum sollen sich andere kümmern."

Die Halbierung der Grundwasserabgabe ist ein schwerer Fehler. Erstens haben die Grundwasserabgabe und die durch sie finanzierte Förderung dafür gesorgt, dass Hessen heute auf dem Gebiet der Wassersparteknologie bundesweit führend ist. Sie setzen diesen Spitzenplatz und die Beschäftigungseffekte aufs Spiel, die durch Wassersparinvestitionen ausgelöst wurden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie setzen auch den Spitzenplatz aufs Spiel, den Hessen bei der Verbrauchsreduzierung des Lebensmittels Nummer eins hat. Die Anhörung in der letzten Woche hat Ihnen schwarz auf weiß bewiesen, dass das, was Sie jahrelang in diesem Plenarsaal erzählt haben, schlicht nicht der Wahrheit entspricht. In Hessen wurde seit 1992 mehr als doppelt so viel Trinkwasser eingespart wie in allen anderen westlichen Bundesländern. Das ist ein Erfolg der Grundwasserabgabe.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das Schlimme ist, dass es mit der Grundwasserabgabe genauso enden wird wie mit der Getränkesteuer. Die Wirtschaft beschwert sich über Wettbewerbsverzerrung und eine angebliche Sondersteuer. Dann wird die Abgabe halbiert, doch in den seltensten Fällen wird das, was eingespart wird, an die Bürgerinnen und Bürger weitergegeben. Wie viele Frankfurter Gastwirte haben denn nach Abschaffung der Getränkesteuer ihre Getränkepreise gesenkt, Herr von Hunnius?

Wir wollen diese Erfahrungen nicht bei den Wasserwerken wiederholen. Deshalb wollen wir die Grundwasserabgabe unverändert lassen und mit dem Geld vor allem in den Kommunen Wassersparprojekte finanzieren. Wir wollen Energiesparprogramme wieder mit mehr als 50 Millionen

DM fördern, und zwar ganz besonders Wärmedämmung und Altbausanierung. Die Menschen, die im Frühjahr ihre Heizkostenabrechnung bekommen, haben dann auch etwas davon. Mit den kochschen Polemiken gegen die Ökosteuern, die auf Heizöl gar nicht erhoben wird, Herr Ministerpräsident, kann man weder Energie sparen noch Kosten senken.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das hat er noch gar nicht mitgekriegt!)

Deswegen geht es uns darum, dass wir den Menschen real helfen, statt weiße Salbe aufzutragen und ihnen Sand in die Augen zu streuen. Deswegen sagen wir: Energie sparen und Wärmedämmung sind das Gebot der Stunde. Wir wollen keine Polemiken gegen ein sinnvolles umweltpolitisches Instrument.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen außerdem, dass Hessen wieder zu dem Land wird, in dem Zukunftstechnologien nicht verschlafen werden. Bei der Wasserstofftechnologie sind Sie gerade dabei, eine solche Technologie der Zukunft zu verschlafen.

Meine Damen und Herren, mit uns gibt es einen Nationalpark Kellerwald, und mit uns gibt es keinen Millimeter Rabatt auf Sicherheit in Atomanlagen. Mit uns gibt es in Hessen endlich wieder eine Umwelt- und Naturschutzpolitik, die diesen Namen auch verdient.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Im Kultusministerium reiht sich eine Panne an die nächste. Die Kultusministerin merkt zunächst nicht, dass dieses Jahr besonders viele Lehrer in Frühpension gehen wollen. Sie provoziert in diesem Sommer zusätzliche Frühpensionierungen ohne Hinzuziehung des Amtsarztes und beklagt sich dann, dass sie nicht genug Lehrer findet, die sie einstellen kann, um die Pensionierten zu ersetzen.

Im letzten Jahr hatte die Kultusministerin im Haushalt zu wenig Geld für die Pfarrer, weil sie sie vergessen hatte. In diesem Jahr hat sie wegen einer im Haushalt angekündigten neuen gesetzlichen Grundlage mehr Geld für die Ersatzschulfinanzierung. Dafür fehlt es diesmal an der angekündigten gesetzlichen Grundlage. Damit kein Missverständnis aufkommt: Die Neueinstellungen, durch die die ausgeschiedenen Lehrkräfte ersetzt werden, sind richtig. Auch die Schaffung zusätzlicher Stellen ist richtig. Auch wir würden, wenn wir die Verantwortung hätten, in den Schulen zusätzliche Stellen schaffen, so, wie wir es uns für diese Legislaturperiode vorgenommen hatten.

Meine Damen und Herren, wir haben manchen Fehler, den wir in der letzten Legislaturperiode in der Bildungspolitik begangen haben, aufgearbeitet. Wir würden heute manches anders machen. Aber wir würden neben der Neuschaffung von Lehrstellen auch nicht vergessen, dass Schulpolitik mehr ist als das Einstellen von Lehrerinnen und Lehrern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Eine Kultusministerin, die ihren Sprecher in der "Frankfurter Rundschau" verkünden lässt, dass für die Grundausbildung am PC die Eltern verantwortlich sind, hat die Anforderungen des modernen Medienzeitalters schlicht und einfach nicht verstanden. Schlimmer noch: Sie nimmt die digitale Spaltung der Gesellschaft in Kauf.

(Norbert Kartmann (CDU): In welcher Zeitung stand denn das?)

- "Frankfurter Rundschau", im Frankfurt-Teil. Aber wenn Sie der Meinung sind, dass Zeitungen mit einem Grün oben im Balken sowieso immer nur Falsches berichten können, dann stimmt zwar Ihr Weltbild, aber die Wirklichkeit ist noch lange nicht so.

Frau Kultusministerin, Sie nehmen die digitale Spaltung der Gesellschaft in Kauf. Auf der einen Seite befinden sich diejenigen, die zu Hause an das herangeführt werden, was sie im späteren Leben brauchen, wenn sie weiterkommen wollen. Auf der anderen Seite befinden sich diejenigen, deren Eltern ihnen diese Voraussetzung nicht bieten können und die noch mehr ins Abseits rutschen. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Beim gemeinsamen Unterricht behinderter und nicht behinderter Kinder gibt es keinerlei Weiterentwicklung. Das groß angekündigte Weiterbildungsgesetz lässt weiter auf sich warten. Aus der groß angekündigten Initiative für eine IT-Akademie, an der Lehrerinnen und Lehrer an die Informationstechnik herangeführt werden sollen, ist bisher außer einem großen Artikel in der "FAZ" nichts geworden. Im Gymnasium wird die Arbeitslehre abgeschafft, obwohl alle Welt mehr praktischen Unterricht fordert. Der muttersprachliche Unterricht - so haben Sie im Wahlkampf getönt - sollte zugunsten von Deutschkursen abgeschafft werden. Realität ist: Der muttersprachliche Unterricht läuft zwar aus, aber von den zusätzlichen Deutschkursen ist weit und breit nichts zu sehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Im Gegenteil: Die Hausaufgabenhilfe für ausländische Schülerinnen und Schüler soll faktisch weiter gekürzt werden, weil jetzt auch Teile des muttersprachlichen Unterrichts daraus finanziert werden sollen.

Bei der Auswahl zusätzlicher Europaschulen versteht selbst die CDU nicht mehr, warum eine Schule ausgewählt wird und die andere nicht. Die Kultusministerin kann es auch nach einigen Wochen nicht erklären. Das entspricht nicht unserer Vorstellung von dem, was Schule leisten soll.

Wir wollen zusätzliche Mittel für die Behindertenintegration. Wir wollen endlich den hehren Worten von der zusätzlichen Sprachförderung Taten folgen lassen. Wir wollen die Zahl der Europaschulen verdoppeln, und wir wollen in Hessen mehr Schulen mit Ganztagsangeboten. Vor allem aber wollen wir, dass im Unterricht endlich mehr Wert auf den Einsatz und den Umgang mit neuen Medien gelegt wird, weil auch das zu den Zukunftsaufgaben der Schule gehört.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

In der Wissenschaftspolitik gefällt sich die Ministerin in der Rolle der unbeugsamen Kämpferin für die Hochschulen und für die Kultur. Auch hier sei ein Blick hinter die Fassade erlaubt. Frau Kollegin Beer, Ende September haben sich die Präsidenten der hessischen Universitäten zum Haushalt des Wissenschaftsministeriums geäußert und "eine faktische Kürzung ihrer Etats" ausgemacht.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Jetzt kommt das Thema Zuschüsse!)

Im nächsten Jahr sollen die Hochschulen 30 Millionen DM einsparen und dafür eine so genannte Erfolgsbeteiligung

von 15 Millionen DM bekommen. Man kann sich lange darüber streiten, ob dieses Instrument richtig ist: "Spare 30 Millionen, dann gebe ich dir die Hälfte wieder, und dann freue dich darüber." Aber bitte schön.

Obwohl in der von der Wissenschaftsministerin im Januar 2000 unterzeichneten Hochschulfinanzverordnung ausdrücklich auf den 1. Januar 2003 als Beginn der Ausschüttung der Erfolgsbeteiligung hingewiesen wurde, wird mir nichts, dir nichts mit dem Haushalt 2001 mit dem Sparen begonnen. So kann man mit den Universitäten in Hessen unserer Meinung nach nicht umgehen. Aber Frau Wagner scheint inzwischen im Umgang mit den hessischen Hochschulpräsidenten in einer ähnlichen Form zu operieren wie damals im Umgang mit mir, als sie versucht hat, mir Nachhilfe in Goethe-Zitaten zu geben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die Bühnentechnik der Staatstheater fällt auseinander, aber die Frau Ministerin hält weiterhin kluge Reden über den Stellenwert von Kunst und Kultur. Vielleicht sollte Ruth Wagner in Zukunft häufiger Bert Brecht zitieren. Brecht hat einmal gesagt, dass das Theater dahin muss, wo die Menschen sind. Dann könnte Ruth Wagner das als Begründung dafür nehmen, dass die Gebäude eigentlich entbehrlich sind, weil Straßentheater ebenfalls nicht zu verachten ist.

(Lachen des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Meine Damen und Herren, es reicht eben auf Dauer doch nicht, kluge Reden zu halten und passable Bilder zu malen. Deswegen wollen wir im Haushaltsjahr 2001 die Hochschulen vom Einsparzwang befreien. Wir wollen Anlaufreifen für die Sanierung der Staatstheater zur Verfügung stellen und die räumlichen Bedingungen an der Frankfurter Universität verbessern. Herr Kollege Hahn, solange rund um den Frankfurter Uniturm solche Zustände herrschen, muss Roland Koch eben auf sein Weißes Haus als Staatskanzlei verzichten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Der Turm liegt an der Frau Wagner!)

Der Wirtschaftsminister macht wirtschaftspolitisch zu wenig Neues, dass man dieses Wenige kaum kritisieren kann. Er handelt entweder in Kontinuität der alten Landesregierung oder in Auffassung seines zu Recht vergessenen freidemokratischen Wirtschaftsministers auf Bundesebene nach dem Motto: Die Wirtschaft findet in der Wirtschaft statt.

In der Verkehrspolitik ist er allerdings leider auf dem völlig falschen Dampfer. Wer Tempolimits auf den Autobahnen flächendeckend aufhebt und dabei sagt, dass es hinnehmbar ist, wenn die Zahl der Toten und Verletzten um bis zu 20 % steigt, der ist schlicht ein Sicherheitsrisiko und nichts anderes.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wer zusätzlich bei der Novellierung der Bauordnung in wesentlichen Bereichen in Zukunft auf Baugenehmigungen verzichten will, der verwechselt wünschenswerte Verfahrensvereinfachungen ebenfalls mit der Einführung neuer Sicherheitsrisiken.

Wie der Wirtschaftsminister allerdings in Fragen des Ausbaus des Frankfurter Flughafens den Ministerpräsidenten

am Nasenring durch die Arena zieht, das habe ich in diesem Landtag so noch nie erlebt. Anders kann man es nicht nennen, als dass er ihn am Nasenring durch die Arena zieht; das ist schon sehr beeindruckend.

Der Ministerpräsident, der gleichzeitig FAG-Aufsichtsratsvorsitzender ist, will den zunehmenden Widerstand gegen den Flughafenausbau nicht noch größer werden lassen und verkündet eine Garantie, dass es ein Nachtflugverbot geben wird. Sein Wirtschaftsminister sagt daraufhin in der Woche darauf: Der kann mir viel erzählen, das geht gar nicht. - Es setzt noch einen drauf, und jetzt ein wörtliches Zitat aus der "Frankfurter Rundschau" vom 01.11., Wortlaut im Interview Herr Posch: "Auch bei dem Schlagwort Unterrichtsgarantie" - so sagt Herr Posch - "habe ich schon die Luft angehalten, weil die Leute natürlich wissen, wenn der Lehrer morgen krank ist, dann ist die Garantie im Eimer. Bei den großen Volksparteien wird eben manchmal ein plakativer Umgang mit Sprache gewählt." - So weit Herr Posch. Noch selten, meine Damen und Herren, ist ein Ministerpräsident von einem seiner Kabinettsmitglieder so lächerlich gemacht worden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Uns bestärkt dieser Vorgang in unserer Auffassung, den Bau einer weiteren Bahn am Flughafen abzulehnen, weil die Menschen, egal, wo sie rund um den Flughafen leben, am Ende mit zusätzlichen Belastungen dastehen werden, ohne von den versprochenen Entlastungen etwas zu sehen.

Wir wollen wieder eine Verkehrspolitik, die auf die vernünftige Vernetzung aller Verkehrsmittel setzt und die Welt nicht nur aus der Perspektive hinter der Autowindschutzscheibe betrachtet.

Die letzten beiden in der Runde außerhalb der Staatskanzlei sind die Innen- und Justizspezialisten Wagner und Bouffier. Da hat sich mir wirklich beim Nachdenken über das, was heute in der Generalaussprache zu sagen war, die Frage gestellt, welcher von beiden der größere Ausfall ist. Ein Justizminister, der z.B. gegenüber Herrn Kanther Persilscheine verteilt und meint, dass sich dieser überhaupt nicht strafbar gemacht habe, während seine Staatsanwaltschaft gerade die Ermittlungen aufnimmt. Wie voreilig diese Einschätzung morgens um sieben damals war, zeigt sich inzwischen unter anderem daran, dass in der Staatsanwaltschaft Wiesbaden dem Vernehmen nach ernsthaft über eine Anklageerhebung gegen Herrn Kanther nachgedacht wird.

Ein Justizminister, der den Neubau einer dringend nötigen Justizvollzugsanstalt so professionell handhabt, dass bis heute gar nichts geschehen ist und dank Wagners Rambo-Manier der Neubau in Schlichtern in die Ferne gerückt ist.

Herr Ministerpräsident, Ihr Justizminister hat den Druck im Justizvollzug durch seinen Kreuzzug gegen die Resozialisierung und sein Versagen im Kampf gegen die Überbelegung in einer derart unverantwortlichen Art und Weise erhöht, dass ich für uns alle nur hoffen kann, dass uns schlimme Zwischenfälle im Vollzug erspart bleiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ob dieser Justizminister allerdings der größere Ausfall als der Innenminister ist, das kann ich beim besten Willen nicht entscheiden. Ein Innenminister, meine Damen und Herren, der in Sachen gefährliche Hunde als Kampfhund abspringt und als Qualzucht landet, das ist Herr Bouffier genau in diesen Bereichen. Ein Innenminister, der Ihren

Vorschlag zum Ballungsraumgesetz umsetzt, aber von keinem einzigen Betroffenen auch nur einen Hauch von Zustimmung erntet, der als Kommunalminister nichts tut, um die Kommunen vor den Räubereien des Finanzministers zu bewahren und der die Entprofessionalisierung der Polizei vorantreibt. Legendär ist inzwischen der Ausspruch eines Autofahrers in Fulda, der zu einer freiwilligen Polizeihelferin nach einer gewissen Zeit der Diskussion sagte, dass er jetzt endlich mit einer richtigen Polizistin sprechen will, und legendär ist auch die Tatsache, dass die Stellen der Wachpolizei in Frankfurt unter anderem deswegen im ersten Anlauf nicht besetzt werden konnten, weil sich zu viele Kriminelle beworben hatten.

Wir, meine Damen und Herren, setzen weiterhin auf eine professionelle, gut ausgebildete und gut ausgestattete Polizei, genauso wie wir weiterhin der Meinung sind, dass Resozialisierung auf Dauer die Bevölkerung mehr schützt als das bloße Wegsperrn à la Wagner.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

In Ihrer Staatskanzlei, Herr Ministerpräsident, haben Sie einen Ihrer engen Vertrauten verloren, der jetzt wie ein "Dilldippische" in den Reihen der CDU-Fraktion verloren sitzt, der auch manchmal die Ehre bekommt, dass Sie sich wieder zu ihm gesellen. Das ist schlecht für Sie.

(Norbert Kartmann (CDU): Ganz schön fies ist das von Ihnen, Sie sind halt ein Charaktermensch!)

- Für uns ist es immer noch unerklärlich, Herr Kollege Kartmann, weil wir immer noch keinen offiziellen Grund für den Rücktritt von Franz Josef Jung kennen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ob der Rücktritt allerdings auch für den Fortgang der Verwaltungsreform schlecht ist, das wage ich zu bezweifeln. Zu fremd waren für Franz Josef Jung das Aktenstudium und kontinuierliche Arbeit an staubtrockenen Themen, zu weit entfernt von seiner früheren Wadelbeißerei im Plenarsaal war ihm sein neues Aufgabenfeld, als dass wir in den letzten Jahren irgendetwas Vorzeigbares in der Verwaltungsreform, außer die Nichtbesetzung von Stellen, gesehen hätten. Ob sein Nachfolger dort erfolgreicher ist, wird sich weisen. Jovial im Ton heißt nämlich noch lange nicht erfolgreich in der Sache, Herr Kollege Riebel.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt, dass die Opposition die Schwarzgeldaffäre nutzen würde, um von der erfolgreichen Arbeit dieser Regierung abzulenken. Herr Ministerpräsident, das Gegenteil ist der Fall. Die Schwarzgeldaffäre hat dafür gesorgt, dass vieles, was früher ein Skandal gewesen wäre, heute im Schatten des Bimbos verblasst.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ohne Schwarzgeldaffäre hätten Sie wahrscheinlich in den letzten 18 Monaten mehr als einen Minister verloren. Natürlich verblassten Geschichten von Katzen mit roten Schleifchen um den Hals oder völliges Versagen rund um den Verbraucherschutz, so unglaublich sie im Einzelfall auch sein mögen, vor der Ungeheuerlichkeit des Skandals, mit dem wir es zu tun haben, vor der Ungeheuerlichkeit der Konsequenzenlosigkeit, die dieser Skandal bis heute

hat, und vor der Ungeheuerlichkeit, dass diese Regierung das Recht immer weiter bricht - was sich z. B. darin äußert, dass das Wahlprüfungsgericht bis heute kein Blatt der relevanten Akten, die teilweise schon im März angefordert wurden, in Händen hält.

Herr Ministerpräsident, Sie haben der Opposition in der letzten Plenarwoche vorgeworfen, dass wir ungerechtfertigterweise die Legitimität dieser Regierung infrage stellen würden. Ich sage Ihnen, ja, wir stellen die Legitimität dieser Regierung infrage, weil wir die Legitimität der Zusammensetzung dieses Landtags infrage stellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Ministerpräsident, alle Welt lacht über Amerika, weil drei Wochen nach der Wahl noch nicht klar ist, wer die Wahl zum Präsidenten gewonnen hat. Ich prophezeie Ihnen allerdings, dass selbst die Wahl im Bundesstaat Florida früher endgültig Bestand haben wird als die Wahl zum Hessischen Landtag, und das liegt an Ihren Schwarzgeldmauscheleien, an schmutzigem Geld in Ihrem Wahlkampf und an Ihrer Blockadepolitik gegenüber dem Wahlprüfungsgericht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dass Sie aber immer dann, wenn es eng wird, die rechte Karte ziehen, sowohl im Wahlkampf Ende 1998, als Sie hoffnungslos hinten lagen, als auch jetzt, wo Sie mit dem Rücken zu Wand stehen, das zeigt allerdings, dass Sie von Ihrer staatspolitischen Verantwortung als Ministerpräsident nichts, aber auch gar nichts mehr halten. Sie schüren erst mit Doppelpasskampagnen und Leitkulturdebatten den Chauvinismus, dann erklären Sie, dass diejenigen, die darüber berichten, dafür verantwortlich sind.

(Norbert Kartmann (CDU): Ein Schwätzer!)

Heute um 9.28 Uhr ist eine dpa-Meldung mit einer Vorabmeldung aus einem morgen erscheinenden Interview des "Stern" zu lesen, in der der Ministerpräsident sich äußert, indem er sagt, der Anstieg rechtsradikaler Straftaten im August habe nichts mit zunehmendem Radikalismus zu tun, sondern mit Teilen der Medien.

(Gerhard Bökel (SPD): Strategie ist das! - Armin Clauss (SPD): Eine Unverschämtheit ist das! - Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Brandgefährlich ist er!)

Das ist fast schon ein gefährlicher Wirklichkeitsverlust.

(Lebhafte Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie dann in dem zweiten Teil dessen, was als Vorabmeldung kommt, sagen - Zitat aus der dpa-Meldung von 9.30 Uhr -:

Koch bezeichnete sich im Zusammenhang mit der CDU-Spendenaffäre als Opfer eines persönlichen Vernichtungsfeldzuges. Sein Image als Lügner und Trickser verdanke er den Medien. Sie setzten ihre Macht ein, um die Wirklichkeit zu verdrehen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist nicht zu fassen!)

dann zeugt das ungefähr von einem Wirklichkeitsverlust, der andere einmal dazu geführt hat, in einem Parlament zu sagen: Ich liebe euch doch alle.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Norbert Kartmann (CDU): Das zum Thema Anstand im Landtag! Pharisäer!)

Unsere Kritik an dieser Regierung ist aber auch in der Sachpolitik mehr als begründet. Unsere Vorstellungen in der Sache liegen ebenfalls auf dem Tisch.

Die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth hat sich letzte Woche nach ihrer Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss gegen die von ihr zur Schau gestellte und im Übrigen völlig ungläubwürdige Ahnungslosigkeit mit einem interessanten Satz verteidigt. Petra Roth sagte wörtlich: "lieber ehrlich und naiv als unehrlich und routiniert".

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Damit meinte sie Koch!)

Ganz abgesehen davon, dass es für die Bürgerinnen und Bürger der größten Stadt Hessens eine Katastrophe ist, wenn sich ihre Oberbürgermeisterin schon selbst für naiv hält, stellt sich für uns alle die Frage, wen sie denn mit den Worten "unehrlich und routiniert" gemeint haben kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Uns und allen Beobachtern fällt da eigentlich nur einer ein: der Ministerpräsident des Landes Hessen. Weil das so ist, Herr Ministerpräsident, haben wir bei etwaigen Neuwahlen, die manchmal schneller kommen können, als man denkt, außer besseren Vorschlägen in der Sache zusätzlich einen für Sie uneinholbaren Vorteil: Ehrlichkeit als politische Leitkultur. - Ich danke Ihnen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Der nächste Redner ist Herr Kollege Hahn, der Vorsitzende der F.D.P.-Fraktion.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Kann einmal jemand die F.D.P. hereinholen?)

Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haushalt für das Jahr 2001 ist ein Stück in Zahlen gegossene Politik, mit dem die Regierungskoalition von F.D.P. und CDU die Weichen für die Zukunft unseres Landes gestellt hat. Hessen ist das Land der Mitte, das eine mutige, menschliche, moderne und mobile Zukunft haben soll.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die letzten knapp 19 Monate der Regierungszeit von Roland Koch und Ruth Wagner, von F.D.P. und CDU haben bewiesen: Wir nehmen die Probleme der Hessen ernst, wir nehmen die Zukunft der Hessen ernst. Die Regierungskoalition von F.D.P. und CDU ist gut für Hessen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten haben wir eine Utopie für dieses Land, für unser Land. Wir haben auch eine Strategie, wie wir diese Utopie umsetzen können. Wir beschäftigen uns nicht nur mit den Dingen, die Sie angesprochen haben, mit denen man sich natürlich auch in den letzten Monaten etwas beschäftigen musste, sondern wir beschäftigen uns damit, alles zu tun, um aus Hessen ein Land der Weltoffenheit zu machen, um aus Hessen ein Land der Mitte zu machen, um aus Hessen ein Land zu machen, das eine Spitzenstellung im Bereich von Bildung, Ausbildung, aber auch von Innovation hat, und um aus

Hessen ein Land zu machen, in dem es richtig Spaß macht zu wohnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist die Utopie der F.D.P. in Hessen für unser Land. Darum arbeiten wir hier.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Wir Liberale - das haben wir in den letzten knapp 19 Monaten auch bewiesen - sind in diesem Hause ein fairer, ein durchsetzungsfähiger, aber sicherlich auch ein sehr selbstbewusster Partner unseres Partners, der Union. Wir haben gerade zu Beginn dieses Jahres deutlich gemacht, dass wir genau zu differenzieren wissen zwischen dem, was schlecht gelaufen ist, dem, was zu kritisieren ist, und dem, was zu erhalten ist.

Herr Kollege Clauss, ich glaube, Sie sind als Sozialdemokrat in diesem Land schlicht schlecht beraten, wenn Sie meinen, sich in über zwei Dritteln Ihrer Haushaltsrede, in der es um die Visionen für das Jahr 2001 in Hessen geht, mit der Vergangenheit der ersten drei Monate dieses Jahres beschäftigen zu müssen.

(Armin Clauss (SPD): Mit dem Schwarzgeld!)

Herr Kollege Clauss, was hier passiert, ist nicht unter den Teppich zu kehren. Wir Liberale haben es wahrlich nicht getan.

(Armin Clauss (SPD): Aber Sie tun doch alles dazu!)

Aber zu vergessen, dass Sachpolitik das ist, was die Menschen von uns erwarten, das ist die Blamage der hessischen Sozialdemokraten unter Ihrer Führung.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU - Petra Fuhrmann (SPD): Wir müssen Ihnen doch noch die Gesetze machen!)

Wir sind mutig als Liberale, und das haben wir beim Aufstellen des Haushaltes sehr deutlich gemacht. Es ist immer wieder dasselbe, dass man auf der einen Seite von Menschen, Bürgern, Interessengruppen usw. hört, dass die Sparsamkeit im Allgemeinen das Wichtige, aber die Freigebigkeit im Besonderen den Menschen in einem betroffenen Bereich das besonders Nützliche sei. Wünsche werden von allen Seiten an die Politik herangetragen. Die Besonderheit und, ich glaube, die Klugheit von Politik kann man insbesondere daran messen, dass man die Wünsche auf die Möglichkeiten reduziert, dass man Prioritäten in der Politik setzt und nicht, wie das unsere Vorgängerregierungen getan haben, sozusagen mit der Gießkanne, ein bisschen ideologisch auf einer Seite verblendet, durch das Land geht.

(Petra Fuhrmann (SPD): Oh!)

Wir haben als Liberale mit unserem Koalitionspartner Schwerpunkte in der Haushaltspolitik gesetzt, die wir im Haushalt 2001 noch einmal dokumentieren. Einer der wichtigsten Schwerpunkte für uns Liberale ist - das wird Sie sehr überraschen, weil es bei Ihnen überhaupt nicht vorgekommen ist - die Reduzierung der Nettokreditaufnahme auf null. Es ist schon spannend, wenn ich mir von Sozialdemokraten und auch von Kollegen der GRÜNEN anhören muss

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Es gibt doch jetzt erst einmal die Maximalverschuldung!)

- Herr Müller, Sie können nachher noch die neun Minuten reden, die Roland Koch überzogen hat; aber seien Sie jetzt ein bisschen still -, wir würden einen Haushalt aufstellen,

der unsolide finanziert sei, der nicht korrekt sei. Zu viele Schulden machten wir.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
So ist es!)

Ich will Ihnen einmal vorlesen, was diese - na, ich will jetzt nichts sagen - Regierung von Herrn Eichel und Herrn Fischer bzw. seiner Nachfolger hier an Nettokreditaufnahme gemacht hat. Im Jahre 1994 waren es 2,47 Millionen DM, im Jahre 1995 2,28 Millionen DM - -

(Dorothea Henzler (F.D.P.): Milliarden!)

- Milliarden, Sie haben vollkommen Recht; immer drei Nullen vergessen. - Ich fange noch einmal an, weil es so schön ist. Ihre neuen Schulden, die Sie 1994 gemacht haben, betrugen 2,47 Milliarden DM. Im Jahre 1995 haben Sie neue Schulden in Höhe von 2,28 Milliarden DM gemacht. Im Jahre 1996 haben Sie zusätzliche Schulden von 1,9 Milliarden DM gemacht, im Jahre 1997 zusätzliche Schulden von 1,9 Milliarden DM.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie waren es doch, die hier auf Kosten unserer Kinder gewirtschaftet haben. Sie haben die Haushaltssituation im Lande Hessen gegen die Wand gefahren.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Es ist doch die Aufgabe, aber auch die Leistung von Karlheinz Weimar, unserem Finanzminister,

(Petra Fuhrmann (SPD): Wer hat 16 Jahre in Bonn regiert? Der Finanzminister hieß doch Waigel!)

dass er nunmehr mit tatkräftiger Unterstützung der F.D.P. dabei ist, die Schulden weiter zu reduzieren. Ich verspreche Ihnen von diesem Pult aus: Wir werden als F.D.P. alles daransetzen, dass diese mit dem Koalitionspartner verabredete Zielvorgabe eingehalten wird. Ab dem Jahre 2008 wird es in Hessen keine neuen Schulden mehr geben. Dann ist Schluss damit, dass wir unsere Haushalte finanzieren, indem wir neue Schulden machen.

Ich habe noch gar nicht davon gesprochen, dass wir Schulden reduzieren. So weit ist es nämlich mit der Politik in diesem Lande in den letzten 15, 20, 30 Jahren gekommen, in denen Sozialdemokraten zumeist die Finanzminister gestellt haben.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Meistens gemeinsam mit der F.D.P.!)

Karl Starzacher war ein blendendes Beispiel dafür, wie man die Verschuldung in diesem Lande erhöhen konnte.

(Beifall bei der F.D.P.)

Es ist deshalb schon mehr als paradox, wenn Sie meinen, uns vorhalten zu müssen, dass der Haushalt, den Karlheinz Weimar vorgelegt hat, den die Koalitionsfraktionen beschlossen haben, unsolide finanziert sei. 1997, bei einem Ihrer letzten Haushalte, hatten Sie noch eine Kreditfinanzierungsquote von 8,9%. Die haben wir immerhin schon auf 3,5% reduziert.

Als Liberale sind wir stolz darauf: Wir haben es geschafft, den Menschen, den Bürgern unseres Landes 200 Millionen DM wieder zurückzugeben, die Sie unter dem Titel der Grundwasserabgabe abgezockt haben.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Ich finde es schon sehr spannend, dass der Kollege der GRÜNEN bei dem Versuch, ein Gegenmodell zu dieser Regierungskoalition und der Politik der F.D.P. aufzustellen, hier erzählt, dass man auf alle Fälle bei den Bürgern wieder ganz schnell abzocken wolle. Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier stehen sich zwei Politikverständnisse vollkommen diametral gegenüber. Auf der einen Seite steht das der F.D.P., das der GRÜNEN auf der anderen. Wir möchten, dass die Selbstverantwortung und das Selbst-Tätig-Werden der Menschen unterstützt werden. Wir wollen nicht, dass der Staat alles gängelt. Wir meinen, das Geld ist in Hessen am besten im Portemonnaie der Bürger aufbewahrt und nicht im Portemonnaie des Finanzministers,

(Beifall bei der F.D.P. und des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

und zwar unabhängig davon, ob er der F.D.P., der CDU, den GRÜNEN oder den Roten angehört.

Lassen Sie mich zum Thema "mutig" noch weiterhin etwas sagen. Herr Kollege Al-Wazir, Ihr Vortrag zum Thema Hochschule war spannend. Ich glaube, es wäre schon ganz gut, wenn man sich vor einem Redebeitrag etwas über das informiert, worüber man reden will.

(Beifall des Abg. Rüdiger Hermanns (CDU))

Ich will Ihnen konstatieren, dass auch ich kein großer Fachmann der Kultur- und Hochschulpolitik dieses Landes bin. Nun habe ich es vielleicht ein bisschen einfacher, mit meiner Landesvorsitzenden und Parteifreundin darüber zu sprechen. Sie aber hätten wenigstens Herrn Kaufmann einmal fragen können. Was Sie hier zum Thema Hochschulpolitik vorgetragen haben, ist Nonsens hoch zwei.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Das kam auch noch von einem Mitglied einer Partei, die acht Jahre lang aktiv daran beteiligt war, das Ressort der Wissenschaft und der Hochschulen zum Steinbruch zu machen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Es waren doch die Roten und die GRÜNEN, die acht Jahre lang ihre Haushaltsnöte gelöst haben, indem sie aus Wissenschaft und Kunst die Millionen DM nur so abgezogen haben.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ihr spart doch noch viel mehr! Ihr schneidet doch viel tiefer ein!)

Trotzdem hatten Sie am Schluss immer wieder verfassungswidrige Haushalte. Das wollen wir dabei gar nicht vergessen. Es ist schon eine Dreistigkeit, die man eigentlich nur mit dem etwas unhöflicheren Wort Frechheit umschreiben kann, dass Herr Kollege Al-Wazir hier meinte, Frau Wagner vorschlagen zu können, sie solle doch bitte die Museen schließen und nur noch Straßentheater aufführen lassen, weil sie sowieso kein Geld mehr für die Kunst, die Kultur und die Hochschulen dieses Landes habe. Herr Kollege Al-Wazir, Sie müssten es eigentlich besser wissen.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Falsches Zitat! Völlig falsches Zitat!)

Jedenfalls werden Sie dafür gut bezahlt, dass Sie es eigentlich besser wissen müssten.

Wie war es denn, als Ruth Wagner das Haus übernahm? Für 1999 wurde von Ihnen letztmals ein Etat verabschiedet. Ich will es jetzt ganz genau machen. 2,39 Milliarden DM

betrug der gesamte Haushalt des Wissenschaftsministeriums. Gleichzeitig gab es aber diese "geniale" Tat des Karl Starzacher, die mit dazu beigetragen hat, dass Sie die Wahl verloren haben. Im Januar 1999 hat er einen Erlass gemacht, in dem stand, dass aus dem Ressort 115 Millionen DM "herauszuschwitzen" seien. Das heißt, die echte Zahl für 1999 betrug 2,28 Milliarden DM. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir als F.D.P. werden heute gemeinsam mit unserem Koalitionspartner in zweiter Lesung einen Haushalt verabschieden, bei dem das Ministerium insgesamt 2,59 Milliarden DM zur Verfügung haben soll, also über 300 Millionen DM mehr.

(Beifall bei der F.D.P.)

Herr Kollege Al-Wazir, wenn man dann davon spricht, dass hier zu wenig für die Hochschulen, die Museen und die Kunst getan werde, dann kann ich Ihnen nur in einem zustimmen: Ja, wir haben eine Aufholjagd zu unternehmen.

(Beifall bei der F.D.P. und der Abg. Traudl Herrhausen und Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Denn Sie haben hier in den letzten acht Jahren Mist gemacht. Sie haben auf Kosten der Hochschulen, der Fachhochschulen und von Kunst und Kultur und zulasten anderer Bereiche geaast. Wir aber sind stolz darauf, dass wir diesen Haushalt in der kurzen Regierungszeit von knapp 19 Monaten um 300 Millionen DM erhöht haben. Das ist auch eine Priorität der F.D.P. in dieser Koalition. Das spricht für Ruth Wagner und die F.D.P. Das spricht für die gesamte Regierung. Wir haben gesehen, dass dort sehr viel Geld zusätzlich hineingegeben werden muss. Wir sind bereit, das zu tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Herr Ministerpräsident hat vorhin schon das Beispiel des IT-Programms angeführt. Es ist ein Treppenwitz der Geschichte,

(Michael Denzin (F.D.P.): Ja!)

dass sich Sozialdemokraten hier hinstellen - heute war es der Herr Kollege Clauss, er hat es aber nicht nur heute, sondern auch schon ein paar Mal vorher gemacht - und sich darüber aufregen, wir würden zu wenig für die Ausbildung in den neuen Berufen machen. Wir machen als Land Hessen für die neuen Berufe das, was auch nur irgendwie möglich ist und was wir auch nur irgendwie finanzieren können. Es sind nun einmal Ruth Wagner, Dieter Posch, Roland Koch und andere gewesen, die ein 25-Millionen-DM-Programm verabschiedet haben, als das Problem bekannt wurde, als es offenkundig wurde. Was macht denn eigentlich Ihre verehrte Frau Bulmahn in diesem Bereich?

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Sehr gute Arbeit!)

Sie streitet sich über irgendwelche Dienstrechtsnovellen im Hochschulbereich, und zwar darum, ob die Professoren linksherum oder rechtsherum bezahlt werden und ob sie Ober- oder Unterprofessoren sind. Das alles sind Diskussionen, die ganz wichtig sind. Aber noch wichtiger ist zur Zeit, dass wir den Hochschulen das Geld zur Verfügung stellen, das notwendig ist, damit eine vernünftige und auf hohem Level angelegte Ausbildung in unserem Lande gemacht werden kann. Hessen ist dort endlich wieder vorne. Das ist eines der Ergebnisse der 19 Monate Hochschulpolitik der CDU und der F.D.P.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Ich empfehle den verehrten Damen und Herren Präsidenten der Hochschulen und Fachhochschulen - ich glaube, es gibt

da gerade keine Dame -: Sie sollten in den öffentlichen Äußerungen gegenüber der Ministerin und der Koalition nicht übermütig werden.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt kommt der Maulkorb!)

Sie sollten schon einmal das zur Kenntnis nehmen, was hier gemacht wird, und sie sollten z.B. auch zur Kenntnis nehmen, warum wir von einem strukturellen Finanzproblem an den Hochschulen sprechen. Was ist denn mit den Mitteln des Bundes für diesen Bereich? Herr Müller, ich habe bisher nichts davon gehört, dass sie gesteigert worden seien. Ich habe gehört, dass sie nicht nur beim Hochschulbau drastisch zurückgefahren worden sind. Auch das hat etwas mit den finanziellen Problemen der Hochschulen zu tun. Das ist also unabhängig davon, wo Rot-Grün regiert. Hier in Hessen haben Sie etwas gegen die Hochschulen gemacht, im Bund machen Sie es jetzt auch wieder.

(Armin Clauss (SPD): Bei der alten Regierung mussten wir vorfinanzieren! Herr Kollege, Sie haben wirklich keine Ahnung!)

Sie sind ein Garant für nach hinten gerichtete Politik und nicht für moderne, mutige Politik, die nach vorne ausgerichtet ist.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, mutig ist auch die Arbeit, die wir Liberalen gemeinsam mit unserem Koalitionspartner hinsichtlich der inneren Sicherheit machen. Wann werden Sozialdemokraten und GRÜNE eigentlich einmal zur Kenntnis nehmen, dass es nicht ausreicht, den Menschen zu sagen, dass sie sicher wohnen, sondern dass es notwendig ist, den Menschen auch das Gefühl zu geben, dass sich die Politik und der Staat dafür einsetzen, dass sie wirklich sicherer leben. Dazu gehören drei Dinge. Alle drei Dinge wurden in den knapp 19 Monaten der Regierung der F.D.P. und der CDU vom Innenminister Volker Bouffier, dem Justizminister und Karlheinz Weimar angegangen.

Wir haben neue Wege gesucht. Wir haben neue Ideen umgesetzt. Ich finde es schon spannend, dass Sie heute nicht mehr so viel gegen die zwei neuen Einrichtungen bei der Polizei polemisiert haben. Ich meine damit die freiwillige Polizeireserve und die Wachpolizei. Das ist ein neuer Ansatz, um Sicherheitspolitik in Hessen machen zu können, und zwar finanzierbare Sicherheitspolitik. Ich bin da schon sehr überrascht. Sie wissen, dass ich, als Roland Koch in seiner Regierungserklärung den Vorschlag einer freiwilligen Polizeireserve vorgetragen hat, von dieser Stelle aus für die Liberalen gesagt habe: Ich wünsche der Union viel Erfolg, dass sie geeignete Menschen findet, die freiwillig Sicherheitsarbeit in Hessen leisten. - Ich bin angenehm überrascht darüber, wie viele Personen sich dafür gemeldet haben. Ich bin überrascht darüber, welche hervorragenden Lebensläufe diese Personen haben. Herr Al-Wazir oder andere, sagen Sie noch einmal von dieser Stelle aus, das habe irgendetwas mit Rambos zu tun. Ich kann Ihnen da nur antworten: Schauen Sie sich diese Menschen an, reden Sie mit diesen Menschen. Das sind genauso wie Sie und ich ehrenhafte Menschen, die bereit sind, in ihrer Freizeit für die Sicherheitsinteressen dieses Landes zu arbeiten.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Hören Sie endlich auf, sich in der Öffentlichkeit so ungezogen zu äußern. Wir als Liberale gehen jedenfalls neue Wege. Wir haben neue Ideen. Deshalb haben wir mit dem

Koalitionspartner nicht nur solche Verabredungen getroffen, sondern das in diesem Bereich auch bereits umgesetzt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir als Liberale sind auch der Auffassung, dass man sich der Politik im Bereich der inneren Sicherheit auf zwei Ebenen annähern muss. Auf der einen Seite ist es die Aufgabe der Politik, den Einzelnen vor dem Staat zu schützen. Das ist die Diskussion, die wir insbesondere in den Siebzigerjahren und Anfang der Achtzigerjahre geführt haben. Ein Ergebnis daraus ist z. B. der Datenschutz. Ein weiteres Ergebnis ist die Resozialisierung, und, und, und. Ganz offensichtlich sind aber Sozialdemokraten und GRÜNE dabei stehen geblieben. Die Welt und diese Gesellschaft haben sich verändert. Es ist nicht mehr so, dass wir nur den Einzelnen vor dem Staat schützen müssen. Vielmehr müssen wir darüber hinaus den Staat in die Verantwortung nehmen und ihn so ausstatten, dass er den Einzelnen vor Dritten schützt. Das ist die zweite Aufgabe bei der inneren Sicherheit, die spätestens Mitte der Neunzigerjahre dazugekommen ist. Wir müssen deshalb dort immer einen Abwägungsprozess vornehmen. Wir Liberale haben das im letzten halben Jahr ganz praktisch bei der Frage der Änderung des Polizeigesetzes getan. Ich bin stolz darauf, dass es uns Liberalen gelungen ist, sowohl bei der Schleierfahndung als auch bei der Videoüberwachung Gesetzesformulierungen zu finden, die die Zustimmung des Hessischen Datenschutzbeauftragten gefunden haben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das heißt, wir als Liberale bringen den Gedanken, dass auf der einen Seite "Big Brother" - ich meine jetzt nicht den, wohin mein Generalsekretär manchmal geht,

(Michael Denzin (F.D.P.): Furchtbar, schrecklich!)

sondern den anderen, der etwas mit George Orwell zu tun hat - nicht Wirklichkeit wird, damit zusammen, dass wir auf der anderen Seite die Polizei so mit gesetzlichen Maßnahmen ausstatten, dass sie tatsächlich ihrem Auftrag nachkommen kann.

Es ist schon spannend, was ich hier zu hören bekam, was uns insbesondere der Kollege Becker aus Gießen - der heute offensichtlich ein bisschen abwesend ist - hier zum Thema Videoüberwachung erzählt hat. Nach seiner Rede geht das Vaterland eigentlich unter - und das auch noch in einer Rede eines Sozialdemokraten. Von einem GRÜNEN hätte ich es fast noch erwartet.

Aber, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von den Sozialdemokraten, es sind gerade Ihre Parteifreunde, es sind die Oberbürgermeister und die Stadträte der SPD, die jetzt einen Wettlauf um Genehmigungen für die Videoüberwachung in ihren Gemeinden sowie um die Finanzmittel machen, die wir dafür noch zusätzlich in den Haushalt eingestellt haben. Merken Sie Genossen hier im Hause denn eigentlich nicht, wie weit Sie von den Menschen entfernt sind? Merken Sie eigentlich nicht, dass Sie eine vollkommen von den Problemen in unserer Gesellschaft und unserem Hessenland abgelöste Politik machen? Eigentlich sind wir ein bisschen stolz darauf. Wir sind viel kleiner als die Sozialdemokraten, aber wir sind viel näher an den Nöten und Sorgen der Menschen dran. Das ist unsere Qualität.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Wir sind auch neue und mutige Wege gegangen, z. B. bei der Frage der Fußfessel. Natürlich hat es dabei ein bisschen Diskussion gegeben, auch mit dem von mir sehr geschätz-

ten Justizminister, der zunächst nur ein anderes Modell durchführen wollte - nämlich die Fußfessel zur Überwachung richterlicher Auflagen. Wir haben es erreicht, dass die Fußfessel nun auch für andere Dinge benutzt wird. Denn es kann eigentlich nicht sein, dass wir bei Vorhandensein der technischen Mittel und darüber hinaus einer sehr positiven Prognose das viel teurere System der Justizvollzugsanstalten wählen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe vorhin davon gesprochen, dass wir Liberale uns die Utopie vorstellen, dass Hessen ein Land der Mitte ist, das mutig, menschlich, modern und mobil ist. Das Thema Menschlichkeit ist für uns Liberale ein ganz besonders wichtiges. Unser Menschenbild ist davon getragen, dass wir davon ausgehen, dass jeder zunächst für sich selbst verantwortlich ist und dass jeder auch für sich selbst verantwortlich sein will. Wir sind für die Selbstentfaltung des Menschen, und wir sind für die Selbstverantwortung des einzelnen Menschen. Uns ist es ein Gräueltat, wenn wir das Gängelband staatlicher Regulierungsvorbehalte sehen, das um die Menschen, um diese Gesellschaft und uns alle gelegt ist. Wir halten diese falsch verstandene Fürsorge, die aus der Rede des sozialdemokratischen Politikers des vergangenen Jahrhunderts, Armin Clauss, vorhin zu hören war, für falsch.

(Petra Fuhrmann (SPD): So eine Flegelei! Was für eine Frechheit! Was erlauben Sie sich eigentlich?)

- Was blasen Sie sich denn so auf, Frau Fuhrmann? Fehlt Ihnen Ihre Brille, oder was ist heute mit Ihnen los? Sie sind heute überhaupt nicht entspannt.

(Petra Fuhrmann (SPD): So eine Flegelei!)

- Sie sind heute überhaupt nicht entspannt.

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel)

Wir halten diese falsch verstandene Fürsorge der Sozialdemokraten des ausgehenden Jahrhunderts - und Herr Armin Clauss ist ein Prototyp dafür - für falsch.

(Petra Fuhrmann (SPD): Also so eine Frechheit! - Gerhard Bökel (SPD): Besser als Dünnbrettbohrer!)

Wir sind der Auffassung, in einem modernen Staat in einem neuen Jahrhundert muss so viel wie möglich an Eigenverantwortung beim Einzelnen bleiben und darf ihm nicht abgenommen werden - wie Sie als Sozialdemokraten das immer wollen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das beginnt im Kleinen,

(Armin Clauss (SPD): Sie sind ein echter Vertreter des Nachtwächterstaates!)

z. B. bei der Änderung der Verwaltungsstruktur. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, die Verwaltung ist für die Bürger da, und daran müssen wir die Verwaltung manchmal erinnern.

(Gerhard Bökel (SPD): Wer hätte das gedacht!)

Das beginnt teilweise schon in der Verwaltung in diesem Hause hier und zieht sich über alle anderen Verwaltungen hin.

(Lachen des Abg. Hartmut Holzapfel (SPD))

Punkt zwei. Es muss eine Entrümpelung der Normen erfolgen. Das heißt z. B., dass bis zum Jahresende alle Minister und Ministerinnen ganz konkret und sehr gründlich prüfen müssen, ob die Verordnungen und Erlasse in ihrem Hause

noch vernünftig sind. Ich freue mich, dass mir meine beiden Parteifreunde - Dieter Posch, unser Wirtschaftsminister, und Ruth Wagner, unsere Wissenschaftsministerin - bereits mitgeteilt haben, dass sie um die 50% dieser internen Normen zum Jahresende aufheben werden.

(Beifall bei der F.D.P. - Lachen des Abg. Hartmut Holzapfel (SPD))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist Befreiung der Menschen von der Gängelung sozialdemokratischer Politiker, wie es z.B. Hartmut Holzapfel in diesem Lande Hessen gewesen ist.

(Hartmut Holzapfel (SPD): Das glauben Sie auch noch!)

Mit der Regelung, dass die Gesetze alle fünf Jahre auf dem Prüfstand stehen,

(Zuruf der Abg. Hildegard Klär (SPD))

wollen wir doch kein Arbeitsbeschaffungsprogramm für den Hessischen Landtag auflegen, sondern wir wollen uns als Politiker, als erste Gewalt, veranlassen, nicht alles als heilig hinzunehmen, nur weil es einmal beschlossen worden ist.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Kommunalwahlgesetz z.B., das in fünf Jahren ausläuft!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist wichtig, sich immer wieder die Frage zu stellen, ob eine Gesetzesnorm denn tatsächlich sein muss. Wenn man auf diese Frage keine befriedigende Antwort erhält, dann ist diese Gesetzesnorm aufzuheben.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein Beispiel aus der Bundespolitik nennen, bei dem diese Landesregierung - Dieter Posch und die Sozialministerin, Frau Mosiek-Urbahn - seit Monaten gegen Berlin anrennen. Das ist das Gesetz des Ladenschlusses.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 16 Jahre lang hattet ihr Zeit! Nichts habt ihr geschafft! - Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Stellen wir uns doch einmal die Frage: Warum muss es denn eigentlich dieses Gesetz geben?

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann mir dafür in der Gesellschaft, in der wir jetzt leben - und wir haben nicht mehr eine Eins-neun-neun vorne, sondern eine Zwei-null-null -, überhaupt keinen Grund mehr dafür vorstellen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Es war doch dieser Basta-Kanzler gewesen - Frau Fuhrmann, wenn Sie ein bisschen leiser sind, dann bin auch ich ein bisschen leiser, und dann verstehen uns alle besser; ansonsten, wenn Sie lauter sind, dann bin auch ich lauter, man hört mich trotzdem noch weiter, aber das stört alle ein bisschen; also seien Sie doch ein bisschen leiser -, der einfach erklärt, das gibt es nicht. Eine solche Norm wie das Ladenschlussgesetz ist ein Prototyp dafür, dass wir in dieser Gesellschaft noch meinen, mit sozialdemokratischen Überlegungen der Achtziger- und Neunzigerjahre Politik machen zu können.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist schon etwas älter!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Menschen und die Technik in unserer Gesellschaft sind über Ihr Re-

glementierungssystem schon lange hinausgewachsen. Sie sind intelligenter, beweglicher und mobiler, und darauf muss Politik eingehen.

(Beifall bei der F.D.P. - Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Lassen Sie mich zum dritten Punkt in diesem Bereich Menschlichkeit kommen, zum Thema Schule. Auch hier will ich nicht mit demselben wie meine Vorredner anfangen und ausschließlich die Frage des Unterrichtsausfalls deklinieren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir Liberale halten es für die wichtigste Aufgabe, die der Staat seinen Bürgern gegenüber organisieren muss, jedem, der es möchte, so viel Bildung wie möglich zu gewähren. Denn wer viel Wissen und viele Kenntnisse hat, der hat ein stärkeres Selbstbewusstsein, der ist zufriedener und weltoffener. Ein solcher Mensch ist auch viel weniger anfällig für irgendwelche Rattenfänger - zurzeit meistens von rechts, manchmal aber auch von links. Ein solcher Mensch ist in diesem Staat gestanden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Bildung ist mehr als nur die Vermittlung der Grundrechenarten. Bildung ist eine Grundsubstanz für jeden Menschen, damit er in dieser Gesellschaft selbstbewusst verträglich leben kann.

(Beifall bei der F.D.P.)

Deshalb ist es so wichtig, dass wir als Koalition, als F.D.P. und CDU, uns hier an die Arbeit gemacht haben und versuchen, bei der schulischen Bildung das nachzuholen, was Herr Holzapfel in den vielen Jahren seiner Anwesenheit im Kultusministerium verabsäumt hat.

Ich habe es wirklich mit Freude zur Kenntnis genommen, dass der Kollege Quanz in der letzten Debatte sagte, für die Sozialdemokraten sei es ein Skandal, dass in Hessen wöchentlich knapp 40.000 Unterrichtsstunden ausfallen.

(Petra Fuhrmann (SPD): In der Tat!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist auch noch nicht befriedigend, dass in Hessen immer noch knapp 40.000 Wochenstunden ausfallen. Aber, Frau Fuhrmann, wir haben vor 19 Monaten einen Ausfall von 100.000 Stunden pro Woche von Herrn Holzapfel übernommen, verantwortet von Herrn Starzacher und Herrn Eichel.

(Beifall bei der F.D.P.)

Es waren doch gerade die Sozialdemokraten - und da will ich die GRÜNEN einmal bewusst ausnehmen, denn ich weiß, dass es in der letzten Legislaturperiode dort andere Diskussionen gab -, die darauf beharrt haben, die Grundrechenarten außer Kraft zu setzen, und 80% als 100% haben gelten lassen. Das war doch die Devise, mit der Hartmut Holzapfel versuchte, den Menschen zu erzählen, dass sie einen Unterricht zu 100% bekommen. Ergebnis war, dass Herr Holzapfel zum Schluss Polizeischutz benötigte, wenn er als Kultusminister hessische Schulen besuchte, weil die Schüler diese Verballhornung oder Verallerberung nicht mehr hören wollten, die die Sozialdemokraten hier gemacht haben.

Nein, wir Liberale sind stolz darauf, dass wir es geschafft haben, natürlich gemeinsam mit dem Koalitionspartner Union, den Unterrichtsausfall erheblich zu reduzieren. Ein Zyniker, der vorher vor mir gesprochen hat, meinte, sich daran delectieren zu müssen, dass Dieter Posch gesagt hat, Volksparteien neigten immer zu etwas deftigeren Worten als kleinere Parteien.

(Zuruf des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Al-Wazir, ich gebe Ihnen Recht, aber Sie sind eigentlich ein schlechtes Beispiel für kleinere Parteien, denn Sie leben ausschließlich von solchen Wortakrobatiken.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das war wirklich ein gravierender Fehler, den mein Freund Dieter Posch gemacht hat, dass er in diesem Punkt die GRÜNEN und die F.D.P. in einen Topf geworfen hat.

(Zuruf des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Na, gestern war das teilweise anders. Da kam Herr von Plottnitz beim Binding-Abend auf einmal zu mir und meinte, das und das müsste man am Flughafen gemeinsam machen. Also geben Sie einmal Acht, dass Ihnen da nichts aus dem Ruder läuft, Herr Kollege Müller.

Wieder zurück. Unterrichtsgarantie ist ein Wahlkampfwort der Union gewesen. Wir Liberale haben von Anfang an genau das gesagt, was Dieter Posch in dem Interview gesagt hat: "Freunde, wenn einer kurzfristig krank wird, könnt ihr die Stunde nicht sofort wieder geben." Aber erst einmal sind wir daran, die Hausaufgaben zu machen. Die haben Herr Holzapfel und die Sozialdemokraten in Hessen seit Jahren nicht gemacht. Deshalb müssen Sie jetzt auch lange, lange auf der Oppositionsbank nachsitzen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Beifall bei der F.D.P.)

weil Schulpolitik das Thema ist, das die Menschen hier wirklich interessiert und wo wir auch wirklich etwas machen können. Da brauchen wir auf keinen anderen zu schimpfen. Das ist unsere originäre Aufgabe als Landespolitiker. Wir müssen es nur erstens wollen, Herr Holzapfel, und zweitens können. Sozialdemokraten wollten es nicht, konnten es nicht. Also auf die Oppositionsbank, mindestens einmal acht Jahre, viel Vergnügen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Lassen Sie mich beim Thema "mutig" einen vierten Punkt anführen. Das ist das neue Wahlsystem. Ich kann es nicht nachvollziehen, und ich kann es gerade als ehemals Sozialliberaler - ich sage das Wort bewusst: als ehemals Sozialliberaler - nicht nachvollziehen, mit welcher Vehemenz Sozialdemokraten sich gegen mehr Demokratie vor Ort einsetzen, Herr Kollege Clauss, einfach mehr Demokratie vor Ort. Was ist denn daran eigentlich so schlimm? War es nicht der sozialliberale Bundeskanzler Willy Brandt, der von "mehr Demokratie wagen" gesprochen hat, wo alle Liberalen, die jetzt hier sitzen, schon begeistert - wenn sie es vom Alter her konnten - vor dem Fernseher saßen und geklatscht haben? Ich war so einer und weiß es von Michael Denzin, weil wir uns auch schon so lange kennen, er war auch so einer. Sie haben doch die Demokratie und Willy Brandt verraten. Sie, die Genossen hier in Hessen, haben doch die Demokratie und Willy Brandt verraten,

(Zuruf des Abg. Armin Clauss (SPD))

weil Sie nicht mehr Demokratie wollten, sondern Sie wollten Ihre Parteistrukturen aufrechterhalten. Sie stört doch der Wähler. Das haben Sie doch mit Ihrer Reaktion am 7. Februar des Jahres 1999 deutlich gemacht, und das machen Sie jetzt, wenn wir Kumulieren und Panaschieren einführen. Für mich ist es eine Genugtuung, als jemand, der im Jahre 1970 begeistert die Regierungserklärung von Willy Brandt zum Thema "mehr Demokratie wagen" gehört hat, damals als Mittelstufenschüler, jetzt in verantwortlicher Position hier im Lande Hessen daran mitwirken zu können,

dass wir einfach mehr Demokratie unseren Kommunen und unseren Bürgern anbieten.

Das ist übrigens kompromisslose und konsequente liberale Politik von einer Ebene auf die andere. Bei uns steht der Bürger vorn und nicht - wie bei den Sozialdemokraten - die Partei. Das ist der gravierende Unterschied.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Wir möchten, dass Hessen ein Land der Mitte bleibt, das modern und mobil ist. Zum Thema Modernität und Mobilität gehört zuallererst die Wirtschaftspolitik. Haben Sie eigentlich gemerkt bei Ihren Besuchen draußen, bei den Gesprächen mit den Bürgern, bei den Gesprächen mit den Vertretern der Wirtschaftsverbände und auch der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände, dass ein vollkommener Umschwung zum Thema Bio- und Gentechnologie in den letzten 19 Monaten eingetreten ist? Merken Sie eigentlich, was in diesem Lande in den letzten 19 Monaten in diesem Bereich passiert ist, wo sich die Forscher, die Entwickler, die Produzenten nicht mehr dafür schämen müssen, dass sie in der Bio- und Gentechnologie tätig sind, sondern mit offenen Armen empfangen und unterstützt werden? Da ist ein Quantensprung in den letzten 19 Monaten eingetreten.

Ich kann mich noch daran erinnern, dass wir vor einigen Jahren die Frage diskutiert haben: Wölfersheim - Genfeld - Firma AgrEvo, wo der sozialdemokratische Landrat Rolf Gnadt herausgegangen ist und die Besetzer noch mit Kaffee und Fleischwurst oder irgendetwas versorgt hat.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Rotwein!)

Da hat ein sozialdemokratischer Landrat - mit dem Beifall von Ihnen nachher von diesem Pult aus - diejenigen unterstützt, die sich gegen Gentechnik ausgesprochen haben und darüber hinaus Recht und Gesetz gebrochen haben. Das ist anders geworden in den letzten knapp 19 Monaten. Der Wirtschaftsminister, die Wissenschaftsministerin, der Ministerpräsident, jeder an seinem Platz, auch die beiden Fraktionsvorsitzenden brauchen gar nicht mehr werbend durch Hessen zu fahren für die Bio- und Gentechnologie. Sie müssen jetzt nur noch - das ist immer noch eine verdammt spannende Aufgabe - organisierend durch Hessen fahren, helfend, dass Genehmigungsverfahren schneller gehen, obwohl sie schon sehr schnell sind, helfend, dass finanzielle Unterstützung gegeben wird. Aber es gibt nirgendwo einen Konflikt über die Frage des Ob.

Zur Modernität und Mobilität gehört, dass wir gerade in unserem Bundesland in den Informationstechnologien eine mehr als boomende Wirtschaft haben. Das ist jetzt wirklich ein Zufall von den Zahlen her, aber Sie können sich das alle gut merken. In den letzten 18 Monaten sind in Hessen 1.800 neue Firmen im IT-Bereich gegründet worden.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Das ist ein Zeichen dafür, dass die Menschen in Hessen mit modernen Technologien Investments eingehen. Sie haben nicht mehr Angst vor dem rot-grünen Stillstand, sondern sie wissen, dass blau-gelb-schwarze Dynamik dahinter steht, dass wir diese Informationstechnologien hier haben wollen,

(Beifall bei der F.D.P.)

dass wir ihnen auch die notwendigen Möglichkeiten geben. Ich habe vorhin von Utopien gesprochen. Eine Utopie - ich glaube, es wird bald gar keine mehr sein - ist, dass das

Rhein-Main-Gebiet der IC-Knoten von ganz Deutschland wird, dass Frankfurt die IC-Hauptstadt von Deutschland und von Europa wird.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
IC-Station ist Frankfurt schon lange!)

Wir sind auf dem besten Wege dazu, dass es die Hauptstadt wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir arbeiten auch daran, im Gegensatz zu Ihnen. Herr Pawlik, es ist jetzt nichts Neues, was Sie dazwischenrufen. Es sind immer die alten Rituale. Damit kommen Sie nicht weiter. Es war Ihre Kollegin Klär, die am vorvergangenen Freitag in einer Diskussionsrunde der Jungen Liberalen in Bad Homburg mit großer Zufriedenheit alle Punkte zur Kenntnis genommen hat, die Staatssekretär Hirschler zur Frage der Unterstützung der IC-Strecke dargelegt hat.

(Zuruf der Abg. Hildegard Klär (SPD))

Bei jedem zweiten Punkt hat sie das gesagt, Herr Kollege Pawlik. Da waren sogar Journalisten dabei. Frau Klär, sagen Sie doch hier dasselbe, wie Sie das in Bad Homburg gesagt haben. Ihre Genossen werden Sie schon nicht hauen, und die Menschen werden Sie als eine glaubhafte Politikerin ansehen und nicht als eine, die in Bad Homburg etwas anderes sagt als hier. Bleiben Sie bei dem, was Sie gesagt haben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Bei jedem zweiten Punkt, den Staatssekretär Dr. Hirschler vorgetragen hat, hat Frau Klär gesagt: Jawohl. Das wollten wir auch. Aber in der letzten Legislaturperiode hatten wir kein Geld dafür gehabt.

(Zuruf der Abg. Hildegard Klär (SPD))

Wir nehmen uns das Geld in dieser Regierung dafür, weil dies ein Arbeitsmarkt ist, weil dies eine Innovation ist, die wir für dieses unser Hessenland benötigen. Wir setzen die Prioritäten halt anders, als Sie es in den letzten acht Jahren getan haben. Wir sind auch noch stolz darauf, dass wir es so tun.

Eine andere Prioritätensetzung ist die Frage Straßenbau. Herr Kollege Klemm, was da unter Ihrer Verantwortung geschehen ist, das ist wirklich schon die Vergeudung und die Beschädigung von Volksvermögen. Schauen Sie sich die uns beide verbindenden Straßen zwischen dem Main-Kinzig-Kreis und dem Wetteraukreis an. Die sind unter Ihrer Ägide auf 60 km/h reduziert worden - nicht, weil da irgendeine Verkehrssicherheitsdiskussion zu führen war, sondern weil die Straßen einfach so kaputt sind, dass man mit einem vernünftigen Auto nicht schneller als 60 km/h dort fahren kann, ohne das Auto kaputtzumachen.

Als Lothar Klemm, der Hoffnungsträger der Wirtschaftspolitik, wie er uns immer verkauft worden ist, das Wirtschaftsministerium am 6. April 1999 verlassen hat, hatte er gerade einmal 39 Millionen DM für den Landesstraßenbau in seinem Haushalt gehabt. Ich möchte Sie daran erinnern: Als Dieter Posch das Wirtschaftsministerium 1991 als Staatssekretär verlassen hatte, der als Minister aber wiederkam, waren es knapp 150 Millionen DM. Unter der Verantwortung letztlich auch von Lothar Klemm hat man den Straßenbau fast auf null gefahren. Was sind denn schon 39 Millionen DM bei allein Erhaltungsinvestitionsnotwendigkeiten von weit über 200 Millionen DM?

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Auch hier haben wir umgestaltet. Auch hier waren wir - weil wir die Mobilität in unserem Land benötigen - sehr

mutig und haben jetzt auf 70 Millionen DM erhöht. Wir werden nach Ende der ersten Legislaturperiode von Roland Koch und Ruth Wagner, von CDU und F.D.P. in diesem Lande, insgesamt 350 Millionen DM mehr in den Landesstraßenbau stecken. Das machen wir nun wahrlich nicht, weil wir als Liberale Betonfetschisten sind, sondern das machen wir, weil wir die Mobilität der Menschen in unserem Lande für wichtig erachten, weil wir wollen, dass sie schneller zum Arbeitsplatz und wieder nach Hause kommen, weil wir wollen, dass die Dienstleister schneller zu ihren Kunden kommen. Wir wollen es, damit die Menschen ruhiger schlafen können, damit nicht - wie in vielen Gemeinden - durch den Ort gestanden wird, sondern es soll um den Ort herumgefahren werden. Das ist die Devise, die die Politik der F.D.P. leitet und die in dieser Koalition vollkommen unstrittig ist.

(Beifall bei der F.D.P.)

Dazu gehört dann auch, dass die aus ideologischer Sicht von Lothar Klemm vorgenommene Verteilung, viel mehr Mittel für den ÖPNV als für den Straßenbau, von Dieter Posch auf das Maß zurückgeführt wurde, das die Liberalen haben wollten, nämlich auf einen gleich großen Anteil.

Ich will von dieser Stelle aus überhaupt keinen Zweifel daran lassen, dass die F.D.P. für den öffentlichen Personennahverkehr ist. Ich kann Ihnen als immer häufigerer Nutzer desselben auch sagen, dass ich schon viele Vorschläge zum ÖPNV habe. Das beginnt beim Aussehen der Bahnhöfe. Die finde ich immer noch aussehend wie - - Wenn ich dieses Wort jetzt sagen würde, würde mich die Präsidentin vollkommen zu Recht rügen. Das geht weiter über den Zeittakt, der nicht eingehalten wird, und weiter über die Frage, warum man Verspätungen gnädigenfalls fünf Minuten zu spät meldet und nicht schon vorher sagt, der Zug hat Verspätung.

Der ÖPNV ist aber nur die eine Seite der Verkehrspolitik und der Mobilität in diesem Lande. Die andere Seite ist der Straßenbau. Da haben wir nachgelegt, und da werden wir am Ende der vier mal zwölf Monate Regierungszeit von Roland Koch und Ruth Wagner 350 Millionen DM zur Verfügung gestellt haben. Das ist auch eine ganz spannende Unterstützung für die Bauindustrie in unserem Lande. Das will ich am Rande überhaupt nicht verschweigen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang Folgendes sagen. Ich wollte es eigentlich nicht ansprechen, aber das, was der Kollege Al-Wazir gesagt hat, war so mies, dass ich es doch ansprechen muss. Er ist dafür ja auch hinausgegangen, von der Reservebank der Opposition in die Auszeit der Opposition.

(Armin Clauss (SPD): Wo waren Sie die ganze Zeit?)

- Ich war die ganze Zeit hier im Raum, bis auf eine kleine Unterbrechung, die mir menschliche Nöte aufgezwungen haben, Herr Kollege. Ja, das ist so. Ich sitze nicht immer auf meinem Platz, sondern schaue mir das Geschehen manchmal auch von einem anderen Platz aus an.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Menschliche Nöte gestehen Sie anderen nicht zu?)

- Herr Kollege Müller, wenn das so ist, dann ist es ja in Ordnung. Dann sehen wir ja, ob er gleich wiederkommt.

Richten Sie ihm bitte aus, dass ich es für eine Ungezogenheit halte, dass er von dieser Stelle aus den hessischen Wirtschaftsminister als ein "Sicherheitsrisiko" im Zusam-

menhang mit den Geschwindigkeitsbeschränkungen eingestuft hat.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Posch hat die Risiken selbst benannt! Er hat von 20% mehr Unfällen gesprochen!)

So ungezogen gehen nur grüne Politiker mit ihren Kollegen um. So ungezogen sind nur Ideologen, die verblendet sind und die nicht zur Kenntnis nehmen wollen, welchen Prozess Dieter Posch in der Frage der Aufhebung von Geschwindigkeitsbeschränkungen durchlaufen hat.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat selbst von 20% mehr Unfällen geredet!)

Ich toppe noch eines drauf: Ich habe das Gefühl, dass bei dem Kollegen Al-Wazir eben klammheimlich die Hoffnung aufkam, dass tatsächlich das eintreten werde, was er hier an die Wand geschmiert hat.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine Unverschämtheit, was Sie von sich geben! Eine riesengroße Unverschämtheit! Das wird Ihnen noch einmal um die Ohren fliegen! Als ob sich jemand über Tote auf Straßen freuen würde!)

Das ist genau die Art der Argumentation und Diskussion, die Sie GRÜNE führen. Sie wissen ja offensichtlich nicht, was dort alles geschehen ist. Sie wissen offensichtlich nicht, welche Vormaßnahmen ergriffen worden sind und was in Abstimmung mit dem ADAC, in Abstimmung mit den zuständigen Stellen, z. B. auch der Polizei, und in Abstimmung mit Wissenschaftlern ausgetestet worden ist.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit diesem Menschen kann man nicht mehr reden!)

Wenn man sich dann hierhin stellt und sagt, Dieter Posch sei ein Sicherheitsrisiko, Gott sei Dank sei bisher noch nichts passiert, so macht man deutlich, wes Geistes Kind die GRÜNEN in diesem Lande sind.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Lassen Sie mich zum Thema Flughafen kommen. Wir hatten einen politisch verordneten Stillstand am Rhein-Main-Flughafen. Das haben wir gerade gestern wieder erlebt. Es war schon spannend, dass man sich gestern auf dem Binding-Abend an den Binding-Abend 1997 erinnerte. Damals war das Thema Flughafen schon einmal auf der Tagesordnung. Da ist es dem damaligen und jetzigen Chef der Lufthansa, Jürgen Weber, gelungen, sich von allen möglichen Zwängen zu befreien und zu sagen: Jetzt ist Schluss in Frankfurt. Ihr müsst endlich etwas machen, ansonsten muss die Lufthansa Frankfurt als Hauptstützpunkt verlassen.

Wir wissen - gestern Abend wurde das am Rande wieder sehr heftig diskutiert -, welche Bemühungen die Sozialdemokraten unternommen haben, dass Jürgen Weber das vor drei Jahren nicht wahr gemacht hat, weil sie genau wussten, dass damit eine Diskussion beginnen würde, die sie selbst politisch nicht würden beherrschen können.

(Armin Clauss (SPD): Das ist schlicht die Unwahrheit, was Sie erzählen! Wer hat das als Erster angesprochen? Das war ich!)

- Herr Kollege Clauss, Sie haben sich auf das abreisende Pferd gesetzt und wissen jetzt nicht, ob Sie darauf sitzen bleiben oder abspringen sollen. Sie waren niemals vorne bei dieser Veranstaltung.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Man könnte Sie als den Bremser bezeichnen, der zwischen durch einmal ein bisschen schiebt, ansonsten aber dauernd blockiert. Das ist die Rolle von Armin Clauss bei der Frage der Erweiterung des Flughafens.

(Armin Clauss (SPD): Die Leute, die es besser wissen, nehmen Ihnen den Unsinn nicht ab! So ein dummes Zeug!)

Ich will Ihnen nur sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die F.D.P. stolz darauf ist, dass wir die erste Partei in diesem Lande gewesen sind, die ausdrücklich gesagt hat, dass die Kapazitätsprobleme auf dem Rhein-Main-Flughafen durch den Neubau einer Start- oder Landebahn - das wussten wir damals noch nicht genau - gelöst werden müssen. Das war im Jahre 1997.

Das Mediationsverfahren ist nun beendet. Wir haben das Ergebnis der Mediatoren am 1. Februar dieses Jahres übergeben bekommen.

(Armin Clauss (SPD): Sie waren doch gegen das Verfahren!)

- Herr Kollege Clauss, wir haben uns niemals dagegen ausgesprochen. Sie leiden teilweise unter Wahrnehmungsproblemen.

(Armin Clauss (SPD): Sie haben gesagt, es sei Zeitverlust!)

Die F.D.P. in diesem Hause hat sich nicht ein einziges Mal gegen das Verfahren ausgesprochen.

(Armin Clauss (SPD): Doch, das haben Sie!)

Es war der damalige wirtschaftspolitische Sprecher Dieter Posch, der das Verfahren begrüßt hat.

(Armin Clauss (SPD): Sie haben gesagt, es sei Zeitverschwendung!)

- Hören Sie doch auf mit Ihrer Geschichtsklitterung. Entweder wissen Sie es nicht besser, dann sollten Sie sich belehren lassen, oder Sie sollten noch einmal nachschauen, ob Ihr Erinnerungsvermögen noch so tough ist, wie Sie tun. Das ist es nämlich nicht.

(Armin Clauss (SPD): Das ist sehr tough! Ich weiß es, und das tut Ihnen weh!)

Der Kollege Posch hat damals als wirtschaftspolitischer Sprecher der Oppositionsfraktion F.D.P. Lothar Klemm und Hans Eichel vorgeworfen, dass sie eine Veranstaltung zum Flughafen Frankfurter unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchführen wollten. Das war Ziel unseres Angriffs. Sie wollten mauscheln, typisch sozialdemokratisch, wie beim Kumulieren und Panaschieren, lieber alles in irgendwelchen Hinterzimmern machen.

Es ist die Leistung dieser Landesregierung, dass wir offen nach außen sagen: Jawohl, wir wollen den Ausbau, und wir wollen auch die anderen vier Punkte des Mediationsverfahrens umsetzen, und zwar uneingeschränkt. - Wir wollen außerdem - das ist ein Beschluss des Landesvorstands und der Fraktion - einen Trassenvorschlag als prioritär ansehen.

Herr Kollege Clauss, was gestern bei der Binding-Veranstaltung passiert ist, was Sie dort gesagt haben, ist eigentlich nicht mehr zu erklären. Ich muss das allen Beteiligten noch einmal deutlich machen.

(Armin Clauss (SPD): Sie haben schlicht nicht verstanden, was ich gesagt habe!)

- Herr Kollege Clauss, ich habe es wohl nicht als Einziger nicht so verstanden, wie Sie es gemeint haben. Gestern kamen zwischen 40 und 50 Menschen zu mir, die gesagt haben: Herr Hahn, Sie haben noch viel zu zaghaft reagiert, ich hätte mir das an Ihrer Stelle von Armin Clauss nicht gefallen lassen, was er für eine Ungezogenheit abgezogen hat.

(Armin Clauss (SPD): Habe ich Sie doch erwischt! - Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ausgerechnet Sie reden von Ungezogenheit! - Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Clauss hat nämlich gestern erklärt, die F.D.P. sei nicht für ein Nachtflugverbot, der Wirtschaftsminister sei nicht für ein Nachtflugverbot.

(Armin Clauss (SPD): Genau das habe ich nicht gesagt!)

Das ist eine glatte Unwahrheit. Da Sie wissen, dass es eine Unwahrheit ist, ist es eigentlich noch ungezogener.

Wir wollen als Liberale ein Nachtflugverbot, und wir werden es auch umsetzen.

(Armin Clauss (SPD): Warum haben Sie es dann nicht in den Landesentwicklungsplan aufgenommen?)

- Das wissen Sie ganz genau, weil es nämlich dummes Zeug ist, es hineinzunehmen.

(Armin Clauss (SPD): Nein, außer Ihnen weiß das niemand! Alle vernünftigen Leute, die sich mit diesem Gegenstand beschäftigen, sind dafür!)

- Herr Kollege Clauss, Sie wollen nur weiße Salbe drauf tun und keine konkrete Politik machen. Sie kriegen mich trotzdem nicht aus der Ruhe und weg von meiner Planung.

(Armin Clauss (SPD): Das ist Ihr Hintertürchen!)

Wir haben als Liberale beschlossen, dass wir das geplante Nachtflugverbot von 23 Uhr bis 5 Uhr wollen. Wir wollen nicht, dass die Menschen in dieser Zeit z.B. günstige Urlaubsflüge nach Mallorca unternehmen.

(Armin Clauss (SPD): Ein Nachtflugverbot ist die Bedingung, dass das überhaupt genehmigt wird!)

Wer billig nach Mallorca will, soll vorher auf den Flughafen Hahn fahren. Dann muss er eben eine Stunde früher aufstehen. Das darf aber nicht auf Kosten der Nachtruhe der Menschen in diesem dicht besiedelten Gebiet gehen.

Zweitens. Herr Kollege Clauss, es tut Ihnen ja so weh, dass es Roland Koch, Jörg-Uwe Hahn und auch Lothar Klemm geschafft haben, die Philosophie des Unternehmens FAG zu ändern.

(Armin Clauss (SPD): So ein Unsinn! Als ob der Aufsichtsrat die Philosophie eines Unternehmens ändern könnte! Wenn der Eigentümer sagt, wo es langgeht, dann hat sich der Aufsichtsrat daran zu halten!)

Die wissen seit dem Aufsichtsratsbeschluss aus der vergangenen Woche - Hören Sie doch endlich einmal auf, dazwischenzuquaken. Sie können Ihre zusätzlichen neun Minuten Redezeit ja noch verbrauchen. Sie können sie auch Herrn Bökel geben. Aber hören Sie doch auf, hier zu stören. Ich habe das Mikrofon, und deshalb hört man mich draußen, und auch die Damen und Herren auf der Tribüne hören mich besser als Sie.

(Armin Clauss (SPD): Ich rufe dazwischen, weil es ein solcher Unsinn ist, was Sie reden!)

Wir haben die Philosophie des Unternehmens geändert, und es ist klar, dass auch die FAG ein Nachtflugverbot will.

Ein dritter Punkt. Der Grund, warum Armin Clauss hier immer so herumnölt, ist, dass er und die Sozialdemokraten ihre Hausaufgaben noch zu machen haben. Sie haben Ihre Hausaufgaben als Beteiligte an der Regierung in Berlin zu machen. Sie haben die rechtlichen Grundlagen für ein Nachtflugverbot in die Gesetze des Bundes hineinzuschreiben. Das tun Sie aber nicht. Lieber Herr Kollege Müller, ich möchte Sie daran erinnern, dass Herr von Plottnitz gestern genau dasselbe für die Fraktion der GRÜNEN gesagt hat, dass Sie sich in Berlin jetzt dafür einsetzen wollen, dass die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): "Lieber Kollege" sollten Sie mich nicht mehr nennen, solange Sie solche Sachen wie vorhin sagen!)

Dann brauchen wir diese Diskussion nicht weiter zu führen.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Clauss?

Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):

Nein.

(Zuruf des Abg. Armin Clauss (SPD))

Lassen Sie mich zum Thema Mobilität und Modernität noch auf weitere Punkte im Medienbereich eingehen. Wir stehen - das hat die Anhörung in der vorvergangenen Woche in diesem Raum eindeutig gezeigt - vor einem diametralen Umbruch im Medienbereich. Es ist überhaupt nicht mehr damit getan, dass wir uns darüber Vorstellungen machen, ob der HR vier oder acht Radiokanäle hat, ob es nun ein Werbefenster auf regionaler Ebene im Hörfunk und im Fernsehen gibt oder nicht. Die Digitalisierung des Rundfunks, wie insbesondere die neuen technischen Möglichkeiten im Zusammenhang mit UMTS, machen deutlich, dass wir - jetzt können wir uns nur noch über Zeiträume streiten, aber nicht mehr über die Frage, ob es kommt - eine Entwicklung, die man fast schon revolutionär nennen kann, in diesem unserem Hessenland bekommen, darüber hinaus aber auch. Meine sehr verehrten Damen und Herren, darauf müssen wir reagieren.

Deshalb sage ich für die F.D.P.-Fraktion: Wir sollten uns alle in den vier Fraktionen noch einmal darüber unterhalten, ob wir nicht gleich weiter springen. Ich glaube, Herr Müller hat in der "FR" in dieser Woche das Thema auch schon einmal angesprochen, ob wir nicht gleich weiter springen und sagen, dass wir die Strukturen im Zusammenhang mit der Novellierung des Privatrundfunkgesetzes und des Gesetzes über den Hessischen Rundfunk noch weiter modernisieren, als wir das bisher vorhaben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber eines - das ist wieder das Relikt sozialdemokratischer Politik des letzten Jahrhunderts - werden wir auf alle Fälle einführen, nämlich das Ballungsraumfernsehen. Es kann doch wohl nicht wahr sein, dass es das in einem Gebiet wie dem Rhein-Main-Gebiet nicht gibt, was es überall sonst in Ballungsräumen in diesem Lande gibt. Das hat etwas mit Modernität zu tun. Das hat etwas mit Weltoffenheit zu tun.

Das hat etwas damit zu tun, dass man einem Ballungsraum eine Identität gibt. Deshalb wird es auf alle Fälle in Hessen - ich schätze einmal, zuallererst im Rhein-Main-Gebiet - ein Ballungsraumfernsehen geben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum letzten Punkt der Modernität, der Mobilität, der Menschlichkeit und des Mutes etwas sagen. Da kommen nämlich alle vier Positionen zusammen: bei der Frage der Zuwanderung, der Einwanderung, des Rechtsextremismus. Wir Liberale sind der festen Überzeugung, dass diese Gesellschaft, unsere Gesellschaft, eine ist, in der Einwanderung nicht nur möglich sein muss, sondern in der Einwanderung auch erwünscht ist.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir sind aber der festen Überzeugung, dass diese Einwanderung organisiert sein muss,

(Beifall des Abg. Michael Denzin (F.D.P.))

dass sie nicht nach dem Zufallsprinzip vonstatten geht, sondern dass ganz klar zu Beginn der Diskussion die Frage von den hier Lebenden - und damit meine ich sowohl diejenigen mit als auch diejenigen ohne deutschen Pass - klar definiert werden muss, wie sie sich Einwanderung vorstellen.

Ich bin immer noch der festen Überzeugung - auch aufgrund der offensichtlichen Änderung der Beschlusslage der Union -, dass von diesem Land ein Signal des Konsenses ausgeht und dass die vier hier im Hause vertretenen Fraktionen gemeinsam ein Modell zur Zu- und Einwanderung in Deutschland vorschlagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben eine Aufgabe, und insbesondere die Union - deswegen gucke ich sie auch an - hat eine Aufgabe. Sie haben eine Wahlkampagne gefahren, die ich in keinster Weise mit den Worten betiteln werde, will und auch nicht kann, wie das Armin Clauss und andere getan haben.

(Armin Clauss (SPD): Ausländerhetze ist betrieben worden! So sind Sie an die Regierung gekommen!)

- Herr Clauss, ich weiß, dass Sie kein Benehmen haben. Sie wollen es noch einmal bestätigen. Dass Sie gerade bei der Diskussion, bei der ich versuche, auf einem etwas höheren Niveau zu argumentieren, so wieder hereinkommen, läßt mich die Hoffnung äußern, dass die Darstellung nicht ganz so begrenzt ist, wie Sie sie mir gerade hier gegeben haben.

Sie haben die Verantwortung, weil Sie in Ihrer Aktion von Integration gesprochen haben: "Integration Ja, Doppelpass Nein". Denn Doppelpass gibt es jetzt sowieso nicht mehr, weil die F.D.P., insbesondere durch den leider viel zu früh verstorbenen Justizminister von Rheinland-Pfalz Peter Caesar, das Thema auf Bundesebene selbst abgeräumt hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Integration müssen wir hier leisten. Wir können sie hier auch leisten. Es hilft überhaupt nichts, wenn Sozialdemokraten und GRÜNE dauernd am Integrationsbeirat herumhülfen. Sie sollten sich der Diskussion stellen, die am vergangenen Freitag dort geführt wurde - auf höchstem Niveau, mit höchster Kreativität. Letzten Freitag haben wir wirklich gute drei, vier Stunden im Sozialministerium verbracht. Nur: Sozialdemokraten haben sich überhaupt nicht daran beteiligt und GRÜNE nur ganz kurz. Das möchte ich hier der Vollständigkeit halber einmal sagen.

(Heinrich Heidel (F.D.P.): Hört, hört!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen Integration. Wir brauchen Integration aber nicht nur insoweit, dass wir sagen, wir müssen die Betroffenen, die hier sind, fragen, so wie Sie das damals gemacht haben. Die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte war Ihr Credo für Integration.

Ich bin vollkommen unverdächtig, dass ich ein Feind der AGAH sein sollte, denn ich war es, der die Finanzmittel auf Landesebene für sie im Jahre 1989 zur Verfügung gestellt hat oder dafür gearbeitet hat, dass das Land Hessen sie zur Verfügung gestellt hat.

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Ein-dimensionalität der Integration nur auf die Ausländer bezogen ist falsch. Deswegen haben wir einen ganz anderen Ansatz gewählt. Wir wollen alle Betroffenen dabei mit ins Boot nehmen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, da haben wir noch vieles zu tun. Kollegin Henzler hat nicht zu Unrecht in der letzten Plenardebatte das Bild geprägt, dass wir schon in den Kindergärten anfangen müssen. Der Arbeitstitel in den Kindergärten müsste eigentlich sein: Ich bin so, du bist anders, zusammen sind wir Klasse. Warum ist das eigentlich nicht der Arbeitsauftrag der Kindergärten in Hessen?

(Beifall bei der F.D.P. - Ministerin Ruth Wagner: Sehr gut!)

Der Arbeitsauftrag in den Schulen müsste auch ein anderer sein. Frau Kultusministerin, vor 14 Tagen habe ich an einer Diskussion mit Vertretern aller vier Jugendverbände der politischen Parteien im Main-Kinzig-Kreis teilgenommen. Mehrere Abiturienten bzw. Studienanfänger haben mir erzählt, sie hätten in ihrer Schülerzeit fünfmal die Weimarer Republik und das Dritte Reich durchgenommen und nicht einmal die Bundesrepublik. - Da habe ich gesagt: "Das kann ich nachvollziehen. Das war bei mir vor 25 Jahren schon so." Ich habe gedacht, das wäre besser geworden. Offensichtlich ist es jedenfalls bei diesen Schülern nicht besser geworden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie können wir Erwachsene denn eigentlich erwarten, dass unsere Kinder stolz auf die Demokratie sein sollen? Wie können wir eigentlich erwarten, dass die Kinder stolz auf soziale Marktwirtschaft und Rechtsstaat sein sollen, wenn man es ihnen in der Schule nicht lehrt?

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Natürlich müssen die negativen Schicksalsjahre dieser Nation besprochen werden - und mindestens mehr als einmal, aber nicht fünfmal. Dann kann man sich darüber streiten, wie häufig. Es muss auch das gelehrt werden, was danach gekommen ist, was gut ist: Rechtsstaat, Demokratie, soziale Marktwirtschaft. Das müssen wir leisten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir das leisten, dann sind unsere Kinder auch sehr viel weniger anfällig dagegen, dass irgendwelche Rattenfänger von rechts - jetzt sind sie gerade von rechts heftig unterwegs und vielleicht auch wieder einmal von links - kommen können und Erfolg haben.

Wir alle müssen auch nach außen deutlich machen, dass wir Demokratie, Rechtsstaat und soziale Marktwirtschaft als Werte sehen, die unsere - ich nehme das Reizwort jetzt bewusst nicht in den Mund - Grundlagen der Zusammenarbeit und des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft sind. Wir müssen dafür kämpfen, dass Rechtsstaat, Demokratie und soziale Marktwirtschaft erhalten bleiben, und dürfen

das nicht alles als gottgegeben ansehen: sich im Fernsehsessel lümmelnd mit dem Zapp-Gerät in der Hand.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind viel selbst daran schuld. Wir Politiker in Hessen ganz besonders: was wir in den ersten drei Monaten abgelassen haben. Aber wir Politiker insgesamt sind selbst daran schuld, dass wir diese Probleme in unserem Land haben, weil wir dafür zu wenig werben. Wir sagen zu wenig, dass wir in den letzten 50 Jahren in dieser Region - geographisch gesehen - das freieste, gerechteste und demokratischste System haben, das es überhaupt auf dieser Welt gibt. Das sagt keiner. Warum eigentlich nicht?

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann es nicht nachvollziehen, ich bin aber der festen Überzeugung, dass, wenn wir das tun, wir unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in den Stand versetzen, sich mit anderen Kulturen, Nationen und Hautfarben anders auseinander zu setzen.

Warum ist es eigentlich nicht möglich, dass wir unseren Religionsunterricht ein bisschen überdenken? Sie wissen, wir Liberale haben eine andere Auffassung als unser Koalitionspartner. Ich werbe dafür, immer wieder darüber zu sprechen, wie ich überhaupt dafür werbe, dass in diesem Bereich über alles bis hin zur Frage der Nation diskutiert wird.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Ich bin der festen Überzeugung: Es hat wenig Sinn, dass wir einen konfessionsabhängigen Religionsunterricht machen. Als Mitglied der Evangelischen Kirche Hessen-Nassau kann ich mich freuen, dass eine Jugendwerbemaßnahme für diese Kirche durchgeführt wird. Aber dafür ist Schule nicht da. Den politischen Unterricht gestalten wir ja auch nicht parteiorientiert. Das wäre genau dasselbe.

(Michael Denzin (F.D.P.): Nein!)

Ein konfessionsabhängiger Religionsunterricht ist genau dasselbe wie ein parteiabhängiger Politikunterricht. Doch, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Zielsetzung ist dieselbe. Natürlich muss ich bei einem parteiabhängigen Unterricht - lieber Kollege Michael Denzin, der du mir gerade widersprochen hast - auch Politikgrundlagen vermitteln. Aber ich mache es in eine Richtung hin. Das möchte ich in der Schule nicht. Ich möchte, dass sich unsere Kinder genauso ungezwungen damit auseinander setzen können, was die Grundlagen und Inhalte der jüdischen Religion, des Islam wie auch des Christentums und anderer Religionen sind.

Es ist die verdammte Pflicht der Eltern, dann so zu leben, ob sie nun christlich, jüdisch oder moslemisch sein wollen. Dann ist es das gute Recht der Kinder, mit 14 Jahren zu entscheiden, was sie selber wollen.

(Beifall bei der F.D.P.)

So ist der richtige Weg und nicht so, wie wir ihn nach meiner Auffassung zu Unrecht in diesem Lande machen. Uns Liberalen schwebt deshalb vor - Sie merken es, dass ich bewusst sehr viel Zeit meiner Rede darauf verwende, die auch gleich abgelaufen ist -

(Michael Denzin (F.D.P.): Mache ruhig weiter, wir hören gut zu, was du sagst!)

uns ist es sehr wichtig, dass Sie dieses Thema Zuwanderung, das Thema Rechtsradikalismus, das Thema Ängste

der Menschen so bearbeiten, dass wir es nicht in Konflikt zur Abstimmung stellen, sondern dass wir den Menschen zeigen, dass wir als Politik bereit sind, diese für unser Gesellschaftssystem in den nächsten Jahren wichtigste Frage auch gemeinsam zu lösen.

Machen wir uns doch nichts vor - das ist schon spannend, dass der ansonsten eher auf der rechten Seite stehende Ministerpräsident des Freistaates Bayern die Argumentation übernommen hat -: Wir brauchen schlicht Zuwanderung in unserem Lande. Wir brauchen schlicht zur Erhaltung unserer Ökonomie, unserer Renten- und Versorgungssysteme in den nächsten Jahren Zuwanderung.

Wir brauchen darüber hinaus auch Zuwanderung als Arbeitnehmer. Wir müssen genaue Kriterien aufstellen. Es kann nicht sein, dass wir nur sagen: Diejenigen, denen es in anderen Teilen dieser Welt nicht gut geht, sollen nach Deutschland kommen. - Wir müssen Kriterien aufstellen, die natürlich heißen: Die Sprache muss beherrscht werden, es muss ein Ausbildungsniveau vorhanden sein. Das heißt natürlich nicht, dass wir diejenigen, die politisch verfolgt sind, vor der Türe stehen lassen. Das ist für uns Liberale genauso klar.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass man das anders sieht. Ich bin in dieser Frage ein bisschen arrogant. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass man das Thema anders sieht und sagt: Jawohl, wir brauchen Zuwanderung, müssen uns aber überlegen, wie wir die Zuwanderung organisieren.

Einerseits müssen wir Kriterien bei der Zuwanderung haben, und andererseits müssen wir sagen: Natürlich müssen alle politisch Verfolgten, wenn sie es denn überhaupt noch schaffen und wirklich politisch verfolgt sind, eine Heimat in Deutschland bekommen. Das ist kein Entweder-oder. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein liberales Sowohl-als-auch.

(Beifall bei der F.D.P.)

Lassen Sie mich zum Schluss für die F.D.P.-Fraktion sagen: Ich bin der festen Überzeugung, dass die letzten 19 Monate für die inhaltliche Politik in diesem Lande positive, wegweisende Monate gewesen sind. Ich will überhaupt nicht am Schluss der Rede verheimlichen, dass wir mindestens drei Monate hatten, die uns alle - und uns Liberale ganz besonders - schwer getroffen haben.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Aufklärungsarbeit, soweit sie möglich ist, durchgeführt wird. Ich hoffe, dass jeder der Beteiligten seine rechtliche Rolle dabei etwas korrekter in den Griff bekommt, als das manche - auch führende Richter - in diesem Lande tun. Meine Damen und Herren, ich will dazu etwas sagen. Ich bin der festen Überzeugung, dass - -

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Hahn, die Redezeit ist an sich exakt abgelaufen.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Herr Präsident, wenn Sie mir noch eineinhalb Minütchen geben, die berühmte Mehrwertsteuer? - Michael Denzin (F.D.P.): 16% !)

- Tja.

Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):

Vielen Dank. Ja, ich träume. Das war meine Utopie.

Wenn ich heute dpa entnehme, dass der Vorsitzende des Ausschusses, dessen Mitglied ich bin, ohne mich vorher zu konsultieren, öffentliche Erklärungen abgibt, so erinnere ich ihn daran, dass die rechtliche Position, die wir alle haben, wir auch alle wissen müssen. - Meine sehr verehrten Kollegen von den GRÜNEN, die Sie eben ein bisschen geizicht haben, das habe ich eben gemeint.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für was gibt es Beratungen des Wahlprüfungsgerichts?)

Wenn wir das alles schaffen - - Dafür gibt es eigentlich Beratung, da haben Sie Recht. Nicht das Medium dpa. Herr Kollege von Plottnitz, genau das habe ich eben gemeint.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Ich freue mich, dass wir in diesem Punkte einer Auffassung sind.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In den Beratungen und nicht im Hessischen Landtag!)

Wenn wir alle in unseren Rollen die Aufgabe erfüllen, und zwar richtig und gut erfüllen, so wird sicherlich vieles bei der CDU Hessen hängen bleiben, und auch völlig zu Recht. Es wird aber die erfolgreiche Regierungsarbeit von F.D.P. und CDU nicht mehr belasten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Abg. Kartmann, Fraktionsvorsitzender der CDU.

Norbert Kartmann (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Debatte, die sich zu Ende neigt, wo ich den Vorteil habe, alle gehört zu haben, die geredet haben, zeigt, dass richtig ist, was ich mir im Vorfeld dieser Debatte gedacht habe, dass nämlich dieser Haushalt von der Opposition nicht angreifbar ist, dass sie keine Chance hat, eine richtige Alternative zu bieten,

(Beifall bei der CDU)

und dass, Herr Ministerpräsident, Ihre Regierung und wir als Fraktionen bisher gut gearbeitet haben und auf dem richtigen Weg sind. Dieser Haushalt für das kommende Jahr ist deswegen ein weiterer Meilenstein auf dem Weg der konsequenten Umsetzung der Koalitionsvereinbarung für die laufende Legislaturperiode. Er ist Ausdruck einer zweifelsohne soliden Finanz- und Haushaltspolitik der Landesregierung und weist uns auf einen besseren Weg in die Zukunft unseres Landes als den, den wir in den Neunzigerjahren bis ins Jahr 1999 beschritten hatten.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte an dieser Stelle, wissend, dass es eine Gesamtverantwortung gibt, ganz besonders dem Finanzminister Karlheinz Weimar danken, der konsequent und mit sehr klarem Blick für das Richtige diesen Haushalt zu verantworten hat, natürlich mit der Regierung, aber vor allem auch selbst in seiner Eigenschaft als Finanzminister.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt hebt sich sehr wohltuend von dem rot-grünen Haushaltsgebaren der Jahre 1991 bis 1998 ab.

(Petra Fuhrmann (SPD): Ach du lieber Himmel!)

Es gibt viele Kollegen im Hause, die diese Jahre nicht erlebt haben. Sie sind mit Beginn der Legislaturperiode neu hineingekommen. Deswegen mag es keine konkrete Erlebniswelt für einige geben. Wir - die meisten jedenfalls - wissen aber, was wir in den acht Jahren in diesem Hause erlebt haben. Selbst heute noch haben wir bei der Aufstellung der Haushalte mit Auswirkungen dieser Finanz- und Haushaltspolitik zu kämpfen. Das, was rot-grüne Opposition sozusagen als Gegenbild in diesem Hause als ihren Beitrag zur Landespolitik eingebracht hat, kann selbst bei wohlwollendster Betrachtung nicht als Alternative für unseren Haushalt angesehen werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das wird zum einen sehr deutlich, das haben wir auch heute gemerkt, bei der Rede des Oppositionsführers, der sich über die Hälfte seiner Zeit mit Themen beschäftigt hat, die mit dem Haushalt nichts zu tun haben. Das ist selbst in einer Generalausprache schlichtweg nicht richtig, was Sie da gemacht haben, Herr Kollege Clauss.

(Beifall bei der CDU)

Denn das ist nicht das, was wir an Etatberatungen brauchen, auch in heißen Zeiten. Sie belasten das Parlament so mit der dauernden Wiederholung von Anträgen, die nichts Neues bringen, und dann in einer Haushalts- und Etatberatung, wo man sich auch mit Roland Koch auseinander setzen kann.

(Armin Clauss (SPD): Sie können die Geschichte nicht mehr sehen!)

Wenn Sie sich wenigstens mit ihm so auseinander setzen würden, dass Sie die Themen aufnehmen, über die wir zu sprechen haben. Das machen Sie nicht, weil Sie Schuhe und Strümpfe verlieren, wie wir in Hessen zu sagen pflegen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Verzihen und vergessen, Herr Clauss. Gehen wir wieder zu Sachfragen über.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Was? Was? - Armin Clauss (SPD): Nicht verzihen und vergessen! Der Skandal bleibt! - Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir sehen das anders, Herr Kartmann!)

- Wir sind doch Christdemokraten. Da können wir es doch machen. - Jörg-Uwe Hahn, zu deinen Äußerungen zum Religionsunterricht können wir auch noch kommen.

Meine Damen und Herren, diese Opposition - das wurde deutlich - verplempert unwahrscheinlich viel Zeit in einen fanatischen Kampf gegen Roland Koch, gegen die Landesregierung, gegen die CDU. Das ist schon Fanatismus, der hier zum Ausdruck kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Armin Clauss (SPD): Das ist der größte Skandal, den es gibt!)

Und da verplempern Sie die Zeit, die Sie eigentlich nehmen müssten, das zu tun, was Ihre Pflicht ist - "Pflicht", dieses Wort möchte ich Ihnen schon vorwerfen zurufen. Sie haben weder sachpolitisch noch personell irgendetwas Vernünftiges entgegengesetzt.

Nichts zu hören, auch nicht in den Anträgen, von richtungsweisender Bildungspolitik für dieses Land. Auch in anderen Bereichen gibt es keine Alternative - Gott sei Dank,

weil unsere ja gut ist. Wirtschaftspolitisch, finanzpolitisch - nichts, wo man sagen könnte: Hier ist irgendwo ein Ansatz einer möglichen Alternative. Alles, was Sie einbringen, was Sie gesagt haben, bleibt in plakativen Ansätzen stecken und ist ausschließlich wahlkampforientiert. Das ist ein bisschen dünn für eine Opposition.

(Beifall bei der CDU)

Es ist am Ende unseriös finanziert. Die grünen Anträge müssten nach den Erkenntnissen zurückgenommen werden, da Sie Deckungsvorschläge gemacht haben, die gar nicht zur Verfügung stehen.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Owei, owei! Herr Kartmann, was reden Sie?)

Meine Damen und Herren, es wird auch nicht deutlich, dass diese Opposition im Hause ein wirkliches konstruktives Korrektiv der Landespolitik

(Zurufe von der SPD: Fragen Sie einmal die Wirtschaft!)

zum Wohle der Menschen in Hessen und vielleicht auch Wegweiser für eine bessere Zukunft Hessens sein könnte.

Es stimmt einfach, dass SPD und GRÜNE von Sachpolitik nichts mehr wissen wollen. Die Opposition in diesem Hause befindet sich in einem sehr schlechten Zustand.

(Beifall bei der CDU)

Ihnen bleibt die Hoffnung, mit den Mitteln der Verleumdung und der Skandalisierung die Mehrheit dieses Landtags und die Regierung aus den Angeln zu heben. Ihnen ist dabei jedes Mittel recht.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das schaffen Sie selbst!)

Wir mussten auch heute wieder erleben, dass Sie mit nasser Munition schießen. Und alle Geschütze sind auf Roland Koch gerichtet.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dazu brauchen Sie keine Munition! - Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Wer hat denn den Franz Josef Jung abgeschossen?)

Meine Damen und Herren, das wird am Ende scheitern, und Sie werden in ein tiefes Loch fallen. Aus diesem Grunde ist festzustellen: Diese Opposition weiß sehr genau, dass sie Roland Koch nicht gewachsen ist. Das ist allerdings ein Problem für sie.

(Beifall bei der CDU)

Als wir Christdemokraten in Weimar tagten, erteilte uns die Meldung von der Klausurtagung der SPD. Sie erteilte uns dahin gehend, dass wir - suchend nach den Alternativen - zwei Mitteilungen fanden. Die eine war, dass es Neuwahlen gebe. Die Spekulation über diese Frage ist erneut über die Ticker gegangen. Auch diese Spekulation wiederum wird nicht greifen. Es ist auch nichts Neues daran. Es zeigt nur, dass Sie sich beim Wahlprüfungsgericht anscheinend Ihrer Sache sicher sind. Offensichtlich sind Sie sich sicher, denn wir können nicht hineinschauen. Vielleicht wissen Sie auch ein bisschen mehr darüber, was die Mehrheit will und wann sie es will. Das wissen wir allerdings nicht.

Die zweite überraschende Feststellung ist die, dass die SPD einen Notkandidaten nominiert hat.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Ei, wo ist er denn?)

Ein Notkandidat ist ein Kandidat, der dann aufgestellt wird, wenn plötzlich doch das passiert, was man immer will,

nämlich dass gewählt wird. Es wird ein Notkandidat mit der Mitteilung an die Bürgerinnen und Bürger des Landes Hessen aufgestellt: "Passt auf, liebe Leute, sollte es denn in Hessen zu Neuwahlen kommen, versuchen wir es einmal mit Herrn Bökel. Aber wahrscheinlich kommt es nicht dazu. Dann schauen wir einmal im Jahr 2003, wer es macht." Das hat Herr Eichel nicht ruhen lassen, der daraufhin sagte: "Nein, wir führen die Wahlen im Jahre 2003 mit Herrn Bökel. Wir bauen ihn auf." Vom Notkandidaten wird er also zum Aufbaukandidaten.

(Armin Klein (CDU): Er hat es auch nötig! - Petra Fuhrmann (SPD): Ist das nicht ein bisschen billig?)

Meine Damen und Herren, das ist eine Karriere, wie ich sie in Hessen noch nicht erlebt habe. Ich gebe Ihnen einen Tipp: Sie sollten mit Herrn Schaub reden. Herr Schaub hat unter Umständen die entscheidende Stimme im Wahlprüfungsgericht. Wenn er nämlich nicht für die Auflösung stimmen sollte, könnte er Herrn Bökel die Chance geben, sich wirklich aufbauen zu lassen. Ansonsten schickt er ihn in einen Notwahlkampf. An dieser Stelle sehen Sie auch, dass die fröhliche Gelassenheit, mit der wir in Weimar die Meldung aus SPD-Kreisen aufgenommen haben, wirklich echt war. Insofern bedanken wir uns herzlich für diese Mitteilung. Sie hat die Stimmung in unserer Fraktion noch weiter gelöst, nachdem sie schon gelöst genug gewesen war.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Kartmann, ist die Stimmung so gelöst, dass Sie eine Frage von Herrn Kollegen von Plottnitz zulassen wollen?

(Norbert Kartmann (CDU): Ja, okay!)

- Herr von Plottnitz.

Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Kartmann, ich bedanke mich bei Ihnen. Sie haben eben gesagt, dass Herr Schaub im Wahlprüfungsgericht die entscheidende Stimme habe. Können Sie mir geraten, wessen Stimme Sie für sicher halten?

Norbert Kartmann (CDU):

Lieber Herr Kollege von Plottnitz, ich habe "wahrscheinlich" bzw. "vielleicht" gesagt. Das ist doch ganz klar. Bei fünf Stimmen ist ja immer eine entscheidend.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut!)

- Alles klar? Gut.

(Armin Clauss (SPD): Einmalige Form von Humor!)

- Herr Kollege Clauss, bei Kampagnen habe ich ein bisschen mehr Erfahrung als Sie. Kampagne bedeutet nämlich, dass man Humor haben muss. Der ist Ihnen abgegangen. Das ist ganz eindeutig.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, in Anbetracht dieser Meldung über Neuwahlen haben wir uns auch die Frage gestellt, was eigentlich die Hoffnungen von SPD und GRÜNEN nährt, bei Neuwahlen unter Umständen erfolgreich zu sein.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da gibt es viele Gründe!)

Meine Damen und Herren, was von Ihnen zum Inhalt gesagt wird, ist wohl nicht der Hintergrund. Könnte es vielleicht die Überlegung sein, dass man sich in einem Wahlkampf - egal wann - besser aufstellen lässt? Man ist ja vermögensmäßig hervorragend dran. Angesichts neuer Berichte über die finanzwirtschaftlichen Praktiken der SPD kann ich Ihnen nur raten, Ihr Vermögen schonungslos zu untersuchen, meine Damen und Herren von der SPD.

(Beifall bei der CDU)

Nach den neuesten Erkenntnissen wird nämlich klar, warum es die SPD gerade nicht will, dass man einmal hinter die Kulissen ihrer Finanzwirtschaft schaut. Herr Clauss, Sie haben seit Anfang Januar in teilweise übelster Manier kübelweise Dreck über Roland Koch ausgeschüttet.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Dreck war schon da!)

Einige - wie Sie - haben nicht gemerkt, dass diese Taktik offensichtlich auch dazu diente, zu verhindern, dass Licht in das Dunkel der SPD-Finanzwirtschaft gebracht wird. Es mag ja sein, dass Sie das immer noch glauben. Der Frust wird groß werden. Nach unserer Überzeugung sitzen Sie auf einem Pulverfass mit brennender Lunte. Irgendwann wird es da aber heiß. Deswegen sage ich Ihnen, was ich glaube: Wir haben es hinter uns. Meine Damen und Herren von der SPD, Sie haben es noch vor sich.

(Beifall bei der CDU - Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben es hinter sich, und es noch nicht bemerkt!)

Meine Damen und Herren, ich sagte bereits, dass aus dem Inhalt der Oppositionsanträge nicht zu erkennen ist, in welche Richtung es denn gehen soll und wo die Alternativen sind. Ich glaube, man kann feststellen, dass es ein Zeichen von Mut ist, wenn sich der Oppositionsführer der SPD hierhin stellt und sich über die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Haushalts 2000 auslässt. Der Mut entsteht dadurch, dass er offensichtlich glaubt, es sei vergessen worden, was die Vorgängerregierung unter Herrn Eichel hinterlassen hat. Das wirkt bis zum heutigen Tage und darüber hinaus. Vom Gedächtnisverlust her muss es schon sehr schlimm um Sie bestellt sein, dass Sie solche Reden halten.

Wir haben es trotz ungünstigster Einnahmesituation und höheren Belastungen in verschiedenen Bereichen geschafft, einen Haushalt vorzulegen, der mit 1,3 Milliarden DM Nettoverschuldung die niedrigste Nettoverschuldung seit 1980 vorweist. Die Genossen hätten Fackelzüge durchs Land geschickt, wenn ihnen das irgendwann einmal gelungen wäre.

(Beifall bei der CDU - Armin Clauss (SPD): Ungünstige Einnahmesituation? Ihr habt doch über 1 Milliarde DM mehr!)

Das ist ärgerlich, weil Sie natürlich auch wissen, dass Sie in den Zeiten unter Herrn Eichel die höchste Verschuldung des Landes Hessen zu verantworten hatten, die es je gegeben hat. Das alles sind Tatbestände, an denen Sie nicht vorbeikommen. Da können Sie noch so sehr versuchen, die Bundespolitik in die Verantwortung zu nehmen und die Situation des Landtags anders darzustellen, als sie war.

Wir haben eine ganz seriöse Finanzierung. Mit den Endergebnissen der Haushalte des letzten Jahres haben wir immer auch die Verfassungsgrenze unterschritten. Auch dies ist ein Wert an sich, und es ist in diesem Land nicht genug zu betonen, dass diese Verfassungsgrenze durch Rot-Grün permanent überschritten worden ist. Das muss immer wiederholt werden.

(Beifall bei der CDU)

Es ist uns trotz ungünstiger höherer Belastungen in Teilbereichen, trotz Abbau der Belastungen aus rot-grüner Zeit und trotz Einnahmesituation gelungen, noch Schwerpunkte zu setzen, die wir uns inhaltlich vorgenommen haben. Das heißt, wir wollen nicht mit dem Rasenmäher Kosten minimieren, damit die Endrechnung stimmt, sondern wir sagen: Jawohl, es wird zwar eng, aber trotzdem sind Schule, innere Sicherheit und Wirtschaft Schwerpunkte. Wir müssen sie auch im Haushalt mit besonderer Aufmerksamkeit begleiten. Das haben wir getan. Das ist eine erfolgreiche Politik, die Sie nicht nachweisen konnten und die viele andere Bundesländer in diesem Maße auch nicht nachweisen können. Kein Land der Bundesrepublik Deutschland erhöht in dem Maße wie Hessen die Kosten für Bildung - und das bei dieser Haushaltssituation.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen ist diese Politik so erfolgreich. Meine Damen und Herren, wir haben dies alles zu betrachten, aber auch die Lage der Kommunen. Wir müssen den Länderfinanzvergleichsanzahl auf 5,15 Milliarden DM korrigieren. Das ist eine unvorstellbare Summe. Man darf gar nicht darüber nachdenken, was man wenigstens mit einem Teil dieser Summe in Hessen machen könnte.

Deswegen müssen wir immer beachten, dass wir von den Rahmenbedingungen her ungünstige Zeiten haben. Es ist ja nicht unbedingt selbstverständlich, dass wir dann noch die Bürgerinnen und Bürger von der rot-grünen Hessesteuer - Grundwasserabgabe genannt - befreien. Wir hätten es nach dem Motto von Rot-Grün machen können: Wenn es nicht langt, dann langen wir den Bürgern in die Tasche. - Das tun wir nicht. Wir geben das zurück, weil es unsinnig ist, eine solche Steuer zu erheben.

Und dann kommt Herr Clauss und bejammert die Tatsache, dass eben mit diesem Geld nicht gesteuert werden kann, was im Lande möglich ist. Meine Damen und Herren, bei der Frage, ob wir hessischen Bürgerinnen und Bürgern eine höhere Belastung zumuten, was sie an Geld für ihren Alltag brauchen oder nicht, hat für uns der Bürger Vorrang. Deshalb haben wir auch die Grundwasserabgabe abgeschafft. Dies wird von Bürgerinnen und Bürgern honoriert und auch von der hessischen Wirtschaft, denn auch sie hatte ja erhebliche Belastungen zu verkraften.

Meine Damen und Herren, in den Jahren rot-grüner Regierungsverantwortung stiegen die Schulden des Landes Hessen um 64% auf 44 Milliarden DM. Diese Zahl ist exorbitant hoch. Wir können das nicht oft genug wiederholen. Sie zeigt, dass Sie von der Opposition keinerlei Anlass und keinerlei Berechtigung haben, den Haushaltsentwurf für das Jahr 2001 zu kritisieren. Diese Berechtigungen haben diejenigen, die das zu verantworten haben, was Sie hinterlassen haben, nicht.

Dass der hessische Schuldenmacher Hans Eichel, der beispielsweise die hessischen Schulen und Hochschulen kaputtgespart hat, jetzt Bundesfinanzminister ist, sei am Rande bemerkt. Es wundert mich aber schon, wenn manche Zeitgenossen diesen Bundesfinanzminister wegen seiner angeblich eisernen Spardisziplin in Berlin rühmen. Aber, meine Damen und Herren, dieser Lack ist ja nur oberflächlich aufgetragen und er ist ja eigentlich schon ab. Wir Hessen, hätte man uns gefragt, wüssten sowieso, dass dieser Sparkommissar Eichel eigentlich ein Schuldenmacher Eichel ist. Man hätte uns nur zur rechten Zeit fragen müssen. Deshalb ist das, was Eichel dort in Berlin aufbaut, nur

eine Hülse. Man muss das auch so benennen; denn er ist ja der Vorsitzende der SPD in Hessen. In Hessen einen Schuldenberg hinterlassen, die Abzockersteuer Grundwasserabgabe einführen, das ist der hessische Hans Eichel, und in Berlin die Ökosteuer eingeführt.

Ein Wort nur dazu. Diese Ökosteuer hat ja nichts mit dem zu tun, was man mit ökologischer Steuerung benennt. Sie bedeutet schlichtweg eigentlich nur, Geld abzukassieren, vordergründig zu sagen, damit sei die Rentenversicherung zu finanzieren, mit einem kleinen Anteil, am Ende 39 Milliarden DM in der Kasse haben und die Kriegskasse der Bundesregierung für den Wahlkampf 2003 aufzubessern. Das ist Ökosteuer in diesem Lande, und deswegen ist auch der ökologische Ansatz nirgendwo zu erkennen. Das haben die in Berlin alles schon gemacht.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Es sind nur noch Sonntagsreden von Rot-Grün, die behaupten, es sei eine ökologische Steuer. Nur noch die wirklichen Fachleute, die sich damit beschäftigen, wissen, was es ist. In Berlin hat Eichel neben dieser Ökosteuer auch noch - das ist besonders schön - die Erlöse aus den UMTS-Lizenzen einkassiert. Wir wissen, dass Herr Eichel mit Herrn Schröder im Bundesrat gegen die Versteigerung dieser UMTS-Lizenzen gestimmt hat. Jetzt nimmt er 100 Milliarden DM ein. Er kassiert sie ein und steckt sie in den eigenen Sack, spielt jetzt den Nikolaus und verstreut Milliarden über das Land. Danke schön, kann ich sagen, es wurde Zeit, dass manche Straßen jetzt gebaut werden können, die Sie mit Rot-Grün in Hessen verhindert haben. Jetzt tun Sie so, als seien Sie der Retter der Nation. Das ist aber nicht wahr; denn alle Straßen, die jetzt gebaut werden, sind immer irgendwie Opfer von Rot-Grün gewesen in den letzten 20 Jahren. Jetzt tun Sie das, was schon längst Ihre Pflicht gewesen wäre, und das mit Geldern, die Sie aus dem Verkauf dieser UMTS-Milliarden erwirtschaften, bzw. mit dem, was man an Zinsen entsprechend einspart.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, gleichzeitig geben Sie aber den Ländern keinen Pfennig davon - keine Rede davon, dass sie Anteile bekommen sollten. Das heißt, auch die Tatsache, dass wir Steuerausfälle wegen der Abschreibung dieser UMTS zu erwarten haben, die in den Ländern zu Buche schlagen, wird letztendlich von Ihnen in Berlin nicht honoriert. Das ist der bundesdeutsche Hans Eichel. Er ist in Berlin keinen Deut besser, als er in Wiesbaden gewesen ist. Keinen Deut besser.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf von der SPD: Er war aber in Wiesbaden schon gut!)

Und deswegen sage ich, die größte finanzpolitische Belastung für das Land Hessen und für die Städte und Gemeinden hier in Hessen ist der Vorsitzende der hessischen SPD Hans Eichel. Er ist die größte Belastung. Das werden wir mit Sicherheit auch im Kommunalwahlkampf sagen, denn dort haben Sie nun begonnen, Anträge in die Kommunalparlamente einzuspeisen unter dem Motto "kommunalfeindliche Landesregierung". Es ist aber jeder Satz falsch, der darin steht. Das haben Sie heute schon in der Debatte gemerkt, als Herr Clauss versuchte, uns einzureden, wir hätten bei den Kinderbetreuungskosten schlichtweg Geld eingespart. Das ist alles falsch, was er sagt. Aber alles, was falsch ist, steht in den SPD-Anträgen, die sozusagen per E-Mail an die Fraktionen kommen. Der ganze Himmel ist voll von kommunalfreundlichen Thesen der SPD, die mit der Realität nichts zu tun haben. Deswegen noch einige kleine Anmerkungen.

Meine Damen und Herren, bis 1989 sind die Mittel für die Kommunen in Hessen ständig zurückgegangen. Man muss nur in die Zahlenbeispiele gehen: allein zwischen 1995 und 1998 um 605 Millionen DM. Das ist eine Tatsache. Seit wir die Regierung übernommen haben, steigen die Mittel wieder an. Im Haushaltsjahr 2001 sind 374 Millionen DM mehr Landesmittel für die Kommunen ausgewiesen als beim letzten vollständigen Haushalt unter Rot-Grün, beim Haushalt des Jahres 1998. Es geht also kein Weg daran vorbei, wenn man die Zahlen nimmt, dass die Situation verbessert worden ist. Es geht auch kein Weg daran vorbei, dass die Mittel im KFA weitaus stärker steigen als die Steuereinnahmen des Landes und der Finanzausgleich.

Meine Damen und Herren, es ist auch vom Ministerpräsidenten sehr deutlich gesagt worden: Was wir den Kommunen "zumuten", ist auch zumutbar. Die größte Belastung der kommunalen Haushalte geht ja nicht von der Nichtweitergabe von 100 Millionen DM des steigenden KFA aus. Wir sind ja beim KFA noch im Plus, denn es gibt noch mal ein Plus von 0,4. Die größte Belastung geht doch von der Steuergesetzgebung des Bundes auf die kommunale Ebene aus. Das wird man auch noch einmal sagen dürfen, dass das, was die Kommunen und auch das Land Hessen in den nächsten Jahren an zusätzlichen Belastungen haben, zu großen Teilen durch bundespolitische Vorgaben letztendlich ausgelöst wird. Das werden wir den Bürgerinnen und Bürgern und den Gemeindeparlamenten mitteilen, damit ihre Bürgermeister nicht die Chance haben, den Unsinn weiter zu erzählen, den sie von Herrn Clauss vorgeplappert bekommen. Nichts daran ist wahr. So kommunalfreundlich wie diese Regierung war schon lange keine Regierung in Hessen mehr, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich sage das auch sehr deutlich gegenüber manchem Parteifreund draußen in der Verantwortung auf kommunaler Ebene: bitte schön, genau hinschauen und nicht denen auf den Leim gehen, die an dieser Stelle nur Wahlkampfrhetorik machen, was aber mit der Sache nichts zu tun hat.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Deswegen glaube ich, dass Ihr Versuch, eine Kampagne zu starten, scheitern wird. Wenn die Haushaltsberatungen der kommunalen Ebene vorbei sind, ist das Thema abgeräumt, weil schlichtweg jeder merken wird, dass es barer Unsinn ist, was hier verzapft wird.

Meine Damen und Herren, die Haushaltszahlen weisen aus, wo wir sonst noch Mittel verstärkt haben und zusätzliche Mittel geben. Prinzipiell möchte ich sagen, es wird nie Einigkeit geben zwischen Sozialdemokraten und Christdemokraten hinsichtlich der Frage, was wir den Kommunen vorschreiben, was sie zu tun haben. Sozialdemokraten sind in Hessen im Angesicht des "goldenen Zügels" aufgewachsen, das ist sozusagen bei denen drin. Deswegen haben sie immer das Gefühl, sie müssten denen unten sagen, was sie zu machen haben, und das wollen wir nicht. Deswegen ist die Koalition auf dem Wege, den Kommunen zu sagen: Ihr könnt es besser, ihr habt mehr zu sagen als vorher, deswegen kommt auch das Geld pauschal von uns. Deswegen ist der Weg der Investitionspauschale völlig richtig.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das ist ein wirklicher Unterschied in der Philosophie der Politik des Landes gegenüber den Kommunen.

Deswegen bleiben wir dabei, dass auch der Kommunale Finanzausgleich in der Entwicklung positiv besetzt bleibt.

Die kommunale Seite wird respektieren und auch akzeptieren, dass wir 100 Millionen DM nicht weitergeben, weil wir an dieser Stelle sehr viel Geld einsetzen für Maßnahmen, die den Kommunen letztlich helfen, vom Sozialhilfelausgleich über die Betreuungsschule in Hessen, die sehr breit angelegt ist, über Kieselrot und Dorferneuerung, über Stadterneuerung ein Programm, das wir fortführen. Dies sind alles Dinge, die den Kommunen helfen und nicht irgendjemandem in der Landesregierung.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Haushaltsentwurf von CDU und F.D.P. hinzufügen, dass dieser Kurs dazu führt, dass wir innerhalb des Haushalts Verbesserungen der Haushaltsstrukturen einleiten werden und dass damit Schritt für Schritt die Handlungsfähigkeit Hessens besser werden wird, dass dieser Haushalt verlässlich werden wird, dass er Vertrauen erwirbt. Ein Haushalt kann auch Vertrauen in der Wirtschaft und bei den Menschen bewirken, nämlich dann, wenn er das ausweist, was wir versprochen haben und was endlich gemacht wird. Bei Lehrerinnen und Lehrern, bei den Eltern, bei den Schülerinnen und Schülern, die dies mitbekommen, wird klar, dieser Haushalt ist seriös, und deswegen wird auch bezahlt, was vorher zugesagt worden ist.

In der Wirtschaft werden die Rahmenbedingungen in einem seriösen Haushalt so gesetzt, dass jeder davon ausgehen kann, dass das, was am 1. Januar darin steht, am 31.12. auch erfolgt ist. Vertrauensbildende Maßnahmen über den Haushalt sind ein Teil von Psychologie für eine hessische Bevölkerung, die dies unter Rot-Grün über acht Jahre nicht mehr gewohnt war.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Deswegen noch einige Anmerkungen zu einigen Sachgebieten. Ich habe den Vorteil, dass fast alles schon gesagt worden ist, nur mit anderen Worten. Das ist nun einmal so, wenn man gegen Mittag als Fünfter zum Haushalt redet. Aber es macht trotzdem viel Spaß.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man sieht es Ihnen an!)

- Herr Kaufmann, wenn Sie Positives zu verkünden haben, dann stehen Sie doch bitte am Rednerpult. Was glauben Sie, wie schön das ist, wunderbar.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wenn Sie draußen Positives erleben, dann ist das doch eine tolle Sache. Es gab Zeiten, da haben uns die Schulleiter, wenn wir in die Schulen gegangen sind, als Opposition genauso beschimpft wie Herrn Holzapfel. Dabei haben wir gar nichts mit dem Herrn zu tun gehabt haben. Wenn wir heute hereinkommen, begrüßen sie uns höflich und sagen: Schön, dass Sie da sind. Das haben Sie gut gemacht. - Das ist eine Erlebniswelt, die völlig anders ist. Das heißt, wir haben das Vertrauen der Menschen, weil sie sagen: Ihr tut weiß Gott, was ihr versprochen habt. Das haben wir nicht mehr erlebt in den letzten Jahren.

(Beifall bei der CDU)

Man muss hinzufügen: Die Dankbarsten sind natürlich Schulleiter, die politisch nicht unbedingt uns nahe stehend sind - ohnehin gibt es von der Sorte nicht so viele in Hessen. Sie danken uns besonders, allerdings meistens im stillen Kämmerlein. Aber was solls, auch das tut gut und ist Balsam für die Seele.

(Manfred Schaub (SPD): Sie reden gerade wieder Unfug!)

- Herr Schaub ist da, ich wollte es nur mitteilen. Herr Schaub überlegt, welche Stimme er abgibt, damit Herr Bökel Aufbaukandidat sein kann. Grüß Gott, Herr Schaub.

(Manfred Schaub (SPD): Ich bin schon seit Stunden da!)

Meine Damen und Herren, zwei oder drei Anmerkungen. Von der SPD wird permanent im Lande erzählt, das mit der Feuerwehrfinanzierung sei sozusagen eine große Last, die auf die Kommunen zukomme. Deswegen sei das ganze Werk, das Volker Bouffier aufgebaut habe, um einigermaßen hinzukommen, ein Teufelswerk.

Ich muss schon sagen, würde man das ernst nehmen, was von der SPD kommt, dann müsste man sagen: Es ist skandalös, was sie sagen. Die haben einen Investitionsstau von 160 Millionen DM aufgebaut. Bei den Feuerwehren ist nichts mehr gelaufen, bestenfalls nach gutem Zureden. - Er löst den Stau auf, und alle draußen sagen: Danke schön, jetzt können wir wenigstens etwas machen. - Dann aber kommen Sie und sagen, das sei eine Belastung für die Gemeinden, nachdem sie früher nichts bekommen haben.

(Beifall bei der CDU)

Das ist nicht nachvollziehbar. Wann hat Herr Clauss oder ein anderer aus dieser Fraktion das letzte Mal mit einem ganz normalen Feuerwehrhauptmann in irgendeinem Dorf gesprochen? Wahrscheinlich in den letzten zwei Jahren nicht mehr.

(Stefan Grüttner (CDU): Davor haben sie sich versteckt!)

Die Feuerwehrfinanzierung der rot-grünen Landesregierung, verantwortet von dem Not- und Aushilfskandidaten Bökel, ist ein Riesenskandal an sich. Bouffier ist dabei, dies endlich aufzulösen. Das ist eine riesige Tat, die wir dort zu meistern haben.

(Beifall bei der CDU)

Ein Zweites. Ich will zu dem, was im Ressort von Herrn Posch stattfindet, nur sagen, dass wir in diesem wichtigen Bereich eine gute Politik machen. Auch hier gilt, was ich zu den Feuerwehren gesagt habe. Es wird vermehrt gespürt und sichtbar, dass die Wirtschaftspolitik des Landes Hessen eine andere Handschrift trägt als die der Vorgängerregierung und dass ein Wirtschaftsminister Posch sich auf eine Koalition verlassen kann, während Herr Klemm draußen Unverbindliches hat verkünden müssen, weil er die GRÜNEN niemals richtig auf seine Seite bekommen hat. Das ist ein gewichtiger Unterschied. Was Dieter Posch draußen sagt, das gilt. Was Klemm sagte, galt nie. Das ist der entscheidende Unterschied in der Wirtschaftspolitik an sich.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist ein Unsinn, was Sie da behaupten!)

- Es tut mir Leid. Ich hätte es dem Kollegen Klemm - das war einer meiner Lieblingssozialdemokraten - gegönnt, wenn er manchmal etwas hätte sagen können, was stimmt.

(Gerhard Bökel (SPD): Das haben Sie früher immer über mich gesagt!)

- Selbstverständlich. Wissen Sie, ich habe ihn nie kritisiert. Das ist ein Wert an sich.

Zum Ausbau des Flughafens möchte ich nur eines sagen. Ich halte die von der SPD permanent angezettelte Debatte über die Glaubwürdigkeit von Aussagen zum Nachtflugverbot durch CDU und F.D.P. nicht nur für gespenstisch,

sondern für hoch gefährlich. Sozialdemokraten, Christdemokraten und Freidemokraten wollen den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Die GRÜNEN wollen ihn nicht, weil die neuen Kameradinnen und Kameraden sonst aus ihrem Landesparteitag nicht mehr herauskämen. Das ist eine anderer Kiste.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das haben wir nicht verstanden, Herr Kartmann!)

Aber dass die drei Parteien, die ich genannt habe, diesen Flughafenausbau wollen, ist unbestritten. Wer dann zündelt wie Herr Clauss, indem er ständig die Glaubwürdigkeit von klaren Aussagen zu unterminieren versucht, indem er versucht, mit einer sehr sensiblen Frage, nämlich einem der Ergebnisse des Mediationsverfahrens, primitivste Parteipolitik in der Hoffnung zu betreiben, drei Stimmen mehr bei der Kommunalwahl zu bekommen, der verursacht eine große Gefährdung für das Gesamtziel. Dies ist unverantwortlich, Herr Clauss.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe es Ihnen öfter gesagt. Das ist etwas, wo ich ganz herzlich bitte zu überlegen, ob dies die Sache wert ist, an dieser Stelle zu zündeln.

Meine Damen und Herren, deswegen möchte ich für die Koalitionsfraktionen noch einmal darstellen: Es gibt keinen Zweifel daran, dass wir das Nachtflugverbot wollen, dass wir es sehr ernst nehmen. Wir wissen auch, dass ohne die vorgegebenen Parameter des Mediationsverfahrens die Landebahn nicht kommen wird. Deswegen ist das im Protokoll noch einmal dick zu unterstreichen. Alles andere - das möchte ich auch nach außen vermitteln - ist schlichtweg der Versuch der Stimmungsmache von kleinen Parteisoldaten der SPD. Das lassen wir nicht zu. Deswegen werden wir an dieser Stelle entsprechend zurückschlagen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Noch eine Anmerkung zur Bildungspolitik. Ich möchte der Ministerin schon sagen, nachdem ich einen Einblick in die Systematik von Schule habe, dass ich sehr dankbar bin und ein Stück Bewunderung aussprechen möchte, dass sie diesen Kraftakt bis zum heutigen Tage so hingebraucht hat.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ohnehin ist es nicht einfach zu reformieren. Wir Deutschen sind da manchmal recht hartleibig, wenn man reformiert, ändert oder etwas Neues in Bereichen macht, wo auch noch politischer Widerstand entsteht. Allerdings ist die Ministerin erfolgreich gewesen, weil auch sie sich darauf verlassen konnte, dass der Schwerpunkt, den CDU und F.D.P. gemeinsam gesetzt haben, über den Haushalt abgedeckt worden ist. Sie konnte sagen: Es kommt am Ende auch zum Ziel.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Welche Ministerin war erfolgreich? - Gerhard Bökel (SPD): Die Sozialministerin war nicht gemeint! -
Gegenruf des Abg. Stefan Grüttner (CDU): Bei uns sind alle erfolgreich!)

- Frau Weitzel, die Frage von Ihnen verstehe ich natürlich schon; denn aus Ihrer Zeit außerhalb des Parlamentes wissen Sie, dass Ihre Ministerinnen nie erfolgreich waren.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Es gab bei den Ministerinnen, die unter Rot-Grün ins Amt kamen, immer nur die Frage: Wie lange dauert es denn? Es war eine Frage der Halbwertszeitbestimmung. Insofern

wären manche Ministerinnen auf der Periodentafel des Chemiesystems nicht aufgetaucht, weil die Halbwertszeit viel zu kurz dafür gewesen wäre.

(Zuruf der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deswegen hat Karin Wolff, was diese Ministerinnen nicht hatten: Sie hat einen riesigen Erfolg. Dazu möchte ich ihr an dieser Stelle gratulieren.

(Beifall bei der CDU)

Ich erinnere mich an viele Schuldebatten. Herr Kollege Quanz wird es nachher hören können, auch in der Debatte zum Einzelplan 04. Es fanden hier Rituale statt, wir hätten eine zurückgerichtete Politik auf unseren Lippen geführt, Rohrstockmentalität und Paukschule. Lieber Karl Dörr, bei Emmerich sehen wir uns wieder; denken Sie an die Fahrt nach Holland.

(Gerhard Bökel (SPD): Ich kenne CDU-Abgeordnete, die Schüler geschlagen haben! - Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Der hatte es auch verdient gehabt, der Schüler!)

Meine Damen und Herren, der Fortschritt der Bildungspolitik trägt den Namen CDU/F.D.P.

(Beifall bei der CDU)

Die Vergangenheitsbewältigung liegt bei der SPD. Bei den GRÜNEN weiß ich nicht genau, wo es langgeht. Da scheint mir ein Stück Hoffnung zu sein, dass es besser wird.

Wenn Herr Quanz redet, weiß er ganz genau, dass auch er wider die Entwicklung redet, dann weiß er ganz genau, dass er wider das redet, was er eigentlich will. Das Ausweichthema, das Sie dann gefunden haben, ist die Ganztagschule. Ein neues Markenzeichen der SPD heißt Ganztagschule. Sie wissen zwar nicht, wie Sie sie finanzieren wollen. Sie wissen auch nicht, was am Ende dabei herauskommen soll. Sie wissen nicht, ob es eine Halbtagschule mit Ganztagsbetreuung oder eine Ganztagschule mit ganztägigem Schulbetrieb sein soll. Sie wissen nicht, wie Sie die Lehrer dafür beibringen sollen. Aber Sie schreiben es auf Ihr Panier.

Ihre Parteifreunde in den Kreisen sitzen im Keller und weinen bitterlich, weil sie nicht wissen, wie sie das bezahlen sollen. Sie haben erst einmal die Schulen auszustatten. Da kommen nämlich jetzt marode Gebäude zum Vorschein, weil der Beton der Sechzigerjahre ohnehin ein dünner und schlechter Beton ist. Sie müssen ohne Ende sanieren, haben große Kosten. Sie müssen die neuen Lehrmittel in die Schulen bringen. Sie müssen die Hochtechnologie hineinbringen und die neuen Kommunikationssysteme. Die kosten viel Geld. Da helfen wir mit 50% der Kosten im Einzelplan 04.

Aber dann kommen Sozialdemokraten und sagen: Nachdem die Gesamtschule gescheitert ist und wir etwas anderes brauchen, versuchen wir es mit der Ganztagschule für alle. - Meine Damen und Herren, das ist ein Stück zu einfach. Das ist ein Schaufensterantrag, mehr nicht, und er wird Ihnen im Wahlkampf nicht helfen.

(Beifall bei der CDU)

Wir können gerne darüber reden, ob es bei dem Aufbau von Systemen Bereiche gibt, in denen es Ganztagsangebote für gewisse Schülerinnen und Schüler geben muss. Wir wissen, dass es das geben muss. Selbstverständlich ist das so, das ist doch gar keine Frage. Aber den Leuten unter

dem Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sozusagen die Mär aufzubinden, man könne Ganztagschulen von heute auf morgen aus dem Boden stampfen, ist genauso unverfroren wie Ihre Auffassung, die Sie hinsichtlich der Bildungspolitik immer herübergebracht haben, nämlich den Leuten zu erklären, die Schulen seien der Reparaturbetrieb der Gesellschaft. Sie haben aber bei der Zahl der Schulstunden und bei den Lehrern abgebaut und nichts, aber auch gar nichts in der Schulpolitik erreicht.

(Beifall bei der CDU)

Nein, es sind jetzt andere Zeiten. Wir schreiben ein neues Jahrhundert. Das alte ist vorbei. Deshalb wird es auf Folgendes ankommen, ich sage das jetzt sehr deutlich: Wir werden in den nächsten Jahren zu einem größeren Konsens in der Bildungspolitik kommen. Und wenn Sie es verpassen, da aufzuspringen, dann werden Sie am Rande stehen und nur zuschauen können, wie der Zug abfährt. Ich bitte Sie deswegen herzlich, darüber nachzudenken, ob Ihre flache und nur an einem Punkt festgemachte Kritik an der Bildungspolitik von Karin Wolff und dieser Regierung überhaupt tragfähig ist. Falls Sie es aber nicht tun, kann ich Ihnen sagen: Wir kriegen das auch alleine hin. - CDU und F.D.P. haben den richtigen Ansatz. Wir haben dazu die Mehrheit in dieser Legislaturperiode. Wir werden sie auch für weitere erhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich möchte abschließend Folgendes sagen. Ich bin mit diesem Haushaltsentwurf sehr zufrieden. Das kann ich für die CDU-Fraktion feststellen. Wir danken der Regierung. Ich danke dem Koalitionspartner. Denn diese Koalition zeichnet sich durch etwas aus, was wir bei Rot-Grün anders gewohnt waren. Wir müssen uns selbst daran gewöhnen, dass es auch anders geht. Wir haben keinen Streit und keinen Hader. Bei uns gibt es ein sehr breites Fundament an Gemeinsamkeiten. Wir sind in der Lage, Dinge, die wir unterschiedlich sehen, sehr fundamental und sehr tief greifend zu diskutieren. Wir haben ein gemeinsames Ziel. An dem geht nichts vorbei. Das Ziel ist, diese Legislaturperiode erfolgreich abzuschließen und dann mit den Ergebnissen einer guten Politik im Jahre 2003 vor die Wähler zu treten. Nach dem, was wir hier jetzt mit dem Haushaltsentwurf lesen und wie die politische Entwicklung ist, bin ich mir ganz sicher, dass im Jahre 2003 die Bürger sagen werden: Ihr wart gut, macht weiter so. - Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU - Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen, meine Herren! Der Einzelplan 02 - Hessischer Ministerpräsident - ist besprochen.

Entgegen dem Ausgedruckten, aber einvernehmlich, rufe ich jetzt

Einzelplan 08 - Hessisches Sozialministerium -

in Verbindung mit

Einzelplan 16 - Wiedergutmachung -

auf. Ich rufe dazu dann auch noch **Tagesordnungspunkt 52** auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Abbau der Arbeitslosigkeit von Schwerbehinderten - Drucks. 15/1739 zu Drucks. 15/1577 -

Ich frage zunächst: Können wir auf Berichterstattung durch Frau Abg. Ludwig verzichten? - Ja, da niemand Berichterstattung wünscht, können wir das.

Die erste Wortmeldung zum Einzelplan 08 ist die von Frau Kollegin Schönhut-Keil vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die Redezeit beträgt maximal - ich sage jetzt wirklich: maximal - 15 Minuten je Fraktion. Herr Kartmann hat gezeigt, dass man auch unter dem Maximalen bleiben kann.

Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wäre in der Tat relativ einfach, den Entwurf für den Einzelplan 08 mit relativ dünnen Worten zu kennzeichnen. Dies kann nach dem Motto geschehen: keine einheitliche Struktur und keine in die Zukunft gerichtete politische Gestaltung.

(Beifall der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich will das trotzdem nicht tun. Denn ich denke, das wird der Materie schlichtweg nicht gerecht. Wir stehen dabei in einem schwierigen Feld. Es gibt einen ständigen Abbau von Leistungen. Wir haben die Problematik, dass die Mittel weniger werden. Das heißt, wir brauchen einen mutigen Schritt, um den Umbauprozess zu gestalten. Wir brauchen vor allem aber auch den Mut, trotzdem noch Menschlichkeit zu zeigen. Genau das vermissen wir bei dieser Ministerin.

Frau Mosiek-Urbahn hat sich mit den Worten eingeführt, die beste Sozialpolitik sei eine gute Bildungspolitik.

(Demonstrativer Beifall der Abg. Eva Ludwig (CDU))

- Frau Ludwig klatscht. - Sie hat mit diesem einfachen Satz ihr eigenes Ressort bereits zum Steinbruch des Finanzministers erklärt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Genau in dieser Art und Weise schreitet sie auch voran.

(Stefan Grüttner (CDU): Erfahrung in Fronarbeit haben doch eher die GRÜNEN!)

Sie beweist damit, dass die Sozialpolitik für sie nur ein marginales Thema ist. Das wird durch die Vorlage dieses Einzelplans deutlich. Es gibt kein einziges anderes Ministerium, das sich vom Finanzminister so hat rufen lassen wie das Sozialministerium. Nach den Kürzungen des letzten Jahres soll es in diesem Etat noch einmal 108 Millionen DM weniger geben. Man kann da logischerweise nur zu einem einzigen Schluss kommen. Sozialpolitik findet in Hessen nicht mehr statt. Standards werden aufgrund unzureichender Finanzierung abgebaut, und Leistungen werden gekürzt. Das Land stiehlt sich aus einer verantwortungsvollen Sozialpolitik heraus und kommt zu einer verantwortungslosen Sozialpolitik. Die Sozialpolitik und dieses Ministerium sind der Steinbruch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Stefan Grüttner (CDU): Machen Sie es doch einmal inhaltlich fest!)

- Herr Kollege, warten Sie es doch einfach ab. Ich habe doch erst angefangen.

Kurz gesagt: Diese Ministerin ist angetreten, das Sozialministerium abzuwickeln und sich selbst überflüssig zu ma-

chen. Ich werde Ihnen das auch belegen. Herr Kollege Grüttner, Sie hatten danach gefragt. Mich wundert, dass Sie das nicht wissen. Sie müssten es eigentlich wissen.

(Stefan Grüttner (CDU): Ich muss Ihnen nicht alles glauben!)

Die sozialpolitischen Errungenschaften in Hessen der letzten Jahre und das Sozialbudget, das von Rot-Grün aufgebaut wurde, sind faktisch tot. Davon ausgenommen ist nur der Modellversuch. Im Haushalt stehen lediglich noch knapp 5 Millionen DM dafür zur Verfügung, die für weitere drei Jahre vor weiteren unmotivierten Kürzungen der Sozialministerin geschützt sind. Es sind die Mittel für den Modellversuch in Groß-Gerau und Kassel.

Ich erinnere daran: 130 Millionen DM waren im Sozialbudget bei Rot-Grün. Die jetzt verbleibenden 5 Millionen DM sind zudem verbunden mit der Preisgabe jeglicher gestalterischer Rahmenplanung und Vorgaben hinsichtlich der Mindeststandards durch das Land.

(Petra Fuhrmann (SPD): Ganz genau!)

Der Abbau sozialer Standards ist vorprogrammiert. Die gesamte Landschaft in Hessen muss wissen, dass alle anderen freiwilligen sozialen Leistungen nunmehr offen der finanzpolitischen Willkür dieser unsozialen Landesregierung ausgesetzt sind. Das von der Bundesebene der CDU bekannte sozialpolitische Credo für Regierungsverantwortung: "Weniger Staat und damit weniger Geld für Sozialpolitik, mehr Deregulierung und keine Qualitätsstandards" wird in Hessen geradezu pervertiert. Aktive Arbeitsmarktpolitik ist ein Fremdwort für diese Landesregierung. Es fehlen Unterstützungen für die wirklich Hilfebedürftigen, für die schwer Vermittelbaren oder die Langzeitarbeitslosen, z.B. durch Unterstützung der Eingliederungsmaßnahme in den zweiten Arbeitsmarkt. - Frau Ludwig, wenn Sie sagen, das seien nur Sprechblasen, belegen Sie durch diese dümmliche Äußerung schlichtweg nur, dass Sie nicht wissen, worum es geht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Zum Beispiel findet eine Unterstützung von Eingliederungsmaßnahmen in den zweiten Arbeitsmarkt faktisch nicht mehr statt. In zwei Jahren schwarzer Landespolitik wurden die Mittel für die Arbeitsmarktpolitik im Einzelplan um, man höre und staune, mehr als 15 Millionen DM gekürzt. Weder für alte Menschen noch für Behinderte sind in diesem Entwurf für den Sozialhaushalt irgendwelche innovativen Ansätze, Verbesserungen oder Vorhaben einer gestaltenden Politik verankert worden.

In der Behindertenpolitik ist wahrlich einiges zu bestellen. Doch auch hier gibt es außer Worthülsen überhaupt nichts zu vermelden. Wir haben Ihnen einen Änderungsantrag vorgelegt, der die Finanzierung der Arbeit des Landesbehindertenrates vorsieht, des legitimierten Gremiums der Behinderten in Hessen. Wenn Sie nur einmal Ihre eigenen Aussagen ernst nehmen würden, müssten Sie diesem Änderungsantrag zustimmen.

Ich möchte ein anderes Beispiel nennen. Es betrifft die Gesundheitspolitik. Wie sieht es denn mit dem Rettungsdienst, den Krankenhäusern, der Gesundheitsberatung und den Selbsthilfegruppen aus? Das sind aber für Sie wahrscheinlich auch alles Worthülsen, Peanuts, Blödsinn oder gehört abgeschafft. Frau Ludwig, so ist das also. Ich sage dazu: bravo, vielen Dank. Also auch hier wird gekürzt. Frau Ludwig, dann sagen Sie aber doch bitte auch Ihrer

Frau Ministerin, die z.B. bei Tagungen von Selbsthilfegruppen auftritt und blumige Reden hält, die zum Inhalt haben, wie wichtig die Selbsthilfe für die Gesundheitsförderung in Hessen sei, dass Sie eben gerade gesagt haben, es sei richtig, dass dies Worthülsen seien, dass dies Unsinn sei und man es abschaffen könne.

(Beifall des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Als ein weiteres Beispiel möchte ich Langzeitpflegeplätze für Aidskranke nennen. Höre ich dazu etwas von Ihnen? Da haben Sie gestrichen.

(Eva Ludwig (CDU): Die gibt es doch!)

- Ja, es gibt sie. Aber es wird sie nicht mehr lange geben. Denn Sie wollen dafür keine ausreichenden Mittel zur Verfügung stellen. Dabei bräuchten wir für diesen gesamten Bereich dringend mehr Mittel.

Ich möchte die Streichung im Drogenbereich anführen. Herr Gerling ist nicht mehr da. Er hat in den letzten acht Jahren immer etwas von Prävention erzählt. Wir brauchen sie ganz dringend. Wir brauchen eine Ausweitung der Prävention. Wir brauchen ein Projekt für Crackabhängige. Falls Sie sich mit dieser Materie schon einmal irgendwann beschäftigt haben, werden Sie wissen, dass wir in Frankfurt nicht 200 auffällige Crackabhängige haben, sondern dass wir mittlerweile schon etwa 600 davon haben. Diese Steigerung gab es in den letzten drei Jahren. Wir brauchen also dringend neue Ansätze oder eine Ausweitung der Ansätze zur Prävention in diesem Bereich. Aber Drogenpolitik ist bei Ihnen ohnehin kein Thema. Deswegen haben wir auch Mittel in Höhe von 255.000 DM beantragt, um den Einstieg in diesen Bereich der Drogenarbeit zu ermöglichen.

Zum nächsten Thema: keine ausreichende Finanzierung für die Beratung von Schwangerschaftskonfliktfällen. Meine Damen und Herren, das ist wirklich etwas, was man dieser Sozialministerin und dieser Landesregierung übel nehmen muss. Sie als Frauenministerin, die Sie gesetzlich verpflichtet sind, ein ausreichend plurales, wohnortnahes Angebot für alle Frauen sicherzustellen, die sich in diesem schwierigen Konflikt befinden, trocken die Ihnen unliebsamen Beratungsstellen aus, indem Sie ihnen keine ausreichende Finanzierung geben. Wes Geistes Kind diese konservative Ministerin ist, das wissen wir. Das erkennen wir aus ihren üblen Presseerklärungen zu dem Thema über die vielen "getöteten Kinder" in Hessen.

(Stefan Grüttner (CDU): Wie bitte? Welche?)

Es geht nicht darum, dass man die ganze Frage der Abtreibung hier sehr ethisch diskutieren muss, Herr Kollege - insofern nützen Ihre Zwischenrufe dazu überhaupt nichts. Wir wenden uns dagegen, dass alle Frauen, die sich in diesem schwierigen Konflikt befinden, per se als "Kindsmörderinnen" verunglimpft werden. Das ist das Problem, das wir Ihnen vorhalten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Stefan Grüttner (CDU): Verwirre mich nicht mit Tatsachen!)

Meine Damen und Herren, das alles passt in das Sittengemälde dieser Landesregierung. Alles Unliebsame, politisch Verdächtige wird ausgemerzt, aber eben nicht durch eine offene politische Auseinandersetzung, sondern klammheimlich. Meine Damen und Herren, wir wissen, dass Frau Mosiek-Urbahn noch nicht einmal im Sozialausschuss in der Lage ist, einen fachpolitischen Dialog zu führen.

(Stefan Grüttner (CDU): Einen was?)

Im Grunde genommen können Sie froh und dankbar dafür sein, dass die vielen Pressemitteilungen Ihres Hauses, die Sie unters Volk bringen, gar nicht oder nur zu einem geringen Prozentsatz gedruckt werden.

(Stefan Grüttner (CDU): Genau, das hören wir jetzt seit fünf Monaten!)

Das sind alles nur wohlklingende Sprechblasen ohne Substanz, sowohl intellektuell als auch materiell.

Meine Damen und Herren, eine weitere Peinlichkeit. Die Jugendpolitik in Hessen unter Schwarz-Gelb lässt sich wie folgt charakterisieren: Aufgabe jeglichen Gestaltungswillens, Schließung der Jugendbildungsstätten zum Jahresende, ohne dass ein inhaltliches Konzept vorliegt, was und wie denn nun künftig Jugendbildung stattfinden solle und was mit dem Personal geschieht. Keine Antworten, aber viele Fragen.

Dem Problem des Rechtsextremismus und der Gewalt unter Jugendlichen stellen Sie sich erst gar nicht.

(Zuruf des Abg. Stefan Grüttner (CDU))

Wir hören immer, es handele sich um Einzelphänomene, und insofern brauche man in der Jugendpolitik dazu auch keine Stellung zu beziehen. Frau Jugendministerin, in Ihrem Haushalt finden wir dazu überhaupt nichts. Wir haben Ihnen einen Haushaltsantrag vorgelegt, der Mittel für ein Programm in Höhe von 2 Millionen DM plus Verpflichtungsermächtigungen vorsieht, das wir "Hinsehen statt wegschauen" nennen. Wir halten es für wichtig, solche Jugendlichen anzusprechen, die von herkömmlicher Jugendarbeit gerade nicht mehr erreicht werden. Wir brauchen eine Verbesserung der Fortbildung der Betreuer, die ebenfalls durch dieses Programm finanziert werden soll.

Meine Damen und Herren, für diese Ministerin ist es typisch, dass ein ganz großes Feld der Jugendpolitik von ihr überhaupt nicht wahrgenommen, geschweige denn in irgendeiner Form in politisches Handeln umgesetzt wird.

Der nächste Punkt in diesem Zusammenhang ist die Auflösung des Landesjugendamtes. Im Haushalt ist dies bereits festgelegt, denn das Kapitel 08 25 - ehemaliges Landesjugendamt - heißt nun "Ministerium - Landesjugendamt", obwohl noch gar nichts beschlossen ist. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

Am 20. September dieses Jahres wurde dem Ausschuss ein Änderungsgesetz zum KJHG vorgelegt, das unter anderem die Auflösung dieses Landesjugendamtes beinhaltet. Am 9. November führte der Sozialpolitische Ausschuss die notwendige Anhörung durch. Aber etatisiert ist bereits. Da wird doch der Verdacht erhärtet, dass Sie an einer inhaltlichen und fachlichen Auseinandersetzung überhaupt nicht interessiert sind. Und noch viel schlimmer: Sie legen uns einen Gesetzentwurf vor, der gegen geltendes Bundesrecht verstößt. Das hat es noch nicht gegeben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie zocken einfach nach dem Motto ab: Mehrheit ist Mehrheit, andere Meinungen interessieren uns nicht. Anhörung, ein demokratisch verbrieftes Recht - was solls? Wir haben die Mehrheit, wir regieren durch und zerkloppen die soziale Struktur hier in Hessen.

(Inge Velte (CDU): Wo haben wir eine Anhörung verweigert?)

Sie erwähnen die Etatisierung von 750.000 DM für die Finanzierung von Engagement in der Jugendarbeit.

(Stefan Grüttner (CDU): Stimmt nicht, aber es kommt gut!)

Sonderurlaubsgesetz als jugendpolitisches Highlight. Meine Damen und Herren, dazu möchte ich Ihnen einmal in Erinnerung rufen, dass wir Sie doch bis dahin haben tragen müssen. Noch vor zwei Monaten haben Sie behauptet, das bräuchten Sie alles nicht. Erst der Gesetzentwurf der SPD hat Sie zum Handeln und den Aktiven in der Jugendarbeit Rechtssicherheit gebracht. Das muss man immer wieder deutlich sagen.

Wenn wir schon beim Thema Bürgerengagement sind: Auch hier versprechen Sie viel, aber mit dem Einlösen bzw. dem konkreten politischen Handeln versagen Sie. In diesem Jahr haben Sie Wettbewerbe ausgelost und machen einen Kongress. Fürs nächste Jahr sind die Haushaltsmittel erhöht worden, insgesamt um 2 Millionen DM, 1 Million DM im Einzelplan 02 und 1 Million DM im Einzelplan 08, die von den Koalitionsfraktionen nachgetragen worden sind. Das Perfide ist jedoch, dass sich die Regierungsfractionen diesen Titel Bürgerengagement mit der Streichung eines anderen Haushaltstitels erkaufte haben, nämlich der Förderung der Ehrenamtsschulung. Sie schichten also einfach um und düpiieren noch die Ministerin. Aber das macht auch schon nichts mehr. - Das also ist bei Ihnen ehrenamtliches Engagement. Von einem wesentlichen Mehr an Geld kann in diesem Zusammenhang überhaupt nicht die Rede sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Im Endeffekt bleibt für Bürgerengagement in Hessen 1 Million DM zusätzlich übrig, aber diese Mittel sind schlauerweise im Etat des Ministerpräsidenten eingesetzt, die er dann als persönliche Werbemittel in Hessen verkaufen und unters Volk streuen kann.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Meine Damen und Herren, dieser Ministerpräsident mit einem etwas angeschlagenen Image - ich weiß nicht, ob er gerade derjenige ist, der angesichts von Millionen auf schwarzen Konten jetzt unbedingt das Ehrenamt in Hessen propagieren kann. Aber ich denke, das haben Sie auch schon erkannt, denn Sie haben da schon ein bisschen zurückgerudert.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Meine Damen und Herren, ein inhaltliches Konzept, eine konkrete Ausgestaltung, wie es in Hessen mit der Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements weitergehen soll, gibt es nicht. Wir wissen auch, dass Sie sich nicht scheuen, auf Bundesebene durch Bundesratsinitiativen in diesem Themenfeld aktiv zu werden. Eigentlich ist dagegen auch gar nichts einzuwenden. Aber wir verlangen, dass Sie hier in Hessen Ihre Hausaufgaben erledigen. Denn auf Landesebene gilt es, einiges zu bestellen, und dabei müssen Sie gar nicht bei null anfangen. Auch Ihnen ist bekannt, dass es in der letzten Legislaturperiode bereits Vorarbeiten zu einem Ehrenamtsgesetz gegeben hat, wie wir das damals genannt haben.

(Zuruf der Abg. Eva Ludwig (CDU) - Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Wir wissen doch gar nicht, was da drinstehen sollte!)

Wir haben Ihnen konkrete Haushaltsanträge vorgelegt und machen Ihnen den Vorschlag, die Mittel entsprechend zu erhöhen.

Meine Damen und Herren, ebenso liegt uns ein Antrag vor, der ein Landesprogramm Freiwilligendienste starten soll.

37% der Jugendlichen ab 14 Jahren sind bürgerschaftlich engagiert. Das ist mehr als in allen anderen Altersklassen. Die Nachfrage nach Plätzen im freiwilligen sozialen Jahr ist größer als die Platzkapazität. Meine Damen und Herren, Ihre Zustimmung zu diesem Antrag würde signalisieren, dass Sie es tatsächlich auch einmal mit der Unterstützung von Bürgerengagement ernst meinen. Alles andere sind Ausreden und bestätigt unsere Position, dass es Ihnen in dieser Frage hauptsächlich um Showeffekte geht.

Meine Damen und Herren, kommen wir zu einem weiteren angeblichen Schwerpunkt der Ministerin: Kinderpolitik und hier besonders die Kinderbetreuung. Angetreten mit dem Versprechen, einen Sozialvertrag für Kindergärten mit den freien Trägern vereinbaren zu wollen, der, wie die Kollegen der CDU noch zu Oppositionszeiten - anscheinend allerdings größenwahnsinnig - forderten, eine verlässliche Betreuung, sprich: Erhöhung der Betriebskostenförderung, beinhalten sollte, sind Sie im Ergebnis gescheitert.

Wir alle wissen auch, warum. Von dieser Landesregierung gibt es keine adäquate Finanzierung für die Betreuung hessischer Kinder. Wie sehr haben Sie Rot-Grün noch beschimpft - wir haben das einmal ausgerechnet. Für die Kinderbetreuung gab es pro hessischem Einwohner Landesmittel in Höhe von 19,20 DM. Damals wurde uns "Schlusslicht" zugerufen, wir würden für die Kinderbetreuung nichts tun. Im Jahr 2000 aber, meine Damen und Herren, sind wir bei 66 Pfennigen pro Kopf gelandet. Das ist schwarz-gelbe Kinderpolitik,

(Petra Fuhrmann (SPD): Hört, hört!)

Kolleginnen und Kollegen, von wegen Kinderfreundlichkeit. Ihre eigene Sozialministerin

(Petra Fuhrmann (SPD): Sprechblasen!)

hat das Hessische Kindergartengesetz zu einem Leertitel im hessischen Haushalt gemacht. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Unter Ihrer Verantwortung wurden die originären Landesmittel von 115 Millionen DM im Jahr 1999 auf 11 Millionen DM im Jahr 2000 zusammengestrichen. Auch im KFA sind immer weniger Mittel für die Kinderbetreuung ausgewiesen. Waren es 1999 noch 129 Millionen DM, so waren es 2000 nur noch 125 Millionen DM, und für das Jahr 2001 reduziert sich das Ganze dann auf 118 Millionen DM.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Diese Zahlen sind schwarz auf weiß nachzulesen und ganz simpel nachzuvollziehen. Deswegen brauchen Sie auch gar nicht dagegen zu argumentieren. Da gibt es kein Deuteln, das ist schlicht so.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Abwegig!)

Sie haben den Kommunen in diesem Jahr 100 Millionen DM Verstärkungsmittel für die Betriebskosten weggenommen. Auch das wird nicht bezweifelt. Dieses Jahr führen Sie das einfach fort: 100 Millionen DM weniger. Dafür einen Zusatz von 12 Millionen DM als das kinderpolitische Ereignis und als Highlight zu feiern - da muss man schon schwere Realitätsstörungen haben, um das noch glaubhaft rüberbringen zu können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Sie streuen ein wunderbar gestaltetes - das ist wahr - 20-Seiten-Papier unters Volk.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Schöne Sache!)

Darin fordern Sie zugegebenermaßen schöne Dinge. Vieles davon könnten wir unterschreiben. Warum auch nicht. Aber, Frau Ministerin, ein Papier vorzulegen, das ist noch nicht einmal die halbe Miete. Wo bleiben denn die Umsetzungsstrategien? Vor allen Dingen: Wo bleibt denn das Geld? Sie legen 12 Millionen DM als kinderpolitische Offensive auf - einmal abgesehen davon, dass der Begriff "Offensive" von Ihnen inflationär verwandt wird, aber das mag sein, wie es wolle -, aber dann müssen Sie doch auch beantworten, wie Sie mit der Umsetzung tatsächlich in die Puschen kommen wollen. Dabei aber bleiben Sie aber jegliche Antwort schuldig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns GRÜNE ist klar: Wir haben auch im nächsten Jahr wieder einen Schwerpunkt unserer Politik auf den Ausbau der Kinderbetreuung gelegt und einen entsprechenden Haushaltsantrag präsentiert unter dem Stichwort "Kinder und Karriere". Wir haben ein Programm entwickelt, das die Betreuung von Kindern unter drei Jahren entscheidend verbessert. Nach den erfolgreichen Anstrengungen in den letzten beiden Legislaturperioden unter Rot-Grün, den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für die hessischen Kinder zu garantieren, geht es jetzt darum, ein ausreichendes Angebot gerade auch für die Kinder unter drei Jahren zu schaffen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dreh- und Angelpunkt für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine verlässliche Kinderbetreuung aller Altersstufen. Für viele junge Familien und hier besonders auch für die Frauen ist eben der traditionelle Kindergartenplatz nicht mehr ausreichend. Junge Frauen wollen wieder früher in den Beruf zurück. Sie müssen es auch. Sie brauchen flexible Angebote, z.B. am Nachmittag und in den Abendstunden. Denn so vielfältig wie die Formen des Zusammenlebens mit Kindern sind, so vielfältig sind eben auch die Bedürfnisse von Müttern und Vätern nach der Kinderbetreuung.

Von den 183.000 Kindern unter drei Jahren in Hessen haben 2% überhaupt einen Betreuungsplatz. Wir wollen mit unserem Programm "Kinder und Karriere" im nächsten Jahr 5.000 neue, zusätzliche Betreuungsplätze mit einem Volumen von 45 Millionen DM schaffen.

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Das ist eine Verfünfachung des gegenwärtigen Angebotes. Wir wollen auch schwerpunktmäßig Tagesmuttermodelle fördern, die flexibel und individuell auf die Bedürfnisse von Familien ausgerichtet sind.

Zusammenfassend kann ich nur eines sagen: Ich bedauere es sehr, dass diejenigen in der CDU-Fraktion, die zumin-

dest in der letzten Legislaturperiode immer wieder zumindest ein Herz oder ein Bewusstsein für die soziale Entwicklung in diesem Land gezeigt haben, sich offensichtlich politisch völlig verabschiedet haben und nun Sprachlosigkeit herrscht oder dass im Zweifelsfall die Staatskanzlei unter der Überschrift "Verwaltungsvereinfachung" dieses Ministerium abwickelt. Ich bedauere das sehr.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Abg. Zumbrägel für die CDU-Fraktion.

Aloys Zumbrägel (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zeitweilig hatte ich den Eindruck, Frau Schönhut-Keil hat einen anderen Haushalt gelesen, als wir bearbeitet haben.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht war das noch ein alter rot-grüner Haushaltsplan, den Sie noch nicht weggeworfen haben. Frau Schönhut-Keil, Sie sollten einmal auf das Datum gucken. Von den Zahlen, die Sie uns hier vorgetragen haben, stimmte nicht eine einzige Zahl. Ich werde Ihnen das gleich noch einmal nachweisen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen wollen ein Hessenland, von dem die Mitbürgerinnen und Mitbürger sagen: Hier geht es gerecht und sozial zu.

(Barbara Stolterfoht (SPD): Ja, das wollen wir auch!)

Wir wollen ein Land, in dem die Menschen, die Hilfe brauchen, wissen, dass sie nicht allein gelassen werden. Wir wollen, dass die Organisationen und Verbände, die den Hilfsbedürftigen mit Rat und Tat zur Seite stehen, sagen: Der Staat unterstützt unser Engagement. - Wir wollen ein Hessenland, in dem die Menschen, die sich für die Allgemeinheit einsetzen, wissen, dass wir diesen Einsatz schätzen und ihn auch unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen ein familienfreundliches Hessenland, in dem die Familien ihren unersetzlichen Erziehungsauftrag erfüllen können. Dazu gehört auch, dass die Vereinbarung von Familie und Beruf durch unterstützende Hilfen leichter möglich wird.

Wir wollen nicht nur ein Land, in dem Einheimische und Zugewanderte friedlich miteinander leben, sondern ein Land, das die ausländischen Mitbürger immer mehr auch als ihr Land begreifen. Das gelingt nicht, wenn wir die Entwicklung einer Parallelgesellschaft zulassen.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das will auch keiner!)

Das gelingt nur, wenn wir konkrete Maßnahmen zur Erleichterung einer echten Integration ergreifen. Das alles können Sie in diesem Haushalt sehen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Wo?)

Wir haben den Integrationsbeirat gebildet. Dort beraten Zugewanderte und Einheimische gemeinsam, welche Maßnahmen den Weg zur Integration erleichtern. Das ist etwas anderes als der Landesausländerbeirat. Der Landesauslän-

derbeirat hat die Interessen der Ausländer gegenüber der Landesregierung vertreten. Das soll er auch weiterhin tun. Aber er war kein Integrationsrat. Ich will damit nicht sagen, dass der Ausländerbeirat nicht zur Integration beiträgt. Aber seine Aufgabe ist ursprünglich eine andere gewesen und eine andere Zielsetzung steckt dahinter. Wir wollen der Integration den Weg bahnen und haben deswegen den Integrationsbeirat gebildet und - ich werde gleich darauf zurückkommen - dafür auch erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt.

Bevor ich zu den wichtigsten Schwerpunkten des Haushalts komme, will ich noch einige grundsätzliche Bemerkungen machen, weil sich in der Tat etwas verändert hat. Das haben die Roten und Grünen in diesem Hause inzwischen offensichtlich auch bemerkt. Es gibt eine grundsätzliche Änderung in der Administration der Sozialpolitik in diesem Lande.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Früher war es so: Rot und Grün haben Programme aufgelegt. Die Träger haben dann bis zu einem bestimmten Zeitpunkt Anträge gestellt. Diese Anträge wurden von der Behörde fleißig bearbeitet. Der Erfolg dieser Programme wurde schon daran gemessen, wie groß die Zahl der Anträge war. Es wurde gar nicht mehr gefragt: Was kommt am Ende denn bei diesen Programmen heraus? Ich nenne das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe", wo sehr viel Geld ausgegeben worden ist, ohne zu fragen, was am Ende dabei herauskommt. Ich könnte viele andere Programme aufzählen, wo Sie nie mehr gefragt haben: Was kommt denn am Ende bei diesen Programmen wirklich heraus?

Ich weiß auch, warum Sie das so gemacht haben. Sie hatten durch die vielen kleinen Töpfe viele Träger am Gängelbändchen. Sie konnten sagen, was mit dem Geld geschehen sollte. Aber auch für die Abgeordneten war das sehr angenehm. Sie konnten nämlich mit stolzgeschwellter Brust durch das Land reisen und konnten Bewilligungsbescheide verteilen. Das ist sehr angenehm. Das habe ich in der letzten Zeit auch ein paar Mal erlebt. Da bekommt man auf die Schulter geklopft, und da geht man wie ein Nikolaus durch das Land und verteilt Geld. Das fehlt Ihnen jetzt. Das kann ich gut nachvollziehen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege, lassen Sie eine Frage von Frau Kollegin Fuhrmann zu?

Aloys Zumbrägel (CDU):

In Ihrer Rede kann sie es sagen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

- Das machen wir nicht mehr. Wir geben heute die Programmmittel den Städten und Kreisen direkt und sagen: Seht ihr zu, wie ihr am günstigsten, am effektivsten diese Programme in euren Reihen umsetzt.

Frau Kollegin Schönhut-Keil, was wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben in den zwei Modellen in Kassel und in Groß-Gerau, das versuchen wir dort, wo es schon geht, auch in anderen Bereichen zu verwirklichen.

(Beifall bei der CDU)

Wir tun das, weil das viel vernünftiger ist und weil das viel effektiver ist.

Ich will Ihnen dazu einige Zahlen vorlesen. Allein die Personalkosten sind im Sozialministerium durch eine andere Administration der Anträge um 12 Millionen DM zurückgegangen. 12 Millionen DM weniger Personalkosten - dieses Geld können wir nehmen und können es den Trägern und Institutionen geben, um aktive Sozialpolitik in unserem Lande damit zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben nicht den Ehrgeiz, das größte Sozialministerium dieser Republik zu haben. Aber wir haben den Ehrgeiz, das effektivste Ministerium zu haben.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Art des Umgangs mit öffentlichen Mitteln ermöglicht es uns auch, neue Aufgaben zu finanzieren, beispielsweise 2 Millionen DM mehr für das Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt". Wir werden 1 Million DM direkt veranschlagen und 1 Million DM im Rahmen dieses Programms für Integrationsmaßnahmen bereitstellen. Das ist ein Programm, das die Situation in den Wohnquartieren nachhaltig verändert und verbessert. Das ist praktizierte Sozialpolitik. Wir werden dieses Programm für 2001 mit zusätzlichen Mitteln ausstatten.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt eine Reihe von Maßnahmen, die neu im Haushalt sind. Frau Schönhut-Keil hat eben von der Ehrenamtskampagne gesprochen. Die Finanzierung der Freistellung von Beschäftigten und die Erstattung der Entgeltfortzahlung werden ab dem nächsten Jahr vom Land Hessen übernommen. Sie werden voll aus dem Haushalt des Landes bezahlt. Dafür wird der erkleckliche Betrag von 750.000 DM bereitgestellt.

(Beifall bei der CDU)

Ein Schwerpunkt unserer Sozialpolitik ist die familienpolitische Offensive.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du liebe Zeit!)

- Frau Schönhut-Keil, ich habe mich sehr intensiv mit Ihren Anträgen beschäftigt. Sie fordern etwas, was in der familienpolitischen Offensive unter anderem enthalten ist. Jetzt sagen Sie: "Ach du lieber Gott". Ich weiß nicht, was Sie damit aussagen wollen. Entweder ist Ihr Antrag Makulatur, oder Sie müssen das nur deshalb brüllen, weil Sie in der Opposition sind.

Derzeit wird im Land wieder das Märchen verbreitet, es gebe nur noch 12 Millionen DM für die Kindergärten in diesem Land.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmt!)

Ich will die Zahlen vorlesen. Es gibt 118,2 Millionen DM im Kommunalen Finanzausgleich, und es gibt zusätzlich 16 Millionen DM originäre Landesmittel. Frau Schönhut-Keil, so dumm können Sie sich doch gar nicht stellen. 118,2 Millionen DM und 16 Millionen DM sind 134,2 Millionen DM. SPD und GRÜNE hatten 1999 110,4 Millionen DM in den Kommunalen Finanzausgleich eingestellt. Frau Schönhut-Keil, Sie müssen doch zugeben, dass 134,2 Millionen DM für die Kindergärten mehr sind als 110,4 Millionen DM. Dann können Sie doch nicht durchs Land gehen und erzählen, die Kommunen bekämen für die Kindertagesstätten weniger Geld, nur noch 12 Millionen DM. Das

hört sich vielleicht gut an, wenn Sie auf Ihren Parteiveranstaltungen reden, aber es stimmt nicht.

Wir geben im Jahre 2001 zusätzlich 2 Millionen DM für Arbeitsförderungsmaßnahmen aus. Im Rahmen von HARA werden wir zusätzlich 2 Millionen DM ausgeben, damit weitere Maßnahmen in diesem Bereich durchgeführt werden können. Die Versuche der Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt sind der entscheidende Unterschied zu dem SPD-Programm "Arbeit statt Sozialhilfe", und wir sind davon überzeugt, dass dies nicht nur wirtschaftlicher, sondern für die Menschen auch effektiver ist.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben in diesem Jahr ein Altenpflegegesetz geschaffen.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ein sehr interessantes Thema, Herr Zumbrägel!)

- Das ist ein sehr interessantes Thema.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie mir einmal etwas zu dem aktuellen Schuldenstand!)

- Dazu werde ich Ihnen gleich etwas sagen. - Wir haben ein Altenpflegegesetz geschaffen, in dem jetzt geregelt ist, dass die Schulkosten wieder voll vom Land getragen werden, weil wir der Meinung sind, dass die Altenpflegeausbildung den gleichen Rang hat wie jede andere Berufsausbildung.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die Kosten sind im Haushaltsplan in Ansatz gebracht. Darüber hinaus haben wir ein Altenpflegegesetz geschaffen, das es Menschen ermöglicht, in der Altenpflege eine qualifizierte Ausbildung zu bekommen. Das kann man nicht einfach so abtun, als sei das alles nichts.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt hinten und vorne nicht!)

Ich habe schon gesagt, dass die Reduzierung von Kosten und das Umsetzen von Mitteln uns ermöglichen, neue Aufgaben zu finanzieren. Einige Aufgaben habe ich schon genannt. Wir werden wie im vergangenen Jahr für die örtliche Jugendhilfe 145 Millionen DM zur Verfügung stellen. Das ist kein Groschen weniger als im vergangenen Jahr. Ich weiß nicht, Frau Schönhut-Keil, woher Sie Ihre Zahlen haben. Die müssen vom Himmel gefallen sein, oder Sie haben sie bewusst falsch gerechnet. Sie haben möglicherweise die Mittel für Kassel und Groß-Gerau, die wir jetzt in dem Programm zusammengefasst haben, herausgerechnet, damit das in Ihre Argumentationskette hineinpasst.

Wir konnten lesen, dass der Sozialhaushalt der "Steinbruch der Regierung" sei.

(Demonstrativer Beifall der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Darüber kann man diskutieren. Allerdings muss man dann vernünftig und mit den richtigen Zahlen diskutieren.

In der Tat geht der Sozialhaushalt im Jahre 2001 um 102 Millionen DM zurück. Ich will Ihnen auch sagen, wo er zurückgeht. Dann sehen Sie, dass das nicht daran liegt, dass wir irgendwelche Maßnahmen gestrichen haben. Die Ausgaben für die so genannten Übertragungsaufgaben gehen aufgrund der Neustrukturierung der Veranschlagung für Unterhaltsleistungen um 88 Millionen DM zurück. Wenn Sie jetzt die 12 Millionen, die wir für Personal weniger

ausgeben, dazurechnen, dann sind Sie schon bei 100 Millionen DM. Ich weiß nicht, wo Sie Ihre These hernehmen, dass der Sozialhaushalt der "Steinbruch der Landesregierung" sei.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Es hat Umsetzungen gegeben. Das ist keine Frage. Es hat auch Veränderungen im Haushalt selbst gegeben. Eine Landesregierung wird dafür gewählt, dass sie die Ausgaben den Erfordernissen anpasst. Ihre Argumentation sollten Sie also wieder in die Mottenkiste packen. Sie stimmt vorne und hinten nicht. Das werden die Leute Ihnen draußen auch nicht abnehmen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will noch etwas zu den Anträgen von SPD und GRÜNEN sagen.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege, die Redezeit ist allerdings abgelaufen. Sie müssten zusammenfassen.

Aloys Zumbrägel (CDU):

Ich will auch nur noch einen Satz dazu sagen. - Ich habe eines aus den Anträgen entnehmen können. SPD und GRÜNE beginnen, die Oppositionsrolle anzunehmen. Das kann man daraus ersehen, dass Sie alles Wünschenswerte in Anträge zusammengefasst haben, ohne auch nur eine Mark Deckung dafür anzubieten.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt doch gar nicht! Dann hätte ich 100 Anträge mehr stellen können! Das wissen Sie doch ganz genau!)

Es fällt uns schon aus diesem Grund nicht schwer, Ihren Anträgen nicht zu folgen. Wir werden unsere Anträge beschließen, weil wir davon überzeugt sind, dass das für dieses Land ein guter Weg ist.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Abg. Fuhrmann für die Fraktion der SPD.

Petra Fuhrmann (SPD):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Zumbrägel, ich wollte Ihnen vorhin eine Zwischenfrage stellen. Ich möchte sie Ihnen jetzt von hier aus stellen. Nennen Sie mir bitte einen konkreten Fall, wo Abgeordnete der damaligen Regierungskoalition Bewilligungsbescheide der Landesregierung überbracht haben. Vielleicht ist das Ihr neuer Stil, ich habe das jedenfalls in all den Jahren nicht erlebt.

Ich denke, wir sollten uns einig sein, dass Sozialpolitik eben mehr als andere Politikbereiche mit so etwas wie Herzblut zu tun hat und daher das Herzstück der Politik ist, nämlich das, was wir dringend als Kitt für diese Gesellschaft brauchen.

Eine gute Sozialpolitik soll den Ausgleich zwischen unterschiedlichen Interessen garantieren, sie soll dafür sorgen, dass Menschen miteinander leben können und in Krisen nicht ins Bodenlose fallen, sie soll Chancengerechtigkeit

eröffnen, neue Lebensperspektiven bieten und Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit verhindern. Last, not least ist eine gute Sozialpolitik - davon bin ich überzeugt - die beste Prävention sowohl vor rechter Gewalt als auch vor anderen gesamtgesellschaftlichen Schäden, die wir in Form von Kriminalität oder Gewalt beobachten können.

In diesem Sinne ist gute Sozialpolitik mit Sicherheit nicht zum Nulltarif zu haben.

(Beifall der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie rechnet sich aber in einer gesamtgesellschaftlichen Bilanz sehr wohl.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das hat diese Regierung wahrlich nicht begriffen.

(Barbara Bergelt (SPD): Stimmt!)

Ich hoffe deshalb, dass Sie doch noch umkehren - auch wenn die Hoffnung gering ist - und unseren Anträgen im Landeshaushalt zustimmen werden. Wir haben sie unter den Titel "Brücke zur Zukunft" gestellt. Ich denke, das ist der krasse Gegensatz zu dem, was Sie aus dem Sozialhaushalt machen, nämlich einen Steinbruch.

Eine Brücke zur Zukunft, z.B. für arbeitslose Menschen, indem das ABM-Landesprogramm weitergeführt werden soll, indem auch das Landesprogramm zur Integration langzeitarbeitsloser Menschen weitergeführt und nicht einfach abfinanziert werden soll. Nicht reden, sondern handeln muss meines Erachtens hier die Devise lauten. Wir müssen die Kommunen dabei unterstützen, und zwar dringend, damit Langzeitarbeitslose und ihre Familien wieder Perspektiven erhalten. Was tun Sie? - Sie streichen "Arbeit statt Sozialhilfe". Sie lassen das ABM-Landesprogramm auslaufen.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Sie haben noch ganze 14 Millionen DM - bereinigt um den ESF-Anteil - für die aktive Arbeitsmarktpolitik in diesem Landeshaushalt. Ganze 14 Millionen DM.

(Norbert Schmitt (SPD): Unglaublich!)

Dann stellt sich der Ministerpräsident - der gerade den Raum betritt - heute Morgen hierhin und bekundet positive Arbeitsmarktzahlen. Ja, die Arbeitsmarktzahlen sind zum Glück positiv. Aber dies ist dem Konjunkturaufschwung geschuldet, den unsere rot-grüne Bundesregierung hergestellt hat.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

- Aber natürlich: Eine solide Finanzpolitik trägt dazu viel bei.

(Heinrich Heidel (F.D.P.): Hans im Glück!)

Zweiter Punkt. Die rot-grüne Bundesregierung trägt mit ihrem Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, mit dem Programm Jump, zu diesen positiven Zahlen bei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Inge Velte (CDU): Das haben wir heute Morgen gehört!)

Da ist nichts, aber auch gar nichts der Verdienst dieser Landesregierung. Die Zahlen sind nicht wegen der Landesregierung so, sondern trotz dieser Landesregierung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Ein Übriges: Wenn man ein positives Klima bei den Finanzen - und das haben wir im Hessenland, denn wir haben erstmals seit Jahren Steuermehreinnahmen - und ein gutes Klima auf dem Arbeitsmarkt hat und Arbeitskräfte gebraucht werden, ja wann, wenn nicht dann, wollen Sie helfen, dass Langzeitarbeitslose wieder in Lohn und Brot kommen?

(Zuruf der Abg. Inge Velte (CDU))

Wann, wenn nicht dann, muss man sehen, wie neue Perspektiven entstehen können? Fehlanzeige bei dieser Landesregierung. Ganze 14 Millionen DM: ein Feigenblatt.

(Zuruf der Abg. Inge Velte (CDU))

Meine Damen und Herren, wir wollen eine Brücke zur Zukunft, z.B. auch für Frauen und Familien. An die erste Stelle setzen Sie: Frauenabteilungsleitung kw - das heißt künftig wegfallend. Frauenpolitik war noch nie Ihre Sache. Das merkt man hier. Die Frauenabteilung wird künftig nicht mehr besetzt. Damit wird sie aufgelöst.

(Inge Velte (CDU): Die Frauenbeauftragte ist zurückgetreten!)

- Was hat das denn mit der Frauenbeauftragten zu tun? Es geht hier um die Frauenabteilung, Frau Velte. Das sind zwei Paar Stiefel. Das sollte ich Ihnen nicht erklären müssen.

(Barbara Bergelt (SPD): Das weiß Frau Velte nicht!)

Meine Damen und Herren, zweiter Punkt: Familienpolitik. Frau Mosiek-Urbahn spart nicht mit vollmundigen Ankündigungen: Sozialvertrag, familienpolitische Offensive. Eine Sprechblase jagt die andere.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Meine Damen und Herren, die Wirklichkeit sieht aber anders aus. Es ist eine Mogelpackung. Im Jahre 1998 hatten wir reine Landesmittel für Kinderbetreuung in Höhe von 144 Millionen DM, im Jahre 1999 in Höhe von 117 Millionen DM. Herr Zumbrägel, da hilft es gar nicht, wenn Sie immer wieder versuchen, Sand in die Augen zu streuen und es wegzudiskutieren. Wir wissen alle, dass Sie jetzt Geld der Kommunen zweckgebunden haben. Deswegen haben wir im letzten Haushalt gerade noch 4 Millionen DM originäre Landesmittel für Kinderbetreuung im Sozialhaushalt des Landes.

(Zuruf der Abg. Barbara Bergelt (SPD))

Für das Jahr 2001 haben wir jetzt einen Betrag von 16 Millionen DM: plus 12, aber vorher minus 100. Diese Steigerung - von 4 Millionen DM im Jahre 2000 auf 16 Millionen DM im Jahre 2001 - wird dann dem staunenden Publikum auch noch als kinderpolitische Offensive verkauft.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist eine Lachnummer!)

Meine Damen und Herren, das ist wirklich unseriöse Politik. Die SPD hat weiter gehende Vorstellungen. Das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für uns noch nie ein Fremdwort gewesen, sondern stand im Mittelpunkt unserer Politik. Sie geben keine Antwort auf die Frage der Betreuung von Kindern unter drei Jahren und über sechs Jahren. Sie haben die Grundschule mit festen Öffnungszeiten abgeschafft,

(Zuruf der Abg. Inge Velte (CDU))

und das vorgelegte Kindergartengesetz hat überhaupt keine Qualitätsstandards mehr. - So viel zum Thema Qualität.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Da helfen Ihnen auch keine familienpolitischen runden Tische und Sonstiges, wenn Ihr konkretes Handeln diametral anders verläuft. Das nimmt Ihnen niemand ab.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine Ergebnisse!)

Wir wollen auch eine Brücke zur Zukunft, z.B. in der "Sozialen Stadt". Im Rahmen dieses Bund-Länder-Programmes sollen die Länder Mittel für die Stadtteilarbeit und Beschäftigungspolitik zur Verfügung stellen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das läuft doch jetzt erst an! - Zuruf der Abg. Eva Ludwig (CDU))

Die SPD-Fraktion hat im vergangenen Jahr, wenn Sie sich erinnern, dazu bereits einen Haushaltsantrag gestellt, der natürlich von der Mehrheit abgelehnt wurde. Im neuen Haushalt ist erneut keine müde Mark vorgesehen. Aber die Sozialministerin gibt Pressemeldungen heraus und gibt auch schöne Reden zu dem Thema heraus. Nun haben allerdings die CDU und die F.D.P. ihrer Politik eine glatte Ohrfeige verpasst, weil sie nämlich einen Änderungsantrag zum Haushalt vorgesehen haben, um hier einen Geldbetrag von, ich glaube, 2 Millionen DM einzustellen. Meine Damen und Herren, das ist ein unzureichender Ansatz. Wir brauchen mehr flankierende Maßnahmen in diesem Bereich. Denn - das habe ich vorhin schon gesagt - der soziale Kitt muss gefördert werden. Das ist, wie gesagt, volkswirtschaftlich betrachtet, allemal billiger als die Folgekosten. Deshalb bitte ich Sie: Stimmen Sie einfach unserem Antrag zu.

(Zuruf der Abg. Inge Velte (CDU))

Wir sehen vor: 5 Millionen DM im KFA und 8 Millionen DM für die Beschäftigungsprojekte an diesen Standorten.

Vierter Punkt. Wir wollen auch eine Brücke zur Zukunft z.B. durch Investitionen in Alten- und Pflegeheimen und bei Hospizdiensten. Es gab den von meinem Fraktionsvorsitzenden heute Morgen bereits erwähnten Konsens, dass mit Einführung der Pflegeversicherung die Einsparung an der Sozialhilfe jährlich 60 Millionen DM für die dringend notwendigen Investitionen zur Verbesserung von Einrichtungen erbringen sollte. Ich kann nur sagen: Es gibt Einrichtungen, da kommen einem schlicht die Tränen, so schämt man sich. Dann muss man doch feststellen, dass es einfach zu langsam geht. Dann kann man sagen: Hier wird die Menschenwürde mit Füßen getreten. Da muss man etwas tun. Herr Zumbrägel, das ist gestaltende Sozialpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Zuruf des Aloys Zumbrägel (CDU))

Was wird hier in diesem Haushalt getan? - Es werden die Fördervoraussetzungen verschlechtert. Bisher gab es zwei Drittel als Zuschuss und ein Drittel als Darlehen. Künftig gibt es die Hälfte als Zuschuss und die andere Hälfte als Darlehen. Das ist eine massive Verschlechterung und keine Verbesserung im Bereich der Altenpflege, die dringend notwendig wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist eine ähnliche Mogelpackung wie bei Ihrem Straßenbauprogramm.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das ist keine Mogelpackung!)

Wir haben einen Antrag gestellt, der weitere 10 Millionen DM für die Altenpflegeinvestitionen vorsieht, und zwar

deshalb, weil der Ansatz, der jetzt im Haushalt ist, für keine einzige neue Maßnahme im Jahre 2001 taugen wird. Es ist nämlich alles schon gebunden. Wer - so wie wir - will, dass diese Situation, die menschenunwürdigen Umstände, schneller verbessert wird, muss zusätzliches Geld in die Hand nehmen.

Ganz nebenbei: Wiederum am 03.11. hat die Ministerin in einer Pressemeldung die Notwendigkeit ehrenamtlicher Hospizarbeit betont. Darüber sind wir uns hier alle einig. Was findet man im Haushalt? - Nichts, null, Frau Ministerin. Statt schöner Worte sollten Sie deshalb unserem Änderungsantrag zum Haushalt zustimmen, der für drei Jahre je 200.000 DM für die ehrenamtliche Hospizarbeit vorsieht. Wir wollen eine Anschubfinanzierung geben, damit die ehrenamtlichen Kräfte geschult werden können, ohne noch Geld mitzubringen.

(Aloys Zumbrägel (CDU): Das ist drin!)

Was haben Sie gemacht? - CDU und F.D.P. haben wiederum eine Ohrfeige verteilt

(Inge Velte (CDU): Was heißt denn "Ohrfeige"?)

und einen Änderungsantrag gestellt, allerdings unter der wohlklingenden neuen Titelgruppe Bürgerbeteiligung. Diese Million, die dort eingestellt ist, ist allerdings an der anderen Stelle, bei der Ehrenamtsschulung, gestrichen worden. Es ist also kein neues Geld. Aber gut, wir wollen nicht pingelig sein; es ist Geld vorhanden. In der Erläuterung heißt es dann: "Damit könnte auch die ehrenamtliche Arbeit in Hospizen unterstützt werden". Da muss ich Sie wirklich fragen: Wo bleiben denn hier die Haushaltswahrheit und -klarheit? Wenn wir die Hospizdienste unterstützen wollen, dann gibt es dafür einen Haushaltstitel, und darin steht, wie viel wir dafür einsetzen wollen. Warum machen Sie das denn nicht? Das wäre jedenfalls klarer.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wie sieht denn Ihre Brücke zur Zukunft oder - wie der Kollege Hahn von der F.D.P. vollmundig gesagt hat - die Vision 2001 im Haushalt aus?

Die Vision 2001 im Sozialhaushalt. Ihre Jugendpolitik: Schließung der Jugendbildungsstätten, Auflösung des Landesjugendamtes, völlig verstörte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die überhaupt nicht mehr wissen, ob sie morgen noch ihren Schreibtisch haben.

Ihre Behindertenpolitik: keine Rücknahme bei den Kürzungen der Blista, eine platte Ablehnung unseres Antidiskriminierungsgesetzes. Keine Vorsorge für den Verein Donum Vitae, der in Pressemeldungen hoch gelobt wird; aber es findet sich keine müde Mark mehr für die § 218-Beratung. Keine finanzielle Vorsorge für die Tierkörperbeseitigung, jedenfalls keine ausreichende. Keine Erhöhung der Haushaltsansätze für die Betreuungsvereine und die Frühförderung behinderter Kinder; auch hier sind die Wartelisten bedrohlich lang.

Keine Vorsorge für das notwendige Krankenhausinvestitionsprogramm. Ihr Kombilohnprogramm im letzten Jahr - ein reiner Flop. Der Sozialvertrag geplatzt. Die Verwaltungsreform im Sozialressort ist ein einziger Trümmerhaufen. Es hat noch keine Regierung vor Ihnen geschafft, einen solchen Trümmerhaufen herzustellen, ob es bei der Arbeitsschutzverwaltung oder der Versorgungsverwaltung ist.

Ich möchte Ihnen nur sagen: Die Kolleginnen und Kollegen von der ÖTV aus der Versorgungsverwaltung haben ein bürgerschaftliches Engagement bewiesen. Sie haben

drei Tage Urlaub genommen und machen eine Demonstration, um zu sagen: Wir sind eine gute Verwaltung. - Da haben sie auch absolut Recht. Sie sind auch eine schlanke Verwaltung.

(Zurufe von der CDU)

Eine beispiellose Missachtung der Beschäftigten, die wirklich schon an Gutsherrenart erinnert. Das Ministerium ist frustriert. Im M-Bereich der Ministerin verabschiedet sich der Büroleiter von heute auf morgen. Referatsleiterinnen werden ausgetauscht, ohne dass sie es vorher wussten. Sie führen akademische Diskussionen in dem Integrationsbeirat, aber rein praktisch kommt überhaupt nichts heraus.

Dann passt es ins Bild, dass man einen so kleinen Haushaltsbetrag wie z.B. den Gutachtentitel für Frauen um 20.000 DM gekürzt hat, aber gleichzeitig werden 40.000 DM für die Bewirtschaftung im Ressort eingestellt. Dazu kann ich nur sagen: Hauptsache, der schöne Schein stimmt. Nicht wahr?

(Barbara Stolterfoht (SPD): Das sind Prioritäten!)

- Genau, das sind die Prioritäten. - Meine Damen und Herren, gestaltende Sozialpolitik, das hat Kollegin Schönhut-Keil gesagt, findet in diesem Land schlicht nicht mehr statt. Schwerpunkt ist die Sozialpolitik ohnehin nicht gewesen. Der Sozialhaushalt dient als Steinbruch. Wir haben eine Art Placebo-Politik, die mich wild macht: hier ein runder Tisch, da eine Arbeitsgruppe, aber bloß keine Richtlinienkompetenz wahrnehmen, hier einen Feigenblattpreis. Das alles hilft Ihnen aber nicht, weil die Öffentlichkeit inzwischen feststellt, Sie können es ganz einfach nicht. Davon, dass das Herzblut fehlt, wollte ich an dieser Stelle gar nicht gesprochen haben. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Kollegin Henzler für die Fraktion der F.D.P.

Dorothea Henzler (F.D.P.):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir müssen in einem ganz schrecklichen Land leben - nach dem, was Frau Kollegin Fuhrmann eben dargestellt hat.

(Petra Fuhrmann (SPD): Vor allem, was Sozialpolitik betrifft! - Norbert Schmitt (SPD): Sozialpolitisch stimmt das auch!)

Ich muss ganz ehrlich sagen, wenn ich mit Verbänden und Vereinen in der Sozialpolitik rede - und das tue ich sehr häufig -, kann ich das alles überhaupt nicht feststellen. Sie haben eines richtig geschildert, und das hat Frau Schönhut-Keil auch getan. Frau Fuhrmann hat erst einmal die Grundsätze der Sozialpolitik allgemein dargestellt. Frau Schönhut-Keil hat gesagt, dass es nicht ganz einfach sei, unter bestimmten Sparzwängen richtige und menschliche Sozialpolitik zu machen. Ich will Ihnen aber etwas sagen: Wir sind dabei und tun etwas. Wir machen mutige Sozialpolitik. Wir machen gute Schritte und machen trotzdem menschliche Politik.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Norbert Schmitt (SPD): Den Abbau als "mutig"?)

Eines möchte ich Ihnen gleich einmal sagen: Irgendwie scheint es in der SPD-Fraktion unheimlich gewalttätig zuzugehen, wenn dauernd einer von Ohrfeigen spricht.

(Petra Fuhrmann (SPD): "Watschen" könnte ich auch sagen!)

Irgendwie war das bei Ihnen in der Koalition früher so. Bei uns gibt es weder Ohrfeigen für eine Ministerin noch Ohrfeigen für Abgeordnete. Wir sprechen die Dinge häufig auch einmal kontrovers durch und kommen dann zu einer gemeinsamen Lösung.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Heinrich Heidel (F.D.P.): So geht das bei uns! - Norbert Schmitt (SPD): Diese Koalition als einzige "Idylle", die es noch gibt!)

Haushaltsberatungen sind bei uns auch anders, als sie es bei Ihnen waren. Haushaltsberatungen in dieser Koalition finden so statt, dass die Minister Kabinettsentwürfe vorlegen, hinterher die Abgeordneten darüber beraten und selbstverständlich Anträge stellen können, wenn sie eigene Schwerpunkte setzen wollen, diese natürlich auch gegenfinanzieren. Auch das funktioniert in dieser Koalition.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU)

Ich kann mich erinnern, dass Frau Stolterfoht morgens um 9 Uhr frisch aus der Dusche mit verheulten Augen aus den Haushaltsberatungen der Koalition hier im Plenum antrat. Da ging es etwas anders zu.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie kam aus der Sitzung, aber verheulte Augen hatte sie nicht!)

- Doch, das hatte sie schon. - Jetzt kommen wir einmal zurück zur Sozialpolitik. Sozialpolitik ist nicht nur dann gut, wenn Riesensummen eingesetzt werden, sondern Sozialpolitik ist gut, wenn man vernünftige Konzepte hat und auch an ihre Umsetzung kommt. Da reicht nur Schlechtmachen überhaupt nicht.

(Norbert Schmitt (SPD): Bei so einer Rede können einem schon die Tränen kommen! - Gegenruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU): Sie können doch gar nicht mehr weinen!)

- Jetzt spricht hier vorne der große Sozialpolitiker - na ja. - Frau Schönhut-Keil, ich kann übrigens nicht verstehen, was Sie mit der Drogenberatung haben. Wir setzen den Heroinversuch um. Ich kann auch nicht ganz verstehen, was mit der Schwangerschaftskonfliktberatung los sein soll. Auch da haben wir beschlossen, dass wir alle zugelassenen Beratungsstellen nach Recht und Gesetz finanzieren werden.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die beiden Beispiele waren ganz daneben. Mein Fraktionsvorsitzender hat heute Morgen gesagt: Die Politik dieser Koalition ist modern, sie ist mutig, und sie ist menschlich. - Das trifft auch für die Sozialpolitik zu.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU)

Wir haben Gestaltungskraft trotz des Sparzwanges, der uns auferlegt ist. Wenn Sie die familienpolitische Offensive hier schlecht machen: Das ist die Offensive, die endlich Flexibilisierung in der Kinderbetreuung schafft.

(Petra Fuhrmann (SPD): Warum Millionen gestrichen?)

Sie soll nämlich unterstützen, wenn längere Öffnungszeiten morgens stattfinden. Sie soll finanzieren und unterstützen,

wenn verlängerte Öffnungszeiten abends stattfinden. Es geht nicht immer nur darum, neue Plätze zu schaffen. Es geht darum, mit den vorhandenen Ressourcen flexibler umzugehen. Das heißt, in die Kindergärten, die wir jetzt haben, in die Gebäude, die wir haben, sollen auch Kinder aufgenommen werden, die älter als sechs Jahre sind. Und es sollen Kinder betreut werden, die jünger als drei Jahre sind. Das ist das, was wir anstoßen wollen. Das ist das, was wir den Kommunen und Trägern an Freiheit geben.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb ist unsere Sozialpolitik eine mutige Sozialpolitik, weil wir nämlich keine von oben nach unten reichende Regulierungswut haben, wie es bisher immer war. Wir haben Vertrauen in die Leistungserbringer. Wir haben auch Vertrauen in die Betroffenen. Deshalb führen wir die Standards auf Mindeststandards zurück, weil wir sagen: Kommunen und freie Träger wissen am allerbesten, was vor Ort nötig ist, wie Kindertagesstätten aussehen müssen, wie sie räumlich und baulich zu sein haben und wie das zeitliche Drumherum auszusehen hat.

Deshalb werden wir den Versuch mit der Pauschalierung der Sozialhilfe machen. Wir sagen nämlich: Wir trauen auch den Sozialhilfeempfängern zu, dass sie mit Geld eigenverantwortlich umgehen können und nicht immer nur als Bittsteller für jede Kleinigkeit im Sozialamt antreten müssen.

(Beifall bei der CDU - Petra Fuhrmann (SPD): Das hat doch nichts mit Bittstellerei zu tun!)

Wir sind für die Effizienz der eingesetzten Mittel im Mittelpunkt der Bewertung von Sozialpolitik. Und das ist ein neues Kennzeichen der Sozialpolitik. Das haben wir seit 1995 angemahnt. Wie oft sind wir hier dafür gescholten worden, dass wir gesagt haben: Auch Sozialpolitik muss effizient und effektiv sein und nachweisen, was sie leistet. Es muss bewiesen werden, ob das Geld richtig eingesetzt ist.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben den Modellversuch Kassel/Groß-Gerau weitergeführt. Er stammt als Idee nicht von uns. Deshalb werden wir jetzt von den freien Trägern vor Ort geprügel, die plötzlich zum ersten Mal merken, dass sie sich untereinander einmal einigen müssen und untereinander mit direkten kommunalen Trägern in Konkurrenz treten, dass das Geld plötzlich umverteilt und gekuckt wird, wer eigentlich wie viel wovon kriegt, und nicht einfach landesweit mehr oder weniger gleichmäßig. Ich bin sehr gespannt, wie das ausgeht. Sie wissen genau, ich war da etwas kritisch. Im Moment scheint da sehr viel in Bewegung zu geraten, sodass man dem Ganzen ganz positiv gelassen entgegenblicken kann.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Ich will jetzt nicht den ganzen Haushalt herunterbeten, sondern insbesondere drei Schwerpunkte der F.D.P. nennen. Wir machen menschliche Sozialpolitik. Wir machen konkrete Initiativen. Wir haben die auch eben gegründete Landesarbeitsgemeinschaft der Kinder- und Jugendtelefone mit 100.000 DM unterstützt. Das ist erstmals eine Unterstützung für diese Einrichtung, die konkret Kindern und Jugendlichen zugute kommt, die konkret für die Sorgen der Kinder und Jugendlichen da ist. Das sieht man daran, dass die Zahl der Nutzer drastisch und deutlich steigt.

Das ist Sozialarbeit im Vorfeld. Kinder und Jugendliche, denen da an den Telefonen geholfen werden kann, haben hinterher keine größeren Probleme. Die finden vielleicht leichter zu einer Lösung ihrer am Anfang vielleicht noch kleinen Probleme. Wir unterstützen hier Eigeninitiative direkt und geben direkt Hilfe im Vorfeld. Wir wollen, dass diese Kinder- und Jugendtelefone - es sind jetzt sechs in Mittel- und Südhessen - auch in den nordhessischen Raum ausgedehnt werden. Wir wollen auch, dass eine Beratung von Jugendlichen zu Jugendlichen initiiert wird und dass entsprechend der modernen Technik eine Internetberatung vom Kinderschutzbund eingerichtet werden kann. Dafür haben wir direkte Mittel im Haushalt. Das ist neu. Das ist Initiative. Das ist modern.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Wir haben den Betrag für die "Soziale Stadt" zum ersten Mal in einer eigenen Haushaltsstelle - zumindest die Sozialbetreuung - und haben dort 2 Millionen DM eingesetzt, hälftig geteilt zum einen für Integrationsmaßnahmen und zum andern für andere soziale Maßnahmen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Viel zu wenig!)

Das ist moderne Sozialpolitik. Das ist nämlich ein komplett neuer Ansatz. Sie können sagen: Das ist viel zu wenig. - Sie haben dafür gar nichts eingesetzt. Das ist wirklich wahr.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Frau Fuhrmann, als Sozialpolitikerin kann ich Ihnen nur sagen: Ich habe immer viel zu wenig Geld für all das, was ich den Menschen Gutes tun möchte. Das ist nun einmal so. Dann aber muss ich das vorhandene Geld dort einsetzen, wo es wirklich effektiv und nötig ist.

(Heinrich Heidel (F.D.P.): So ist es!)

Lassen Sie mich das am Beispiel Eschwege sagen. Dort hat sich ein Trägerverein gegründet, der das Konzept "Soziale Stadt" umsetzt. Dort arbeiten die Kirchen, die Schulen, die Stadt, die Volkshochschule, die Arbeiterwohlfahrt, die Diakonie, die Wohnungsbaugesellschaft, der Kreisausschuss, die Werkstatt für junge Menschen und der Arbeitskreis für gemeindenahe Gesundheitsversorgung zusammen. Neu daran ist, dass plötzlich ein ganzheitlicher, ein sozial-räumlicher Ansatz gewählt wird. Ich sage nicht, dass ich für soundso viele Leute an soundso vielen Orten Beratungsstellen brauche, sondern ich gucke mir die räumlichen Bedingungen eines Stadtteils sehr genau an, bilde mit der dort wohnenden Bevölkerung einen gemeinsamen Arbeitskreis und überlege mir, wie ich dort helfen kann.

Die Gemeinwesenbeauftragte hat ein Stadtteilbüro, in das alle Menschen kommen können, in dem es Beratung gibt und den Menschen gesagt wird, wo es die weiterführende Fachberatung gibt. Das haben wir schon immer kritisiert: Es gibt Hunderte von Beratungsstellen für Hunderte von Problemen, aber derjenige, der ein Problem hat, weiß bei der großen Anzahl von Beratungsstellen gar nicht, wohin er mit seinem Problem eigentlich gehört.

Man muss sagen, dass die "Soziale Stadt" ein komplett neuer Ansatz ist, und wir werden ihn mit einem hohen Einsatz von Geldmitteln finanzieren und unterstützen. Wir erwarten dort eine effektive Umsetzung und letztendlich auch Einsparkapital, weil die sozialen Hilfen besser, direkter und gezielter bei den Menschen ankommen werden.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Sie haben die Ehrenamtsschulung - umgewandelt in Bürgerengagement - genannt. Auch auf diesem Gebiet sind wir

mobil. Wenn wir merken, dass etwas in die Sackgasse führt und nicht zu dem Ziel gelangt, das wir eigentlich anstreben, ändern wir Titel und Aufgaben. Wir wollen eben nicht nur Lohnkostenerstattung für Bildungsurlaub. Wir wollen die Ehrenamtsschulung direkt unterstützen, und zwar unmittelbar dort, wo sie gebraucht wird. Frau Fuhrmann, wenn Sie den Haushalt richtig gelesen hätten,

(Petra Fuhrmann (SPD): Habe ich!)

hätten Sie festgestellt, dass dort besonders deutlich "Förderung von Hospizarbeit" drinsteht. Da haben Sie genau das, was Sie hier angemahnt haben. Wir wollen die Ehrenamtsschulung insbesondere für die in der Hospizarbeit Tätigen fördern.

(Beifall bei der F.D.P.)

Aber wir geben nicht irgendeine Summe vor, die dann vielleicht ausgegeben wird, obwohl sie gar nicht benötigt wird, sondern wir sagen: Es befinden sich insgesamt 1 Million DM in diesem Topf, und je nachdem, wie viel in dem Moment für die Ehrenamtsschulung benötigt wird und wie viel sich dabei auf die Hospizarbeit verteilt, wird das auch genehmigt werden. - Ich denke, das ist ein sinnvollerer Ansatz, als einfach eine bestimmte Summe zu nennen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Lassen Sie mich abschließend sagen: Die Sozialpolitik dieser Landesregierung - selbst wenn Sie noch so viel daran herumäkeln - ist modern, mutig und menschlich. Das spiegelt sich in diesem Haushalt wider.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU - Petra Fuhrmann (SPD): Es wird mutig gestrichen!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Staatsministerin Mosiek-Urbahn als Sozialministerin.

Marlies Mosiek-Urbahn, Sozialministerin:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Haushaltsansatz 2001 des Einzelplans 08 beläuft sich auf rund 1,2 Milliarden DM. Er ist damit um etwa 8% niedriger als im Vorjahr.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das wollen Sie uns als gute Nachricht verkaufen?)

Die Absenkung dieses Ansatzes hat einen ganz klaren Grund. Es werden 12 Millionen DM Personalkosten eingespart, es gibt Ausgabenreduzierungen nach dem Landesaufnahmegesetz, und es kommt ein geringerer Aufwand bei den Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz hinzu.

Aber es kommt darauf an, dass das, was früher unter dem Stichwort Sozialbudget lief, also die freiwilligen Leistungen, von 109,9 Millionen DM auf 122,5 Millionen DM im Haushalt 2001 erhöht wird.

(Beifall bei der CDU)

Von wegen Steinbruch. Die Rede von dem Steinbruch ist reines Wunschdenken nach dem Motto: Hauptsache dagegen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Uiuui!)

Der eingebrachte Einzelplan 08 setzt neue wesentliche Akzente in der hessischen Sozial- und Familienpolitik. Fami-

lie ist die tragende Säule unserer Gesellschaft. Ohne Familie gibt es keine Zukunft. Kinder und Jugendliche stehen für Innovation. Unter diesem Gesichtspunkt müsste Familienpolitik eigentlich oberste Priorität haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Der Nachholbedarf, den uns unsere Vorgängerregierung hinterlassen hat, ist allerdings kaum zu decken.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hanebüchener Unsinn!)

Er ist so beträchtlich, dass wir Jahre brauchen werden, um das aufzuholen. Es geht mit neuen Akzenten in der Familienpolitik z. B. darum, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Es kann uns nicht gleichgültig lassen, dass berufstätige Eltern Tag für Tag kämpfen müssen, um den erforderlichen Betreuungsbedarf für ihre Kinder zu überbrücken.

(Beifall bei der CDU - Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wollen Sie uns vorwerfen?)

Dreh- und Angelpunkt ist daher für alle Altersstufen ein gut ausgebautes System von familienergänzenden Angeboten zur Kinderbetreuung mit ausreichend langen und flexiblen Öffnungszeiten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die Landesregierung nutzt hier ihren Spielraum und setzt eigene Akzente zur Umsetzung der familienpolitischen Offensive. Die Versorgungslücken werden kontinuierlich abgebaut. Hessen muss deutlich familien- und kinderfreundlicher werden. Deshalb stehen im Haushalt 2001 dafür insgesamt zusätzliche 12 Millionen DM bereit, und sie werden sich zusammen mit den 4 Millionen DM des letzten Jahres für das Sofortprogramm zu einem Gesamtvolumen von 16 Millionen DM addieren.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie aber schön aufgeschrieben!)

Ich nehme ausdrücklich Bezug auf die weiteren Ausführungen des Kollegen Zumbärgel, was die Kindergartenförderung insgesamt angeht. In dem neuen Programm wird es einen kleineren Investitionsteil geben. Der Hauptteil wird gezielt als Anreizfinanzierung eingesetzt werden, um die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten zu verbessern, zu erweitern und flexibler zu gestalten, um damit ein wohnortnahes, differenziertes und vor allen Dingen bedarfsorientiertes Angebotsspektrum zur Tagesbetreuung von Kindern aller Altersstufen sicherzustellen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Innovative örtliche Maßnahmen, z. B. die qualifizierte Vermittlung und Beratung von Tagesmüttern oder -vätern, aber auch Elterninitiativen, die in Eigenregie ein Angebot aufbauen wollen, sollen besonders gefördert werden.

Meine Damen und Herren, unter dem Stichwort Familienförderung gibt es eine Vielzahl weiterer neu geförderter Ansätze. Ich möchte hier nur den Familienatlas und darüber hinaus die verstärkte Förderung der Mütterzentren erwähnen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ein weiterer wichtiger Akzent wird in der Integrationspolitik gesetzt.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja etwas ganz Neues!)

Integration lässt sich ganz sicher nicht mit Geld kaufen. Integration ist nur über Bewusstseinsänderungen auf beiden Seiten möglich. Integration findet vor allem im Kopf statt. Allerdings setzt Integration eine Bewusstseinsänderung voraus, damit sich die Menschen verstehen und verständigen können.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Dazu muss der Weg geebnet werden. Dazu bedarf es staatlicher Unterstützung. Deshalb engagiert sich das Land Hessen auch finanziell beträchtlich in der Integrationsförderung. Wir haben für die Integration beachtliche Leistungen vorgesehen. Konkret wurde der Ausgabenansatz "Betreuung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien" um 107.000 DM auf 2,2 Millionen DM erhöht. Ferner wird ein neues Programm zur Förderung von Integrationsmaßnahmen mit 1,5 Millionen DM geschaffen. Dieses Programm wird nach dem Antrag der Koalitionsfraktionen noch einmal um 1 Million DM aufgestockt, sodass im Sozialministerium insgesamt 4,7 Millionen DM ausschließlich zum Zwecke der gezielten zusätzlichen Integrationsförderung zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was wollen Sie denn dann machen?)

Für Maßnahmen zur Betreuung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Trägerschaft von Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege werden im kommenden Haushaltsjahr die Landeszuschüsse erhöht werden. Mit den im Landeshaushalt 2001 zusätzlich vorgesehenen 2,5 Millionen DM werden vor allen Dingen innovative Projekte gefördert werden, d. h. solche Projekte, die bislang nur unzureichend durch die regulären Angebote einzelner Träger abgedeckt sind, und neue Ansätze, die die Partizipation von Zuwanderinnen und Zuwanderern und auch Spätaussiedlern verfolgen. Besonderer Handlungsbedarf besteht hier insbesondere im Bereich des interkulturellen Lernens, der Sprachförderung und im Erwerb der deutschen Sprache sowie in der Förderung und Unterstützung der Mehrsprachigkeit.

Meine Damen und Herren, der Staatssekretärsausschuss ist dabei, einen Maßnahmenkatalog zur Integrationsförderung zum Abschluss zu bringen. Der Integrationsbeirat wird darüber beraten, und schließlich wird das Kabinett entscheiden. Aber eines ist ganz klar: Das finanzielle Engagement des Landes für Integration erschöpft sich natürlich nicht in den genannten 4,7 Millionen DM. Der Maßnahmenkatalog geht weit darüber hinaus. Ich bin in diesem Zusammenhang auch noch nicht auf das Engagement im Bereich der "Sozialen Stadt" oder im Bereich der Spätaussiedler eingegangen.

Die Aufgabe Integrationsförderung ist, auch finanziell, in allen Abteilungen meines Haus angesiedelt, also z. B. auch in der Frauenabteilung, in der Arbeitsabteilung und darüber hinaus in allen Ressorts der Hessischen Landesregierung. Alle Ressorts leisten Aufwendungen zur Integrationsförderung. Nicht unerwähnt lassen möchte ich, dass sich unsere Förderprogramme, z. B. HARA, genauso an Zuwanderer richten wie an Deutsche; auch das muss gesehen werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Es ist also überhaupt nicht möglich, das gesamte Engagement für Integration der Hessischen Landesregierung in einer Summe zu nennen.

(Beifall des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Meine Damen und Herren, Akzente in der Arbeitsmarktpolitik: Bereits im letzten Jahr haben wir deutlich gemacht, dass unser ganzes Bestreben im Sozialministerium darauf gerichtet ist, Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt zu schaffen und zu vergeben. Die Landesregierung hat sich dabei im Gegensatz zu Rot-Grün selbst in die Pflicht genommen, mit originären Mitteln, nicht wie bei "Arbeit statt Sozialhilfe" mit Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs,

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

sondern mit originären Landesmitteln, in Arbeitsmarktprogramme zu investieren. Das Hessische Aktionsprogramm Regionale Arbeitsmarktpolitik, HARA, wird im Jahre 2001 mit 5 Millionen DM im Haushalt finanziert. Dazu kommen dann noch ESF-Mittel in einem Volumen von rund 8 Millionen DM. HARA ist ein Erfolg. Es geht weit über den Ansatz von "Arbeit statt Sozialhilfe" hinaus, das sich auf den zweiten Arbeitsmarkt konzentriert hatte, viel zu aufwendig war und kaum messbaren Erfolg gebracht hatte.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die am meisten nachgefragte Maßnahmeart von HARA, nämlich "Sprungbrett", ist schon jetzt ein großer Erfolg. Es gibt die richtige und passgenaue Antwort auf die Veränderungen der Arbeitswelt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Erfolgreich läuft auch das Programm "Ausbildung statt Sozialhilfe", an dem sich 23 Sozialhilfeträger beteiligen. Insgesamt werden 111 Ausbildungsplätze gefördert. Für das nächste Haushaltsjahr wird der Ansatz um 142.000 DM auf fast 6,2 Millionen DM erhöht, zusätzlich zu einer Verpflichtungsermächtigung.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ausgerechnet dieses Programm hatte Rot-Grün gestrichen, um die Verpflichtung aus der verfehlten Finanzierung der Altenpflegeschulung zu beseitigen,

(Petra Fuhrmann (SPD): Was sagen Sie denn da?)

obwohl wir uns gerade diesem Adressatenkreis zuwenden müssen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Hier geht es um Jugendliche, die meist nicht einmal den Hauptschulabschluss haben. Es geht um Jugendliche, die durch alle Raster fallen, und hier gibt es eine echte soziale Verpflichtung. Diese Verpflichtung haben wir angenommen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir wollen nämlich alles daransetzen, schon das Entstehen von Sozialhilfeberufen an der Wurzel zu packen.

Ein weiterer Akzent wird im Rahmen des Sozialhaushalts im Bereich "Soziale Stadt" gesetzt. Federführend ist das Wirtschaftsministerium mit investiven Maßnahmen. Uns geht es darum, im sozialen Bereich flankierende Maßnahmen zu fördern; insbesondere Stadtteile mit hohen Zuwandereranteilen in der Bevölkerung sind Ziel dieser Maßnahme. In der Vergangenheit standen im Sozialressort für derartige Maßnahmen keine gesonderten Mittel zur Verfügung. Diesmal wird ein Betrag von 1 Million DM zusätzlich im Programm stehen.

Ein weiterer Akzent wird gesetzt auf die Politik für Vertriebene. Die Weiterentwicklung der Vertriebenenarbeit und die Förderung der ostdeutschen Volkskultur werden auch

das vor uns liegende Haushaltsjahr prägen. Hier wird sich die Förderung auf insgesamt 1,15 Millionen DM belaufen. Das ist doppelt so viel wie im Jahre 1998. Dies bezeugt den Stellenwert dieser Arbeit für uns - ganz im Gegensatz zur rot-grünen Vorgängerregierung.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Spätaussiedler und deren Familienangehörige, die auf der Grundlage des Bundesvertriebenengesetzes nach Deutschland gekommen sind, begründen einen rechtmäßigen Daueraufenthalt in der Bundesrepublik. Deshalb ist es unser Bemühen, diesem Personenkreis Perspektiven aufzuzeigen, damit ihre Integration erfolgreich verlaufen kann. Der Haushaltsansatz im Kapitel Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Spätaussiedlern beläuft sich auf insgesamt fast 47 Millionen DM. Ich denke, damit macht die Hessische Landesregierung deutlich, wie sehr sie sich diesem Bereich verpflichtet fühlt.

Die Akzente im Bereich Senioren und Menschen mit Behinderungen kommen insbesondere in dem Investitionsprogramm für Alteinrichtungen zum Ausdruck. Dieses wurde nämlich ausgeweitet. Es hat nunmehr ein Volumen von 60 Millionen DM. Es wurde im Vergleich zum Vorjahr um 15 Millionen DM aufgestockt. Hinzu kommt eine Finanzierung über sehr viel kostengünstigere Darlehen, als es früher der Fall war. Dies wurde ausdrücklich und nachhaltig begrüßt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Ministerin, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Marlies Mosiek-Urbahn, Sozialministerin:

Nein, die Zeit erlaubt es mir nicht. - Zur Finanzierung der Ausbildungskosten für Altenpflegehelfer haben wir 500.000 DM zusätzlich etatisiert, und die Förderung des Modellprojektes Neugeborenencreening wird um 118.000 DM erhöht werden.

Noch ein Wort zum Abbau der Arbeitslosigkeit im Bereich der Schwerbehinderten. Auch hier ist das Sonderprogramm verlängert und um 10 Millionen DM auf 25 Millionen DM erhöht worden.

Schließlich noch zum Ehrenamt. Auch hier gibt es einen neuen Ansatz mit einem Volumen von 1 Million DM. Das macht deutlich, dass wir das Bürgerengagement in Hessen unterstützen, und in diesem Bereich werden auch die Koordinierung und der Ausbau der Hospizarbeit ihre Würdigung finden können.

Meine Damen und Herren, mein Fazit ist: Gemessen an den Vorgaben kann sich der Sozialhaushalt sehen lassen. Er trägt die deutliche politische Handschrift der CDU/F.D.P.-Landesregierung. Der von Rot-Grün zurückgelassene Steinbruch im Sozialhaushalt wird langsam zurückgeführt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Lesung des Haushaltsplans 08 beendet.

Ich rufe jetzt den

Einzelplan 03 - Hessisches Ministerium des Innern und für Sport -

auf. Die Redezeit beträgt 15 Minuten pro Fraktion. Das Wort hat Herr Kollege Karwecki für die SPD-Fraktion.

Rolf Karwecki (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon sehr bemerkenswert, dass zur Beratung des Einzelplans 03 der Herr Minister gerade so eintrifft.

(Zuruf von der CDU: Er ist doch gerade durch die Tür eingetreten!)

- Na ja, einigermassen pünktlich noch. - Auch im Einzelplan des Innenministeriums setzen Sie, Herr Minister, mit den Ansätzen zum Haushalt 2001 eine Politik fort, die in weiten Teilen unschlüssig, realitätsfern sowie ungläubwürdig ist und bei Bürgern wie auch bei Bediensteten für Verunsicherung sorgt.

Das zeigt sich allein schon an Ihren Pilotprojekten für die freiwillige Polizei und die Wachpolizei. Herr Minister, inzwischen müssen Sie gemerkt haben, dass Sie den falschen Weg eingeschlagen haben. Bei der Wachpolizei konnten Sie zum 1. Oktober entgegen Ihren Planungen gerade einmal zwei Drittel der ausgeschriebenen Stellen besetzen, und das auch nur, weil Sie die Anforderungen an die Bewerber während des laufenden Auswahlverfahrens herabgesetzt haben.

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Diese Methode ist interessant. Wenn mir also ein Ergebnis nicht passt, dann verändere ich einfach die Vorgaben so lange, bis das herauskommt, was meinem Gusto entspricht.

Ich stelle erneut fest: Unser Land, die Bürgerinnen und Bürger wollen bei der Sicherheit keine Amateure. Die Bürgerinnen und Bürger fordern bei der inneren Sicherheit zu Recht Professionalität. Diese wiederum gewährleisten Sie nicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entgegen Ihren früheren Forderungen sind Sie, Herr Minister, nicht bereit, alle Stellen für Angestellte bei der Polizei freizugeben. Gerade einmal 30 Stellen haben Sie wieder besetzt, versprochen hatten Sie viel mehr. Hoch qualifizierte Beamte müssen so Büroarbeiten leisten, obwohl sie in der aktiven Kriminalitätsbekämpfung, also vor Ort, wesentlich effektiver wirken könnten.

Wo wir gerade beim Stichwort Effektivität sind, ist Ihre Neuorganisation der Polizei anzusprechen. Landauf, landab sind Beamte verunsichert, weil ihnen Informationen fehlen. Sie sind zwar grob über das Vorhaben unterrichtet, aber die Auswirkungen auf die einzelnen Dienststellen wurden den betroffenen Beamten immer noch nicht aufgezeigt. Gerüchte beherrschen die Landschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Diese Verunsicherung beeinträchtigt die eigentlichen Polizeiaufgaben in beachtlichem Maße, und zwar in negativer Richtung. Es wird diskutiert, und notwendige Arbeiten bleiben teilweise liegen.

Eines ist allen Beamten, mit denen ich gesprochen habe, klar: Die angebliche Reform produziert entgegen Ihren ur-

sprünglichen Aussagen wieder einmal mehr Häuptlinge, obwohl wir an sich mehr Indianer bräuchten.

Meine Damen und Herren, Sie hatten als Grundlage dieser Reform unter anderem kriminalgeographische Gesichtspunkte aufgezeigt. Davon ist nichts übrig geblieben.

(Armin Klein (CDU): Selbstverständlich doch!)

Aus reinem Opportunismus wird stattdessen ein zusätzliches Präsidium eingerichtet - wieder mehr Kosten für Baulichkeiten, wieder mehr Kosten für zusätzliche Stabsfunktionen. Ich frage: Zu welchen Lasten, wenn Sie gleichzeitig eine Aufstockung des Personals verhindern? Im Gegenteil, Sie riskieren sogar, dass mittelfristig mehr Beamte ausscheiden, als für Nachwuchs gesorgt ist.

Meine Damen und Herren, wir haben Sie mit unseren Anträgen zum Haushalt auf das Problem der Angestellten und der Anwärter hingewiesen. Aber die Sie tragenden Fraktionen haben die SPD-Anträge pauschal, ohne jegliche Diskussion abgelehnt. Stattdessen haben die Fraktionen von CDU und F.D.P. die Aufgabe übernommen, die Versäumnisse Ihres Hauses, Herr Minister, bei der Haushaltsaufstellung zu korrigieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist schon seltsam, dass es eines Fraktionsantrages bedarf, um die Mittel für neue, zusätzliche Polizeifahrzeuge bzw. für deren Betrieb realistisch im Haushalt auszuweisen. Noch eigentümlicher muten Ihre entsprechenden Deckungsvorschläge an, die willkürlich und nicht nachprüfbar die Bedarfsanmeldungen der Regierungspräsidien zusammenstreichen und Kürzungen bei den Post- und Fernmeldebühren vornehmen. Solche Kürzungen sind in Anbetracht aller bekannten Entwicklungen völlig aus der Luft gegriffen.

Meine Damen und Herren, ich will nicht verschweigen, dass einige wenige Teile Ihres Haushalts und auch einige Anträge der Koalitionsfraktionen mit unseren Zielsetzungen übereinstimmen. Zu nennen ist hier z.B. die Absicht zur Beschaffung eines nachflugtauglichen Polizeihubschraubers. Nur erscheint uns in diesem Zusammenhang unklar, warum diese Probleme bei der Beschaffung entstehen.

So ist es auch richtig - damit komme ich zu einem anderen Bereich -, den Sport und ihn tragende Vereine mehr als bisher zu fördern. Diesen Weg hatten wir Ihnen bereits mit unseren Änderungsanträgen zum letztjährigen Haushalt aufgezeigt. Wir freuen uns, dass Sie unsere Ideen hier wieder aufgegriffen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Armin Klein (CDU): Vor zwei Jahren hatten Sie die Gelegenheit! Da haben Sie es nicht gemacht!)

Besonders interessant erscheint uns in diesem Zusammenhang der Aspekt der besseren Eingliederung junger ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger über den Sport. Hier hat Herr Kollege Klee als Praktiker richtig angesetzt. Das findet unsere volle Unterstützung.

Ebenfalls als richtig erachten wir, dass die Gelder für die Kosovo-Flüchtlinge aufgestockt werden und so ein Beitrag erfolgt, diese Menschen in ihre jetzt befriedete Heimat zurückkehren und dort Aufbauarbeit leisten zu lassen.

Kein Verständnis findet dagegen bei uns Ihre Politik im Bereich allgemeine Hilfe und Brandschutz. Hier agieren Sie mehr als unsolid und betreiben Augenwischerei. Sie kümmern sich nicht um Planungssicherheit. Sie vernachlässigen

sigen also die dringend notwendige Sicherung der Einnahmen. In diesem Zusammenhang ist es für mich besonders interessant, dass ich auf Nachfrage in der kursorischen Lesung erfahren musste, dass erst jetzt eine Staatssekretärsarbeitsgruppe eingesetzt werden soll - nicht etwa eingesetzt ist, nein, erst jetzt eingesetzt werden soll -, die sich näher mit der Feuerschutzsteuer befasst. Das geschieht erst jetzt, obwohl Ihnen die Probleme schon vor Ihrem Regierungsantritt bekannt waren und obwohl die Probleme bei Ihrem Regierungsantritt vor knapp zwei Jahren Ihnen noch verdeutlicht wurden. Sie sind auch in mehreren Anfragen hierauf hingewiesen worden. Aber die Anfragen haben Sie teilweise widersprüchlich beantwortet. Sie haben auch keine Lösungsansätze aufgezeigt. Sie haben viel wertvolle Zeit verschwendet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, stattdessen zwingt der Innenminister die Kommunen zu Vorfinanzierungen, die viel Geld kosten - natürlich nicht das Geld des Landes, sondern das Geld der Kommunen -, wobei an der Vorfinanzierung ausschließlich die Geldinstitute verdienen. Zwar ist auf den ersten Blick - das räume ich ein -, allerdings nur auf den ersten Blick, der Antragsstau verschwunden. Aber die Zuwendungen für die Gemeinden betragen nicht etwa 40, nicht 35, nicht 30, nicht 25, sondern unter dem Strich in vielen Fällen nur 20 oder gar 15%. Außerdem binden Sie den Landeshaushalt mehr als zehn Jahre im Voraus. Sie verfrühstücken damit heute Mittel, deren Disposition eigentlich einem künftigen Landtag und einer Nachfolgeregierung zusteht, die Sie mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht stellen werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abg. Armin Klein (CDU))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Koalition verfügt heute über Mittel, die, wenn überhaupt, erst in acht, neun oder zehn Jahren eingehen. Das ist unsolid und äußerst bedenklich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abg. Armin Klein (CDU))

Für die Feuerwehren, bei denen sich in Kürze, sozusagen über Nacht, unabweisbarer, aus der Not geborener dringender Investitionsbedarf ergibt, haben Sie nunmehr keine Bewilligungskontingente. Herr Minister, Sie stehen jetzt mit leeren Händen da. Wo bleibt denn das Umsetzen Ihrer seinerzeit erhobenen Forderungen?

Nur zur Erinnerung. Sie hatten gefordert, die 10-prozentige Bindung der Feuerschutzsteuer für den Katastrophenschutz aufzuheben. Was ist passiert? Eine entsprechende Initiative ist ausgeblieben.

Sie hatten gefordert, die Kosten des Brandschutzpersonals auf Landesebene nicht aus Feuerschutzsteuermitteln zu finanzieren. Auch hier Fehlanzeige bei jeglicher Unterstützung.

(Zuruf des Abg. Stefan Grüttner (CDU))

Sie hatten auch gefordert, allgemeine Landesmittel für die Zuwendungen für Kommunen einzusetzen. Genau das haben wir als so genanntes Notprogramm mit dem SPD-Antrag vorgeschlagen. Ihre Reaktion: Ablehnung, sonst nichts.

(Armin Klein (CDU): Viele Bürgermeister haben dem zugestimmt!)

Aber weil Sie die von uns aufgezeigte Problematik dank unserer Nachhilfestunde jetzt auch erkannt haben, sind Sie

schnell hergegangen und haben einen Antrag produziert, in dem Sie über Verpflichtungsermächtigungen ganz einfach ein solches Notprogramm aus allgemeinen Landesmitteln vorsehen, das wir Ihnen vorgeschlagen haben - wenigstens etwas, aber eine zusätzliche Hypothek auf die Zukunft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zusammenfassend stelle ich fest: Im Bereich des Ministeriums des Innern und für Sport haben Sie Notwendigkeiten nur teilweise wahrgenommen und nur bedingt in einigen Sektoren brauchbare Lösungsansätze aufgezeigt. Überwiegend sind Ihre Vorstellungen aber nicht geeignet, den aktuellen Erfordernissen und den berechtigten Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger Rechnung zu tragen.

Sie übersehen, dass es dringende Notwendigkeiten gibt. Sie sorgen für Verunsicherung. Sie belasten die Städte und Gemeinden. Sie weisen sinnvolle Änderungsanträge ohne Diskussion zurück. Ihre Finanzierung ist mehr als unsolid. Herr Minister, deswegen werden wir den Entwurf Ihres Einzelplans im Endergebnis ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Klein für die CDU-Fraktion.

Armin Klein (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Karwecki, es ist bezeichnend, dass Sie sich in Ihrer Rede auf fast nur ein Gebiet beschränkt haben, nämlich den Brandschutz. Das ist übrigens auch noch das absolut falsche Thema. Sie haben vielleicht geglaubt, dort ein Konzept zu haben.

(Manfred Schaub (SPD): Ich weiß nicht, wo Sie zugehört haben!)

Bei diesem Thema kommt uns von den Bürgermeistern unglaublich viel Zustimmung entgegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir erhalten Dankesbriefe von Landräten und Bürgermeistern der SPD. Sie haben versucht, mit einer Umfrage Punkte bei den Bürgermeistern zu sammeln. Das ist in die Hose gegangen. Wir haben hier ein sehr schweres Erbe angetreten. Sie haben uns einen Berg in Höhe von 163 Millionen DM hinterlassen. In Abstimmung mit den Kommunen sind wir, wie ich meine, zu einer hervorragenden Lösung gekommen. Ich danke dem Innenminister dafür, dass er sich um diesen Bereich so hervorragend gekümmert hat.

(Beifall des Abg. Stefan Grüttner (CDU))

Um gleich den zweiten Bereich aufzunehmen, möchte ich sagen, dass er sich auch um den Sport in dieser hervorragenden Weise gekümmert hat. Wir haben bereits im letzten Haushalt 5% für den Sport draufgelegt. In diesem sollen sogar über 20% dazukommen.

(Stefan Grüttner (CDU): Zum Sport hat Herr Karwecki gar nichts gesagt!)

Verehrter Herr Kollege, dazu haben Sie überhaupt nichts gesagt.

(Stefan Grüttner (CDU): Zur inneren Sicherheit hat er erst recht nichts gesagt!)

Zur inneren Sicherheit haben Sie auch nur ganz wenig gesagt. Sie haben zur inneren Sicherheit so gut wie nichts gesagt.

Meine Damen und Herren, mit diesem Entwurf für den Haushalt des Jahres 2001 wird die Koalition den von ihr eingeschlagenen Weg auch auf dem weiten Feld der Innenpolitik erfolgreich fortsetzen. Ich darf schon hier dem Innenminister danken, dass er eine so intelligente Politik macht und trotz des wenigen Geldes, das dafür insgesamt zur Verfügung steht, so gute Konzepte vorlegt. Wir setzen bei der inneren Sicherheit einen Schwerpunkt. Das hat der Herr Ministerpräsident heute Morgen deutlich gesagt. Wir sind den Kommunen ein verlässlicher Partner. Das sieht man beim Brandschutz. Wir gewinnen durch sinnvolles Sparen bei den Personalausgaben verloren gegangene Spielräume wieder zurück.

Meine Damen und Herren, wer bei der inneren Sicherheit vorankommen will, muss bei der Polizei ansetzen. Herr Karwecki, Sie haben eben verschwiegen, dass es unsere Aufgabe als Landespolitiker ist, sie personell, sachlich und organisatorisch gut auszustatten. Meine Damen und Herren von der Opposition, bei Ihnen fehlte dieser Wille mit der Folge, dass wir nach acht Jahren rot-grüner Regierung an allen Ecken und Enden hier erheblichen Nachholbedarf vorgefunden haben. Wir müssen das jetzt abtragen.

(Rolf Karwecki (SPD): Die Zeit des Jammerns ist vorbei!)

Den Brandschutz habe ich eben erwähnt.

Sie haben der Polizei auch die modernen Fahndungsinstrumente verweigert, die heutzutage für eine erfolgreiche Ermittlungsarbeit notwendig sind. Das hessische Polizeigesetz stand zu Recht in dem Ruf, das lascheste in ganz Deutschland zu sein. Das haben wir geändert. Wir haben jetzt seit Mitte dieses Jahres das fortschrittlichste Polizeigesetz ganz Deutschlands. Wir haben in Hessen die Schleierfahndung und die Videoüberwachung von Kriminalitätsschwerpunkten möglich gemacht.

(Rolf Karwecki (SPD): Sie Schnüffler!)

Schon der erste Fahndungstag im Oktober - -

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

- Was hat er gesagt?

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): "Schnüffler"! Das geht so nicht!)

- Ich komme darauf gleich zu sprechen. - Der erste Fahndungstag - -

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das geht so nicht!)

- Lass ihn doch "Schnüffler" sagen. Was soll denn das?

Der erste Fahndungstag im Oktober 2000 hat es ganz deutlich gezeigt. Meine Damen und Herren von der Opposition, es war von Ihnen unverantwortlich, hier jahrelang ohne Rücksicht auf die Sicherheit der Bürger zu blockieren.

(Beifall der Abg. Michael Boddenberg und Klaus Dietz (CDU))

Ich habe es eben bereits gesagt: Auch die Videoüberwachung ist bereits angelaufen. Von wegen "Schnüffler", ich komme gleich darauf zu sprechen. Seit Ende September 2000 ist die erste Anlage dieser Art am Busbahnhof in Hofheim in Betrieb. Das ist ein Brennpunkt, an dem sich brutale Überfälle, Raub und Ähnliches ereignet haben. Die Menschen sind zufrieden. Umfragen haben ergeben, dass sich keiner beobachtet fühlt. Hier wird nichts vermutet, was in die Richtung von Orwell geht. Das war doch Ihre Vorstellung, die Sie hier vorgetragen haben. Wir haben für die

Beschaffung der Videoüberwachung knapp 1 Million DM eingesetzt.

Im Übrigen komme ich jetzt auf den Vorwurf des "Schnüfflers" zu sprechen. Es scheint, dass jetzt auch noch Teile der SPD versuchen, auf diesen fahrenden Zug aufzuspringen. Die traditionell linke Frankfurter SPD hat auf ihrem jüngsten Parteitag einen positiven Beschluss zur Videoüberwachung gefasst. Herr Karwecki, hören Sie gut zu. Eigentlich müssten Sie das wissen. Der Beschluss war pro Videoüberwachung. Schämen Sie sich, dass Sie noch nicht so weit sind. Die Angst, bei der Kommunalwahl von den Bürgern abgestraft zu werden, hat die Frankfurter Genossen offenbar zur Vernunft, zumindest aber zur Einsicht gebracht.

Ich komme damit zum zweiten Fall. So dürfte es sich auch bei der SPD in Baden-Württemberg verhalten. Auch hier ist es vermutlich die Angst vor den Wahlen. Dort läuft die Spitzenkandidatin der SPD durch das Land und fordert lautstark die Kameraüberwachung. Das macht dort die Spitzenkandidatin der SPD. Herr Karwecki, nur Sie sind noch von gestern.

(Rolf Karwecki (SPD): Ja!)

Mit dem neuen Haushalt werden wir 9,3 Millionen DM für den Ersatz veralteter Kriminaltechnik zur Verfügung stellen. Davon soll etwa die Hälfte an das Landeskriminalamt fließen. Dort müssen Gerätschaften erneuert werden, die 27 Jahre alt sind und ins kriminaltechnische Museum gehören. 400.000 DM werden wir allein in die bislang völlig unzulängliche DNA-Analyse investieren.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein Satz zur Budgetierung!)

- Herr Müller die Budgetierung ist gut. Offensichtlich wird die Budgetierung nicht überall richtig verstanden. Darin stimmen wir sicherlich überein. Ich hoffe, dass die Bußgelder da ankommen, wo sie hingehören, und nicht in einer anderen Kasse. Darin stimmen wir überein.

(Beifall der Abg. Jörg-Uwe Hahn und Michael Denzin (F.D.P.))

Da wird nachgesteuert werden müssen. Darin stimmen wir überein.

Meine Damen und Herren, die flächendeckende Ausstattung mit HEPOLAS ist ein wichtiges Thema. Das Land hat in den letzten Jahren, also ab 1997, etwa 100 Millionen DM dafür aufgewandt. Ich möchte damit nur einmal die Dimension nennen. Es zeichnet sich ab, dass HEPOLAS den Anforderungen nicht gerecht wird. Ich möchte es einmal so sagen. Das vorhandene System, dessen Einführung noch von der Vorgängerregierung in Auftrag gegeben wurde, kann nur zu sehr hohen Kosten mit dem bundesweit einzuführenden System INPOL neu kompatibel gemacht werden. Herr Bökel ist jetzt nicht da. Aufgrund dieser gravierenden Fehlentscheidung werden wir noch einmal sehr viel Geld in die Hand nehmen müssen, um die Polizei mit brauchbarer EDV ausstatten zu können. Herr Karwecki, wie ist das mit den Amateuren? Sie hatten das vorhin angesprochen.

Bei den Polizeifahrzeugen haben Sie im wahrsten Sinne des Wortes kaputtgespart. Von 1991 bis 1999 haben Sie die Mittel für die Ersatzbeschaffung von 17 Millionen DM auf 7 Millionen DM zurückgefahren. Notwendig gewesen wären Mittel in Höhe von etwa 15 Millionen DM pro Jahr. Gleichzeitig haben Sie für den unwirtschaftlichen Betrieb der Polizeiwerkstätten, für die Wartung und die Reparatur

der Autos, jedes Jahr etwa 20 Millionen DM hinausgeworfen. Ich habe das schon einmal angesprochen. Trotz wiederholter Mahnungen des Rechnungshofs seit dem Jahr 1992 waren Sie nicht in der Lage, Abhilfe zu schaffen. Der Innenminister hat jetzt ein Konzept entwickelt, mit dem die Wartung und Pflege der Fahrzeuge endlich wirtschaftlich organisiert werden wird. Wir werden damit in den nächsten Jahren, also etwa bis zum Jahre 2005, rund 60 Millionen DM einsparen können. Mit diesen Mitteln können wir genügend Autos leasen oder kaufen, um den unter Ihrer Verantwortung heruntergekommenen Polizeifuhrpark zu erneuern. Wir werden dann sogar noch Mittel übrig behalten.

Herr Karwecki, auch die Umorganisation der Polizei, die Sie eben angesprochen haben und die am 1. Januar 2001 beginnt, findet in diesem Haushaltsentwurf ihren Niederschlag. Für die Anpassung der Funk- und Fernmeldetechnik und andere notwendige technische Modernisierungen sind insgesamt etwa 27,5 Millionen DM veranschlagt, davon 6 Millionen DM im Jahre 2001.

Diese Neuorganisation ist kein Selbstzweck. Vielmehr wird sie die Polizei schlagkräftiger machen. Sie wissen, dass durch diese effiziente neue Struktur mittelfristig etwa 250 Beamtenstellen frei werden. Ich erwarte, dass es langfristig sogar 500 Beamtenstellen sein werden, die dann wieder der Fahndung und den Ermittlungsaufgaben zur Verfügung stehen werden.

(Rolf Karwecki (SPD): Wer soll das glauben?)

- Wir können das eben. Sie haben es nicht fertig gebracht.

(Beifall des Abg. Stefan Grüttner (CDU))

Sie werden das sehen. Bisher haben wir alles gehalten, was wir versprochen haben. Auch das werden wir halten.

Durch die Eingliederung der Autobahnpolizei in die neuen Bereichspräsidien erleichtern wir das Zusammenwirken der verschiedenen Dienststellen. Übrigens ist die Schleierfahndung hierfür ein sehr gutes Beispiel. Schließlich beschränkt sich das Wirken der internationalen Schlepperbanden und sonstigen Banden nicht nur auf die Autobahnen. Als Beispiele möchte ich noch einmal die B 49 zwischen Gießen und Limburg nennen oder die B 7 auf der Strecke von Kassel nach Eisenach. Auch auf diesen Ost-West-Routen tummeln sich Autoschieber, Schleuser und andere. Deshalb müssen wir auch hier kontrollieren. Deshalb ist auch hier die vorgesehene Neuorganisation sinnvoll. Herr Karwecki, übrigens gilt das auch für das Polizeipräsidium in Fulda.

Ebenfalls gut angelegt sind die Mittel zur Fortführung der zweigeteilten Laufbahn. Wir machen das weiter. 750 Polizeibeamte werden jährlich in den gehobenen Dienst überführt. Ich rechne damit, dass das im Jahre 2003 oder 2004 abgeschlossen sein wird. In diesem Punkt stimmen wir überein. Herr Karwecki, es ist übrigens erfreulich, dass Sie endlich einsehen, dass diese Regierung in vielen Bereichen eine gute Politik macht. Ich kann Ihnen nachbeten, was Sie hier aufgeführt haben. Das betrifft insbesondere die Politik des Innenministers.

(Rolf Karwecki (SPD): In einigen!)

- Nein, in einer ganzen Menge von Feldern macht sie das.

Es bedurfte einer gewaltigen Kraftanstrengung, den Abbau der Polizeistellen zu stoppen, den Sie seinerzeit durchgeführt haben.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jesus Maria!)

- Herr Al-Wazir, Sie können so oft "Jesus Maria" sagen, wie Sie wollen. Das trifft zu.

Im Übrigen stimmte auch das nicht, was Sie eben gesagt haben. Es sind nicht nur 30 der Angestelltenstellen inzwischen neu besetzt. Es sind mittlerweile über 50 besetzt. Sie müssen sich einmal sachkundig machen.

Wir entlasten die Polizeibeamten von Schreibearbeiten und dergleichen, damit sie auf der Straße präsent sein können. In einer Situation, in der Personal eben nicht beliebig vermehrbar ist, kommt es darauf an, die Polizeibeamten von solchen Aufgaben zu entlasten, die sie unter Ihrer Regierung bisher wahrnehmen mussten. Deswegen sind auch Modellprojekte wie der freiwillige Polizeidienst als Ansprechpartner für den Bürger - der Ministerpräsident hat es heute Morgen gesagt - und die Wachpolizei ein neuer Weg in Hessen. Für diese Pilotvorhaben haben wir 8,4 Millionen DM zur Verfügung gestellt - die übrigens Sie, die GRÜNEN, uns wieder streichen wollen.

Übrigens ist das Interesse an diesen Stellen sehr groß. Es gibt mehr Bewerber als Stellen, Herr Karwecki.

(Rolf Karwecki (SPD): Aber was für Bewerber!)

Weil wir eine gute Auswahl haben, werden diese Stellen nicht blind besetzt, und das ist gut so.

Die Koalition aus CDU und F.D.P. ist ein fairer und vor allem verlässlicher Partner der hessischen Kommunen. Das ist heute Morgen mehrfach gesagt worden, vom Fraktionsvorsitzenden der CDU und vom Ministerpräsidenten.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, die können sich darauf verlassen, dass ihnen jedes Jahr Geld weggenommen wird!)

Die Leistungen des Landes an die Städte und Gemeinden erreichen mit knapp 5,3 Milliarden DM ein neues Rekordniveau. Weitere Zahlen und Fakten will ich heute hier nicht nennen, weil sie bereits gesagt worden sind.

Herr Karwecki, wenn Sie den Brandschutz als ein Beispiel nicht ausreichender - Sie meinen sogar: verfehlt - Politik ansehen, dann sage ich es noch einmal: Ich glaube, dass diese 100 Millionen DM, die wir dort mittelfristig investieren, eine hervorragende Investition sind. So sieht es auch die kommunale Gemeinde, und da können Sie so viel mies machen, wie Sie wollen. Dafür werden Sie hier keine Befürworter finden.

Auch den deutlichen Schwerpunkt der Sportförderung haben Sie vorhin völlig falsch interpretiert. In Teilen haben Sie zwar zugestimmt und uns sogar dafür gelobt. Das ist gut. Aber sehen Sie einmal, dass wir den Sporthaushalt jetzt um 12% steigern, in zwei Jahren um fast 20%. Wenn man die Kieselrot-Sanierung hinzunimmt - übrigens auch eine Altlast im wahrsten Sinne des Wortes -

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist der größte Posten!)

dann sind es sogar 25%, nämlich 16 Millionen DM. Dies kommt der Jugend- und der Vereinsarbeit zugute. Hier sehen Sie, wie konsequent wir das in praktische Politik umsetzen, was wir vor eineinhalb Jahren hier versprochen haben.

(Zuruf des Abg. Rolf Karwecki (SPD))

Meine Damen und Herren, die Aufstellung des Haushalts 2001 wird, wie wir alle wissen, durch ungünstige Rahmenbedingungen erschwert: sinkende Steuereinnahmen für das

Land, steigende Belastungen durch den Länderfinanzausgleich,

(Zuruf des Abg. Rolf Karwecki (SPD))

Nachholbedarf in fast allen Bereichen als Folge rot-grüner Politik. Ob klapprige Polizeiautos oder schrottreife Feuerwehrwagen, überall geht der Verfall auf Ihr Konto, meine Damen und Herren von der Opposition. Aber trotz dieser Widrigkeiten haben der Finanzminister durch professionelles Management und der Innenminister durch intelligentes Sparen neue finanzielle Freiräume erwirtschaftet, und sie nehmen sie wahr.

(Rolf Karwecki (SPD): Weihrauch!)

Zu diesem Erfolg haben die Einsparungen im Personalbereich beigetragen; ich habe es eben kurz gesagt. Die Devise war "Geld statt Stellen". Auch der Aufbau einer Versorgungsrücklage ist eine sehr intelligente Sache, die der Finanzminister macht. So haben wir die Personalkosten weitgehend in den Griff bekommen. Sie erinnern sich, wie schwierig die Diskussion in den vergangenen Jahren hierzu war.

Wenn wir diese 120 Millionen DM hochrechnen - mal vier, also 480 Millionen DM oder 6.000 Stellen -, so gibt das natürlich einen Spielraum. Wenn wir das Gleiche auch noch im Versorgungsbereich machen, dann ist das natürlich ebenfalls eine sehr mutige Entscheidung dieser Regierung gewesen, zunächst einmal das Geld in die Hand zu nehmen, um die Dinge zu machen, die Sie in der Vergangenheit nicht erledigt haben. Ich will das hier auch einmal sagen: Es herrscht ein so guter Geist in dieser Koalition mit der F.D.P., dass wir auch unangenehme Entscheidungen - und die gab es natürlich auch - in sachlicher, menschlich fairer Atmosphäre getroffen haben und wahrscheinlich auch in Zukunft treffen werden, und wir stehen gemeinsam dazu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Bei uns haben Sie von diesen Schlammschlachten, die Sie in der Vergangenheit hatten, nichts gehört.

Ich möchte und darf das ruhig sagen: Wir sind stolz auf die Arbeit dieser Regierung. Wir sind stolz auf die gute und kompetente Arbeit des Innenministers. Ich bin sicher, dass auch die Innenpolitik dieser Koalition bis zum Ende dieser Legislaturperiode so gut sein wird, dass uns die Menschen auch deshalb wieder wählen werden und wir spätestens in der nächsten Legislaturperiode noch alles das, was Sie uns hinterlassen haben, nachholen können.

Stimmen Sie bitte dem Einzelplan 03 zu. Offenbar ist die SPD doch in vielen Punkten mit uns einig. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist kein Grund, deswegen stimmen wir nicht zu!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Al-Wazir, Fraktionsvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Klein, ich kann nicht für die SPD sprechen. Aber wenn man zehn Minuten lang etwa alle 30 Sekunden eine Fraktion zweimal beschimpft und sie danach zur Zustimmung auffordert, dann kann ich nur sagen, dann gilt das alte deutsche Sprichwort: Wie man in den Wald hineinruft, so

schallt es heraus. - Insofern glaube ich, auch für die SPD mit sprechen zu dürfen, dass am Ende diesem Haushalt nicht zugestimmt werden wird.

Aber beginnen wir einmal mit den Dingen, bei denen wir einer Meinung sind. Es ist gut, dass CDU und F.D.P. die Fortführung der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei - bessere Ausbildung, bessere Besoldung -, als rot-grünes Projekt gestartet, weiterführen. Es ist weiterhin gut, dass Sie bei der Ausstattung der Polizei - Sie wissen, dass wir das Wachprogramm erfunden haben - ebenfalls dort fortfahren, wo wir damit aufgehört haben, und in bestimmten Bereichen sogar noch etwas drauflegen. Es gibt ja jetzt auch mehr Geld.

Allerdings sage ich Ihnen auch, wo die Gemeinsamkeiten aufhören. Kollege Karwecki hat es bereits angesprochen. Es ist falsch, dass Sie die Entprofessionalisierung der Polizei vorantreiben, indem Sie Wachpolizei und freiwillige Polizei einführen und dadurch natürlich die Einführung der zweigeteilten Laufbahn im Endeffekt wieder konterkarieren. Das ist falsch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich nenne Ihnen auch unsere Alternative. Wenn Sie das Geld für die Wachpolizei - die vergleichsweise schlecht bezahlt ist, wenn auch nach unserer Intervention etwas besser - und für die freiwillige Polizei schlicht und einfach sparen würden, um damit Angestellte zu bezahlen, die ausgebildete Polizeivollzugsbeamte entlasten würden,

(Stefan Grüttner (CDU): Sie haben auf Kosten der Sicherheit in der Vergangenheit alles eingespart!)

die jetzt in den Direktionen und in den Präsidien sitzen, damit diese Leute - -

(Zuruf des Abg. Stefan Grüttner (CDU))

- Herr Grüttner, ich weiß nicht, warum Sie sich so aufregen.

(Stefan Grüttner (CDU): Weil Sie schlicht und einfach nichts getan haben!)

Herr Grüttner, es gibt zwei Möglichkeiten. Die eine Möglichkeit ist, Sie sind der Meinung, das, was ich sage,

(Zuruf des Abg. Stefan Grüttner (CDU))

könnte richtig sein, und Sie versuchen deswegen, mich zu unterbrechen. Die zweite Möglichkeit könnte man ebenfalls durch ein Sprichwort ausdrücken: Getroffene Hunde bellen. - Insofern könnte ich, glaube ich, jetzt hoffentlich weitermachen. - Danke sehr.

(Stefan Grüttner (CDU): Sie haben es einfach versäumt, indem Sie überhaupt nicht investiert haben!)

- Der Lautsprecher ist leider nicht totzukriegen.

(Zuruf des Abg. Stefan Grüttner (CDU))

Wenn Sie das Geld, das Sie in diesem Bereich ausgeben, in Angestelltenstellen investieren würden, um gut ausgebildete Polizeivollzugsbeamte aus den Direktionen und Präsidien auf die Straße herauszubekommen, dann wäre der inneren Sicherheit mehr gedient als mit dem, was Sie jetzt tun.

Sie haben die Schleierfahndung angesprochen. Dazu werden wir morgen um etwa 14 Uhr eine Debatte führen, die ich jetzt nicht vorwegnehmen möchte. Aber Sie wissen, dass wir die Einführung der Schleierfahndung für falsch halten. Wir werden uns morgen vertieft darüber unterhalten müssen, ob denn das Ergebnis der ersten "Großaktion"

überhaupt mit der Begründung für die Gesetzesänderung übereinstimmt. Wenn man nämlich sagt, die Schleierfahndung ist wegen der grenzüberschreitenden Kriminalität nötig, weil die Grenzkontrollen weggefallen sind, dann wird man sich bei allen Erfolgsbilanzen, die hier angeblich vorgestellt werden, einmal anschauen müssen, wie viel von dem, was da im Endeffekt aufgeklärt, aufgegriffen, festgenommen, festgehalten oder in welcher Form auch immer - Personalien - festgestellt worden ist, eigentlich zur grenzüberschreitenden Kriminalität gehört. Aber, wie gesagt, diese Debatte will ich nicht jetzt schon führen.

Herr Klein, wenn Sie sich allerdings hier hinstellen und sagen, Hessen sei dafür bekannt gewesen, dass es das "lascheste Polizeigesetz aller Bundesländer" gehabt habe

(Demonstrativer Beifall des Abg. Armin Klein (CDU))

- ja, da klatschen Sie auch noch -, dann möchte ich Ihnen sagen, wer dieses Polizeigesetz beschlossen hat. Das waren im Jahr 1990 die sozialdemokratische Fraktion, die christdemokratische Fraktion und die liberale Fraktion.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Es gab Gegenstimmen, und diese kamen aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Das heißt, Sie sagen, der Innenminister, der das vorgelegt hat - ich glaube, das war noch Milde -, und diejenigen, die an diesem Gesetz mitgestrickt haben, beispielsweise Herr Hahn, seien Leute gewesen, die ein völlig "lasches Gesetz" vorgelegt haben.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Überlegen Sie es sich doch noch einmal, und machen Sie sich ein bisschen sachkundig, bevor Sie solche Sachen hier vortragen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein letzter Punkt zur Frage acht Jahre Rot-Grün. Sie können sich hier hinstellen und immer wieder wider besseres Wissen behaupten, dass Rot-Grün Polizeistellen abgebaut hätte. Aber das ist relativ einfach. Die Regierungsverantwortung hat am 5. April 1991 angefangen und am 4. April 1999 aufgehört. Wenn Sie schlicht und einfach die Stellenpläne des Einzelplans 03 nehmen und einen Strich darunter ziehen, werden Sie feststellen, dass man in diesen acht Jahren unter dem Strich ungefähr 500 Stellen bei der Polizei mehr hatte. Insofern bitte ich Sie darum, nicht hier dauernd wider besseres Wissen die Unwahrheit zu verbreiten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was HEPOLAS angeht, das ist eine Geschichte, an der nicht nur Rot und Grün, sondern auch Schwarz und Gelb beteiligt sind. Wenn es so schlecht ist, Herr Kollege Klein, wie Sie es gerade gesagt haben, dann müssen wir uns einmal vertieft darüber unterhalten, was man verbessern kann. Aber dann stelle ich Ihnen auch die Frage, warum Sie im Nachtrag 1999 - wenn ich es recht im Kopf habe - noch einmal viel mehr Geld in etwas geschüttet haben, was Ihrer Meinung nach überhaupt nicht funktioniert.

Die Organisationsreform, die der Innenminister bei der Polizei macht, bringt unserer Meinung nach mehr Schaden als Nutzen, weil sie im Endeffekt dazu führen wird, dass die Polizeibeamten sich hauptsächlich mit der Frage beschäftigen, wo ihr Schreibtisch in Zukunft steht - das hatten wir alles schon einmal -, und sich nicht mehr mit ihren eigentlichen Aufgaben beschäftigen, nämlich Kriminalität zu verhüten.

Sie haben gesagt - das ist ein weiterer wichtiger Punkt im Haushalt des Innenministeriums -, die CDU/F.D.P.-Regierung sei ein verlässlicher Partner der Kommunen. Ja, sage ich, da haben Sie ausdrücklich Recht. Verlässlich sind Sie, die Kommunen können sich darauf verlassen, dass pro Haushaltsjahr mindestens 100 Millionen DM mehr von ihrem Geld geklaut werden. Das ist aber auch das Einzige, worauf sie sich verlassen können. Ein Innenminister, der zulässt, dass innerhalb einer einzigen Legislaturperiode den Kommunen 800 Millionen DM vorenthalten werden, von Geld, das ihnen zusteht, der hat schlicht und einfach seine Aufgabe nicht wahrgenommen. Da beißt die Maus keinen Faden ab.

Zur Frage Brandschutz. Sie haben das Projekt gelobt, weil Sie sagen: Viele Projekte kommen jetzt in Gang. - Gut, das stimmt. Andererseits ist es so - das ist ein Verschiebeparkhaus, den wir weiter geißeln werden -, dass diese Landesregierung über Zusagen und über Verpflichtungsermächtigungen Geld zukünftiger Landesregierungen jetzt verausgibt und damit den Spielraum für die kommenden Jahre verkleinert. Das bedeutet schlicht und einfach, dass Sie Wechsel auf die Zukunft ausstellen. Das kann keine verantwortungsvolle Politik sein.

Ein weiterer Punkt zur verantwortungsvollen Arbeit. Sie haben in diesem Haushalt zum zweiten Mal als Einnahme den Verkauf des Polizeipräsidiums Frankfurt drin. Das hilft Ihnen ja, den Haushalt auf dem Papier auszugleichen. Ich frage mich, ob das Polizeipräsidium Frankfurt im nächsten Jahr ein drittes Mal verkauft werden soll. Ich habe immer gedacht, man kann bestimmte Gebäude und Grundstücke ein einziges Mal verkaufen, und war schon überrascht, dass wir jetzt einen so großen Brocken wie das Polizeipräsidium Frankfurt schon zum zweiten Mal verkaufen. Wenn Sie das noch drei- oder viermal verkaufen, können Sie auf diese Art und Weise rechnerisch Ihren Haushalt immer ausgleichen. Die Frage ist nur, ob im Endeffekt eine müde Mark in den Haushalt hineinkommt. In diesem Punkt ist es hochgradig unseriös, was Sie hier vorlegen.

Ein weiterer Punkt, der hochgradig unseriös ist: Alle freuen sich, wenn es im Jahr 2006 im Waldstadion Weltmeisterschaftsspiele gibt. Nur, wie es bezahlt wird, das ist auch etwas sehr, sehr unseriöses. Was Sie im Endeffekt machen, ist, Landeseigentum, nämlich Sozialwohnungen, die jetzt bei der GWH sind, zu verkaufen und eigenes Vermögen eintauschen gegen einen Zuschuss für ein Stadion, das einem anderen gehört, nämlich der Stadt Frankfurt. Es tut mir Leid. Die Sache, das Waldstadion zu renovieren, ist eine gute Sache. Aber es im Endeffekt dazu zu bringen, dass man Landesvermögen gegen kommunales Vermögen eintauscht - es sei denn, der Minister sagt uns hier, dass am Ende das Waldstadion teilweise auch dem Land gehört -, ist schlicht und einfach unter dem Strich für das Land eine Vermögensvernichtung. Dazu sagen wir so nicht Ja.

Ein letzter Punkt zur Frage Kieselrot. Da sage ich Ihnen: Das, was Sie da machen, ist völlig falsch. Was Sie jetzt machen, ist, dass Sie diejenigen belohnen, die sich seit Jahren nicht an die Auflagen gehalten haben. Das wird dazu führen - wenn wir noch einmal so einen ähnlichen Fall haben; das muss nicht unbedingt Kieselrot sein, es kann auch etwas anderes sein -, dass alle sagen: Na gut, da warten wir halt ein paar Jahre und bezahlen das nicht wie die anderen aus eigener Tasche. Dann kommt irgendwer und gibt uns nachträglich einen Zuschuss. - Wenn das Schule macht, dann können wir in Zukunft Altlastensanierung, die in der Eigenverantwortung von bestimmten Trägern oder

Eigentümern liegt, schlicht und einfach vergessen, weil sich keiner mehr an die Auflagen halten will.

Ein weiterer Punkt, der mit dem Haushalt nichts zu tun hat. Ich nutze aber die Gelegenheit ihn anzusprechen, weil wir gerade über den Innenhaushalt reden. Bundesinnenminister Schily hat sich heute geäußert und gesagt, dass er bei der Innenministerkonferenz morgen und übermorgen ein Bleiberecht für die traumatisierten Bosnienflüchtlinge erreichen will. Ich fordere von dieser Stelle aus den hessischen Innenminister und die Hessische Landesregierung auf, sich nicht mehr einer Lösung in diesem Bereich zu verschließen,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

morgen und übermorgen für diejenigen, die schwer traumatisiert sind, endlich eine dauerhafte Bleibeperspektive in diesem Land zu ermöglichen, weil es diesen Menschen nicht mehr zuzumuten ist, von Duldung zu Duldung, von Ungewissheit zu Ungewissheit zu taumeln, und weil man schlicht und einfach sagen muss: Für diejenigen, die in den Lagern waren, für diejenigen, die gefoltert worden sind, für diejenigen, denen Schlimmes widerfahren ist, für diejenigen, denen eine Rückkehr unzumutbar ist, muss man jetzt sagen, dass es Schluss sein muss mit der ausländerrechtlichen Behandlung von Duldung zu Duldung, sondern dass es eine dauerhafte Perspektive geben muss. Ich hoffe, dass die Hessische Landesregierung sich ihrer Verantwortung in diesem Bereich bewusst ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Zusammenfassend möchte ich sagen: Sie haben einen Haushalt vorgelegt, in dem manches richtig ist, vieles unserer Auffassung widerspricht, der teilweise unseriös ist, der teilweise auch Sachen fortführt, die wir schon begonnen haben. Unter dem Strich werden wir den Haushalt ablehnen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Hahn für die F.D.P.-Fraktion.

Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist leider so, dass wir dieses Ritual haben, dass bei den Einzelplandebatten die Kollegen der Opposition erzählen müssen, dass sie gegen den Haushaltsentwurf sind, und das dann auch versuchen zu begründen. Ich habe das Gefühl, verehrter Herr Kollege Al-Wazir und verehrter Herr Kollege Karwecki, dass Sie eigentlich mit dem Herzen hinter dem Regierungsentwurf stehen, weil er in vielen Punkten einfach gut ist, und Sie deshalb auch nur wenige Punkte gefunden haben, an denen Sie Kritik üben können. Ich meine, es wäre ganz vernünftig, wenn wir ein bisschen mehr Sachpolitik in diesen Bereichen machen würden und dann auch einmal sagen würden: Jawohl, das ist wirklich eine gute Sache, die uns vorgelegt ist. - Dass Sie nicht mit allem einverstanden sein können, dafür habe ich vollstes Verständnis. Das geht sogar den Koalitionsfraktionen so, dass sie nicht mit allem einverstanden sind und man bei dem einen oder anderen Punkt Kompromisse schließen muss, lieber Herr Kollege Al-Wazir, und sei es auch nur mit dem Finanzminister letztlich.

Ich bin aber ganz dankbar, dass Ihre beiden Wortmeldungen deutlich gemacht haben, dass wir in der inneren Sicherheit, im Ressort von Volker Bouffier in Hessen seit 19 Monaten auf einem guten Wege sind.

(Beifall bei der F.D.P.)

Besonders freut mich, dass die menschliche Entscheidung, die die Regierungskoalitionen von F.D.P. und CDU getroffen haben, nämlich die Rückkehrhilfen für die bosnischen Flüchtlinge erheblich zu erhöhen, bei allen Fraktionen in diesem Hause auf Zustimmung gestoßen ist. Ursache des Erhöhungsantrages - immerhin eine Vervierfachung von 500.000 auf 2 Millionen DM - war eine Reise gewesen, an der Frau Weitzel für die GRÜNEN, Herr Karwecki für die SPD-Fraktion, Herr Kollege Klein für die CDU-Fraktion und ich teilgenommen haben, indem wir uns vor einigen Wochen in Bosnien ein Bild darüber machen konnten, wie die Lage dort ist und dass eine Rückkehr von Flüchtlingen nur dann einigermaßen sinnvoll möglich ist, wenn wir die Flüchtlinge auch mit den notwendigen Finanzmitteln ausstatten, dass sie z. B. wieder ihre Häuser aufbauen können.

Es ist schon eine gute Leistung, wenn alle vier Fraktionen in diesem Punkt einer Meinung sind. Ich will es auch gar nicht verhehlen, sondern ganz deutlich sagen, dass die Initiative hierfür von dem Bosnien- und Kosovobeauftragten der Hessischen Landesregierung, dem ehemaligen Oberbürgermeister von Rüsselsheim, Herrn Winterstein, gekommen ist.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich möchte an dieser Stelle für die F.D.P.-Fraktion Herrn Winterstein ausdrücklich Dank sagen für die Arbeit, die er für unser Land, aber auch für die Flüchtlinge aus den beiden Regionen leistet. Herr Winterstein tut dies ehrenamtlich. Das soll an dieser Stelle einmal erwähnt werden, wo wir uns häufig ein wenig unfair in die Haare geraten.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Der zweite Punkt scheint mir zwischen den Fraktionen relativ unstrittig zu sein: der Sport. Ich möchte jetzt keine Diskussion über Kieselrot führen. Ich habe hier eine dezidiert andere Auffassung als Sie, Herr Kollege Al-Wazir, und ich beziehe mich da immer wieder auf die Landesregierung in Düsseldorf, die genau dieselbe Auffassung hat wie ich, obwohl dort eine GRÜNE Umweltministerin ist. Das will ich aber jetzt gar nicht weiter problematisieren.

Wir haben in dem Haushaltsentwurf, den Volker Bouffier vorgelegt hat, Steigerungen bei den Mitteln für den Sport zu verzeichnen. Die Regierungskoalitionen haben ganz bewusst noch einmal etwas dazugelegt. Wir wollen, dass in unserem Lande - wie in anderen Bundesländern auch - eine Stiftung "Sporthilfe" eingerichtet wird. Wir wollen nicht, dass das eine Parallelveranstaltung zur "Deutschen Sporthilfe" wird, sondern dass junge hessische Sportlerinnen und Sportler, die erfolgversprechend im Leistungssport engagiert sind, ganz gezielt von Hessen unterstützt und gefördert werden.

Ich denke, der Innenminister wird nicht nur hier, sondern auch an anderer Stelle sehr ausführlich darstellen - ich weiß, dass der Herr Ministerpräsident das an anderer Stelle bereits getan hat -: Wir appellieren an die hessische Wirtschaft und an in Hessen angesiedelte Institutionen, es nicht bei unserem Finanzansatz zu belassen, sondern Zustiftungen vorzunehmen, damit die hessische Stiftung "Sporthilfe" eine segensreiche Arbeit in der Förderung des Leistungssports in Hessen erbringen kann.

Ich denke, es ist zwischen den vier Fraktionen relativ unstrittig, dass wir bei der Förderung der Sportvereine noch etwas nachlegen müssen. Die Zeit ist reif und macht es notwendig, dass die Fraktionen die Integration ausländischer Bürgern in den Sportvereinen mit 100.000 DM zusätzlich finanziell unterstützen. Ich habe vorhin in der Generaldebatte schon gesagt: Wir müssen versuchen, die Integrationsbereitschaft der in Hessen lebenden Menschen zu erhöhen. Das können wir natürlich nicht dadurch tun, dass wir es kritiklos zulassen, dass es immer mehr ethnisch organisierte Sportvereine in unserem Lande gibt. Ich habe nichts dagegen, dass in der Oberliga Hessen ein bereits im Namen ethnisch organisierter Verein gegen meinen Heimatverein Bad Vilbel kämpft, aber ich halte es für nicht besonders klug, wenn man sich derartig organisiert. Ich halte es hingegen für sehr klug, wenn man über Nationalitäten und Ethnien hinweg gemeinsam Sport betreibt. Das soll mit finanziellen Mitteln etwas stärker unterstützt werden, als das das Land Hessen bisher tun konnte.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Das wir darüber hinaus zusätzlich Geld für die Förderung von Sportvereinen - damit meinen wir auch Unterstützung beim Erwerb von Geräten - zur Verfügung stellen, sei nur am Rande erwähnt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Lassen Sie mich zu einem zweiten Punkt kommen, nämlich zur inneren Sicherheit und zur Polizei. Es ist jetzt müßig, all das zu wiederholen, was ich für die F.D.P.-Fraktion im Rahmen der Generaldebatte heute Vormittag schon gesagt habe. Für uns ist innere Sicherheit eine der zentralen Aufgaben, da wir als Liberale der Auffassung sind, dass die Freiheit des Einzelnen immer dann beschränkt oder gefährdet ist, wenn andere meinen, ihre Freiheit überziehen zu müssen, insbesondere dort, wo gesetzliche Rahmen ihnen Einhalt gebieten. Wir müssen deshalb den Spagat schaffen, auf der einen Seite den Datenschutz zu beachten - es darf nicht den orwellischen Staat von "1984" geben -, auf der anderen Seite aber den Staat in die Lage zu versetzen, den Einzelnen vor Übergriffen Dritter zu schützen.

Wir Liberale sind stolz darauf, dass wir das in den letzten knapp 19 Monaten in der Regierungsverantwortung geschafft haben. Das ist uns beim Polizeigesetz sehr gut gelungen. Lassen Sie mich an dieser Stelle einen Dank an den Hessischen Datenschutzbeauftragten aussprechen, der gerade die F.D.P.-Fraktion sehr intensiv bei der Novellierung des hessischen Polizeigesetzes beraten hat.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir haben es geschafft, für den sensiblen Bereich der so genannten Schleierfahndung genauso wie für den sensiblen Bereich Videoüberwachung Gesetzesformulierungen zu finden, die das hervorragende Polizeigesetz des Jahres 1990 verbessert und nicht verwässert haben.

Darüber hinaus halte ich es für etwas abenteuerlich, Herr Kollege Al-Wazir, wenn Sie sich hierhin stellen und sagen: Wie können Sie sich über das Polizeigesetz aufregen, das in der Regierungszeit von Dr. Wallmann/Dr. Gerhardt und unter Innenminister Gottfried Milde verabschiedet worden ist?

Ich war immer der Auffassung, dass die GRÜNEN eine progressive Partei sind. Dass das nicht so ist, lerne ich immer mehr. Es gibt aber keinen konservativeren Ansatz als den, dass man sagt: Was einmal gut war, ist immer gut. -

Die Zeit spielt nun einmal nicht für diese Überlegung, sondern Zeit ist eine dynamische Sache. Deshalb bleibt ein gutes Gesetz nicht unbedingt ein gutes Gesetz.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das war nicht das lascheste Gesetz!)

Dieses Polizeigesetz war unbestreitbar bis in die Polizeischulung hinein bundesweit das modernste Gesetz dieser Art. Es wurde 1990 verabschiedet. Irgendwann veraltet ein solches Gesetz aber, und dieses veraltete Gesetz haben die Koalitionsfraktionen von CDU und F.D.P. jetzt aktualisiert.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das war aber nicht das lascheste Gesetz!)

- Es war in keinsten Weise das lascheste Gesetz. Es war ein hervorragender Kompromiss, den der damalige innenpolitische Sprecher der F.D.P. und jetzige Wirtschaftsminister Dieter Posch ausgehandelt hat. Es war ein hervorragender Kompromiss zwischen den Überlegungen, die letztlich im Bundesverfassungsurteil zur informellen Selbstbestimmung notiert sind, z. B. zum Datenschutz, und der Forderung, den Staat so stark machen, dass er den Einzelnen schützen kann.

Für uns ist die Frage von Wichtigkeit, nicht nur Gesetze zu machen, sondern auch das Geld dafür zur Verfügung zu stellen, dass diese Gesetze durchgesetzt werden können. Deshalb haben die Fraktionen die notwendigen Finanzmittel für den Kauf von Videoüberwachungsgeräten eingesetzt. Ich bin mir übrigens sehr sicher, dass alle die Begehrlichkeiten, die ich auch von sozialdemokratischen Oberbürgermeistern und Landräten höre, gar nicht bedient werden können, und auch gar nicht bedient werden sollten. Es muss vernünftig abgewogen werden, wo eine Videoüberwachung tatsächlich durchgeführt wird. Da haben wir mit Hilfe von Herrn von Zezschwitz, unserem Datenschutzbeauftragten, ganz bewusst Grenzen eingesetzt.

Ich habe das Gefühl, dass es sich die Kommunen manchmal ein bisschen zu einfach machen. Erst haben sie dagegen gemault, dass wir verordnen wollten, dass sie einen kommunalen Präventionsrat einrichten sollen. Da sind wir als Landesgesetzgeber ein bisschen weich geworden und haben aus dem "müssen" ein "sollen" gemacht. Jetzt meinen die Kommunen, dass der kommunale Beitrag zur Verbrechensbekämpfung und zur Prävention darin liege, dass sie alle nach Videokameras brüllen. So kann es natürlich nicht sein. Da muss schon genau geschaut werden, wo es eine Notwendigkeit gibt.

Dass wir als Liberale die Umorganisation der Polizei nicht aus Daffke machen, sei an dieser Stelle noch einmal wiederholt. Wir erwarten, dass die am 1. Januar 2001 greifende Polizeiumorganisation zur Folge hat, dass mehr Polizeibeamte von Verwaltungstätigkeiten entlastet werden und damit für den normalen Polizeidienst auf der Straße zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Der Innenminister hat entsprechende Berechnungen in seinem Hause durchführen lassen. Man hört auch aus Ihren Worten, Herr Karwecki und Herr Al-Wazir, genauso wie in den zahlreichen Gesprächen mit den Polizeigewerkschaften, den Betroffenen und anderen: Es hat in den letzten Jahrzehnten im Lande Hessen wohl noch nie eine Verwaltungsumorganisation gegeben, die so ordentlich durchgeführt worden ist, die so ordentlich vorbereitet worden ist.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU - Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da ist nun einmal für einen gewissen Zeitraum - -

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein größeres Chaos hat es noch nie gegeben!)

- Frau Kollegin Schönhut-Keil, rufen Sie doch bitte nicht immer Sachen herein, die dazu nicht passen. Ich bin jetzt bei dem guten Beispiel einer Verwaltungsumorganisation, nämlich bei der Umorganisation der Polizei. Die hat hervorragend geklappt.

(Zuruf des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Da hat man sich dafür viel Zeit gegeben und hat den Sachverstand zusammengeholt. Hier sei ein ausdrückliches Lob seitens der F.D.P.-Fraktion an Volker Bouffier ausgesprochen.

Ich will noch zwei kleine Themenbereiche ansprechen. Der eine Themenbereich ist der Brandschutz. All die Krokodilstränen, lieber Kollege Karwecki, die Sie regelmäßig herauszudrücken versuchen, kommen Ihnen nicht so richtig aus den Augen heraus.

Denn Sie wissen ganz genau, dass Sie uns wirklich eine Erblast hinterlassen haben, die Ihr vielleicht möglicher, in den Startlöchern stehender Kandidat - oder auch nicht - eingebrockt hat. Gerhard Bökel, der ehemalige Innenminister, hat schlicht das Thema Brandschutz nicht im Griff gehabt. Ob er es nicht im Griff haben wollte, weiß ich nicht. Er hat es jedenfalls nicht gehabt. Er hat es einfach so vor sich hin laufen lassen, mit der Folge, dass wir einen irren, im dreistelligen Millionenbereich liegenden Antragsstau hatten und dass darüber hinaus zur Krönung der Auslese auch noch der Fördersatz, Herr Kollege Karwecki, im Landtagswahlkampf erhöht worden ist.

Wenn etwas unseriös ist, dann war es das, was Gerhard Bökel dort getan hat, wohl wissend, dass er hinter sich einen Antragsstau von mehreren 100 Millionen DM hat, nach vorne zu rufen: Ihr Kommunen bekommt 5% mehr. - Das ist alte Politik von Sozialdemokraten, die davon leben, dass sie etwas versprechen.

(Zuruf des Abg. Rolf Karwecki (SPD))

Wir haben nun die Politik umgesetzt, und zwar vollkommen anders umgesetzt. Zuerst wurde Kassensturz gemacht, und Volker Bouffier hat geguckt, welche dieser Anmeldungen sinnvoll sind. Es wurde darüber mit den zuständigen Kommunen verhandelt. Jetzt ist ein Modell entwickelt worden, in dem die Mittel fließen, die fließen müssen, aber in einem Zeitraum, den wir finanzieren können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin selbst Vater eines sehr begeisterten Jungfeuerwehrlings: Ich höre jetzt nur Positives aus dem Bereich der Feuerwehr. Die Planungssicherheit ist gegeben. Man schminkt sich auf kommunaler Seite ein bisschen das ab, was man früher an das Land abdrücken konnte, nach dem Motto: Ich mache als Feuerwehrdezernent in der Stadt doch nicht meinen Streit mit der Feuerwehr; ich schicke das einfach einmal nach Wiesbaden, dann soll das auf den großen Antragsstau gelegt werden. - So ganz vernünftig ist das nun nicht.

Die Diskussion haben wir jetzt beendet. Alle Beteiligten sind damit zufrieden,

(Zuruf des Abg. Armin Klein (CDU))

die Kommunalen Spitzenverbände, insbesondere der Städte- und Gemeindebund und der Städtetag, aber auch die Feuerwehren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben eine Planungssicherheit. So macht man Politik, wenn man erstens gerne regieren möchte und zweitens auch kann. Volker Bouffier hat bewiesen, nicht nur in dieser, aber auch in dieser Sache: Er will nicht nur regieren, er kann es auch.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Letzter Punkt. Waldstadion.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was wird aus dem Waldstadion?)

Das ist eine Never-ending-Story, bei der man sich schon fast ein bisschen nervös in den Haaren kraulen muss, weil man nicht richtig weiß, was dort passiert.

(Norbert Kartmann (CDU): Fußball wird dort gespielt; Eintracht Frankfurt!)

Das ist ja alles fließend oder rollend. Gerade gestern habe ich der Zeitung entnommen, dass Frau Schenk sich jetzt entschlossen hat, sich für ein bestimmtes Bewerbermodell einzusetzen. Der Magistrat wird sich - ich glaube - am Freitag mit dem Thema beschäftigen. Ich kann Ihnen nur die Botschaft des ehemaligen Bundestrainers geben: Schauen wir mal.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es da einen Landeszuschuss? - Zurufe der Abg. Michael Denzin (F.D.P.) und Norbert Kartmann (CDU))

Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):

Seien Sie doch ganz entspannt. - Eines ist vollkommen klar: Das Land Hessen hat eine verbindliche Zusage gegeben, dass es sich an der Finanzierung einer derartigen Einrichtung mit einem Betrag von bis zu 40 Millionen DM beteiligt, wenn es sich nicht ausschließlich um ein Fußballstadion handelt, in dem ausschließlich Fußball gespielt werden kann.

(Zurufe der Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Stefan Grüttner (CDU))

Andersherum gesagt: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können aus der Zukunftsoffensive nur dann 40 Millionen DM in die Hand nehmen, wenn es nicht nur eine Sportarena, sondern auch eine Kulturarena wird. Oder, um es noch weiter zu verkürzen: wenn dort auch am 22. Dezember bei schlechtem Wetter ein großes Konzert gegeben werden kann.

Das alles weiß die Stadt Frankfurt am Main. Herr Kollege Al-Wazir, die Stadt Frankfurt am Main weiß auch, dass wir nichts zu verschenken haben. Es muss schon fein säuberlich geguckt werden, dass man auf keinen Fall in die Betriebsgesellschaft, aber ob man in die Besitzgesellschaft hineingeht. Also da wird nichts vergeudet.

Sie sehen: rundherum ein gutes Programm, das F.D.P. und CDU in dem Bereich des Inneren und des Sportes zusammengestellt haben. Springen Sie ein bisschen über Ihren

Schatten, und enthalten Sie sich wenigstens. Es ist wirklich ein gutes Programm. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Innenminister Bouffier.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fangen wir doch mit der Polizei Wetzlar, Dillenburg an! - Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Zunächst einmal möchte ich mich bedanken. Natürlich möchte ich mich bei den Fraktionen von CDU und F.D.P. für die hilfreiche Unterstützung bedanken, nicht nur bei dem Haushalt, sondern bei vielen Gesetzesvorhaben, die wir in diesen 20 Monaten durchgezogen haben. Meine Damen und Herren, in der Innenpolitik ist in diesen 20 Monaten mehr passiert als in zehn Jahren zuvor. Ich werde Ihnen das darlegen.

(Beifall bei der CDU - Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eieiei!)

- Herr Al-Wazir, ich bin so freundlich gestimmt, weil die Debatte so nett war. Das war nur eine Oppositionspflichtübung. Sie beide haben gesagt, in Teilen ist das in Ordnung. Aus der Sicht von SPD und GRÜNEN ist das, wenn man die letzten Monate einmal vergleicht, ein vergleichsweise großes Lob.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das, wo Sie da weitermachen, was wir angefangen haben, ist doch nicht schlecht! - Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Reden Sie am Anfang doch über Dillenburg! - Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dillenburg!)

Dann haben Sie ein paar Pflichtübungen gebracht. Darauf werde ich eingehen. Ich will mich ausdrücklich für den Lernprozess von SPD und GRÜNEN bedanken. Sie haben heute einiges gar nicht mehr angesprochen, was Sie, Herr von Plottnitz, vor kurzem noch gegeißelt haben.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt kneifen Sie!)

Deshalb lassen Sie mich ein paar Bemerkungen dazu machen. Meine Damen und Herren, wir sind angetreten, um gerade in der Innenpolitik einen Politikwechsel herbeizuführen. Diesen Politikwechsel haben wir herbeigeführt. Dieser Haushalt ist, in Zahlen gefasst, eine dramatische Veränderung gegenüber Ihrer Regierungszeit. Meine Damen und Herren, nehmen Sie einmal das Kernstück.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Letzte, der das gesagt hat, war Lafontaine! - Zuruf des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Glauben Sie nicht, dass irgendjemand Ihr Gebrüll versteht. Ich gehe gern darauf ein. Nur: Dann müssten Sie intellektuell doch so redlich sein, das wenigstens so vorzutragen, dass es irgendjemand versteht.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es reicht doch, wenn Sie es verstehen!)

Ansonsten ist es nur Klamauk. Jetzt sage ich einmal ganz ehrlich: Meine Damen und Herren, wenn es um die innere Sicherheit geht, ist Klamauk fehl am Platz.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt ist die Debatte wieder nicht mehr nett!)

Das Stichwort innere Sicherheit - aus Zeitgründen kann ich nicht alles aufgreifen -: Wir haben auf drei Dinge gesetzt. Wir setzen auf effiziente und effektive Verbrechensbekämpfung durch verbesserte rechtliche Rahmenbedingungen, durch einen Stopp des Abbaus der Stellen bei der Polizei, durch eine intelligente Organisationsreform und ganz nebenbei auch durch eine verbesserte Ausstattung.

Herr Al-Wazir, Sie haben das Thema Stellen angesprochen. Vielleicht können wir das ein für allemal klarmachen. Fakt ist: Rot-Grün hat zu Beginn der Neunzigerjahre zusätzliche Stellen geschaffen. Das war richtig.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Viele!)

- Viele. - In den letzten vier Jahren Ihrer Regierungsverantwortung haben Sie weit über 300 Stellen abgebaut. Meine Damen und Herren, das war falsch. Das haben wir beendet.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich habe kein einziges Argument dazu gehört, dass wir zu viele Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten hätten. Sie haben unter der Verantwortung meines Vorgängers und unter Ihrer Regierungsverantwortung weit über 300 Stellen abgebaut, die uns heute an jeder Ecke fehlen. Das war eine Fehlentscheidung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie, wo! - Zuruf des Abg. Armin Klein (CDU))

Dies haben wir korrigiert. Wir haben das hessische Polizeigesetz modernisiert. Kollege Hahn hat dazu Stellung genommen. Sie waren doch gegen alles. Sie haben das heute nicht mehr angesprochen.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie wüssten, wozu wir alles Ja gesagt haben!)

- Herr von Plottnitz, wenn es um das Thema Sicherheit geht, sind Sie der beste Anwalt dafür. Dann frage ich Sie einmal: Warum haben Sie denn offensichtlich Ihren Frieden mit dem gemacht - ich würde es ja begrüßen -, was wir eingeführt haben? Vor wenigen Monaten waren Sie doch noch wütend dagegen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was denn? - Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wütend sind wir nicht! Aber dagegen sind wir immer!)

Stichwort Steuerfahndung: Das ist hier diskutiert worden. Das werden wir noch einmal machen. Unterbindungsgewahrsam: Sie waren dagegen. Die Möglichkeit, kriminalitätsgefährdete Plätze mit Video zu überwachen: Sie waren doch immer dagegen.

(Zuruf des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das haben wir alles in diesem Jahr eingeführt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie kommen Sie darauf, dass wir dafür sind?)

- Sie haben es nicht mehr angesprochen, und ich habe auch aus rot-grünregierten Städten eine Vielzahl von Schreiben bekommen, wann sie das endlich einführen könnten.

(Armin Klein (CDU): So ist es! - Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind zurückgegangen, was die Überwachung von Schulhöfen angeht!)

Sie leben doch hier auf einem anderen Stern. Die Menschen haben doch nicht die Sorge, Herr Müller, dass der Staat zu stark in ihre Rechte eingreift, sondern die Menschen verlangen von uns, dass wir die Kriminalität so wirksam wie möglich bekämpfen. Meine Damen und Herren, genau das tun wir.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Minister, erlauben Sie Zwischenfragen?

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Ich bitte um Nachsicht. Ich würde es gern im Zusammenhang vortragen.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie uns dauernd ansprechen!)

Das können wir ja vielleicht noch machen. Ich komme noch auf Verschiedenes.

Also: Abbau des Stellenvollzuges ist beendet. Intelligentes Polizeigesetz, das nach meiner Überzeugung das modernste in der Bundesrepublik Deutschland ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Eine moderne Organisationsreform. Herr Kollege, sie waren doch Minister in der Vorgängerregierung,

(Norbert Kartmann (CDU): Richtig!)

und Sie wissen doch, wie mühsam vieles ist. Halten Sie es für klug, auf der polizeilichen Ebene 28 verschiedene Organisationsformen nebeneinander zu haben? Ich kenne überhaupt niemanden, der das für klug hält. Aber ich kenne sehr viele, die die jetzige Organisationsreform, die für die Polizei eine Jahrhundertreform ist, gut finden.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie daran erinnern, dass Sie Jahre mit dem Thema zugebracht haben, ob man die Autobahnpolizei vielleicht so oder so organisiert. Herausgekommen ist gar nichts außer einer neuen Landesoberbehörde. Sie wissen doch alle, wie es war. Wenn wir es heute schaffen, aus 28 verschiedenen Organisationsformen 11 zu machen und Doppelt- und Dreifacharbeit in Zukunft zu vermeiden, um auf diese Weise Effizienzgewinne zu erzielen, die wir dann bei der Polizei vor Ort wieder einsetzen können, dann sind alle dafür. Ich bin sicher, Sie werden früher oder später auch dafür sein.

(Beifall bei der CDU)

Ich füge einmal hinzu: Die Polizeistationen und die -posten bleiben. Es bleibt bei dem, was ich immer gesagt habe. Und das gilt auch für die Zukunft.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gilt das auch für Dillenburg und die Kripo?)

- Das gilt auch für Dillenburg. Herr Kollege Müller, das stand auch nie in Frage. Sie waren Staatssekretär unter Rot-Grün und Fraktionsvorsitzender. Jetzt möchte ich Sie einmal ein paar Sachen fragen.

Ihr jetziger Fraktionsvorsitzender hat vorhin gefragt: Wieso habt ihr denn im letzten Haushalt bei HEPOLAS noch einmal etwas dazugelegt? - Wussten Sie, um was es da ging? Die von Ihnen vertretene Regierung hat Folgendes fertig gebracht. Sie baut ein neues Polizeipräsidium in Kassel für weit über 100 Millionen DM. Die Akten zwischen Innenministerium, Finanzministerium und sicherlich auch Ihrer Koalitionsrunde sind so dick, dass es sicherlich ganz klug wäre, wenn man ein neues Polizeipräsidium baut, dass man dort auch technische Anschlüsse hineinbringt. Dafür spricht einiges.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Es spricht etwas für sich!)

Unter Rot-Grün hat man die Frage wie folgt gelöst. Man hat viel teurer als vorgesehen gebaut, hat keine Mark für die technischen Anschlüsse und hat warten müssen, bis wir dran kamen, um das im Nachtragshaushalt 1999 in Ordnung zu bringen. Meine Damen und Herren, das zu Anspruch und Wirklichkeit.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich kann Ihnen noch mit ein paar anderen Dingen dienen, damit Sie in Zukunft besser diskutieren können.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gern! Ich wollte über Dillenburg mit Ihnen reden!)

Polizeiliche Ausstattung. Lieber Herr Müller, die Sozialdemokraten sind jetzt zu einem guten Teil nicht da. Kollege Karwecki kennt es vielleicht. Halten Sie es eigentlich für richtig, dass Hessen nahezu das einzige Land ist - jetzt reden wir einmal über Großgeräte der Polizei -, das keine nachflugtauglichen Hubschrauber hat?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein ganzes Jahr lang keine Bestellung! - Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum bestellen Sie keine? Geld haben Sie seit einem Jahr!)

- Verzeihung, wenn es dunkel wird, gehen wir runter. Ich bin gerne bereit, im Innenausschuss darzulegen, warum das so lange dauert. Sie kennen doch auch die Ausschreibungsmodalitäten. Ich will Sie da nicht herauslassen. Sie haben das, was notwendig war, nie getan, stellen sich heute hin und fordern mehr. Warum müssen wir dann von Thüringen, Bayern und Baden-Württemberg bei Fahndungsmaßnahmen anfordern? Weil Sie über Jahre auf diesem Felde nichts gemacht haben. Und deshalb ändern wir das.

(Beifall bei der CDU)

Warum ist denn bei der Wasserschutzpolizei seit 20 Jahren nichts mehr geschehen? Das ist doch nicht unsere Verantwortung gewesen. Das waren Sie. Warum ist im Landes kriminalamt bei den Großgeräten nichts geschehen?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir regieren aber noch nicht so lange in Hessen!)

Meine Damen und Herren, Sie kriegen auf jedes Stichwort die Antwort, wenn Sie es wollen. Dass Sie heute so moderat waren, hat Gründe.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Außer Dillenburg, da hören wir nichts von Ihnen!)

Ich will Ihnen einmal etwas sagen. Wieso haben Sie denn in vielen Bereichen nichts getan? Sie haben damit die innere Sicherheit nicht verbessert, sondern Lücken zugelassen, ob es um die retrograde Erfassung der Sexualstraftäter geht, für die Sie bestimmte Maschinen brauchen, die Sie nicht gekauft haben - das sind alles keine Themen -, ob es um Fragen der besonderen Fahndungsmittel geht. Das ha-

ben Sie alles dramatisch schleifen lassen. Aus Zeitgründen sage ich das alles einmal sehr pauschal. Ich könnte Ihnen das Punkt für Punkt vortragen.

Meine Damen und Herren, es ist schon interessant, was Sie zum Thema Wachpolizei sagen. Ich habe Ihnen vorhin dargelegt, wie das mit den Stellen war. Ich möchte einmal gerne, dass mein Vorgänger im Amt, Herr Bökel, hierher kommt und erklärt, warum Sie 300 Stellen abgebaut haben. Das muss mir einmal einer erklären.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das kann ich Ihnen erklären!)

Wenn ich jetzt auf die Idee gekommen bin, zwei Modellprojekte zu machen, um Effizienzvorteile zu gewinnen und bestimmte Aufgaben, für die man - und dazu stehe ich - kein Studium als Polizeikommissar braucht, die auch wahrgenommen werden müssen, durch Wachpolizisten machen zu lassen, und allein in Frankfurt 60 Stellen zusätzlich zur Verfügung gestellt werden, die im Januar auch alle besetzt sind, dann müssen Sie die Kraft haben, nach Frankfurt zu gehen und zu sagen: Wir sind dagegen. - Was aber nicht geht, ist, sich hier hinzustellen, dagegen zu sein und dort nichts zu bieten. Ich bitte Sie einmal um irgendeinen Vorschlag, was Ihre Vorstellungen sind.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das habe ich Ihnen gesagt!)

Wenn Sie vom freiwilligen Polizeidienst reden, der 335.000 DM kostet, der in allen Städten, in denen wir begonnen haben, auf hervorragende Zustimmung trifft, fragen Sie einmal Herrn Grandke. Er hat das nicht nur mir geschrieben. Das können Sie auch in der Zeitung nachlesen. Es ist ein moderner Ansatz von Kriminalprävention. Wenn es um diese Themen geht und wenn wir einmal von der Ebene des allgemeinen Blabla wegkommen und sagen: "Was ist wirklich so, was sind denn eure Ideen, die ihr habt?"; dann bin ich gern bereit, alles aufzunehmen. Wachpolizei und freiwillige Polizeidienste sind in Hessen ein neuer Ansatz.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hahn (F.D.P.))

Dieser neue Ansatz hat sich gut angelassen. Wir werden ihn bewerten, wenn wir diese Modellphase hinter uns haben. Ich kann schon heute sagen: Wir haben nicht das Problem, dass wir keine Städte finden, wo wir es hintun, sondern wir haben das Problem, dass es viel mehr Städte gibt, die das gerne haben möchten, wir aber aus Gründen, die Sie kennen, und wegen des Finanzbudgets nicht alles erfüllen können.

Meine Damen und Herren, ich will auf einen Punkt kommen. Da besteht Einvernehmen im Hause, wenn ich das richtig sehe. Das ist die Fortsetzung der zweigeteilten Laufbahn. Dafür bedanke ich mich. Das ist auch richtig so. Ich will auf einen Punkt kommen, den Sie auch angesprochen haben, Stichwort: Ausbildung. Wer hat denn die Ausbildung eigentlich verkümmern lassen? Wer hat denn die Anwärterstellen genutzt, um Kommissare darauf zu setzen, weil er keine Kommissarstellen hatte? - Das waren doch nicht wir.

(Armin Klein (CDU): Ganz gezielt und ganz bewusst! - Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Achtung, 25-mal habe ich gefragt!)

Wer hat denn die 300 Stellen abgebaut, die bis heute fehlen? - Wenn Sie einmal im Haushalt schauen: Die Mittel für die Nachwuchswerbung sind verdreifacht worden. Das können Sie alles nachlesen. Die Möglichkeiten, vom BGS

zur hessischen Polizei zu kommen, sind geöffnet worden und vieles andere mehr.

Herr Karwecki, ganz nebenbei gesagt - das bitte ich mir jetzt nicht übel zu nehmen, weil das eigentlich unter Ihrem üblichen Niveau ist -, ich weiß ja, woher Sie das haben: Sie haben vorhin beim Stichwort Wachpolizei gesagt, die Anforderungen seien gesenkt worden, bis sie passten. Das ist schlicht falsch.

Kommen Sie hierher und sagen Sie mir, welche Anforderung geändert worden ist. Es ist bedauerlich - das darf ich dem Hause auch einmal sagen -, wenn Sie von mehreren Hundert, die zum Schluss übrig geblieben sind, in Tests 80% haben, die in Deutsch durchfallen. Gehobenes Hauptschulniveau. Wenn die Masse im medizinischen Test wegen Übergewicht durchfällt, dann bedauere ich das auch. Wir standen vor der Frage, ob wir diese Kriterien verändern sollten. Ich habe entschieden, wir verändern sie nicht. Deshalb möchte ich hier festhalten: Die Kriterien sind nicht verändert worden.

Es gäbe noch eine ganze Menge zum Thema Polizei und innere Sicherheit zu sagen. Ich möchte in aller Kürze ein paar Punkte ansprechen, die Sie gar nicht erwähnt haben, bzw. noch einige Bemerkungen zu Punkten machen, die aus meiner Sicht so nicht stehen bleiben können.

Herr Kollege Karwecki, um mit dem Letzten anzufangen, Sie haben von der Feuerwehr gesprochen. Wir haben noch Gelegenheit, den Punkt ausführlich zu erörtern. Ich verwende jetzt die Zeit nicht, das im Einzelnen darzulegen. Ich verweise auf das, was die Kollegen Hahn und Klein gesagt haben. Nur eines, damit Sie sich für die Debatte, wenn wir über Brandschutz reden - und auf diese Debatte freue ich mich -, vorbereiten können: Ich habe hier z. B. die Übersicht über die Förderung der Feuerwehrhäuser. Da sind auf der ersten Seite von 50 genau 2, die unter 20% gefördert wurden, aber jede Menge, die über 40% bekommen haben. Wir werden das im Einzelnen darlegen. Ich kann Ihnen nur sagen: Die hessischen Kommunen sind dankbar dafür, dass diese Regierung die Kraft gehabt hat, das so hinzubekommen.

(Beifall bei der CDU)

Was war die Realität? - Die Realität Ihrer Regierung war, dass viele Kommunen zehn Jahre nicht wussten, ob sie nun ein Haus kriegen oder nicht. Wir haben in einem Jahr 75% aller Sachverhalte mit einem rechtsfähigen Bescheid abgearbeitet. Ehrlich gesagt, habe ich gelegentlich den Eindruck, Sie sind auch deshalb ein bisschen böse, weil Ihnen so etwas nie eingefallen ist, denn dann hätten Sie das Problem viel besser in den Griff bekommen können.

(Beifall bei der CDU)

Ich will auf ein Stichwort eingehen, das Sie gar nicht erwähnt haben, das Stichwort Verfassungsschutz. Ich finde die Debatten der letzten Zeit sehr bemerkenswert. Die SPD wollte eigentlich nicht, aber die GRÜNEN wollten den Verfassungsschutz immer abschaffen. Das ist ihnen nicht ganz gelungen. Sie haben ihn aber ziemlich entbeint, ausgerechnet die, die jetzt jeden Tag zu Recht fordern, dass der Verfassungsschutz möglichst dauerhaft und überall alles das meldet, was im extremistischen Bereich stattfindet.

Meine Damen und Herren, hätten sich die GRÜNEN in Berlin und hier durchgesetzt, dann wären wir auf dem Feld der Extremismusbeobachtung weitestgehend hilflos. Ihre Position ist unverantwortlich.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.) - Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

NEN): Hätten wir uns durchgesetzt, hätten Sie jetzt kein Problem mit Geheimnisverrat!)

- Das ist Ihre Ebene. Zu mehr reicht es nicht.

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Wieso haben Sie eigentlich den Verfassungsschutzbericht abgeschafft, den wir nächstes Jahr wieder einführen? Es ist doch vernünftig, die Bevölkerung zu unterrichten, was im extremistischen Bereich stattfindet. Diese famose rot-grüne Regierung hatte nur die Kraft, Stellen abzubauen und Geld zusammenzustreichen. Ich sage Ihnen: Es war eine törichte und in mancherlei Hinsicht auch eine gefährliche Politik.

Wenn Sie einmal in den Haushalt schauen, sehen Sie - und dafür bin ich dankbar - : Die Mittel beim Verfassungsschutz sind wieder erhöht worden, sowohl für operative Tätigkeiten wie auch für die Möglichkeiten der Erkenntnisgewinnung. Die innere Sicherheit hat unter dieser Regierung gewaltige Meilensteine vorankommen können. Dafür sind wir dankbar, und darauf sind wir stolz.

Herr Karwecki, Sie haben nicht über den Katastrophenschutz gesprochen. Dann hätten Sie nämlich gesehen, dass zum ersten Mal seit vielen Jahren für den Katastrophenschutz wieder originäres Staatsgeld eingestellt worden ist. Sie hatten das Ganze auf null gestrichen. Soweit es das Rote Kreuz, den Arbeiter-Samariter-Bund, und wie sie alle heißen, angeht, so lässt sich feststellen, dass Sie für den Katastrophenschutz keine Mark aus eigenem Staatsgeld zur Verfügung gestellt hatten. Wir haben wieder 1 Million DM eingestellt. Unser Ziel ist es, diese Summe jedes Jahr um eine weitere Million DM zu erhöhen, damit wir die 10% Feuerschutzsteuer wieder dem Brandschutz zuführen. Das ist eine großartige Leistung.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich sage Ihnen einmal etwas, was Sie auch nicht - wie so vieles aus der Innenpolitik - erwähnt haben, was aber für die Bediensteten in diesem Land eine große Bedeutung hat und was auch etwas mit Gerechtigkeit zu tun hat. Sie haben Angestellte oder Tarifbedienstete und Beamte willkürlich unterschiedlich behandelt. Die einen bekamen bei Ihnen die Jubiläumsgabe, wenn sie 25 oder 45 Jahre im öffentlichen Dienst waren. Die anderen dagegen haben sie nicht bekommen. Das beenden wir. Wir führen die Jubiläumsgabe wieder ein, und ich halte das auch für richtig.

(Zuruf von der CDU: Das war schofel damals!)

Lassen Sie mich als letzten Punkt noch ein paar Bemerkungen zum Sport machen. Im Sport sind wir uns alle immer einig. Es gibt nur einen großen Unterschied: Unter Ihrer Regierungsverantwortung sind die Mittel für den Sport kontinuierlich nach unten gefahren worden. Gegen Ende Ihrer Legislaturperiode sind sie auf 11,1 Millionen DM heruntergefahren worden. Wir sind heute bei rund 16 Millionen DM, d. h. wir haben diesen Ansatz in eineinhalb Jahren um 50% gesteigert. Wir sind das einzige Land in der Bundesrepublik, das den Ansatz so stark gesteigert hat.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Es ist doch richtig, wie alle Welt sagt, dass das Geld dort gerade im Hinblick auf junge Menschen, auf Integrationsaufgaben und im Hinblick darauf, möglichen Gefahren vorzubeugen, besonders gut aufgehoben ist. Dann ist dort jede Mark gut investiert, und ich bedanke mich ausdrücklich bei den Fraktionen, dass sie hier ihre Zustimmung gegeben und sogar noch einen Teil dazugelegt haben.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Minister, die vereinbarte Redezeit wäre jetzt zu Ende.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Frau Präsidentin, ich schließe meine Rede gleich ab. - Zum Thema Bürgerkriegsflüchtlinge und zum Thema Spitzensport und seine Förderung durch die Sportstiftung hat der Herr Kollege Hahn gesprochen. Das will ich hier nur erwähnen und ihm dabei ausdrücklich zustimmen. Bei anderer Gelegenheit wird man dazu mehr vortragen können.

Ich will noch auf einen Punkt hinweisen, den vonseiten der Opposition niemand angesprochen hat. Er zeigt, wie umfassend diese Regierung versucht, ihre Aufgaben zu lösen. Sie wissen, dass wir gerade in der Informationstechnik erhebliche Probleme bei der Nachwuchsgewinnung haben - die berühmten IT-Berufe. Diese Landesregierung hat ein Programm aufgelegt, um 100 jungen Leuten zukunftssträchtige Arbeitsplätze zu bieten, und zwar nicht allein beim Staat, sondern in Kombination mit Wirtschaftsbetrieben, die wir dann entsprechend begleiten und fördern. Ich bin sehr froh, mitteilen zu können, dass von den 100 Plätzen mittlerweile 96 besetzt sind. Das ist doch eine großartige Sache. Dafür können Sie doch alle nur dankbar sein.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Rolf Karwecki (SPD): Genau das wird dann gekürzt! Warum kürzt ihr es denn? - Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Weil es zu hoch angesetzt war! Wir erhöhen es dann wieder!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich, weil ich der Präsidentin versprochen habe, jetzt wirklich zum Schluss zu kommen, ganz kurz noch einmal die Qualität der oppositionellen Anträge beleuchten. Herr Kollege Karwecki, Sie haben auf die Anträge hingewiesen, die Sie gestellt haben. Was war das denn für ein Antrag? Sie haben ganz schlicht bei Veröffentlichungen und Ähnlichem eine pauschale Kürzung um 14% beantragt. Legen Sie sich einmal selbst die Frage vor: Wollen Sie z. B. bei der Kommunalwahlkampagne das Geld streichen? Das ist der dickste Brocken. Wenn Sie das nicht wollen, müssen Sie sagen, auf welchem Gebiet Sie es wollen. Ich halte diese Anträge nicht für wirklich zielführend.

Eines will ich dem Hause nicht vorenthalten. Die Sache finde ich besonders schick, weil sie zeigt, mit welcher Ernsthaftigkeit das zum Teil geschieht. Da gibt es einen Änderungsantrag der GRÜNEN, Drucks. 15/1832. Da steht Folgendes drin: Man möge ein Programm "Hinsehen statt wegschauen" machen. Darüber kann man ja diskutieren.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Letztes Jahr schon beantragt!)

Sie haben ihn sowohl für den Einzelplan 03 als auch für den Einzelplan 08 beantragt. Sie haben ihn für beide Einzelpläne beantragt, was Ihnen wahrscheinlich gar nicht aufgefallen ist. Oder wollen Sie es doppelt? Ich weiß es nicht.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz bewusst!)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen nur eines: Wir sind angetreten, um die innere Sicherheit zu verbessern. Das haben wir nachweislich getan. Wir wollten einen Politikwechsel, und wir wollten dieses Land auch und gerade in der Innenpolitik zukunftsfähig machen. Ich denke, dieser Haushalt zeigt, dass wir Wort gehalten haben. - Danke.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Aussprache zu Einzelplan 03 abgeschlossen.

Ich rufe jetzt den

Einzelplan 04 - Hessisches Kultusministerium -

auf. Das Wort hat Frau Kollegin Hinz für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Ich habe Anfang dieser Woche in einem Zeitungsartikel eine hochinteressante Äußerung eines Ministers dieser Landesregierung gelesen, und zwar zu dem Thema Bildungspolitik. Der Wirtschaftsminister, der F.D.P. zugehörig, hat sich in der "Waldeckischen Landeszeitung" vom 18.11.2000 zum Thema Unterrichtsgarantie geäußert. Er hat gesagt:

Bei dem Schlagwort Unterrichtsgarantie habe ich schon, als es geprägt wurde, die Luft angehalten, weil die Leute natürlich wissen: Wenn der Lehrer morgen krank ist, ist die Garantie im Eimer.

Jetzt muss der Wirtschaftsminister also seit zwei Jahren die Luft anhalten. Wenn er es noch ein bisschen länger macht, dann fällt er demnächst irgendwann einmal um, weil die Unterrichtsgarantie bis jetzt nicht erreicht wurde und auch nicht erreicht werden wird.

(Horst Klee (CDU): Keine Panik, er hat große Lungen!)

Wir wissen doch inzwischen, dass die Eltern für das Thema Unterrichtsgarantie nur noch ein müdes Lächeln übrig haben. Das Grundproblem ist aber nicht, dass man mit Schlagworten hantiert, sondern das Grundproblem in der Bildungspolitik besteht darin, dass alles, was in den Schulen läuft und was im Ministerium an Entscheidungen vorbereitet wird, der vermeintlichen Schaffung der Unterrichtsgarantie untergeordnet wird, sei es die pädagogische Freiheit oder die Profilbildung der Schulen. Die kind- und leistungsgerechte Schule wird damit erschwert. Im Übrigen regiert im Kultusministerium das Chaos - an der Spitze Karin Wolff.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich kann Ihnen das an einigen Beispielen auch genau belegen. Schauen wir uns doch einmal an, was es mit dem Weiterbildungsgesetz auf sich hat.

(Zuruf von der CDU: Sie müssen einmal zu den Sitzungen kommen!)

Vor einem Jahr - ein gutes Gesetz, erstaunlich, dass Sie das Gesetz kennen und ihm auch schon zugestimmt haben - hat die Ministerin den Volkshochschulen und freien Trägern der Erwachsenenbildung 30% im Haushalt gekürzt, obwohl Weiterbildung und lebenslanges Lernen das sind, was in aller Munde ist und was die CDU auf ihrem kleinen Parteitag sowieso noch einmal beschworen hat. Lebenslanges Lernen ist ein wichtiges Standbein jeder Bildungspolitik.

Sie haben bei den Volkshochschulen 30% gekürzt. Wir haben vor einem Jahr ein Moratorium eingefordert. Wir wollten mit allen Fraktionen in diesem Haus beschließen, dass es mit den Finanzen so bleibt, wie es ist. In den Vorjahren war ja schon genug - auch von uns - gekürzt worden. Das gestehen wir auch zu, weil es aus Haushaltsgründen not-

wendig war. Wir wollten, dass wir uns bereit erklären, in dem einen Jahr bis zur Verabschiedung des Haushalts 2001 ein neues Weiterbildungsgesetz zu machen. Auf dieser Grundlage hätte über die Neuverteilung von Mitteln geredet werden können.

Meine Damen und Herren von der CDU und der F.D.P., Sie haben dies aber nicht eingesehen und haben die Mittel mit dem Haushalt gekürzt. Wo stehen wir ein Jahr später? Wir stehen hier mit einem Haushaltsansatz, der nach wie vor die alten Mittel ausweist, einem Innovationspool, von dem keiner weiß, wie er verteilt werden soll, und einem nicht vorhandenen Gesetzentwurf. Das ist die Lage auf dem Weiterbildungssektor.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Dazu kommt ein beschämendes Gezerre darum, was eigentlich Inhalt eines solchen Weiterbildungsgesetzes sein soll. Zuerst gab es eine heftige Diskussion darüber, ob kulturelle Angebote noch zur Grundversorgung gehören und finanziert werden sollen. Das muss man sich einmal vorstellen: als ob Kultur - kulturelle Entfaltung, kulturelle Bildung - nicht zur Weiterbildung gehörte. Inzwischen hat man einen Begriff gefunden, der kulturelle Angebote von freizeitorientierten Angeboten abgrenzen soll.

Ich möchte gerne einmal wissen, was die Wissenschafts- und Kunstministerin dazu sagen würden, ob ihre Malerei, die sie in ihrer Freizeit tätigt, vielleicht nichts mit Kunst und mit Kultur zu tun haben soll. Da zeigt sich doch schon, wie absurd diese ganze Diskussion um die Frage des freizeitorientierten Kunstbegriffs ist. Kultur- und Kunstförderung gehört zu einer Erwachsenenbildung und zu einer Weiterbildung dazu.

(Zuruf von der CDU: Präsident Heuss lässt grüßen!)

Inzwischen ist da zumindest wieder die Tür geöffnet worden. Dafür ist an anderer Stelle, was die Eckpunkte für die Weiterbildung angeht, die Gesundheitsförderung herausgeflogen nach dem Motto: Gut, bei der Kultur gab es jetzt eine Lobby, aber dafür nehmen wir die Gesundheit nicht mehr ernst. - So wird bei Ihnen um einen Gesetzentwurf für Weiterbildung diskutiert. Aber bis heute ist noch nicht einmal dazu eine Entscheidung gefallen, sondern die Ministerin sitzt auf diesem Gesetzentwurf, leitet ihn weder dem Kuratorium noch dem Volkshochschulverband zu.

(Zuruf von der CDU: Ist doch gar nicht wahr!)

- Natürlich ist das wahr. Es gibt keine Weiterleitung des Gesetzentwurfs, keine Diskussion, und vor allen Dingen soll dieser Landtag ein Haushaltsgesetz verabschieden, ohne die notwendigen gesetzlichen Grundlagen für die Haushaltsausgaben zu kennen. Das ist ein Armutszeugnis für diese Kultusministerin.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich kann Ihnen ein anderes Beispiel nennen, und zwar im Bereich der Ersatzschulfinanzierung. Da stellt doch die Ministerin 30 Millionen DM mehr für diesen Bereich in den Haushalt ein. Da könnte man sagen, sehr großzügig und hervorragend. Auf meine Nachfrage, wie denn eigentlich ein neues Gesetz aussehen soll, auf das der Haushaltsvermerk hindeutet - denn es soll doch eine neue gesetzliche Grundlage geschaffen werden, wie darin steht -, konnte die Ministerin nicht so genau antworten, was das eigentlich heißen soll. Nach Gesprächen mit dem Verband der Freien Waldorfschulen wurde uns dann mitgeteilt, dass die Koali-

tionsfraktionen darüber nachdenken, ob man etwas macht zur Neuregelung der Ersatzschulfinanzierung; aber Schulen mit besonderer pädagogischer Prägung sollten zumindest einmal keine 90% mehr erhalten. Das heißt, auf Kosten der Schulen, die besondere Profilbildungen in Hessen erreicht haben, sollen andere Privatschulen dann entsprechend mehr Geld bekommen.

Aber das Tollste an dieser Sache ist nicht, dass Sie keine Ahnung davon haben, was eigentlich eine besondere pädagogische Prägung heißt, sondern das Tollste ist eine Antwort des Kultusministeriums auf die Frage der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen in Hessen, wie es denn mit der Novellierung des Ersatzschulfinanzierungsgesetzes aussieht. Dazu schreibt doch das Kultusministerium: Leider kann ich Ihrem Wunsch nach konkreten Informationen über Planungen zu einer Neufassung der Ersatzschulfinanzierung nicht entsprechen, weil es grundsätzliche Entscheidungen über eine Novellierung des Ersatzschulfinanzierungsgesetzes und Modifizierungen des Finanzierungssystems zurzeit nicht gibt. - Man höre und staune. Aber im Haushaltsgesetz, das ja Gesetzesform hat, steht schon drin, dass man eine neue Gesetzesformulierung machen will. Wir als Hessischer Landtag sollen etwas beschließen, wozu es keine gesetzliche Grundlage gibt. Ich sage, das ist dilettantisches Handeln vonseiten der Mehrheit des Hauses und vonseiten des Kultusministeriums.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir kommen zu einem anderen Teil des Chaos in der Landesregierung:

(Zuruf von der CDU: Das Chaos liegt eher bei der Opposition!)

die Hausaufgabenhilfe für nicht deutsche Kinder und für Aussiedlerkinder. Auch hier steht ein Haushaltsvermerk. Aber anscheinend hat Sie der Haushalt nicht so maßgeblich interessiert, dass Sie von den Koalitionsfraktionen das alles gelesen hätten und darüber Bescheid wüssten. Die Mittel für die Hausaufgabenhilfe sollten nicht nur für diesen Bereich, sondern gleichzeitig für den muttersprachlichen Unterricht ausgegeben werden. Wir wissen alle, die Kultusministerin will den Bereich aus den Regelschulen herausnehmen und den Konsulaten übertragen. Jetzt sollte doch tatsächlich aus dem Topf für die Hausaufgabenhilfe auch muttersprachlicher Unterricht bezahlt werden. Das hätte bedeutet, dass neben der heftigen Kürzung im letzten Jahr eine neuerliche Kürzung für die Kinder nicht deutscher Herkunft stattfindet. Da können Sie über Integration so viel reden, wie Sie wollen - wenn Sie keine Taten folgen lassen, können Sie sich das sonst wohin schmieren. Aber auf jeden Fall hilft es nicht den Kindern, die hier in den Schulen sind und die eine Unterstützung und besondere Förderung brauchen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die Ministerin hat auf eine Nachfrage von mir inzwischen mitteilen lassen, dass es tatsächlich so vorgesehen war, dass man die Mittel aus diesem Bereich auch für muttersprachlichen Unterricht vorsehen will, weil nämlich ein Verband, der auch Hausaufgabenhilfe macht, bis Oktober keinen Antrag für dieses Jahr gestellt hat. Deswegen hat man einmal vorsorglich einen Haushaltsvermerk hereingenommen und hat sich nach dem Oktober mit den anderen Verbänden, die ebenfalls Förderung von nicht deutschen und Aussiedlerkindern betreiben, geeinigt, dass man die Mittel nicht ver-

fallen lässt, sondern dass man sie auf die anderen Verbände aufteilt, die nämlich einen Riesenandrang von Kindern haben, die einer besonderen Förderung bedürfen, wo aufgrund der Kürzung im vorangegangenen Jahr Stunden ausfallen.

Deswegen brauche man auch im nächsten Jahr die Mittel für muttersprachlichen Unterricht. - Meine Damen und Herren, das hätte die Ministerin auch schon im Mai und im Juni überlegen können, als der Haushalt aufgestellt wurde. Ich sage, das ist nur ein Ausweichmanöver, weil man noch ein bisschen nachweisen musste, dass man in Sachen Integration doch etwas tut.

Aber was auf jeden Fall fehlt - deswegen blickt ja auch in dem Chaos so langsam keiner mehr durch -

(Zuruf von der CDU: Aber Sie blicken durch!)

sind neben der Förderung von Kindern nicht deutscher Herkunft und Aussiedlerkindern im Bereich der Hausaufgabenhilfe und dem muttersprachlichen Unterricht zusätzliche Deutschkurse für diese Kinder, weil sie nur damit in unserem Schulsystem auch bestehen. Hierfür ist keine einzige müde Mark im Haushalt vorgesehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ein weiteres Armutszeugnis kann ich Ihnen im IT-Bereich nennen. Wir haben im Hessischen Landtag schon mehrfach Debatten über die Frage geführt, wie neue Medien im Unterricht eingesetzt werden sollen, weil diese Kompetenz heutzutage einfach dazugehört und weil es sich um eine Schlüsselqualifikation handelt, die die Kinder erwerben müssen.

Meine Damen und Herren, die Ministerin hat riesengroß - mit einer Tagung und der Schaffung eines Beirates - die Einrichtung einer IT-Akademie zur Weiterbildung angekündigt. Was ist geschehen? Keine einzige müde Mark steht im Haushalt für die Einrichtung einer IT-Akademie. Im Gegenteil, nichts ist vorhanden. Auf unsere Nachfrage in einem Berichtsantrag musste die Ministerin zugestehen: Man weiß noch nicht einmal, ob die Einrichtung beim Wirtschaftsministerium oder beim Kultusministerium angesiedelt werden soll. Man weiß auch noch nicht, wie eigentlich die Finanzierung gesichert werden soll. Man weiß nicht, wann das Geld im Haushalt eingestellt werden soll. Im Übrigen sucht man noch Sponsoren aus der Wirtschaft, weil das Ganze sonst sowieso nicht auf die Füße kommt.

Das ist Ihre Innovation in Sachen neue Medien und Weiterbildung. Für eine Verzahnung der Fortbildungsseite gibt es noch überhaupt kein Konzept. Ich sage Ihnen, das ist ein Armutszeugnis für eine Ministerin, die dauernd das Thema groß auf den Lippen trägt, dass neue Medien im Unterricht wichtig seien, dass man hierfür an den Schulen etwas tun müsse. Aber im Haushalt und an ihren Taten sieht man und merkt man davon nichts. Deshalb merkt man auch an den Schulen leider viel zu wenig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ein weiterer Meilenstein in Sachen Regierungschaos und dilettantisches Handeln der Koalitionsfraktionen ist Folgender.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist aber nicht sehr überzeugend!)

- Ja, sehr überzeugend ist das nicht, da gebe ich Ihnen Recht, Herr Irmer. Wenn ich Kultusministerin wäre und

Karin Wolff hieße, dann würde ich mich ganz schön schämen, wenn ich so einen Haushalt mit solchen Mängeln hier vorgelegt hätte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, ein Amt für Lehrerausbildung soll in Hessen geschaffen werden.

(Mark Weinmeister (CDU): Kommen Sie doch einmal zum Kern der Sache oder wenigstens ein bisschen näher!)

- Seien Sie doch nicht so aufgeregt. Ich verstehe ja, dass Sie aufgeregt sind, weil das alles nicht so klappt, wie Sie sich das vorgestellt haben. Aber das sollten Sie vielleicht mit Ihrer Ministerin und mit Ihrem Koalitionspartner klären und sollten mich nicht immer unterbrechen, bloß weil ich Ihnen die Wahrheit vor Augen führe.

Die Reform des Hessischen Landesinstituts für Pädagogik, der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern, die Einrichtung eines Amtes für Lehrerausbildung, die Reform der Studienseminare ist ein wichtiges Vorhaben einer Landesregierung.

(Dr. Walter Arnold (CDU): So ist es! Das haben Sie nicht angepackt!)

Umso erstaunlicher ist es, dass bislang weder eine Verankerung im Haushalt stattgefunden hat noch ein inhaltlich reifes Konzept dafür vorliegt, das jemals in diesem Hause diskutiert wurde.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin, Sie müssten bitte zum Schluss kommen.

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ein besonders peinliches Verfahren ist es, dass die Koalitionsfraktionen einen Änderungsantrag für diesen Haushalt einbringen, mit dem nicht nur Bezeichnungen geändert werden, sondern auch Haushaltsbereiche zusammengeführt werden, und auf Nachfrage im Haushaltsausschuss die Damen und Herren Abgeordneten von CDU und F.D.P. noch nicht einmal begründen können, was da eigentlich inhaltlich gemacht werden soll. Das ist wirklich ein Armutzeugnis, wenn man an diesen Bereichen inhaltlich etwas verändern will.

Meine Damen und Herren, es reicht nicht aus, wenn man sagt, man stellt mehr Lehrer ein und man macht mehr Betreuungsprojekte an Grundschulen, weil Sie bei dem Eigentlichen, was bildungspolitisch notwendig ist, nichts getan haben, nichts verstanden haben und nichts erreicht haben. Allein Lehrerinnen und Lehrer einzustellen reicht nicht aus. Wir brauchen Qualität an den Schulen,

(Inge Velte (CDU): Genau! - Weitere Zurufe von der CDU)

d. h. mehr Zeit an den Schulen, mehr leistungsgerechte Förderung. Das erreichen Sie aber nicht mit Lehrplänen, die alles ohne Spielraum verankern. Das erreichen Sie nicht, wenn Sie zentrale Prüfungen einrichten wollen. Das erreichen Sie nur, wenn Sie Schlüsselqualifikationen fördern. Dies alles drängen Sie mit dem Schlagwort Unterrichtsgarantie in den Hintergrund. Das wird Ihnen noch böse auf die Füße fallen. - Danke.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Norbert Kartmann (CDU): Diese Rednerin hatte von Schule keine Ahnung!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Ich würde gerne etwas mischen, aber ich habe nur eine Wortmeldung von Herrn Kollegen Quanz von der SPD-Fraktion. - Herr Kollege Irmer für die CDU-Fraktion.

Hans-Jürgen Irmer (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf an dieser Stelle auch die vielen netten Zuschauer begrüßen, vor allem die Freunde aus dem Lahn-Dill-Kreis.

(Heiterkeit bei der CDU - Lothar Quanz (SPD): Extra eingeflogen?)

- Extra eingeflogen, jawohl, so ist das. - Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist ein weiterer Meilenstein zur Verwirklichung der Unterrichtsgarantie in diesem Lande.

(Beifall bei der CDU)

Er ist auch ein Meilenstein zur Nachwuchssicherung, die Sie in diesem Lande in schöner Regelmäßigkeit vergessen haben. Das wollen wir auch einmal deutlich machen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben in diesem Haushalt 600 Lehrerstellen netto zusätzlich. Wenn ich das zu dem addiere, was wir bereits eingestellt haben, dann sind das innerhalb von zwei Jahren 2.300 Lehrer, die wir zusätzlich in den Unterricht stecken. Wir haben in diesem Jahr 400 Referendarstellen zusätzlich zu denen vorgesehen, die bereits da waren. Zusammen sind das, wenn ich es richtig addiere, rund 1.600. Das heißt, wir betreiben Nachwuchssicherung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Bei dieser Gelegenheit muss man immer wieder sagen, dass unter Ihrer Regierungsverantwortung die Ermittlung fachspezifischen Lehrerberarfs eingestellt worden ist. Das heißt, Sie wussten nicht mehr, wer wann ausscheidet. Wir fangen an, diese Altlasten zu beseitigen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Frau Hinz, von Schulpolitik verstehen Sie nicht so viel, vielleicht ein bisschen mehr von Sozialpolitik. Sie haben in Ihrer Regierungsverantwortung, obwohl die Schülerzahlen gestiegen sind, 400 Lehrerstellen abgebaut. Sie haben gleichzeitig die Stundentafel gekürzt und haben dennoch einen Unterrichtsausfall von 100.000 Wochenstunden zu verantworten gehabt. Das ist das Ergebnis Ihrer Regierungspolitik gewesen, und deshalb sind Sie völlig zu Recht abgewählt worden.

(Beifall bei der CDU - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie letztes Jahr schon erzählt! Erzählen Sie etwas Neues!)

Unterrichtsausfall als Programmpunkt von Rot-Grün - das geht auch so weiter. Gucken Sie sich einmal Ihre eigenen Anträge an, Herr Kollege Kaufmann. Holen Sie einfach einmal Luft und schauen sich Ihre Anträge an. Sie wollen schon wieder Mittel für 50 Stellen in Europaschulen umschichten. Sie wollen 150 Stellen für Ganztagschulen. Das macht 200 Stellen, die Sie erneut aus der Abdeckung des Unterrichtsgrundbedarfs herausziehen wollen. Das bringt zusätzlichen Unterrichtsausfall.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben es nicht verstanden, Herr Irmer! - Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie können keine Anträge lesen! Das geht so nicht!)

Meine Damen und Herren, wir haben von den 100.000 Stunden Ausfall, die wir vorgefunden haben, rund 70.000 abgebaut. Das heißt, wir haben immer noch einen Unterrichtsausfall von 30.000 Stunden. Das sind 30.000 Stunden zu viel. Da sind wir uns völlig einig.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Garantie gekippt!)

Aber 70% von 100.000 sind erledigt. Diese restlichen 30.000 Stunden werden wir ebenfalls bis zum Ende dieser Legislaturperiode umsetzen. Dann wird die Stundentafel den Schülern in der Tat garantiert werden können. Wir haben gleichzeitig im Gegensatz zu Ihnen, die Sie die Stundentafel gekürzt haben, in der Grundschule die Stundentafel um zwei Stunden ausgeweitet. Das wissen Sie. Außerdem haben wir in der Hauptschule die Stundentafel um zwei Stunden ausgeweitet. Trotzdem haben wir 70.000 Stunden Ihres Unterrichtsausfalls abgebaut.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, wenn wir uns mit dem Haushalt beschäftigen, gehört dazu auch die Bekämpfung des kurzfristigen Unterrichtsausfalls. Natürlich ist es ein Ärgernis, wenn Kinder früher nach Hause kommen, weil kurzfristig Unterricht ausfällt. Diesen Unterrichtsausfall, der mit Unterrichtsgarantie - Frau Hinz, das haben Sie nicht verstanden - nichts zu tun hat, wird man möglicherweise nie zu 100% verhindern können. Aber wir bemühen uns sehr darum. Wir haben die Mittel für den Vertretungsunterricht auf einen historischen Höchststand geschraubt. Wir haben noch einmal 10 Millionen DM draufgesattelt und haben jetzt 40 Millionen DM in diesem Haushalt.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind außerdem dabei, eine Lehrervertretungsreserve aufzubauen.

(Wortmeldung des Abg. Karl Dörr (Umstadt) (SPD))

- Ich bitte um Nachsicht, Herr Dörr, ich habe nur eine Viertelstunde Redezeit. - Die IT-Ausstattung schlägt mit 10 Millionen DM zu Buche, und das ganze fünf Jahre lang, also 50 Millionen DM, die wir dafür ausgeben wollen. In dem Zusammenhang will ich an das erinnern, was der Kollege Weinmeister neulich gesagt hat: Als die alte Bundesregierung 1997 das Programm "Schulen ans Netz" aufgelegt hat, da war beim Hessischen Kultusministerium Ruhe im Saal. Keiner hat sich darum gekümmert. Sie hätten damals schon die Gelegenheit wahrnehmen können, diesen IT- und Medienbereich systematisch aufzubauen und auszubauen. Aber Sie haben nichts gemacht, überhaupt nichts.

(Reinhard Kahl (SPD): 10 Millionen DM!)

Wir haben nach Jahren des Rückschlusses den Ansatz für die Lernmittel um 1,4 Millionen DM erhöht. Diese Mittel sind bei Ihnen über Jahre hinweg gekürzt worden, obwohl die Schülerzahlen gestiegen sind und natürlich auch die Preise für die Bücher gestiegen sind. Sie haben immer reduziert, de facto und effektiv. Wir haben 1,4 Millionen DM als ersten Schritt in die richtige Richtung draufgesattelt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, beim Hauptschulprogramm gibt es 100.000 DM als ersten Ansatz im Haushalt. Wir haben erstmalig überhaupt in diesem Haushalt weitere 100.000 DM für Hochbegabtenförderung eingestellt, damit überhaupt etwas geschehen kann und vor Ort erste Schritte unterstützt werden können. Wir werden morgen noch über das Thema Hochbegabtenförderung weiter diskutieren.

(Zuruf des Abg. Karl Dörr (Umstadt) (SPD))

Bei der Erwachsenenbildung ist es ein Plus von 1,5 Millionen DM, im Übrigen ohne Effizienzdividende, um das auch einmal deutlich zu sagen.

Meine Damen und Herren, wer eine vorwärts oder rückwärts gewandte Politik betreibt, das möge man, bitte schön, auch daran erkennen, dass Sie aus dem Innovationspool 250.000 DM streichen wollen. Das sind genau die Mittel, die wir als Komplementärmittel brauchen, um beispielsweise Programme des Bundes oder von Europa kofinanzieren zu können, um kurzfristig Projekte der Erwachsenenbildung in die Tat umzusetzen. Aber das wollen Sie sinnigerweise kürzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Ein letzter positiver Aspekt für diesen Haushalt, Stichwort: betreuende Grundschule. Sie haben jahrelang einen Betrag von 7,9 Millionen DM dafür zur Verfügung gestellt. Wir haben ihn in diesem Jahr, wie Sie wissen, auf 12,2 Millionen DM erhöht. Er wird in dem Haushaltsplan 2001 auf 14,8 Millionen DM erhöht.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Sie haben die Grundschule mit festen Öffnungszeiten dafür kaputtgemacht!)

Das heißt, Sie hatten in Ihrer Regierungsverantwortung jahrelang diesen Betrag eingefroren. Sie haben etwa 280 Modelle gehabt, die Sie finanziert haben, teilweise luxuriös. Alle anderen 900 Grundschulen in diesem Bundesland sind leer ausgegangen, haben nie die Chance gehabt, auch einmal Betreuungsmaßnahmen erleben zu dürfen. Dies war und ist ungerecht.

(Beifall bei der CDU)

Mit dieser Ungerechtigkeit haben wir Schluss gemacht. Wir haben heute 800 Angebote in Hessen. Das heißt, es hat mehr als eine Verdoppelung der Angebote unter diesem neuen Konzept gegeben, das von dieser Ministerin ausgearbeitet wurde und von dieser Koalition gemeinsam getragen wird.

Herr Kollege Quanz hat nachher eine schwierige Aufgabe. Er muss einen Haushaltsplanentwurf kritisieren, an dem es zumindest im Einzelplan 04 nichts zu kritisieren gibt. Bei den anderen gibt es auch nichts zu kritisieren, aber an diesem Einzelplan erst recht nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Lothar Quanz (SPD): Mir wird schon etwas einfallen!)

Er wird also mit quälendem Lächeln versuchen, seine rhetorische Pflichtaufgabe zu erfüllen. Da Herr Quanz nach mir spricht, muss ich es vorwegnehmen. Ich möchte Sie einfach einmal bitten, über das Motto nachzudenken: An ihren Taten sollt ihr sie erkennen. - Liebe Freunde von der SPD, wir wollen dann doch einmal schauen, was ihr während der Zeit eurer Regierungsverantwortung gemacht habt.

Das erste Thema betrifft die betreuende Grundschule bzw. die Grundschule mit festen Öffnungszeiten. Im Entwurf des Haushalts für das Jahr 2001 haben wir dafür 14,8 Millionen DM stehen.

(Reinhard Kahl (SPD): Im Kommunalen Finanzausgleich!)

- Genau, das ist richtig. Das geschieht über den Kommunalen Finanzausgleich. Herr Kollege Kahl, das haben wir von

Ihnen so übernommen. Das wissen Sie doch. - Sie wollen jetzt draufsatteln und dort auf 19,8 Millionen DM kommen. Sie wissen, dass die Politik auch eine Frage der Glaubwürdigkeit ist. Ich sage Ihnen, dass Sie da nicht besonders glaubwürdig sind. Es ist nicht glaubwürdig, dass jemand, der jahrelang den Ansatz unverändert bei 7,9 Millionen DM belassen hat und Anträge auf weitere Einrichtungen abgelehnt hat, jetzt, nachdem er in der Opposition ist, plötzlich meint, 5 Millionen DM draufsatteln zu können,

(Mark Weinmeister (CDU): Scheinheilig!)

obwohl er in der Phase der eigenen Regierungsverantwortung die Möglichkeit dazu längst gehabt hätte.

(Beifall des Abg. Frank Lortz (CDU))

Ich komme zum zweiten Thema, zu der Einstellung von Lehrern. Sie kritisieren, es gäbe zu wenig Lehrer, es würden Lehrer fehlen und die Unterrichtsgarantie wäre fast geplatzt. Wir haben das eben von Frau Kollegin Hinz gehört. Auch an das Folgende muss man immer wieder erinnern. Wer in den letzten vier Jahren seiner eigenen Regierungsverantwortung trotz steigender Schülerzahlen 400 Lehrerstellen abgebaut hat, hat hier und heute kein Recht, diejenigen zu kritisieren, die in ihrer Regierungsverantwortung innerhalb von zwei Jahren netto 2.300 Lehrer neu eingestellt haben. Das muss man einmal deutlich sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich komme zum dritten Beispiel, zur Erwachsenenbildung. Meine Damen und Herren, Sie wollen jetzt als Opposition dort 6 Millionen DM draufsatteln. Ich frage mich: Was haben Sie eigentlich gemacht, als Sie an der Regierung waren? - Sie haben Ihren Etat und damit den Landesanteil an den Kosten der Erwachsenenbildung von 20% auf 6% gekürzt.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ihn noch weiter gekürzt!)

Das ist hier Lebenswirklichkeit. Meine Damen und Herren, das haben Sie gemacht. Sie hätten das verhindern können.

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Frau Hinz, ich spreche durch das Mikrofon. Deshalb bin ich immer lauter als Sie.

Heute stellen Sie sich hier hin und wollen da draufsatteln. Das ist einfach unehrlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie kürzen noch weiter!)

Ich komme zum vierten Beispiel, den modernen Medien. Hier werden 30 Millionen DM für die Ausstattung der Schulen gefordert. Auch hier stellt sich wieder die Frage: Was haben Sie eigentlich in der Zeit Ihrer eigenen Regierungsverantwortung gemacht?

(Zuruf von der CDU: Nichts!)

In Ihrem Haushalt standen keine Mittel dafür bereit. Meine Damen und Herren, das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich möchte noch einen letzten Punkt nennen. Er betrifft die Zwangsganztagsschule.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Eieiei!)

Ich sage das bewusst so deutlich. Schon Holger Börner hat erkannt, dass das Ganze nicht finanzierbar ist. Wer schon

die Halbtagsschulen nicht finanzieren konnte, ist unglaublich, wenn er heute davon ausgeht, eine Ganztagschule finanzieren zu können.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dorothea Henzler (F.D.P.))

Machen wir uns nichts vor. Sie wissen das doch selbst. Sie wollen einen Ansatz von 5 Millionen DM dafür haben. Das ist ein Erinnerungsposten und nicht mehr. Sie täuschen einfach Bewegung vor, indem Sie schneller auf der Stelle treten. So einfach ist das.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Das gilt im Grunde genommen für die doppelte Luftnummer der Laptops für alle. Im August 2000 haben Schröder und Edelgard Bulmahn werbewirksam gesagt, sie wollten alle Schüler in Deutschland mit Laptops ausstatten, "Deutschland jubelt". Im Oktober 2000 hieß es dann: Die Bundesregierung gibt doch kein Geld für Laptops für die Schüler. Die "Bild"-Zeitung erklärte:

Bulmahn musste Versprechen zurücknehmen. Setzen. Note Sechs.

So schrieb die "Bild"-Zeitung. Wo sie Recht hat, hat sie Recht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Dorothea Henzler (F.D.P.))

In Hessen ist das nicht viel anders. Es kreiße der Berg und gebar ein Mäuslein. Die Landesvorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft Bildung der GRÜNEN fordert einen Laptop für jeden hessischen Schüler. Aus diesem Laptop für jeden hessischen Schüler ist bei der GRÜNEN-Landtagsfraktion nur noch ein Laptop für jeden Schüler an zehn ausgesuchten Schulen geworden. Die grüne Schuldezernentin Ebeling erklärt am 14. November 2000 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", dass man derartige Wolkenkuckucksheime schleunigst im Bereich der Utopie belassen sollte. Auch da muss man sagen: Wo sie Recht hat, hat sie Recht.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was sollte das jetzt beweisen?)

Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt doch zur Zwangsganztagsschule zurückkommen. Ich will eines ganz deutlich sagen: Es gibt sehr wohl durchaus begründete Situationen, in denen man über die Einrichtung von Ganztagschulen reden kann.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da sind wir uns einig!)

Das sage ich in aller Offenheit. Das ist so. Meine Damen und Herren, eine Zwangsganztagsschule werden Sie mit der CDU aber nicht machen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich sage das losgelöst von der Frage der Finanzierung. Haben Sie sich eigentlich schon einmal Gedanken über die Finanzierung gemacht? In einer Presseerklärung wird ein Betrag von 20 Millionen DM genannt, in einer anderen ein Betrag von 30 Millionen DM für ein Jahr und einen Jahrgang. Das mag wie auch immer sein. Der südhessische SPD-Hauptling Gerhard B. hat in einer Presseerklärung sinngemäß gesagt, über die Finanzierung werde man sich noch zu gegebener Zeit Gedanken machen. Meine Damen und Herren, Sie konnten die Halbtagsschulen nicht finanzieren. Sie waren nicht in der Lage, die Grundschule mit festen Öffnungszeiten zu finanzieren. Sie haben keine Vor-

stellung, wie die Zwangsganztagsschule finanziert werden sollte. Hier ist der Wählerbetrug vorprogrammiert. Haben Sie sich eigentlich einmal gefragt, wie viele Lehrer, Sozialarbeiter, Diplom-Pädagogen, Betreuer und Hausmeister Sie zusätzlich dafür brauchen?

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Ja!)

Haben Sie sich gefragt, welche Energiekosten das nach sich zieht und wie viele Mensen zu bauen sind?

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Soweit ich weiß, fordert auch die CDU in ihrem Programm die Ganztagschulen!)

Es gibt keine Arbeitsräume für die Lehrer und keine Arbeitsräume für die Schüler. Es fehlen die Bibliotheken und die Fachräume dafür. Das betrifft auch die Schulträger. Sie müssen sich fragen, welche Probleme es bei der Schülerförderung geben wird. - Frau Hinz, ich habe Sie rein akustisch schlecht verstanden. Sie sprachen auf einem so hohen Niveau.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie reden gerade Ihr eigenes Parteiprogramm ad absurdum!)

Sie müssen sich fragen, welche Kosten für die Schulträger und das Land dabei entstehen. Sie müssen sich z. B. fragen, in welcher Größenordnung sich die Eltern an der Zwangsganztagsschule finanziell beteiligen sollen.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Hinz?

Hans-Jürgen Irmer (CDU):

Nein, leider muss ich gleich Schluss machen.

(Lachen der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Frau Präsidentin, wenn ich zusätzlich fünf Minuten Redezeit bekommen, lasse ich die Frage gerne zu.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, das ist eigentlich nicht üblich. Ich glaube, Sie haben noch eine gute Minute Redezeit.

Hans-Jürgen Irmer (CDU):

Die will ich auch für etwas Sinnvolleres als eine Zwischenfrage verwenden.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie bleiben weiterhin in der Kontinuität Ihrer bildungspolitischen Leichtfertigkeiten. Seriöse verantwortungsbewusste Schulpolitik war noch nie Ihr Ding. Meine Damen und Herren von SPD und GRÜNEN, Schulpolitik haben Sie immer als Spiel begriffen. Ich sage das einmal so deutlich. Die Ideologie ist der Ursprung Ihres Handelns gewesen und nicht das Kind. Das Kind hat aber eigentlich im Mittelpunkt zu stehen. Deshalb sind Sie gescheitert. Das schmerzt natürlich. Sie sind mit der Zwangsförderstufe gescheitert. Sie sind mit der Privilegierung der integrierten Gesamtschule gescheitert. Sie sind mit dem Versuch des Einheitsschulsystems gescheitert. Sie sind mit den Einheitslehrplänen gescheitert. Sie sind mit der Schwächung der Hauptschule gescheitert, die überlebt hat.

Sie sind mit der Schwächung der Sonderschule gescheitert. Wir werden sie wieder stärken. Sie sind mit Ihrer Ablehnung der Hochbegabtenförderung gescheitert, die wir einführen werden.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh!)

Wir haben ein vollkommen anderes Verständnis von Schule.

(Reinhard Kahl (SPD): Das stimmt!)

Bei uns stehen unsere Kinder im Mittelpunkt unserer Überlegungen, und zwar nur unsere Kinder. Wir wollen ihre Lebenschancen verbessern. Wir wollen ihnen Zukunftsperspektiven eröffnen. Wir wollen Freude an der Leistung wecken und sie zu gefestigten Persönlichkeiten entwickeln. Wir wollen, dass sie mit Wissen und Kompetenz ausgestattet sind, Teamfähigkeit und die Qualität für eine rationale Konfliktlösung besitzen.

Frau Präsidentin, ich bin damit dann auch am Ende.

(Hildegard Pfaff (SPD): Sie sind schon lange am Ende!)

Junge Menschen, die so erzogen und ausgebildet wurden, die von guten Lehrern unterrichtet wurden, sind, das behaupte ich, vor den Sprüchen der linken und rechten Demagogen und Rattenfänger gefeit. Wir brauchen dann keine millionenschweren Sonderprogramme. Sie sind auch vor Demagogen und irgendwelchen Sekten Gurus und Pseudoheilsbringern gefeit.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Glauben Sie das wirklich?)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss Ihrer Rede.

Hans-Jürgen Irmer (CDU):

Ich komme zu meinen letzten Sätzen. - Wissen zu vermitteln, ist neben der Erziehung zu einer sittlichen Persönlichkeit die zentrale Aufgabe der Bildungspolitik. Mit diesem Haushalt werden wir einen weiteren entscheidenden Schritt zur Erreichung dieses Zieles leisten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dorothea Henzler und Nicola Beer (F.D.P.))

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächster Redner ist Herr Kollege Quanz für die SPD-Fraktion.

(Norbert Kartmann (CDU): Das fällt jetzt schwer!)

Lothar Quanz (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir begrüßen ausdrücklich den beim Einzelplan 04 vorgesehenen Zuwachs. Selbstverständlich kritisieren wir nicht, dass zusätzliche Lehrer- und Referendarstellen zur Verfügung stehen werden.

(Beifall des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Herr Irmer, das war dann aber auch schon das Lob. Selbstverständlich haben Sie einen Anspruch auf die nun folgende Kritik. Ich werde Sie da nicht enttäuschen.

Meine Damen und Herren, wir sagen, das reicht nicht aus, um den Anforderungen, die zusätzlich an unsere Schulen

und das Bildungssystem insgesamt gestellt sind, finanziell und konzeptionell gerecht zu werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Noch-Regierungsparteien haben die Messlatte mit dem Wahlversprechen der Unterrichtsgarantie so hoch gelegt, dass sie nunmehr die Erwartungen, die sie mit diesem Versprechen geweckt haben, nicht erfüllen können.

Und noch etwas anderes: Sie haben kein Konzept dafür, wie Schule zu Beginn des neuen Jahrtausends auf die veränderten Anforderungen der Gesellschaft, auf die gestiegenen Erwartungen, die an die künftigen Generationen gestellt werden, reagieren muss.

(Armin Clauss (SPD): Sehr richtig!)

Bei dem Thema Ressourcen kommt hinzu, dass Sie zwar zusätzliche Stellen im Haushalt ausweisen, diese aber zum Teil nicht besetzen können, weil z. B. in den Bereichen Sonderschule, berufliche Schule, in den Naturwissenschaften, in Englisch an Haupt- und Realschulen derzeit kein Personal mehr zur Verfügung steht.

(Mark Weinmeister (CDU): Und warum ist das so?)

Frau Ministerin, Sie arbeiten mit Wunschzahlen.

(Zurufe von der CDU)

Sie arbeiten mit geschönten Statistiken. Die Schulwirklichkeit sieht anders aus, als sie sich in Ihren Presseerklärungen darstellt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie malen ein Wolkenkuckucksheim.

Leider ist er nicht da, aber ich vermute, er kennt Goethe und würde deshalb den nächsten Satz auch verstehen: Die Knabenmorgenblütenträume des Herrn Roland Koch von einer Unterrichtsgarantie verwelken. Sie sind nicht in der Lage, das umzusetzen. Was bleibt, ist die bittere Enttäuschung der Wähler.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, zum Handwerk. Erneut und schon erfahrungsgemäß - wie bei früheren Beratungen, so auch diesmal wieder - wird im Haus der Kultusministerin nicht solide gearbeitet. Erneut waren Teile des Haushalts nicht beratungsfähig. Sie haben eine Strukturreform im Bereich der Studienseminare, der Wissenschaftlichen Prüfungsämter und der Staatlichen Schulämter sowie auch der Lehrerfortbildung auf den Weg gebracht. Bisher - Frau Hinz hat es dargestellt - wurden weder das Konzept noch die haushaltstechnische Umsetzung so auf den Weg gebracht, dass wir das zielgerichtet und sachgerecht hätten beraten können. Meine Damen und Herren, dies ist ein empörender Umgang mit dem Parlament.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da wird mit heißer Nadel gestrickt, da wird nachgereicht, da werden dann natürlich die Fraktionen in Anspruch genommen - und die sind nicht in der Lage und nicht kompetent, um das im Ausschuss noch darstellen zu können. Was für eine Blamage!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, bisher kenne ich es aus meiner Tätigkeit im Landtag nicht, dass im Rahmen von Haushaltsberatungen fünf Artikelgesetze mit derart massiven Änderungen nachgeschoben werden. Da muss das Schulgesetz geändert werden, das Personalvertretungsgesetz, da gibt es ein neues Gesetz zum Amt für Lehrerbildung, das einfach mit dem Hinweis nachgereicht wird, in den Haushaltsberatungen wird es irgendwie zur Kenntnis genommen werden.

Meine Damen und Herren, so stellen wir uns parlamentarische Arbeit nicht vor.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich möchte an einige Haushaltsstellen erinnern, die nach meiner Auffassung einer besonderen Sensibilität in der politischen Verantwortung bedürfen. Ich erinnere an unsere letztjährige und auch diesjährige erneute Forderung, die Vereine für christlich-jüdische Zusammenarbeit finanziell wieder auf den Stand des Jahres 1999 zu bringen. Dabei geht es nicht um gewaltige Summen, um die man streiten müsste. Hier geht es darum, in dieser Zeit ein richtiges politisches Signal zu setzen, in einer Zeit, in der mit aller politischen Kraftanstrengung, auch mit allen Möglichkeiten des Rechtsstaates rechtsradikalen und rechtsextremistischen Tendenzen begegnet werden muss.

Wir müssen Seite an Seite mit unseren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern Solidarität und gemeinsames Eintreten für unsere Grundwerte täglich anmahnen und wollen dies auch durch praktisches Handeln betonen. In einer Zeit, in der Gemeinsamkeit mit denen, die wieder diskriminiert und angefeindet werden, das Gebot der Stunde ist, müssen wir auch an dieser Stelle haushaltstechnisch ein Zeichen setzen.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage das mit großer Nachdenklichkeit und möchte die Regierungsfractionen noch einmal eindringlich ermahnen und ermuntern,

(Zurufe von der CDU: Oi!)

diesem Änderungsantrag zuzustimmen.

Meine Damen und Herren, im Unterschied zur Regierung wollen wir auf dem Feld der politischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus darüber hinaus ein zusätzliches Zeichen setzen. Wir wollen die Schulsozialarbeit und die politische Bildung inhaltlich und organisatorisch stärken und zusätzlich mit 5 Millionen DM ausstatten, um möglichst frühzeitig den ideologischen Sumpf auszutrocknen, aus dem demokratie- und ausländerfeindliche, auch antisemitische Strömungen entstehen. Dies ist ein wirkungsvoller Beitrag zur politischen Bekämpfung des Extremismus, aus vielerlei Gründen gut angelegtes Geld für eine Zukunft des inneren Friedens, der Toleranz und der Achtung der Grundwerte für alle Menschen, die in Deutschland, in Hessen leben.

(Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Meine Damen und Herren, die Zeit erlaubt es nicht, länger darauf einzugehen. Aber ich erwähne doch noch einmal die Hinweise, die in unseren Änderungsanträgen deutlich werden. Ich erinnere an die Deutsche Blindenstudienanstalt und an die Walter-Kolb-Stiftung. Wir möchten, dass beide Ansätze wieder auf die Höhe des Jahres 1999 gebracht werden, weil beide Einrichtungen segensreiche Arbeit leisten und auf das Geld angewiesen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zur Erwachsenenbildung. Mehr als 6 Millionen DM im Vergleich zum Haushalt 1999 enthalten Sie weiterhin den Organisationen vor. Wenn es richtig ist, dass lebensbegleitendes Lernen immer wichtiger wird, wenn es richtig ist, dass das Privileg des Geldbeutels dafür nicht den Ausschlag geben darf, und wenn es richtig ist, dass immer mehr Menschen auf immer mehr Weiterbildung angewiesen sind und dass immer mehr Menschen über die ökonomische und kurzfristige Verwertbarkeit von Bildung hinaus auf gesellschaftspolitische, philosophische, Hilfe gebende, ästhetische oder persönlichkeitsbildende Weiterbildungsmaßnahmen angewiesen sind, dann sind hier die Organisationen der Volkshochschulen und die Organisationen der freien Träger gefordert. Sie müssen die Angebote bereitstellen, und dazu gehört ihnen die entsprechende finanzielle Ausstattung. Die geben Sie ihnen nicht mehr.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb unsere Kritik: Weiterbildung ist die zentrale Aufgabe, vor der wir stehen. Ihr müssen wir uns stellen, und deswegen müssen wir auch im Haushalt die entsprechenden Zeichen setzen.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Was haben Sie dafür getan? Gekürzt! - Clemens Reif (CDU): Dafür hatten Sie acht Jahre Zeit!)

Zum Kernbereich der Schulpolitik. Wir wollen, dass der Lehrerberuf attraktiv bleibt. Wir wollen die Gewinnung des Lehrernachwuchses entsprechend forcieren. Wir sind darauf angewiesen, dass junge Leute sich wieder verstärkt dem Lehrerberuf zuwenden.

(Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Bereits jetzt ist in bestimmten Bereichen absehbar, dass wir nur mit großem öffentlichem Engagement genügend Interessierte finden werden.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das sind die Sünden der Altlast!)

Wenn ich mir dazu Ihre Haushaltsansätze im Bereich der Studienseminare anschauere, so erweist sich, dass Sie nicht in der Lage sind, dieses Problem offensiv und handwerklich solide zu lösen. Wir haben mehr Studienreferendare und auch mehr Lehreramtswärter in den Seminaren. Gleichwohl stocken Sie deren Etats nicht auf. Die Studienseminare klagen über mangelhafte Ausstattung und darüber, dass ihre Bibliotheken nicht zeitgemäß sind, dass die Ausstattung mit Computern mehr der Zufälligkeit überlassen ist denn einer planvollen und systematischen Unterstützung durch diese Landesregierung.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Wie lange wart ihr an der Regierung?)

Immer mehr Referendare müssen Nebenjobs annehmen, weil sie zu ihrem Gehalt etwas zusätzlich verdienen müssen, gerade um das auszugleichen, was ihnen die Seminare nicht mehr zu Verfügung stellen.

(Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Meine Damen und Herren, das ist kontraproduktiv zu dem, was Sie sonst sagen. Wir wollen die Studienseminare attraktiv machen, wir wollen die Ausbildung stärken.

(Mark Weinmeister (CDU): Das ist doch das Besoldungsgesetz!)

Deshalb muss hier ein neuer Akzent gesetzt werden. Das aber tun Sie nicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun zum Kapitel Ideologie, Gesamtschule. Sie haben bereits mit dem Schulgesetz begonnen, den Versuch zu starten, die Gesamtschule zu liquidieren.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das wird freudig angenommen!)

Sie sind dabei, die Lehrpläne schulformbezogen zu gestalten, um auch dort die Gesamtschulen in ihrer inneren Struktur der Geschichte anheim zu geben.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Nun gibt es im Haushalt kw-Vermerke für die Stellen der pädagogischen Leiter.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Wir brauchen Gesamtschulen aus vielerlei Gründen. Wir wollen ein alternatives pädagogisches Angebot. Wir müssen strukturell in vielen ländlichen Regionen gerade die Gesamtschulen erhalten, wenn wir ein weiterführendes Bildungsangebot flächendeckend im Land vorhalten wollen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen eben keine bayerischen Verhältnisse, wo es in städtischen Gebieten selbstverständlich ist, dass sämtliche Möglichkeiten dem Schüler offen stehen, in ländlichen Räumen aber Bildungsungleichheit herrscht, weil vor Ort nicht das Angebot vorhanden ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Deshalb sagen wir Nein zu Ihrem Vorschlag und zu Ihrem Ansinnen, die Stellen der pädagogischen Leiter wegzulassen. Das zerstört die innere Struktur der Gesamtschulen und ist mit uns nicht zu machen.

(Zurufe der Abg. Clemens Reif und Mark Weinmeister (CDU))

Noch einige wenige Schwerpunkte zu unseren weiteren Anträgen, weil die Zeit nicht mehr erlaubt.

(Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Wir wollen Schulen weiterentwickeln. Wenn wir sagen, wir geben Antworten auf die Fragen unserer Zeit,

(Clemens Reif (CDU): Die Lehrer sind doch froh, dass sie von Ihnen befreit sind!)

so zeigt sich das nicht nur in Haushaltsanträgen. Es zeigt sich in durchdachten Konzeptionen.

Herr Irmer, um gleich einem Irrtum oder auch vielleicht Ihrer Stimmungsmache vorzubeugen: An keiner Stelle und von niemandem ist je gesagt worden, wir wollen die Zwangsganztagsschule. Wir wollen eine Entwicklung, wo sich ganz viele Schulen und ganz viele Schulträger auf den Weg machen werden, zusätzliche Angebote bereitzustellen. Da wird es auch eine Menge Schulen geben, die sagen: Ja, wir gehen den Weg zur gebundenen Ganztagschule. - Auch die werden wir unterstützen und ausstatten, weil das die richtige Antwort in dieser Zeit ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen mehr Zeit zum Lernen bereitstellen. Wir wollen, dass neue Formen des Lernens geübt werden. Wir wollen

len Zeit zum vertiefenden Lernen haben, Zeit zum projektorientierten Lernen.

Wir wollen, dass alle Schüler mit ihren unterschiedlichen Begabungen gefördert werden, die sozial Schwachen und Lernschwachen genauso wie auf der anderen Seite die Hochbegabten. Wir wollen die Ausbildung, die Berufsfähigkeit aller Schülerinnen und Schüler stärken. Wir wollen präventive Sozialarbeit machen, die Karrieren verhindert, die dann beim Sozialamt oder beim Jugendgericht enden. Wir wollen, dass Hochbegabte zusätzliche Angebote bekommen, um ihre Talente entfalten und stärken zu können. Schule im Jahr 2000 hat neue, zusätzliche Antworten zu geben und Aufgaben zu bewältigen. Diesem Anspruch stellen wir uns. Dafür nehmen wir Mittel in die Hand.

Wir wollen, dass die Schulen Antworten auf die Fragen unserer Zeit geben, auf die Erwartungen, die an die nächste Generation gestellt sind, Antworten auf veränderte Kindheit, Antworten auf veränderte familiäre und gesellschaftliche Situationen. Wir wollen, dass Schulen Antworten geben für qualifizierte junge Mütter, damit sie sich nicht zwischen Karriere und Familie alternativ entscheiden müssen, sondern beides zugleich möglich ist, nämlich berufliche Karriere und Familie.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht als ein uneingelöstes Versprechen, sondern wir wollen durch staatliche Politik genau diese Vereinbarkeit in Hessen auf den Weg bringen.

In unseren Ganztagsangeboten wird es so sein, dass wir in den Naturwissenschaften, in den Fremdsprachen, in der Erziehung für Europa, in der musisch-ästhetischen Erziehung und ganz besonders im Umgang mit neuen Medien neue Voraussetzungen schaffen werden für ein zeitgemäßes Lernen, das die Zukunft unserer Generation sichert.

Wir wollen dafür - das hatte ich gesagt; das machen die Anträge deutlich - auch Geld in die Hand nehmen. Wir sagen auf der einen Seite 30 Millionen DM mehr für Ausstattung, Pflege, Innovationen im Bereich der neuen Medien zu. Das soll gesplittet werden: 15 Millionen als Sonderprogramm für die beruflichen Schulen, 15 Millionen DM für die allgemein bildenden Schulen. Nur, ich sage auch eines sehr kritisch und sehr deutlich: Ich bin nicht einer derjenigen, die sagen: Wenn die Parole "jedem seinen Laptop" in die Welt gestellt ist, dann ist ein wesentlicher Beitrag zur Entwicklung unserer Schulpolitik geleistet. Ich sage: Wir brauchen selbstverständlich diese Hardware, wir brauchen die finanziellen Voraussetzungen. Aber was wir noch viel mehr brauchen, sind zwei Dinge, nämlich erstens ein pädagogisches Konzept für die Schulen und zweitens Lehrer, die in der Lage sind, dann auch dieses Konzept umzusetzen. Beides fehlt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Weiteres, Herr Irmer, auch da stimmen Ihre Zahlen nicht. Die Zahlen, die ich nenne, sind seriös und durchgerechnet.

(Zuruf von der CDU: Von wem?)

Wir sagen: 10 Millionen DM wollen wir für den schrittweisen Ausbau, für erste Schritte hin zu mehr Ganztagsangeboten. Das heißt, 5 Millionen DM aus dem KFA und 5 Millionen - so ist es definiert - aus dem Landesprogramm. Das ist eine seriöse Grundlage, auf der die Schulträger dann

auch tatsächlich planen können. Sie sagen dann immer gleich: Diese Ganztagschule lässt sich nicht finanzieren. - Ich weiß nicht, welche Vorstellungen Sie von Ganztagschulen und von Ganztagsangeboten haben, wie wir sie uns vorstellen.

(Zuruf von der CDU)

Dort, wo Schulen gemeinsam mit dem Land und dem Schulträger arbeiten, dort, wo der Schulträger auch Jugend- und Sozialhilfeträger ist, werden wir gemeinsame Vereinbarungen schaffen. Wir werden die Nachmittage gemeinsam mit der anderen Seite, mit der kommunalen Seite, gemeinsam mit freien Trägern durchführen. Unter dem Aspekt der Öffnung von Schule werden wir gemeinsam mit Wirtschaft, gemeinsam mit Sport- und Musikvereinen, gemeinsam mit karitativen und sozialen Einrichtungen das Angebot ausgestalten. Dann werden nicht nur Lehrer - das ist richtig - für die gesamte Schule zuständig sein.

Wir werden das Angebot verbreitern. Deshalb ist es finanzierbar. Deshalb ist es ein Konzept, das vielerlei Wünsche berücksichtigt und das die kommunale Seite mit ins Boot nimmt, weil die kommunale Seite es genauso sieht wie wir. Schauen Sie sich bitte an, in wie vielen Kreisen - auch in der Stadt Frankfurt, übrigens mit Unterstützung der CDU - genau diese Konzepte jetzt schon auf den Weg gebracht werden. Was fehlt, ist das Land, das endlich einsteigt und die kommunale Seite unterstützt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Quanz, die Redezeit ist deutlich abgelaufen.

Lothar Quanz (SPD):

Herr Präsident, ich werde Ihnen selbstverständlich nicht widersprechen. Ich komme zum letzten Satz. - Wir werden in der Regierungsverantwortung genau dieses Konzept umsetzen. Dann wird eines tatsächlich Wirklichkeit werden, nämlich dann wird Hessen wieder Spitze als Bildungsland in Deutschland sein.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Kollegin Henzler für die Fraktion der F.D.P.

Dorothea Henzler (F.D.P.):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind ja kurz vor Weihnachten. Dann gibt es für Kinder einen Wunschzettel. Da steht dann drauf: Wir wollen, wir wollen, wir wollen. - Genau das Gleiche hat Herr Kollege Quanz jetzt eben hier gemacht.

(Zurufe von der SPD: Wir machen es! - Gegenrufe von der CDU: Sie haben es nicht gemacht!)

Ich sage Ihnen nur eines, Herr Kollege Quanz: Die Menschen nehmen es Ihnen einfach nicht mehr ab. Sie haben lange genug Zeit gehabt, zu erzählen, was Sie wollen. Sie haben es in dieser langen Zeit nicht getan.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Deshalb werden Sie die Regierungsverantwortung in diesem Lande mit Sicherheit so schnell nicht wieder übernehmen. Das beginnt schon damit, dass Sie nicht einmal die richtigen Worte wählen. Herr Bökel zieht durch die Lande mit dem Wort Ganztagschule. Die Ganztagschule ist eine Schule, die mit Lehrern eine Ganztagsbetreuung und Unterricht anbietet. Das, was Sie, verehrter Herr Quanz, jetzt fordern, was Sie wollen, ist eine Schule mit Ganztagsangeboten. Das ist etwas ganz anderes.

Das ist genau das, was wir die ganze Zeit schon fordern, die engere Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfeträgern. Da kommen Sie nämlich zu der Schule mit Ganztagsangeboten. Sie müssen also erst einmal klare Begriffe definieren. Dann weiß man, was sich dahinter verbirgt.

Zu dem, was Sie sonst hier gesagt haben, kann ich nur feststellen: Das ist ein Suchen in den Krümeln. Natürlich findet man immer etwas, was man noch mehr machen könnte und was man noch besser machen könnte. Natürlich fehlt vielen das Sahnehäubchen auf dem Kuchen. Aber wir haben den Schulen wenigstens wieder den Kuchen gegeben und es nicht bei trockenem Brot belassen.

Zwei kurze Beispiele. Weiterbildungsgesetz.

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Also ich finde, Frau Kollegin Hinz, das Weiterbildungsgesetz ist das beste Beispiel für Beteiligung im Vorfeld. Der Referentenentwurf des Weiterbildungsgesetzes wird so breit diskutiert. Augenscheinlich sind Sie nicht im Kuratorium für Erwachsenenbildung. Da wurde er sehr ausführlich diskutiert. Im Volkshochschulverband wurde er diskutiert.

(Erneuter Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist Beteiligung im Vorfeld, liebe Frau Hinz. Daraus wird ein Weiterbildungsgesetz entstehen, mit dem alle relativ zufrieden sind.

Das Zweite ist die Ersatzschulfinanzierung. Auch das braucht Sie nicht zu überraschen. Es steht in der Koalitionsvereinbarung, dass wir den Anteil der Ersatzschulfinanzierung, den Sie gekürzt haben, wieder erhöhen. Also müssen wir darüber reden. Des Weiteren haben wir einen gesetzlichen Auftrag, Investitionskosten für Privatschulen zu finanzieren. Also müssen wir darüber reden. Und wenn wir darüber reden, reden wir natürlich über das gesamte Thema Ersatzschulfinanzierung. Von daher gesehen ist das überhaupt nichts Neues.

Jetzt kommen wir zu dem angeblichen Unterschied zwischen dem Wirtschaftsminister und der Kultusministerin zum Thema Unterrichtsgarantie. Meine Damen und Herren, wir sind eine Koalition. Die F.D.P. hat immer gesagt: Wir versprechen, die Anzahl Lehrerstellen zu schaffen, die nötig sind, um die Anzahl der Stunden in der Stundentafel erfüllen zu können. - Genau das haben wir versprochen. Darüber sind wir uns auch völlig einig. Dass dann der Begriff Unterrichtsgarantie von unserem Koalitionspartner draufgesetzt wurde, ist auch in Ordnung. Wir sind dabei, ihn noch besser zu erfüllen, als das nach außen hin aussieht. Gerade für die Grundschule sagen wir: Es dürfen keine Kinder heimgeschickt werden. Die Kinder müssen beschäftigt werden. Für Kinder muss auch kurzfristig Vertretung geholt werden. Das ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Unterrichtsgarantie. Nach 19 Monaten sind wir schon

relativ weit. Sie werden sehen, nach zweieinhalb Jahren, vor der nächsten Wahl, sind wir wirklich durchs Ziel gegangen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Nun beklagen Sie hier, dass zum ersten Mal seit 30 Jahren in Hessen eine Situation entstanden ist, dass wir mehr Lehrerstellen als Lehrer haben. Worauf ist das zurückzuführen? Darauf, dass Sie die ganze letzte Zeit den Lehrerberuf schlecht gemacht haben, dass Studenten keine Zukunftschancen hatten und dass keiner auf Lehramt studiert hat. Deshalb haben wir jetzt zu wenig Lehrer.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Jetzt gibt es ein Umdenken. Die Studenten wissen plötzlich wieder, dass ihr Studienfach wichtig ist. Sie haben eine Zukunftsperspektive. Sie sitzen nicht mehr an der Universität, vielleicht mit einer wirklichen Berufung zum Lehramt, und sagen sich: Na ja, ich studiere eigentlich für die Arbeitslosigkeit.

Jetzt wissen sie, dass sie nicht für die Arbeitslosigkeit studieren, sondern dass sie im Gegenteil sofort nach dem Studium ins Referendariat und danach sofort in den Beruf gehen können. Die Referendare können sich mittlerweile die Schulen aussuchen, an die sie gehen wollen. Sie werden nicht mehr auf die Straße geschickt, wo sie froh sein können, wenn sie dort irgendwann einmal einer auflieft. Die Schulleiter können wieder auswählen, welche Lehrer an ihre Schulen kommen. Vor allen Dingen: Es lohnt sich für sie wieder, Referendare an ihren Schule auszubilden, weil sie nämlich eventuell daraus ihren Nachwuchs rekrutieren können.

Es hat sich viel verändert. Es hat sich auch einiges in der Aufgabe der Schulleitungen und der Schulaufsicht verändert. Viele der Lehrer, die jetzt zu unterrichten angefangen haben, haben nicht den Notendurchschnitt, den sie normalerweise für eine Einstellung brauchten. Deshalb müssen sie eine Probezeit durchlaufen, in der sie Beamte zur Anstellung sind, und es ist wirklich die Aufgabe der Schulleitungen und der Schulaufsicht, zu schauen, ob das die Lehrer sind, die wir bis zu ihrer Pensionierung, also noch 30 bis 40 Jahre lang, im Schulamt haben wollen, ob sie dieser Anforderung gewachsen sind. Hier hat sich eine ganze Menge verändert. Ich meine, dass sich eigentlich alles zum Positiven hin verändert hat.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Sie mahnen an, neue Formen des Unterrichts und neue Formen des Lernens einzuführen. Verehrter Herr Quanz, wir haben etwas ganz Modernes gemacht. Wir haben ein hessenweites Ausbildungsprogramm für alle Lehrer aufgelegt. Den Herrn Kollegen Klippert - "Methodik im Unterricht" - kennen Sie sicher. Das wird wie im Schneeballsystem wirken, und so kommt es mittlerweile bei den Schulen an. Gehen Sie einmal vor Ort. Ich war neulich in der Gesamtschule in Haiger. Dort hat man mir gesagt: Das ist ein Programm, das wirklich etwas bringt und das wirklich hilft. Da machen viele Lehrer mit und tragen das zurück in die Schulen. Dann können sie ihre Kollegien, die Schülerinnen und die Schüler und auch die Eltern überzeugen. - Das ist ein Programm, das erstmals in Hessen aufgelegt wird, einen großen Erfolg verspricht und außerdem äußerst modern ist.

Sie beklagen, dass wir ein Amt für Lehrerbildung schaffen wollen, und sagen, wir hätten es mit heißer Nadel gestrickt. Herr Kollege Quanz, ich war vor einem halben Jahr

beim Bundesverband der Studienseminare. Damals haben wir inhaltlich genau das Konzept der Veränderung der Studienseminare diskutiert. Diese Diskussion findet seit Monaten in diesem Lande statt, und die Zielsetzung ist eindeutig und klar. Sie haben auf Ihre Große Anfrage an die Kultusministerin eine sehr, sehr ausführliche und genaue Antwort bekommen. Von daher können Sie überhaupt nicht sagen, Sie hätten nichts darüber erfahren.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Eine Presseerklärung, sonst nichts!)

- Und die Antwort auf die Große Anfrage. Da steht doch alles drin.

(Lachen der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Ziel dieser Umorganisation ist ein Zusammenführen der drei Phasen der Lehrerausbildung und der Tätigkeit als Lehrer. Es beginnt mit dem Studium an der Universität, wo vor allem von den Referendaren beklagt wird, es sei zu praxisfremd. Es gab ja einmal die "riesige" Idee, ein Praxissemester einzuführen. Das ist mit unserer Regierungsübernahme zum Glück eingestampft worden. Wichtig ist aber, dass studienbegleitende Praktika besser in die Universitäten rückgekoppelt werden und von der Universität auch besser begleitet werden. Auf diese Weise können sich die Universitäten ein Stück weit durch diese Praxistätigkeit weiterentwickeln.

Das Zweite ist, dass die Referendare in den Studienseminaren zwar betreut werden, dass aber dann, wenn sie die Studienseminare verlassen, der Kontakt zwischen den Studienseminaren und den jungen Lehrern völlig verloren geht. Das heißt, die Studienseminare erfahren nicht, was an ihrer Ausbildung gut und was schlecht war.

Diese drei Phasen müssen deshalb sehr viel besser verknüpft werden, und der Informationsfluss muss sehr viel mehr rückwirken, damit diejenigen, die einen Teil der Ausbildung begleiten, dies praxis- und anwendungsorientierter tun können.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Wir schaffen mit dem Amt für Ausbildung auch ein Amt für Prüfungen. Es soll nicht so bleiben, wie es heute ist. Bisher haben wir Prüfungsämter an den Universitäten in Kassel, Gießen, Frankfurt, Darmstadt und Marburg für die ersten Staatsprüfungen. Für die zweiten Staatsprüfungen sind die Abteilungen für Lehrerbildung an fünf Staatlichen Schulämtern zuständig. Das kann doch kein einheitliches Prüfungs- und Qualitätsniveau sein, wenn auf ganz Hessen verteilt an verschiedenen Standorten ausgebildet und geprüft wird. Deshalb führen wir das zusammen, und wir denken, dass mit gemeinsam abgenommenen Prüfungen auf gleichem Qualitätsniveau die Qualität der Lehrerausbildung gesteigert wird.

Für bessere Qualität sollte eigentlich auch sorgen, dass man Lehrern etwas zutraut und dass man ihnen nicht Vorgaben auferlegt, die z.B. im Beamtengesetz längst geregelt sind. Es ist schade, dass der Kollege Holzapfel jetzt nicht da ist. Er hat sich nämlich heute Morgen darüber mokiert, dass wir dabei sind, die Verordnungen zu entrümpeln. Er hat gesagt, das schafften wir nie.

Ich möchte Ihnen jetzt zur Erheiterung ein paar Zitate aus der Dienstordnung für Lehrkräfte, Schulleiterinnen und Schulleiter vorlesen. Diese Verordnung ist 1998 unter der

Ägide Holzapfel geändert worden. In dieser Verordnung steht:

... Unterricht auf der Grundlage der geltenden Rahmenpläne und unter Berücksichtigung pädagogischer Erkenntnisse zu erteilen

Das ist schon einmal richtig. Dann wird gefordert:

Über deren neuesten Stand müssen sich die Lehrkräfte informieren.

Ich denke, es ist eine Selbstverständlichkeit, wenn ich unterrichte, dass ich mich darüber informiere, nach welchen Rahmenplänen ich unterrichte. Es heißt weiter:

Sie sind verpflichtet, sich über die geltenden Vorschriften, Weisungen und Konferenzbeschlüsse zu informieren.

Auch dazu sage ich ganz einfach: Das sind Menschen, die haben studiert. Sie werden auf unsere Kinder losgelassen. Sie müssten eigentlich wissen, dass man sich über neueste Konferenzbeschlüsse informiert.

(Armin Clauss (SPD): Sind Sie davon so überzeugt? - Weitere Zurufe von der SPD)

- Eigentlich schon. Ich traue das den Lehrkräften zumindest zu. - In der Verordnung steht weiter:

Lehrkräfte haben für einen pünktlichen Unterrichtsbeginn und Unterrichtsschluss Sorge zu tragen.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist besonders wichtig, dass es drinsteht!)

- Es ist angeblich ganz besonders wichtig, dass man Lehrkräfte darauf hinweist, dass sie pünktlich in der Schule zu sein haben.

(Zuruf der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es geht folgendermaßen weiter:

Lehrkräfte dürfen Schülerinnen und Schülern, die sie unterrichten, keinen entgeltlichen Nachhilfeunterricht erteilen.

Auch das ist im Beamtengesetz geregelt, dass derjenige, der jemanden etwas lehrt, von dem gleichen Schüler nicht Geld für Nachhilfeunterricht nehmen darf. - Weiter heißt es:

Für die Annahme von Belohnungen und Geschenken, die Lehrkräften in Bezug auf ihr Amt gewährt werden, gelten die Rechts- und Verwaltungsvorschriften zu § 84 Hessisches Beamtengesetz.

Für die Lehrer muss man das noch einmal in eine Extraverordnung fassen, weil sie das Hessische Beamtengesetz angeblich nicht kennen. Meine Damen und Herren, wir werden nicht nur diese, sondern auch andere Verordnungen entrümpeln und unnötige Verordnungen versenken.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin gespannt, wie sich das in der Praxis auswirkt! - Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Diese Verordnung ist ein gutes Beispiel. Ich denke, man sollte Lehrern schon etwas zutrauen und ihnen nicht alles bis in die letzte Kleinigkeit vorschreiben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Schulpolitik war in Hessen schon immer ein sehr politisches Thema. Aber so viel unumstrittene Anerkennung,

wie Schulpolitik derzeit bekommt, und zwar auch von der Gewerkschaftsseite - die uns sonst nicht immer gerade nahe steht -, gab es, glaube ich, schon lange nicht mehr. Wir sind deshalb auf einem guten Weg mit dieser Schulpolitik, und das spiegelt sich im Haushalt des Kultusministeriums wider. Deshalb werden wir diesen Haushaltsplanentwurf wie vorgelegt verabschieden.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Kultusministerin Wolff.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss gestehen: Auch wenn es schon lange her ist, es hat mich heute Morgen doch sehr irritiert, dass in der Generalaussprache zur Politik der Landesregierung der Fraktionsvorsitzende der SPD eine Rede gehalten hat - unter Ausnutzung der langen Redezeit -, in der er zum Hauptthema des Landes, der Bildung, inhaltlich kein Wort verloren hat.

(Beifall bei der CDU - Armin Clauss (SPD): Sie waren doch überhaupt nicht da! Sie können doch dazu gar nichts sagen!)

- Herr Clauss, bleiben Sie bitte bei der Wahrheit. Bleiben Sie ausnahmsweise bei der Wahrheit. Ich habe Ihnen eine ganze Stunde lang unter Schmerzen zugehört. Von Bildung war mit keinem Wort die Rede. Das zeigt den Zustand der SPD in diesem Land.

(Beifall bei der CDU)

Seit der Landtagswahl und auch schon davor hat die SPD in Hessen am bildungspolitischen Diskurs in Deutschland schlicht nicht mehr teilgenommen.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Zustand dauert an. Das zeigt sich auch heute an den entsprechenden Reden. An der Weiterentwicklung der Qualität von Schule hat diese SPD keinen Anteil. In den anderen deutschen Ländern findet eine ganz andere Diskussion statt. Das stelle ich immer wieder fest, wenn ich in der KMK mit Kollegen, auch mit Kollegen roter Couleur, rede. In Hessen findet diese Diskussion bei der SPD nicht statt - dauerhaft nicht.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abg. Hildegard Klär (SPD))

Meine Damen und Herren, ich bin schon dankbar, dass dies in der Stellungnahme und in der Rede des Ministerpräsidenten völlig anders war. Er hat einen großen Anteil seiner Rede auf die Bildungspolitik, sowohl Schule als auch Hochschule, verwendet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Mit vollem Recht. Ich danke insgesamt der Landesregierung, den Kolleginnen und Kollegen, die auch ihre Konsequenzen aus der Prioritätensetzung ziehen müssen. Ich danke den Fraktionen der Koalition dafür, dass diese Prioritäten so deutlich gesetzt werden. Immerhin kommen wir damit dazu, dass wir hinter dem Länderfinanzausgleich mit 5,4 Milliarden DM der stärkste Haushalt sind. Das will ich auch aus meiner Sicht noch einmal sagen. Mit 5,1 Milliarden DM ist der Bildungshaushalt so stark wie noch nie.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Bevor ich zu den einzelnen Punkten komme, was sich in diesem Haushalt positiv und aufwärts bewegt, will ich noch einmal zwei Bemerkungen machen.

Erstens. Herr Kollege Quanz, eine Privilegierung der Gesamtschule nicht mehr weiterzuführen hat mit Liquidierung von Ferne nichts zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Es hat keine Privilegierung von Gesamtschule gegeben!)

Wir beschäftigen uns damit, angefangen mit dem Gesetz 1999 bis zu der Frage der Funktionsstellen, eine langsame Annäherung der Gesamtschulen an eine Gleichberechtigung anderen Schulsystemen gegenüber herbeizuführen - nicht mehr und nicht weniger.

Herr Kollege Quanz, in einer anderen Frage bitte ich Sie: Das Thema christlich-jüdische Zusammenarbeit und jüdische Geschichte und Gegenwart bedarf hoher Aufrichtigkeit und Sensibilität in der Diskussion - und bitte von beiden Seiten. Herr Kollege Quanz, dann kann ich es Ihnen nicht durchgehen lassen, dass Sie - darüber können wir noch reden; da verschließe ich mich ja gar nicht - lediglich den relativ überschaubaren Betrag der christlich-jüdischen Zusammenarbeit erwähnen und nicht so aufrichtig und vornehm sind, auf der anderen Seite dann auch zu sagen, dass diese Landesregierung plant, im Konzert aller Fraktionen - wenn es möglich ist - die Zuschüsse für die jüdischen Gemeinden in Frankfurt erheblich zu erhöhen und auch dort Zuschüsse sehr deutlich hochzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, diese Ehrlichkeit gehört dann auch in die Diskussion hinein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, dass es noch einmal notwendig ist, dass wir Veränderungen auch klar bezeichnen. 1999: 1.400 Lehrer zusätzlich. Im Sommer 2000: weitere 300 Lehrer zusätzlich. Im neuen Haushalt: 600 zusätzliche Stellen.

(Volker Hoff (CDU): Ja!)

Das bedeutet, wir haben insgesamt, wenn man die Umschichtungen mitzählt, in diesem Haushalt und im nächsten Schuljahr 3.500 Lehrerinnen und Lehrer mehr im Unterricht, als zu rot-grünen Zeiten jemals vorhanden waren.

(Beifall bei der CDU)

Es ist genau das geleistet worden, was Sie in anderem Zusammenhang verlangt haben, nämlich die Zeit zum Lernen. Meine Damen und Herren, wer nicht in der Lage ist, in dem fundamentalen Bereich, den die Schule zu leisten hat, nämlich Unterricht, Zeit zu gewährleisten, braucht den Mund nicht zu spitzen, an irgendeinem anderen Punkt über die Zeit von Lernen zu reden.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind mittlerweile sehr präzise in der Lage - das kam auch heute in der Debatte wieder in präzisen Zahlen zum Vorschein -, Auskunft über die Unterrichtsabdeckung zu geben. Deswegen ist das, was Frau Kollegin Henzler eben gesagt hat, goldrichtig: Wir sind im Bereich der Unterrichtsgarantie auf dem Wege, mit einer jetzt schon vorhandenen Abdeckung von 96,1% und mit einem Fehlbedarf von noch knapp 30.000 Stunden innerhalb der nächsten zwei Haushalte auch den Unterricht abzudecken, wie er in der Stundentafel vorgeschrieben ist.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Wir sind noch weiter. Mit den Vertretungsmitteln und dem flexiblen Einsatz von Vertretungsmitteln sind wir im Vergleich zu alten Zeiten - Stelle für Stelle - schon wesentlich weiter in der Konzeption, sodass wir flexibel auf den darüber hinausgehenden plötzlichen Unterrichtsausfall reagieren können. Die Schulen können mit flexiblen Mitteln sehr viel besser umgehen und brauchen nicht erst drei oder vier Wochen zu warten, sondern sie können sehr schnell und umgehend reagieren.

In Sachen Lehrereinstellung hat das Kultusministerium bereits viel Flexibilität bewiesen und wird dies weiter flexibel leisten. Um Lehrkräfte auf die Stellen zu bekommen, die wir bereitgestellt haben, werden wir natürlich flexibel reagieren müssen. Ich möchte den Betrieb sehen - in Hessen sind wir als Kultusministerium insgesamt mit allen Lehrern der größte Betrieb -, der in einem Land von seinem Personalbestand in einem Jahr 7% umwälzt mit den vergleichsweise wenigen Problemen, wie wir sie in diesem Schuljahr gehabt haben.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, wir werben - das werden Sie in den nächsten Wochen sehen - in unserem Bildungsland Hessen um Lehrerinnen und Lehrer, um Lehrerinnen und Lehrer, die aus anderen Bundesländern zu uns kommen, aber wir leisten vor allem unseren eigenen Anteil. Wir bilden nämlich Lehrerinnen und Lehrer aus. Es gibt keine Wartezeiten mehr. Die Referendare können sofort nach ihrem Studium anfangen. Es sind bereits drei mal 400 dazugekommen. Damit sorgen wir selbst dafür, dass wir Lehrerinnen und Lehrer haben, die in Hessen ausgebildet werden und hier auch eingesetzt werden können.

Meine Damen und Herren, wenn sich der Kollege Quanz beklagt, dass die Mittel im Bereich der Ausbildung nicht mehr geworden sind, dann muss ich doch einmal fragen: Was haben eigentlich die SPD und die GRÜNEN früher gemacht, und was haben sie geplant? - Sie wollten den Haushalt doch um 300 Ausbilderstellen, hauptamtliche Stellen, absenken: von über 800 auf über 500 Stellen. Es gehört doch zur Wahrheit, dass man dies hier auch einmal wieder sagt. Sie wollten in einem unerträglichen Ausmaß abbauen: über ein Drittel der Stellen in diesem Bereich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Das haben wir selbstverständlich nicht getan, sondern beibehalten und flexibilisiert, indem wir einen Teil der hauptamtlichen Stellen in Form von Lehraufträgen vergeben und dadurch einen höheren Effekt erreichen und zusätzliche Referendarinnen und Referendare einstellen und ausbilden können.

Der nächste Punkt. In der Lehrmittelfreiheit haben wir etwas getan. Über Jahre hin wurde hier kontinuierlich real gekürzt. Erstmals haben wir jetzt wieder die Möglichkeit, mehr einzusetzen. Wir haben obendrein nicht nur Geld draufgesetzt, sondern wir haben damit auch die Möglichkeit verbunden, dass Schulträger und Schulen diese Mittel flexibel handhaben können insofern, als sie nicht nur Bücher, sondern auch Software kaufen können, dass sie im Rahmen von 5% zwischen Lehr- und Lernmitteln wählen können, also zwischen dem Schulträger- und dem Landesbereich. Was wünschen sich Schulen mehr, als flexibler mit diesen Mitteln umgehen zu können?

Meine Damen und Herren, dann haben wir noch den Bereich der Medien. Was war denn vorher? - Vorher gab es einen Bereich im KFA mit 10 Millionen DM für Medien

und Berufsschulen. Wir haben diesen Betrag sofort im ersten Jahr auf 18,2 Millionen DM erhöht. Im Übrigen kriege ich manche Klage über sozialdemokratische Landräte und Schuldezernenten, dass sie diese Mittel nicht so verwenden, wie sie in diesem Haushalt gebunden sind, die sich verweigern, diese so zweckgebunden einzusetzen, wie sie es machen müssten. Also: in diesem Bereich eine Erhöhung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Erstmals überhaupt gibt es im originären Haushalt einen über mehrere Jahre festgeschriebenen Betrag. Dass Sie nach dem Prinzip "immer noch ein bisschen mehr" - wie Frau Henzler sagt: Weihnachten, oder: "wer bietet mehr?" - dort noch draufsatteln, mag ich Ihnen als Oppositionsfractionen noch zugestehen. Nur: Ein medienpädagogisches Konzept, von dem Sie behauptet haben, es damit verbunden zu haben, ist von fern nicht auf dem Tisch. Von einem Konzept, in dem Anschaffung, Systembetreuung, Vernetzung, Fortbildung, Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern, Medienpädagogik und Didaktik enthalten sind, ist in den Anträgen keine Rede. Das findet bei Ihnen auch in der Diskussion nicht statt.

(Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Das findet bei uns statt, und das werden wir auch so einbinden. Ich wünsche mir allerdings schon, dass an dieser Stelle auch der Bund eine konstruktivere Position hätte. Denn, wie Herr Irmer sagte, ist von der Aussage "ein Laptop für alle", zurückgefahren worden auf "Laptop für ein paar Bedürftige"; danach ist von Laptops überhaupt nicht mehr die Rede gewesen. Aber auch ansonsten ist von Mitteln für diesen Bereich kaum mehr die Rede, und auf die Anregung der Länder - nicht nur der CDU-regierten Länder -, doch auch etwas für Softwareentwicklung zu tun, dass die gemeinschaftliche Einrichtung FWU z.B. noch neue Unterrichtsmaterialien entwerfen kann und nicht jedes einzelne Land dies für sich tun muss, ist kein Mensch eingegangen. Jetzt ist ein kleiner Bereich für Berufsschulen übrig geblieben. Den werden wir sinnvoll anlegen. Aber: Es ist nur ein kleines Mäuschen hervorgekommen.

Meine Damen und Herren, wir tun weiter etwas für den Bereich der Hauptschulen. Dieser Bereich findet bei Ihnen in der Diskussion nicht statt. Hauptschulsonderprogramm heißt, Hauptschulprofile sorgfältig und konsequent weiterzuentwickeln, weil die Hauptschüler ein Recht darauf haben, dass ihre einmaligen Chancen in ihrer Schülerkarriere genutzt werden können, dass sie nach ihren eigenen Lehrplänen unterrichtet werden können, dass sie in der Lage sind, entsprechende Prüfungen zu machen und zu bestehen, dass sie zunehmend praxisorientierte Angebote bekommen.

Die Hauptschulen wissen sehr wohl, dass sie aufgrund dieses Hauptschulförderprogramms, das von uns zum zweiten Mal in den Haushalt aufgenommen und gesteigert worden ist, etwas anfangen können, und auch Eltern wissen, dass es sich lohnt, das Kind in die Hauptschule zu schicken.

Betreuung wurde erwähnt. Ich kann mich auf das Zitat, das der Herr Ministerpräsident heute Morgen gebracht hat, beziehen und sagen, es besteht mittlerweile bei Landräten jeglicher Couleur ein großer Bedarf, herauszustellen, wie viele neue Grundschulbetreuungsangebote man mittlerweile eingerichtet hat. Dies gönne ich ihnen auch. Das ist auch in Ordnung. Ich muss dann die entsprechenden Landräte gelegentlich einmal fragen, ob sie in diesem Programm auch noch dazu beitragen, dass vor Ort die Betreuungsangebote organisiert werden können, oder ob sie sich aus ih-

rer Verantwortung völlig zurückziehen, wie es in einigen Kreisen geschieht.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es gibt die Diskussion um die Lehrerbildung. Die halte ich für relativ an den Haaren herbeigezogen. Herr Kollege Quanz, ich habe im Übrigen den Eindruck, in Ihren Zeiten ist auch viel mit Artikelgesetzen geregelt worden. Das will ich in Klammern einmal dazusagen.

Ich verstehe, dass Sie sich auf dieses Gebiet verlagern und damit verbergen, dass es Ihnen eigentlich zutiefst stinkt, dass in diesem Bereich von Lehrerbildung verschiedene Bereiche der Lehreraus- und -fortbildung zusammengebunden werden, dass sie in einem Bereich zusammengefügt werden, der Lehrerbildung heißt, und dass dieses in einem relativ großen konsensualen Prozess gelaufen ist.

Studienseminare, das HeLP und andere Einrichtungen und die Schulämter sind mit diesem Prozess im Wesentlichen zufrieden. Das kann Sie als Opposition nicht zufrieden stellen. Deswegen machen Sie hier so einen Zauber. Das ist auch in Ordnung.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das Gleiche gilt im Bereich der Erwachsenenbildung. Da will ich aber durchaus sehr deutlich machen: Wir wollen Ihnen eine Einladung aussprechen, an diesem Prozess teilzuhaben. Wir haben diese Einladung auch z.B. über das Kuratorium für Erwachsenenbildung schon die ganze Zeit.

Es findet ein Prozess der Konsensfindung statt. Es findet ein Prozess der Programmentwicklung statt. Am Ende dieses Prozesses wird ein Gesetzentwurf stehen, der so gut wie fertig ist und der auf den Tisch kommt. Ich kann Sie nur einladen, konstruktiv daran teilzunehmen mit der Möglichkeit, dass es wie in anderen Bundesländern dazu kommen kann, dass alle Fraktionen gemeinsam ein Gesetz zur Erwachsenenbildung, zur Weiterbildung erarbeiten und auch verabschieden. Diese Einladung spreche ich Ihnen aus.

In dieser Perspektive haben wir Mittel bereitgestellt, die zur Erfüllung dieses neuen Weiterbildungsgesetzes auch notwendig sind.

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Ministerin, nur ein Hinweis: Die mit den Fraktionen vereinbarte Redezeit ist abgelaufen.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Herr Präsident, ich bin so gut wie fertig. - Diese vereinbarten Mittel stehen bereit und können ab Juli verwendet werden, um zu neuen Programmen, zu neuen Profilen, zu mehr Leistung in diesem Bereich zu kommen.

Ganz kurz zu den unseriösen Anträgen der SPD und der GRÜNEN. Sie haben Millionenbeträge aus Haushaltspositionen herausgeholt, von denen Sie glauben, sie sind anonym. Ich sage Ihnen: Sie sind nicht anonym. Wenn Sie diese Kürzung vornehmen, sage ich Ihnen nur als Beispiel, dann werden Sie keine Grundgesetze und Hessische Verfassungen mehr an den neunten Klassen der hessischen Schulen verteilen können, werden Sie keine Gebühren mehr für GEMA und Ähnliches bezahlen können, für HeLP und Hessen-Kolleg zum Beispiel. Sie werden keine Software-Programme anschaffen können. Sie werden keine Medien

mehr für den Unterricht anschaffen können. So direkt ist das, wenn man anonym Gelder aus dem Haushalt streicht.

Die Ersatzschulfinanzierung wollen Sie um 20% kürzen. Sie wollen gerade einmal am gültigen Gesetz vorbei 20 Millionen DM in einem Bereich kürzen, der gesetzlich festgelegt ist. Dabei ist eine Steigerung in diesem Gesetz noch nicht vorgesehen, auch in den entsprechenden Zahlen nicht vorgesehen. Das heißt, Sie wollen uns veranlassen, dass wir an den entsprechenden Gesetzen und letztlich an dem Haushaltsgesetz vorbei Kürzungen vornehmen. Das werden wir nicht tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Haushalt 2001 ist ein Haushalt, der die Qualität von Schulen durch zusätzlichen neuen Unterricht, durch zusätzliche neue und junge Lehrer steigert. Der Haushalt 2001 ist ein Haushalt, der durch Qualitätsverbesserung auf vielen Feldern von der Lehrplanentwicklung bis zur Lehrerfortbildung, und im Übrigen auch durch zusätzliche Ganztagsangebote die Qualität unserer hessischen Schulen steigert und damit unseren Jugendlichen beste Ausbildungschancen eröffnet. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Damit ist der Einzelplan 04 besprochen.

Ich rufe

Einzelplan 15 - Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst -

auf. Redezeit je Fraktion zehn Minuten. Das Wort hat Kollege Siebel für die Fraktion der SPD.

Michael Siebel (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte erst einmal meine Freude zum Ausdruck bringen, dass Frau Staatsministerin Wagner wohl trotz Erkältung und Angeschlagen-Sein heute dieser Debatte nicht nur beiwohnen kann, sondern sicherlich nachher auch in die Debatte eingreifen wird.

Ich will auch vorwegschicken, dass ich über einige Bemerkungen in der Generaldebatte heute Morgen von Herrn Hahn ein wenig erstaunt gewesen bin. Sie hatten angemahnt, dass der Hochschulbereich nicht ausreichend gewürdigt ist. Warum machen wir dann die Einzelplanberatung, wenn wir dieses nicht tun?

(Michael Denzin (F.D.P.): Na, na, na! Wir wollten keine Einzelplanberatung!)

Ich war auch ein bisschen erstaunt über Ihre Einlassungen bezüglich des Hochschuldienstrechts, das Sie ein bisschen runtergemacht haben. Offenbar ist an Ihnen vorbeigegangen, dass wir dort im Moment an die Schwelle zu tatsächlich ernsthaften Veränderungen kommen, die für das Dienstrecht einen Quantensprung darstellen werden.

(Jörg Uwe-Hahn (F.D.P.): Schwätz nicht lang, machs!)

Wenn Sie aufmerksamer Beobachter der Antragsituation im Hessischen Landtag sind, dann wissen Sie, dass ein Antrag im Geschäftsgang ist, der leider wegen der vollen Tagesordnung noch nicht zur Beratung gekommen ist. Wir werden dann darauf zu sprechen kommen, dass es nicht nur

darauf ankommt, wo wie viel Geld hinfließt. Ich will auch versuchen, das auseinander zu legen.

(Beifall des Abg. Armin Clauss (SPD))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Ministerpräsidentin - Frau stellvertretende Ministerpräsidentin

(Lachen des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

- da klatscht Herr Hahn; das finde ich auch wieder lustig -,

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Wir freuen uns darüber!)

Sie haben sich in den letzten Monaten bezüglich des Wissenschaftsbereiches als Ankündigungsministerin herausgestellt.

(Stefan Grüttner (CDU): Wohltuend von ihren Vorgängerinnen abgehoben!)

Sie haben sich als Zauberin von Steigerungsraten herausgestellt. Ich werde dies nachweisen. Sie haben teilweise - und dieses ist insbesondere auch von den Präsidenten der Hochschulen kritisiert worden - von Steigerungsraten von 70 Millionen DM gesprochen, aber dies vor dem Hintergrund, dass Sie eine globale Minderausgabe von 22,8 Millionen DM im Haushalt haben, dass Sie eine so genannte Erfolgsrücklage von 30 Millionen DM den Hochschulen abverlangen.

Dies sind Maßnahmen in diesem Haushalt, die so nicht hinzunehmen sind, gerade vor dem Hintergrund, dass Sie auf der einen Seite Globalhaushalte wollen, aber auf der anderen Seite dort wieder Kürzungen vornehmen, die dem Prinzip dieser Haushaltsaufstellung in den Hochschulen entgegenwirken.

Nach 18 Monaten schwarz-gelber Regierung müssen Sie sich jetzt an Ihren Taten messen lassen. Auch das war ein Ergebnis der Diskussion heute Morgen gewesen. Sie verweisen immer auf die vorherige Regierungszeit. Das mag Ihr gutes Recht sein; aber nach dieser Zeit müssen Sie es sich gefallen lassen, an dem gemessen zu werden, was in Ihrer Koalitionsvereinbarung steht, und an dem gemessen zu werden, was Sie real getan haben.

Herr Hahn - jetzt ist er abgehauen -, Sie hatten heute Morgen auch wenig Salbungsvolles über die Maßnahme der Bundesregierung auszuführen. Ich will Ihnen einmal sagen: Wenn Sie an die Steigerungsraten für den Wissenschaftsbereich herankommen würden, wie sie von der Bundesregierung realisiert worden sind, und wenn Sie bei der Innovation Ihrer Programme an das herankommen würden, was von der Bundesregierung momentan gemacht wird, dann wären wir in der Tat im Land Hessen so gestellt, wie Sie es - allerdings bislang nur in Sprechblasen - erklären.

(Beifall bei der SPD)

Ich will ein Beispiel dafür geben. Von den Zinsgewinnen aus den UMTS-Verkäufen geht ein Drittel an den Bereich Hochschulen und Bildung. Dieses Drittel wird direkt dorthin abgeführt; und wenn Sie sich einmal angucken, was Sie zum jetzigen Zeitpunkt - in einer vergleichbaren Situation - aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm in Ihren Bereich übertragen, dann ist dies prozentual wesentlich weniger als ein Drittel.

(Heinrich Heidel (F.D.P.): Oje!)

Meine Damen und Herren, ich hatte schon von den 22,8 Millionen DM und von den 30 Millionen DM gesprochen, von denen unklar ist, wie sie verteilt werden. Sie sind uns

bisher auch die Antwort schuldig geblieben, warum Sie in diesem Jahr 1 Million DM mehr abführen müssen, als dies noch im letzten Jahr der Fall gewesen ist. Da gibt es nur die Aussage Ihres Staatssekretärs, dass dies jetzt eine andere Verteilung innerhalb der Koalition sei. Das signalisiert doch, dass die Wissenschaft jetzt weniger privilegiert ist, als dies noch im vergangenen Jahr der Fall war. Wenn nicht, stellen Sie richtig, woran es liegt, dass sie einen höheren Anteil an den globalen Minderausgaben zu tragen hat.

Meine Damen und Herren, ich will ein weiteres Beispiel nennen, weil es in der Fragestunde und auch in der Generaldebatte eine Rolle gespielt hat. Es geht um den Sanierungsbedarf und um die Bauerhaltung. Frau stellvertretende Ministerpräsidentin, es ist ausgeführt worden, dass wir in der Tat einen hohen Sanierungsbedarf haben. Es mag ja so sein, dass das auch damit zusammenhängt, dass dort Versäumnisse aufgetreten sind.

(Heinrich Heidel (F.D.P.): Selbsterkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung!)

Sehr verehrte Frau Wagner, der Punkt ist doch der, dass Sie bislang nichts anderes getan haben, als Ankündigungen und Luftblasen zu produzieren und dieses Bauerhaltungsprogramm in Höhe von 400 Millionen DM in die Welt zu setzen. Ihr Staatssekretär hat übrigens in der Fragestunde gesagt, es seien nur 300 Millionen DM. Auch das ist ein Punkt, bei dem nicht mehr klar ist, wie er denn realisiert werden soll.

Bezogen auf die Staatstheater sage ich, dass auch dort viel Nebel geworfen worden ist. Wie ist es denn nun eigentlich? Wir haben beantragt, dass wir wenigstens die Leertitel einstellen sollen. In der kursorischen Lesung wurde uns gesagt, dass wir noch keine belastungsfähigen Unterlagen haben, um überhaupt Kostenschätzungen anzustellen.

Gestern in der Fragestunde ist uns gesagt worden, dass das überhaupt kein Problem ist. Die Planungsmittel seien beim Finanzminister etatisiert. Das sind drei unterschiedliche Aussagen, die letztendlich die Sitzstädte und die darum liegenden Kreise, die alle davon profitieren, in Unklarheit belassen. Die Bezugnahme auf die Theaterverträge, die Aufteilung 52:48, ist auch nicht sehr solide, weil Sie genau wissen, dass nur die laufenden Kosten und die Investitionserhaltungen darunter fallen, aber eben nicht die Investitionen. Schaffen Sie deshalb Klarheit in diesem Bereich. Sie haben die Chance, dies über die Zustimmung zu den Anträgen, die von uns oder von den GRÜNEN diesbezüglich gestellt wurden, zu tun.

(Zuruf von der SPD: Das schaffen die nie!)

Es ist, wie ich jetzt einmal aus Darmstädter Sicht sage, ein Hammer, dass schlicht und einfach vergessen worden ist - die GRÜNEN haben es dann bemerkt und in einem Haushaltsantrag festgestellt -, zumindest einen Leertitel für die Verlagerung von Teilen des Bauingenieurwesens auf die Lichtwiese zugunsten des Wissenschafts- und Kongresszentrums zu etatisieren. Dies ist dort nicht passiert.

Meine Damen und Herren, wir haben im Wesentlichen in drei Schwerpunkten eigene Initiativen ergriffen. Wie das bei einer Opposition der Fall ist, sind dies Bereiche, in denen wir deutlich machen, wo unserer Ansicht nach Regelungsbedarf besteht.

Erstens. Wir wollen ein Programm auflegen, das in Hochschulregionen mit einem besonderen Entwicklungsbedarf - beispielsweise in Nord- und Osthessen - Institute fördert,

für die Sie die Mittel zusammengestrichen haben. Das wird in der Debatte immer ein bisschen vergessen: Während im letzten Jahr die Hälfte gestrichen worden ist, werden diesmal die Institute ganz plattgemacht. Wir sagen, dass wir dort eine neue Förderung brauchen.

Zweiter Punkt. Wir wollen, dass eine intensivere Verbindung zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft auch über ein Sonderprogramm seitens der Landesregierung geschaffen wird. Dort gibt es sehr hoffnungsvolle Ansätze, aber wir meinen, dass dies von der Landesregierung noch stärker und in einem größeren Bereich gefördert werden soll.

Drittens. Wir denken, dass auch im Sinne einer internationalen Verständigung und der Bekämpfung des Rechtsradikalismus Maßnahmen ergriffen werden müssen. Deshalb unsere Änderungsanträge zu Kap. 15 50.

Weil Herr Hahn und andere in den Debatten immer wieder eingeworfen haben, dass es nicht nur darum gehen darf, ausschließlich Einzelpläne zu kritisieren, will ich für den Einzelplan 15 positiv bemerken, dass das, was Sie für die Archäologie, für den Denkmalschutz und für die Musikschulen getan haben, von uns positiv begleitet wird. Dies sind in der Tat Finanzspritzen, die sehr positiv wirken und sicherlich auch notwendig sind.

Aber wenn ich mir das gesamte Tableau anschau, dann greift doch in diesem Bereich ein psychologisches Phänomen; Sie und die Sie beratenden Personen sind offensichtlich in Details verliebt.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Siebel, die Redezeit ist um.

Michael Siebel (SPD):

Ich bin in wenigen Sätzen zu Ende. - Frau Wagner, diese Detailverliebtheit lässt Sie vergessen, dass Sie sich letztlich in den Bereichen, wo tatsächlich Millionen bewegt werden und wo es darum geht, das Humankapital in Schlüsselentscheidungen umzusetzen, vor Entscheidungen drücken. Hier gibt Ihr Haushalt keine Antwort. Er wirft für diejenigen, die sich diesen Problemen ernsthaft stellen, nur Fragen auf. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Danke. - Das Wort hat Frau Kollegin Beer für die Fraktion der F.D.P.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Habt ihr die Reden ausgetauscht? - Nicola Beer (F.D.P.): Nein, nur die Anträge!)

Nicola Beer (F.D.P.):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die neue Koalition aus F.D.P. und CDU setzt einen Schwerpunkt beim Thema Bildung. Das ist vorhin auch schon beim Thema Schule diskutiert worden. Sie setzt aber auch bei den Wissenschaften einen Schwerpunkt. Die Kahlschlagpolitik der letzten Legislaturperioden ist vorbei.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Herr Kollege Siebel, es wundert mich nicht, dass Sie nicht darauf eingehen. Die Aufgabe der Opposition ist es sicher-

lich, die Landesregierung zu kritisieren. Doch muss man sich, wenn man einmal ehrlich den Hochschulhaushalt, den Wissenschaftshaushalt und den Einzelplan 15 diskutiert, vor Augen halten, dass von Ihnen alleine bei den Hochschulen 467 Stellen eingespart worden sind, dass nach Ihren Vorstellungen vom Haushalt des Wissenschaftsministeriums 115 Millionen DM zusätzlich eingespart werden sollten. Da wäre von Aufstockung der Mittel auch nicht ansatzweise die Rede gewesen. Sie haben aber - ich sage fast - die Chuzpe, sich hierhin zu stellen und herumzumäkeln, dass die Aufstockung, die diese Wissenschaftsministerin durchsetzt, noch zu gering sei. Herr Kollege Kaufmann, Sie selbst hätten das große Messer angesetzt und die Millionen aus diesem Bereich wie aus einem Steinbruch herausgeschaufelt.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch gar nicht wahr! Was erzählen Sie denn für einen Unsinn?)

- Herr Kollege Kaufmann, das ist doch ganz einfach nachzuweisen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist überhaupt nicht nachweisbar!)

- Das ist nachweisbar. Hören Sie mir zu. Hören Sie auf zu schreien. Dann können Sie lernen, wie man es nachweisen kann. - Wenn Sie sich im Einzelplan 15 allein die Grundmittel für Forschung und Lehre anschauen, dann werden Sie feststellen, dass Sie im Vergleich zu den 98er-Zahlen von Rot-Grün im aktuellen Haushaltsplan 2000 schon einen Unterschied von 200 Millionen DM haben. Jetzt kommen im Jahr 2001 noch einmal 86 Millionen DM in diesem Bereich hinzu.

Auch wenn Sie den gesamten Einzelplan 15 nehmen - da habe ich jetzt auch die Zahlen für den Vergleich mit 1999 ohne den Nachtrag, also das, womit Sie im Frühjahr 1999 abgeschlossen haben -, dann stellen Sie fest, dass wir hier um 274 Millionen DM, also fast 300 Millionen DM, schlechter dastehen würden.

Das hätte unsere Hochschulen ganz massiv getroffen. Das hätte vor allem die Ausbildung und damit die Lebens- und Berufschancen der jungen Menschen in diesem Lande betroffen. Es ist diese Landesregierung, ganz speziell auch diese Wissenschaftsministerin, die die Kahlschlagpolitik von Rot-Grün endlich beendet hat, und das ist auch gut so.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Ich will nur ganz kurz auf die einzelnen Verbesserungen eingehen, die mit diesen zusätzlichen Mitteln im Wissenschaftsetat erreicht werden konnten. Herr Kollege Kaufmann, die Fortführung des HSP III mit den 227,5 Stellen ist für die Hochschulen sehr, sehr wichtig. Das sind natürlich zusätzlich Landesmittel.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist keine Verbesserung, das ist nur der Status quo!)

- Herr Kollege, es sind natürlich zusätzliche Landesmittel, da sich der Bund - -

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es sind aber keine Verbesserungen! Es ist falsch, was Sie sagen! Du sollst kein falsches Zeugnis reden, heißt es in der Bibel!)

- Lassen Sie mich doch einmal ausreden, bevor Sie explo-
dieren. In Ihrem Alter ist es gefährlich mit dem hohen Blut-
druck.

(Heiterkeit)

Herr Kollege, natürlich sind es Verbesserungen im Ver-
gleich dazu, wenn durch den Rückzug des Bundes bedingt
diese Stellen weggefallen wären. Dann hätten wir eine gar
fürchterliche Situation an unseren Hochschulen. Dann hät-
ten Sie den Studierenden an hessischen Hochschulen erklä-
ren können, warum gerade diese Professuren und jene As-
sistentenstellen und warum vor allem der Mittelbau an den
Fachhochschulen wegfallen. Da hätte ich doch die GRÜ-
NEN gerne einmal an vorderster Front kämpfen sehen wol-
len, wenn diese Gelder hier nicht eingestellt worden wären.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Trotzdem sind es keine gescheiten Verbesse-
rungen!)

Außerdem werden auch bei uns in diesem Haushalt die
Stellen wieder zu 97% ausfinanziert. Sie haben sich damals
darauf beschränkt, die Stellen zu 50% auszufinanzieren.
Sie sehen auch hier weiterhin eine Besserstellung als sei-
nerzeit unter Rot-Grün.

Wir haben auch die Forschungsförderung erneut angeho-
ben, einfach deswegen, weil wir den Zusammenhang ken-
nen, der Ihnen offensichtlich unbekannt ist, dass man gute
Forschung und Lehre an hessischen Hochschulen nur dann
hinbekommt, wenn man auch die Arbeitsbedingungen da-
für schafft, dass exzellente Professoren - und zwar exzel-
lent sowohl in der Forschung als auch in der Lehre - nach
Hessen kommen. Sie haben die Mittel im Zusammenhang
mit Berufungsverfahren seinerzeit auf 3,8 Millionen DM
heruntergefahren, wir haben sie mittlerweile auf 12 Millio-
nen DM aufstocken können. Wir kommen auch noch zu
den 15 Millionen DM, die Sie damals vorgefunden haben,
als die erste christlich-liberale Koalition abgelöst wurde.

Weitere 3,2 Millionen DM, um genau zu sein, stehen für
die Forschung an außeruniversitären Einrichtungen zur
Verfügung. Vorbildlich ist auch das 25-Millionen-DM-Pro-
gramm der Hessischen Landesregierung für den Informa-
tikbereich. Ich muss sagen, meine Damen und Herren von
Rot-Grün, das nette kleine Progrämmchen der Bundes-
regierung - die Bundesaktivitäten sind ja hier schon ange-
sprochen worden - für den Informatikbereich nimmt sich
daneben gar niedlich aus.

Zudem sind Verbesserungen inhaltlicher und materieller
Art bereits - ich möchte es mal so beschreiben -
durch die Autonomiegesetze, das Hessische Hochschulge-
setz und das Universitätsklinikgesetz erreicht worden. Dies
wird nun durch den Haushalt in einer weitestgehenden Fi-
nanzautonomie flankiert. Auch wenn hier im Rahmen der
Erfolgsbeteiligung einige Kritik laut geworden ist, so hat
doch die Anhörung der hessischen Hochschulpräsidenten
im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst ganz eindeutig
erbracht, dass sie mit dieser Erfolgsbeteiligung

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN))

- Herr Kollege Kaufmann, lassen Sie mich doch erst einmal
ausreden - weitaus besser leben können

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Wieder ein falsches Zeugnis, denn es ist nicht
wahr!)

als mit einer Effizienzdividende von 2% der Personal- und
3% der Sachmittel, weil sie nämlich jetzt von jeder Mark

sofort 50% - sprich: 50 Pfennig - behalten können und
mit diesem Geld auch entsprechend umgehen können, im
Rahmen der Budgetierung Rücklagen bilden können und
größere Anschaffungen machen können. Das ist den Hoch-
schulpräsidenten weitaus lieber als die Alternativen unter
Rot-Grün.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Stimmt nicht, und Sie wissen es!)

Natürlich, Herr Kollege - weil das auch von Herrn Siebel
angesprochen worden ist -, fällt es uns schwer, unseren
Anteil im Einzelplan 15 zu erbringen, was die Personalein-
sparungen betrifft. Sie haben ja völlig Recht, dass es auch
mir als Wissenschaftspolitikerin wesentlich lieber wäre,
wenn wir uns an den 120 Millionen DM insgesamt nicht
beteiligen oder weniger beteiligen müssten. Nur muss man
der Fairness halber einmal sagen, dass der Beteiligungssatz
der Wissenschaftsministerin, dem Volumen des Einzelplans
15 entsprechend, ein wesentlich günstigerer Prozentanteil
ist. Außerdem finden wir es über alle Einzelpläne hinweg
wichtig, dass die von Ihnen ruinierten Staatsfinanzen nun
langsam von dieser Regierung konsolidiert werden,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Wie bitte?)

und dazu muss dann eben auch der Einzelplan 15 seinen
Anteil beitragen.

Das ist sicherlich in einzelnen Bereichen schmerzlich und
nicht ganz einfach umzusetzen, aber das muss leider sein,
wenn in der Vergangenheit derartig ruinös gewirtschaftet
wurde.

Der Zuschuss für die Kunstpflege steigt ebenfalls. Herr
Kollege Siebel, darauf sind Sie nicht eingegangen. Es wer-
den wichtige Projekte finanziert und angeschoben. Ich will
nur kurz und stichpunktartig die Präsentation der Kelten-
funde nennen. Es laufen auch die Vorbereitungen, um den
Limes zur Anmeldung als Weltkulturerbe bei der UNESCO
fit zu machen. Die privaten Musikschulen werden verstärkt
gefördert; und die Fraktionen von CDU und F.D.P. haben
mit ihren Änderungsanträgen noch einmal etwas dazu ge-
tan, was die Kommission für archäologische Landesfor-
schung betrifft, aber auch die hessische Filmförderung.

Sicherlich ist dieses Volumen, das wir im Einzelplan 15
"angefasst" haben, verglichen mit dem Gesamtvolumen
dieses Haushaltsplans übersichtlich - so will ich es einmal
formulieren -; aber angesichts der derart gut angelegten
Projekte und Maßnahmen, die die Wissenschaftsministerin
in diesem Einzelplan verankert hat, fällt eben die Um-
schichtung ausgesprochen schwer. Da wir es uns zur Auf-
gabe gemacht haben, keine nicht gegenfinanzierten An-
träge zu stellen - eine Freiheit, die sich ja die Opposition
genommen hat: quasi mit den Millionen herumzuhantieren,
als würden sie aus der Luft fallen -, sind wir eben in diesem
übersichtlichen Bereich geblieben.

Fazit, meine Damen und Herren: Es könnte sicherlich mehr
sein. Herr Siebel, auch ich wüsste mehr Geld sehr gut anzu-
legen. Aber es ist auf jeden Fall sehr, sehr viel mehr, als
es bei Rot-Grün gewesen wäre. Das wissen die Bürger
draußen im Lande, das wissen die Hochschulen, und das
wissen die Kultureinrichtungen. Deswegen ist auch dieser
Einzelplan auf dem richtigen Weg. - Danke schön.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Schönen Dank. - Das Wort hat der Kollege Kaufmann für
die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie alle kennen das Märchen von des Kaisers neuen Kleidern. Die Kollegin Beer hat eben ein wunderbares Bild eines der dort auftretenden Hofschranzen abgegeben, die nämlich die prächtigen Gewänder von vorne bis hinten gelobt haben, obwohl das nicht die Wahrheit war, wie Sie aus der Geschichte wissen. In Wahrheit ist der Etat für Wissenschaft und Kunst eher mit der nackten Person zu vergleichen.

Meine Damen und Herren, wozu haben Sie denn gegriffen? Zu Tricks in der Darstellung, indem Sie sich jetzt über den Landeszuschuss auslassen. Sie haben es ja eben wieder vorgeführt. Sie haben die HSP-III-Mittel, die ersetzt wurden, hoch gelobt. Das ist keine einzige Mark zusätzlich für die Hochschulen, die dort zur Verwendung kommt, sondern es ist die Weiterfinanzierung eines von vornherein vom Bund auf befristete Zeit angelegten Programms, von dem alle wussten, dass es im nächsten Jahr auslaufen wird. Es ist also keine Mark mehr, aber Sie tun hier so, als ob das eine grandiose Leistung wäre.

Meine Damen und Herren, auch mit den Zahlen, die in den einzelnen Kapiteln des Einzelplans stehen, machen Sie nichts anderes, als Mogelpackungen zu verkaufen. Das ist vom Kollegen Siebel schon erwähnt worden: 52,8 Millionen DM plus/minus wenige 100.000 DM stehen für die Hochschulen weniger zur Verfügung, als Ihre Zahlen ausweisen, weil nämlich die 30 Millionen DM nicht zur Verfügung stehen - man muss 30 Millionen DM zwangssparen, wie Sie wissen - und weil außerdem 22,8 Millionen DM nicht zur Verfügung stehen, weil sie als globale Minderausgabe bei Personalausgaben eingehen.

Meine Damen und Herren, zu dem Zwangssparen sollte man noch einige Bemerkungen machen. Frau Kollegin Beer hat es noch einmal als besonderen Erfolg gewertet, dass dort ein "Sparbuch" angelegt wird, wo man vor dem 31.12. eine Mark hingibt und zur großen Freude nach dem 31.12. im folgenden Jahr noch 50 Pfennig oder demnächst 27 Cent zurückbekommt. Meine Damen und Herren, nennen Sie mir einmal eine einzige Bank, die auch nur einen Tag leben könnte, wenn sie ein solches Angebot an ihre Kunden machen würde, mit einem Disagio von 50% zu leben. Und das Ganze noch als eine Erfolgsmaßnahme zu verkaufen, finde ich schon einigermaßen dreist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Denn dass dies so geschieht, kann man der Presseerklärung der Ministerin entnehmen. Ich darf zitieren: "Im Rahmen der Haushaltsreform werden die Hochschulen das Modell einer Erfolgsbeteiligung erproben." Dann kommt: "Das bedeutet, von jeder eingesparten Mark können sie 50 Pfennig zur Bildung von Rücklagen behalten." Meine Damen und Herren, ein anständiges Rücklagenmodell würde sagen: Jede Mark, die du einsparst, kannst du zurücklegen, und du kriegst auch noch einen Zins darauf, weil du nämlich das Geld nicht ausgegeben hast, sodass du tatsächlich für spätere größere Maßnahmen etwas ansparen kannst. - Aber das genau ist nicht der Fall.

Nur, damit endet es ja noch nicht. Man kann es nicht deutlich genug betonen. Es gibt ja eine Hochschulfinanzverordnung, von Frau Ministerin Wagner am 20. Januar dieses Jahres unterschrieben.

Darin steht der schöne Satz, ganz hinten beim In-Kraft-Treten, dass die entsprechenden Vorschriften, "§ 6 Abs. 1

und § 8 Abs. 3 Satz 2, soweit dort die Ausschüttung einer Erfolgsbeteiligung bestimmt wird, ... am 1. Januar 2003 in Kraft" treten. - So steht es im Gesetz- und Verordnungsblatt.

In Ihrem Haushalt steht, die Erfolgsbeteiligung tritt zum 01.01.2001 in Kraft. Meine Damen und Herren, unter normalen Geschäftspartnern würde man dies Betrug nennen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn man hat gerade rechtsverbindlich in der Verordnung festgeschrieben, dass in den nächsten zwei Jahren nichts passiert - an sich sind es drei Jahre; denn wenn es 2003 in Kraft tritt, wird es ab 2004 wirksam -, aber keine zehn Monate später sagt man: Ätsch, ich habe euch hereingelegt, ich will das Geld jetzt gleich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wer dann noch von Autonomie der Hochschulen spricht und wer dann noch sagt, er wolle die Verantwortung vor Ort stärken und wolle weitere Zielvereinbarungen abschließen, mit welcher Glaubwürdigkeit kann der überhaupt noch auftreten, wenn die allererste Zielvereinbarung - es ist in langen Verhandlungen zwischen den Hochschulen und dem Ministerium über die Finanzverordnung im Vorfeld gesprochen worden -, die überhaupt abgeschlossen wird und in Form einer Verordnung festgeschrieben wird, nicht ein einziges Jahr überlebt, sondern bereits im laufenden Jahr zur Makulatur gemacht wird? Damit können Sie sich Ihre gesamte Autonomiepolitik, so wie Sie sie immer so schön hoch halten, in die Haare schmirren. Die Hochschulen haben jegliches Vertrauen verloren, und genau das, Frau Kollegin Beer, haben alle unisono bei der Anhörung im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst sehr deutlich gemacht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ein Zweites zu den Zahlen. Ich habe hier nur eine von vielen Möglichkeiten, die man der Presse entnehmen kann, nämlich einen Artikel aus der "HNA" mit der Überschrift "Uni-Spitze klagt über Sparpolitik". Die Zwischenüberschrift lautet: "Die gesamte Hochschule schlägt Alarm":

Die finanziellen Einbußen, die der Uni nach dem Entwurf der Landesregierung drohen, seien enorm. Ändere sich dies nicht, müsste das Studienangebot eingeschränkt werden.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

Meine Damen und Herren, im ganzen Lande werden - das erklären alle Präsidenten und alle Kanzler - die Hochschulen im Jahre 2001 mit diesem Haushalt faktisch weniger Mittel zur Verfügung haben als mit dem laufenden Haushalt. Alle können rechnen, und Sie können sich hier kaum hinstellen und sagen, dass sämtliche Präsidenten, sämtliche Kanzler und die Haushaltsabteilungen aller hessischen Hochschulen das nicht richtig berechnen könnten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ganz eindeutig: Der Einzelplan 15 ist ein deutlicher Rückschritt für unsere Hochschulen, was die finanzielle Ausstattung angeht.

Jetzt kommen Sie mir bitte nicht, wie Frau Beer es auch wieder versucht hat, und erzählen nach dem Motto: "Aber wenn Rot-Grün hätte und wäre und würde ..." Erstens ha-

ben Sie seit eineinhalb Jahren die Verantwortung. Zweitens haben Sie immer behauptet, Sie wollten es besser machen.

(Nicola Beer (F.D.P.): Machen wir doch auch!)

Deswegen finde ich es ziemlich schäbig von Ihnen, zu meinen, Sie müssten sich mit etwas vergleichen, was zu keinem Zeitpunkt Realität war. Realität ist auf jeden Fall, dass die Hochschulpräsidenten erklärt haben, dass in den letzten zehn Jahren - das betrifft die gesamte Regierungszeit von Rot-Grün - ihre finanzielle Situation zu keinem Zeitpunkt so beengt gewesen sei, wie sie im Haushalt 2001 sein wird, wenn es bei Ihrem Entwurf bleibt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Mark Weinmeister (CDU): 300 Millionen DM besser als bei Ihnen!)

Das haben sie alle miteinander erklärt. Deswegen hat die KHU eine gemeinsame Presseerklärung gemacht. Aber Sie wollen es schlicht nicht wahrhaben.

Im übrigen haben wir schon im Wahlkampf zu dieser laufenden Legislaturperiode deutlich gemacht: Wenn endlich Theo und seine schwarzen Löcher verschwunden sind, werden wir mit dem zusätzlich einkommenden Geld ganz eindeutig Priorität auf Bildung und Wissenschaft legen. Sie haben in der Generaldebatte heute Morgen auch deutlich von unserem Fraktionsvorsitzenden vorgehalten bekommen: Die schwarzen Löcher waren von Theo. Jetzt kommt Hans, sozusagen als Goldesel. Mehr als 1 Milliarde DM hat das Land nach Abzug des Länderfinanzausgleichs mehr zur Verfügung. Aber wie viele lächerliche Beträge kommen da an? Sie schaffen es gerade einmal, den Status quo zu halten. Das ist die Wahrheit und nicht die Bilder, die Sie hier zeichnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist der Vergleich mit dem Märchen von des Kaisers neuen Kleidern völlig zutreffend.

Meine Damen und Herren, es geht nicht nur um Wissenschaft, sondern auch um Kunst. Gerade bei der Kunst ist Frau Ministerin Wagner, wie sie sich selbst gerne darstellt, besonders engagiert. Es ließe sich gar vieles darüber erzählen, was sie alles bei jeder Gelegenheit ankündigt. Wir haben es noch aus der Fragestunde von gestern, wir haben es mit unseren Anträgen erlebt. Der Kollege Siebel hat es auch schon angesprochen: Das Problem des dringenden Sanierungsbedarfs der Staatstheater ist in keiner Weise gelöst.

Jetzt sagen Sie auch wieder, die anderen seien schuld. - Sie sind die erste Regierung, von der wir immer nur erleben, dass an allem, was Sie nicht leisten, die anderen schuld sind. Wir haben es schon konzentriert. In aller Regel ist es der Kollege von Plottnitz. Mich wundert es, dass er nicht auch für den Fall der maroden Staatstheatertechnik und der Probleme an den Bauten und mit dem Feuerschutz zur Verantwortung gezogen wird.

(Beifall dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Probleme sind jetzt aufgetreten und jetzt erkannt worden. Deswegen sind Sie, die Sie doch regieren wollen, auch gefragt, jetzt zu sagen, wie Sie damit umgehen wollen.

(Zuruf der Abg. Nicola Beer (F.D.P.))

Gehen Sie bitte nicht so damit um, wie Sie mit dem Problem des Frankfurter Uniturms umgegangen sind, zu sagen: Wir stehen einmal dabei und wollen schnell eine Lösung, aber für die nächsten Jahre ist es uns relativ egal, wie der Studienbetrieb abgewickelt werden soll. - Denn gegen

die Wolkenkuckucksheime von neuen Gebäuden nördlich des IG-Farben-Hauses hat niemand etwas. Aber Sie kennen wie wir die Verfahren der Hochschulbauförderung und die Fristen, die es in Anspruch nimmt, bis einmal so etwas kommt. In der Zeit wird mindestens eine ganze Studentengeneration nicht vernünftig mit Lehrveranstaltungen versorgt werden können, wenn Sie nicht kurzfristig eine Lösung finden.

Meine Damen und Herren, deshalb haben wir entsprechende Anträge gestellt. Sie haben es nicht nötig gehabt, darauf einzugehen. Sie bügeln alles ab und sagen: "Ihr hättet ja ..., ihr würdet ja ..." - Ich kann nur feststellen: Sie tun aber nichts.

Der Einzelplan Wissenschaft und Kunst verspricht wenig Gutes - das ist meine Zusammenfassung - und hält noch nicht einmal dies. Er definiert keine Perspektiven für eine positive Entwicklung der wissenschaftlichen Einrichtungen, der Organisationen, der Institutionen der Kunstpflege. Am Beginn des 21. Jahrhunderts, wo wir alle am Start in die Wissensgesellschaft stehen, die sich auch und gerade aus dem kulturellen Erbe heraus entwickelt - ich denke, darüber sind wir uns einig -, gibt es in Ihrem Haushalt nichts als Trostlosigkeit zu erblicken.

Damit werden Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, und die Landesregierung Ihrer Aufgabe nicht gerecht, sich den Anforderungen von Gegenwart und Zukunft zu stellen. Wer so gerne wie insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der CDU von Leitkultur spricht, der sollte wahrlich mehr zu bieten haben als das Fazit dieses Haushalts.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wissenschaft und Kultur tun mir Leid, das ist das Fazit. - Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Abg. Herrhausen für die Fraktion der CDU.

Traudl Herrhausen (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach der aufgeregten Einlassung von Herrn Kaufmann sollten wir vielleicht ein bisschen zu den Tatsachen zurückkehren.

(Beifall bei der F.D.P.)

Der hier vorgelegte Haushaltsentwurf für den Bereich Wissenschaft, Forschung, Kunst und Kultur bedeutet, dass diese Landesregierung ihren Kurs der Stärkung dieses Bereichs konsequent fortsetzt und endlich mit der Erosion von Wissenschaft, Kunst und Kultur aufgehört hat.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Zu den Zielvereinbarungen. Herr Kaufmann, Sie haben schon vor vier Jahren in Haushaltsreden über Zielvereinbarungen geredet, die wir nun endlich hätten. Aber wir haben immer noch keine Zielvereinbarungen - das nur zu Ihrer Aufklärung.

Für die Budgetierung und Ausfinanzierung der Stellen, die wir im Jahre 2000 vorgenommen haben, nämlich eine vollkommene Ausfinanzierung sämtlicher Stellen, ist - das weiß jeder - eine Dividende zu bezahlen. Niemals haben die Hochschulen sich dagegen besonders gewehrt. Im Gegenteil, ich kann mich erinnern, dass der damalige Präsident der KHU von sich selbst aus eine Effizienzdividende vorgeschlagen hat, wenn die Stellen ausfinanziert sind.

Der Stellenabbau ist ein Koalitionsprogramm. Jeder hier im Landtag und weit darüber hinaus hat die Koalitionsvereinbarung zwischen F.D.P. und CDU gelesen. Selbst den Hochschulen kann es nicht entgangen sein, dass wir im Jahr 1.500 Stellen abbauen wollen und dass sie in einem bestimmten Maß dazu herangezogen werden, und zwar werden sie in einem sehr privilegierten Maße dazu herangezogen.

Ich kann mich an meine Haushaltsreden erinnern, dass ich Frau Hohmann-Dennhardt vorgerechnet habe, dass 28 % der Einsparungen alleine aus dem Haushalt für Wissenschaft und Kunst kommen. Wenn Sie so wollen, kommen jetzt Einsparungen in Höhe von 9 % aus dem Haushalt für Wissenschaft und Kunst, wenn man den Stelleneinsparbetrag in Geld umrechnet. Das ist sehr wohl eine Privilegierung des Ressorts, bedenkt man, dass in diesem Bereich 27.000 Stellen sind.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Herr Siebel sprach von dem Tableau, das aufgestellt werden muss. Das Tableau kennen wir. Das Tableau bedeutet Aufstockung und Beendigung der Erosion. Es bedeutet, dass der Inhalt des Suchan-Papiers, aufgrund dessen uns Einsparungen in Höhe von 115 Millionen DM im Jahre 2001 auferlegt worden wären, nicht Wirklichkeit geworden ist. Sie sehen also, dass diese Landesregierung getreu den Vereinbarungen den Bereich Wissenschaft und Kunst privilegiert und fördert. Sie hat endlich damit aufgehört, das als Nebensache zu betrachten und als Steinbruch für andere Programme zu nutzen. Das geschieht zugegebenermaßen bei, wie Sie alle wissen, nicht mehr ständig ins Uferlose wachsenden Haushalten. Der von Ihnen so hoch gelobte Finanzminister des Bundes spart auch. Wenn es nicht die Versteigerung aufgrund der Lufthoheit im Lande, nämlich die Versteigerung der UMTS-Lizenzen, gegeben hätte, hätte Frau Bulmahn eine ordentliche Bauchlandung abliefern müssen. Dies ist ihr nach der Ankündigung der Reform des BAföG sowieso passiert. Aber warten wir auf die Zukunft. Hier gibt es die Erlöse aus den UMTS-Lizenzen, dort den Investitionsfonds.

Die CDU-Fraktion jedenfalls begrüßt den vorgelegten Haushaltsentwurf und bittet um Ihre Unterstützung. - Danke.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Michael Denzin und Nicola Beer (F.D.P.))

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat die Ministerin für Wissenschaft und Kunst, Frau Wagner.

Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kaufmann, die Bewertung, die Sie hier vorgenommen haben, war schon merkwürdig. Ich erinnere mich an grüne hochschulpolitische Sprecher, die auf diesen Haushaltsentwurf geradezu neidisch gewesen wären, wenn sie ihn denn in diesem

Parlament hätten erleben dürfen. Die 115 Millionen DM, die Herr Starzacher einsparen wollte, haben doch zu heftigem Protest ihres damaligen hochschulpolitischen Sprechers geführt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da war ich das schon! Das wäre nie so gekommen!)

Sie haben doch bemerkt, dass Herr Eichel erklärt hatte, am besten wäre es, wenn man die Hochschulen, also den Bereich der Wissenschaft, zum Kultusressort schlagen würde und die kulturellen Angelegenheiten auf die drei Regierungspräsidien herunterzonen würde.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Wagner, was erzählen Sie denn da für Geschichten?)

So war das doch.

Ihr berühmter Finanzminister auf Bundesebene hat jetzt für diesen Bereich etwas übrig. Aber es ist doch in der Tat so, dass ihm durch Zufall, nämlich durch eine Versteigerung mit privaten Anlegern, Geld in die Hände gefallen ist, das er jetzt in die Bildung steckt, damit er das nicht aus dem übrigen Haushalt finanzieren muss. So sieht die Lage doch aus.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Sie dürfen jetzt nicht mit zweierlei Maß messen. Wenn Sie sagen, die Finanzlöcher des Herrn Waigel mussten weg, dann beziehen Sie sich auch auf die Vergangenheit. Das muss man tun. Ich tue das auch. Für uns ist der Maßstab der Haushalt, den Sie uns 1999 überlassen haben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sollten sich an Ihren eigenen Versprechungen messen!)

Demnach hatten wir durch den Nachtragshaushalt 28 Millionen DM mehr in diesem Ressort. In diesem Jahr sind es 80 Millionen DM. Im nächsten Jahr sollen es 86 Millionen DM sein. Da sagen Sie, dieser Haushalt müsse sich verstecken. Das muss er keineswegs. Wir haben in diesem Bereich eine Kehrtwende erreicht, die ganz dringend nötig war.

(Beifall der Abg. Norbert Kartmann, Mark Weinmeister (CDU), Heinrich Heidel und Roland von Hunnius (F.D.P.))

Meine Damen und Herren, Sie sagen, 227 Stellen seien fast nichts. Wissen Sie, dass das fast 20 Millionen DM ausgemacht hätte, und das in jedem Jahr? So dumm sind wir nicht. Unser Gedächtnis ist auch nicht so kurz. Bei Ihnen wurde jedes Jahr in der Koalition und auch in anderen Situationen darüber gestritten, ob die kw-Vermerke von einem Jahr auf das andere übertragen werden sollen oder ob die Stellen haushaltswirksam werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Es geht um 20 Millionen DM mehr. Ich möchte da den Sprecher der Fachhochschulen, Herrn Klockner, zitieren. Er hat öffentlich gesagt: Das hätte ich dieser Regierung nicht zugetraut, das ist für uns eine ganz große Hilfe, weil wir damit zum ersten Mal die Möglichkeit haben, einen Mittelbau zu schaffen, den es bisher an den Fachhochschulen nicht gibt.

Dazu kommt noch das IT-Programm. Der Herr Ministerpräsident hat es heute Morgen bereits gesagt. Bevor ein ande-

res Land in diesem Bereich etwas getan hatte, haben wir ein Sonderprogramm in Höhe von 25 Millionen DM aufgelegt gehabt.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Wir wollen, dass weiterhin 25% der Studienanfänger Hessen als Studienland wählen, in Hessen eine gute Ausbildung erhalten und danach hier bleiben, weil wir sagen: Sie sind auch eine Bereicherung für uns. - Das wird für das Rhein-Main-Gebiet, auch ökonomisch gesehen, einen großen Schub geben. Es ist sogar so, dass die Professoren junge Leute überreden müssen, ihren Abschluss zu machen. Denn Studenten aus dem IT-Bereich werden auch ohne Examen schon von der Hochschule weggeworben. Das heißt, wir müssen doch diese Chance nutzen. Ich sage Ihnen: Dass wir das IT-Programm völlig flexibel gehalten haben, ist ein unglaublicher Zuwachs, ein wissenschaftlicher Mehrwert für die Fachhochschulen unseres Landes. Das Geld kann für die Räume eingesetzt werden, für die Hardware, Software oder für unbefristete Stellen.

(Beifall bei der F.D.P. und der Abg. Norbert Kartmann und Mark Weinmeister (CDU))

Deshalb können Sie das nicht schlecht reden. Das ist ein Fortschritt.

Wir haben angefangen, eine Reihe von gezielten Verbesserungen zu erreichen. Verehrter Herr, 1999 war der Forschungstopf der ATG 99 auf 3,8 Millionen DM begrenzt.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Herr Kaufmann, sie meint jetzt Sie!)

Es war auf 3,8 Millionen DM begrenzt. Diese Mittel standen nur für die Frauenförderung zur Verfügung. Es gibt übrigens auch einen merkwürdigen Änderungsantrag, den Sie gestellt haben. Die Frauenförderung werden wir nach dem neuen Bund-Länder-Programm ganz anders als Sie machen. Wir werden das sehr viel stärker auf die Nachwuchswissenschaftlerinnen ausrichten, die wir an den Hochschulen und Universitäten insgesamt dringend brauchen.

Meine Damen und Herren, wir wollen die Mittel für die Forschungsförderung von 3,8 Millionen DM auf über 12 Millionen DM erhöhen. Wir haben dort auch die Hochschuldatenverarbeitung eingestellt. Das Folgende sagen Ihnen die verehrten Universitätspräsidenten nicht. Aber sie wissen das. Das Geld nehmen sie mit. Wir haben ein Bibliotheks Sonderprogramm für 2,5 Millionen DM. An jeder Universität besteht die Möglichkeit, mit einem einzigen Internetanschluss den Zugang zu fünf großen amerikanischen Verlagen zu haben, die internationale Zeitschriften herausgeben. Die Lizenzverträge sind so gestaltet, dass wir zum Teil damit 125 Anschlüsse bedienen können. Dadurch wurde mit wenig Geld ein unglaublicher Nutzen für alle Universitäten erzielt. Das sagen uns die Präsidenten nicht. Ich sage das hier einmal, weil ich glaube, dass das ganz wichtig ist.

Wir haben eine ganze Reihe von Neuerungen und Ideen eingebracht, durch die das Bild der Hochschulen modernisiert wurde. Wir haben die gemeinsam eingebracht. Es wurden Graduiertenkollegs eingerichtet. Das ist eine neue Art der Nachwuchsförderung. Das geschieht nicht mehr nach dem Motto, nach dem Sie viele Jahre gehandelt haben, nämlich: die Stellen für die Männer, die Stipendien für die Frauen. - Das ist nicht mein Motto. Ich will, dass auch Frauen die Chance haben, Wissenschaftlerinnen zu werden und eine Karriere zu machen. Sie sollen in Zukunft wirklich das einbringen können, was sie an Begabung haben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut! Nur tun Sie das auch und kündigen es nicht nur an! - Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Was Ruth Wagner ankündigt, macht Ruth Wagner auch! - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja!)

41% der Anfangenden sind Frauen. Das werden wir als Schwerpunkt haben. Das wird im nächsten Jahr anfangen.

Wir haben zusammen mit dem Wirtschaftsministerium eine neue Art des Wissenschafts- und Technologietransfers eingeleitet. Wir machen Ernst mit dem, was wir bei der Beratung des Hochschulgesetzes gesagt haben, nämlich dass die Universitäten einen Beitrag zur Förderung der Existenzgründungen leisten müssen. Das wird ab dem nächsten Jahr laufen. Wir haben einen Evaluierungsversuch in Darmstadt - den kennen Sie - und in anderen Hochschulen, bei dem man sich gegenseitig hinsichtlich der Güte der Arbeit bei Lehre und Forschung beurteilt. Das sind die Qualitätsveränderungen, die wir mit eingeleitet haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, trotzdem gibt es Situationen, in denen das alles nichts nutzt. Dann muss man wissen, woher man kommt, um auf der anderen Seite planen zu können, wohin man gehen will. Am Bundesdurchschnitt gemessen sind die grundsätzlichen Daten der Versorgung der hessischen Hochschulen in Forschung und Lehre nach wie vor nicht gut genug. Ich nenne Ihnen jetzt die Zahlen von 1998. Leider kann ich Ihnen aus dem Jahre 1999 nur einige nennen. Sie liegen noch nicht vollständig vor. Aber die von 1998 kann ich nennen. Die betreffen noch den von Ihnen aufgestellten Haushalt. Es handelt sich um Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Demnach wurden in der gesamten Bundesrepublik im Durchschnitt für die Grundausstattung in Forschung und Lehre pro Studierenden 16.000 DM ausgegeben. In den neuen Ländern lag dies weitaus höher. Wir wissen, warum dies der Fall war. In Hessen waren es 14.000 DM, in Baden-Württemberg 18.000 DM. Meine Damen und Herren, darin besteht der Unterschied. Rechnen Sie diese Differenz einmal auf 150.000 Studierende um. Diesen Unterschied haben Sie mit zu verschulden gehabt. Über sechs bis acht Jahre lang ist die Grundversorgung so abgesenkt worden, dass wir jetzt alle Mühe haben, das aufzustocken. Das ist doch der Punkt.

Insofern kann ich die Äußerungen eines Teils der Universitätspräsidenten verstehen. Die Fachhochschulpräsidenten äußern sich zu diesem Haushaltsentwurf insgesamt sehr positiv. Aber die Universitätspräsidenten sagen, die Aufwüchse, die wir erreicht haben, die zusätzlichen Gelder, reichen noch nicht aus, um die sehr schlechte Grundversorgung wirklich aufzufangen. Daran müssen wir arbeiten. Das wird der Schwerpunkt für den Bereich Forschung und Lehre der zweiten Hälfte der Legislaturperiode sein, und darauf können sie sich auch einstellen.

Meine Damen und Herren, alles, was hier von Herrn Siebel und von Herrn Kaufmann in Bezug auf die globalen Minderausgaben - ich nenne das anders - oder die Erfolgsbeteiligung gesagt wurde, hat nur wieder zur Verwirrung beigetragen. Ich wundere mich, warum Sie das eigentlich bei den anderen Einzelplänen gar nicht angreifen, wenn Sie das bei meinem Ressort angreifen. Warum tun Sie es eigentlich dort nicht? Warum tun Sie es nicht bei Schule, Soziales, Umwelt, Innen oder Justiz? Jedes andere Ressort außer unserem muss 3% der Personalkosten und 2% der Sachmittelkosten vorab abziehen. Das haben Sie erfunden, nicht wir. Das haben Sie im Doppelhaushalt 1998/1999 erfunden.

Bezogen auf unser Haus würden das 45 Millionen DM sein. Das konnten Sie selbst ausrechnen, dazu haben Sie Ihre Haushaltssprecher. Sie können auch alle unsere Häuser und den Finanzminister fragen. In den Verhandlungen mit dem Finanzminister habe ich erreicht, dass wir privilegiert werden, dass wir insgesamt nur 30 Millionen DM zu erbringen haben und dass wir einen Modellversuch starten, von dem wir selbst noch nicht wissen, wie er am Ende wirklich ausgeht: nämlich das zu tun, was mir im Übrigen während meiner Zeit als Abgeordnete Präsidenten vorgeschlagen haben. Es war ein ganz Prominenter, der gesagt hat: Frau Wagner, wir sind in der Lage, 5% Erfolgsbeteiligung zu erbringen. - Das kann ich Ihnen auch schriftlich zeigen - von Leuten, die mich heute kritisieren.

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Ministerin, die Redezeit, die die Fraktionen vereinbart haben, ist zu Ende.

Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Ja, Herr Präsident, ich werde bald mit meiner Rede zu Ende sein.

Verehrter Herr Präsident, wir haben es also erreicht, dass die Hochschule von jeder Mark, die einzusparen ist, die Hälfte behalten darf. Natürlich wäre eine höhere Quote schöner gewesen. Aber haben Sie jemals mit Finanzministern verhandelt?

(Heiterkeit des Abg. Michael Denzin (F.D.P.) - Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Da hat man nach nächtelangen Verhandlungen tränenüberströmte Leute aus solchen Verhandlungen kommen sehen. Ich bin nicht tränenüberströmt dort herausgegangen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Sie kennen mich und wissen wahrscheinlich, mit welchem Temperament ich dort herausgekommen bin.

(Beifall des Abg. Roland von Hunnius (F.D.P.))

Deshalb sage ich Ihnen, der nächste Kampf kommt wieder, das ist doch ganz klar.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Keine Drohung!)

Aber zunächst einmal muss doch auch akzeptiert werden, welch ein Erfolg das war im Vergleich zu den anderen Kollegen, die hier alle viel mehr zu beklagen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

In Berlin sagen Ihre haushaltspolitischen Sprecher bei solchen Gelegenheiten doch, es muss noch mehr eingespart werden. Übrigens haben Sie das in Ihrer Regierungszeit auch getan. Heute erst sieht das anders aus.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die finanziellen Rahmenbedingungen sind andere, Frau Ministerin!)

- Ja, die Rahmenbedingungen sind die, dass Sie Opposition sind und ich hier auf der Regierungsbank sitze. Das ist der Unterschied, nichts anderes.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, zum vorletzten Punkt. Ich weiß nicht genau, was Herr Siebel angesprochen hat, als er von der Erforschung und der Bekämpfung des Rechtsradikalismus

gesprochen hat. Verehrter Herr Siebel, in einer langen Diskussion habe ich es erreicht, das Fritz-Bauer-Institut zu stärken, dass wir es jetzt in eine Kooperation mit der Universität Frankfurt gebracht haben und es erheblich mehr Geld bekommt. - Herr Siebel, es wäre ganz schön, wenn Sie mir einmal zuhörten. Ich hatte Sie angesprochen.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Siebel meldet sich gerade, um noch einmal das Wort zu ergreifen, weil Sie Ihre Redezeit so überziehen.

Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Entschuldigung, verehrter Herr Präsident, so geht das aber auch nicht. Wenn mich Herr Siebel anspricht, weil wir nicht genug gegen den Rechtsradikalismus tun, dann werde ich das doch hier einmal in Ruhe darstellen können.

Also: Das Fritz-Bauer-Institut ist das einzige Institut zur Erforschung des Holocaust in Deutschland. Ich bin der Meinung, dass dieses Institut bisher noch nicht wissenschaftlich genug geführt wurde. Wir haben in sehr invernünftigen Gesprächen mit der bürgerlichen Stiftung, die das Institut trägt, und mit der Stadt zusammen erreicht, dass wir einen wissenschaftlichen Mehrwert erlangen. Dieses Institut arbeitet, zusammen mit dem Staatsarchiv, zurzeit über die Arisierung der Akten ab dem Jahr 1933.

Meine Damen und Herren, ich habe in den letzten Tagen zum allerersten Mal in Deutschland die Kesten-Medaille, die das internationale PEN-Zentrum Deutschland vergibt, mit einem Preis in Höhe von 20.000 DM versehen. Ich bin der tiefen Überzeugung - und nicht nur das, sondern ich tue auch etwas -, dass wir mit unseren Hochschulen ein gastfreundliches Land für ausländische Studierende und für ausländische Gastprofessoren sind. Deshalb brauchen wir keinen besonderen Titel in meinem Haushalt zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus. Das ist für uns Tagesarbeit, das will ich hier einmal festhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Lassen Sie mich noch etwas zum Kulturbereich sagen. Verehrter Herr Kaufmann und verehrter Herr Siebel, in diesem Bereich brauchen wir möglicherweise weitere Ideen. Aber ich brauche keine Ankündigungen, denn ich tue etwas.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Die Förderungen für Musikschulen sind verdoppelt worden. Wir haben eine Musikakademie eingerichtet, über die Sie in den letzten Jahren noch nicht einmal geredet haben. Wir haben den Denkmalschutz jetzt wieder auf 15 Millionen DM aufgestockt. Wir werden in Arolsen ein neues Museum bauen, das bereits geplant wird. Wir sind beim Kelten-Museum in der Planung. Wir werden das Polizeipräsidium umnutzen. Die drei Staatstheater, was immer auch gestern diskutiert worden sein mag, sind in der Bauplanung. Wir gehen nach unterschiedlichen Graden vor. Ich sage Ihnen, Sie müssen sich jetzt nicht hierher stellen und sagen, diese Schäden seien erst heute aufgetreten. Nein, sämtliche Intendanten erzählen mir - und das schon vor sechs Jahren in den Verwaltungs- und Beiräten -, dass es keine Bauunterhaltung mehr gegeben hat. Das sind doch die Ursachen für die Schäden.

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Meine Damen und Herren, auch in diesem Kulturhaushalt sind dringende Erfordernisse enthalten, weil der fulminante Kulturbeauftragte dieser Bundesregierung - der vielleicht morgen schon

gar keiner mehr ist - sich z. B. aus der Stadel-Finanzierung zurückgezogen hat, weil er für das Sepulkralmuseum in Kassel überhaupt nichts mehr tut, weil er gerade noch einmal angekündigt hat, die Bad Hersfelder Festspiele vielleicht noch einmal zu unterstützen. Die hat er für eine Provinzposse gehalten, musste das aber zurücknehmen.

Meine Damen und Herren, das, was wir vorgefunden haben, ist so dramatisch, dass wir nur Schritt für Schritt - aber wir machen schon sehr große Schritte - Verbesserungen erreichen können. Dieses Land kann wieder mitreden und genießt auch Achtung in der Kultusministerkonferenz, das sage ich Ihnen. Denn wir haben Konzepte, wir haben Geld hineingesteckt, und wir fordern von den Betroffenen eigene Ideen, Kreativität und guten Umgang mit dem vorhandenen Geld.

Zum 01.01.2001 stellen wir auf eine neue Finanzordnung um, die von den betreffenden Institutionen viel verlangt. Sie wird ihnen aber auch zum ersten Mal die Chance geben, ihre Schwächen und an anderen Punkten ihre Stärken zu erkennen, um dann zu entscheiden, wie sie mit dem Geld besser umgehen. Das hat schon zu Erweckungsveranstaltungen geführt, die dramatisch gewesen sind. Das ist auch gut so.

Deshalb sage ich Ihnen: Wissenschaft und Kunst sind in Hessen auf einem guten Weg, und das möchte ich auch so weiterführen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Gibt es zu diesem Tagesordnungspunkt noch Wortmeldungen? - Dann stelle ich fest, dass der Einzelplan 15 - Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst - besprochen wurde.

Ich rufe jetzt den

Einzelplan 05 - Hessisches Ministerium der Justiz -

auf. Die Redezeit beträgt zehn Minuten je Fraktion. Erste Wortmeldung, Frau Abg. Kühne-Hörmann, CDU.

(Manfred Schaub (SPD): Und dafür sprechen wir vorher alles ab!)

- Es ist schon einmal anders gelaufen, ja.

(Manfred Schaub (SPD): Das war jetzt nicht an Sie gerichtet, aber wir haben es vorher besprochen!)

Eva Kühne-Hörmann (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Entwurf des Einzelplanes der Justiz schließt mit Gesamtausgaben in Höhe von 1.603.420.600 DM ab. Das ist gegenüber dem Haushalt 2000 eine Steigerung um 2,7%. Auch an dieser Steigerung zeigt sich deutlich, dass wir die Justizpolitik ernst nehmen. Wir sind dankbar, dass unser Justizminister Dr. Christean Wagner nach acht Jahren rot-grünem politischem Chaos die rechtspolitische Wende für die CDU und die F.D.P. vollzieht.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Helau! Weiter so, Frau Kollegin!)

Ich werde in meinem Beitrag auf die Justizpolitik eingehen. Der Kollege Gerling wird sich später zum Justizvollzug äußern.

Ich möchte nur auf vier Schwerpunkte des Haushaltsentwurfs 2001 eingehen. Besonders zu nennen sind erstens

die Sicherheit der Gerichte und Staatsanwaltschaften, als zweiter Schwerpunkt die Modernisierung der Justiz, damit in Zusammenhang stehend als dritter Schwerpunkt das neue Haushalts- und Rechnungswesen und als vierter Schwerpunkt die Hochbauvorhaben.

Zu der Sicherheit der Gerichte und Staatsanwaltschaften ist zu sagen, dass die Sicherheit bei den Richtern und bei den Gerichten zu wünschen übrig lässt, insbesondere bei den Strafrichtern und denen, die in schwierigen Prozessen ihre Arbeit tun müssen. Zum ersten Mal ist in der Arbeitsgerichtsbarkeit vorgesehen, dass Mittel für die Bewachung der Gerichtsgebäude veranschlagt werden. Mittelbar ist für die Sicherheit auch zu nennen, dass die Opferhilfevereine mit zusätzlichen Mitteln unterstützt werden. 500.000 DM sind dort veranschlagt für Darmstadt, Frankfurt und Limburg.

Der zweite wichtige Schwerpunkt ist die Modernisierung der Justiz. 12 Millionen DM zusätzlich werden für die Modernisierung der Justiz eingestellt. An dieser Stelle ist das Justizministerium innerhalb der Landesregierung das erste Ministerium, das unter der Leitung von Herrn Staatssekretär Landau ein solches Programm auflegt und neue Wege geht. Dafür danke ich ganz herzlich dem Justizministerium, dem Staatssekretär und auch dem Finanzminister, der das Anliegen stark unterstützt hat.

(Beifall bei der CDU)

Von den Mitteln der Modernisierungsoffensive werden Ausgaben zur Reorganisation der EDV, zur Einführung des neuen Haushaltswesens und der Personalentwicklung im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften bestritten. Die Modernisierungsoffensive wird in den Jahren 2003 und 2004 zu Stelleneinsparungen führen. Bis zum Jahr 2008 sollen sich die Investitionen amortisiert haben.

Ich komme nun zu dem nächsten Schwerpunkt, das neue Haushalts- und Rechnungswesen. Es wird weiter eingeführt beim Amtsgericht Offenbach. Dort wird es seit 1999 bereits praktiziert, die kaufmännische Buchführung parallel zur kameralen Buchführung erfolgreich durchgeführt. Im Jahre 2001 wird das neue Haushaltswesen in Teilschritten eingeführt. Ein eigenständiges Budget erhalten die ordentlichen Gerichte und Staatsanwaltschaften des Landgerichtes Wiesbaden sowie das Hessische Finanzgericht.

Der letzte Schwerpunkt, die Hochbauvorhaben. Zu erwähnen sind der Neubau des Amtsgerichts Seligenstadt, der Erweiterungsbau des Amtsgerichtes Frankenberg (Eder), die Errichtung des Justizzentrums Darmstadt, der Erweiterungsbau des Amtsgerichts Idstein und des Amtsgerichts Usingen.

Die Justizpolitik ist dank der CDU/F.D.P.-geführten Landesregierung endlich in einem ruhigen Fahrwasser angekommen. Das zeigt der vorgelegte Haushalt, für den ich um Ihre Zustimmung bitte.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Ich bedanke mich. - Das Wort hat Herr Abg. Bender für die SPD-Fraktion.

Bernhard Bender (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Verfassungsgrundsätze wie die Gewaltenteilung und das Rechtsstaatsgebot verlangen einen sensiblen Umgang mit dem

Haushalt des Justizministers. Dies bedingt aber auch einen hohen moralischen Anspruch an den Minister selbst. Bei der Beurteilung dieser Ansprüche kommen aber Zweifel auf, ob Dr. Wagner diesen hohen Ansprüchen gerecht werden kann.

Der unrühmliche Höhepunkt in einer langen Liste von zweifelhaften Entscheidungen war der Vorabfreispruch von Ihnen, Herr Dr. Wagner, für Ihren Parteifreund und alten Kameraden, nämlich für einen Law-and-Order-Mann wie Sie, Manfred Kanther in der Finanzaffäre der CDU. "Kein strafbares Verhalten von Kanther", erklärte Dr. Wagner öffentlich. Und dann, als es eng wurde und er zu Recht auch von der F.D.P. gerügt wurde, meldete er sich mit der schlitzohrigen Erklärung, er habe dies vor 9 Uhr erklärt. Da sei er noch nicht im Amt des Justizministers, sondern nur einfacher Abgeordneter. Blamabler geht es nicht.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Altersteilzeitminister!)

Aber wie gut, dass die Staatsanwaltschaft von sich aus diesen Vorabfreispruch nicht akzeptiert hat und Kanther strafrechtlich verfolgt.

Die Erfolglosigkeit des Ministers zeigt sich aber auch in dem geplanten Gefängnisneubau in Schlüchtern. Weil der Minister selbst als Vorsitzender der politischen Akademie von dem Spendenskandal der CDU betroffen ist und auf dem Höhepunkt der Affäre einmal andere Schlagzeilen setzen wollte, wurde durch eine Pressekonferenz zur Unzeit die Diskussion um Schlüchtern angeheizt.

(Beifall bei der SPD)

Damit fiel Dr. Wagner dem Bürgermeister in den Rücken. Mit dieser übereilten Pressekonferenz wurde ein Grundstein gelegt, leider nicht für eine neue Haftanstalt in Schlüchtern, sondern für Konfrontation und Irritation.

(Beifall bei der SPD)

Auch hier haben Sie dem hohen Anspruch an Ihr Amt nicht gerecht werden können. Dieses Beispiel zeigt, dass die Regierung wegen des Finanzskandals nicht mehr in der Lage ist, wichtige Entscheidungen richtig zu treffen und umsichtig zu handeln.

Leider steht dieser Justizminister in einer weiteren öffentlichen Diskussion sehr zweifelhaft da. Für uns ist unvorstellbar, dass ein Justizminister sich weigert, die Rechtsfindung zu unterstützen, indem er dem Wahlprüfungsgericht systematisch die Akten vorenthält, die dieses zur Wahrheitsfindung benötigt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, jeder der bis jetzt erwähnten Punkte hätte in einer normalen Situation zum Rücktritt führen müssen.

Aber auch der vorgelegte Justizhaushalt ist eher eine Offenbarung der großen Worte als Ausdruck der notwendigen Unterstützung der dritten Gewalt. Rund 18 Millionen DM müssen Sie beim Personal einsparen. An großen Versprechungen bei der Justiz wird nicht gespart. Aus der Erklärung, die Stellenbesetzungssperre wird aufgehoben, ist nichts geworden. Kürzungen ungeahnten Ausmaßes und Wartefristen, Nichtbesetzung wichtiger Stellen bis zu einem halben Jahr sowie die Streichung von Stellen, die faktisch vollzogen wird, wenngleich die Stellen noch im Stellenplan vorhanden sind, prägen die Haushaltswirklichkeit.

So werden der Stellenplan zum Märchenbuch, die Ankündigungen des Ministers zur Farce, die Schonung der Justiz

zur Legende. Nur durch die Änderungsanträge von CDU und F.D.P. ist der Haushaltsentwurf mühsam nachgebessert worden. Wir begrüßen die darin deutlich gewordenen Verbesserungen besonders für den nachgeordneten Bereich. Sie, Herr Dr. Wagner, waren nicht in der Lage, diese notwendigen Maßnahmen dem Finanzminister abzurufen. Besonnene Kräfte der CDU und F.D.P. waren hierzu notwendig. Auch diese Nachbesserungen aus den Fraktionen sind kein Ruhmesblatt für Ihre Politik.

Herr Minister, den härtesten Strafvollzug haben Sie sich auf die Fahnen geschrieben. Und was sehen wir heute? Sie haben durch Ihren Amtsstil, der die Resozialisierung klein schreibt und das Risiko in den Justizvollzugsanstalten offenbar unterschätzt, ein so genanntes Risiko durch den Vollzug, indem nämlich - das sagen uns auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - der Druck in den Anstalten deutlich angewachsen ist. Ich will ja gar nicht von dem Ausbruchrisiko reden. Das können wir an den Zahlen ablesen. Aber ich möchte davon reden, dass Sie eine andere Politik zugrunde gelegt haben. Sie haben die Politik des Wegschließens anstelle der Resozialisierung auf Ihre Fahnen geschrieben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das macht sich allein an der Tatsache deutlich, dass Sie dringend benötigte Vollzugsplätze auch dadurch gewinnen wollen, dass Sie Freigängermöglichkeiten und deren bauliche Anlagen umfunktionieren und somit genau an dieser Stelle die so wichtige Resozialisierung der hier Betroffenen für ihren künftigen Einstieg in die Berufswelt reduzieren.

Ich habe es schon angesprochen: Dringend notwendig sind neue Haftplätze - vollkommen klar. Dadurch ist auch eine Lösung dieser Frage nicht allein durch das Aufstellen von Containern in Weiterstadt zu sehen. Wir brauchen einen Neubau in Schlüchtern. Hier leider verzögert er sich durch Ungeschicklichkeit, ja durch Ideologisierung dadurch, dass Sie unbedingt den privaten Bau und Betrieb wollen.

(Beifall bei der SPD)

Bei einem Zeitbedarf von mindestens 30 Monaten sage ich Ihnen voraus, dass Sie diese wichtige Aufgabe in dieser Legislaturperiode nicht mehr in die Realität umsetzen können.

Stichwort: Verwaltungsmodernisierung. Meine Vorrednerin hat viel Zeit auf dieses Thema verwandt. Wir sind in den Zielen vollkommen einig. Wir haben ein Programm angelegt, und wir haben dafür gesorgt, dass die Rahmenbedingungen von Ihnen fortgeführt werden konnten. Da werden Sie mir nicht widersprechen.

Wir sind auch der Meinung, dass eine Umstrukturierung in Serviceeinheiten richtig ist und eigentlich beschleunigt nach vorne getrieben werden muss. Nur: Dass Sie den Rationalisierungsgewinn durch den Einsatz von EDV in der ordentlichen Gerichtsbarkeit gleich mehrfach verarbeiten und verfrühstücken, das kann nicht als seriös bezeichnet werden.

Richterinnen und Richter und Staatsanwältinnen und Staatsanwälte leiden unter einer 140- bis 160-prozentigen Überlastung. Wenn man sich aber den nachgeordneten Bereich besonders anschaut, dann wird deutlich, wo hier Schwerpunkte gesetzt werden müssten, nämlich in den Geschäftszimmern, bei den Wachtmeistern und bei den Gerichtsvollziehern. Oder: Wie sieht denn die Situation bei den Bewährungshelfern aus? Ich sehe hierzu keine Lösung in dem vorgelegten Haushalt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, eine Stellenbesetzungssperre - die nennen Sie jetzt Wartefrist - kann in diesem Bereich nicht hingenommen werden. Sie würde zu längeren Verfahrensdauern und zu Nachteilen für den Wirtschaftsstandort Hessen führen.

Wenn Sie dann auch noch die Verantwortlichkeit für Stelleneinsparungen auf die Präsidenten der Gerichte und auf die Generalstaatsanwaltschaft delegieren und sich damit mehr oder weniger der direkten Verantwortung entziehen, dann ist dies meines Erachtens nicht der richtige Führungsstil.

Im Übrigen hat uns das Modell in Offenbach die Grenzen der Möglichkeiten der Budgetierung aufgezeigt. Ich möchte das an dieser Stelle erwähnen. Insbesondere dann, wenn es um ermittlungsrelevante Kosten geht, kann meines Erachtens eine Budgetierung nicht angewendet werden.

Es bleibt dabei: Hessen hat einen Justizminister der stärksten Sprüche, aber der schwächsten Taten. Deshalb werden wir dem Haushaltsentwurf nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Abg. Beer für die Fraktion der F.D.P.

Nicola Beer (F.D.P.):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Bender, Sie werden sich sicherlich nicht wundern, wenn ich sage, dass Hessen entgegen Ihrer Einschätzung meiner Meinung nach, nach Meinung der F.D.P.-Fraktion und sicherlich auch nach Auffassung der CDU-Fraktion einen Justizminister hat, der einen ausgesprochen ausgewogenen und zukunftsorientierten Haushaltsplan vorgelegt hat.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann Ihnen das angesichts der "immensen" Beteiligung der Öffentlichkeit an dieser Haushaltsdebatte nur ganz kurz skizzieren.

Erstens. Modernisierung der Justiz. Die Modernisierungsoffensive kommt endlich voran, gewinnt an Schwung. Wir stellen 12 Millionen DM in einer ersten Tranche ein.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Alles Plottnitz-Stellen! - Zuruf des Abg. Rupert von
Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Herr Kollege von Plottnitz, weitere Mittel werden in den nächsten Jahren folgen.

Die Umorganisation unserer Gerichte und die Schaffung von Serviceeinheiten sind bereits angesprochen worden. Ich frage mich nur, Herr Bender: Wenn Sie all das unterstützen, warum sind wir dann nicht schon weiter? Wenn Sie einmal mit Kollegen aus anderen Bundesländern diskutieren - und zwar sowohl die Frage der Serviceeinheiten als auch die Frage der EDV, die wir mit 12 Millionen DM ganz massiv angehen -, dann schlagen die ob der hessischen Zustände die Hände über dem Kopf zusammen und fragen: Was, das habt ihr noch nicht? Wie arbeitet ihr in Hessen überhaupt?

Die EDV wird endlich auf einen vorbildlichen Stand gebracht. Wenn Sie sich einmal umschauen, dann sehen Sie,

dass in unseren hessischen Justizbehörden teilweise vor-sintflutliche Zustände herrschen. In einigen Behörden gibt es noch nicht einmal elektrische Schreibmaschinen. Ich bin einmal bei einem Besuch vor Ort in ein absolutes Fettnäpfchen getreten, als ich einen Kollegen fragte, ob er antiquarische Schreibmaschinen sammle. Er sagte, die seien dienstlich geliefert worden.

Ich bitte Sie, hier muss doch wahrlich endlich etwas getan werden, damit wir eine Vernetzung bekommen, damit wir aber auch landesweit einheitliche Programme bekommen, mit denen in der Justiz gearbeitet werden kann. Es darf nicht bei selbst gestrickten Insellösungen bleiben, die bislang von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Justiz löblicherweise erfunden, programmiert und zur Verfügung gestellt wurden. Das kann aber auf Dauer nicht der Stein der Weisen sein.

Endlich sind die Mittel da, und zwar für das Personal, für Schulungen und für die notwendigen Stellenanhebungen, die mit der Schaffung von Serviceeinheiten verbunden sein müssen. Sie sind auch für die neuen Steuerungsinstrumente vorhanden, was das Haushalts- und Rechnungswesen betrifft.

Im Zusammenhang mit der Modernisierungsoffensive sind des Weiteren auch Hochbaumaßnahmen geplant, die ich im Einzelnen nicht mehr ansprechen will. Sie sind im Einzelplan 05 abgesichert.

Die zusätzlich benötigten Mittel für mehr Aufsicht führende Richter, die aus der Modernisierungsoffensive folgen, werden durch Änderungsanträge der CDU- und der F.D.P.-Fraktion in dem neuen Haushalt 2001 zur Verfügung gestellt werden.

Besonders wichtig ist mir die Verbesserung der Situation der frisch geprüften Rechtspfleger und Justizsekretäre. Wir werden durch einen Änderungsantrag sicherstellen, dass Anwärter sofort nach ihrer Prüfung durch eine zeitweise Umwandlung von Stellen auf eine Planstelle übernommen werden können. Ich finde das besonders wichtig, weil damit endlich eine Benachteiligung in der Laufbahn dieser Beamten beendet wird, was die Anrechnung von Dienstjahren angeht. Diese Forderung wird schon seit langem erhoben.

Herr Kollege Bender, wenn Sie dem Justizminister vorgeworfen haben, dass wir hier in einer konzertierten Aktion von Ministerium und Fraktionen vorgegangen sind, dann kann ich nur sagen: Dieses Ungleichgewicht und diese Benachteiligung haben schon in den letzten Jahren bestanden. Ihre Justizminister scheinen in dieser Angelegenheit gegenüber dem Finanzminister nicht so erfolgreich gewesen zu sein, wie Sie das jetzt von Justizminister Dr. Wagner einfordern.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Zweiter Schwerpunkt: der Justizvollzug. Diese Landesregierung arbeitet weiterhin mit Volleifer an einem massiven Abbau der Überbelegung der Haftanstalten, die wir vorgefunden haben. Für die geplante JVA Schlüchtern sind 15 Millionen DM Anschubfinanzierung in den Haushalt 2001 eingestellt. Insgesamt werden 205 Millionen DM notwendig sein.

Lassen Sie mich am Rande kurz anfügen, dass es mich doch etwas seltsam anmutet, Herr Kollege Al-Wazir, dass die GRÜNEN in regelmäßigen Abständen hier Krokodilstränen ob der angeblich verzögerten Schaffung von neuen

Haftplätzen in Schlüchtern und des angeblich so fürchterlichen Vorgehens des Justizministers vergießen, sich aber dann doch erdreisten, ausgerechnet bei der geplanten Justizvollzugsanstalt Schlüchtern 5 Millionen DM einsparen zu wollen. Ich kann dazu nur sagen: Offensichtlich will man sich mit Blick auf die sich nähernde Kommunalwahl vor Ort ein bisschen profilieren. Herr Kollege Al-Wazir, dann werden Sie aber hoffentlich wieder in die Phalanx derer einscheren, die in Schlüchtern eine neue Justizvollzugsanstalt bauen wollen.

Wir werden dem Justizminister die vorgesehenen 15 Millionen DM zur Anschubfinanzierung zur Verfügung stellen, denn sie werden gebraucht, um die Planungen entsprechend voranzutreiben, damit der größte Teil der Realisierung dieses Neubaus in dieser Legislaturperiode abgeschlossen werden kann.

Präsident Klaus Peter Möller:

Lassen Sie eine Frage von Herrn Al-Wazir zu?

Nicola Beer (F.D.P.):

Nein, ich würde in Anbetracht der Zeit ganz gern fertig werden, Herr Kollege Al-Wazir.

Wir führen das Modell "elektronische Fußfessel" weiter. Hier könnten uns die GRÜNEN sehr viel helfen. Ich habe das schon häufig angesprochen. Die GRÜNEN könnten uns helfen, wenn sie endlich auch auf Bundesebene dazu kämen, Ersatzfreiheitsstrafen in dieses Modell einbeziehen zu lassen. Dann kämen wir in Hessen zu einem weit größeren Abbau der Überbelegung, als das bei einer Beschränkung des Einsatzes der Fußfessel auf Bewährungsfälle der Fall ist.

Wir haben weitere sicherheitsverbessernde Maßnahmen im Haushalt vorgesehen. Das Programm "Urinkontrollen", das flächendeckend durchgeführt wird und für das 1 Million DM zur Verfügung stehen, soll hier nur angerissen werden. Für das Programm "Täter-Opfer-Ausgleich" werden von der CDU und der F.D.P. ebenfalls Mittel zur Verfügung gestellt.

Lassen Sie mich zum Schluss einen Punkt ansprechen, der mir im Justizvollzug sehr wichtig ist. Wir müssen nicht nur die Überbelegungssituation mit Blick auf die Lage des Personals im Justizvollzug verbessern, sondern wir werden durch Änderungsanträge auch sicherstellen, dass die neue Stellenobergrenzenverordnung, die mittlerweile im "Staatsanzeiger" veröffentlicht wurde, im Justizvollzug ausgeschöpft werden kann. Das heißt, dass entsprechende Beförderungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Auch das ist eine Verbesserung für die Bediensteten im Justizvollzug, die von diesen schon seit langem gefordert wird.

Meine Damen und Herren, von daher kann man im Fazit sagen: Dieser Justizhaushalt ist auf dem richtigen Weg. Ungemach droht nicht von Landesseite, sondern von Bundesseite, wenn wir uns einmal das unsägliche Vorhaben der Zivilprozessverunstaltung - das sage ich ganz deutlich, Herr Kollege Bender, weil Sie lachen - der Bundesjustizministerin Däubler-Gmelin anschauen. Sie plant offensichtlich sehr beratungsresistent trotz Widerspruchs von allen Seiten und gerade auch von sämtlichen Praktikern ihre Zivilprozessreform. Es bleibt zu hoffen, dass nach der doch sehr bemerkenswerten Niederlage im Bundesrat, die kaum deutlicher hätte stattfinden können, diese ZPO-Novelle nun gänzlich im Papierkorb verschwindet. Ansonsten sind wir

im Justizbereich in Hessen auf einem wunderbaren Weg. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächste Wortmeldung, Herr Kollege von Plottnitz für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Hinz, für aufgeregte Debatten ist es in Anbetracht der späten Stunde sicherlich zu spät. Deswegen wollen wir auch der Kollegin Beer gar nicht übel nehmen, dass sie offensichtlich der Meinung war, wenn es gegen die 19. Stunde geht, könne man hier das Blaue vom Himmel heruntererzählen

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Nicola Beer (F.D.P.): Uiuui!)

und z. B. öffentlich den Eindruck erwecken, als ob mit dem Projekt der Modernisierung der Arbeitsabläufe der Justiz in Hessen erst vorgestern im Zeichen der neuen Landesregierung begonnen worden sei. Frau Kollegin Beer, ich weiß: Wenn ich es richtig sehe, ist es Ihre erste Legislaturperiode hier im Hause.

(Nicola Beer (F.D.P.): Ich habe noch nicht so graue Haare wie Sie! - Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Ich darf Ihnen deswegen vielleicht bessere Erinnerungen wünschen. Allein in der Zeit von 1995 bis 1999 sind nach meiner Erinnerung genau für dieses Projekt von der früheren Landesregierung an die 100 Millionen DM verausgabt worden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Mit anderen Worten: Von einem Beginn kann hier keine Rede sein. Was es allerdings gibt - das gehört zu den wenigen Lichtpunkten, die in der Justizpolitik des Landes zu verzeichnen sind -, ist Kontinuität in diesem Bereich. Daran haben wir mitnichten etwas zu kritisieren. Im Gegenteil, wir freuen uns darüber, dass diese vernünftigen Ansätze von der jetzigen Landesregierung fortgesetzt werden.

Apropos Blaues vom Himmel und Reform der Strukturen in der Zivilgerichtsbarkeit: Von Scheitern kann auch da keine Rede sein. Ich darf Ihnen einmal vorlesen, wie die Überschrift im Bericht der "Süddeutschen Zeitung" vom 11. November lautet: "Generalantrag gegen die Justizreform gescheitert". Frau Kollegin Beer, gemeint sind die Bemühungen von Hessen und anderen Bundesländern, das, was die Bundesregierung versucht auf den Weg zu bringen, zum Scheitern zu bringen. Gott sei Dank ist das misslungen. Ich will nachher noch etwas dazu sagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in Stichworten. Betrachtet man sich die Justizpolitik des Landes Hessen derzeit, wird man mit Fug und Recht feststellen können: Der amtierende Justizminister gehört - wie der Kollege Al-Wazir bereits heute Morgen angesprochen hat - zu so etwas wie den kabinetsinternen Kriegsgewinnern der Bimbessaffäre. In der Tat: All das, was es da an Schwachstellen gibt, was eigent-

lich unübersehbar ist und unter anderen Voraussetzungen zu heftigen Auseinandersetzungen geführt hätte, ist in Anbetracht der öffentlichen Aufmerksamkeit auf den Schwarzgeldsumpf der Hessen-Union natürlich in den Hintergrund geraten.

Deswegen spreche ich von mir aus eigentlich nur zu zwei Bereichen, die besonders symptomatisch für die Schwachstellen der Justizpolitik des Landes sind.

(Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

Der erste Bereich betrifft den Vollzug. Der Kollege Bender hat bereits darauf hingewiesen: Es ist ein Jahr im Zeichen dieser Landesregierung verloren gegangen bezüglich des dringend notwendigen Projekts der Errichtung einer neuen Justizvollzugsanstalt. Warum? - Weil der Justizminister, kaum ins Amt gekommen, Wochen und Monate Zeit verschwendet hat, um seine Fundamentalideologie in der Frage der Privatisierung von Gefängnissen durchzusetzen. Dabei lagen Paper über Paper vor, die ihm hätten zeigen können, dass unter der Geltung des Grundgesetzes Gefängnisse nicht privat betrieben werden dürfen, soweit es um die Sicherung des Freiheitsentzuges geht. Das hat alles nichts genützt. Es wurde Manpower in Gang gebracht, um doch noch das Gegenteil eruieren zu können. Insofern haben wir einen schlimmen Zeitverlust, für den allein die Landesregierung die Verantwortung trägt, zu verzeichnen.

(Zuruf der Abg. Nicola Beer (F.D.P.))

Wo so viele Haftplätze fehlen und ein Jahr verschwendet wird, wenn es um die Schaffung von weiteren Haftkapazitäten geht - in Form der Errichtung einer neuen Justizvollzugsanstalt -, ist natürlich auch die Sicherheit der Vollzugsverhältnisse in Hessen tangiert. Insofern haben wir hier nur schlechte Nachrichten und keine guten Nachrichten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Weiteres, was hoch bedrohlich ist, ist auch schon angesprochen worden. Die Landesregierung ist seinerzeit im Wahlkampf 1999 mit der Drohung angetreten, in Hessen für den härtesten Vollzug Deutschlands sorgen zu wollen. Gott sei Dank ist sie mit diesem Unterfangen gescheitert. Sie musste sehr schnell feststellen, dass für solche Form von Rachephantasien und Rachevollzugsvorstellungen Mehrheiten im Bundesrat nicht zu haben sind. Es ist für die Bundesrepublik ein gutes Zeichen, dass ein Justizminister, der mit solchen Drohungen operiert, im Bundestag wie im Bundesrat in der Minderheit bleibt. Was es aber doch gibt, ist der Versuch, auf kaltem Wege das, was im Strafvollzugsgesetz an Vollzugszielen vorgegeben ist, zu unterlaufen. Unübersehbar ist der Versuch, in Hessen auf kaltem Wege vom Behandlungsvollzug zum Verwahrvollzug zurückzukehren

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

und zu einem Zuchthausdenken, wie es eigentlich in der Zeit vor der Bundesrepublik Deutschland symptomatisch war. Meine Damen und Herren, das ist gefährlich. Das ausgerechnet die F.D.P. dieser Entwicklung jubelnd gegenübersteht, ist symptomatisch für die Beschaffenheit und Befindlichkeit der F.D.P. in Hessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Zuruf der Abg. Nicola Beer (F.D.P.))

Sie ist eben leider keine liberale Partei mehr, sondern eine - wie soll ich es nennen? - Erfüllungsgehilfenpartei für die

Zwecke der Hessen-CDU und ihrer Justizpolitik, über die wir gerade diskutieren. Das macht die Sache aber nicht besser. Meine Damen und Herren, was da zu beobachten ist, ist am Ende hoch riskant. Auf der einen Seite wird der Druck auf Gefangene und Bediente erhöht, soweit es um die Möglichkeiten der Haftlockerungen geht. Dort, wo zweifelsfrei nach Prüfung des Einzelfalls Risiken ausgeschlossen sind - das ist nämlich das, womit wir es zu tun haben, auch da, wo diejenigen, die nach dem Gesetz dazu berufen sind, zu dem Ergebnis kommen, im Falle X können wir die Erprobung von Freiheit zur Vorbereitung der Haftentlassung wagen -, mischt sich das Justizministerium inzwischen ein und sagt: Nein, danke.

Da haben wir doch die Wirklichkeit von Rachedgedanken. Aber, wie gesagt, das fördert nicht die Sicherheit, sondern das beeinträchtigt die Sicherheit in den Vollzugsanstalten, genauso wie der Abbau von Plätzen im offenen Vollzug. Man hat nichts von einem Vollzug, der darauf verzichtet, Strafgefangene auf die Freiheit vorzubereiten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Man hat nichts von einem Vollzug, der auf soziale Betreuung und soziales Training verzichtet. Denn am Ende lässt man Menschen im Zweifelsfall als Zeitbomben auf die Menschheit los. Wer so handelt, der muss - und das tut die Landesregierung im Zweifelsfall -, wenn es schief geht, auch die Verantwortung tragen. Das sagen wir bei dieser Gelegenheit. Das haben wir bei anderer Gelegenheit gesagt. Insofern wird es niemanden wundern, wenn wir uns völlig außerstande sehen, einem Justizhaushalt, der solchen Prämissen folgt, zuzustimmen.

Ein Stichwort noch zum Thema Reform der Zivilgerichtsbarkeit, weil auch das ein Beispiel dafür ist, wie hochgradig rückwärts gewandt die Politik dieser Landesregierung ist. Wie war denn im Übrigen die Vergangenheit? 1995 gab es - ich erinnere mich gut - neun Landgerichtspräsidenten, die unter dem donnernden Beifall der damaligen Oppositionsfraktion CDU den Stillstand der Rechtspflege in Hessen als drohende Entwicklung beschworen haben, die von den Grenzen der Funktionsfähigkeit der Zivilrechtspflege in Hessen gesprochen haben. Das war der Grund dafür, warum sich Bund und Länder - in anderen Ländern sah es ähnlich aus - daran gemacht haben, über das Projekt der Schaffung neuer Strukturen in der Zivilrechtspflege, besserer Strukturen und modernerer Strukturen, nachzudenken.

Damals haben die Oppositionsfractionen von CDU und F.D.P. Ja gesagt zu diesen Bemühungen. Ich erinnere mich noch, wie der Kollege Hahn im Rahmen persönlicher Erklärungen Wert auf die Feststellung gelegt hat, auch er und die Seinen seien für die Schaffung dreistufiger Gliederungen in der Zivilgerichtsbarkeit genauso wie in der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Auch der jetzige Justizminister hat zu solchen Strukturreformen Ja gesagt, wie sie jetzt von der amtierenden Bundesjustizministerin und den Mehrheiten in Berlin auf den Weg gebracht werden.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Der hat damals viel gesagt!)

Was wir jetzt erleben, ist ein krasses Beispiel von Reformfeindlichkeit in diesem Bereich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hessen tut alles, um das zu unterlaufen, was dort verändert werden soll. Gott sei Dank ist Hessen mit diesem Nein genauso wie die anderen Bundesländer im Süden, die sich

daran beteiligen, im Bundesrat gescheitert. Aber es ist kein gutes Beispiel für die Justizpolitik, dass so gegen Bemühungen der Veränderung Sturm gelaufen wird.

Nur ein Punkt: Unabhängigkeit von Strukturfragen.

(Zuruf der Abg. Nicola Beer (F.D.P.))

- Frau Kollegin Beer, im Rahmen dieser Reform geht es auch darum, dem Zustand abzuweichen, der so in der Tat unerträglich ist. Vor den Amtsgerichten der Republik werden 50% aller Urteile allein deswegen rechtskräftig, weil der Streitwert unter 1.500 DM liegt. Wo der Geldbeutel über die Qualität von Recht entscheidet, ist Änderung dringend notwendig. Das soll mit geändert werden. Dagegen wehren Sie sich. Das zeigt, dass Sie nicht nur rechtspolitisch, sondern auch sozialpolitisch hinter dem Mond leben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Prof. Erika Fellner (SPD))

Insofern können wir im Ergebnis nur feststellen, Fazit der Justizpolitik des Landes Hessen im Zeichen von CDU und F.D.P. für das Jahr 2000 und das Jahr 2001: im Strafvollzug Rückkehr zu Verwahrvollzug, Abkehr von der Resozialisierung im Behandlungsvollzug; wo es um Strukturreformen geht, Festklammern an Strukturen, die lupenrein aus dem 19. Jahrhundert stammen und dringend veränderungsbedürftig sind. Man kann nur sagen: So unmodern ging es noch nie in der Justizpolitik des Landes zu. Deswegen können wir alles tun, nur nicht Ihnen zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächster Redner, Herr Kollege Gerling für die CDU-Fraktion.

Alfons Gerling (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 05 belegt, dass der Justizvollzug unter diesem Justizminister Wagner nicht mehr Stiefkind ist wie unter Rot-Grün, sondern jetzt besondere Priorität einnimmt.

(Beifall bei der CDU - Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die Erde ist eine Scheibe!)

Lieber Herr Bender, wir sind sehr zufrieden. Dieser Einzelplan 05 trägt ganz einfach und sehr deutlich die Handschrift dieses Justizministers, der sich für den Justizvollzug und die gesamte Justiz sehr engagiert. Das hören wir immer bei Gesprächen, die wir vor Ort führen. Vor allem werden mit diesem Haushaltsplan 2001 und den Haushaltsanträgen von CDU und F.D.P. Schritte unternommen, um die drastische Überbelegung der JVA's konsequent abzubauen.

Lieber Herr Bender und lieber Herr von Plottnitz, wir hätten diese Probleme in den Gefängnissen nicht, wenn wir nicht diese drastischen Überbelegungen hätten. Hier haben Sie nicht Vorsorge getroffen. Wir haben noch nicht einmal Pläne in den Schubladen gehabt, dass neue Anstalten hätten gebaut werden oder weitere Plätze in den Justizvollzugsanstalten im geschlossenen Vollzug hätten geschaffen werden können.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (F.D.P.) - Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Im Gegenteil!)

Das haben Sie versäumt. Das ist ein schlimmes Versäumnis.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Im Haushaltsplan 2001 stehen dazu die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung. Wir wollen, dass zusätzliche Plätze im Justizvollzug gebaut werden. Es gibt ein Sofortprogramm, das jetzt zügig fortgesetzt werden soll. So entstehen in diesem und im nächsten Jahr insgesamt 447 Plätze im geschlossenen Vollzug. Meine Damen und Herren, rechnen Sie einmal nach, wie viele Plätze Sie in der letzten Periode geschaffen hatten.

Wir halten unbeirrt an unserem Ziel fest, weitere neue Haftanstalten zu bauen, nicht nur eine, sondern zwei, wie das in der Koalitionsvereinbarung auch festgelegt wurde. Die eine Anstalt soll in Schlüchtern mit 500 Plätzen geschaffen werden. An diesem Standort werden wir uneingeschränkt festhalten.

(Frank Lortz (CDU): Sehr richtig!)

Ich hoffe, dass die SPD auch weiter zu ihrem Wort steht. Die GRÜNEN machen schon deutliche Absatzbewegungen. Es ist schon richtig von Frau Kollegin Beer gesagt worden. Im Hinblick auf die Kommunalwahl ziehen Sie den Schwanz ein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Herr Kollege!)

Sie sagen zwar in Vieraugengesprächen, Sie wollten an diesem Standort festhalten, aber in Wahrheit machen Sie Absatzbewegungen. Wir werden das auch deutlich machen.

Meine Damen und Herren, wir haben in Schlüchtern keine Zeit verloren. Wenn hier die Verhandlungen kritisiert werden, die der Justizminister mit dem Bürgermeister geführt hat, so sind dem Justizminister keine Vorwürfe zu machen, sondern er hat korrekt gehandelt. Nur: Es gibt Proteste in der Bevölkerung. Wir nehmen das auch zur Kenntnis. Hier hat der Bürgermeister leider einen Rückzieher gemacht. Wir werden diese Diskussion weiterführen. Wir sind sicher, dass wir den Zeitplan in Schlüchtern einhalten können.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da sind wir nicht so sicher!)

Meine Damen und Herren, die zweite Anstalt werden wir in Frankfurt anstelle der alten JVA I bauen, die derzeit abgerissen wird. Auch hier könnten wir schon ein großes Stück weiter sein, hätten Sie diese Anstalt nicht jahrelang leer stehen lassen. Jetzt wird sie endlich abgerissen. Danach müssen wir handeln. Hätten Sie - ich muss es noch einmal sagen - ausreichend Haftplätze gebaut, hätten Sie ein neues Gefängnis gebaut, hätten wir diese Probleme nicht, auch keine überlasteten Bediensteten.

(Beifall des Abg. Frank Lortz (CDU))

Die Sicherheit in den Gefängnissen soll erhöht werden, auch um die Bediensteten zu entlasten. So stehen für Personensicherungssysteme, Umrüstung für zentrale Zellenruf- und Alarmanlagen im Haushalt rund 3 Millionen DM zur Verfügung. Auch für die Drogenbekämpfung, die dringend notwendig ist, sollen weitere JVA-interne Kontrollmaßnahmen eingeführt werden. Hier stehen zusätzlich 1 Million DM zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, uns ist auch wichtig, und das ist im Haushalt auch berücksichtigt worden, dass die Bediensteten besser berücksichtigt werden, die sich jeden Tag mit hohem persönlichem Einsatz und Engagement für das Funktionieren des Strafvollzuges unter schweren Bedin-

gungen einsetzen. Ich möchte ihnen von dieser Stelle aus ein herzliches Wort des Dankes sagen.

(Beifall bei der CDU)

Wir schaffen nicht nur 40 neue Stellen für zusätzliche Haftplätze, sondern es kommt - darauf hat Kollegin Beer schon hingewiesen - nun auch zur Anhebung der Stellenobergrenzen, was jahrelang bei Rot-Grün im Gespräch war, aber nicht durchgesetzt wurde. Das bedeutet, dass zum 01.04. nächsten Jahres befördert wird. Insgesamt wird es über 400 Stellenanhebungen geben - Kosten: 2,8 Millionen DM.

Ich fasse zusammen. Der Justizvollzug wird nun eine noch höhere Priorität genießen, die ihm gebührt. Wir setzen das um, was wir vor den Wahlen angekündigt und in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben haben, nämlich einen konsequenten und sicheren Justizvollzug.

Meine Damen und Herren, dies macht sich deutlich, indem die drastische Überbelegung in den Gefängnissen abgebaut wird durch zusätzliche Haftplätze, durch strukturelle Veränderungen wie Drogenbekämpfung, durch die Schaffung eines einheitlichen Strafvollzugskonzeptes und die Fortführung des Modellversuchs "elektronische Fußfessel".

Es wurde erreicht, die Zahl der Missbrauchsfälle bei Haft erleichterung um ein Drittel zu senken. Auch das ist ein großer Erfolg. Es gibt mehr Stellen im allgemeinen Vollzugsdienst, und es kommt zu Stellenanhebungen. Zu dieser Politik gibt es keine Alternative.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben einen tüchtigen Justizminister. Er handelt. Wir unterstützen ihn dabei. Wir können bereits seit Beginn dieser Legislaturperiode auf Erfolge zurückblicken. Der Haushalt 2001 ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung zu einem besseren und sicheren Justizvollzug in Hessen. SPD und GRÜNE, darum möchte ich werben, sollten dem Einzelplan 05 zustimmen, denn es wird damit vieles gekittet, was von Rot-Grün sträflicherweise falsch gemacht wurde. - Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist der Einzelplan 05 beraten.

Einzelplan 06 - Hessisches Ministerium der Finanzen -
in Verbindung mit

Einzelplan 14 - Versorgung -

Einzelplan 17 - Allgemeine Finanzverwaltung -

Einzelplan 18 - Staatliche Hochbaumaßnahmen -

Dazu aufgerufen wird **Tagesordnungspunkt 42:**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Verwendung der Steuermehreinnahmen 2000 und zusätzlicher Personalkosteneinsparungen - Drucks. 15/2004 -

sowie **Tagesordnungspunkt 43:**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Verwendung möglicher Steuermehreinnahmen im Jahre 2001 - Drucks. 15/2005 -

Die Redezeit beträgt zehn Minuten pro Fraktion. Das Wort hat Herr Kollege Fischer für die SPD-Fraktion.

Eberhard Fischer (Hohenroda) (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zu fortgeschrittener Uhrzeit will ich versuchen, mich noch einmal mit den aufgerufenen Themen des Finanzministeriums zu beschäftigen. Lassen Sie mich aber zunächst einmal vorweg den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Finanzministerium und insbesondere dem Parlamentarischen und dem Stenografischen Dienst in diesem Hause für die Begleitung während unserer nicht geringen Papierflut danken, die wir zu bewältigen hatten. Wenn der entsprechende Antrag noch nicht da war, lag das im Großen und Ganzen immer daran, dass es irgendwo anders gehakt hatte. Also unseren Dank seitens der SPD-Fraktion an die beiden Institutionen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Haushalt ... ist so nicht beratungsfähig. Er ist mit heißer Nadel gestrickt. Es sind falsche Zahlen, falsche Ziele und eine falsche Politik.

(Günter Rudolph (SPD): So sind sie, jawohl!)

Die Falle wird ganz schnell zuschnappen, die der Finanzminister mit diesem Haushaltsplan geschaffen hat, noch nicht einmal nur wegen der falschen Gewichte.

Die Aufregung innerhalb der CDU-Fraktion über diese Beschimpfung ist eigentlich sehr klein.

(Günter Rudolph (SPD): Die können die Folgen gar nicht absehen!)

Aber die Worte stammen vom finanzpolitischen Sprecher der CDU-Opposition des Jahres 1997, und zwar vom 29. Oktober 1997. Er hatte Recht, wie man am Beifall aus der SPD-Opposition gemerkt hat. Es hat sich eigentlich nichts geändert. Der damalige finanzpolitische Sprecher der Opposition hieß Weimar. Auch an der Richtigkeit seiner Feststellungen über das Jahr 1997 hat sich nichts geändert.

(Rudolf Friedrich (CDU): Jetzt werden eure Anträge abgelehnt!)

Meine Damen und Herren, Sie haben über den Kommunalen Finanzausgleich massiv Leistungen aus dem Landeshaushalt in den kommunalen Bereich verlagert und bringen damit den Gemeinden mindestens 200 Millionen DM netto an zusätzlichen Verlusten, weil sie mit ihrem eigenen Geld aus dem Kommunalen Finanzausgleich die Maßnahmen bezahlen müssen, die das Land Hessen all die Jahre getragen hat.

Wir sind immer noch im Jahr 1997:

Nur so viel zur Frage Kommunalfreundlichkeit. Diese Landesregierung ist alles andere als kommunalfreundlich. Sie ist in hohem Maße kommunalfindlich;

- jetzt der entscheidende Satz -

denn sie saniert sich in allererster Linie auf dem Rücken ihrer Kommunen.

Wir werden dem nicht widersprechen; denn es hat sich - ich sage es noch einmal - nichts geändert.

Die nächste Stellungnahme stammt von Landrat Banzer für den Landkreistag im Rahmen der Anhörung der Kommunalen Spitzenverbände. Ich will versuchen, all die Dinge wegzulassen, über die heute Morgen schon geredet worden

ist, um etwas spezieller auf den KFA einzugehen und darauf, wie der KFA von Ihnen behandelt wurde und wie er im Unterschied dazu von uns behandelt werden würde. Landrat Banzer, der nicht im Verdacht steht, SPD-Mitglied zu sein, sagt:

Das Erfreulichste, was der Minister in unseren Augen heute zu den 100 Millionen DM gesagt hat, war die Aussage, dass es kein Systemwechsel ist.

Kein Systemwechsel. Der KFA soll im System nicht verändert werden und ist doch im System verändert worden. Er ist verändert worden, denn wenn ich zugunsten des Landeshaushalts im KFA bei den Schlüsselzuweisungen 100 Millionen DM vom Gesamtpf abziehe, habe ich das Land Hessen durch kommunale Mittel gesponsert. Warum das immer abgestritten wird, ist mir selbst ein Rätsel.

Es gibt eine Presseerklärung der CDU vom 25. Oktober 2000. Wenn ich das richtig verstanden habe, wird Herr Brückmann nachher gleich darauf antworten können. Der CDU-Politiker bat die Spitzenverbände um Verständnis hinsichtlich des Solidarbeitrages der Kommunen. Dieser sei zu rechtfertigen, nachdem immer deutlicher geworden sei, dass sich die Steuerverteilung zwischen Land und Kommunen in den vergangenen Jahren nachhaltig zugunsten der kommunalen Ebene verschoben habe. Das heißt auf gut Deutsch, dass sich in den vergangenen Jahren die Steuerverteilung nachhaltig zugunsten der Kommunen verschoben hat einschließlich dessen, was Sie als Steuerveränderung monieren, dass nämlich die Kommunen durch das Steuerentlastungsgesetz besser behandelt worden sind.

Herr Weimar, Sie persönlich haben uns als finanzpolitischer Sprecher der Opposition die größten Vorwürfe gemacht, dass wir die Kommunen bestrafen und dass wir eventuell das Geld - die Steuermindereinnahmen - nicht richtig eingespart und die Kommunen draußen gelassen hätten. Jetzt - nach den Veränderungen in Berlin, nach den Steuermehreinnahmen - sagen Sie, die Kommunen müssen beteiligt werden und dem Landeshaushalt mit einem Betrag von 800 Millionen DM aushelfen.

Diese 800 Millionen DM sind heute Morgen ganz einfach errechnet worden. Sie werden ja auch immer bestritten. Wenn Sie die 100 Millionen DM vom Vorjahr noch mit einrechnen und bis zum Jahr 2004 rechnen, sind Sie bei 400 Millionen DM mal zwei, das sind 800 Millionen DM. Diese Zahl von 800 Millionen DM werden wir Ihnen in der Öffentlichkeit nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt zitiere ich noch einmal Landrat Banzer:

Wenn es Hessen gut geht, geht es den Kommunen gut, und wenn es Hessen nicht gut geht, kann es uns auch nicht gut gehen.

Wenn Sie jetzt sagen, die Kommunen müssen zugunsten des Landes Hessen zurücktreten, weil sie uns, das wirtschaftsstärkste Land der Bundesrepublik Deutschland, mit sponsern müssen, dann sehe ich darin einen effektiven Systemwechsel nach dem Motto: Geht es euch Kommunen gut, dann nehmen wir euch das Geld weg. - Auch dies werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Dann kommt die Spitze. Die Spitze ist die Presseerklärung des hessischen Finanzministeriums vom 19.11.2000. Da machen sich Tausende von ehrenamtlichen Politikern, Gemeindevertretern und Ortsbeiräten und Hunderte von Bür-

germeistern auf den Weg, um für ihre Gemeinde das Beste herauszuholen, sei es die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Ansiedlung von Betrieben oder die Unterstützung des Mittelstandes. Herr Lortz, das ist jetzt unabhängig von der entsprechenden Partei. Die machen sich alle auf den Weg. Als Dankeschön für diesen Weg und als Dankeschön für die Steuermehreinnahmen, die Sie bekommen, kommt die Pressemitteilung vom 19.11.2000:

Hessens Kommunen Spitze beim Gewerbesteueraufkommen - 100 Millionen DM Solidarbeitrag vertretbar

Herr Minister, wenn das kein Kurswechsel ist - Sie nehmen den Kommunen Geld weg, weil sie sich das erarbeitet haben,

(Beifall bei der SPD - Günter Rudolph (SPD): Dreist!)

und das superreiche, erfolgreiche Land Hessen verspürt die Notwendigkeit, sich von den Kommunen aushalten zu lassen.

(Norbert Kartmann (CDU): 605 Millionen DM habt ihr genommen! Erzählt mir doch nichts!)

- Herr Kartmann, Sie wissen doch ganz genau, dass es einen Unterschied zu Zeiten gibt, in denen ich Steuermindereinnahmen habe. Dann muss ich versuchen zurechtzukommen. Ich kenne doch Ihre Vorwürfe. Ich habe sie alle noch im Ohr.

(Norbert Kartmann (CDU): Wenn zwei dasselbe tun!)

Sie sagen, wir hätten erstens falsch gespart und zweitens die Kommunen zu stark belastet. Jetzt befinden wir uns in einer Zeit, in der es allein vom letzten zum nächsten Jahr Steuermehreinnahmen von über 1 Milliarde DM gibt. Was kommt dabei heraus? Sie klauen den Kommunen 100 Millionen DM. Wir lassen Ihnen das nicht durchgehen. Wir werden den Finger immer wieder in diese Wunde hineinlegen. Wenn Sie draußen auftreten, erklären Sie den Leuten einmal, warum Sie mehr Geld haben und trotzdem den Kommunen immer mehr Geld abnehmen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD - Norbert Kartmann (CDU): Da muss er selbst lachen, der Kollege Fischer!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächster Redner, Herr Kollege von Hunnius für die F.D.P.-Fraktion.

Roland von Hunnius (F.D.P.):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Hessen zukunftsfähig machen - das ist das Motto, unter dem der Haushalt 2001 steht. Ich möchte mich auf drei Prioritäten konzentrieren und diese kurz erläutern. Die erste Priorität ist der Einstieg in den Ausstieg aus dem Schuldenstaat. Die zweite Priorität ist die schrittweise Gesundung der Haushaltsstruktur. Die dritte Priorität ist der Anlauf für die Lösung des Problems der Altersversorgung.

All das geschieht in der Absicht, die Weichen so zu stellen, dass unsere Kinder und Enkel noch Luft zum Atmen haben und Freiraum für eigene Gestaltung finden.

Zum ersten Punkt. Dabei geht es um die Schulden. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, Sie

können es interpretieren, wie Sie wollen: Die Nettoneuverschuldung des Landes Hessen wird im kommenden Jahr 1,3 Milliarden DM betragen und damit weniger, als Sie jemals erreicht haben.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das ist das Maximum des Zulässigen!)

Herr Kollege Hahn hat die Zahl heute Morgen genannt. Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen. Es bleibt bei diesem Faktum. Es kommt noch eines dazu. Wir halten die Verfassungsgrenze nicht nur auf dem Papier ein - das konnten Sie auch -, sondern auch im Haushaltsvollzug. Das haben wir im Jahr 2000 gezeigt, und das werden wir im Jahr 2001 zeigen. Wir werden im Plan und im Ist die Verfassungsgrenze einhalten. Zur Bundespolitik können wir auch noch einmal reden. Das ist Historie. Wir sprechen hier für Hessen, für diese Landesregierung und die sie stützende Koalition.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Aber machen wir uns nichts vor: Es gibt keinen Grund zum Jubilieren. Trotz des politischen Umsteuerns, das im Einzelnen mit vielen Grausamkeiten verbunden war - Haushaltspolitik heißt immer auch, Grausamkeiten zu begehen -, werden die Zinsausgaben von 2001 bis 2004 noch um 300 Millionen DM auf 2,8 Milliarden DM steigen.

Das ist immer noch viel zu viel. Daran haben wir gar keinen Zweifel, es muss weiter herunter. Aber Sie sehen daran, dass der Weg Hessens aus dem Schuldenstaat unausweichlich ist. Wir beschreiten ihn kontinuierlich. Wir haben angefangen. Es geht Schritt für Schritt voran, und der Weg ist vorgezeichnet.

Zweitens zu den Personalkosten. Die SPD wusste es, die GRÜNEN wussten es, der frühere Staatssekretär Suchan hat es vorgerechnet: An einem entschiedenen Abbau von Personal führt kein Weg vorbei. Der Unterschied zwischen der alten und der neuen Landesregierung ist, die alte hat geredet, die neue handelt.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Jahr für Jahr werden Personalkosten im Gegenwert von 1.500 Stellen, entsprechend 120 Millionen DM, abgebaut. Dieses Vorhaben wurde von der Opposition bezweifelt, belächelt, immer wieder hinterfragt und mit Häme bedacht. Ich erinnere mich an die Haushaltsausschusssitzungen. Inzwischen zweifelt keiner mehr. Es ist klar, dass im Jahre 2000 die Einsparungen erreicht, ja höchstwahrscheinlich sogar übertroffen werden. Auch für 2001 habe ich keinerlei Zweifel, dass das Ziel erreicht wird. Mit der Personalentwicklungsbörse ist ein Instrument geschaffen worden, das es ermöglicht, die Personalkosteneinsparungen zu erreichen, ohne dass Motivation geschädigt wird und ohne dass auf die vorhandene Qualifikation von Mitarbeitern im Land verzichtet werden müsste.

Aber auch hierzu will ich gleich eine Einschränkung machen. Auch hier gibt es keinen Grund zum Triumphieren, und es gibt überhaupt keinen Grund, nun zu sagen: Wir können Halali blasen, die Sau ist erlegt, wir können jetzt wieder in Personalkosten investieren, im übernächsten Jahr oder wann auch immer. - Denn es gelingt uns mit diesen Maßnahmen mit Mühe und Not, die Personalkostenquote bei 42% zu halten, und das ist immer noch viel zu hoch. Wir müssten im Grunde genommen viel mehr machen. Aber ich sage nochmals, der Weg ist vorgezeichnet, und wir beschreiten ihn Schritt für Schritt, denn eine Alterna-

tive dazu gibt es nicht. Die Einsparung von 1.500 Stellen ist das absolute Minimum dessen, was erforderlich ist. Dies aber, anders als unter Rot-Grün, geschieht.

Drittens zur Versorgung. Das ist ein Thema, das wir auch in den Diskussionen mit dem Landesrechnungshof immer wieder mit Recht sehr kritisch beleuchten. Denn viel zu lange hat das Land mit der bequemen Illusion gelebt, Versorgungskosten seien nicht vorhanden, nur weil sie nicht mit der Auszahlung der Bezüge abgeführt werden. Diese Lebenslüge des Beamtenstaates ist auf Dauer für die Landesfinanzen tödlich. Die Versorgung von Pensionären und Hinterbliebenen belastet den Landeshaushalt im Jahr 2001 mit 2,83 Milliarden DM, bis 2004 steigt die Belastung nach dem Finanzplan auf 3,24 Milliarden DM und bis 2015 auf 6 Milliarden DM. Wenn dies geschieht, ohne dass Vorsorge getroffen wird, dann wird der Spielraum aktiver Landespolitik, der schon jetzt weit unter 10% des Haushaltsvolumens liegt, gegen null tendieren.

Deshalb ist es höchste Zeit, einen Pensionsfonds einzurichten, der kontinuierlich alimentiert und verzinslich angelegt wird. Herr Spieß vom Deutschen Beamtenbund hat Recht, wenn er sagt, dies hätte schon vor 20 Jahren geschehen sollen, aber besser jetzt als unter Rot-Grün nie. - Das Konzept liegt vor. Ab 2002 wird der Pensionsfonds systematisch aufgebaut. Ausstieg aus dem Schuldenstaat, Abbau von Personalkosten, Vorsorge für Versorgung - damit werden die finanzwirtschaftlichen Voraussetzungen für eine gute Zukunft Hessens geschaffen.

Eine der wichtigsten Aufgaben hessischer Haushaltspolitik ist es, Handlungsspielräume für die aktive politische Gestaltung zurückzugewinnen. Rot-Grün hat das Vermögen des Landes verbuddelt, und zwar so tief, dass es nicht gefunden werden konnte.

(Beifall bei der F.D.P. - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, na!)

Dem sozialdemokratischen Prinzip eines interventionistischen Gängelungsstaates entsprach es, in möglichst vielen Bereichen Einfluss zu nehmen und Beteiligungen anzustreben, auch da, wo sie in der Landespolitik gar nicht gebraucht wurden.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Zum Beispiel bei der Landesbank, wie ihr es macht!)

- Das ist eine völlig andere Situation, aber darüber können wir gern diskutieren, Herr Kollege. Aber wenn Sie an die Beteiligung an Südzucker oder an Saatzuchtbetrieben denken, habe ich darauf eine ganz andere Antwort.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Der letzte Schritt zum Sozialismus!)

Dafür gilt es bei Sozialdemokraten als besonders moralisch, wenn die Beteiligungen keinen Ertrag abwerfen, weil Ertrag bei ihnen immer so etwas Anstößiges ist. Das Vermögen wird dann verzehrt, und man sagt, das sei richtig sozial und offensichtlich moralisch besonders hoch stehend.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Eigentlich ist es schade um die Zeit, diesen Unsinn anzuhören!)

- Das ist kein Unsinn, Herr Kollege. Wenn Sie sich die ganzen Diskussionen über die Ertragsausschüttung bei den Wohnungsbaugesellschaften vergegenwärtigen, dann werden Sie genau dies bestätigt finden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir Liberale halten es für besser, das Landesvermögen zu aktivieren und die Zukunftsinitiative ins Leben zu rufen. Hier ist wieder ein Punkt, wo wir kübelweise mit Spott überschüttet worden sind: "Das gibts doch nie. Wo ist die Zukunftsoffensive? Wir finden sie nicht. Wo ist das Geld dafür?" - Gemach, gemacht, die Zukunftsoffensive wird aufgebaut, die Projekte werden vorgestellt und Stück für Stück umgesetzt. Die Weichen der Haushaltspolitik sind auf Sanierung und Wachstum gestellt.

Die Opposition ist, wie ihre hilflosen Anträge zeigen, nicht in der Lage, eine wirkliche politische Alternative zu entwickeln. Keine Spur von einem neuen Politikkonzept. Die meisten Anträge beschränken sich darauf, nach dem Prinzip "more of the same" vom Guten ein bisschen mehr zu beantragen. Man kann es auch noch aufstocken, dann wird es noch viel besser.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben Sie unseren Antrag aber nicht gelesen!)

Andere sind schlicht unsinnig und wenig durchdacht. Lassen Sie mich drei Beispiele herausgreifen.

Erstes Beispiel ist der Antrag der SPD-Fraktion, Drucks. 15/1888: globale Minderausgaben über 100 Millionen DM. Die SPD will 100 Millionen DM sparen, aber sie verschweigt, wo sie sie sparen will. Dazu sage ich: Das ist doch ganz toll, da können wir ja einen Antrag stellen, 2 Milliarden DM zu sparen, dann haben wir noch mehr Spielraum. Das heißt, wir hätten noch viel mehr Freude daran, noch mehr aktiv zu gestalten. - Meine Damen und Herren, dies ist einfach nicht seriös. Ich glaube auch nicht, dass es der Wille der Landespolitiker der SPD-Fraktion ist, einfach zu sagen: 100 Millionen DM sollen eingespart werden, woher auch immer, und jetzt geben wir das Geld einmal ganz anständig aus.

Ein zweites Beispiel. Die SPD beantragt, in Gruppe 538 - sonstige Dienstleistungen und Gestattungen - 48 Millionen DM zu kürzen. Das klingt beim ersten Hinhören verführerisch, ist aber die Abkehr von der Verwaltungsmodernisierung; denn damit gefährdet die SPD die Einführung des SAP-Systems, die Modernisierungsoffensive der Justiz und die Inanspruchnahme von EU-Mitteln im Rahmen der Agenda 2000. Meine Damen und Herren von der SPD, wollen Sie das wirklich? Ich kann mir das nicht vorstellen. Das ist, wie Sie immer so gern sagen, mit heißer Nadel zusammengestrickt. Sie haben 100 Millionen DM, davon geben Sie ein bisschen was aus, und hier sparen Sie noch ein bisschen was ein. Denn das mit den Dienstleistungen klingt ja so sympathisch unauffällig, also können Sie da kürzen.

Ein drittes Beispiel. Die Innovationskraft der GRÜNEN beschränkt sich inzwischen darauf, neue Steuern, Gebühren und Abgaben zu entwickeln. Ihre Politik ist rückwärts gerichtet, sie drückt sich um die unausweichliche Aufgabe, den Landeshaushalt umzustrukturieren - denn darum geht es ja -, und sie konzentriert sich ganz auf die Frage: Wie können dem Land Hessen zusätzliche Einnahmen verschafft werden?

(Zuruf von den GRÜNEN: Geben Sie doch mal ein Beispiel!)

Nur so ist es zu erklären, dass Sie tatsächlich beantragen, die Grundwasserabgabe fortzuführen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Überrascht Sie das? Es war doch Unsinn, sie abzuschaffen!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Roland von Hunnius (F.D.P.):

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. - Ich wiederhole die Feststellung: Wo immer die F.D.P. regiert, werden Steuern abgeschafft; wo immer die GRÜNEN etwas zu sagen haben, werden Steuern eingeführt. Das machen wir nicht mit. Sparen ohne Konzept, Verhinderung der Staatsmodernisierung, abkassieren statt gestalten - nichts anderes hat die Opposition im Sinn. Die Entscheidung, die mit dem Haushalt zu treffen ist, ist die Entscheidung zwischen "Hessen voran" und "Hessen zurück". Uns fällt es leicht, diese Entscheidung zu treffen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir sagen: "Hessen vorn"!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Müller für Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal hat hier vorne jemand sein umfangreiches Manuskript liegen gelassen.

(Zuruf von der CDU: Geben Sie es zu Protokoll!)

Ich gebe es einmal dem Präsidium. Es ist auch noch ein Kugelschreiber hier, wahrscheinlich ist es ein Geschenk für mich. Den gebe ich auch einmal hoch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin schon dafür, dass wir den Haushalt ausführlich beraten und dass wir darüber diskutieren, was alles daran schlecht ist und welche wenigen Dinge in diesem Haushalt möglicherweise auch gut sind.

Ob wir allerdings gut beraten sind, die Debatte so zu führen, dass wir das um 19.30 Uhr alles unter uns machen, dass ich Michael Denzin überzeugen muss und er mich - da wage ich zu bezweifeln, ob das irgendetwas mit Transparenz oder politischer Debattenkultur zu tun hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Das ist wahrscheinlich seit 50 Jahren in diesem Haus immer so gemacht worden, und die Chance ist relativ gering, dass wir das in absehbarer Zeit beenden. Ich gebe aber die Hoffnung nicht auf, weil ich glaube, dass wir einen Großteil dessen, was wir hier machen, entweder in den Ausschüssen machen oder aber in einer etwas anderen Form geraffter durchführen könnten, ohne das Transparenzgebot und das, worüber wir uns hier im Hessischen Landtag streiten wollen, zu verletzen. Ich halte von diesen Formen, wie wir dies jetzt noch drei Stunden ritualisiert abhalten werden, relativ wenig. Ich wollte das am Anfang einmal gesagt haben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der CDU, der SPD und der F.D.P.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das macht den Haushaltsentwurf dieser Landesregierung aber nicht besser, überhaupt nicht. Da ich nicht glaube, dass ich den Kollegen Lortz beim vierten Versuch, die Grundzüge des Haushalts

kontrovers zu diskutieren, überzeugen könnte, möchte ich mich auf ein paar Punkte beschränken, bei denen ich glaube, dass durchaus berechtigte Hoffnung bestehen könnte, dass sich die Mehrheit dieses Hauses unseren Argumenten zuwendet.

Wir haben heute einen Antrag zur Debatte eingebracht, in dem wir gesagt haben: Wenn wir schon den Kommunen 100 Millionen DM als Vorabzug aus dem KFA vorenthalten - es wurde schon genug darüber geredet, das will ich nicht wiederholen -, dann gucken wir doch einmal, wenn es im Jahre 2001 nach Länderfinanzausgleich und nach Erhöhung des KFA tatsächlich Mehreinnahmen für das Land geben sollte, ob wir nicht das Signal an die Kommunen geben können, dass diese Steuermehreinnahmen prioritär dafür verwendet werden, den Vorabzug wieder rückgängig zu machen.

Sie sehen, wir haben die Hoffnung aufgegeben, dass Sie sich bei der Frage "Gebt den Kommunen, was der Kommunen ist" bewegen. Aber wir haben die Hoffnung, dass Sie sich vorstellen können, bei Steuermehreinnahmen diese Maßnahme wieder rückgängig zu machen. Ich will jetzt nicht von Unrecht sprechen, was Sie machen; denn es ist legal, aber politisch nicht besonders sinnvoll.

Sehr geehrter Herr Kollege Lortz und Herr von Hunnius von der F.D.P., können Sie sich nicht vorstellen, dass dieser Antrag der GRÜNEN auch von der Mehrheit hier im Hause angenommen wird, wenn wir sagen, dass wir, wenn es mehr Geld gibt, als ersten Schritt den Kommunen das Geld wieder zurückgeben, das ihnen gehört? In einem zweiten Schritt kann man dann die Neuverschuldung senken, dann kann man Lehrer einstellen und dieses und jenes machen. Darüber können wir noch ausführlich diskutieren und streiten.

Meine Frage ist also - der Kollege Brückmann von der CDU redet noch anschließend -: Ist es nicht möglich, dass wir ein gemeinsames Signal nach der Anhörung im Haushaltsausschuss geben, wo die Kommunen alle geklagt haben - das müssen sie ja, und sie haben zu Recht geklagt, wie ich finde -, dass wir etwas verstanden haben und bereit sind, bei einer verbesserten Finanzsituation des Landes den Kommunen das Geld wieder zurückzugeben? Was hindert eigentlich die CDU und die F.D.P. daran, diesem Antrag zuzustimmen?

Wir lassen uns damit ein Stück weit auf Ihre Argumentation ein, wie Sie sagen: Wir haben nicht mehr, dann holen wir es irgendwo anders her. - Gut, das ist nun einmal so. Aber wenn es Steuermehreinnahmen gibt, von denen wir heute noch nicht genau sagen können, ob und in welcher Höhe sie zutreffen, dann werden wir denen das Geld zurückgeben, denen es vorenthalten worden ist.

(Michael Boddenberg (CDU): Wir haben es jetzt verstanden!)

- Sie haben es verstanden. Das ist schon ein richtiger Schritt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube Ihnen auch, dass Sie es schon früher verstanden haben. Sie haben es auch beim ersten Mal schon verstanden. Ich sehe nur ungläubige Blicke aus anderen Reihen.

Jetzt frage ich Sie: Sind Sie heute Abend in der Lage, diesem Vorschlag zu folgen? Das wäre doch eine schöne Geschichte. Dann hätte die Debatte auch einen kleinen Sinn gehabt, dass Sie sagen: Es gibt durchaus Vorschläge der Opposition, denen wir näher treten können.

Ich hoffe auch, dass Sie bei der Lesung eines anderen Einzelplans, wozu ich anschließend auch noch reden kann, ebenfalls einem Vorschlag der GRÜNEN folgen werden. Dies macht den Haushalt natürlich insgesamt nicht besser, aber es wäre ein klares Signal.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will Ihnen an dieser Stelle nicht ersparen, noch über ein anderes Thema zu reden, wo ich auch noch die Hoffnung habe, dass Sie möglicherweise auch noch etwas Bewegung hereinbringen. Das ist der Zukunftsfonds. Ich halte viel von der Idee, durch die Veräußerung von Landesvermögen Geld zur Seite zu legen. Jetzt wissen Sie, dass die Wohnungsbaugesellschaften das denkbar ungünstigste Beispiel sind, um etwas zu verkaufen. Sie sind im Augenblick in der Lage, Sozialwohnungen zu verkaufen, um anschließend das Frankfurter Waldstadion zu finanzieren.

Der Tausch Sozialwohnungen gegen das Frankfurter Waldstadion geht mit uns nicht. Den sollte man nicht machen.

(Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

- Doch, im Zukunftsfonds sind 40 Millionen DM vorgesehen. Sozialwohnungen gegen Frankfurter Waldstadion, das ist die Politik, die Sie machen.

Warum sind Sie nicht in der Lage, das alte Versprechen, das Sie vor der Wahl gemacht haben: "Vermögen gegen Vermögen", in diesem Fall einzulösen? Wir können Sie von Ihrem Plan nicht abbringen, die GWH zu verkaufen. Aber warum wird das Geld dann nicht als Kapitalstock - Herr Kollege Lortz, davon verstehen Sie sehr viel - angelegt, sodass man auf Dauer von diesem Kapitalstock und anderen Einnahmen, die dazukommen, über die Zinsen dauerhaft einen Zukunftsfonds auflegen kann?

(Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

- Wie Sie das anlegen, ist mir relativ egal. Sie geben es aber jetzt gleich wieder aus, und das halte ich für eine ganz fatale Weichenstellung, die Sie im Augenblick vornehmen, Vermögen des Landes im Wert von 930 Millionen DM zu verkaufen und auf der anderen Seite gleich wieder zu verfrühstücken.

Ich bin nicht gegen einen Zuschuss für das Frankfurter Waldstadion. Aber dann macht es aus Steuermitteln und verkauft keine Sozialwohnungen, um es zu finanzieren. Der Zuschuss für das Frankfurter Waldstadion ist keine Vermögensanlage. Oder sind Sie etwa bereit, dort Teileigentum zu erwerben, um auf Dauer an diesem Waldstadion beteiligt zu sein? Das wäre die schlimmste Vorstellung, die es überhaupt gibt. Ich meine, das wäre Ihnen auch noch zuzutrauen. Aber ich hoffe doch, so weit gehen Sie nicht.

Bewegen Sie doch in Ihren Köpfen einmal den Vorschlag - wir sind bereit, bei Ihnen mitzugehen -, das Prinzip "Vermögen gegen Vermögen" bei diesem Zukunftsfonds in die Tat umzusetzen. Da muss man für das Frankfurter Waldstadion eine andere Finanzierungsform finden, aber wir hätten auf Dauer endlich das, was in der vergangenen Wahlperiode von Ihrer Seite immer diskutiert wurde und dem wir nie ablehnend gegenübergestanden haben: Wir hätten einen Topf, der auf Dauer für die Verbesserung der Infrastruktur des Landes Hessen Verwendung finden könnte. Auch da hoffe ich, dass es noch den einen oder die andere in der Regierungskoalition gibt, der oder die sagt: Ganz so falsch kann der Vorschlag nicht sein; denn er kommt im Übrigen auch ein bisschen von der CDU und der F.D.P. aus der letzten Wahlperiode.

Also machen Sie doch etwas, was vernünftig ist, und hören Sie auf, mit diesem Haushalt eine Weichenstellung vorzu-

nehmen, die ich wirklich für grundlegend falsch halte. Sie nehmen die 265 Millionen DM Genussscheinkapital, die noch bei der Helaba lagern. Die kommen in den Haushalt und werden rückstandslos verfrühstückt. Sie verkaufen die GWH, um anschließend fälschlicherweise in die Helaba einzusteigen. Den Rest, 330 Millionen DM, verwenden Sie dafür, Dinge zu finanzieren, die eigentlich im ordentlichen Haushalt etatisiert werden müssten. Ich halte das Programm, einen Medienfonds in Hessen aufzulegen, für richtig. Ich glaube allerdings nicht, dass dies durch den Verkauf von Sozialwohnungen finanziert werden sollte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir Vermögen verkaufen, dann nur, um dauerhaft einen Kapitalstock anzulegen, mit dem man dann Dinge tun kann, über die wir uns streiten können, aber über die wir auch im Konsens verhandeln können. Aber wir hätten dann endlich etwas, womit im Lande Hessen Zukunftsinvestitionen finanziert werden könnten, unabhängig von der Haushaltssituation des Landes.

Ich will auf einen letzten Punkt kommen.

(Frank Lortz (CDU): Jetzt einmal zur Sache!)

- Ich rede mitten zur Sache, Herr Kollege Lortz. Es ist Ihnen peinlich, weil ich weiß, dass Sie alle Vorschläge, die ich Ihnen mache, am liebsten umsetzen würden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß gar nicht: Ist die F.D.P. so stark, dass sie Sie an der Umsetzung hindert, oder sind es die eigenen Parteifreunde? Sie können doch bei den beiden Vorschlägen mitgehen.

Noch einmal zusammengefasst: Sie haben mit diesem Haushalt großes Glück. Sie haben 1,2 Milliarden DM mehr Einnahmen, als es die letzte rot-grüne Regierung beim Haushalt 1998 hatte. Sie haben in der mittelfristigen Finanzplanung ein weiteres Wachstum der Steuereinnahmen. Jetzt sagen wir, das kommt von den günstigen Berliner Rahmenbedingungen. Sie sagen, das haben Sie selbst gemacht. - Es ist Wurscht, wo es herkommt. Sie haben günstige Rahmenbedingungen. Aber Sie machen nichts daraus.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ärgert mich wirklich, weil Sie nämlich Chancen hätten, auf Dauer etwas zu verändern. Diese Chancen nehmen Sie nicht wahr. Stattdessen wird ziemlich konzeptionslos nach dem Modell "Jeder darf sich etwas wünschen" das Vermögen des Landes verschleudert. Dann kommen alle möglichen Geschichten wie z. B. das Waldstadion. Ich befürchte, Sie wollen auch noch die Sprungchance im Waldeckschen Upland aus den Sozialwohnungen bezahlen. Ihnen wird noch eine ganze Menge einfallen, was Sie finanzieren wollen, was aber mit Zukunftsinvestitionen nichts, aber auch gar nichts zu tun hat.

(Michael Boddenberg (CDU): Ein bisschen mehr Sportsgeist!)

Meine Kritik ist: Sie haben unverdienterweise Glück gehabt, aber Sie machen aus den günstigen Rahmenbedingungen nichts. Damit schaden Sie natürlich letztendlich einer Entwicklung des Landes Hessen, die günstiger sein könnte, wenn Sie die positiven Rahmenbedingungen für eine vernünftige Politik verwendeten.

(Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

Ich habe Ihnen einfach drei Punkte vorgeschlagen. Zwei davon können Sie erfüllen. Herr Kollege Brückmann, ich

hoffe, Sie sagen: Darüber denken wir einmal nach. Der Antrag der GRÜNEN ist ziemlich gut. Auch beim Zukunftsfonds können wir von der CDU nicht zufrieden sein. Das hat weder mit Zukunft noch mit Fonds etwas zu tun, sondern das ist nicht im strafrechtlichen Sinne, aber im politischen Sinne eine Geldwaschanlage. Es wird irgendetwas verkauft, und das Geld wird mit der anderen Hand wieder ausgegeben. Das kann keine gute Politik sein.

Bei diesen beiden Punkten sollten Sie noch etwas bewegen. Dann hätte es einen Sinn, dass wir uns heute Abend, wo uns sowieso keiner mehr hört, so nett miteinander unterhalten haben. Wir können das gerne beim Thema Wirtschaftspolitik ein bisschen vertiefen; denn dann werde ich noch für den Kollegen von Plottnitz reden. Ich werde dort noch einmal auf Ihre großen Verfehlungen bei der Landesbank eingehen.

Sie haben es nicht einmal geschafft, Herrn Kollegen Lortz zum Chef der Helaba zu machen, obwohl Sie dort mit 600 Millionen DM einsteigen werden. Ich werde dann auch noch dieses Versagen geißeln.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Ilse Stiewitt (SPD))

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Brückmann für die CDU-Fraktion.

Uwe Brückmann (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Müller, es ist schön und gut, dass Sie hier darstellen, man bräuchte nicht über den Einzelplan zu reden. Wir reden über diese Einzelpläne, weil Sie zwei so "tolle" Vorschläge hierzu eingebracht haben.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, hör auf!)

Sie sind ja so "toll". Herr Müller, wenn ich Ihre Beiträge höre, dann frage ich mich, wo Sie in der letzten Legislaturperiode gewesen sind. Sie hätten nämlich damals Ihre guten Vorschläge einbringen können.

(Beifall der Abg. Frank Lortz, Klaus Dietz (CDU) und Roland von Hunnius (F.D.P.))

Das fällt mir immer mehr auf. Wo waren Sie denn damals? Warum haben Sie nicht damals ihre "tollen" Vorschläge umgesetzt?

Herr Müller, ich möchte aber auch noch einmal einfach die Gelegenheit nutzen. Es freut mich ganz besonders, dass Sie mit Ihrem Antrag darauf hingewiesen haben, wie positiv die Entwicklung bei den Personalausgaben ist. Das haben Sie hier auch verschwiegen, indem Sie das als Einsparmöglichkeit aufgezeigt haben. Wir haben halt die Personalausgaben reduziert.

(Reinhard Kahl (SPD): Wie bitte?)

Herr Kahl, das kommt eben auch daher, dass wir einen Systemwechsel bei den Personalausgaben vorgenommen haben. Das hat sich eben als wirkungsvoll und erfolgreich erwiesen. Ich darf daran erinnern, dass wir erstmals mit dem Haushalt des Jahres 2000 die dezentrale Veranschlagung der Personalausgaben vorgenommen haben. Entscheidend dabei war, dass wir den Ressorts die Einhaltung des ihnen zugewiesenen Mittelrahmens übertragen haben. Die Mittel für Personal stehen also den Ressorts unmittelbar

zur Verfügung. Diese sind dann dafür auch verantwortlich. Durch die mit der Auflösung der Verstärkungsmittel eingeführte Budgetierung ist es in den einzelnen Ressorts zu einer Stärkung der Verantwortung für die Kosten und vor allen Dingen zu mehr Kostenbewusstsein gekommen.

Der Systemwechsel hat aber zum anderen auch dazu geführt, dass ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur flächendeckenden Einführung einer leistungsbezogenen Budgetierung im Rahmen der neuen Verwaltungssteuerung gemacht wurde. Herr Müller, das sind eben die neuen Wege, die wir gehen. Anders, als es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist, zwingt die verbindliche Vorgabe des maximal möglichen Ausgabenrahmens die Ressorts zu besonders sorgfältiger Planung, Steuerung und Kontrolle der Personalausgabenentwicklung. Der aktuelle Stand der Personalausgaben lässt erwarten, dass der landesweit vorgesehene Ausgabenrahmen eingehalten werden wird. Er wird sogar noch über das hinaus unterschritten werden, was wir mit den 120 Millionen DM festgelegt haben.

(Reinhard Kahl (SPD): Trotzdem steigen die Personalkosten um 2,8% !)

Herr Kahl, wir haben eine eindeutig positive Erfahrung gemacht. Die unmittelbare Verantwortung für die Ressourcen hat bei den Ressorts zu einem erheblichen Wachstum an Sensibilität für die Finanzierbarkeit von Entscheidungen im Personalbereich geführt. Das muss man hier einfach so festhalten. Auch Herr Müller ist einfach darüber hinweggegangen, dass die Entscheidung positive Wirkung zeigt, dass die Ressorts die Möglichkeit erhalten, 50% dessen, was sie bis zum Jahresende über ihren Konsolidierungsbeitrag hinaus erwirtschaftet haben, der Rücklage innerhalb des eigenen Budgets zuzuführen. Herr Kahl, wir schaffen auf diese Weise für die Ressorts einen Anreiz, noch effizienter mit ihrem Budget zu wirtschaften. - Leider ist Herr Fischer schon gegangen.

Ich mache mir die Mühe, mich mit den Anträgen auseinander zu setzen. Darauf zielt der Antrag der GRÜNEN ab. Die andere Hälfte der Minderausgaben stellt allgemeine Deckungsmittel dar. Somit wird die Kreditaufnahme im laufenden Haushaltsjahr vermindert. - Prima, dass du da bist.

Der im Antrag der GRÜNEN vorgeschlagene Weg, die Minderausgaben allein zur Reduzierung des Konsolidierungsbeitrages des Wissenschaftsressorts zu verwenden, konterkariert bei den anderen Ressorts doch gerade die Einsparanstrengungen. Herr Müller, deshalb habe ich das von Ihnen nicht erwartet. Es wäre deshalb ein fataler Weg. Herr Müller, ich verstehe das eher als einen Torpedierungsversuch des Antragstellers. Damit würde nämlich auf das hervorragende System eingewirkt, das wir eingeführt haben.

(Beifall der Abg. Frank Lortz und Rudolf Haselbach (CDU))

Ich darf feststellen, dass im Gegensatz zu den Anstrengungen, die die rot-grüne Vorgängerregierung unternommen hat, die eben nicht gefruchtet haben, unser System funktioniert. Das ist der Vorwurf, den ich Ihnen mache. Sie hatten eben nicht die Erfolge, wie wir sie haben. Herr Kahl, damit hier nichts offen bleibt, weise ich darauf hin, dass das Wissenschaftsressort durch Sonderregelungen bei der Erwirtschaftung der Effizienzdividende wesentlich besser gestellt wurde als die anderen Ressorts. Die Personalkostenbudgetierung ist, betriebswirtschaftlich gesehen, eine sinnvolle Maßnahme. Sie zeigt Erfolg.

(Reinhard Kahl (SPD): Trotzdem steigen die Personalkosten um 2,8% !)

Ich kann Ihnen das Folgende leider nicht ersparen. Die GRÜNEN haben beantragt, mögliche Steuermehreinnahmen zu verfrühstücken.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt "verfrühstücken"?)

Es ist aber zunächst einmal die Abwicklung des aktuellen Haushaltsplans abzuwarten. Man muss insbesondere auch noch einmal darstellen, dass geprüft werden muss, was sich nach Abzug des Länderfinanzausgleichs an Mehreinnahmen ergibt. Es wird sich dann herausstellen, dass nicht sehr viel von den Mehreinnahmen verbleibt, weil wir mehr in den Länderfinanzausgleich einzuzahlen haben. Nach der aktuellen Steuervorausschau ist aber davon auszugehen, dass wir in diesem Jahr mit Steuermehreinnahmen zu rechnen haben. Diese Mittel werden zur Senkung des Kreditrahmens, zur Tilgung der Schulden benutzt werden oder in die Rücklage eingestellt werden. Auch das hat etwas mit solider Haushaltspolitik zu tun. Sie haben außer Acht gelassen, dass durch die Steuerreform Steuermindereinnahmen gerade für die Jahre 2001 und 2002 zu erwarten sind. Es wird also nichts mit Steuermehreinnahmen im Jahre 2001 werden. Vor diesem Hintergrund ist nach unserer Auffassung eine Zuführung in die Rücklage dringend erforderlich. Wir lehnen deshalb eine solche Handlungseinschränkung kategorisch ab, wie sie von den GRÜNEN beantragt wird.

(Beifall des Abg. Frank Lortz (CDU) - Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir sagen doch, es soll in die Rücklage gehen!)

Wir haben da eben eine andere Auffassung. Aufgrund der von mir geschilderten Verschlechterung der Einnahmesituation des Landes, die wegen der von der rot-grünen Bundesregierung vorgenommenen Steuerreform erfolgen wird, können wir nicht anders handeln. Herr Fischer, ich muss das noch einmal deutlich machen. Wir müssen die Kommunen an dieser Verschlechterung beteiligen.

(Eberhard Fischer (Hohenroda) (SPD): Nein!)

Ich kann Ihnen das leider nicht ersparen. Hätte der Bundesfinanzminister das Land Hessen und die hessischen Kommunen angemessen an den Erlösen aus dem Verkauf der UMTS-Erlöse beteiligt, hätte es mit Sicherheit nicht eines Solidarbeitrages in Höhe von 100 Millionen DM bedurft, den wir dem Kommunalen Finanzausgleich auferlegen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (F.D.P.))

Angesichts des Solidarbeitrags der Kommunen in Höhe von 100 Millionen DM muss ich noch einmal darauf hinweisen - vielleicht verstehen die Vertreter der Oppositionsfractionen das auch nicht; das kann natürlich sein - ,

(Stefan Grüttner (CDU): Wahrscheinlich ist das so!)

dass sich das Steueraufkommen in Hessen von 1995 bis 1999 um 800 Millionen DM zugunsten der Kommunen und zulasten des Landes verschoben hat.

(Eberhard Fischer (Hohenroda) (SPD): Und dafür werden sie jetzt bestraft!)

Herr Fischer, während das Land 1995 noch 54,4% und die kommunale Ebene lediglich 45,6% der hessischen Steuereinnahmen erhalten haben, sind 1999 dem Land nur noch 52% verblieben. Herr Fischer, man kann das nicht oft ge-

nug wiederholen. Im Gegenzug ist der Anteil der Kommunen auf 48 % angewachsen.

Das im Juli 2000 beschlossenen Steuersenkungsgesetz verschiebt diese Anteile bis zum Jahre 2004 um weitere 400 Millionen DM zugunsten der hessischen Kommunen. Deshalb wollen wir diese Operation auch machen. Das ist doch die Situation. Herr Fischer, angesichts der angespannten Finanzlage des Landes Hessen und vor dem Hintergrund der eben beschriebenen Verschiebung der Anteile ist es fair und vertretbar, der kommunalen Familie einen befristeten Solidarbeitrag von jeweils 100 Millionen DM für die Jahre 2001 bis 2003 aufzuerlegen.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ein Systemwechsel!)

Ich möchte die Aufmerksamkeit auch darauf lenken, dass sich nach Angaben des Statistischen Landesamtes die Finanzlage der hessischen Kommunen im vergangenen Jahr weiter verbessert hat. Danach ist der Überschuss der Einnahmen von 367 Millionen DM auf 1,56 Milliarden DM geklettert.

(Reinhard Kahl (SPD): Und wie sieht es beim Land aus? - Eberhard Fischer (Hohenroda) (SPD): Und dafür werden sie bestraft! - Zuruf des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Fischer, trotz des Solidarbeitrags in Höhe von 100 Millionen DM wird der Kommunale Finanzausgleich um 0,4% auf einen noch nie gekannten Rekordstand von knapp 5,3 Milliarden DM steigen. Das müssen Sie in der Diskussion draußen vor Ort auch sagen. Dabei gehen die Steuereinnahmen des Landes nach Länderfinanzausgleich sogar um 0,8% zurück.

Herr Fischer, ich möchte noch etwas sagen, was die Kommunalfreundlichkeit betrifft. Ein für die Kommunen zentraler Aspekt ist, dass wir ihren Forderungen Rechnung getragen und die unter Rot-Grün geschaffene Möglichkeit aufgehoben haben, dass Haushaltssperren auch auf den kommunalen Finanzausgleich durchschlagen können. Davon reden Sie heute gar nicht mehr. Das haben wir aufgehoben, und das ist kommunalfreundlich, Herr Fischer. Das müssen Sie draußen auch erzählen.

Wir haben die Schlüsselzuweisungen um 34 Millionen DM, unter Berücksichtigung der erstmals ausgewiesenen Zuweisung zu den Belastungen der Heilkurorte von 22,5 Millionen DM sogar um rund 56 Millionen DM, angehoben. Das ist kommunalfreundlich, das müssen Sie auch einmal sagen.

(Beifall des Abg. Roland von Hunnius (F.D.P.))

Über den KFA hinaus stellen wir den Kommunen sogar aus originären Landesmitteln weitere 12 Millionen DM für Kindertagesbetreuung und Tagespflege zur Verfügung. Herr Fischer, das ist kommunalfreundlich.

Herr Fischer, um noch ein paar Zahlen hinterher zu schieben: Die Steuerverbundmasse des kommunalen Finanzausgleichs ist durch den Abbau von Haushaltsresten um 50 Millionen DM verstärkt worden. Außerdem wird der Steuerverbundsatz als Kompensation für die Erbschaftsteuer von 22,9 auf 23% angehoben, und das bedeutet für das Jahr 2001 eine weitere Verbesserung für die kommunale Ebene von 2,4 Millionen DM. Das ist kommunalfreundlich, und das müssen Sie auch draußen sagen.

(Reinhard Kahl (SPD): Und was war vorher? - Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmen Sie dann unserem Antrag zu?)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

Uwe Brückmann (CDU):

Der Verteilungsschlüssel für den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer - dafür haben wir uns erfolgreich eingesetzt - ergibt ein weiteres Plus von 44 Millionen DM für die Kommunen.

(Reinhard Kahl (SPD): Das ist ein Bundesgesetz!)

Das ist kommunalfreundlich.

Mit diesem Paket - und damit komme ich auch zum Schluss - von Maßnahmen, das der Interessenlage der Kommunen eindeutig entgegenkommt, ist eine Kritik an einem Einzelpunkt, an dem Solidarbeitrag, wirklich völlig unangemessen.

Ich will es noch einmal deutlich sagen: Wir rufen in Erinnerung, dass SPD und GRÜNE im Hessischen Landtag uns einen Scherbenhaufen hinterlassen haben. Ich darf auch darauf hinweisen, dass Sie gerade in den Jahren von 1995 bis 1998 über 605 Millionen DM im KFA gekürzt haben. Davon wollen Sie jetzt nichts mehr wissen. Trotzdem sage ich Ihnen: Neben den Einnahmeausfällen infolge der Steuerreform konnten wir die Nettoneuverschuldung auf 1,3 Milliarden DM reduzieren - der niedrigste Wert seit 1980. Das ist eine gute Bilanz, die wir uns nicht vermiesen lassen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Finanzminister Weimar.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieser Haushalt trägt sehr deutlich die Handschrift dieser Regierungskoalition und dieser Landesregierung. Wir haben eine Vielzahl von Maßnahmen in die Wege geleitet, die unter modernen Aspekten der Zukunftsorientierung, betriebswirtschaftlichen Konzepten und bei gleichzeitiger Einbindung der Mitarbeiter die Zukunft dieses Landes entwickeln. Das kann man heute schon sagen.

Die Budgetierung der Personalkosten - etwas, was durch Bemerkungen der Opposition begleitet wurde, das sei der Zusammenbruch dieser Landesverwaltung - erbringt immerhin 120 Millionen DM, den Gegenwert von 1.500 Stellen. Wir werden dieses Ziel deutlich überschreiten, und zwar ohne dass die Landesverwaltung zusammenbricht und mit dem Wissen, dass hier durchaus noch weitere Reserven erwirtschaftet werden können. Die Personalentwicklungsbörse führt dazu, dass im Moment fast keine Stelle mehr ausgeschrieben wird, sondern es wird innerhalb der Verwaltung beschleunigt Personal umgesetzt. Das ist eine unendliche Motivationssteigerung dafür, dass Menschen, die an Stellen sitzen, an denen nicht mehr so viel Arbeit anfällt, in sinnvoller Verwendung überführt werden können und daraus für sich Selbstwertgefühl entwickeln können, weil sie für gute und engagierte Arbeit auch eine Zukunft erhalten.

Das Immobilienmanagement - die Zusammenführung der Immobilien in einer Hand beim Finanzminister, ein Traum aller sozialdemokratischen Finanzminister der letzten 30 Jahre - ist reibungslos innerhalb dieser Landesregierung gelungen. Es wird uns große Ressourcen erwirtschaften las-

sen, denn wir wollen hier nicht nur verkaufen, sondern wir werden auch kaufen und haben das auch schon getan.

Aber wir haben auch die kleinen Dinge geordnet, über die man auch einmal reden muss. Wenn Sie sehen, dass wir die Telefonkosten durch geeignete Verträge dramatisch reduziert haben, dass wir die Stromkosten gegenüber dem Jahr 1999 um etwa 26 oder 28 Millionen DM reduziert haben, dann müssen Sie einfach davon ausgehen, dass dies Dinge sind, die man schon länger hätte tun müssen. Ich musste erst Ausschreibungen vorbereiten und die erforderlichen Maßnahmen in die Wege leiten. Ich glaube, das zeigt, dass wir hier im Kleinen und im Großen diese Dinge im Griff haben.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Müller?

(Minister Karlheinz Weimar: Ja!)

Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Es ist nur eine kleine Zwischenfrage. Wenn Sie sagen, im Rahmen des Immobilienmanagements - und damit auch des neu gegründeten Landesbetriebes - sei auch schon gekauft worden: Könnten Sie das bitte einmal erläutern? Oder habe ich Sie da falsch verstanden? Denn eigentlich geht das ja noch gar nicht.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Grundsätzlich geht es nach unseren Haushaltsregeln, dass wir kaufen, ohne im Einzelnen dafür einen Haushaltsansatz zu haben, sondern das wird dem Haushaltsausschuss des Hessischen Landtags - so wie auch ein Verkauf über einen Betrag von mehr als 1 Million DM - vorgetragen. Natürlich hat das Immobilienmanagement, das am 01.10. begonnen hat, noch keine Ankaufgeschäfte in dieser Höhe getätigt. - Ich denke, das ist damit geklärt.

Die SAP-Einführung ist ein Jahrhundertwerk für diese Landesverwaltung. Sie wird uns unglaubliche Kraft abverlangen. Aber wir gehen diesen Weg, weil wir wissen, dass eine moderne, zukunftsorientierte Verwaltung eine sparsame, bürgerfreundliche Verwaltung und nur möglich ist, wenn wir diese Anstrengung auf uns nehmen. Das machen wir gerne.

Darüber hinaus habe ich angekündigt und durch Beschluss abgesichert, dass Pensionsrücklagen nicht nur ad hoc gebildet werden, sondern zukünftig auch dadurch, dass für neu eingestellte Beamte eine Pensionsrückstellung zu führen ist - auch das in der Form von Fonds, die nachhaltig dem Einfluss des Landesgesetzgebers und damit der Begehrlichkeit des Geldes entzogen werden. Ich denke, damit haben wir einen Schritt in die Wege geleitet, der über den Tag hinaus von ganz außergewöhnlicher Bedeutung ist. Hier sind Grundstrukturen bisheriger falscher Haushaltspolitik geändert worden, und darauf bin ich stolz.

(Beifall bei der F.D.P.)

Neben diesem Punkt möchte ich nur ganz kurz auf die Fragen eingehen, die hier gestellt worden sind.

Der im Moment nicht anwesende Abg. Clauss hat gestern mit Verve gefordert, ich solle jetzt einmal sagen, wie denn die Steuerentwicklung sei. Dazu kann ich Ihnen ganz kurz Folgendes sagen, und das beantwortet auch die Fragen zu den Anträgen von SPD und GRÜNEN.

Zum einen lautet die Frage, wie es im Jahr 2000 aussehen wird. Bei heutigem Stand muss ich feststellen, wir werden tatsächlich statt 4,92 Milliarden DM auf 5,4 Milliarden DM im Länderfinanzausgleich kommen, also eine dramatische Steigerung der Zahlungen im Länderfinanzausgleich. Trotzdem besteht die begründete Hoffnung - bei anstehenden Verrechnungen bei einem sehr starken Steuermonat Dezember und einem üblichen Verlauf -, dass wir doch in einer dreistelligen Millionenhöhe, aber in sehr niedrigen Regionen, herauskommen könnten.

In diesem Falle beabsichtige ich, dieses Geld in Teilen zur Absenkung der Nettoneuverschuldung zu verwenden und in Teilen Rücklagen dergestalt zu bilden, dass wir den Bewegungsspielraum in den Jahren 2001 ff. behalten. An einem Punkt bitte ich Sie um Verständnis, und ich glaube, der liegt außerhalb des politischen Streits: Die Frage, ob die Berechnungen der Steuerausfälle aus der Steuerreform - immerhin über 1,7 Milliarden DM für das Land Hessen - tatsächlich im Guten oder im Schlechten richtig oder falsch sind, möchte ich einmal so beantworten, dass es hier zu Verschiebungen kommen kann, auch im Negativen, für die niemand etwas kann, weil die Entwicklung einfach so ist. Dann ist es gut und sinnvoll, entsprechende Rücklagen zu haben. Wenn nicht, dann werden wir dadurch kein Geld verlieren, denn dieses Geld in der Rücklage erspart uns die Aufnahme von neuen Schulden, sodass wir unter dem Strich gesehen uns damit keine finanziellen Probleme schaffen, im Gegenteil: Das ist eine vernünftige Regelung.

Das Jahr 2001 ist bei der absoluten Zahl der Schätzung, dass 5,3 Milliarden DM mehr eingehen, für die Länder ziemlich enttäuschend. Denn von den 5,3 Milliarden DM gehen 3,9 Milliarden DM an den Bund und 800 Millionen DM an die Länder, der Rest an die EU und Sonstige. 800 Millionen DM sind ein Betrag, der, wenn Sie es hochrechnen, bei unserem Steueranteil im Rahmen der Schätzgenauigkeit liegt.

Dagegenzurechnen ist ein Punkt, auf den ich hier hinweise. Ich beklage ihn nicht, aber man muss ihn kennen. Die exorbitant gestiegenen Gewerbesteuereinnahmen in Hessen werden dazu führen,

(Zuruf des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

dass eine 50-prozentige Anrechnung dieser Beträge - auch in Frankfurt, das sei ihnen gegönnt, aber das Land Hessen hat damit ein Problem - als Bemessungsgrundlage des Länderfinanzausgleichs genommen wird, wovon dann etwa 80% abzuführen sind. In der Spitze werden wir also weit über 100 Millionen DM zusätzlich zu zahlen haben und dies auch noch zusätzlich als Sockelbetrag ins nächste Jahr mitschleppen.

Deswegen ist an der Stelle davon auszugehen, dass unsere Steuerschätzung im Moment solide ist, aber keine Korrektur nach oben verträgt. Deswegen werden wir etwa in der Größenordnung herauskommen, bei unterschiedlichen Parametern. Die Steuerschätzung insgesamt gesehen geht davon aus, dass die Körperschaftsteuer sich erhöht, was im Übrigen die These dieser Regierungsfaktionen und der Landesregierung belegt, dass die Senkung der Einkommensteuer im Steuersenkungsgesetz viel zu niedrig ist und die Menschen in diesem Lande bis zum endgültigen Zustand im Jahr 2005, wenn wir 42% Spitzensteuersatz haben, absolut wahrscheinlich genauso viel Steuern bezahlen werden wie heute, obwohl der Spitzensteuersatz deutlich gesunken ist.

Dies ist ein Hinweis darauf, dass hier ein Systemfehler vorliegt, dass die Lohn- und Einkommensteuer bei der Steuerreform zu schlecht behandelt werden.

Auf der anderen Seite haben wir sie nun einmal. Wir etatieren sie. Deswegen wird hier ein Zuwachs erfolgen. Wie gesagt, bei der Körperschaftsteuer wird eher ein größerer Ausfall erwartet als bisher. Die anderen Steuerarten schenke ich mir. Es bedarf dann an der Stelle keiner Korrektur, sodass unsere Annahmen durchaus richtig sind.

Lassen Sie mich eine Bemerkung zu der Frage der 100 Millionen DM machen. Die 100 Millionen DM, denke ich, sind hier ausreichend abgehandelt worden. Ich sehe auch kein Problem mit den Kommunen des Landes Hessen. Ich habe viele Kontakte mit den Spitzenverbänden, mit Bürgermeisterversammlungen, mit den Menschen draußen, als Kreistagsabgeordneter in meinem Kreis. Die Beteiligten verstehen das sehr wohl. Die kommunale finanzielle Situation hat sich insbesondere auch bei den Kreisen deutlich gebessert. Insofern ist der Solidarbeitrag an dieser Stelle absolut gerechtfertigt, zumal von uns sehr plausibel belegt werden konnte, warum dies eine gute Forderung von uns ist. Wir hätten auch die 400 Millionen DM fordern können. Allein schon daran sieht man, dass wir kommunalfreundlich sind.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ein weiterer Punkt, weil der mir ein bisschen am Herzen liegt. Das ist die Frage "Vermögen gegen Vermögen". Herr Müller, Sie haben das angesprochen. Ich respektiere das ausdrücklich und höre auch genau zu, wenn Sie sprechen. Es ist in der Tat richtig, dass die Frage der Zukunftsoffensive dort, wo es geht, so konzipiert werden muss, dass revolvierende Mittel erreicht werden. Da muss man auch darüber reden, ob z. B. Kassel-Calden oder das Waldstadion als Zuschuss oder in anderer Form gestaltet wird. Wenn diese Dinge tatsächlich laufen, kann man sich auch vorstellen, dass durchaus ein Rückfluss dieser Mittel möglich ist. Nur, damit Sie sehen, dass ich das an dieser Stelle sehr ernst nehme. Es gibt keine Vereinbarung oder Ähnliches. Aber es hat Zweck, wenigstens darüber zu reden, dass man eine Ebene findet. Auch in anderen Bereichen ist das durchaus denkbar. Es ist die Unsitte der verlorenen Zuschüsse, dass man anschließend alle Kontrollmöglichkeiten aus der Hand gibt. Das ist möglicherweise nicht überall so fortzusetzen, wie das in Teilen bisher war.

Lassen Sie mich am Ende noch eine spaßige Bemerkung machen. Es ist jetzt schon mehrfach das Polizeipräsidium Frankfurt angesprochen worden - ein dankbares Thema hier im Landtag, immer wieder. Es wurde gesagt, es sei schon mehrfach verkauft worden. Das ist nicht verkauft worden. Nachdem mir Anfang 1999 beim Nachtragshaushalt der Abg. Clauss mit damals noch substanzielleren Äußerungen, aber mit hochrotem Kopf entgegengeschleudert hat, dieser Nachtragshaushalt werde schon zum Zusammenbruch dieser Landesregierung führen, muss ich sagen: Wir haben Schulden gesenkt. Wir haben den Haushalt ordentlich abgewickelt. Wir haben in die Schulen unglaublich investiert, wir haben im Straßenbau investiert und in sonstigen Bereichen. Aber wir haben das Polizeipräsidium nicht verkauft. Trotzdem sind wir hingekommen.

Deswegen sage ich Ihnen: Ich bin im Moment ganz froh darüber, weil die Preise in diesem Bereich steigen. Das Polizeipräsidium, das wir jetzt ausgelobt haben, werden wir so gut wie nur irgend möglich verkaufen. Denn das ist im Interesse des Landes.

Eine letzte Bemerkung zu der Sprachregelung. Es wird immer gesagt: "Vermögen gegen Vermögen". Wir bauen doch in erheblichem Umfang in diesem Land. Ich muss das Geld irgendwie zusammenbekommen in der Verantwortung als Finanzminister, damit wir Gefängnisse bauen können, damit wir Gerichte bauen können, damit wir im Bereich der Polizei die großen Bauvorhaben abwickeln. Das sind Dinge, die wir in der eigenen Sphäre unbedingt brauchen. Dafür muss Geld herbeigeschafft werden. Da wird Vermögen gegen Vermögen ausgegeben. Das wird auch in Zukunft so sein. Totes Vermögen, das uns nichts bringt und wo andere etwas damit machen können, weil Steuern erwirtschaftet werden können bzw. erst einmal Gewinne erwirtschaftet werden können, wird verkauft werden. Mit dem Rest werden wir die Investitionspolitik in Hessen betreiben. Ich denke, an der Stelle sind wir doch eigentlich auf einer gemeinsamen Linie. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Damit hat die Lesung des Einzelplans 06 stattgefunden.

Ich rufe auf

Einzelplan 07 - Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung -

in Verbindung mit

Einzelplan 19 - Förderung des Wohnungs- und Städtebaues -

Mit aufgerufen werden **Tagesordnungspunkt 20:**

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Landesprogramm "Einfache Stadterneuerung" - Drucks. 15/1646 - und Tagesordnungspunkt 41:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Durchführung einer Anhörung zur Zukunft der Hessischen Landesbank und des öffentlich-rechtlichen Sparkassensektors - Drucks. 15/2003 -

Die Redezeit beträgt 15 Minuten pro Fraktion. Das Wort hat Herr Kollege Reichenbach für die SPD-Fraktion.

Gerold Reichenbach (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde mit dem letzten Teil, nämlich mit der Wohnungs- und Städtebaupolitik, beginnen, weil wir dazu auch unseren Antrag im Verfahren haben. Wenn ich mir allein anschau, wie mit der Initiative der SPD und mit dem Thema "Einfache Stadterneuerung" von dieser Regierung umgegangen worden ist, dann wirft dies im Grunde genommen ein Schlaglicht auf die gesamte Wohnungs- und Städtebaupolitik dieser Regierung, die sich schlicht und einfach durch Konzeptionslosigkeit auszeichnet.

Da gibt es ein erfolgreiches Landesprogramm, das insbesondere auch für Städte im ländlichen Raum gilt. Es sind gerade die Bundesprogramme und die gemischten Programme, die insbesondere für den großstädtischen Raum zugeschnitten sind. Dazu gehört auch das neue Programm "Soziale Stadt". Dieses Programm ist so erfolgreich, dass wir nicht nur 28 Maßnahmen drin haben, sondern 27 weitere Neuanmeldungen im Jahre 1999 nicht berücksichtigt werden konnten.

Was fällt der Landesregierung dazu ein? Sie legt einen Haushaltsplanentwurf vor, in dem schlicht und einfach

steht: kann auslaufen, brauchen wir nicht mehr. Das zu einem Zeitpunkt, wo nicht nur der Bedarf in diesen Städten und Gemeinden da ist, sondern wo gerade die Impulse aus diesem Programm auf die Beschäftigung im Mittelstand, die Beschäftigung im Handwerk und in den Kleinbetrieben, vorhanden sind, die nicht nur die Landesgelder ausgeben, sondern zusätzlich Gelder der Kommunen mobilisieren. Daher sind diese Beschäftigungsimpulse notwendig. Wir wissen alle, dass die Baubranche rückgängig ist und dass gerade darunter das Handwerk im ländlichen Raum leidet. Aber die Landesregierung sagt: kann auslaufen.

Jetzt hat sie sich aufgrund unseres Antrages eines Besseren besonnen, hat Einsicht gezeigt. Aber wie es bei der Landesregierung so üblich ist: Selbst wenn sie Einsicht zeigt, dann immer nur teilweise und auch nur schrittweise. Statt der 10 Millionen DM zusätzlich, die wir beantragt haben, ist man lediglich bereit, 5 Millionen DM aus dem KFA zu nehmen. Und das angesichts der Zahl von 28, die drin sind, und von 27, die rein wollen. Ich will jetzt die Standorte nicht durchgehen. Ich brauche sie im Einzelnen nicht vorzutragen. Wir wissen noch nicht einmal, wie hoch die Zahl der Anmeldungen ist, die im Jahr 2000 aktuell vorliegen. Das wollen wir ja gerade mit unserem Antrag abfragen. Dann ist jedem klar, dass dies gnadenlos unterfinanziert ist. Deswegen ist dies zwar ein Erfolg der Opposition mit ihrem Antrag, aber es ist eben nur ein Teilerfolg, weil diese Regierung - wie auch in anderen Dingen - uneinsichtig bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Die gleiche Konzeptionslosigkeit in der Landespolitik setzt sich fort etwa bei dem Umgang mit dem wichtigen Programm des Bundes "Soziale Stadt". Das wurde in der haushaltspolitischen Debatte schon gesagt. Da ist anzuerkennen, dass im Wohnungsbauetat die notwendigen Komplementärmittel zur Verfügung gestellt werden. Da ist auch anzuerkennen, dass Sie Komplementärmittel im Sozialetat zur Verfügung stellen.

Aber gleichzeitig - das wird draußen kritisiert - streichen Sie im Sozialetat Mittel z. B. für den Bereich "Arbeit statt Sozialhilfe", die dort komplementär in der Vergangenheit mit eingesetzt wurden, oder z. B. die Mittel für Beschäftigungseffekte für Sozialhilfeempfänger, die in das Programm für die Wohnumfeldverbesserung eingebracht wurden. Das wird gestrichen. Auch da Konzeptionslosigkeit. Da weiß die Linke nicht, was die Rechte tut.

(Beifall bei der SPD)

Der Gipfel dieser Konzeptionslosigkeit ist der Umgang mit dem sozialen Wohnungsbau und der Umgang mit den Mieterinnen und Mietern bei den landesverbundenen Wohnungsgesellschaften. Statt ein Konzept zu entwickeln, wie in Zukunft angesichts der Tatsache, dass ein Großteil - fast die Hälfte - der Wohnungen in den nächsten zwei Jahren aus der Sozialbindung herausfällt und dass mit Neubauten in großem Umfang nicht zu rechnen ist, für einkommensschwächere Schichten die Versorgung mit Wohnraum sichergestellt werden kann, fällt dieser Landesregierung zu diesem Thema nur eines ein: der Ausverkauf bei den landesverbundenen Wohnungsgesellschaften.

Wie schäbig dabei mit den betroffenen Mieterinnen und Mietern umgegangen wird und wie heuchlerisch es ist, der SPD vorzuwerfen, sie betreibe Panikmache, wenn sie in diesem Hause immer wieder einfordert, den Mieterinnen und Mietern zu sagen, welche Versprechungen der Herren Weimar und Koch rechtlich verbrieft sind, zeigt die Tatsa-

che, dass der Finanzminister die Gelder, die er einzunehmen gedenkt, im Haushalt bereits verplant und verbubelt, den Mieterinnen und Mietern aber keine Zusicherungen gegeben werden. Über das hinaus, was gesetzlich garantiert ist, ist weder diesem Parlament noch den Betroffenen gegenüber das, was versprochen wurde, zugesichert worden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Weder im Ausschuss noch sonst wo in diesem Hause wurden die vertraglichen Konditionen und versprochenen Absicherungen schriftlich vorgelegt. Das ist kein Wunder, denn diese Landesregierung hat, das ist ganz offenkundig, ihre Perspektiven in der Wohnungsbaupolitik und der Städtebaupolitik schlicht und einfach in der Buchhaltung einer unsoliden Finanzpolitik abgegeben.

Herr Posch, ich fordere Sie auf, sinnvolle Programme weiterzuführen. Ich gestehe Ihnen zu, dass Sie einige Programme von der Vorgängerregierung übernommen und weitergeführt haben. Sie sollten dies durchgängig machen und sich nicht vom Finanzminister und von Ideologen aus den eigenen Reihen bremsen lassen. Deshalb bitte ich Sie: Stimmen Sie unserem Antrag zu. Führen Sie die Programme in dem Umfang fort, wie es notwendig ist.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächster Redner, Herr Kollege Denzin für die F.D.P.-Fraktion.

Michael Denzin (F.D.P.):

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben bis jetzt nur über einen Aufgabenbereich der vielen Aufgabenbereiche des Wirtschaftsministeriums etwas gehört. Die SPD ist offensichtlich mit allem anderen sehr zufrieden.

(Widerspruch bei der SPD)

Herr Minister, um es gleich vorweg zu sagen: Ich bin ebenfalls zufrieden. Ich will Ihnen hier an ein paar Punkten aufzeigen, warum man mit dem Haushaltsplanentwurf zufrieden sein kann.

Ich fange mit einem Thema an, über das wir leider viel zu selten diskutieren, nämlich mit dem, was im Bereich Hessen-Media läuft, was an Impulsen und an Anstoßförderung aus dem Haus des Wirtschaftsministers in den Bereich Medienentwicklung gegeben und auch begleitet wird. Wir haben hier um 2,3 Millionen DM auf 12 Millionen DM zugelegt.

Der Minister hat das Glück, hier einen sehr guten Unterbau zu haben, und wir alle in Hessen haben das Glück, dass sich in den letzten zwei Jahren sehr viel getan hat. Heute Morgen wurde schon darauf hingewiesen, dass die Zahl der im Internet vertretenen Firmen seit 1999 allein im engeren Frankfurter Raum von 700 auf über 2000 angewachsen ist. Dazu passt, dass wir auch in der Filmförderung noch einmal 15 Millionen DM zugelegt haben.

Im Etat des Wirtschaftsministers gibt es zwei Punkte, die mir besonders am Herzen liegen. Der eine ist die Wirtschaftsförderung mit ihren vielfältigen Programmen, die nicht alle aus hessischen Geldern finanziert werden. Wir wissen, dass sie nicht effizient genug verteilt wurden. Das heißt, dass viele Unternehmen, die eine Anstoßfinanzierung

gebraucht hätten, gar nicht an die Mittel kamen, weil die 200 bis 300 Förderprogramme der EU, des Bundes und des Landes unüberschaubar waren. Sicherlich waren auch nicht alle Banken hilfreiche Ratgeber.

Das haben wir grundlegend geändert, und zwar mit der Umstrukturierung der Förderbank zur IBH. Der Einstieg der Helaba in diesem Bereich, die 50:50-Teilung und die organisatorische Ausgestaltung haben sich bewährt.

Wir haben vier grundlegende Förderpakete geschneidert und sind auf dem Wege, diese Fördermöglichkeiten in Abstimmung mit allen Bankensparten - ich spreche das deshalb an, weil es Befürchtungen im Hinblick auf Wettbewerbsverzerrungen gab - wesentlich besser zu platzieren, als das bisher der Fall war. Dieses Verfahren funktioniert. Wir sind jetzt zum ersten Mal in der Lage, Fördermittel zielgenau dorthin zu bringen, wo sie hingehören.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

In diesen Zusammenhang gehört auch die Innovations- und Technologieförderung. Vielleicht können Sie sich daran erinnern, dass ich in Haushaltshaltsdebatten vielfach darauf hingewiesen und dargelegt habe, wo ich hier Fehlläufe sehe. Wir haben die Mittel im Bereich des Wirtschaftsministeriums hierfür um 3,5 Millionen DM auf 13,7 Millionen DM erhöht. Es gibt für diese Förderung auch Mittel beim Wissenschaftsministerium. Wir sind aber auch mit der Gründung einer Stiftung ein gutes Stück weiter. Herr Klemm, Sie waren hier auf dem richtigen Weg, und Sie wissen, welche Probleme es in der Umsetzung gab. Hier wird jetzt wesentlich zielgerichteter gehandelt, und wir sind endlich in der Lage, eine effiziente Innovations- und Technologieförderung im Sinne einer Entwicklungs- und Anstoßförderung auf den Weg zu geben.

Die Zukunftsinvestitionsprogramme haben ebenfalls von der Finanzierungsseite her eine Rolle gespielt. Ich kann den Finanzminister nur bestärken in dem, was er über einen revolvingierenden Mittelleinsatz gesagt hat. Ich habe das an dieser Stelle schon einmal vorgetragen. Ich war nicht ganz unmaßgeblich an der Idee beteiligt, einen Fonds zu bilden. Ich hatte die Vorstellung von einem revolvingierenden Mittelleinsatz. Das können Sie in den Protokollen nachlesen.

(Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Sie müssen nicht uns überzeugen, sondern den Finanzminister!)

- Herr Wagner, hätten Sie damals mitgemacht, dann hätten Sie das umsetzen können. Sie haben aber nicht mitgemacht.

(Beifall bei der F.D.P.)

Man kann in der Wirtschaftspolitik Förderprogramme fahren. Das tun wir. Ich habe eben dargelegt, dass man das effizient tun muss und dass man manchmal stützend eingreifen muss. Die Ausbildungsprogramme laufen. Darüber hinaus ist die wirtschaftliche Entwicklung jedoch weitgehend eine Einschätzungssache, d.h. eine Frage der Psychologie und des Kopfes.

Was soll ein Wirtschaftsminister machen, was soll er nicht machen? Ich denke, das ist in dem Vergleich der Zeit vor der Amtsübernahme von Posch und dem jetzigen Zustand sehr deutlich geworden. Ich sage nur: Die Biotechnologie ist aus Hessen geradezu hinausgetrieben worden. Die Firma Hoechst hatte ihre gesamte Genforschung nach Frankreich verlegt. Hessen gab gegenüber interessierten Investoren damals das Bild ab: lange Antragsverfahren, viel Bürokratie, auf jeden Fall keine aktive Unterstützung im Sinne von Hilfestellung durch das Land.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ist es heute? Wir haben heute in Hessen die relativ größte Zahl an Betriebsneugründungen und -ansiedlungen. Der größte Anteil von Kapitalflüssen und Betriebsansiedlungen aus den USA in Richtung Deutschland geht nach Hessen.

Meine Damen und Herren, gemessen an der Größe des Landes, d.h. an der Einwohnerzahl, haben wir das meiste zusätzliche Angebot an Arbeitsplätzen und den höchsten Abbau bei den Arbeitslosen.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Müller?

Michael Denzin (F.D.P.):

Nein, mein Lieber. Wir können uns nachher noch lange über das Thema unterhalten. Ich will jetzt meine Blöcke beenden und gehe auch gar nicht darauf ein, auch nicht indirekt.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Michael! - Zuruf des Abg. Gerold Reichenbach (SPD))

Von den Arbeitsmarktzahlen her hat Hessen die besten Ergebnisse. Heute Morgen haben wir schon ansatzweise eine Auseinandersetzung gehabt, da hieß es: Das sind alles Impulse, die von der Bundesebene, von der Steuerreform - ich sage: Steuerreform auf Raten -, kommen.

Meine Damen und Herren, nein, ich spreche nur von den Unterschieden Hessens zu den anderen Bundesländern. Da ist Hessen im Moment an der Spitze der Entwicklung, nicht an der Spitze im Ergebnis - das sind wir auch, pro Kopf sowieso, außer den Stadtstaaten, das wissen Sie -, aber in der Entwicklung des letzten Jahres sind wir in allen Parametern das beste Bundesland von allen 16.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Ich denke, darauf können wir stolz sein. Das sind Punkte, zu denen ich gesagt habe: Es spielen auch Psychologie, die Aufnahmebereitschaft eines Landes, die Offenheit eines Landes eine Rolle.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Zuruf des Abg. Gerold Reichenbach (SPD))

Hier ist der fundamentale Wechsel von der Regierung Eichel, der jetzt im Übrigen das Gegenteil von seinen Weisheiten verkündet, die er hier als Ministerpräsident vertreten hat, und deshalb auch dazu beigetragen hat, dass Hessen trotz seiner hervorragenden zentralen Verkehrslage uninteressant war und für viele uninteressant wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU)

Zentrale Verkehrslage. Herr Klemm, Sie brauchen gar nicht so zu lächeln.

(Zuruf des Abg. Lothar Klemm (SPD))

Sie wissen ganz genau, noch besser als ich, auch von den Abläufen her, wie lange der Flughafen zum Tabuthema erklärt war, weil Sie mit Ihrem Partner über diese Frage gar nicht mehr verhandeln konnten.

(Zuruf der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Auch das hat uns damals geschadet. Auch das sind Wahrnehmungsmomente von potenziellen Investoren. Auch das beflügelt oder bremst. In diesem Falle hat es gebremst. Wir nehmen die Probleme offensiv auf. Das ist nicht immer einfach. Das können Sie an den vielen Debatten allein über den Flughafen nachvollziehen. Das ist auch vom Haushalt her nicht immer einfach. Aber jeder, der interessiert ist, hier initiativ zu werden, hier Geld anzulegen, weiß, er hat es mit einem Partner zu tun, der, wenn es um Politik oder um das Land geht, aufgeschlossen ist, einem Partner, der dieses Land entwickelt und entwickeln will, einem Partner, der sich selbst nicht durch innere Diskussion, wohin es denn gehen soll, lähmt.

Ich meine, bei allen Haushaltsdaten, die sich positiv verändert haben, ist das das viel Wichtigere. Das ist der Erfolg unseres Wirtschaftsministers Dieter Posch.

Meine Damen und Herren, vielleicht noch einen Satz zu der Diskussion heute Morgen. Wie sieht es denn wirklich mit unserem vermeintlichen Konjunkturoptimismus auf der Bundesebene aus? Europaweit sind wir in Deutschland mit Italien, nachdem Europa insgesamt den zehn Jahren Hochkonjunktur in Amerika nachhinkt, absolute Schlusslichter des Geleitzuges. Alle anderen europäischen Nachbarn haben wesentlich deutlicher und binnenpolitisch wesentlich stärker verankertes und getragenes Wirtschaftswachstum als wir.

(Zuruf des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir sind nicht über den Berg. Uns hebt doch nur die Außenwirtschaft hoch. Nein, im Gesamtwirtschaftsergebnis ist Italien Letzter, und wir sind Vorletzter im europäischen Geleitzug. Wir sollten uns nichts vormachen. Es gibt eine ganze Menge von Unsicherheiten. Ich weiß nicht, wie sich diese Konjunktur weiterentwickelt. Ich wäre mir nicht so sicher in der Interpretation, wie das gerade in der letzten Woche manche Kommentatoren waren.

Nehmen Sie einmal die Bereiche, in denen wir im EU-Wettbewerb mit der Auflösung von Wettbewerbsverzerrungen nicht weiterkommen: Speditionen. Diese trifft es am härtesten. Landwirtschaft: Gärtnereibetriebe sind nur ein Teil, aber für die betroffenen Mittelständler ein wesentlicher Teil. Nehmen Sie einmal die Einschränkung von konsumtiven Ausgaben im nächsten Frühjahr, wenn die erhöhten Heizkostenabrechnungen kommen.

(Beifall des Abg. Klaus Dietz (CDU))

Ich hatte heute Mittag ein Gespräch mit der Gastronomie. Sie haben ziemlich große Befürchtungen. Sie sind am empfindlichsten, wenn Leute weniger Geld im Portemonnaie haben. Die Steuerreform auf Raten, deren Endergebnis man erst im Jahr 2005 spüren wird, obwohl die Belastungen schon jetzt wesentlich höher sind, wird nicht halb so wirkungsvoll sein, wie sie jetzt dargestellt wird.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum stimmt dann die F.D.P. im Bundesrat zu?)

Meine Damen und Herren, ich könnte jetzt zwei Abzweige machen.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Muss nicht sein!)

Ich muss beide Themen ansprechen. Strukturpolitik. Es liegt ja auch ein Antrag zu den Sparkassen vor.

(Zuruf des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich halte nichts davon, dass wir jetzt in eine Anhörung gehen.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich sage: jetzt. Möglicherweise werden wir nach Aufbereitung des Themas im Ausschuss irgendwann dahin kommen. Wir müssen das von dem trennen, was aus Brüssel kommen wird. Das halte ich für beherrschbar. Ich glaube sogar, dass es Fesseln durchschneidet und dass die Banken, die fit sind, ganz froh darüber sind, anders agieren zu können, als sie bisher agiert haben.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.) - Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine mutige Aussage!)

Ich glaube, dass die Fitten sogar ganz froh sind. - Es gibt aber eine andere Seite der Medaille.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Sparkassen, mein Lieber!)

Das sind die verdrückten und verdrängten Strukturprobleme, das ist schlicht und einfach die Feststellung, dass auch der Verband im Gegensatz zum Genossenschaftsverband nicht immer à jour war, was die Gesamtentwicklung angeht. Das ist sogar noch zurückhaltend ausgedrückt.

Es ist die Frage: Wie kommen die Sparkassen - das gilt auch wieder für die Genossenschaftsbanken - kostenmäßig über die Runden, und was brauchen wir an Mindestausstattung in der Regionalstruktur und sektoral für kleinere und mittlere Unternehmen?

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, Sie müssen langsam zum Schluss kommen.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt ist es interessant geworden!)

Michael Denzin (F.D.P.):

Jawohl, das werde ich tun, Frau Vorsitzende.

Das ist auf jeden Fall die Frage, mit der wir uns in Zukunft befassen werden. Gehen Sie einmal davon aus, dass der Minister, der zumindest von der Aufsicht her, was die strukturellen Probleme angeht, aber auch als Wirtschaftsminister ein hohes Interesse daran hat, dass wir bei diesem Thema auch gemeinsam so weit kommen werden, dass Hessen sicherlich mit an der Spitze derer sein wird, die offensiv auf diese Entwicklungen reagieren.

Meine Damen und Herren, zu der Wohnungspolitik habe ich hier schon genug gesagt. Ich will nur eines sagen: Das Programm "Einfache Stadterneuerung" ist nicht wegen des SPD-Antrages fortgeführt worden. Die Entscheidung war schon lange vorher gefallen. Insoweit hätten Sie sich den Antrag sparen können.

(Zuruf der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dieses Programm macht einen Sinn. Deshalb führen wir es auch fort. Die Verknüpfung mit der "Sozialen Stadt" ist natürlich Humbug. Aber lassen Sie mich auch ein Kompliment, in dem Fall an die Sozialministerin bzw. an die sozialpolitischen Sprecher der Fraktionen, machen: Das, was in einem integrativen Ansatz für Betreuungsmaßnahmen begleitend zu diesem Programm "Soziale Stadt", das noch einmal deutlich erhöht worden ist, eingestellt wurde -

ein Antrag der Koalitionsfraktionen -, finde ich hervorragend. Genau so macht es Sinn.

Alles andere zum Wohnungsbau spare ich mir für eine Debatte, die wir separat führen, auf. Dann werden Sie sich noch wundern, wie unsere Konzepte aussehen. Nur: Verunsichern Sie bitte nicht weiter die Mieter. Sie werden bei der Helaba und bei dem ehemaligen Landesentwicklungsminister Jordan, der Chef dieser Gesellschaft ist, die das übernimmt, in guten Händen sein. Ich habe überhaupt keine Angst, was die Absicherung von Mietern angeht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin Weitzel spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zum Verkehrsbereich ein paar Worte sagen. Ich weiß natürlich, dass in diesem Hause in der Verkehrspolitik große Unterschiede zwischen CDU, F.D.P. und SPD auf der einen Seite und den GRÜNEN auf der anderen Seite existieren. So teilen wir nicht die Auffassung der anderen Fraktionen, bei denen - um es so auszudrücken, Herr Reif, wie Sie es sagen würden - allein das Auto unverzichtbar zur deutschen Leitkultur gehört. "Freie Fahrt für freie Bürger", Ihr Credo, das letzte Mal bei der Debatte heftig beklatscht, symbolisiert in der Aufhebung der Geschwindigkeitsbeschränkung auf Autobahnen nicht das, was wir für eine sinnvolle Verkehrspolitik halten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir sind der Auffassung, dass Mobilität ökonomisch, ökologisch und sozial zukunftsfähig sein muss. In einem solchen nachhaltigen Verkehrssystem wird auch das Auto seinen Platz haben, wenn die Entwicklung weiter in Richtung Ressourceneffizienz voranschreiten wird. Aber ein gut ausgebauter und attraktiver öffentlicher Personennahverkehr ist notwendig, um die Straßen von zu viel PKW-Verkehr zu entlasten, ist aber auch unverzichtbar für all diejenigen, die nicht Auto fahren wollen oder können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daraus ergibt sich, dass jenseits des schon alleine wegen der großen Zahl von Fahrgästen unersetzlichen ÖPNV in Ballungsräumen auch in der Fläche ein attraktives Angebot bestehen muss. In der Vergangenheit sind hierzu bereits enorme Anstrengungen unternommen worden.

(Norbert Kartmann (CDU): Was heißt "attraktiv"?)

Mit der Privatisierung der DB und der Zuständigkeit der Länder für die regionalen Verkehre sind auch die entsprechenden Regionalisierungsmittel an die Länder geflossen. Diese Mittel dienen zur Finanzierung des ÖPNV und vorrangig des SPNV.

Wir erwarten, dass diese Mittel vollständig entsprechend den Bestimmungen eingesetzt werden. Bedarf ist reichlich vorhanden. Gerade die breite öffentliche Diskussion der letzten Wochen um die Milliarden, die der Bahn fehlen, machen deutlich, dass hier der entsprechende Einsatz auch des Landes Hessen erforderlich sein wird. Dabei wird die Entwicklung zunehmend kostengünstiger, aber leistungs-

fähig und leistungsfähiger als in der Vergangenheit, weil Konzepte für den schienengebundenen Personennahverkehr eine Rolle spielen.

Ich möchte beispielhaft nur die Kurhessenbahn erwähnen, die als Pilotprojekt ein solches bundesweites Konzept umzusetzen versucht. Herr Posch, ich weiß, dass Sie lange gezögert haben, bis Sie sich entschlossen haben, dieses für die zukünftige Entwicklung des Schienen-Personennahverkehrs überaus wichtige Konzept zu unterstützen. Ich denke aber, das ist kein verkehrlicher Nebenschauplatz, sondern die Grundlage für den Erhalt eines vernünftigen Schienenverkehrs in der Zukunft und in der Fläche.

Sorge bereitet uns auch der Sanierungsstau auf zahlreichen hessischen Nebenstrecken. Wir haben Langsamfahrstrecken. Sie haben aber aus verschiedenen Gründen zugenommen. Werden diese Langsamfahrstrecken noch dazu mit alten Zügen befahren, ist der Takt schlecht, werden Kunden natürlich abgeschreckt und gehen als ÖPNV-Benutzer womöglich für immer verloren. Gerade die Streckensanierung wird in den nächsten Jahren immer wichtiger werden, und das teilweise auch für viel benutzte Strecken. Ich denke zum Beispiel an die Odenwaldbahn.

Meine Damen und Herren, wir erwarten, dass die Landesregierung alle erforderlichen Anstrengungen unternimmt, um den Schienenverkehr zu erhalten und auszubauen. Das gilt sicherlich auch im Bereich des Güterverkehrs. Nicht erweiterte Streckenkapazitäten sind die richtige Antwort auf die enorme Zunahme des LKW-Verkehrs, sondern die Unterstützung des kombinierten Ladeverkehrs und ein funktionsfähiges Schienennetz.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie Sie wissen, haben wir beantragt, die Mittel für den Straßenbau wieder auf 40 Millionen DM zurückzufahren, weil wir erstens mehr nicht für erforderlich halten und zweitens dieses Geld in anderen Haushaltsbereichen sinnvoller einsetzen möchten.

Der Rhein-Main-Flughafen und auch der Verkehrslandeplatz Kassel-Calden haben uns in diversen Debatten beschäftigt. Ich sage hier ganz klar: Wer mit dem Verkauf der GWH-Anteile einen Ausbau von Kassel-Calden mitfinanzieren will - mit über 70 Millionen DM -, trifft auf unseren energischen Widerstand.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir halten weder einen Verkauf der Anteile von landesverbundenen Wohnungsbau-Gesellschaften noch einen Ausbau von Caldén für vertretbar, wo nicht einmal ein regionaler Bedarf nachgewiesen wurde - übrigens im Gegensatz zu dem, was Sie im Landesentwicklungsplan festgestellt haben. Einseitig Flugverkehr und Autoverkehr zu unterstützen ist das Gegenteil nachhaltiger Politik.

(Norbert Kartmann (CDU): Wir wollen Fahrradwege!)

Meine Damen und Herren, noch einmal kurz zur GWH. Ich schließe mich den Ausführungen des Kollegen Reichenbach an. Die Menschen, die in den Wohnungen der GWH leben, meistens nicht gerade wohlhabend, sind wirklich beunruhigt, und das liegt nicht an irgendeiner Panikmache, sondern an der Situation an sich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Es liegt an Ihnen! Sie beunruhigen sie!)

Bisher sind uns wirklich keine Konzepte bekannt, wie der Mieterschutz auf Dauer gewährleistet werden soll. Es liegt schlicht nichts vor. Im Übrigen sind wir der Auffassung, dass eine staatliche Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeit im Wohnungsmarkt nach wie vor geboten und zu erhalten ist.

Lassen Sie mich noch kurz auf das Städtebauprogramm eingehen. Insgesamt sieht, wenn auch vielleicht nicht die Landesregierung, aber immerhin unser Minister Posch erfreulicherweise die Notwendigkeit und den Nutzen vom Engagement des Landes im Wohnungsbau und insbesondere im Städtebau ein.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Vorsicht, Lob!)

Soziale und ökonomische Fehlentwicklungen in den Städten fängt das Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt" auf, ein sehr wirksames und durchdachtes integriertes Programm. Aber auch die Dorferneuerung und die - inzwischen wieder wenigstens mit 5 Millionen DM ausgestattet - einfache Stadterneuerung werden gefördert, wenn auch in diesem Fall aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Diese Kontinuität unserer Politik loben wir durchaus.

Meine Damen und Herren, in Anbetracht der Tatsache, dass in diesem Bereich jede Mark öffentlicher Förderung zwischen 5 und 8 DM Folgeinvestitionen auslöst und das insbesondere dem mittelständischen Handwerk zugute kommt und auch für mehr Beschäftigung sorgt, wäre eine Einschränkung dieser Förderung auch völlig kontraproduktiv, weil diese Programme unter dem Strich mehr einbringen, als sie kosten. Wenn man alle Sozialhilfeleistungen, Arbeitslosenhilfe-Transfers usw. zusammenzieht, macht man mit dem Einsatz dieser Mittel einen Gewinn. Es gibt überhaupt keinen Anlass, an solchen Programmen zu sparen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine nachhaltige Politik ist eine Politik, die sozial, ökologisch und ökonomisch zukunftsfähig ist. Hierfür setzen wir uns ein. Die Aufhebung von Tempolimits auf Autobahnen und der geplante Verkauf von Wohnungsbauanteilen sind entschieden der falsche Weg. - Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächster Redner, Herr Kollege Reif für die CDU.

(Tarek Al-Wazir und Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt aber was zu der Kripo in Dillenburg!)

Clemens Reif (CDU):

Herr Müller, Sie wissen gar nicht, wo Dillenburg liegt. Im Grunde genommen könnten Sie doch froh sein, weil ich ja Ihre Kripostation in Marburg damit gerettet habe.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die Kripo dort kenne ich! - Bernd Riege (SPD): Die haben ein sehr tüchtiges THW!)

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, Sie können reden, was Sie wollen, diese Landesregierung ist ein einziger Glücksfall für das Land Hessen.

(Beifall bei der CDU - Lachen und Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie ist ein einziger Glücksfall für die Wirtschaft, für den Handel, für die Industrie, für das Handwerk, für die Dienstleistungen in unserem Lande, ein einziger Glücksfall auch für die Arbeitnehmer unseres Landes.

(Beifall bei der CDU - Lachen und Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit dem Jahre 1999 gibt es keine rot-grünen Hemmnisse mehr in diesem Lande. Die chemische Industrie kann sich entwickeln. Die Biotechnologie wird nicht mehr bekämpft.

(Zurufe und Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Neue Markt stürzt ab!)

Grüne Gentechnologie wird in unserem Lande nicht mehr besetzt. Die Automobilindustrie wird von der Landesregierung nicht mehr verteufelt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ein vollkommen neues Klima entwickelt sich in diesem Lande.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.))

Die Abwendung von Hochtechnologie in unserem Bundesland hat ein Ende. Sie ist gestoppt. Das ist gut so und wird auch als gut empfunden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir sagen den Menschen mittlerweile klar, deutlich und präzise, was wir wollen. Diese Landesregierung mit Ministerpräsident Koch und mit dem Wirtschaftsminister Posch setzt es Zug um Zug um. Die Menschen nehmen das mit großer Genugtuung zur Kenntnis.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.))

Die Erfolge der Landesregierung lassen sich, soweit es die Wirtschaftspolitik betrifft, in drei Kernaussagen zusammenfassen. Erste Kernaussage: Die Arbeitslosigkeit sinkt drastisch, seitdem CDU und F.D.P. hier in Hessen das Ruder übernommen haben.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.) - Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wegen der Hessischen Landesregierung? Das ist ja wohl der Gipfel!)

Zweite Kernaussage: Der Verkehr in unserem Bundesland fließt besser als jemals zuvor.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dritte Kernaussage: Die Infrastruktur des Landes Hessen wird, seitdem Rot-Grün nicht mehr das Sagen hat, von Tag zu Tag besser.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.))

Lassen Sie mich beim letzten Punkt anfangen. Die Infrastruktur des Landes verbessert sich. Der LEP ist auf einen guten Weg gebracht worden. Der im März als Entwurf vorgelegte Landesentwicklungsplan wurde nach Beratungen in den Gemeinden und Verbänden Mitte November vom Kabinett in Kraft gesetzt. Wir haben gestern darüber diskutiert und entschieden. Er gilt für die nächsten zehn Jahre. Der Plan ersetzt ein Vorgängerdokument, das aus dem Jahr

1971 stammt, also aus einer Zeit, zu der Albert Osswald in diesem Land als Ministerpräsident das Sagen hatte.

(Zuruf von der CDU: Der war da schon dran?)

Seit dieser Zeit haben wir von Ihnen in dieser Hinsicht nichts gehört. Während sich SPD und GRÜNE um Aussagen zu zentralen Bereichen drücken, legt die jetzige Regierung Aussagen fest.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Falsche Aussagen!)

Das ist der erste Unterschied zu Ihnen. Zweiter Unterschied: Während die von der Regierungswut geprägte Vorgängerregierung aus Rot und Grün im Landesentwicklungsplan alles bis in das letzte Detail regeln wollte, geht es uns heute darum, den Landesentwicklungsplan von jeder dirigistischen Anmaßung gesamtstaatlicher Vorgabeplanungen zu befreien.

(Beifall bei der CDU)

Statt der ursprünglich geplanten 250 verbindlichen Ziele gibt es jetzt nur noch 48 solcher Ziele. Meine Damen und Herren, der neue Plan ist jetzt keine Schranke mehr, so, wie Sie das verstanden haben, sondern eine Entwicklungsmöglichkeit für Städte, Gemeinden und die Wirtschaft unseres Landes.

(Zuruf von der SPD: Schlecht, aber wahr!)

99% aller Projekte und Vorhaben des Plans wurden von CDU, F.D.P. und SPD in den regionalen Verbandsversammlungen verabschiedet. Die grüne Blockade hatte hier im Gegensatz zu den letzten acht Jahren keine Chance. Das Land profitiert davon. Zwei große Projekte, der Frankfurter Flughafen und der Flughafen Kassel-Calden, sind hierfür ein hervorstechendes Beispiel. Der Flughafen Kassel-Calden ist das Pilotprojekt für die gute wirtschaftliche Entwicklung der nordhessischen Region.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist durch nichts bewiesen!)

Er steht demnächst im Wettbewerb zu Paderborn/Wiedenburg, Münster und Erfurt.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): London-Heathrow!)

Er steht für eine gedeihliche, ordentliche Entwicklung von Arbeitsplätzen in Nordhessen, wo die Arbeitslosigkeit besonders hoch ist und wo wir damit einen erheblichen Beitrag zu ihrer Senkung leisten.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von Rot und Grün, beim Ausbau des Frankfurter Flughafens passt Ihnen die gesamte Richtung nicht. Die SPD ist ja im Prinzip für einen Ausbau. Aber wenn etwas Konkretes gemacht und entschieden werden soll, sind Sie konsequent dagegen. Wir haben bei der Entwicklung des größten Infrastrukturprojektes dieses Landes eindeutige Entscheidungen getroffen. Wir setzen die Vorstellungen der Mediatoren Zug um Zug um. Nach der Optimierung des derzeitigen Landesystems, nach der Lärminderung, nach der Institutionalisierung des Regionalen Dialogforums und nach der konsequenten Umsetzung eines Nachtflugverbotes, so, wie es die Koalitionsfraktionen und die Regierung versprochen haben, wird dieser Flughafen ausgebaut, sodass rund 660.000 Flugbewegungen pro Jahr möglich sind und bis zu 80 Millionen Passagiere pro Jahr befördert werden können.

(Günter Rudolph (SPD): Vorsicht! Jetzt kommt gleich der Herr Posch und sagt, dass diese Äußerung keinen Pfifferling wert ist!)

Meine Damen und Herren, konsequent wird umgesetzt, was wir uns vorstellen, und zwar auch in Kooperation mit dem Flughafen Hahn. Die Bevölkerung vor Ort verharret nicht wie früher in radikaler Gegnerschaft. Vielmehr steigt bei der Bevölkerung vor Ort die Akzeptanz dieses größten Infrastrukturprojekts.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sieht Petra Roth aber ganz anders!)

Daran können auch Ihre täglichen Angriffe nichts ändern.

Zu dem zweiten Thema, das ich angesprochen habe. Der Verkehr fließt besser als je zuvor. Lassen Sie mich einige Beispiele nennen. Bei der A 44 haben wir eine gigantische Aufholjagd zu vollziehen, um die in den letzten acht Jahren vertane Zeit wettzumachen. Das, was hier versäumt wurde, muss innerhalb kürzester Zeit aufgeholt werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben es geschafft, dass die Bundesstraße Fulda - Meiningen in den vordringlichen Bedarf des Verkehrsweplans des Verkehrsministers aufgenommen und damit in Zukunft die Verkehrsinfrastruktur eines strukturschwachen Gebietes sowohl auf der hessischen als auch auf der thüringischen Seite wesentlich verbessert werden soll. Wir haben im letzten Jahr das Kommunalinteressenmodell entwickelt, bei dem sich Kommunen besser als bisher in Straßenbaumaßnahmen des Landesstraßenbaus einklinken können.

Wir haben ein Sonderprojekt auf den Weg gebracht, das in dieser Legislaturperiode 250 bis 255 Millionen DM für Ortsumgehungen, für Ortsdurchfahrten und für den Radwegbau locker macht. Dies soll über die ganze Legislaturperiode verteilt geschehen. Die ersten Maßnahmen werden bereits verwirklicht. Dazu gehören - über das Land verteilt - die Landesstraße im Meißner-Plateau und die Landesstraße Neuental - Schlierbach. Dazu gehört Körle - Guxhagen ebenso wie die Ortsumgehung Homberg (Efze). Dazu gehört die Ortsumgehung im Ebsdorfergrund ebenso wie die Ortsumgehungen in Butzbach-Griedel, Seligenstadt, Rodgau-Nieder-Roden und Nauheim.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das sind alles Maßnahmen, die in der rot-grünen Zeit von Ihnen liegen gelassen wurden, obwohl die Bürger dringend auf deren Verwirklichung gewartet haben. Minister Posch setzt konsequent das um, was wir vor den Wahlen versprochen haben. Wir werden das in diesem Lande auch im nächsten und übernächsten Haushaltsjahr tun.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu dem dritten Punkt kommen. Die Arbeitslosigkeit im Lande Hessen sinkt drastisch. 1991, als Rot-Grün die Regierung im Lande übernahm, waren 125.000 Menschen arbeitslos.

(Günter Rudolph (SPD): Da war Kohl noch dran!)

1999, als Rot-Grün die Regierung an CDU und F.D.P. abgegeben hatte, waren 242.000 Menschen arbeitslos - nahezu die doppelte Zahl.

(Günter Rudolph (SPD): Da ist Kohl abgewählt worden!)

Sie hat sich also in Ihrer Regierungszeit - binnen acht Jahren - nahezu verdoppelt. In der gleichen Zeitspanne sind 191.000 industrielle Arbeitsplätze weggefallen.

(Lebhafte Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

32.000 dieser 191.000 Arbeitsplätze sind wegen Ihrer Verfehlungen aus Hessen abgewandert. Die Firmen haben in anderen Bundesländern wesentlich bessere Wettbewerbs- und Standortbedingungen gefunden. Insbesondere aus Chemie, Pharmazie, Biotechnologie, Kernenergie, Automobilindustrie und aus den Neugründungen innovativer Firmen sind Arbeitsplätze abgewandert. Das war das Ergebnis Ihrer Politik.

(Günter Rudolph (SPD): Denken Sie daran, dass im selben Zeitraum die Arbeitslosigkeit auch in Bayern und Baden-Württemberg gestiegen ist!)

Zwischen April 1996 und dem Regierungswechsel 1999 entwickelte sich die Arbeitslosenquote in Hessen nie besser als in Gesamtdeutschland. Die Zuwachsquote war stets höher als in Gesamtdeutschland, und die Abnahmequote war stets geringer als im übrigen Deutschland - jedenfalls wenn man dem hessischen Konjunkturspiegel glauben darf. Das ist die von Ihnen zu verantwortende Bilanz auf dem Arbeitsmarkt in Hessen.

Diese Situation änderte sich abrupt, als Roland Koch hier in diesem Lande die Regierung übernahm. Sie änderte sich auch deshalb, weil die Wähler am 7. April 1999 die besten Standortentscheidungen für Hessen getroffen haben. Seit unserer Regierungsübernahme fällt die Arbeitslosenquote in Hessen stärker als im übrigen Bundesgebiet. Die Schere wird von Monat zu Monat größer. Binnen eines Jahres sank die Arbeitslosigkeit um über 11 % bzw. binnen 18 Monaten seit dem 7. April 1999 um 20%. Im alten Bundesgebiet sank die Zahl um 8,7%, im gesamten Bundesgebiet nur um 6%.

Die Zahl der Arbeitslosen lag im Oktober bei 196.000, während sie bei Regierungsübernahme von CDU und F.D.P. noch bei 242.000 lag. Es sind also neben den wirklich entstandenen Arbeitsplätzen seit der Regierungsübernahme von CDU und F.D.P. konkret über 46.000 Menschen im Lande Hessen aus der Arbeitslosigkeit in Arbeit geführt worden. Das ist ein stolzer Erfolg, und auf diesem Wege können wir weiterfahren.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, an diesen nackten Zahlen kommen auch Sie mit Ihrer ganz substanzlosen Schreikampagne der letzten Monate nicht vorbei.

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Getragen wird diese Entwicklung durch unsere Politik. Unter der Regierung von Roland Koch und Wirtschaftsminister Posch ist Hessen zu einer Internet-City Deutschlands geworden. Über 85 % der Internet-Kommunikation in Deutschland laufen inzwischen über den Internet-Knoten Frankfurt. Damit ist Frankfurt nicht nur das Verkehrskreuz für Straßenverkehr, für Bahnverkehr und für Flugverkehr, sondern es ist auch das Drehkreuz in Europa für das Internet.

Kleine und mittlere Unternehmen, die das Internet als Marketinginstrument für ihre Unternehmensstrategie und den elektronischen Geschäftsverkehr nutzen wollen, können in Hessen auf eine große Zahl bedeutender Internet-Provider, Webdesigner und Agenturen zurückgreifen. Fast 3.600 Firmen aus dem Softwarebereich, dem Online- und Dienstleistungsbereich, dazu fast 300 lizenzierte Telekommunika-

tionsanbieter gibt es inzwischen in Hessen. Die internationale Orientierung der Wirtschaft ist im Lande Hessen mittlerweile am höchsten. Das ist eine Folge der guten Regierungspolitik, gepaart mit der zentralen Lage des Landes Hessen und der Möglichkeit, dass wir jetzt endlich den Wettbewerb zu anderen Bundesländern aufgenommen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Leistungsbilanz kann sich sehen lassen. Gestatten Sie mir, dass ich mich zum Schluss bei Wirtschaftsminister Posch für die außerordentlich gute Zusammenarbeit in der Koalition bedanke.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weihrauch!)

Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit nicht nur bedanken, sondern auch den Wunsch auf dieselbe gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit für die nächsten zwölf Monate des Haushaltsjahres 2001 ausdrücken. Ich denke, wir sind mit diesem Wirtschaftsminister, mit dieser Regierung auf gutem Wege. Dieser Weg kann auch im nächsten Haushaltsjahr konsequent weiter beschritten werden. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen und meine Herren, die Debatte nimmt unauhaltsam ihren Gang. Das Wort hat Herr Abg. Riege, SPD.

Bernd Riege (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Als ich mich gemeldet habe, hatte ich die Absicht, die vom Kollegen Müller bereits kritisierte Verfahrensweise noch etwas zu perfektionieren, diese - ich will nicht sagen, nutzlose, aber doch so ähnlich zu bezeichnende - Debatte jetzt noch weiter zu führen. Mir erschien es sinnvoll, das noch dadurch zu steigern, dass wir uns zu zweit zu einem Tagesordnungspunkt melden. Ich mache deshalb hier den Anfang und finde es sehr schön.

Herr Reif, Sie sollten Missionar werden. Ich habe von Ihnen bisher immer schon gewusst,

(Zuruf von der CDU: Das könnt ihr besser!)

dass Sie auf Effizienz Ihres Arbeitseinsatzes Wert legen. Der hat diesmal überhaupt nicht gestimmt, denn Ihre Kollegen brauchen Sie nicht zu überzeugen, und sonst hat Ihnen niemand zugehört. Aber das nur nebenbei.

(Clemens Reif (CDU): Ich habe nicht das Image, das ihr mir immer verpassen wollt! - Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe mich aus einem ganz anderen wichtigen Grund gemeldet. Mein Kollege Denzin hat danach gefragt, ob wir auch etwas zu loben hätten. Wir werden diesen Landeshaushalt insgesamt ablehnen, diesen Einzelplan auch, das ist völlig klar. Gleichwohl möchte ich dieser Aufforderung nachkommen und als berufsbildungspolitischer Sprecher meiner Fraktion feststellen, dass wir es außerordentlich lobenswert finden, in welcher Form die einstmals von unserer Regierung konzipierten Programme zur Förderung von Ausbildungsplätzen fortgeführt werden. Darüber sind wir sehr froh.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bitte, dies auch denen weiterzusagen, die sehr heftig an "kreativen Neuerungen" im Bereich Arbeit stricken. Es ist uns nicht entgangen, dass wir mit dem geplanten Haushalt 2001 insgesamt noch etwas mehr Geld für die Förderung solcher Maßnahmen zur Verfügung haben als in der Vergangenheit. Darüber freuen wir uns, das wollte ich nicht unerwähnt lassen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Danke. - Das Wort hat Herr Abg. Müller für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Reif, damit habe ich gar kein Problem. Ich bin mit Ihnen der Auffassung, dass der Kriminaldauerdienst in Marburg zu verbleiben hat und nicht nach Gießen abgezogen werden soll. Also da haben wir ausnahmsweise einmal keine unterschiedliche Auffassung. Ich weiß nicht, ob es daran liegt, dass der Innenminister aus Gießen kommt, dass die ganzen Kripoleute in Richtung Gießen ziehen. Das halte ich nicht für richtig. Von daher können wir durchaus eine Allianz bilden. Allerdings fürchte ich, wenn ich mit Ihnen eine Allianz bilde, habe ich von vornherein schon verloren, und deswegen gehe ich da so ein bisschen auf Abstand.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Haushalt des Wirtschaftsministers. Da Kollege von Plottnitz eine andere terminliche Verpflichtung hat, möchte ich noch drei Anmerkungen machen.

Erstens zur Helaba. Es geht mir nicht um das Verlustgeschäft des Jahrhunderts - denn da sind die Positionen ausgetauscht -, sondern um unseren Antrag. Unser Antrag verlangt, innerhalb der nächsten drei Monate eine Anhörung durchzuführen über die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Bankenwesens. Da tut sich im Augenblick sehr viel. Die WestLB, die bisher immer die Solidarität aller eingefordert hat, um die Position der öffentlich-rechtlichen Banken aufrechtzuerhalten, hat als Erste die Position geräumt und sagt aus einem gewissen Bewusstsein der Stärke heraus: Wir spalten auf in ein privatwirtschaftlich organisiertes Bankinstitut mit einem Sicherungsfonds, wie er auch immer aussehen mag, und eine öffentlich-rechtliche Landesbank. - Dies kann Auswirkungen auf die gesamte Bankenlandschaft in der Bundesrepublik haben.

Wir wollen, dass wir uns in Hessischen Landtag einmal mit den Auswirkungen des Streits mit Brüssel, mit den Neuorganisationsüberlegungen im Deutschen Sparkassen- und Giroverband und mit den Absprachen der Ministerpräsidenten beschäftigen, weil wir in Hessen in außerordentlich starker Art und Weise davon betroffen sein werden. Hessen als Bankenstandort der privaten Großbanken und als Feld, in dem die privaten Großbanken im Augenblick versuchen, ihre neue Geschäftspolitik exemplarisch umzusetzen, wird insbesondere im Sparkassensektor von dieser Entwicklung betroffen sein. Wir müssen uns damit beschäftigen. Ich hoffe, dass wir es schaffen werden, auch ohne die üblichen parteipolitischen Auseinandersetzungen die Argumente auszutauschen und über die Neuorganisation zu reden.

Eines ist klar: Die im Amsterdamer Vertrag zur Europäischen Union getroffenen Festlegungen über die möglichen

Beihilfen für das öffentlich-rechtliche Bankensystem in der Bundesrepublik werden sehr eng ausgelegt werden. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die öffentlich-rechtlichen Banken - die dritte Säule im deutschen Universalbankensystem neben den Privatbanken und den Genossenschaftsbanken - zukunftsfähig sind und insbesondere in der Fläche eine Reihe von Bankdienstleistungen anbieten können, die für die Bürgerinnen und Bürger und insbesondere für die mittelständische Wirtschaft weiterhin erforderlich sind. Diese Debatte müssen wir im Hessischen Landtag führen. Deshalb haben wir einen entsprechenden Antrag eingebracht.

Ich kann mir allerdings eine Bemerkung nicht verkneifen. Herr Wirtschaftsminister, in der jetzigen Situation der Unsicherheit mit 600 Millionen DM in die Helaba einzusteigen und nicht zu wissen, ob es nicht demnächst eine Landesbank AG auf Bundesebene, oder wie auch immer konstruiert, geben wird und ob dabei das Land Hessen möglicherweise weitere Verpflichtungen eingehen wird, das ist schon ein etwas riskantes Spiel. Es erinnert mich so ein bisschen an diejenigen, die in den Neuen Markt eingestiegen sind, als er ungefähr bei 9.000 Punkten gestanden hat, und sich jetzt wundern, dass das Ding auf ein Drittel, nämlich auf 3.000 Punkte, gesunken ist. Ich hoffe nicht, dass die Entscheidung, die Sie im Kabinett getroffen haben, bedeutet, dass wir neben dem Verlustgeschäft des Jahrhunderts dann noch einmal sehr viel Geld wegen der Veränderung in der Bankenlandschaft in den Wind schießen müssen.

Präsident Klaus Peter Möller:

Lassen Sie eine Wortmeldung zu?

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Für den polizeipolitischen Sprecher der CDU aus Dillenburg immer!)

- Gut, bitte schön, Herr Kollege Reif.

Clemens Reif (CDU):

Herr Kollege Müller, würden Sie mir zustimmen, dass wir ein besseres Geschäft überhaupt nicht machen könnten? Wenn aus den vielen Landesbanken in der Bundesrepublik Deutschland ein einziges Bankinstitut entstünde und damit das größte Bankinstitut der Bundesrepublik Deutschland mit weitem Abstand vor der Deutschen Bank und eines der größten in Europa entstünde, dann wären unsere 600 Millionen DM, die wir investiert hätten, in kurzer Zeit mehrere Milliarden DM wert. Was ist daran zu kritisieren?

Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Da werde ich immer skeptisch, Herr Kollege, wenn Sie sagen, die öffentliche Hand sollte das größte Bankinstitut in der Bundesrepublik gründen und europaweit in einen großen Wettbewerb eintreten. Ich halte es nicht für die Aufgabe des Staates, so etwas zu machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da habe ich grundlegende ordnungspolitische Bedenken. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass es gelingen wird, dass die ganzen Länderfürsten gegen die Global Players die großen Gewinner sein werden und mit dem Einstieg in die Landesbank eine Art Goldesel erfinden.

Aber bitte sehr, ich respektiere Ihre Auffassung. Ich sage nur: Dann lasst sie uns seriös diskutieren. Das geht nur,

wenn dem Antrag der GRÜNEN stattgegeben wird, grundlegend darüber zu diskutieren, was die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Bankenwesens in der Bundesrepublik ist. Wir wollen, dass diese Zukunft möglich wird. Wir wollen uns aber den Veränderungen stellen, und deswegen dieser Antrag.

Wenn Sie Recht haben sollten, dann beweisen Sie das in der Anhörung. Dann reden wir ernsthaft darüber. Einfach so auf Zuruf fehlt mir der Glaube, dass dies das Geschäft des Jahrhunderts für das Land Hessen werden wird. Ihr habt die Veba-Aktien verkauft, ihr habt die Helaba schon einmal verkauft. Jedes Mal wurde ganz viel Geld verloren, und jetzt kommen Sie her und sagen, es würde ein großes Geschäft. Mir fehlt der Glaube. Lassen Sie uns das diskutieren.

Herr Wirtschaftsminister, ein zweiter Punkt. Ich habe im Augenblick den Eindruck, dass wir in einer für Hessen nicht nur medienpolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch wichtigen Situation als Landesparlamentarier mindestens Scheuklappen aufhaben. Ich nenne das Stichwort Breitbandverkabelung in Hessen. Jetzt bin ich nicht der Pressesprecher von irgendwelchen E-Kabelfirmen,

(Armin Clauss (SPD): Ganz sicher bin ich mir da nicht mehr!)

aber ich bin der Auffassung, dass wir einer Entwicklung, die im Augenblick mit 3,5 Milliarden DM finanziell angeschoben wird, nicht schweigend zusehen dürfen. Jetzt gefällt mir das alles nicht, was da mit 150 Fernsehkanälen kommen wird. Das gefällt eher dem Kollegen Hoff, weil dann ein Kanal "Mein Oldtimer und ich" kommt. Für den Kollegen Lortz kommt ein Golfsender oder so etwas.

Aber wenn in Hessen ein leistungsfähiges Breitband-Glasfasernetz ausgebaut wird und Hessen damit die Chance hat, nicht nur Mediendienste, sondern auch Rundfunkangebote und insbesondere eine äußerst schnelle Datenübertragung installiert zu bekommen, dann müssen wir als Hessischer Landtag darüber reden.

Ich halte das vorgelegte Hessische Privatrundfunkgesetz unter vielerlei Gesichtspunkten für falsch. Insbesondere unter dem Gesichtspunkt, wie wir mit der medienpolitischen Innovation in Hessen umgehen, halte ich das neue Gesetz für fahrlässig. Ihr von CDU und F.D.P. könnt doch nicht im Ernst sagen, ihr verbietet das Einspeisen von Spartenkanälen in das Netz, das im Augenblick für 3,5 Milliarden DM gebaut wird. Wisst ihr, was dann passiert? Die definieren das einfach um und machen das auf Internet-Basis, verwenden eine andere Technologie, nämlich die Permanent-Streaming-Technologie, und dann wird der ganze Kram in das Netz eingespeist, mit einem Unterschied: Es gibt überhaupt keine Debatte mehr darüber, ob wir regulierend eingreifen wollen.

Auch hier sehe ich ein riesengroßes Versagen. Auch hier melde ich großen Diskussionsbedarf an, der nicht haushaltsrelevant ist, der aber bei der Frage Wirtschaftspolitik für Hessen für mich eine herausragende Bedeutung hat.

Wenn es richtig ist, dass wir das weltweit modernste Glasfasernetz bekommen, und wenn es richtig ist, dass sich um diesen Glasfaserring, der quer durch Hessen gelegt wird, Firmen aus der Multimediabranche ansiedeln, die Dinge für dieses Glasfasernetz produzieren können, dann haben wir eine Chance, im Wettbewerb mit den anderen Bundesländern, ich sage einmal, von vorne zu beginnen.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Müller, die Redezeit ist abgelaufen.

Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich habe noch zwei Sätze. - Es wäre fahrlässig, dies im Augenblick nicht zu diskutieren. Auch hier möchte ich den Wirtschaftsminister bitten, zumindest ein paar Sätze dazu zu sagen.

Eine allerletzte Anmerkung zu Kassel-Calden. Sie haben gehört, wir wollen das nicht. Aber wenn ihr das schon macht, bin ich wahrscheinlich mit dem Finanzminister einer Auffassung: Dann ist es falsch, es als verlorenen Zuschuss zu machen.

Was wäre denn passiert, wenn vor 50 Jahren bei der Gründung der FAG das Land gesagt hätte, es gäbe jährlich einen verlorenen Zuschuss? Finanzwirtschaftlich wäre das vollkommen falsch gewesen. Wenn man davon ausgeht, dass sich dieses Ding wirtschaftlich trägt, dann muss man mit anderen Instrumentarien herangehen.

Entweder es rechnet sich nicht, dann: Finger davon. Oder aber es trägt sich. Dann darf das Land keinen verlorenen Zuschuss geben, und schon gar nicht aus dem Verkauf von Sozialwohnungen. Wenn, dann muss man über einen Fonds oder eine Beteiligung reden - ich formuliere bewusst sehr vorsichtig -, wo das Land Hessen von dem Geld wieder etwas zurückbekommt. So viel Geld hat auch diese Landesregierung nicht,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

dass man das Land flächendeckend mit Flughäfen zubauen kann und dazu auch noch verlorene Zuschüsse gibt. Wenn, dann soll zumindest der Landeshaushalt davon profitieren. Das ist auch eine Anregung, zu der ich Sie bitte noch einige Takte zu sagen. - Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Ich begrüße auf der Tribüne unseren früheren Kollegen Reeh. Herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich erteile Herrn Wirtschaftsminister Posch das Wort.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde zu dem Einzelplan 07 das, was ich vorbereitet habe, zu Protokoll geben,

(siehe Anlage)

weil ich glaube, dass das dem Diskussionsverlauf auch deswegen gerecht wird, weil die Sozialdemokraten, wie ich festgestellt habe, nicht nur richtig erkannt haben, dass wir das Richtige bei der Ausbildung tun, sondern überhaupt keinen Änderungsantrag zum Einzelplan 07 eingebracht haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Daraus schließe ich, dass man mit den Förderaktivitäten, die wir entwickeln, im Prinzip einverstanden ist. Denn letztendlich dokumentiert sich in der Politik, dass wir im Gegensatz zu Ihnen nicht reden, sondern tatsächlich handeln. Das findet seinen Ausdruck im Einzelplan 07, dessen Volumen immerhin von 1,8 auf 2 Milliarden DM angestiegen ist und wo in den wichtigsten Feldern, über die Sie in

der Vergangenheit gesprochen haben, jetzt Vollzug gemeldet werden kann, ob das in einzelnen Verkehrsprojekten ist oder ob das in anderen Dingen mehr ist. Ich will darauf nicht im Einzelnen eingehen, sondern mich auf das beschränken, was in der Diskussion noch einmal kurz angesprochen worden ist.

Zum Thema einfache Stadterneuerung und sozialer Wohnungsbau will ich nur in Erinnerung rufen: Herr Reichenbach, dieses Land ist sich seiner wohnungsbaupolitischen Verpflichtungen durchaus bewusst. Wir haben die Wohnungsbaukosten konstant auf 180 Millionen DM gehalten und verhalten uns deswegen im Interesse der Mieter anders als die Bundesregierung bzw. die potenziellen Wohnungsbauer. Die haben nämlich 40 Millionen DM für den sozialen Wohnungsbau gestrichen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf des Abg. Gerold Reichenbach (SPD))

- Es ist so. - Wohnungsbaupolitisch braucht sich diese Landesregierung überhaupt nichts vorwerfen zu lassen.

Zum Thema Stadterneuerung hat Herr Kollege Denzin schon auf das hingewiesen, was wir hier tun wollen.

Zum Stichwort Kassel-Calden. Herr Müller, ich gehe gerne darauf ein. Aber bevor ich das tue, möchte ich auf eines eingehen. Für einen Antrag der GRÜNEN habe ich überhaupt kein Verständnis. Sie haben nicht nur gesagt, dorthin sollen keine 70 Millionen DM hingegeben werden, sondern Sie haben auch noch beantragt, die 150.000 DM zur Verbesserung der Anfliegbarkeit des Verkehrslandeplatzes zu streichen.

(Manfred Schaub (SPD): Der Antrag läuft schon seit acht Jahren!)

Ich sage das nur deswegen, weil mir vorgeworfen worden ist, ich sei ein Verkehrssicherheitsrisiko. Wer selbst das streicht, der zeigt, dass er ein Verkehrssicherheitsrisiko für Kassel-Calden ist - um das in aller Deutlichkeit zu sagen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Zu Kassel-Calden und damit zu der Zukunftsoffensive, die Sie, Herr Müller, angesprochen haben. Es ist richtig, Herr Kollege Denzin hat darauf hingewiesen, dass wir im Zusammenhang mit der Zukunftsoffensive wahrscheinlich Mischformen bekommen werden und revolvingende Mittel in einigen Bereichen einsetzen. Ich werde das tun, wo immer das möglich ist. Dies wird sich im Bereich der Zukunftsoffensive bei der Technologieförderung so abspielen, und es wird sich auch bei der Filmförderung abspielen. Dort werden wir so etwas tun.

Ob dies bei Kassel-Calden der Fall sein kann, ist eine andere Frage. Fest steht aber auch bei Kassel-Calden, dass die 70 Millionen DM nicht hic et nunc fällig und notwendig werden, sondern diese Bezuschussung sich über einen längeren Zeitraum erstreckt. Deswegen werden wir diese Mittel in der Zwischenzeit natürlich in der Weise anlegen, dass wir die Erträge für vernünftige Zwecke zur Verfügung stellen können.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das Stichwort Wiedereinstieg in die Helaba haben Sie nicht angesprochen. Ich will nur auf Ihren Antrag eingehen, eine Anhörung zum öffentlich-rechtlichen Bankenwesen durchzuführen. Ich geben Ihnen Recht, hier stehen wir vor einer äußerst schwierigen Frage, die uns möglicherweise erspart geblieben wäre - den Hinweis erlaube ich mir auch -, wenn die WestLB nicht so agiert hätte, wie sie agiert hat. Denn

den Anlass dafür haben die Aktivitäten der WestLB gegeben, insbesondere im Investmentbereich, und die Engagements, die die WestLB durchgeführt hat. Auf jeden Fall waren sie letztendlich Auslöser für die Diskussion, die wir jetzt führen.

Sie haben eine Aussage gemacht, durch die sehr deutlich wird, wie schwierig es ist. Ich teile die Auffassung: Das Dreisäulenmodell in Deutschland hat sich bewährt. Das haben auch Sie gesagt. Die Frage wird sein, unter welchen Voraussetzungen das Dreisäulenmodell - private, genossenschaftliche und öffentlich-rechtliche Banken - aufrechterhalten werden kann und zu welchen Fusionen das möglicherweise führen muss, wenn der Teil, der privatrechtlich organisiert werden könnte oder möglicherweise sollte, tatsächlich so organisiert werden wird.

Ich sage deshalb noch einmal: Das ist für mich heute ein Grund mehr, dass ich an diesem Diskussionsprozess aktiv teilhaben können sollte. Ich weiß, dass wir damit sogar eine Koalitionsvereinbarung verändert haben. Ich habe damals gesagt, dass ich den Wiedereinstieg will, weil ich nicht möchte, dass in München über strukturpolitische Fragestellungen in Hessen entschieden wird.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.))

Das ist der entscheidende Punkt. Denn die kommunalen Träger dieser Sparkassen sind einen Weg gegangen, der mit der eigentlichen Absicht von damals nicht in Einklang steht. Das war der Grund dafür, dass ich gesagt habe, wir wollen diesen auch bei uns nicht unumstrittenen Schritt gehen.

Heute glaube ich, dass das richtig ist. Denn der Wiedereinstieg wird uns auch die Möglichkeit eröffnen, gegenüber Brüssel stringent zu argumentieren.

Welche Auswirkungen es haben wird, wenn es zu Strukturveränderungen in der Westdeutschen Landesbank kommen wird, vermögen wir wahrscheinlich momentan alle überhaupt noch nicht abzusehen. Denn natürlich stellt sich schon die Frage, was bei der Westdeutschen Landesbank übrig bleibt und was privatrechtlich organisiert werden könnte und was nicht. Es bleibt dann zu fragen, was möglicherweise da zu strukturellen Veränderungen führen wird. Ich wäre sehr daran interessiert, diese Diskussion fernab des parteipolitischen Streits zu führen. Denn ich bin der Meinung, dass die Diskussion um den Finanzstandort und den Sparkassenstandort am besten geführt werden wird, wenn das nicht Gegenstand des parteipolitischen Streits wird. Deswegen habe ich überhaupt nichts dagegen einzuwenden, diese Frage sachlich abzuarbeiten. Wahrscheinlich sind wir uns sonst hinsichtlich der Problemlage weitgehend einig, die ich eben geschildert habe.

Ich will auch den zweiten Punkt ansprechen. Ich weiß nicht, ob das das Motiv war, weshalb Sie es angesprochen haben. Auch ich bin der Auffassung, dass wir uns des Themas Breitbandkabel annehmen müssen.

(Beifall der Abg. Michael Denzin und Heinrich Heidel (F.D.P.))

Ob das jetzt noch im Zusammenhang mit der Novellierung des Privatrundfunkgesetzes geschehen soll oder später, ist eine andere Frage. Die will ich jetzt nicht beantworten. Ich kenne aber auch die vielen medienpolitischen Diskussionen, die wir in diesem Zusammenhang mit Herrn Clauss geführt haben. Auch Sie wissen, wie schwierig dieses Feld zu beackern ist. Denn auch Sie wissen, welche revolutionären Veränderungen das bewirkt und wer von diesen Veränderungen alles betroffen sein wird.

(Armin Clauss (SPD): Ja! Da wird es spannend!)

- Herr Clauss, das ist ein zentraler Punkt. Wir waren uns aber immer in einer Frage nicht einig. Ich war immer eher bereit, jenen etwas zuzumuten, die in diesem Punkt nicht sonderlich zu Veränderungen bereit waren. Das lässt sich beispielsweise auch wiederum an der Frage des Ballungsraumsfernsehen festmachen.

(Armin Clauss (SPD): Da werdet ihr euch noch wundern!)

Dieses Thema ist allerdings hinsichtlich seiner Dimension als wesentlich geringer einzuschätzen als das, was Sie angesprochen haben.

(Armin Clauss (SPD): Ihr werdet euch noch wundern!)

- Herr Clauss, ich weiß, dass wir uns bei dieser Diskussion sehr schwer tun werden. - Aber ich glaube, dass es bei den strukturellen Veränderungen zu Interessenkonflikten kommen wird, die hier ins Haus stehen und die etwas mit dem Thema Konvergenz der Medien zu tun haben. Deshalb ist das auch ein wirtschaftspolitisches Thema. Ich habe aber aus gutem Grund dafür gekämpft, dass die Thematik Medienwirtschaft im Wirtschaftsministerium angesiedelt wurde. Wir können deshalb auf die wirtschaftspolitische Bedeutung dieses Themas besser hinweisen. Das ist ein ganz schwieriges Thema. Aber ich gebe zu, dass das angesprochen werden muss. Ich weise darauf hin, dass Jörg-Uwe Hahn diesen Punkt heute Morgen während der Haushaltsdebatte angesprochen hat.

In dem Zusammenhang möchte ich etwas zum Haushaltsentwurf selbst sagen, weil das angesprochen wurde. Es geht dabei um den ÖPNV. Frau Weitzel, ich weiß, dass es manchen Leid tut, mit mir nicht das passende Feindbild zu haben, wenn es um das Thema öffentlicher Personennahverkehr geht. Ich gehöre zu jenen Verkehrspolitikern, die aufgehört haben, nach dem Motto zu diskutieren: Wer für die Schiene ist, ist ein guter Mensch; und wer für den PKW oder LKW, ist ein schlechter Mensch. - Die Zuwächse, die wir beim Verkehr haben, zwingen uns wirklich dazu, endlich davon auszugehen, dass jeder Verkehrsträger gleichwertig ist.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.))

Deshalb sage ich noch einmal hinsichtlich des öffentlichen Personennahverkehrs: Ich fordere den öffentlichen Personennahverkehr und dabei den schienengebundenen Personennahverkehr dort, wo es sich rechnet.

(Beifall des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Wo sich das aber, verdammt noch einmal, nicht rechnet, muss eben der Bus die Funktion übernehmen.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.))

Sie aber haben genau eine andere Politik betrieben. Ich habe Ihnen gestern im Zusammenhang mit der Diskussion um den Landesentwicklungsplan noch einmal vorgelesen, was Sie dort gemacht haben. Sie hätten am liebsten den einzelnen Menschen die Schiene vors Bett gelegt. Das lässt sich beim besten Willen nicht realisieren.

Wir haben die Verbände ausgestattet. Die Verbände beklagen sich nicht. Sie haben Stabilität und Planungssicherheit. Deswegen ist der öffentliche Personennahverkehr sehr gut aufgehoben. Das hat mit Ideologie nichts zu tun. Ich weiß, dass insbesondere die Maßnahmen im Ballungsraum vorrangig zu bedienen sind. Es müssen aber auch die in der

Fläche bedient werden. Wir werden mit der Deutschen Bahn AG in diese Diskussion eintreten. Ich sage aber auch mit einigem Stolz: Wir haben in Hessen mit der Bahn relativ wenig Schwierigkeiten. Uns ist es gelungen, zunächst einmal für den nächsten Fahrplan auf der Mitte-Deutschland-Verbindung Ruhe zu haben. Wir sind dabei, gemeinsam ein Konzept auszuarbeiten. Auch hinsichtlich der zweiten Strecke, nämlich der von Dillenburg über Wetzlar nach Frankfurt, sind wir in Diskussionen. Wir glauben deshalb, gute Lösungen vorzeigen zu können, die auch in Zukunft den öffentlichen Personennahverkehr sicherstellen werden.

Last, but not least, möchte ich Folgendes sagen. Das werden meine letzten Sätze sein. Bei dem, was ich zur Haushaltsberatung zu Protokoll geben werde, habe ich ausschließlich auf die Fördermöglichkeiten abgestellt. Worum wir bedauerlicherweise heute überhaupt nicht diskutiert haben, ist, dass die Förderung das zweite Bein der Wirtschaftspolitik ist. Das erste Bein der Wirtschaftspolitik ist, die Rahmenbedingungen der Wirtschaft zu verändern, damit sie in der Lage ist, zu investieren und damit Arbeitsplätze zu schaffen. Wir sind hier bei dem Thema Deregulierung und ähnlichen Maßnahmen auf dem besten Weg. Für mich ist das der Schwerpunkt. Aber wir haben auch bei der Förderpolitik unsere Hausaufgaben gemacht. Wir tragen mit dazu bei, dass die Arbeitslosigkeit in diesem Lande weiter zurückgehen wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Danke schön. - Meine Damen, meine Herren, damit ist die Aussprache zum Einzelplan 07 beendet.

Ich rufe

Einzelplan 09 - Hessisches Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten -

auf. Die Redezeit beträgt zehn Minuten je Fraktion. Die erste Wortmeldung stammt von Herrn Kollegen Pawlik. Er spricht für die SPD-Fraktion. Vielleicht können uns einmal die Landwirte zeigen, was eine zügige Beratung ist. Vielleicht kommen wir einmal so zügig voran, wie es auf der Grünen Woche der Fall war.

Sieghard Pawlik (SPD):

Herr Präsident, wir werden das versuchen. Frau Kollegin Hoffmann und ich haben uns diesen Bereich geteilt. Kolleginnen und Kollegen, ich spreche deshalb zum Umweltschutz.

Vielleicht darf ich einen Hinweis vorab geben. Der Aufruf des Einzelplans 09 am Schluss der heutigen Haushaltsberatungen korrespondiert mit dem Stellenwert, den die amtierende Landesregierung dem Umwelt- und Naturschutz beimisst.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Ursula Hammann und Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Umwelt- und Naturschutz haben für diese Landesregierung keinen Stellenwert. Ähnlich wie bei der Sozialpolitik handelt es sich um etwas lustlos Betriebenes und Lästiges. Es ist das Schlusslicht beim Regierungshandeln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das bisherige Auftreten des Ministers und auch die Haushaltsansätze für das Haushaltsjahr 2001 - auf einige werde ich eingehen - dokumentieren, dass es hier keine Impulse, keine Kreativität, keine nennenswerten Ermutigung und keine Unterstützung der zukunftsweisenden Entwicklungen geben wird. Stattdessen zieht sich auch durch diese Haushaltsansätze, dass man verhindert, bremst, kürzt, Mittel streicht und Chancen nicht nutzt. Herr Minister Dietzel, das bietet keine positive Perspektive für das Handeln eines Umweltministers in diesem Land. Sie sind Atom- und Holzminister. Aber Sie sind kein Umweltminister des Landes Hessen, der diesen Titel verdienen würde.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, mit dem Versagen der Landesregierung in diesen Bereichen werden gleichzeitig massive wirtschaftliche Chancen vergeben. Die Nutzung regenerativer Energien hat in den zurückliegenden Jahren Wachstumsraten von 30% und mehr aufgewiesen. Es gibt die Vorgabe der Bundesregierung und der Europäischen Gemeinschaft, nach der der Anteil regenerativer Energien innerhalb von zehn Jahren zu verdoppeln ist. Das ist notwendig, um unser Klima und damit die Erde lebensfähig und überlebensfähig zu halten. Die Nutzung regenerativer Energien wird nach vielen Prognosen in Zukunft ein überproportional wachsender Bereich sein. Hier könnte man mit Mitteln eigene Akzente und Ansätze setzen. Wer hier die Mittel in Hessen dafür streicht und dramatisch kürzt, versündigt sich auch hinsichtlich der Wahrnehmung von Chancen für eine wirtschaftliche Entwicklung und hinsichtlich zukunftsfähiger Arbeitsplätze.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das zeigt sich im Haushalt in der Reduzierung auch der Mittel für rationelle Energienutzung und für regenerative Energien, die von ursprünglich fast 50 Millionen DM noch im Haushaltsjahr 1999 auf jetzt rund 17,5 Millionen DM reduziert worden sind. Herr Minister, damit lässt sich wahrlich kein Staat machen. Ich wiederhole: Sie verspielen Chancen für dieses Land.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir plädieren dafür, eine Brücke in die Zukunft zu bauen. Dazu haben wir einen Antrag im Umfang von 20 Millionen DM gestellt. Er knüpft an die Ansätze des Jahres 1999 an, mit denen man Technologien zur Nutzung regenerativer Energien, Biotechnologie oder andere voranbringen und mithelfen kann, sie zur Marktreife zu entwickeln und damit Marktchancen zu erzielen. Ich denke an das Impuls-Programm, das sich in den verschiedenen Bereichen bewährt hat. Ich denke beispielsweise an die segensreichen Tätigkeiten der Schornsteinfegerinnung in Hessen, die hier in vielen Haushalten berät. Uns wird von dieser Beratung gesagt, jede 1.000 DM, die dort für Beratung aufgewandt werden, bewirken 17.000 DM an Investitionen, die angeschoben werden.

(Zuruf des Abg. Michael Denzin (F.D.P.))

Ein solches Programm würde sich selbst finanzieren. - Was ist von Ihnen geschehen? Pauschale Ablehnung, nicht einmal die Bereitschaft, sich inhaltlich mit den Dingen auseinander zu setzen und dem zu folgen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, mit dem Blick auf die Uhr lasse ich einmal eine Reihe von Punkten aus. Aber eines will ich

Ihnen nicht ersparen. Herr Dietzel, ich kann jetzt noch die Atomkommission ansprechen. 1 Million DM wird für eine Kommission bereitgestellt, die im Juli feststellt, die Transporte radioaktiver Brennelemente könnten wieder aufgenommen werden,

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

und Ihre Leute sagen uns zwei, drei Monate später im Ausschuss, es gibt nach wie vor Schwierigkeiten bei der Beladung, deshalb können die Transporte nicht aufgenommen werden. Herr Dietzel, die Million dafür sollten Sie lieber für regenerative Energien im Lande Hessen ausgeben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch im Vorübergehen: Es macht auch keinen Sinn, das Bürgerengagement in diesem Land beim Stichwort Kommunale Agenda 21 praktisch auf dem kalten Wege der Erläuterungen abzustecken. Die Hälfte der etwas über 400 hessischen Gebietskörperschaften hat einen derartigen Agenda-21-Prozess durchgeführt, zum Teil mit erheblicher Mobilisierung mit positiven Effekten. Den restlichen Gemeinden diese Arbeit jetzt zu verweigern und das nur noch für so genannte innovative Modellprojekte zu finanzieren heißt, den Rest auszuschließen. Wir halten das für einen nicht hinnehmbaren Schritt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht noch ein letzter Aspekt.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zwischenfragen lassen Sie nicht zu, Herr Kollege, oder?

Sieghard Pawlik (SPD):

Mit Blick auf die Redezeit bitte ich hier um Verständnis.

Meine Damen und Herren, wir werden uns über die Frage der Grundwasserabgabe und die Nutzungsmöglichkeiten noch unterhalten. Aber eines geht nicht - nämlich dass der Wirtschaftsminister gestern hier einen Landesentwicklungsplan einbringt, in dem so bemerkenswerte Formulierungen stehen:

Es wird angestrebt, den Trinkwasserverbrauch weiter zu reduzieren. Maßnahmen der sparsamen und der rationellen Wasserverwendung haben eindeutig Vorrang vor der Erschließung neuer Grundwasservorkommen.

Aber die Gelder, um diese Dinge zu bewirken, werden im Haushalt weggestrichen, und die Abgabe wird kaputtgemacht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen. Sie unterlassen nicht nur notwendige Schritte zur Erhaltung der Lebensfähigkeit und für den Umweltschutz, sondern Sie machen sich auch gravierender Versäumnisse im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung schuldig, die zunehmend gerade aus der Wahrnehmung umweltpolitischer und klimapolitischer Verantwortung wächst. Deshalb ist es notwendig, dass Sie aus diesem Amt herauskommen, und wir hoffen, dass wird bald geschehen. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat der Kollege Gotthardt für die CDU-Fraktion.

(Norbert Schmitt (SPD): Du hast es auch nicht leicht! Denk dran: lieber naiv und ehrlich!)

Frank Gotthardt (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich ausdrücklich über die Aufmerksamkeit, die Sie mir zu so später Stunde noch zukommen lassen.

Im Einzelplan 09 sind die zentralen Ziele der hessischen Umweltpolitik in Geld gegossen. Zahlreiche politische Ziele müssen ja nicht unbedingt viel Geld kosten. Ich sage einmal, zahlreiche Entscheidungen - beispielsweise die Frage, dass der Landesbetrieb Hessen-Forst nach Nordhessen kommt, die Frage der Umweltallianz und der damit verbundenen Vereinfachungen für die Wirtschaft

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

oder auch das Umlenken in der Energiepolitik bezüglich des Kernkraftwerks in Biblis - machen deutlich,

(Norbert Schmitt (SPD): Ein echter Weihnachtsstern!)

dass Umweltpolitik nicht nur aus Geld besteht. Aber natürlich unterhalten wir uns hier heute über den Haushalt und damit über die Bereiche, die Geld kosten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, diese Landesregierung und die parlamentarische Mehrheit hier in diesem Hause können stolz auf das blicken, was im Einzelplan 09 schwarz auf weiß steht. Der Hochwasserschutz wird weiter auf hohem Niveau finanziert,

(Lachen der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

und zwar auf einem höheren Niveau, als das bei Ihnen der Fall war. Die Altlastensanierung wird auf hohem Niveau und auf einem höheren Niveau, als es bei Ihnen der Fall war,

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist unrichtig, schlicht falsch!)

weiter fortgeführt und finanziert, allen Unkenrufen von Ihnen, Herr Schmitt, zum Trotz. Die alternativen Energien in Hessen, einer der zentralen Punkte, werden weiter gefördert, selbst wenn Sie immer das Gegenteil behaupten. Ein Biomasseprogramm im Umfang von 8 Millionen DM wird neu aufgelegt, um hier auch noch einen zusätzlichen Akzent zu setzen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, an diesen Punkten kommen Sie nicht vorbei.

In der Landwirtschaft werden die erfolgreichen Programme fortgeführt. Insbesondere das Agrarmarketing "Gutes aus Hessen" wird intensiviert, und der ökologische Landbau wird weiter gefördert.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Schulmilch wird durch zusätzliche Mittel unterstützt, weil wir überlegen müssen, wie wir unseren Schülern gesunde Milch zusätzlich an den Schulen anbieten können.

(Norbert Schmitt (SPD): "Gutes aus Hessen", eingeleitet von Gerhard Bökel!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zu dem, was die Opposition lautstark, aber nicht qualifiziert

hier vorträgt, und was sie auch in Anträge gegossen und uns hier eingereicht hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, Sie haben freundlicherweise parteiübergreifend mit SPD und GRÜNEN beantragt, die Grundwasserabgabe fortzuführen. Damit wollen Sie den hessischen Bürgern weiterhin und verstärkt Mittel aus dem Geldbeutel ziehen. Das kann aus unserer Sicht nicht in dieser Form geschehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ein interessantes Detail, wenn wir uns über die Qualität der Anträge unterhalten: Die GRÜNEN rechnen an dieser Stelle mit 204 Millionen DM, die SPD mit 212 Millionen DM. Vielleicht sollten Sie sich in der Opposition im Vorfeld abstimmen, wenn Sie Anträge stellen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Sie wollen, dass die Wasserpreise in Hessen steigen. Sie wollen, dass bei den Bürgern weiter abkassiert wird. Wir wollen dies zugegebenermaßen nicht und werden deswegen Ihre Anträge ablehnen.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Das Geld, das Sie den Bürgern erfolgreich aus der Tasche gezogen haben, wollen Sie dann mit vollen Händen über das Land verteilen. Ich will es nur an einem Beispiel deutlich machen: Die SPD schlägt hier vor, die Kanalsanierung und die Umsetzung der Eigenkontrollverordnung mit 100 Millionen DM zu unterstützen. Damit wir uns nicht falsch verstehen: Die Notwendigkeit der Kanalsanierung ist vollkommen unumstritten.

(Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Warum Sie aber vonseiten des Landes den Bürgern das Geld wegnehmen wollen, um es anschließend den Kommunen wiederzugeben, das ist schon eine Frage, über die wir diskutieren müssen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Denn Sie wissen wie alle anderen, dass die Kanalsanierung über die örtlichen Gebühren wunderbar abgerechnet werden kann

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

und dass es einer Umverteilung über das Land überhaupt nicht bedarf.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Das aber ist das Prinzip, dass Sie hingehen, den Bürgern das Geld erst wegnehmen, um dann Ihre Segenswünsche über das Land zu verteilen.

(Norbert Schmitt (SPD): Das wird ein Thema im Kommunalwahlkampf!)

Das kann in dieser Form nicht sein. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich finde es natürlich schon - -

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

- Herr Schmitt, ich verstehe, ehrlich gesagt, Ihre Aufregung an dieser Stelle überhaupt nicht.

(Zuruf des Abg. Michael Denzin (F.D.P.))

Es ist unstrittig, dass die Eigenkontrollverordnung umgesetzt werden muss, und es ist unstrittig, dass die Kanäle in vielen Bereichen saniert werden müssen. Aber ich stelle es hier streitig, dass das Land in der Pflicht ist, den Bürgern das Geld wegzunehmen und es dann umzuverteilen. Sie

wissen selbst, wie viel Geld beim Land in den vergangenen Jahren bei der Grundwasserabgabe kleben geblieben ist. Das kann nicht unser Ziel sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Zuruf des Abg. Sieghard Pawlik (SPD))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, interessant - wenn ich das einmal so sagen darf - ist natürlich auch, was man von der SPD im Vorfeld der Haushaltsberatungen alles in der Zeitung liest. Da fordert eine Abgeordnete aus Fulda mit voller Inbrunst, dass man doch das Geld für die Bekämpfung der Varroatose wieder in den Haushaltsplan einstellen solle. - Hiermit schlage ich sowieso vor, dass der Begriff der Varroatose zum Unwort des Jahres wird.

(Zuruf der Abg. Silvia Hillenbrand (SPD))

Interessant ist aber natürlich, dass Sie das zwar in der Presse ankündigen, dann aber nicht den entsprechenden Antrag hier einreichen, Frau Kollegin Hillenbrand - wenn Sie schon hier so laut dazwischenrufen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist interessant, etwas in der Öffentlichkeit fordern und dann den Antrag nicht stellen. - Weiter so, so werden Sie hier in Hessen jedenfalls nicht mehr so schnell an die Regierung kommen.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss und stelle fest:

Erstens. Sie wollen den Bürgern das Geld wegnehmen, nur um es nachher als Ihre Wohltaten wieder zurückzugeben.

Zweitens. Sie wollen den Markt fördern, die Nachfrage fördern. Sie wollen, dass Ihr Geld in den Markt hineingepumpt wird, statt dass man die Entwicklung von neuen Technologien gezielt fördert. Ich glaube, mit Ihrer Politik wäre Amerika nie entdeckt worden. Wahrscheinlich hätte man damals 100.000 Fischerboote gefördert. Wichtig war aber, dass die drei großen Karavellen sich auf den Weg nach Amerika gemacht haben. Ich glaube, dass Sie hier in Ihrer Politik, in der Marktförderung, umdenken müssen, weil sie kein effizientes Mittel ist.

Ich komme zum dritten Punkt. Sie haben zahlreiche Anträge gestellt, wir die vernünftigen. Ich bedanke mich für die Unterstützung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Abg. Hammann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Gotthardt, Sie haben mit vielen Worten versucht, das zu verschleiern, was Sie in dem Landshaushalt getan haben. Sie haben nämlich etwas getan, was vollkommen unakzeptabel ist. Sie zerstören immer mehr die Ambitionen, die wir unter Rot-Grün auf den Weg gebracht haben, auf eine zukunftssträchtige Umweltpolitik in Hessen. Herr Kollege Gotthardt, da nützt es Ihnen nichts, wenn Sie versuchen, das jetzt von einer anderen Seite darzustellen. Was Sie getan haben, das ist doch wirklich, dass Sie den gesamten Umwelt- und Naturschutzbereich zu einem schwarz-gelben Abbruchunternehmen gestaltet haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich will das auch an einigen Beispielen deutlich machen. Sie waren mit in der Anhörung zur Grundwasserabgabe. Sie hatten wohl erwartet, dass sehr viele Stimmen in Ihre Richtung gehen, die Sie in Ihrer Auffassung unterstützen: Grundwasserabgabe ist etwas Negatives.

Aber, meine Damen und Herren, was konnten wir denn erleben? Die Grundwasserabgabe hat sich bewährt. Die Unterlagen, die dazu eingereicht wurden, haben das nachweislich aufgezeigt. Wir haben in Hessen doppelt so hohe Einsparungen vorgenommen wie in anderen Bundesländern. Das können Sie doch nicht ignorieren. Wir sind besser als alle anderen Bundesländer. Auch die Höhe der Abgabe wurde als positiv hingestellt, weil sie lenkend eingreift.

Aber Sie zerstören jetzt ein wirkungsvolles Lenkungsinstrument. Sie beachten nicht das, was in der Anhörung vorgetragen wurde, dass der Effekt sich erst jetzt weiter steigern wird durch die Fördermaßnahmen, die von Rot-Grün auf den Weg gebracht wurden und für die Sie im Grunde genommen überhaupt keine Gelder mehr zur Verfügung stellen.

Meine Damen und Herren von CDU und F.D.P., was tun Sie denn? Sie haben die Mittel radikal gekürzt, gerade im Bereich erneuerbarer Energien, effizienter Energien, da, wo es nötig wäre, die Gelder auch weiter anzulegen. Wir haben zurzeit einen Klimaschutzgipfel in Den Haag. Sie wissen alle um die Problematik Klimawandel und CO₂-Ausstoß. Hier wäre es Ihre Verantwortung gewesen, ein deutliches Signal zu setzen und die rot-grüne Politik, die sich wirklich als positiv erwiesen hat, weiterzuführen.

Aber Sie ignorieren das. Und warum ignorieren Sie das? Weil Sie sich der möglichen Mittel beraubt haben. Sie sind nicht in der Lage, dies aus dem normalen Haushalt zu finanzieren. Dann kommen Sie mit hanebüchenen Aussagen gegen die Grundwasserabgabe und versäumen, wichtige umweltpolitische Maßnahmen auch weiter zu fördern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind der Überzeugung, dass es notwendig ist, gerade beim Grundwassersparen weiter die Gelder zur Verfügung zu stellen, damit die Gemeinden über die Pauschalierung dies an die Kunden - sprich: an die Verbraucher - weitergeben können. Über 36 Millionen DM wollen wir da hineingeben. Wir halten es auch für keine zu kleine Hausnummer, weil wir wissen, dass ein großes Sparpotenzial vorhanden ist. Das müssen Sie auch wissen, denn Sie haben dieser Anhörung beigewohnt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch einmal auf die Energiesparmaßnahmen zurückkommen. Sie verweisen immer nur auf die Bundesebene und begeben sich hier in Hessen in die Hängematte. Aber wir sind alle gefordert, in diesem Bereich etwas zu unternehmen. Ich hatte eben gerade die Klimaschutzkonferenz angesprochen.

Ich denke, wir müssen verstärkt die Gelder in die Bereiche lenken, die zukünftig erfolgreich sein werden. Als Beispiele sprechen wir die Wassertechnologie und die Brennstoffzellen an. Wir wollen, dass ein Teil dieser Gelder, die wir im Haushalt zur Verfügung stellen, gerade in diesen Bereich hineingeht, weil wir wissen: Das ist die Zukunft.

Wir müssen alternative, effiziente und moderne Technologien unterstützen. Da müssen Gelder her.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber Ihnen ist auch gar nichts zu schade, wenn ich sehe, welchen Haushaltsantrag Sie noch nachgereicht haben. Da geht es um die Unterstützung von Zinsverbilligungen für Kontokorrentkredite bei Unterglasanbau für Gartenbetriebe. Vom Prinzip her kann man das akzeptieren. Aber dass Sie ausgerechnet einen größeren Betrag über 400.000 DM aus der Grundwasserabgabe finanzieren wollen, das ist doch hanebüchen. Wo ist denn da die ökologische Wirkung, die das Gesetz vorschreibt?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie verstoßen mit diesem Antrag gegen das noch geltende Grundwasserabgabengesetz. Das sollten Sie sich einmal vor Augen halten.

Lassen Sie mich zu einem weiteren Punkt kommen: Altlastensanierung. Sie geben an, Sie haben einen hohen Betrag eingestellt. Wie wissen aber genau, dass dieser Betrag, den Sie eingestellt haben, nicht ausreichend ist. Deshalb haben wir einen Haushaltsantrag gestellt, der zusätzlich 4 Millionen DM fordert, weil es natürlich notwendig ist, Menschen, die auf überbauten Altlasten leben, mit einer zügigen Sanierung zu unterstützen. Sie wissen genau, welche Gesundheitsgefahren damit verbunden sind. Wir wollen, dass diese Gelder in diesen Bereich hineingehen. Da tun Sie zu wenig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie tun auch deshalb zu wenig, weil Sie sagen: Wir wollen ein Abkommen mit der Wirtschaft. - Sie wollen über die Umweltallianz - wir haben es heute Morgen schon gehört; das ist noch ein Buch mit leeren Blättern - diesen Altlastenfonds haben. Sie wissen aus der Anhörung zur Grundwasserabgabe, dass die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände überhaupt nicht bereit ist, mit Ihnen über einen Altlastenfonds zu diskutieren, weil sie sagt: Wenn es zu einem Regierungswechsel kommt, dann haben wir den Altlastenfonds und wir haben die Grundwasserabgabe. - Deshalb ist all das, was vom Minister bisher vorgetragen wurde, im Grunde genommen ohne Inhalt. Das müssen Sie doch verstehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Zu einem weiteren Punkt haben wir einen Haushaltsantrag gestellt: Deichsanierung. Anscheinend ist das für Sie nicht das Problem. Wir sehen dieses Problem. Wenn es zu einem Deichbruch kommt - Sie wissen über die Katastrophenschutzübungen Bescheid -, dann sind 240.000 Menschen im Hessischen Ried davon betroffen. Wir sind der Auffassung, dass eine zügige Sanierung der Winterdeiche vorgenommen werden muss. Deshalb haben wir über unseren Haushaltsantrag auch die finanziellen Voraussetzungen geschaffen. Ich bin gespannt, wie Sie sich dazu verhalten werden.

Ich möchte noch zu einem anderen Bereich kommen: Naturschutz und Landwirtschaft. Auch hier sehe ich keine Wertschätzung Ihrerseits. Sie wissen ganz genau, dass der Naturschutz aufgrund der fehlenden Ausgleichsabgabe in einer prekären Situation ist. Sie wissen, dass der Haushalt im Naturschutzbereich auf einem niedrigen Niveau gefahren wird. Sie haben in diesem Bereich überhaupt keine Ver-

besserungen vorgenommen. Sie lassen das auf einem niedrigen Niveau, obwohl Sie wissen, dass es notwendig wäre, gerade in diesen Bereich mehr Geld hineinzugeben.

Ich bedauere es ausdrücklich, dass wir die einzige Fraktion sind, die zum Bereich Naturschutz Haushaltsanträge gestellt hat. Ich denke, es ist notwendig, gerade was die Ausweisung von Naturschutzgebieten angeht, zusätzliche Gelder bereitzustellen. 750.000 DM wollen wir zusätzlich zur Verfügung stellen. Denn wenn Naturschutzgebiete ausgewiesen sind, dann bedürfen sie auch der Pflege. Sie wissen ganz genau, dass diese Pflegemaßnahmen durchgeführt werden müssen, damit auch die Akzeptanz vorhanden ist.

Die Entschädigung nach § 39 HENatG wollen wir erhöhen mit einem Haushaltsantrag über 700.000 DM. Auch das halten wir für eine notwendige Maßnahme. Aber dazu gehört auch der Erwerb von Grundstücken. Wir sagen, dieser Haushaltsansatz ist zu gering, da müssen noch 500.000 DM zusätzlich rein. Sie wissen ganz genau, dass es notwendig ist, weitere Gebiete, die als NSG ausgewiesen werden sollen, wo eine andere vertragliche Lösung nicht möglich ist, zu erwerben. Dafür müssen die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Daran mangelt es in Ihrem Haushalt.

Überhaupt zum Naturschutz. Ich habe es eben angesprochen: Kellerwald-Naturpark. Sie wollen keinen Nationalpark. Das Klatschen, Herr Kollege Gotthardt, sollten Sie lieber unterlassen. Was Sie getan haben, ist, dass Sie nur schlappe 470.000 DM für einen Naturpark einstellen wollen. Das heißt, Sie wollen die Kosten den Kommunen aufdrücken, die diesen Naturpark dann auch zu erhalten haben. Das ist zum einen der falsche Weg. Zum anderen wissen Sie um das Potenzial Nationalpark Kellerwald. Sie wissen um die internationale Bedeutung dieses Gebietes. Wir sind der Meinung, er muss ausgewiesen werden. Wir legen Wert darauf, dass hier ein größerer Betrag zur Verfügung gestellt wird. Wir sind der Meinung, in diesem Bereich sind über 2 Millionen DM gut angelegt. Es dient der Regionalförderung. Denn ein Nationalpark ist etwas anderes als ein "populärer Naturpark". Das ist Ihnen auch bekannt.

(Zurufe von der CDU und der F.D.P.)

Aber man muss feststellen, dass dieser Regierung offensichtlich nichts zu schade ist. Ich möchte diese Gelegenheit auch nutzen, noch einmal auf das seltsame Anliegen von Herrn Minister Dietzel aufmerksam zu machen, der über Bestechung versucht hat, den NABU dazu zu bekommen, einem Waldeinschlag in diesem Bereich zuzustimmen, damit er ein paar Naturschutzmaßnahmen auf den Weg bringen kann. Ist das eine verantwortungsvolle Politik? Ich sage Ihnen: Das ist sie nicht. Das ist eine fehlgeleitete Politik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich zur Landwirtschaft kommen. Der BSE-Skandal ist Ihnen ein Begriff. Sie wissen ganz genau, dass die Landwirtschaft ein besonderes Feld hat, das viele Besonderheiten im Hinblick auf artgerechte Tierhaltung, Ernährung der Tiere und schonende Landbewirtschaftung aufweist, nämlich den ökologischen Landbau. Wir sind der Meinung, dass das, was Sie getan haben, falsch war. Sie haben die Einsteigerprämien für umstellungsbereite Landwirte auf 350 DM gekürzt und haben damit den Wettbewerb in Bezug auf die anderen Bundesländer verzerrt. Sie wissen, dass andere Bundesländer hier wesentlich mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Wir sind dafür, dass gerade die Betriebe, die umsteigen wollen, eine Unterstüt-

zung bekommen. Wir wollen, dass die Einsteigerprämien um 100 DM erhöht werden.

Präsident Klaus Peter Möller:

Die Redezeit ist zu Ende.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich werde es ganz kurz zusammenfassen. - Bei Ihnen hat der Ökolandbau ein Nischendasein.

Wir führen morgen eine BSE-Diskussion. Ich bin gespannt, wie Sie heute über unsere Haushaltsanträge zu BSE abstimmen werden. Sie wissen ganz genau, dass das, was Frau Mosiek-Urbahn propagiert hat, nämlich mehr Tests, finanziell überhaupt nicht abgesichert ist. Wir wollen verstärkt untersuchen lassen - gerade Schlachtrinder, die keine Symptome aufweisen, die nicht verendet sind. Wir wollen eine Untersuchung "gesunder" Schlachttiere. Dafür müssen die finanziellen Mittel für die Veterinär- und Untersuchungsstellen bereitgestellt werden. Sie hingegen haben in einigen Titeln sogar gekürzt. Wie Sie diese Untersuchungen auf den Weg bringen wollen, ist für mich fraglich.

Sie haben eine Verschleierungspolitik betrieben. Ihr Haushalt lässt erkennen, dass Sie nicht richtungweisend agieren. Wir werden sehen, wie Sie heute über unsere Anträge entscheiden werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Abg. Heidel für die F.D.P.-Fraktion.

Heinrich Heidel (F.D.P.):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Vorträge der verehrten Kolleginnen und Kollegen, die wir hier gehört haben, sollten mich eigentlich veranlassen, ausführlich darauf zu antworten. Ich will es aber mit Blick auf die Uhr ganz kurz machen.

Erstens. Mehrmals ist die Abschaffung der Grundwasserabgabe angesprochen worden. Es scheint Ihnen schwer im Magen zu liegen, dass wir Ihre Sondersteuer jetzt abschaffen werden und das Geld, das Sie den Bürgern abgenommen haben, den Bürgern in der Tasche lassen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese rund 100 Millionen DM gehören nämlich den Bürgern.

Der zweite Punkt in dem Zusammenhang: Wir alle müssen dafür geradestehen und uns bemühen, zu erreichen, dass die Kommunalpolitiker das Geld, das sie sparen, auch an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergeben, also an diejenigen, die den Wasserpreis bezahlen müssen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Ich greife jetzt drei Punkte heraus, die mir wichtig erscheinen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das, was zur Altlastensanierung und zur Deichsanierung hier vorgetragen worden ist, stimmt bei weitem nicht. Schauen Sie in Ihre Haushalte der vergangenen Jahre. Schauen Sie nach, was an Mitteln für diese Maßnahmen eingesetzt worden ist, und

fragen Sie nach, was in den Jahren, in denen Sie Verantwortung getragen haben, an Mitteln für Deichsanierungsmaßnahmen abgeflossen ist. Da ist manchmal nur die Hälfte der Mittel abgeflossen.

(Beifall bei der F.D.P. - Zurufe von der SPD)

Im Bereich Landwirtschaft haben wir ein Lagerstättenprogramm auf den Weg gebracht. Dieses Programm stellt sicher, dass das Grundwasser geschont wird. Sie haben jahrelang von einem solchen Programm geredet, haben aber nichts dergleichen auf den Weg gebracht. Das ist die Wahrheit.

Die Mittel für die landwirtschaftliche Investitionsförderung haben wir fast verdoppelt. Wie sah Ihre Politik aus? Es gab einen Antragsstopp, einen Bearbeitungsstopp und demzufolge auch einen Antragsstau. Wir haben diesen Antragsstau aufgelöst. Die Anträge sind abgearbeitet. Sie sind bewilligt worden. Das ist die Politik der Landesregierung für die Landwirtschaft.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Kollege Pawlik, Sie scheinen immer noch nicht genau gelesen zu haben, was wir in diesem Haushalt für die regenerativen Energien tun. Wir erhöhen z. B. die Mittel für biotechnologische Maßnahmen um 3 Millionen DM auf 8 Millionen DM.

(Norbert Schmitt (SPD): Lächerlich!)

Wir schaffen damit Wirtschaftskreisläufe im ländlichen Raum. Das ist wichtig.

Ich komme zum Thema Atomtransporte. Ich freue mich, dass die SPD jetzt auf der Welle schwimmt, Atomtransporte zu befürworten. Ich hoffe, dass die SPD dann auch die Kraft hat, Herrn Minister Trittin auf die Schiene zu heben, dass er Atomtransporte genehmigt.

Herr Kollege Pawlik, das Impuls-Programm, das Sie angesprochen haben, ist umressortiert worden. Es ressortiert jetzt beim Wirtschaftsministerium und wird von dieser Landesregierung fortgesetzt.

Die Umweltallianz ist angesprochen worden. Es ist ein Erfolg dieser Regierung, dass sich über 100 Unternehmen verpflichtet haben, bei dieser Umweltallianz mitzuarbeiten.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Dies ist ein Erfolg dieser Regierung. Das ist Ihnen nie gelungen.

(Norbert Schmitt (SPD): Wie ist das bisherige Ergebnis?)

Ein paar Bemerkungen zu dem, was Frau Kollegin Hammann zu dem Thema Unterglasanbau gesagt hat, und zu dem, was die Hessische Landesregierung durch ihre "Weihnachtssternbeauftragte" jetzt auf den Weg gebracht hat. Es handelt sich dabei um ein Förderprogramm für die von der Ökosteuer ganz hart betroffenen Gartenbaubetriebe. Sie von der rot-grünen Bundesregierung waren es doch, die die Ölmultis mit der Ökosteuer auf die Spur gebracht haben.

(Lebhafte Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anhand der Ökosteuer haben die Ölmultis festgestellt, dass sie da etwas abzocken können. Das war ein Freifahrtschein für die Ölmultis, preislich zuzuschlagen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine letzte Bemerkung, und zwar zum Thema Naturschutz. Wir haben auf Vertragsnaturschutz umgestellt. Wir wollen gemeinsam mit den Grundstückseigentümern und den Grundstücksbewirtschaftern Naturschutz betreiben. Wir werden dies vertraglich regeln. Dadurch sind wir in der Lage, viel mehr Flächen unter Naturschutz zu stellen. Wir tun dies im Einvernehmen mit den Eigentümern. Naturschutz ist nur dann sinnvoll, wenn er mit den Betroffenen und nicht gegen die Betroffenen gemacht wird.

Ich komme zum Thema Kellerwald. Frau Kollegin Hammann, dieses Thema durfte natürlich nicht fehlen. Ich muss zunächst zurückweisen, dass der Minister bestechlich ist. Sie sollten sich für den Vorwurf, der Landwirtschaftsminister sei bestechlich, hier und heute eigentlich noch entschuldigen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warten Sie doch ab, was aus diesem Naturpark wird. Wir sind auf einem guten Weg. Die Kommunalparlamente und Kreistage werden, so hoffe ich, noch in diesem Jahr beschließen, einen Zweckverband zu gründen. Der Satzungsentwurf liegt allen vor. Dann wird die Landesregierung dafür Sorge tragen, dass dieser Naturpark entsprechend mit Mitteln ausgestattet wird. Ich bin fest davon überzeugt, dass dies der richtige Weg ist. Der von Ihnen bevorzugte Weg ist in der Region abgelehnt worden.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er wird aber nicht mehr abgelehnt!)

Lassen Sie mich zum Schluss die Bemerkung machen, dass wir ein kleines Programm zum Thema Milch aufgelegt haben. Die Hessische Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen halten dieses Programm für sehr wichtig. Kollege Gotthardt hat bereits gesagt, warum das so ist. Ich sage Ihnen zum Schluss: Die Milch macht's. Milch macht müde Menschen munter. Wir machen mit hessischer Milch eine gute und gesunde Regierungspolitik, die uns in der Umwelt-, Landwirtschafts- und Forstpolitik voranbringen wird.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Kollegin Hoffmann für die SPD-Fraktion.

Christel Hoffmann (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Heidel, die Ansätze für den LFN-Bereich, vor allem im Haushalt für die Landwirtschaft, sind Umsetzungen der Agenda 2000. Das wollen wir durchaus anerkennen.

Wir erkennen auch die Investitionsförderung an. Aber auch das ist auf die Erhöhung des Bundesanteils in der Gemeinschaftsaufgabe zurückzuführen. Wie hat die Situation denn in den vergangenen Jahren ausgesehen? Die Gemeinschaftsaufgabe wurde für die Länder ganz kräftig gekürzt, und man musste im laufenden Haushaltsverfahren dann bei der Investitionsförderung für landwirtschaftliche Betriebe Abstriche machen.

(Zuruf des Abg. Michael Denzin (F.D.P.))

So sieht die Situation aus.

Zum Thema: Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums, Umsetzung der Agenda 2000. Die positiven Ansätze, die wir im Haushalt erkennen können, werden durch die unsägliche LFN-Reform zunichte gemacht, die uns diese Landesregierung präsentiert.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Michael Denzin (F.D.P.))

Über den Gesetzentwurf haben wir in der letzten Woche eine Anhörung durchgeführt. Es werden alle Strukturen zerschlagen. Der Haushaltsentwurf enthält noch eine sehr interessante Bemerkung.

(Michael Denzin (F.D.P.): In sich schlüssig!)

In den Vorbemerkungen heißt es nämlich, dass 15% der Stellen der LFN-Abteilungen bei den Landräten anderen Abteilungen im staatlichen Bereich zugeordnet werden können. Das heißt also, was Sie den Beschäftigten in der Landwirtschaftsverwaltung zumuten, grenzt an Hohn. Es kann nicht mehr von einer ordnungsgemäßen Verwaltung im ländlichen Raum gesprochen werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich erinnere mich noch an das Weltuntergangsgeschrei, das damals ein CDU-Bundestagsabgeordneter namens Dietzel angestimmt hat, als die Agenda 2000 diskutiert wurde. Er tat gerade so, als würde die Agrarkultur von 2000 Jahren in Mitteleuropa untergehen, wenn diese Agenda umgesetzt würde. Tatsache ist aber: Die Agenda hat in Hessen den ökologischen Landbau vor dem Kahlschlag bewahrt.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Das war erklärtes Ziel der Politik, die CDU und die F.D.P. angekündigt hatten. Ferner hat die EU Agrarumweltmaßnahmen festgeschrieben. Ich erinnere mich an die kritische Diskussion, die Sie immer zum HEKUL geführt haben. Dennoch denke ich, die Extensivierungsmaßnahmen kommen zu kurz. Wir haben von daher 10 Millionen DM zusätzlich beantragt.

Nun möchte ich mich dem Instrument der Grundwasserabgabe zuwenden. - Ich wäre sehr dankbar, wenn die Herren Kollegen der CDU-Fraktion in den ersten Reihen etwas leiser wären. Das stört ungeheuer.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Herr Kollege Gotthardt, Sie haben sich hier an der Grundwasserabgabe abgearbeitet. Es ist dann sicherlich Ihrer geschätzten Aufmerksamkeit entgangen, dass die Änderungsanträge, die die Koalitionsfraktionen gestellt haben, zum überwiegenden Teil aus der Grundwasserabgabe gegenfinanziert wurden. Das Biomasseprogramm: Um dies zu finanzieren, haben Sie extra noch einmal 2 Millionen DM aus der Grundwasserabgabe geholt.

Wenn Sie sagen, Sie wollen dafür 8 Millionen DM zur Verfügung stellen, dann bedeutet das, dass Sie in dieser ATG insgesamt andere Ansätze streichen müssen.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Ich bin sehr gespannt über die Diskussion der Förderrichtlinien, die wir dann mit Ihnen führen.

Ein weiterer Aspekt - Frau Kollegin Hammann hat es schon angesprochen - ist die Förderung des Unterglasanbaus. Auch hier kommen 50% des Landesanteiles aus der Grundwasserabgabe. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass die Grundwasserabgabe in Hessen beschäftigungswirksam ist, dann ist es gerade das Unterglasprogramm,

das Sie zu 50 % aus der Grundwasserabgabe finanzieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Lachen des Abg. Michael Denzin (F.D.P.))

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Staatsminister Dietzel.

(Zuruf von der CDU: Zu Protokoll!)

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich bei allen, die uns gelobt haben. Ich verzeihe denen, die uns kritisiert haben, und ich bitte alle Wohlmeinenden, uns bei den nächsten Beratungen der Einzelpläne positiv zu begleiten. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

So verschafft man sich Sympathien. Mit Recht, Herr Staatsminister.

Meine Damen und Herren, ich gebe Gelegenheit - ich habe inzwischen dreimal gegongt; vielleicht haben es nicht alle geglaubt -, sich zu sammeln, und stelle zunächst einmal fest - wichtiger Satz, schönster des ganzen Tages -: Die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 5 ist beendet. Jetzt sammeln wir alle.

Zunächst einmal möchte ich über den **Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P.** zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung zum Haushaltsgesetz 2001 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses, Drucks. 15/2034 zu Drucks. 15/1543, abstimmen. Das ist die **Drucks. 15/2059**. Diese steht jetzt auf dem Prüfstand und soll vorab abgestimmt werden.

Wer ist für die Annahme dieser Beschlussempfehlung? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Festzustellen ist: Dafür gestimmt haben CDU und F.D.P., geschlossen dagegen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Geschäftsführer, wird die Mehrheit angezweifelt? - Ich sehe: alle Mann an Deck. Dann können wir das ein für allemal klären.

Dann komme ich zur Abstimmung über die Einzelpläne. Ich rufe Einzelplan 01 - Hessischer Landtag - auf. Wer ist für Annahme? - Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Keine. Danke, einstimmig angenommen.

Einzelplan 02 - Hessischer Ministerpräsident -: Wer ist für Annahme? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dafür CDU, F.D.P., dagegen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ersteres war die Mehrheit. Angenommen.

Einzelplan 03 - Hessisches Ministerium des Innern und für Sport -: Wer ist für Annahme? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dafür gestimmt haben CDU und F.D.P. geschlossen, dagegen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ersteres war die Mehrheit. Der Einzelplan ist in zweiter Lesung angenommen.

Einzelplan 04 - Hessisches Kultusministerium -: Wer ist für Annahme? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Angenommen von CDU und F.D.P., geschlossen dagegen SPD

und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ersteres war die Mehrheit. Angenommen.

Einzelplan 15 - Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst -: Wer ist für Annahme? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Keine. Das ist dann von CDU und F.D.P. gegen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen. Keine Enthaltung. Ersteres war die Mehrheit. Angenommen.

Einzelplan 05 - Hessisches Ministerium der Justiz -: Wer ist für Annahme? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dafür waren CDU und F.D.P., dagegen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ersteres war die Mehrheit. Angenommen.

Einzelplan 06 - Hessisches Ministerium der Finanzen -: Wer ist für Annahme? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dafür die Koalition, dagegen die Opposition, jeweils geschlossen. Das bedeutet Annahme.

Jetzt kommt Einzelplan 14 - Versorgung -: Wer ist dafür? - Früher waren immer alle dafür. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig.

Einzelplan 17 - Allgemeine Finanzverwaltung -: Wer ist für Annahme? - Dagegen? - Enthaltungen? - Dafür Koalition, dagegen Opposition, jeweils geschlossen. Ersteres war die Mehrheit.

Einzelplan 18 - Staatliche Hochbaumaßnahmen -: Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Keine. Entscheidung dafür die Koalition, dagegen die Opposition. Ersteres war die Mehrheit. Damit ist er angenommen.

Jetzt habe ich zu Einzelplan 06 Tagesordnungspunkt 42 aufzurufen: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Verwendung der Steuermehreinnahmen 2000 und zusätzlicher Personalkosteneinsparungen, Drucks. 15/2004. Überweisung an den Haushaltsausschuss? - Dem widerspricht niemand. Einstimmig so beschlossen.

Ebenfalls aufzurufen ist der Tagesordnungspunkt 43: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Verwendung möglicher Steuermehreinnahmen im Jahre 2001, Drucks. 15/2005. Auch Haushaltsausschuss? - Dem widerspricht niemand. Also ist der Antrag überwiesen.

Ich rufe den Einzelplan 07 - Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung - auf. Wer ist für die Annahme des Einzelplan 07, zunächst für sich? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Dafür die Koalition geschlossen, dagegen die Opposition geschlossen. Mit Mehrheit angenommen.

Jetzt kommt der Einzelplan 19 - Förderung des Wohnungs- und Städtebaues -: Wer ist für Annahme? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dafür Koalition, dagegen Opposition, jeweils ohne Enthaltung. Damit Annahme.

Dazu ist Tagesordnungspunkt 20 aufzurufen: Antrag der Fraktion der SPD betreffend "Einfache Stadterneuerung", Drucks. 15/1646. Vorgesehen: Innenausschuss. Allein oder mit Haushaltsausschuss?

(Stefan Grüttner (CDU): Innenausschuss allein!)

Nur Innenausschuss. - Einstimmig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 41: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Durchführung einer Anhörung zur Zukunft der Hessischen Landesbank und des öffentlich-rechtlichen Sparkassensektors, Drucks. 15/2003.

Was machen wir damit? Abstimmen? - Herr Kollege Grüttner.

Stefan Grüttner (CDU):

Herr Präsident, nach unserer Geschäftsordnung müssten wir direkt darüber abstimmen. Wir würden aber anbieten, dass wir diesen Antrag an den Wirtschafts- und Verkehrsausschuss überweisen, wenn die antragstellende Fraktion damit einverstanden ist, um sich über die Modalitäten der Durchführung der Anhörung - Art und Zeitpunkt - zu verständigen.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zustimmung? - Es wird genickt. Keiner widerspricht dieser Anregung des Abg. Grüttner. Dann ist das so beschlossen,

(Stefan Grüttner (CDU): Federführend der Haushaltsausschuss und beteiligt der Wirtschaftsausschuss!)

Haushaltsausschuss federführend, Wirtschaftsausschuss beteiligt. So hatte ich auch den Antrag verstanden. So ist es einstimmig beschlossen.

Einzelplan 08 - Hessisches Sozialministerium -: Wer ist hier für die Annahme? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dafür CDU und F.D.P. geschlossen, dagegen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geschlossen. Ersteres war die Mehrheit. Damit Annahme.

Einzelplan 16 - Wiedergutmachung -: Wer ist für die Wiedergutmachung? - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen auch nicht. Dann ist das einstimmig beschlossen.

Frau Kollegin Henzler.

Dorothea Henzler (F.D.P.):

Herr Präsident wir haben den Tagesordnungspunkt 52 mit Einzelplan 08 diskutiert und wollten ihn danach abstimmen.

Präsident Klaus Peter Möller:

Dann rufe ich Tagesordnungspunkt 52 auf: Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Abbau der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter, Drucks. 15/1739 zu 15/1577. - Auf Berichterstattung durch Frau Abg. Ludwig wird verzichtet.

Wer ist für Annahme? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dafür gestimmt geschlossen die Koalition, dagegen geschlossen die Opposition. Ersteres war die Mehrheit. Das bedeutet Annahme.

Einzelplan 09 - Hessisches Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten -: Wer ist hier für Annahme? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dafür geschlossen die Koalition, dagegen geschlossen die Opposition. Ersteres war die Mehrheit.

Einzelplan 10 - Staatsgerichtshof -: Wer ist für Annahme? - Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Keine. Einstimmig.

Einzelplan 11 - Hessischer Rechnungshof -: Wer ist für Annahme? - Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Keine. Einstimmige Annahme.

Wir haben jetzt alle Einzelpläne und die damit verbundenen Anträge einzeln abgestimmt. Ich rufe jetzt auf zur Abstimmung in zweiter Lesung, wobei ich davon ausgehe, dass nach Beschluss in der zweiten Lesung die Überweisung zur Vorbereitung der dritten Lesung an den Haushaltsausschuss mit beschlossen werden soll.

(Stefan Grüttner (CDU) und Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Ja!)

Also Abstimmung in zweiter Lesung über den Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2001 und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften. Das sind die Drucks. 15/2034 zu 15/1534 und die soeben beschlossene Abänderung durch die Drucks. 15/2059. Das ist jetzt maßgebende Fassung, die zur Abstimmung in zweiter Lesung steht.

Wer stimmt zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dafür geschlossen CDU und F.D.P., dagegen geschlossen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ersteres war die Mehrheit. Angenommen in zweiter Lesung und dem Haushaltsausschuss zur Vorbereitung der dritten Lesung überwiesen.

Jetzt rufe ich Tagesordnungspunkt 5 b auf: Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2001, Drucks. 15/2035 zu 15/1544.

Wer ist hier für die Annahme? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine Enthaltung. Geschlossen dafür gestimmt CDU und F.D.P., dagegen geschlossen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ersteres war die Mehrheit. Damit ist das in zweiter Lesung angenommen und zur Vorbereitung der dritten Lesung dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Jetzt kommen die Petitionen und danach die Dringlichkeiten. So wollen wir den Abend beschließen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 53** auf:

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen - Drucks. 15/1725 -

Wortmeldungen keine. Sonderwünsche keine.

(Manfred Schaub (SPD): Doch, einer! - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Da liegt ein Zettel, Herr Präsident!)

- Sagen Sie es mir trotzdem. - Frau Ypsilanti hat sich gemeldet.

Andrea Ypsilanti (SPD):

Ich bitte um die Herausnahme der Petition Nr. 2819/15.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zurück in den Ausschuss. - Wir stimmen über die Beschlussempfehlungen in der Drucks. 15/1725 ohne die Petition Nr. 2819/15 ab. Wer ist jetzt für die Annahme? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN durch die restlichen Fraktionen einstimmig angenommen.

Jetzt die letzte Übung. Es ist eingegangen und auch lange verteilt ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend lebendiger Föderalismus, Drucks. 15/2058. Dringlichkeit streitig? - Offenbar nicht. Dann ist die Dringlichkeit bejaht. Sicher stimmen Sie mir zu, dass wir das mit Tagesordnungspunkt 46 aufrufen?

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir bitten darum!)

- Schönen Dank, Herr Fraktionsgeschäftsführer. In voraus-eilendem Gehorsam habe ich mir das so vorgestellt.

Jetzt ist eingegangen ein Dringlicher Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der F.D.P. für ein Gesetz zur Er-richtung des Amtes für Lehrerausbildung und zur Ände-rung des Hessischen Schulgesetzes und anderer Gesetze, Drucks. 15/2060. Gibt es da Streit über die dringliche Be-handlung?

(Gerhard Bökel (SPD): So etwas kommt dringlich?)

Es gibt keinen mehr. Niemand widerspricht der Dringlich-keit. Dann wird dies der Tagesordnungspunkt 61, ganz am Schluss

(Stefan Grüttner (CDU) und Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Der Gesetze!)

der Gesetze.

Habe ich etwas vergessen? - Nein. Dann bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit in vorgerückter Stunde und diese besonders intensive Teilnahme aller Abgeordneten an unse-rer Beratung.

(Schluss: 22.17 Uhr)

Anlage (zu Tagesordnungspunkt 5 a)

Nach § 109 Abs. 2 GOHLT zu Punkt 5 a der Tagesordnung, Drucks. 15/2034 zu Drucks. 15/1543 - hier: Einzelplan 07 -, zu Protokoll gegebene Stellungnahme des Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch:

Wir haben mit unserem Haushalt 2001 ein wirtschaftspolitisches Zukunftsprogramm aufgelegt, das die Chancenziele der Globalisierung, der weltweiten Standortkonkurrenz, die Innovation für junge aufstrebende, aber gleichermaßen auch für etablierte Unternehmen in Hessen voll ausschöpfen will.

Die Arbeitsmarktdaten bestätigen uns: Hessen liegt beim Beschäftigungszuwachs an der Spitze der Länder. Im Oktober waren in Hessen 196.354 Menschen als arbeitslos registriert. Das ist im Vergleich zum Vormonat ein Rückgang von 12,9%. Zum Vergleich: Der Rückgang in Deutschland betrug 7%, in den alten Bundesländern 9,6%. Die Arbeitslosenquote in Hessen liegt damit bei 6,6%. Zum Vergleich: In Deutschland beträgt die Quote 8,9%, in den alten Ländern 7,1%.

Eine verantwortungsvolle zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik muss deshalb die notwendigen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen schaffen, damit die neuen Entfaltungsspielräume auch genutzt werden können. Im Haushaltsplan 2001, dessen Ausgabenvolumen von 1,83 Milliarden DM im Jahre 2000 auf nunmehr 2,05 Milliarden DM vergrößert wurde, haben wir dafür die notwendigen Mittel bereitgestellt. Einige Beispiele möchte ich nachfolgend kurz aufzählen:

Im Landesstraßenbauprogramm haben wir eine Steigerung um 11 Millionen DM auf 70 Millionen DM beim Hauptbautitel vorgenommen. Damit sind wir unserem Ziel der Verdoppelung des Landesstraßenbauetats, der von der rot-grünen Vorgängerregierung auf rund 39 Millionen DM zusammengestrichen wurde, schon sehr nahe gekommen. Seit Regierungsübernahme haben wir diesen Haushaltsansatz um 80% erhöht. Allerdings kann trotz unserer enormen Anstrengungen der von der unverantwortlichen Vorgängerpolitik verursachte Maßnahmenstau in einer Größenordnung von rund 1,4 Milliarden DM nur langfristig abgearbeitet werden.

Die Mittel für die Planung des Straßenbaus werden um 4 Millionen DM auf 22,7 Millionen DM erhöht. Bei den KFA-Mitteln im kommunalen Straßenbau haben wir 1 Million DM mehr, insgesamt 16 Millionen DM, zur Verfügung.

Der Bund sollte sich ein Beispiel an Hessen nehmen und nicht weniger, sondern deutlich mehr in die Verkehrsinfrastruktur investieren. Die rot-grüne Bundesregierung begeht mit ihren Kürzungen der Straßenbaumittel die gleichen verhängnisvollen Fehler wie die rot-grüne Vorgängerregierung in Hessen mit ihrer Reduzierung des Landesstraßenbauetats von 127 auf 39 Millionen DM.

Im Rahmen eines neuen Förderprogramms werden Möglichkeiten geschaffen, Investitionszuschüsse an Gemeinden für wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen, insbesondere zur Erschließung von Gewerbegebieten von regionalpolitischer Bedeutung und für interkommunale Gewerbegebiete, in einem Gesamtvolumen von 3 Millionen DM zu gewähren.

Bei der Dorferneuerung haben wir durch eine Erhöhung im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs um 5 Millionen DM ein Finanzvolumen von 33,3 Millionen DM be-

reitgestellt. Das Landesprogramm Dorferneuerung weist wiederum unverändert 16 Millionen DM auf. Die GA-Mittel betragen 13,5 Millionen DM, sodass insgesamt 62,8 Millionen DM Ansatzmittel zur Verfügung stehen.

Im Bereich der Betriebsberatung und Unternehmerschulung wird der Ansatz um 610.000 DM auf knapp 3,3 Millionen DM erhöht.

Erstmals haben wir ein Außenwirtschaftsberatungsprogramm geschaffen, das einen Umfang von 250.000 DM aufweist. Im Bereich Fremdenverkehr haben wir das Landesprogramm für Investitionszuschüsse an Gemeinden außerhalb der GA- und EU-Förderkulissen neu aufgelegt und können dadurch für die Förderung touristischer Infrastrukturmaßnahmen 1 Million DM bereitstellen.

Unsere Ausbildungsplatzprogramme - Lernbeeinträchtigte, Konkurslehrlinge, Verbundausbildung, Existenzgründer, Altbewerber, benachteiligte Jugendliche, allein erziehende Mütter - führen wir durch Bereitstellung von über 7,1 Millionen DM fort.

Im Bereich der Technologie- und Wirtschaftsförderung können wir noch auf folgende Haushaltsansätze verweisen. Hessen-Media: Steigerung um 2,3 Millionen auf 12 Millionen DM. Technologie-, Innovationsförderung, Gründerwettbewerbe: Erhöhung um 3,51 Millionen auf 13,7 Millionen DM. Technologiestiftung: 2 Millionen DM. 30 Millionen DM aus der Zukunftsoffensive.

In einer Zeit, in der der Takt der Innovation die Geschwindigkeit des wirtschaftlichen Wachstums bestimmt, muss eine Hochtechnologienation wie die unsere nicht nur Schritt halten, sondern die Entwicklung vorgeben. Wer auf dem Markt der Innovationen konkurrenzfähig bleibt, hat einen Schlüssel zur Zukunft in der Hand. Deshalb stellen wir Mittel in diesem Umfang bereit. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, dass in Hessen naturwissenschaftliches Wissen möglichst schnell von einer anwendungsbezogenen Idee zu einer Innovation werden kann.

Die Gründerwettbewerbe "Promotion" in Nordhessen und "Science4Life" bewirken, dass der Technologiestandort Hessen künftig noch attraktiver wird durch den Lückenschluss in unserem Innovationsfinanzierungssystem. Im Landeshaushalt 2001 steht erstmals ein eigenes Förderinstrument für die Frühphasenfinanzierung technologieorientierter Unternehmensgründungen zur Verfügung.

2001 werden wir noch weitere neue Wege gehen: Mit 15 Millionen DM aus der Zukunftsoffensive wird Hessen erstmals in die kommerzielle Film- und Fernsehproduktion einsteigen. Wir wollen damit auch weitere Partner in der Region ermutigen, sich dem Beispiel des Landes anzuschließen. Es ist unser erklärtes Ziel, den Produktionsstandort Hessen im dynamischen Medienmarkt weiter zu profilieren und auszubauen. Dabei wollen wir gleichberechtigte Partner bei Risiko und Erfolg des Projektes werden. Im Gegensatz zur üblichen Praxis anderer Bundesländer soll Hessen nicht lediglich am Risiko beteiligt sein. Als Instrument kommt bei größeren Projekten eine Landesbeteiligung an einer jeweils zu gründenden Projektgesellschaft in Betracht. Bei kleineren Projekten werden Darlehen mit einer Erlösoption im Vordergrund stehen.

Wir müssen uns auf die New Economy einstellen. New Economy heißt auch New Government. Eine globalisierte Wirtschaft, die durch Internet und E-Commerce 24 Stunden am Tag, 7 Tage in der Woche, 52 Wochen im Jahr arbeitet - ohne Grenzen, ohne Zollabkommen -, braucht keinen Landenschluss. Sie braucht vielmehr Initiativen und Rahmen-

bedingungen, die die Bestandssicherung der etablierten Unternehmen vorantreiben und zugleich dafür sorgen, dass neue, junge Unternehmen wachsen können.

Wir fördern deshalb auch in besonderem Maße Existenzgründungen und die Sicherung bestehender kleiner und mittlerer Betriebe. Dazu bedienen wir uns des neuen, schlagkräftigen Instruments der Investitionsbank Hessen. In Hessen haben wir immer noch viel zu wenig Selbstständige. Aus diesem Grund stehen wieder 5 Millionen DM für Kapitaldiensthilfen zur Verfügung. Darüber hinaus erhöhen wir die Mittel für Beratung und Coaching durch organisationseigene Beratungsstellen im Handwerk, z. B. durch RKW oder Hessische Technologiestiftung.

Auch in Sachen Mobilität werde ich weiter Gas geben. Denn Mobilität ist neben Innovation die zweite Voraussetzung für Wachstum und Zukunftsfähigkeit. Eine leistungsfähige Mobilitätsinfrastruktur ist eines der entscheidenden Qualitätskriterien für Wirtschaftsstandorte. Wer den Kollaps der Verkehrsströme zulässt, darf sich nicht wundern, dass dann auch das Kapital dorthin fließt, wo auch der Verkehr fließt. Ich bin deshalb froh, dass uns mit dem Kommunalinteressenmodell mit einem Volumen von 250 Millionen DM neue Finanzierungswege im Landesstraßenbau zur Verfügung stehen, die die Möglichkeit der Vorfinanzierung durch die Kommunen eröffnen und deshalb auch von den Kommunalen Spitzenverbänden kürzlich bei einer Anhörung im Haushaltsausschuss des Hessischen Landtages begrüßt wurden.

Gleichzeitig steht hier aber auch der Bund im Wort, der angekündigt hat, jeweils 900 Millionen DM aus den UMTS-Zinsersparnissen in den nächsten drei Jahren in den Straßenbau, vorrangig in Ortsumgehungen, zu investieren. Jetzt, da zusätzliche Finanzmittel vorhanden sind, kann der Bund die Maßnahme nicht weiter mit dem Hinweis auf die nötige Haushaltskonsolidierung aufschieben.

Wir setzen das Umsteuern beim Straßenbau konsequent fort. Wir verteilen die Mittel aus dem GVFG auch 2001 wieder nach dem Schlüssel von 50 : 50. Dabei vernachlässigen wir keineswegs den ÖPNV. Im Gegenteil: Die Verkehrsverbünde in Hessen erhalten 2001 erneut über 355,5 Millionen DM für Regiekosten, Kooperationsförderung, Infrastrukturkostenhilfe und zur Verbesserung im Regionalverkehr.

Wir haben ein Bahnhofsmodernisierungsprogramm aufgelegt, mit dem wir jährlich 25 Millionen DM bereitstellen. Damit soll der ÖPNV als wesentliches Element unseres Mobilitätsangebotes attraktiver werden. Die Verkehrsver-

bünde RMV, NVV und VRN haben 150 einzelne Bahnhofsvorhaben und 7 streckenbezogene Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von rund 430 Millionen DM angemeldet. Hier offenbart sich ein gewaltiger Nachholbedarf, den wir Schritt für Schritt abarbeiten wollen.

In Verhandlungen mit Bahnchef Mehdorn habe ich außerdem erreicht, dass das Fernverkehrsangebot der Deutschen Bahn AG auf der Mitte-Deutschland-Verbindung auf jeden Fall bis Ende 2002 unverändert beibehalten wird. Damit sichern wir nicht nur die Zentralität des Kasseler Raums, sondern die Wettbewerbsposition des Standorts Nordhessen insgesamt. Wir werden nun länderübergreifend mit der Bahn Verhandlungen aufnehmen, um auch für die Zeit von 2003 an ein attraktives Verkehrsangebot auf der Mitte-Deutschland-Verbindung aufrechtzuerhalten. Nach der Vorlage des Gutachtens zur geplanten ICE-Neubaustrecke Rhein-Main - Rhein-Neckar bin ich optimistisch, dass es gelingen wird, dem Oberzentrum Darmstadt und damit der gesamten südhessischen Region einen direkten Zugang zum Hochgeschwindigkeitsverkehr zu eröffnen. Die Untersuchung zeigt deutlich, dass ein hoher Bedarf an einem ICE-Anschluss Darmstadt besteht. Dies drückt sich sowohl in der zu erwartenden Fahrgastnachfrage als auch in der Bewertung durch die Unternehmen in der Region aus.

In Zeiten der Globalisierung und des verschärften internationalen Wettbewerbs der Standorte um Investoren haben nur solche Regionen eine Chance, die auch alle Infrastruktureinrichtungen für erfolgreiches Wirtschaften bereitstellen. Dazu gehören insbesondere auch Flughäfen. Der Frankfurter Flughafen als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung des Rhein-Main-Gebietes und Herzstück unserer Verkehrsinfrastruktur muss deshalb als internationale Drehscheibe mit der weltweiten Expansion des Luftverkehrs wachsen können, wobei für den vorgesehenen Ausbau der Abschlussbericht der Mediation die Grundlage darstellt.

Ich freue mich auch, dass für Kassel-Calden inzwischen eine wichtige Vorklärung erfolgt ist: Zur rechtlichen Einordnung im Zusammenhang mit dem Ausbau steht inzwischen fest, dass es sich künftig um einen Verkehrsflughafen handeln wird. Der Ausbau von Kassel-Calden darf aber von der Region nicht nur gefordert, sondern er muss von ihr getragen und aktiv unterstützt werden. Die Flughafen GmbH Kassel muss Investoren gewinnen, die sich an einem solchen Vorhaben auch finanziell beteiligen. Die Landesregierung hält ihr Angebot, den Ausbau zu fördern, weiter aufrecht. Wir haben dafür 70 Millionen DM aus der Zukunftsoffensive bereitgestellt.